

Deutsches Zentrum
für Altersfragen e.V.

Manfred-von-Richthofen-Straße 2
1000 Berlin 42 · ☎ 030/786 60 71

71

Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit

Die ergraute Gesellschaft

herausgegeben von

Deutsches Zentrum
für Altersfragen

Berlin, im Dezember 1987



Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.

Manfred-von-Richthofen-Straße 2
1000 Berlin 42 · ☎ 030/786 60 71

71

Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit

Die ergraute Gesellschaft

herausgegeben von

Deutsches Zentrum
für Altersfragen

16 0239

Berlin, im Dezember 1987



ISBN 3-88962-072-8
ISSN 0175-8365

Die ergraute Gesellschaft
Berlin: DZA 1987
(Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit Bd. 71)

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen e.V. (DZA)
wird institutionell gefördert vom Bundesministerium für
Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und der
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Berlin

VORWORT

Die ergraute Gesellschaft: Zugegebenermaßen eine sicher nicht unumstrittene Beschreibung für die Befindlichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft von morgen. Wir verwenden hier ein Attribut, das einerseits ernst nimmt, was demographische Zahlenbatterien nahelegen, das andererseits aber auch diesen Kontext erweitert oder gar sprengt, durch die Frage, was denn aus solchen Trends der Bevölkerungsentwicklung an sozialen Folgen erwachsen könnte. Diese Fragehaltung steht auch für Widerspruch. So ist denkbar, daß eine veränderte Ausländerpolitik, die aus einem gewandelten Selbstverständnis der Bundesrepublik als Einwanderungsland resultierte, eine Verjüngung der hiesigen Population bewirken könnte. Ebenfalls wäre in Rechnung zu stellen, daß die Faszination, die demographische Modelle derzeit - auch in der Gerontologie - auslösen, die eine Sache, ihre zukunftsbestimmende Potenz aber eine andere wäre. Das meint, daß andere Entwicklungsverläufe weit mehr und nachhaltiger das gesellschaftliche Leben jenseits der Jahrtausendwende bestimmen könnten. Beides würde bewirken, daß die von uns gewählte Kennzeichnung der morgigen Gesellschaft voreilig oder in ihrer Aussagekraft nur begrenzt wäre.

Es gibt ein Recht auf Irrtum. Dieses muß gerade auch dann reklamiert werden, wenn es um Zukunftsaussagen geht. Denn der Versuch, jeden möglichen Irrtum auszuschließen, kann nur dadurch unternommen werden, daß man den aktuellen Zustand der Gesellschaft, seine Genese, die in dieser Dynamik geborgenen weiterführenden Trends möglichst präzise zu fassen sucht. Es wäre ein Unterfangen, das implizit immer auf strukturelle Kontinuität in der Entwicklung setzt, das Gesellschaft tangierende Umbrüche ausklammert oder eher als Möglichkeiten präsentiert, die nur dann eintreten könnten, würde man es an vorsorglichem Handeln missen lassen. Der diesem Denken innewohnende Konservatismus öffnet aber seinerseits dem Irrtum die Pforte dann, wenn die faktische Entwicklung abweicht von den erwarteten Bahnen. Auf das Recht auf Irrtum zu verweisen, ist somit nicht Ausfluß einer falschen Ängstlichkeit, die der Kritik präventiv ihre Spitze nehmen möchte. Es ist vielmehr dem Prozeß des Analysierens generell inhärent, im Falle des vorwärtsgerichteten nur um so offenkundiger.

Die Debatte um die ergraute Gesellschaft ist keine in nur gerontologischer Zuständigkeit. Hier mehr Aufschluß zu erhalten, erfordert eine Diskussion, die über die sozialwissenschaftlichen Spezialisierungen hinausgreift und interdisziplinäre Züge trägt, im weiteren Verlauf verstärkt tragen muß. Wir erkennen in dieser sachlich begründeten Notwendigkeit auch die Chance, den engeren gerontologischen Diskussionsrahmen - der mangels einer Institutionalisierung des Fachs auf breiterer Basis immer der Gefahr anheim fällt, sich zu sehr auf sich selbst zu beziehen, anstatt sich in andere Kontexte einzuspeisen - zu öffnen.

Ein Schritt der Umsetzung dieses Erfordernisses wurde mit der Tagung "Die ergraute Gesellschaft. Soziale Folgen des demographischen Umbruchs in der Bundesrepublik Deutschland", die vom 29. bis 31. Oktober 1986 in Oer-Erkenschwick stattfand, getan. Der vorliegende Band basiert auf den dort präsentierten Referaten und Diskussionen. Allen Beteiligten - den Autoren und den Diskutanten - sei für die geleistete Arbeit gedankt.

Berlin, im Dezember 1987 Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	III
Einleitung:	
<i>Christoph Behrend, Margret Dieck; Hans-Joachim von Kondratowitz; Roland Schmidt</i>	1
Die ergraute Gesellschaft: Argumentations- linien in der nationalen und internationalen Diskussion	
Kapitel I:	
DEMOGRAPHISCHE VERÄNDERUNGEN: EIN BLICK ZURÜCK UND NACH VORN	19
<i>Josef Kytir</i>	20
Demographische Veränderungen in den vergan- genen zwei Jahrhunderten: Quantitative und qualitative Folgen für die Altersphase	
<i>Eberhard Umbach</i>	31
Bedeutung demographischer Veränderungen in heutigen Zukunftsszenarien und -modellen	
Kapitel II:	
DIE PRODUKTION DES ALTERS. ÄLTERE ARBEIT- NEHMER ZWISCHEN FREISETZUNGSSTRATEGIEN UND ARBEITSMARKTRESERVE	49
<i>Christoph Behrend</i>	50
Ältere Arbeitnehmer - Gewinner oder Verlierer des strukturellen Wandels?	
<i>Margarete Landenberger</i>	85
Erwerbsneigung, Arbeitseinkommensbedarf und Arbeitszeitwünsche Älterer	
<i>Lothar Lappe</i>	92
Berufsbiographien und Zukunftsperspektiven von Facharbeitern	

INHALTSVERZEICHNIS

		<u>Seite</u>
Kapitel III:	ALTENMACHT - ALTENOHNMACHT: ÜBER DEN POLITISCHEN EINFLUSS DES ALTERS	115
	<i>Wilhelm Bürklin</i>	116
	Alte Wähler morgen: "Graue Panther" oder konservative Stammwähler der CDU?	
	<i>Hans Peter Tews</i>	141
	Die Alten und die Politik	
	<i>Margret Dieck</i>	189
	Die ältere Generation im Spiegelbild der großen Regierungserklärungen von 1949 bis 1987	
Kapitel IV:	ALTER ALS LAST? SOZIALPOLITIK DES ALTERS ALS PROBLEM EINER ERGRAUTEN GESELLSCHAFT	219
	<i>Peter Rosenberg</i>	220
	Soziale Sicherung bei demographischem Wandel: Alternative Thesen	
	<i>Bernhard von Rosenblatt</i>	231
	Die Alterssicherung der nächsten Rentnergeneration	
	<i>Ellen Kirmer</i>	243
	Keine Mindestrente für die Armen, weil sie nichts geleistet haben? Zur Forderung nach einer verbesserten Grundsicherung im Alter	
	<i>Christoph Behrend; Margret Dieck; Hans-Joachim von Kondratowitz, Roland Schmidt</i>	263
	Graue Gesellschaft - rosa Zeiten? Zur Zukunft der Altenhilfe	

		Seite
Kapitel V:	PRODUZENT - KONSUMENT. DIE ÖKONOMISCHE BEDEUTUNG DES ALTERS	285
	<i>Albrecht Goeschel</i>	286
	Die Bedeutung der Älteren für die Regionalverteilung und Regionalwirkung der Sozialtransfers	
	<i>Gert Wagner</i>	308
	Drei Thesen zur ökonomischen Bedeutung von Dienstleistungen in einer demographisch alternden Gesellschaft	
	<i>Margret Dieck</i>	322
	Die Alterspopulation: Unverzichtbar als Konsumentengruppe, aber eine untragbare Last für das Sozialleistungssystem?	
Kapitel VI:	KLEINRÄUMIGE ALTERNATIVEN: EIGENARBEIT UND NACHBARSCHAFTSORIENTIERUNG	349
	<i>Claus Offe; Rolf G. Heinze</i>	350
	Am Arbeitsmarkt vorbei. Sozialökonomische Faktoren einer Reorganisation "hauswirtschaftlicher" Wohlfahrtsproduktion	
	<i>Richard Pieper</i>	360
	Selbständigkeit im Alter - Selbstorganisation in der Nachbarschaft. Zur Konzeption des Projekts "Nachbarschaft Georgenschwaige"	
	<i>Vjenka Garms-Homolová</i>	378
	Entfaltungsraum oder Idylle im Kiez? Zur Bedeutung räumlich-sozialer Verankerung alter Menschen	
	<i>Christel Schachtner</i>	387
	Wie sich alte Menschen ihr Leben wünschen. Ergebnisse einer Umfrage	

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Kapitel VII: "POSTMODERNE" LEBENSSTILE ZWISCHEN INDIVIDUALITÄT UND ENTDIFFERENZIERUNG	405
<i>Rainer Paris</i>	406
Veränderte Fronten, neue Bedingungen: Thesen zur biographischen Selbstverortung heutiger Jugendlicher	
<i>Kees Knipscheer</i>	424
Perspektiven für die Mehrgenerationenfamilie in einer sich wandelnden Gesellschaft	
<i>Reimer Gronemeyer</i>	439
Elemente sozialer Infantilisierung alter Menschen	
Kapitel VIII: DIE ERGRAUTE GESELLSCHAFT: PERSPEKTIVEN AUF MORGEN	447
<i>C. Wolfgang Müller</i>	448
Wie grau ist unser Bild von der ergrauten Gesellschaft?	
<i>Leopold Rosenmayr</i>	460
Altsein im 21. Jahrhundert (Ein Versuch, über Zukunft zu spekulieren)	
Literaturverzeichnis	487
Autorenverzeichnis	535

EINLEITUNG:

DIE ERGRAUTE GESELLSCHAFT - ARGUMENTATIONSLINIEN IN DER NATIONALEN UND INTERNATIONALEN DISKUSSION

Christoph Behrend, Margret Dieck, Hans-Joachim von Kondratowitz, Roland Schmidt

Inhalt:

1. Der Beitrag der Wissenschaft zur Klärung der Folgen des "Ergrauens der Gesellschaft"
2. Versuch einer Typologisierung von Zukunftsprojektionen
 - 2.1. Negative Argumentationsketten auf der Grundlage vermeintlich harter Fakten
 - 2.2. Ambivalente und unbestimmte Diskussionsergebnisse zur "Altenmacht"
 - 2.3. Positiv gefärbte Zukunftsvisionen bei Herausstellung gesellschaftlicher Bezüge
 - 2.4. Die Produktion von Ressourcen durch Umdenken und Neuorientierung

1. Der Beitrag der Wissenschaft zur Klärung der Folgen des "Ergrauens der Gesellschaft"

Wissenschaftler sind keine Propheten. Sie sind heute, stärker als die Politiker, von dem Prozeß der zunehmenden Alterung der Bevölkerung mit ihren Auswirkungen fasziniert und sehen sich unter der Annahme, daß die Phasen mit akzentuierter Problemausprägung noch vor uns liegen, nicht nur in den Versuch einer Analyse bisher abgelaufener Prozesse, sondern auch in Zukunftsprognosen hineingedrängt. Prognostische Modelle sind jedoch nur in Hinblick

auf ihre Annahmen und ihre Schlußfolgerungen Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion, eine logische und rechnerisch fehlerfreie Verknüpfung einzelner Entwicklungsfolgen vorausgesetzt. Über die Richtigkeit der Prognose ist heute nicht zu befinden.

Falschen Erwartungen an die Wissenschaft insgesamt und an den Inhalt dieser Zusammenstellung von Beiträgen soll mit diesen einleitenden Worten vorgebeugt werden. Geboten werden relevante Fakten, Überlegungs- und Diskussionsstränge, Analysen zu Teilgebieten, die im Zusammenhang mit dem Ergrauen der Gesellschaft stehen - keine politische Handlungsanleitung, keine Rezeptur der Problemlösung. Derartige Ansprüche an die sozialwissenschaftliche Forschung zu stellen, hieße sie zu überfordern, ihre Zielrichtung und ihr Anliegen mißzuverstehen.

Genau mit diesem Thema befaßte sich Franz E. WEINERT (1987) vor kurzem. Wir geben den Wortlaut eines Berichtes zu seinem Referat über "Erfüllbare und unerfüllbare Ansprüche an die sozialwissenschaftliche Forschung" wieder:

"Was die sozialwissenschaftliche Politikberatung angehe, werde in der Öffentlichkeit mehr und mehr darüber geklagt, daß eher politisch nutzbare Argumente als objektiv verwertbares Wissen von der Wissenschaft abgefordert und zum Teil auch angeboten werden. Diesem Mißbrauch, der eine allgemeine Skepsis gegenüber professionellen Ratgebern bewirke, müsse man die tatsächliche Funktion und Bedeutung sozialwissenschaftlicher Expertise für die Lösung komplexer sozialer Probleme entgegensetzen.

In diesem Sinne habe sozialwissenschaftliche Forschung die Aufgabe, in einem ganz allgemeinen Sinne aufzuklären; das notwendige Wissen für ein gesellschaftliches Frühwarnsystem bereitzustellen; menschliches Erleben und Verhalten in unterschiedlichen sozialen Kontexten besser zu verstehen, zu erklären und vorherzusagen; und schließlich Grundlagen für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu liefern."

Mit diesen Worten ist allgemein umschrieben, worum es in diesem Band im besonderen geht: um Grundlagen für Problemlösungen, nicht um die Problemlösungen selber.

2. Versuch einer Typologisierung von Zukunftsprojektionen

Die Autoren dieses Beitrags verstehen sich als Gerontologen oder sind Vertreter von Fachdisziplinen, die sich mit dem "Ergrauen der Gesellschaft" und

seinen qualitativen Konsequenzen befassen. Somit sind sie in diesem Kapitel bemüht, auch bezogen auf die eigenen Beiträge und deren Ausrichtung eine Typologisierung vorzunehmen. Hintergrund sind die Divergenzen in der Färbung von Zukunftsprojektionen, die nicht unabhängig von der jeweils vertretenen Fachdisziplin und dem konkreten Gegenstand der Analyse zu sein scheinen. Das Bild prägen:

- eher negativ gefärbte Argumentationsketten in den Bereichen, in denen sich die Analyse auf in die Zukunft projizierte Zahlenreihen stützt und somit bereits feststellbare Entwicklungslinien in die Zukunft hinein verlängert;
- zumindest ambivalente, wenn nicht unbestimmte Diskussionsergebnisse dort, wo Aktivitätsbereiche behandelt werden, in denen die Altersgenerationen einen hohen eigenen Entscheidungsspielraum - zumindest theoretisch - besitzen;
- eher positiv gefärbte Zukunftsvisionen, die da vorgebracht werden, wo ein Perspektivwechsel von der Makro-Ebene hoher Aggregation zugunsten der Mikro-Ebene und der auf ihr dann als möglich erscheinenden Gestaltung von Verhaltensweisen und Kommunikationsformen erfolgt.
- Zuletzt gibt es eine Technik des Modellzuschnitts, die durch die theoretische Einführung neuer Ressourcen den Ausgleich zwischen Belastungen und Bewältigungspotentialen schafft. D.h., die Annahmen, die in das Modell eingehen, werden so gewählt, daß ein zukünftiger Negativzustand vermieden werden kann. Derartige Modelle nennen Ansatzpunkte für das politische Handeln.

Diese Überlegungen beziehen sich nicht nur auf die Beiträge in diesem Band. Sie spannen den Bogen weiter und berücksichtigen einen Teil ausländischer Auseinandersetzungen mit den Zukunftsproblemen, die als Folge der Alterung der Populationen in Industrieländern gewertet werden. Die Literaturflut wächst stetig an - wir scheinen uns mit einem neuen Modethema zu befassen.

Unterschiede in der Färbung der Zukunftsvisionen, der Disziplin und dem thematischen Schwerpunkt geschuldet, sind nicht nur geeignet, die Grenzen der Interdisziplinarität des Denkens aufzuzeigen. Sie mögen auch für die Annahme stehen, daß es keine einlinigen Entwicklungen geben wird.

2.1. Negative Argumentationsketten auf der Grundlage vermeintlich harter Fakten

Demographie und Ökonomie sind Disziplinen, die mit "harten Zahlen" aufwarten können. Die verstärkte Befassung mit dem Ausmaß und den Folgen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung weltweit ist vor allem das Ergebnis demographischer Projektionen. Im Weltmaßstab machten vor allem die Vereinten Nationen auf die zu erwartende Entwicklung aufmerksam (WIENER INTERNATIONALER AKTIONSPLAN 1982: 15):

	Weltbevölkerung	darunter: über 60jährige	Anteil in v.H.
1975	4,1 Mrd.	350 Mio.	8,5
2025	8,2 Mrd.	1,1 Mrd.	13,7
Zuwachs	102 v.H.	224 v.H.	

Lebten 1975 etwa 52 v.H. aller über 60jährigen in den Entwicklungsländern, so werden es im Jahre 2025 bereits 72 v.H. dieser Altersgruppe sein. Solche Zahlenreihen transportieren die Annahme, daß man es mit erheblichen Zukunftsproblemen zu tun haben wird.

Dies gilt nicht minder für die Zahlenentwicklungen, die für die Bundesrepublik prognostiziert werden. Wir verwenden aus allen verfügbaren Bevölkerungsprognosen die Daten des Modells I (Geburtenhäufigkeit von 1978 als konstant angenommen), das 1980 von der Bundesregierung vorgestellt wurde (DEUTSCHER BUNDESTAG 1980: 46). Der Alterslastquotient, der die Relation zwischen der Zahl der 20- bis unter 60jährigen zu den über 60jährigen ausdrückt, entwickelt sich wie folgt:

Jahr	1980	1990	2000	2010	2020	2030
Alterslastquotient	38	37	43	45	51	72

Als Ergebnis vermittelt sich die erschreckende Zukunftsvision, daß fast jeder Erwerbstätige am Ende dieser Zeitbetrachtung einen Rentner wird unterhalten müssen.

Wieder andere, sozialpolitisch durchaus bedeutsame Berechnungen der Zukunftsentwicklung, versuchen die Zahl der Hilfe- und Pflegebedürftigen über 60jährigen zu erfassen (RÜCKERT 1984: 25 f.):

Jahr	1990	2000	2010
Hilfe- und Pflegebedürftige zu Hause (in Tsd.)	2.044,4	1.930,8	2.022,6
Bewohner von Alten- und Pflegeheimen (in Tsd.)	377,9	356,0	358,7

Da eine dramatische quantitative Zunahme der Hilfe- und Pflegebedürftigen nicht vorausgesagt ist, gewinnen die bloßen Zahlen erst dann an Bedeutung, wenn man sie auf die schmäler werdende Versorgungsbasis bezieht, die von den jüngeren Kohorten gestellt wird.

Die soweit berichteten Entwicklungen sind beeinflussbar. Unter realistischen, am gegenwärtigen Wissensstand orientierten Bedingungen werden folgende die Zahlen verändernde Entwicklungen diskutiert:

- Reduzierung der Geburtenhäufigkeit, insbesondere in den Entwicklungsländern: Dieser Trend würde allerdings dazu führen, daß sich der Altersanteil erheblich vergrößert, da man von einer Verringerung der Lebenserwartungen nicht ausgehen kann;
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Erhöhung des Renteneintrittsalters: Lassen sich derartige Entwicklungen real durchsetzen, verringert sich der Alterslastquotient, da die Altersgrenze, ab der eine "Altersbelastung" angenommen wird, nach oben verschoben wird;
- Verringerung der Prävalenz von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit in einzelnen Altersklassen: (1) infolge einer Verschiebung der Altersgrenze, jenseits der Einschränkungen der Selbstversorgungsfähigkeit im Zuge des Trends zur Lebensverlängerung im höheren Alter verstärkt eintreten; (2) infolge verstärkter Präventions- und Rehabilitationsbemühungen und eines Zuwachses an relevantem Wissen.

Diese Punkte werden nachstehend erneut aufgegriffen.

Doch auch komplexere ökonomische Denkmodelle, die eine Vielfalt von Wirkungsfaktoren zu berücksichtigen suchen, kommen letztlich zu dem Ergebnis, daß sich die Problemlagen in "hochaltrigen Populationen" verschärfen. Die gesamt-wirtschaftlichen und gesamt-gesellschaftlichen Auswirkungen des sich beschleunigenden Bevölkerungsrückganges bis zum Jahre 2040, die das ABEL-

Projekt für die Bundesrepublik modellhaft ableitete, stellt UMBACH (siehe den Beitrag in diesem Band) vor. Die besonderen Auswirkungen auf die Alterspopulation versucht dieses Projekt nicht zu ermitteln.

Für die Bundesrepublik haben KAUFMANN/LEISERING (1984) versucht, die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf das Soziale Sicherungssystem zu erfassen und dabei die realen Macht- und Entscheidungsstrukturen zu berücksichtigen. Fassen wir ihre Gedankengänge zusammen: Die große Zahl der Alten verhindert die Behebung der Mängel, die gerade angesichts der Zunahme derjenigen, die von unzureichenden Sicherungsleistungen betroffen sind, besonders offenbar werden. Als herausgehobenes Beispiel dient die unzureichende Sicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Vergleichbar argumentiert der SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR DIE KONZERTIERTE AKTION IM GESUNDHEITSWESEN (1987: 115) in bezug auf die mangelnden Chancen, die er für die Durchsetzung der Geriatrie und somit einer der Multimorbidität älterer Menschen angemessenen und spezialisierten medizinischen Versorgung sieht. Parallel dazu liegen die Argumente des Für und Wider die Einführung einer verbesserten ökonomischen Grundsicherung im Alter, auf die KIRNER (in diesem Band) eingeht.

Hintergrund dieser Interpretation liefern letztlich Überlegungen zur Verteilung von Einkommen und sozialen Sicherungsleistungen. Soweit gerechtere Verteilungen, die die Alterspopulation nicht benachteiligen, in Zeiten eines geringeren Bevölkerungsanteils der Rentner und Pensionäre nicht durchgesetzt werden konnten, stehen die Chancen angesichts entgegenwirkender und machtvollerer Interessenvertretungen bei einem erhöhten Altenanteil besonders schlecht - obwohl die relative Benachteiligung nun eine größere und anwachsende Bevölkerungsgruppe trifft.

Dem Modell einer stärker egalitären Gesellschaft folgend, argumentiert KAUFMANN (1984) bezogen auf das Gesundheitssystem: Angesichts der anwachsenden und steuerbaren Kosten in diesem Bereich könnten Bestrebungen in Richtung Dehospitalisierung, Selbsthilfe, Privatisierung letztlich keine prinzipielle Abhilfe schaffen. Diese wäre nur in einer generellen Absenkung der Leistungsnormen zu sehen, in der Abkehr von dem Prinzip der Sicherung optimaler Gesundheitsleistungen für jene, die bereits durch das System heute erfaßt sind. Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik müßte - im Bruch mit seinen Traditionen - an Minimallösungen bzw. an für alle finanzierbaren

Lösungen ausgerichtet werden. Dies hieße auch, Abschied von der Vorstellung zu nehmen, daß Gesundheit im wesentlichen Folge medizinischer Hilfen sei.

Dieser Utopie (in positiver Bewertung) stehen etwa die Zukunftsprojektionen von BINSTOCK (1985) für die USA und deren Gesundheitssystem gegenüber, die auf der Basis erwarteter, realer Entwicklungen entfaltet werden. Etwa 30 v.H. des Medicare Budgets (also des öffentlichen Gesundheitssicherungssystems der USA für die Alterspopulation) werden für ältere Patienten verwendet, die innerhalb eines Jahres nach Institutionalisierung sterben. Und das sind 5 bis 6 v.H. aller Patienten. Diese Zahlenrelationen provozieren geradezu die Frage, ob ein so hoher Aufwand gerechtfertigt und sinnvoll ist. Folgt man BINSTOCK, so stellt sich die Frage der Zuteilung von Gesundheitsleistungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Effektivität schon heute, und sie wird sich künftig noch stärker stellen, immer verbunden mit einer negativen Bewertung insbesondere der kostenträchtigen Gesundheitsleistungen für die ältere Generation. Neben der ohnehin gegebenen Zuteilung der Gesundheitsleistungen für jene, die in den USA die hohen Kosten aufwendiger Leistungen selbst finanzieren können, und jene, die auf das öffentliche Gesundheitssystem angewiesen sind, wird es in dieser Argumentationskette zukünftig eine nicht länger verdeckte, sondern weitere offene Zuteilung geben, die sich an dem erreichten Lebensalter orientiert. Hinter sogenannten "ökonomischen Zwängen" oder der "Nicht-Finanzierbarkeit" von Leistungen steht dann unter Umständen offen (1) die relativ geringere Bewertung eines Lebens, das nicht mehr lange Jahre dauern wird, (2) die geringere Bedeutungszumessung an Gesundheitsbedarf, dessen Befriedigung nicht zur vollen Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit führt, (3) die Geringschätzung des Alters. Diese Bewertungen sind untereinander verbunden; ob sie greifen werden, ist derzeit nicht zu beurteilen.

DIESENBACHER (1987) wagt es bereits heute, angesichts der möglichen Behandlungsleistungen, die den Älteren vorenthalten werden, nach dem praktizierten Gerontozid zu fragen.

Zu den Fachdisziplinen, die mit "harten" Daten aufwarten, zählt auch die Epidemiologie. In der Bundesrepublik gibt es keine Langzeiterhebungen auf diesem Gebiet. Wendet man sich der us-amerikanischen Forschung zu, so hat z.B. eine sich von 1961 bis 1981 erstreckende Studie Gewicht. Über diese Zeitspanne von 20 Jahren läßt sich, wie PALMORE (1986) nachweist, eine er-

hebliche Verbesserung des subjektiven Gesundheitszustandes der über 60jährigen nicht-institutionalisierten Bevölkerung in Relation zur Gesamtbevölkerung feststellen. Diese positive Entwicklung drückt sich aus in einer Verminderung der Tage, an denen die Aktivität krankheits- oder behinderungsbedingt reduziert war, die im Bett verbracht werden mußten, an denen das Wohlbefinden durch Verletzungen, akute Krankheitszustände, Verminderung der Sehkraft bzw. des Hörvermögens beeinträchtigt war. Nicht nur die Verbesserung des subjektiven, sondern auch des objektiven Gesundheitszustandes der über 70jährigen hat die seit 1971 in Göteborg/Schweden laufende Längsschnittstudie festgestellt, die inzwischen drei Alterskohorten der Jahrgänge 1901/02, 1906/07, 1911/12 erfaßt (SVANBORG 1987). Allerdings, und dies ist das Negativum, gehen die zunehmende Lebenserwartung und der im Durchschnitt verbesserte Gesundheitszustand nicht einher mit einer absehbaren Verringerung der Anteile der hilfe- und pflegebedürftigen älteren Menschen. Und sie bewirken, folgt man den bisherigen Ergebnissen dieser Längsschnittstudie, keine Verkürzung der Zeitspanne, über die sich Hilfe- und Pflegebedürftigkeit erstreckt. Die feststellbare Prävalenz psychischer Erkrankungen im Alter, darunter der hirnrorganischen Erkrankungen, hat sich nicht verringert. Negative Zukunftsprognosen sind aus der Verringerung der Dichte des Skeletts und der zunehmenden Häufigkeit von Oberschenkelhalsbrüchen - deren Steigerung aus der Alterung der Population alleine nicht erklärbar ist - abzuleiten. Folgt man den Schlußfolgerungen von Alvar SVANBORG, so ist nicht so sehr das zunehmende Alter als solches maßgebend für eine insoweit getrübtte Zukunftsprognose, sondern die Länge der Zeit, in der die alten Individuen gesundheitsschädigenden Umwelteinflüssen und sonstigen Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt waren.

Die Forschung unterscheidet daher sehr klar zwischen (1) der sich abzeichnenden Tendenz zur Rektangularisierung der Sterbekurve und (2) dem Verlauf der Kurve, die zunehmende funktionelle Beeinträchtigungen und Behinderungen im höheren Alter anzeigt. Wieweit es gelingen kann, auch die Kurve der Beeinträchtigungen nicht ansteigen zu lassen, sondern über die Lebensalter relativ konstant zu halten, ist eine offene Frage (BRODY 1985a).

2.2. Ambivalente und unbestimmte Diskussionsergebnisse zur "Altenmacht"

Die Wirkung der "großen Zahl" wird in bezug auf die Alterspopulation nicht nur negativ gesehen. Wenigstens auf zwei Gebieten diagnostizieren Wissenschaftler eine zunehmende Bedeutung der älteren Generation - wenn nicht eine manifeste, so doch zumindest eine latente Altenmacht: die Gebiete sind jene des Konsums und der Wahlbeteiligung.

Nicht unbedeutend mag sein, daß es sich in beiden Fällen um "Aktivitätsbereiche" handelt, in denen die Betroffenen - selbstverständlich im Rahmen der ihnen zugewiesenen Rechte und Dispositionsspielräume - eigenständige und zugleich gesamtgesellschaftlich sowie gesamtwirtschaftlich weitreichende Entscheidungen treffen (sofern es erlaubt ist, sie als Einheit zu apostrophieren).

Ältere Menschen, auch die große Gruppe jener mit geringen individuellen Einkommen, sind aufgrund ihrer reinen Zahl als Konsumentengruppe von Bedeutung. Dies zeigt sich im alltäglichen Konsum, es dokumentiert sich in der Ausrichtung der Werbung, es zeigt sich in den Marktprognosen, und es schlägt sich nieder im Wachstum einzelner Dienstleistungsbereiche (etwa Gesundheitsleistungen, Sozialleistungen). Durchaus erfreuliche Beschäftigungseffekte gehen von dem Alterskonsum aus: etwa gesamtwirtschaftlich in Rezessionszeiten, in denen der Alterskonsum unter heutigen Bedingungen der Rentensicherung in der Bundesrepublik einen stabilisierenden Faktor darstellt - aber auch regional. Auf diese Fakten weisen die Beiträge von GOESCHEL und DIECK (in diesem Band) hin.

In ihrer Bedeutung als Konsumenten, insbesondere in einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung, können die Älteren eine gewisse Garantie von im Durchschnitt ausreichenden Alterseinkommen sehen. Es ist die Gefahr, daß der Alterskonsum zu stark absinkt und die Sparquote zu stark ansteigt, die BIEDENKOPF und MIEGEL/WAHL (1985) mit ihrem Modell einer Mindestsicherung von Alterseinkommen, ergänzt durch private Vorsorge, u.a. heraufbeschwören. ROSENBERG geht hierauf (in diesem Band) ein.

Ein erstes, eher äußeres Zeichen, daß die Alten nicht nur eine latente Machtstellung als Konsumenten, sondern auch als Wähler haben, kann man in

den Wahlanalysen erblicken, die die Parteien auch dem Wahlverhalten der Alterspopulation widmen, von Wissenschaftlern durchgeführt und ausgewertet (siehe den Beitrag von BÜRKLIN in diesem Band).

Auch TEWS (gleichfalls in diesem Band) spricht den Älteren, nach Abwägen aller derzeit verfügbaren Informationen und Diskussionsstränge, Einfluß als Wähler zu. Diese Bedeutung mag sich in der Zukunft erhöhen, sofern sich erweist, daß die Kohortenthese stärker als die Lebenszyklusthese zur Erklärung des Wahlverhaltens der Älteren greift und sie tatsächlich in ihrem Wahlverhalten flexibler werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Allein die zunehmenden Anteile der Wahlberechtigten im höheren Alter und die Möglichkeit, daß sie zu Wechselwählern oder Wahlenthalttern werden könnten, reicht wohl schon aus, um latente Altenmacht - hier in der begrenzten Funktion als Wähler - zu begründen. (Als wir einen amerikanischen Gerontologen fragten, wie es dazu komme, daß die gerontologische Forschung in den USA so stark durch den Staat gefördert werde, wies er auf diese latente Altenmacht hin. Nicht das faktische Wahlverhalten, das auch in den USA eher konservativ ist, sei entscheidend, sondern die vage Möglichkeit einer Veränderung reiche aus, um einem Anliegen stärkeres Gehör zu verschaffen.)

In diesen Analysen mögen auch Hoffnungen der Professionellen mitschwingen, denn - wie TEWS anmerkt - tendieren die Altersforscher dazu, sich mit der Alterspopulation und deren Interessen zu identifizieren. Die Zukunftsprojektion von HUDSON (1987) bezogen auf die USA setzt sich hiervon ab. Sein Thema sind die sogenannten "jungen Alten", die Aktiven, in ihrem Gesundheitszustand Unbeeinträchtigten. Sehen wir es richtig, so müßten sie die Träger einer zukünftigen "Altenmacht" sein. Doch sie bilden - das alte Dilemma der Altenpolitik - keine in sich kohärente Gruppierung. Bisher hat sich keine gemeinsame Identität herauskristallisiert. Dennoch birgt ihre "Konstitution" in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion Gefahren in sich. Da es sich um eine aktive, nicht beeinträchtigte Population handelt, könnten sowohl Schutz- wie Sicherungsmaßnahmen für sie als überflüssig erscheinen. Eine darauf zielende Gesetzgebung wurde in Hinblick auf die benachteiligten, in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkten Alten erlassen und zwar im Zuge des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates - nicht aufgrund einer wie auch immer gearteten Altenmacht. Diese erst einmal als fiktive Gruppierung geschaffenen "aktiven und jungen Alten" könnten das Opfer gezielter Politikansätze ebenso wie gesellschaftlicher Entwicklungen sein,

die als Tendenzen zur Privatisierung von Risiken, zu Dezentralisation von politischer Verantwortung und zur "Informalisierung" oder "Ent-Institutionalisierung" von Dienstleistungen sichtbar werden. Konkret bedeutet dies, sie wären (1) erneut auf den Einkommenserwerb über den Arbeitsmarkt, nicht das Rentensystem verwiesen, und (2) sie wären moralisch aufgerufen, sich der Anliegen und Bedürfnisse der hilfebedürftigen bis pflegebedürftigen "alten Alten" - als Ausdruck der Gruppensolidarität - anzunehmen.

Letztlich bedeutet die Zweiteilung der Alterspopulation in die aktiven und die hilfebedürftigen Alten wiederum eine ideologische Unterminierung der Vorstellung von einer "Altenmacht". Als Ursache der angeführten möglichen Entwicklungen sieht HUDSON (1987) in Übereinstimmung z.B. mit MYLES (1984) die Tendenz zur Ablösung des Konzeptes der Demokratie (und somit der Gleichrangigkeit von Personen und Interessen) und des Status des Bürgers durch ein politisches Konzept der individuellen Freiheit (im Sinne des Zurückdrängens staatlicher Steuerung) und der Klassenzugehörigkeit. Die Alterspopulation wäre durch zwei Klassen repräsentiert - durchaus auch im Sinne der Argumentation von DOWD (1981).

2.3. Positiv gefärbte Zukunftsvisionen bei Herausstellung gesellschaftlicher Bezüge

In seiner Würdigung der Tagung, auf der dieser Sammelband im wesentlichen basiert, sieht C. Wolfgang MÜLLER (in diesem Band) eine vorherrschende Tendenz, "die erwartbare demographische Entwicklung in allen ihren möglichen Varianten im Prinzip beherrschbar und finanzierbar" zu beurteilen. Wir teilen seine allgemeine Einschätzung der Stimmung, die sich nach intensiver Diskussion ergab. Wir wollten, wie er formuliert, vielleicht "Entwarnung" geben. Dennoch sieht auch er in folgenden möglichen Entwicklungsansätzen, wenn sie denn die Zukunft prägend greifen, Grund für Hoffnung:

- in der besseren Bildung,
- in der Umkehrung traditioneller Lern-Prozesse zwischen Jugendlichen und ihren Eltern,
- in der Neuverteilung der Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter und der einhergehenden Aufwertung.

Auch Leopold ROSENMAYR (in diesem Band) entwirft zusammenfassend kein pessimistisches, eher ein optimistisches Zukunftsbild. Er setzt in hohem Maße auf die Veränderungsfähigkeit der Alterspopulation selbst, auf Entwicklung ihrer Fähigkeit zur Reflexion und zur Vermittlung von neuen Lebensinhalten in einer strukturell veränderten Gesellschaft. Die Zukunftsvision, von heutigen Gegebenheiten und ihren erwartbaren Veränderungen abgeleitet, setzt auf eine Aufwertung der Altersposition, auf die grundsätzliche Egalität der Lebensalter.

Beide Autoren stehen, betrachtet man die internationale gerontologische Literatur, mit diesen Positionen keineswegs allein. COLE (1985a), Kulturhistoriker in den USA, setzt in einer gedanklichen Projektion rückwärtsgerichteter Forschung und der ermittelten Entwicklungen in die Zukunft hinein auf die Wiedergewinnung einer Kultur, in der dem Alter Sinngehalt und den Alten Bedeutung zukommt. Der Ansatz ist zwangsläufig normativ. Denn es geht um das Verlassen einer historischen Phase, in der ein zentrales Anliegen der Gesellschaft die Überwindung des Alters mit seinen Besonderheiten - inklusive der negativen Begleiterscheinungen, hervorgerufen durch Orientierung an einem aktiven und gesunden, eher jugendlichen Menschenbild - war mittels verstärkter Reflektion, eines erhöhten Bewußtseins, tiefergehender Besinnung. Die zunehmende Alterspopulation erzwingt die Beantwortung der Frage, warum es lohnen soll, in eine immer länger werdende Altersphase hinein zu überleben. Der vorgezeichnete Weg ist die erneute Bedeutungszumessung. Wichtig ist, daß dem Kulturhistoriker ein solcher gesellschaftlicher Wandel möglich erscheint.

Vielleicht nicht zuerst, jedoch unverkennbar, haben eine solche Neuorientierung Gerontologen auch für sich vollzogen. Dies wird u.a. deutlich in einem Symposium anlässlich der 38. Tagung der us-amerikanischen Gesellschaft für Gerontologie, das sich mit den Implikationen der Bevölkerungsalterung für Politik und Praxis befaßte (abgedruckt in: THE GERONTOLOGIST 1987). Resümierend stellt MORRIS (1987) folgende Phasen der Themenorientierung fest:

- Zuerst ging es den Gerontologen um die positiven Möglichkeiten, die mit einer sich abzeichnenden verlängerten Phase jenseits der Erwerbstätigkeit verbunden zu sein schienen. Diese begrüßte Entwicklung würde möglich aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der erreichten relativ guten materiellen Absicherung im Alter.

- Danach folgte eine Phase, in der sich die Gerontologie auf die begleitenden Probleme konzentrierte: insbesondere mit dem Ausmaß der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit, dem Behandlungsbedarf, den notwendigen Institutionen und Diensten.
- Inzwischen wächst das Interesse an dem Beitrag, den die Älteren angesichts ihrer veränderten Chancen in der langen Altersphase (die etwa ein Drittel des Erwachsenenlebens ausmacht) für die Gesellschaft und innerhalb der kleinen Netze, in denen sie leben, zu leisten vermögen. Die Befassung mit Aspekten der Freizeit und kulturbezogenen Aktivitäten gewinnt an Gewicht.

Sehr prononciert fordert z.B. HAGESTAD (1987) im Rahmen dieses Symposiums die Befassung mit den Chancen der Bevölkerungsalterung und fragt:

- Wann werden wir anerkennen, daß von den Älteren ein größeres Maß an finanzieller Hilfe für die mittel-alten und jüngeren Familienmitglieder ausgeht als umgekehrt?
- Wann werden wir einsehen, daß eine alternde Gesellschaft mehr Chancen und Möglichkeiten für das Leben in der Familie bietet, den Horizont eher erweitert als einengt?
- Wann werden wir zur Kenntnis nehmen, daß auch bei steigenden Lebenserwartungen immer mehr Ältere auch als Hochbetagte gesund und in ihren Funktionen nicht eingeschränkt leben?
- Wann werden wir begreifen, daß die Alterspopulation die Gesellschaft sowie die Familien und deren Hilfepotential nicht in erster Linie belastet, sondern viel eher eine bisher zu gering genutzte soziale Ressource darstellt?
- Wann werden wir verstanden haben, daß sich uns angesichts der derzeitigen demographischen Entwicklung und den einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen reichhaltige neue Möglichkeiten eröffnen?

Dabei wird eine Fokusverschiebung von der Makro-Ebene zur Mikro-Ebene gesellschaftlicher Interaktion empfohlen, die erst den Blick für diese neuen Potentiale freigibt. In Anlehnung an RILEY/RILEY (1986) erkennt HAGESTAD (1987) vier Typen neuer Potentiale, die sich erst als Folge der zunehmenden Langlebigkeit entwickeln:

- eine zunehmende Komplexität sozialer Netzwerke, insbesondere neue Ausformungen der Familienbeziehungen angesichts einer zunehmenden Zahl gleichzeitig und über lange Zeitfristen lebender Familiengenerationen;
- die längere Dauer von Beziehungen, die u.a. zu einem größeren Fundus gemeinsamer Erfahrungen führt und Interdependenzen zwischen den Generationen erweitert und intensiviert;
- eine Ausdehnung der Zeit, in der Erfahrungen gesammelt und verarbeitet werden können. Mit der Länge des sich Kennens, des miteinander Lebens wächst die Chance, zu einer breiteren Basis gemeinsamer Wertorientierungen und einem Zuwachs an Toleranzbereitschaft zu kommen. Die starren, hierarchischen Generationenbeziehungen lösen sich tendenziell auf. Hilfe und Wissensvermittlung sind im absteigenden Ast der Familie ebenso möglich wie im aufsteigenden;
- eine Verbreiterung der Rollenvielfalt, die ein Individuum im Laufe des Lebens ausfüllt und dabei das Entstehen von Neuorientierungen, die aus der Übernahme neuer Rollen erwachsen. Gesehen werden vor allem neue Großelternrollen. Die älteren Familienangehörigen, insbesondere die älteren Frauen, können zu wichtigen Stabilisatoren im Familiengeflecht werden, sie können die einengenden Grenzen der traditionellen Kleinfamilie überspringen (an die sie die Pflichten nicht länger binden) und neue familienähnliche Gemeinschaften auf der Basis intensiver und breit streuender Beziehungen gründen.

Die hier angesprochene Differenzierung des Rollenrepertoires und die daraus erwachsenden Entwicklungsmöglichkeiten kann man allerdings auch als das Ergebnis eines umfassenderen und äußerst bedeutsamen Prozesses betrachten: einer grundsätzlichen kulturellen Neudefinition der Geschlechterbeziehungen. Erst daraus werden einer vor allem demographisch abgeleiteten Feminisierung des Alters in der Zukunft jene entscheidenden Dimensionen erwachsen, die zwar in mancher Hinsicht noch undeutlich oder widersprüchlich bleiben, deren wesentliche Konturen aber schon heute erkennbar sind. Konturen im übrigen, die auch von sozialwissenschaftlicher Forschung bereits skizziert wurden und inzwischen sogar in einer breiteren Öffentlichkeit unter dem zwar publikumswirksamen, aber eher verwirrenden Stichwort der "androgynen Revolution" diskutiert worden sind (vgl. BADINTER 1987).

Für eine solche Einordnung gab es zunächst einmal gute Gründe. Denn es war ja seit langem bekannt, daß die uralte Deutungsfigur des "Androgynen" in Kunst und Literatur als Symbol einer ersehnten Vereinigung der polaren Gegensätze zwischen Mann und Frau und damit als Bild erreichter Vollkommenheit gedient hat (vgl. ANDROGYN 1986). Einsichtig war die Charakterisierung der neueren Diskussionen durch die Figur des "Androgynen" um so mehr, als es deren zentrale These war, daß in Persönlichkeitszügen und aktuellen Verhaltensweisen sich heute mehr als je zuvor Anzeichen einer Annäherung zwischen den Geschlechtern ausmachen lassen, und diese Prozesse Ergebnis zunehmender Individualisierungstendenzen sind, wie sie sich u.a. auch in demographischen Analysen abbilden. Allerdings hat es dabei verwirrend gewirkt, daß eine plakative Vermarktung dieser These zunehmend auf eine "äußerliche Sichtbarkeit" dieser Annäherung gesetzt hat, wie sie z.B. in der Mode, in einzelnen Jugendkulturen etc. als ästhetisches Programm deutlich wurde. Diese Konzentration auf ästhetische Zeichensysteme als heimlichem Indikator für die androgyne Revolution hat den aufschlußreichen Umstand in den Hintergrund gedrängt, daß wichtige Hinweise für die Berechtigung dieser These gerade aus Forschungen zur Erwachsenensozialisation stammen.

Vor allem ein zentrales Ergebnis haben diese Forschungen immer wieder hervorgehoben (vgl. ROSSI 1985; ROSSI 1986): in der zweiten Hälfte des Lebens scheint sich ein umfassender und bedeutender Entwicklungswandel bei Männern und Frauen abzuzeichnen. Dorothy EICHHORN und ihre Mitarbeiter begleiteten z.B. Männer und Frauen von der Adoleszenz bis in die frühen fünfziger Jahre ihres Lebens und beobachteten dabei, daß Frauen mit zunehmendem Alter stärker analytische und direktive Persönlichkeitszüge entwickeln, während die Männer deutlicher Züge der Expressivität und "Nachgiebigkeit" ausbildeten (vgl. EICHHORN/CLAUSEN 1981, neuerdings wieder: COOPER/GUTMANN 1987). Wichtig war dabei der Umstand, daß es sich bei diesem Wandel nicht um den Verlust oder Austausch früherer Fähigkeiten handelte, sondern um die Ergänzung eines bereits existierenden Repertoires mit solch neuen Merkmalen, die konventionellerweise dem "anderen Geschlecht" zugeordnet werden (vgl. allgemein LIVSON 1983).

Ähnliche Ergebnisse brachten Forschungen zur Veränderung des sexuellen Erlebens im höheren Lebensalter: auch dort ist es der Zugewinn von Erfahrungen, die gemeinhin mit dem anderen Geschlecht verbunden werden, und damit auch die Bereicherung und Erweiterung bereits vorhandener Qualitäten bei Frauen

und Männern, der den Forscherinnen auffiel (vgl. WEG 1983).

Auch wenn immer wieder auf die absehbare Langfristigkeit bei der Durchsetzung androgyner Qualitäten in der Gesellschaft hingewiesen wird, so halten doch die meisten Beobachterinnen einen vorsichtigen Optimismus in die Erwartung solcher Entwicklungen für vertretbar (z.B. ROSSI 1986: 133). Allerdings haben sich auch eher bedenkliche Stimmen zu Wort gemeldet, die offensichtlich einer allzu unkritischen Emphase der "androgyner Revolution" mit Hinweisen auf gegenwärtig noch weiter wirksame Prozesse der Geschlechtertrennung wehren wollen und damit auf eine hochkomplexe Dynamik zukünftiger Entwicklung der Geschlechterbeziehungen aufmerksam machen. Aktuell wirksame Faktoren des demographischen und sozialen Wandels, wie die Fruchtbarkeitsentwicklung, die Diskontinuität in den Ehen und die Zunahme der Alleinerziehenden, der Rückgang der Zeit, in der Männer sich (überhaupt noch) mit Kindern auseinandersetzen, deutliche Unterschiede in der Qualität der sozialen Netzwerke von Männern und Frauen usw. werden hier als Beleg für die Auffassung angeführt, daß ein zunehmender Kontrast zwischen den "Sozialwelten" und den "Familienwelten" von Männern und Frauen bestehe (z.B. HAGESTAD 1986; z.T. auch: RILEY 1985). HAGESTAD präzisiert das, indem sie auf den Umstand hinweist, daß ein zunehmender Anteil von Männern nur noch höchst prekäre vertikale Bindungen entlang der Generationslinien besitze, während die intergenerationellen Bindungen von Frauen heute in einem Maße komplex, haltbar und vielfältig sind, wie niemals zuvor in der Geschichte (HAGESTAD 1986: 158). Inwieweit nun Hinweise auf neue Lebensformen in familienähnlichen Gemeinschaften, wie sie z.B. LIEGLE als einen Prototyp "postmoderner Lebensformen" vorgestellt hat, auch wiederum erweiterte Möglichkeiten für veränderte Geschlechterbeziehungen bedeuten könnte, muß die Zukunft erweisen - aber daß zu einigen der oben erwähnten Faktoren, die bisher die Trennung von "Geschlechterwelten" verfestigen, mit solchen Gesellungsformen Alternativen entgegengesetzt würden, scheint uns plausibel (vgl. LIEGLE 1987).

2.4. Die Produktion von Ressourcen durch Umdenken und Neuorientierung

Während die Sozialgerontologen durch eine Fokusverschiebung von der Makro- zur Mikro-Ebene den Blick freibekommen für die Entdeckung von wichtigen

Funktionen und Beiträgen der Mitglieder der Altersgeneration in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld, tendieren nach unserem Eindruck die Ökonomen in ihren Modellen eher dazu, durch neue, erst einmal theoretisch erfolgreiche Grenzziehungen und Verpflichtungszuweisungen Ressourcen quasi "zu produzieren". Dabei bedienen sie sich ausgewählter Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung, um den Realitätsgehalt der Modelle zu untermauern.

Die erste Ressource, die neu entdeckt wird, ist jene des älteren Arbeitnehmers. In den Industrieländern, die eine deutliche Alterung ihrer Population zu erwarten haben, wird - soweit wir dies sehen - durchgängig mit einer Heraufsetzung der realen Pensionierungsgrenzen und Rentenzugangsalter operiert, zum Teil real (wie z.B. in den USA), zum Teil bisher im Modell. Zieht man die geminderte ökonomische Last der Jugend aufgrund der Verringerung der Geburtenraten und eine stärkere Ausschöpfung des Erwerbspotentials auch im höheren Alter in Betracht, so verschieben sich die Alterslastquotienten trotz steigender Alterspopulationen auf ein Niveau, das man durchaus als erträglich ansehen kann. Zusätzlicher Handlungsspielraum wird in die Berechnungsmodelle eingeführt über Annahmen zur zukünftigen Produktivitätssteigerung, zur Privatisierung von Risiken, zur Minderung des Einkommensniveaus im Alter. Die wichtige Funktion derartiger Modellrechnungen ist es, aufzuzeigen, daß auch unter ökonomischen Aspekten die zunehmende Langlebigkeit der Population keine katastrophalen Züge trägt (so etwa bezogen auf die USA: CHEN 1987). Man stellt damit nicht in Abrede, daß die ökonomische Disziplin insoweit einen Beitrag zur theoretischen Bewältigung der Alterung leistet und hier keineswegs unwichtige Diskussionen entwickelt. Die Hürde, die allerdings mit zu großer Leichtigkeit übersprungen wird, liegt in der Prüfung der faktischen Verwendbarkeit älterer Arbeitnehmer im Produktions- und Dienstleistungssektor (siehe z.B. den Beitrag von LAPPE in diesem Band). Die Gründe, die zu einer massiven Reduzierung des Rentenzugangsalters auch aufgrund von Arbeitsplatzbedingungen geführt haben, müßten revidiert werden. Zudem wäre eine Neuorientierung der jüngeren Population in Sachen eigener Lebensplanung erforderlich, da diese bisher und über eine längere Zeitspanne hinweg von einer relativ frühen Verrentung ausgehen konnte. Was modellhaft möglich erscheint, bleibt faktisch erst einmal fraglich.

Dies gilt auch für die zweite Ressource, die in die Überlegungen neu eingeführt wird. Es handelt sich um das Hilfs- und Pflegepotential, das in der jüngeren Altersgeneration theoretisch verfügbar ist. WAGNER und DIECK (in diesem Band) nehmen hierzu unterschiedliche Bewertungen vor. HUDSON (1987) argumentiert, der Druck auf die jungen und aktiven Alten könnte in der Öffentlichkeit erheblich zunehmen, um sie zu derartigen Leistungen zu bewegen. Es geht hier, das sei betont, nicht um die familiäre Hilfe. Für die Bundesrepublik ist inzwischen bekannt, daß ältere Familienangehörige, soweit sie dies können, und die Situation es erfordert, in hohem Maße Hilfe- und Pflegeleistungen erbringen, sowohl für ihre Ehepartner als auch für ihre Nachkommenschaft (SOCIALDATA 1980). Für die USA läßt sich zeigen, daß sich die familialen Normen nicht verschoben haben, die Verpflichtung zur Hilfestellung ungebrochen empfunden wird und auch - wenigstens bisher - mit entsprechenden Leistungen zu rechnen war. Aber es ist unbestimmt, in welchem Ausmaß Berufsorientierung von Frauen und veränderte Familienzusammensetzungen dieses Leistungspotential mindern werden (BRODY 1985b). Die Diskussion dreht sich hier um die Frage, ob und in welchem Maße familienfremde Kräfte die Lücke werden füllen können, und ob diese familienfremden Kräfte überwiegend entlohnte Professionelle (unterschiedlichen Alters, denn die Diskussion um die Heraufsetzung des Rentenalters greift auch in diesem Bereich) oder "leistungsverpflichtete" ehrenamtliche junge und aktive Alte (sowie sonstige verfügbare Gruppierungen aus der Bevölkerung), die weithin unentgeltlich arbeiten, sein werden.

WYNNE (1986) sieht den Kern der Antwort auf die Frage nach der generellen Bereitschaft der Gesellschaft, die Altersprobleme zu lösen, in den Inhalten der Sozialisation der heute Jungen und fordert intensivierete Bemühungen in dieser Hinsicht. Die Akzeptanz von Verpflichtungen gegenüber der Altersgeneration, die das Maß der heutigen Verpflichtung übersteigen und die nicht nur den Rahmen der Gesetzesbestimmungen ausfüllen sondern darüber hinausgehen, bedeutet für ihn konsequenterweise auch eine vermehrte Wertschätzung der Vergangenheit, von Traditionen und somit eine ideologische Neuorientierung einer Gesellschaft, der generell das Jetzt besser und fortschrittlicher erscheint als das Gestern.

Kapitel I

DEMOGRAPHISCHE VERÄNDERUNGEN: EIN BLICK ZURÜCK UND NACH VORN

1977

1. Postum

Die demographischen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland sind in den letzten Jahrzehnten von erheblicher Bedeutung gewesen. Die Bevölkerungszahl ist von über 60 Millionen im Jahr 1950 auf über 80 Millionen im Jahr 1975 gestiegen. Diese Zunahme ist vor allem auf die hohe Geburtenrate in den fünfziger und sechziger Jahren zurückzuführen. In den siebziger Jahren ist die Geburtenrate deutlich gesunken, was zu einer Abnahme der natürlichen Bevölkerungszunahme führt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Zuwanderung von Ausländern, die die Bevölkerungszahl weiter erhöht hat. Die Lebenserwartung hat sich ebenfalls deutlich verlängert, was zu einer Zunahme der Altersbevölkerung führt. Diese Veränderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Sozialstruktur und die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. In den kommenden Jahren sind weitere demographische Veränderungen zu erwarten, die durch den Rückgang der Geburtenrate und die Zunahme der Lebenserwartung bedingt sind. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um den demographischen Wandel zu bewältigen und die soziale Sicherheit zu gewährleisten.

DEMOGRAPHISCHE VERÄNDERUNGEN IN DEN VERGANGENEN ZWEI JAHRHUNDERTEN:
QUANTITATIVE UND QUALITATIVE FOLGEN FÜR DIE ALTERSPHASE

Josef Kytir

Inhalt:

1. Historischer Rückblick und moderne Altenproblematik
2. Alter im vorindustriellen Lebenszusammenhang
3. Das bäuerliche Ausgedinge
4. Vorausbestimmtheit und Vielfalt der Lebensformen;
Individualisierung und Isolation
5. Mortalität, Morbidität und Prestigeverlust der
Alten
6. Der moderne Familienzyklus und die Isolierung
der Alten
7. Resümee

Die demographischen Wurzeln hoher Altenquoten lassen sich präzise benennen: Der säkulare Geburtenrückgang bewirkt ein 'Altern' der Bevölkerungspyramide von der Basis her, die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung über das siebente Lebensjahrzehnt hinaus führt zu einem verstärkten 'Altern' der Pyramide von der Spitze her. Die beiden genannten Prozesse haben in Mitteleuropa ihren historischen Ursprung im 19. Jahrhundert und sind mit den irreversiblen sozialen Folgen von Industrialisierung und Urbanisierung verknüpft.

So gut diese Aussagen den quantitativen Zuwachs des 'Alters' im Sinne eines kollektiven Merkmals eines Teils der Bevölkerung durch Veränderungen der demographischen Prozesse der Mortalität und Fertilität erklären können, so wenig helfen sie uns, etwas von den substantiellen Veränderungen zu verstehen, denen das Alt-Sein - verstanden als Phase im individuellen Lebenszyklus - in den vergangenen 200 Jahren unterworfen war. Einzelne histori-

sche Aspekte aufzuzeigen, den mit Zahlen leicht faßbaren quantitativen Wandel demographischer Größen auf seine qualitativen Folgen für das Leben im Alter hin zu untersuchen, bildet das wichtigste Ziel der folgenden Ausführungen.

1. Historischer Rückblick und moderne Altenproblematik

Jeder geschichtliche Rückblick sieht sich mit der Frage konfrontiert, welche Konsequenzen und Handlungsstrategien sich aus der Kenntnis der Vergangenheit für aktuelle oder zukünftige gesellschaftliche Probleme ableiten lassen. Wer ein solches 'Lernen aus der Geschichte' für möglich hält, muß hier enttäuscht werden: Hohe Altenquoten, deren weiterer Anstieg uns für die kommenden Jahrzehnte prognostiziert wird, sind aus historischem Blickwinkel eine Novität. Dies trifft nicht alleine auf den ökonomischen Aspekt - wie sichert der Sozialstaat einer überproportional wachsenden Zahl alter Menschen ein Einkommen ohne Arbeit? - zu, sondern auch auf die sozialen Konsequenzen einer anteilsmäßig stark gestiegenen Altenbevölkerung.

Die demographischen Prognosen zeigen uns, daß wir in den wirtschaftlich entwickelten Staaten zukünftig mit Altenquoten von 30 und mehr Prozent werden rechnen müssen. Welcher soziale Status kommt diesem Drittel der Bevölkerung zu, das den Lebensjahren nach 'alt' ist und nicht oder nicht mehr im Beruf steht? Innerhalb welcher sozialer Strukturen und Kommunikationsmuster leben bzw. werden die Alten zukünftig leben? Welchen Sinn, welche Inhalte und Aufgaben geben wir der Altersphase in der postindustriellen Gesellschaft?

Antworten auf diese Fragen aus der Geschichte zu erwarten, ist in mehrfacher Hinsicht ein erfolgloses Bemühen. Derartige Antworten kann uns die Geschichte alleine deswegen nicht liefern, weil Altern als biologischer Prozeß zwar eine anthropologische Konstante darstellt, Alter im Sinn eines Lebensabschnitts, einer letzten, erwerbsfreien Phase im menschlichen Lebenszyklus aber ein Produkt der ökonomischen, sozialen und demographischen Entwicklung der jüngsten Vergangenheit ist. Der zeitliche Beginn einer Ausgrenzung des Alters als Lebensabschnitt ohne Erwerb, aber mit gesichertem Einkommen liegt mit der Einführung der Pensionsversicherung noch keine hundert Jahre zurück. Die staatliche Institutionalisierung einer nachproduktiven Lebensphase er-

folgte damit um Jahrzehnte später als die Ausbildung von Lebensabschnitten am anderen Ende des Altersspektrums: der Kindheit und Jugend, durch das Verbot der Kinderarbeit und die Einführung der allgemeinen Schulpflicht.

Das zweite Argument für die vergebliche Suche nach historischen Leitbildern zur Lösung der Probleme einer 'ergrauten' Gesellschaft ist demographisch-quantitativer Natur. In vorindustriellen Gesellschaften konnte nicht einmal jeder Zehnte den Jahren nach als 'alt' bezeichnet werden (Anteil der über 60jährigen Bevölkerung). Dieser Prozentsatz erhöhte sich aufgrund der 'Tragfähigkeit' demographischer Strukturen bis zum ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts kaum. Entsprechend gering blieb der gesellschaftliche 'Problemlösungsdruck'. Auch die Einführung der staatlichen Pensionsversicherung und damit die Vergesellschaftung der Altenfürsorge an der Wende zum 20. Jahrhundert war keine Reaktion auf bis dahin stark gestiegene Altenquoten, sondern das Resultat ökonomisch-sozialer Veränderungen. Die Notwendigkeit staatlicher Altenfürsorge ergab sich aus dem Bedeutungsverlust der hauswirtschaftlich organisierten Produktions- und Lebensgemeinschaften sowie der Durchsetzung industriell-arbeitsteiliger, auf freier Lohnarbeit beruhender Produktionsverhältnisse.

Der dem Anteil nach kleinen Gruppe alter Menschen - bis weit ins 19. Jahrhundert herauf inhomogen in bezug auf Teilnahme am Erwerbsleben und ökonomische Gesichertheit ihrer Existenz - steht das Kollektiv der Alten von heute gegenüber. Die sozialen Netze des modernen Wohlfahrtsstaates sichern praktisch jedem älteren Menschen ein Mindesteinkommen, Erwerbstätigkeit im Alter wurde zur seltenen Ausnahme: In Österreich stehen gegenwärtig nur knapp 5 v.H. der Männer und 2 v.H. der Frauen der Altersgruppe zwischen 65 und unter 70 Jahren im Berufsleben. Mit zunehmendem Alter sinkt dieser Wert gegen 0.

Schließlich läßt sich ein drittes Argument nennen: Nicht nur kollektiv, auch als Individuen stehen wir der Altersphase mit ihren Problemen weitgehend unvorbereitet gegenüber. Eine anschauliche Beschreibung dieser mentalitätshistorischen Perspektive verdanken wir IMHOF (1981: 20 f.) in anschaulicher Form:

"In der Vergangenheit war die Menschheit in weiten Bereichen, die uns hier interessieren, recht gut ohne eine solche Eigeninitiative und -verantwortung (für die Altenphase; Anm. d. Verf.) ausgekommen. Die

kürzere durchschnittliche Lebensspanne machte sie überflüssig. Die Zeit reichte für diejenigen, die nicht bereits als Säuglinge oder Kleinkinder wieder weggestorben waren, gerade aus, um erwachsen zu werden, eine eigene Familie zu gründen, so viele Kinder in die Welt zu setzen, daß wenigstens ein paar von ihnen überlebten, diese großzuziehen und den Hof oder die Handwerksstelle an den ersten Volljährigen und Verheirateten zu übergeben. Dann mußten sie bereits wieder von der Weltbühne abtreten. Wie hätte man bei einer durchschnittlichen Erwachsenen-Lebenserwartung von fünfzig, sechzig Jahren auch groß an heute aktuelle Probleme wie Arbeitslosigkeit im fortgeschrittenen Alter, denken und Initiativen zur Gestaltung von zuviel freier Zeit in einem nicht vorhandenen oder jedenfalls nicht massenhaft vorhandenen dritten oder gar vierten Lebensabschnitt entwickeln sollen? Wie sich Gedanken machen über ein Leben mit chronischen Leiden, über jahrelanges Siechtum, wo doch die meisten Menschen von einer Handvoll schnell tödender Infektionskrankheiten hinweggerafft wurden, lange bevor sie ihre biologisch mögliche Altersgrenze auch nur annähernd erreicht hatten?"

2. Alter im vorindustriellen Lebenszusammenhang

Alt zu werden war in der traditionellen Agrargesellschaft im Verhältnis zur Zahl der Geborenen nur wenigen Menschen beschieden; diese Alten blieben in der Regel in den hauswirtschaftlich organisierten Produktions- und Lebensgemeinschaften integriert und waren keine gesellschaftliche Problemgruppe. Beides - geringe Zahl und familiäre Fürsorge - darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, daß für unsere Vorfahren das Leben im Alter - so es überhaupt erreicht wurde - einen problemlosen Lebensabschnitt darstellte. Vom demographisch bedingten 'Seltenheitswert' alter Menschen auf qualitative Aspekte wie Hochachtung und Schätzung des Alters zu schließen, wäre verfehlt, denn: Alter war in einer Gesellschaft, die Arbeitskraft und Leistung nicht erst seit dem 20. Jahrhundert hoch bewertet, immer schon verbunden mit Verlust - dem Verlust an körperlicher und geistiger Kraft, dem tendenziellen Verlust an Macht und Einfluß, dem Verlust an sozialer Geltung und früher häufig auch mit dem Verlust der ökonomischen Existenz.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen gestern und heute besteht jedoch: Während in der modernen Lohnempfängergesellschaft der Verlust an sozialem Status mit dem altersbedingten Ausscheiden aus dem Berufsleben quasi automatisch und unbefragt jeden trifft, so waren die Chancen, die Altersjahre

ohne wesentlichen Statusverlust und in gesicherter ökonomischer Existenz zu durchleben, in der vorindustriellen Gesellschaft ungleich verteilt. Privilegierte Gruppen, etwa reiche Handwerksmeister und Beamte, waren in der Lage, ihren Erwerb in der Regel bis ins hohe Alter in vollem Umfang auszuüben.

Eine andere Situation finden wir bei der Masse der Dienstboten, des Gesindes und der Tagelöhner. Hier begründete nur körperliche Invalidität - unabhängig vom Lebensalter - ein Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß. Invalidität, deren Risiko mit zunehmendem Alter sicher stieg, führte vor allem zu einem Verlust der ökonomischen Existenz - der Arbeitsunfähige war auf die Gnade seines Dienstherrn, auf kirchliche und städtische Wohlfahrtseinrichtungen oder das Betteln angewiesen. Knechte und Mägde, Dienstboten und Tagelöhner mußten aus wirtschaftlichen Zwängen heraus trachten, bis an ihr Lebensende zu arbeiten. Daraus auf das Fehlen von Statusverlust und ökonomischer Deprivation im Alter zu schließen, wäre verfehlt.

Am deutlichsten läßt sich das für den agraren Lebensbereich zeigen. Das Nachlassen der körperlichen Leistungsfähigkeit überforderte den alternden Knecht in seiner bisherigen Tätigkeit. Sie wurde einem Jüngeren übertragen. Der alte Knecht mußte sich mit einer anderen, in der Hierarchie der Hausgemeinschaft weniger angesehenen Arbeitsfunktion bescheiden. Bildhaft manifestierte sich dieses soziale 'Abrutschen' in der strengen Sitz- und Schlafplatzordnung der agraren Hausgemeinschaft. Die Plätze waren an Funktionen, nicht an Personen festgemacht. Der alternde Knecht mochte immer weiter ans Tischende, zu den Kindern verbannt werden; als Schlafplatz mußte er schließlich mit der Ofenbank Vorlieb nehmen.

Noch problematischer gestaltete sich die Altersphase in der vorindustriellen Lohnarbeit. Der Verdienst des Tagelöhners war unmittelbar mit seiner körperlichen Leistungsfähigkeit verknüpft. Die höchst dürftige und unsichere Erwerbsquelle des Taglohns drohte im Alter völlig zu versiegen. Alter und Armut wurden hier tatsächlich zu synonymen Begriffen.

3. Das bäuerliche Ausgedinge

Ein wichtiger Bereich blieb aus unseren bisherigen Ausführungen ausgeklammert: die Situation des alten Bauern. Mit dem Ausgedinge finden wir hier eine historische Form der Altenversorgung, die eine unserem heutigen Verständnis entsprechende Altersphase konstituierte. Diese strukturellen Gemeinsamkeiten machten das Ausgedinge und damit die bäuerliche Drei-Generationen-Familie schon im späten 19. Jahrhundert zum sozialkonservativen Vorbild für die 'richtige' Form der Altenfürsorge in der werdenden Industriegesellschaft. Forderungen nach einer verstärkten Integration der Alten in die von Produktionsfunktionen entlasteten Familienhaushalte ihrer Kinder und nach ökonomischer und sozialer Verantwortung und Unterstützung der Kinder für ihre alten Eltern sind hier zu nennen. Auch heute finden sich Stimmen, die angesichts der prognostizierten Probleme der staatlichen Renten- und Krankenversicherungen versuchen, die Altenfürsorge wenn nicht ausschließlich, so doch primär, als Verpflichtung der Kinder einzufordern.

Das Ausgedinge, also die rechtlich geregelte Versorgung des alten Bauern im Rahmen der Hausgemeinschaft, war in seiner räumlichen Verbreitung und Häufigkeit stark eingeschränkt und keineswegs die übliche Form der Hofübergabe zwischen den Generationen. In der Regel finden wir auch im bäuerlichen Bereich das Fehlen einer Altersphase im modernen Sinn. Die Wirtschaftsführung blieb bis zum Tod in den Händen des Altbauern, der Erbe konnte erst danach an die Gründung einer eigenen Familie denken.

Geographisch war das Ausgedinge mit der geschlossenen Erbfolge verknüpft, demographisch verminderten späte Heirat und geringe Lebenserwartung die Chancen für das Zusammenleben von drei Generationen im gemeinsamen Haushalt. Wo sich eine solche Konstellation dennoch ergab und gleichzeitig die familiäre Autoritätsposition auf die mittlere Generation übergang, gestaltete sich das Verhältnis zwischen den Generationen keineswegs konfliktfrei. Die detaillierten Übergabeverträge, in denen von der Nahrung bis zu den Kleidungsstücken, vom Sessel in der Stube bis zum Recht, das Haus durch den Vordereingang betreten zu dürfen, alle Leistungen des Jungbauern und alle Rechte des Altenteilers peinlich genau festgelegt sind, widerlegen alle Romanzismen.

Darüber hinaus war die Abgabe der Wirtschaftsführung mit einem deutlichen Statusverlust des Altenteilers verbunden. Er verlor seine mit patriarchalischer Gewalt ausgestattete Autoritätsposition innerhalb der Hausgemeinschaft, für alle sichtbar durch den Wechsel der Sitzordnung am gemeinsamen Tisch. Der Verlust der Hausherrenstellung einerseits, die vom Jungbauern unvermittelt erlebte ökonomische Belastung durch das Ausgedinge andererseits bargen Konfliktpotentiale, die allen verklärten Blicken auf das Modell der bäuerlichen Drei-Generationen-Familie entgegenzuhalten sind.

Wer es sich leisten konnte, versuchte bereits in der traditionellen Agrargesellschaft, diesen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Reiche Bauern zogen im Alter in die Stadt und lebten im gemeinsamen Haushalt mit Verwandten oder Dienstboten von den Zinsen ihres Hofes.

4. Vorausbestimmtheit und Vielfalt der Lebensformen; Individualisierung und Isolation

Eines scheint aus unseren bisherigen Ausführungen deutlich zu werden: Über Lebensform und persönlichen Lebensstil im Alter gab es in der historischen Gesellschaft in der Regel keinen individuellen Entscheidungsspielraum. Die Rolle innerhalb der Hausgemeinschaft, der Dienstboten- oder Gesindestatus, ein Leben als Kleinhäusler und Tagelöhner, ließen für eine demographisch ohnehin unwahrscheinliche Altersphase nur wenige Optionen offen.

Aus dieser Determiniertheit erklärt sich für den heutigen Betrachter aber auch die historische Vielfalt möglicher Lebensformen im Alter. Den alten Menschen finden wir dabei tendenziell in komplexen Haushaltsformen. Das von der hauswirtschaftlichen Lebens- und Produktionsform bestimmte Zusammenleben mit verwandten und nicht verwandten Personen in instabiler, häufig wechselnder Konstellation prägte das Bild des alten Menschen in der vorindustriellen Gesellschaft. Die Alten lebten mit ihren leiblichen Kindern oder mit Ziehkindern, mit oder als Dienstboten, Inwohner, Untermieter oder Bettgeher.

Die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung führten zu einer Umgestaltung der Altersphase: Staatliche Insti-

tutionen übernahmen die Existenzsicherung im Alter und ermöglichten damit die Ausbildung einer nachproduktiven Lebensphase für die Masse der Lohnabhängigen.

Mit der wachsenden Abwanderung aus der Landwirtschaft und dem Zurückdrängen des traditionellen Gewerbes verlor auch die haus- und familienwirtschaftliche Produktion zunehmend an Bedeutung. Im häuslichen Bereich entwickelte sich die Familie zu Reproduktions- und Konsumgemeinschaft - die Familienhaushalte verloren damit auch ihre historische Vielfalt in bezug auf Struktur und personelle Zusammensetzung.

Das zuletzt Gesagte spricht die für unsere Thematik zentralen qualitativen Folgen der demographischen Veränderungen in den vergangenen drei Jahrhunderten an: Statt einer Vielzahl möglicher Lebensformen in der vorindustriellen Gesellschaft griff nach und nach eine demographische 'Normalbiographie' Platz. Die Chance, aus vorgezeichneten, in die Wiege gelegten Lebensformen auszubrechen, führte paradoxerweise zu einer Zerstörung der historischen Vielfalt und mündete in eine Konformität in bezug auf Familienbildungs- und Familienlösungsprozesse.

Die Konsequenzen für die Altersphase sind evident: Die 'nachelterliche Gefährtschaft' folgt dem Auszug des letzten Kindes aus dem Haushalt; das Alleine-Leben wird zur dominanten Lebensform nach dem Tod des Partners.

Die These, die sich hier aufstellen läßt, lautet: Der wachsenden Individualisierung, also der prinzipiellen Chance, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, steht eine zunehmende Kongruenz der individuellen demographischen Lebensläufe und Lebensformen gegenüber. Die Konsequenzen für die Altersphase liegen in einer sozialen Isolierung der alten Menschen, vor allem der alten Frauen: ein historisch neues Phänomen unserer Gesellschaft.

Bedeutete Individualisierung für die Jugend und die jungen Erwachsenen tatsächlich eine - wenn auch nur partiell genützte - Vergrößerung ihres Handlungsspielraums, so läßt sich Individualisierung im Alter eher mit Vereinzelung und Vereinsamung assoziieren, mit räumlicher Emanzipation bis hin zur Ghettoisierung. Daß den gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen im Alter durch die Rahmenbedingungen einer erzwungenen Erwerbslosigkeit ohnehin Grenzen gesetzt sind, sei in diesem Zusammenhang ins Gedächtnis gerufen.

5. Mortalität, Morbidität und Prestigeverlust der Alten

Demographische Veränderungen besitzen damit sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte für die Entstehung und Ausformung der Altersphase in der modernen Industriegesellschaft. Auch dem Wandel der Sterblichkeit kann neben dem evidenten Effekt 'gewonnener Jahre' eine qualitative Dimension für das Alt-Sein zugeschrieben werden. Der Rückgang der Mortalität in allen Altersklassen - besonders aber bei den Säuglingen und Kleinkindern - war von einer weitgehenden Umgestaltung des Todesursachen-Spektrums begleitet. Dieser auch als 'epidemiologischer Übergang' bezeichnete Prozeß drängte die Krankheiten mit unmittelbar tödlichen Folgen zurück. Immer mehr Menschen wurden alt, zugleich erhöhte sich aber die Chance, im Alter krank zu werden. Sinkende Sterblichkeit korreliert mit steigender Morbidität.

Daraus läßt sich ein Prestigeverlust des Alters ableiten: 'Alt' bedeutete in verstärktem Maße 'krank', die Pflegebedürftigkeit der Alten nahm zu, Alter wurde (gesundheitsbedingt) zur Last.

6. Der moderne Familienzyklus und die Isolierung der Alten

In gleicher Weise wie für den demographischen Prozeß der Mortalität lassen sich auch für Fertilität und Nuptialität quantitative Veränderungen und deren qualitative Konsequenzen für die Altersphase benennen. Denn es vermindert sich nicht nur die zahlenmäßige Stärke der nachwachsenden Generation, es kam auch zu Veränderungen im 'Timing' der Geburten. Die reproduktive Phase verkürzte sich auf die ersten Jahre der Ehe und schuf zusammen mit der gestiegenen Lebenserwartung eine lang andauernde 'nachehlerliche Gefährtenschaft' als letzte Phase im Familienzyklus.

Als drittes Moment des demographischen Wandels von der agraren zur industriellen Gesellschaft ist die Auflösung der traditionellen Heiratsstruktur zu nennen. Heirat und eigene Familie waren ein soziales Privileg. Bis ins späte 19. Jahrhundert hinein war Heirat an ökonomische Voraussetzungen gebunden, an eine Stelle oder eine bestimmte berufliche Existenz. Die Folge der sozialen und behördlichen Heiratsbeschränkungen war die lebenslange, vielfach unfreiwillige Ehelosigkeit der meisten Mägde, Knechte und Tagelöhner sowie

vieler nicht erbberechtigter Geschwister des Hoferben. Gleiches galt außerhalb des Agrarbereichs für die meisten Dienstboten, für Lehrlinge und Gesellen.

Entsprechend hoch war daher der Anteil der Unverheirateten an der Gesamtbevölkerung und in den höheren Altersklassen. Noch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (Volkszählung 1880) blieb in Österreich nahezu jede vierte Frau lebenslang unverheiratet.

Mit dem Wegfallen behördlicher und sozialer Heiratsschranken, aber auch mit zunehmendem Wohlstand, wurden Heirat und Familiengründung vom sozialen Privileg zur sozialen Norm. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung - parallel zum generellen Absinken des Heiratsalters - in den beiden Jahrzehnten nach Ende des 2. Weltkriegs: Neun von zehn der zwischen 1930 und 1945 geborenen österreichischen Frauen heirateten, fast ebenso viele bekamen Kinder. Zusammen mit einer neolokalen Haushaltsgründung war die demographische 'Normalbiographie' damit festgelegt.

Die Folgen dieser Entwicklung für die Altersphase wurden bereits skizziert. Die Isolationsproblematik begann mit dem für den modernen Familienlebenszyklus charakteristischen Abschichtungsprozeß der Kinder und verstärkte sich mit dem Tod des Partners. Dazu MITTERAUER (1982: 41):

"Voll zum Tragen kommt die Isolationsproblematik im Falle der Verwitwung. Zumeist ist davon die Frau betroffen. Gerade sie soll aber nach der traditionellen Rollenerwartung primär in den familiären Sozialbeziehungen ihre Lebenserfüllung finden. Dieses Rollenbild wurzelt in einer Zeit, in der tatsächlich noch lebenslänglich Kinder im Haus waren. Mit den veränderten Bedingungen des modernen Familienzyklus ist es schwer in Einklang zu bringen. Familienkontakte auf Distanz werden das Problem der Isolation im Alter kaum lösen. Es erscheint daher gerade für Frauen wichtig, sich schon in früheren Lebensphasen in ihren Sozialbeziehungen nicht auf die Familie zu beschränken. Die Fähigkeit zu 'familialem' Verhalten über den Kreis der Familienangehörigen hinaus erweist sich insgesamt als ein wichtiges soziales Lernziel, das Isolationsprobleme im Alter vermeiden helfen kann."

7. Resümee

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, stehen hinter den 'nackten' Zahlen gestiegener Altenquoten weitreichende qualitative Veränderungen der individuellen Altersphase. Der Verdoppelung bis Verdreifachung des Altenanteils in unserer Gesellschaft in knapp 100 Jahren stehen soziale Umformungen des Alt-Seins mit positiven wie negativen Konsequenzen gegenüber. Hier im historischen Rückblick eine Wertung und Bewertung vorzunehmen, sehe ich als wichtige Aufgabe von historischer Demographie und Sozialgeschichte.

Ob solche Werturteile quasi vorausschauend auch über zukünftige demographische Entwicklungen getroffen werden können, wäre zu diskutieren. Gerade in Begriffen wie 'Überalterung' oder 'Vergreisung' der Gesellschaft schwingen qualitative Bewertungen implizit oder offen ausgesprochen mit. Wann ist eine Bevölkerung 'überaltert'? Wenn 30, 35 oder gar 40 v.H. der Menschen über 60 Jahre alt sind? Demographisch läßt sich dafür kein Schwellenwert finden.

In diesem Sinne wäre auch das plakative Motto dieser Tagung, 'Die ergraute Gesellschaft', zu relativieren. Als eine mögliche soziale Vision, deren Erfüllung sich nicht allein aus der steigenden Zahl alter Menschen, gleichsam unbeeinflußbar und automatisch, ableiten läßt. Ob unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten tatsächlich eine 'ergraute' sein wird, muß dem Urteil der Historiker des 22. Jahrhunderts überlassen werden.

BEDEUTUNG DEMOGRAPHISCHER VERÄNDERUNGEN IN HEUTIGEN ZUKUNFTSSZENARIEN UND -MODELLEN

Eberhard Umbach

Inhalt:

1. Stellenwert von Aussagen über die Zukunft
2. Einige jüngere Zukunftsstudien und die Bedeutung demographischer Veränderungen
3. Ein Projekt zu Langfristwirkungen eines Bevölkerungsrückgangs
 - 3.1. Problemstellung des Projekts
 - 3.2. Einige zentrale Ergebnisse
4. Schlußbemerkung

1. Stellenwert von Aussagen über die Zukunft

Wer über die Zukunft Aussagen macht, vor allem über die längerfristige Zukunft, riskiert vielfältige Mißverständnisse darüber, was solche Aussagen überhaupt für einen Stellenwert haben. Häufig wird erwartet, daß es sich um Prognosen handelt in dem Sinne, daß die geschilderten Zustände aller Wahrscheinlichkeit nach tatsächlich so eintreten werden. Um Mißverständnisse möglichst weitgehend zu vermeiden, seien zwei Sätze als Motto an den Anfang gestellt, anhand derer zunächst einige Klarstellungen zu Möglichkeiten und Grenzen von Aussagen über Zukunft eingebracht werden sollen:

- o NICHTS IST WICHTIGER ALS DIE ZUKUNFT, NICHTS IST ABER AUCH UNGEWISSER ALS DIE ZUKUNFT.
- o ZUKUNFTSSTUDIEN SIND BESONDERS VORDRINGLICH; ABER SIE MÜSSEN SEHR SORGFÄLTIG ERSTELLT UND INTERPRETIERT WERDEN.

Die Zukunft wird durch unsere Taten und Unterlassungen gestaltet, und deshalb sollte man sie für mindestens genauso wichtig halten, wie vieles andere, mit dem wir die Gegenwart füllen, insbesondere die Beschäftigung mit der Vergangenheit in Ausstellungen, Museen, Archiven, Geschichtsbüchern, Biographien, Sachbüchern, Filmen usw. Natürlich kann man vertreten, daß die Gegenwart wichtiger ist als die Zukunft, aber auch mit dieser Einschränkung wird die Vernachlässigung der Zukunft in unserer Gesellschaft deutlich. Der Grund ist teilweise im zweiten Halbsatz von Motto 1 genannt: die Unsicherheit, die allen Aussagen über die Zukunft anhängt, ist eine mächtige Bremse, hier Anstrengungen zu investieren.

Das war schon in früheren Zeiten ein Fehler, kann sich aber heute und morgen in Anbetracht der weitreichenden Veränderungen, die durch Wissenschaft und Technik eingeleitet werden, als fatal erweisen. Auf die Notwendigkeit von Zukunftsstudien weist Motto 2 hin und nennt Grundvoraussetzungen für eine solche Beschäftigung mit Zukunft.

Die folgende Liste enthält Hinweise auf die Unterschiedlichkeit von Aussagen über die Zukunft.

TYPEN VON ZUKUNFTSAUSSAGEN:

- o Prognose
- o bedingte Prognose
- o Trendfortschreibung
- o Projektion, Modellrechnung
- o Szenario
 - Horror-Szenario
 - erwünschtes Szenario
- o Programm
- o Utopie

Von der Prognose bis zur Utopie erstreckt sich eine ganze Bandbreite verschiedener Gewißheiten; und die Gewißheiten sind allesamt niedrig, wenn man das spätere Eintreffen der Zukunftsaussage zum Kriterium ihrer Bedeutung macht.

Hier soll als Prognose eine Aussage bezeichnet werden, die den Anspruch erhebt, der zukünftigen Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen. Das trifft z.B. für Wetterprognosen zu, deren Treffsicherheit immer noch zu wünschen übrig läßt, trotz Satellitenbildern und Großcomputern. Dasselbe gilt für Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung, deren Eintreffen ebenfalls nicht die Regel ist, wobei durch die Konkurrenz der Institute die Unterschiede in den Einschätzungen schon bei der Veröffentlichung deutlich werden.

Demgegenüber haben sich Prognosen über die Entwicklung der Weltbevölkerung seit den 60er Jahren als recht verläßlich erwiesen. BAADE (1960) rechnet für das Jahr 2000 mit 6 - 6,5 Mrd. Menschen. Diese Größenordnung wird auch heute noch, nach 25 Jahren möglicher Abweichungen, für realistisch gehalten (vgl. z.B. die Schätzung des Amtes für Volkszählung der USA von 1983 mit 6,246 Mrd. Personen - BUREAU OF THE CENSUS 1983: 28).

Paradebeispiele für Prognosen liefert die Astronomie, deren Prognosen zu Bewegungen der Gestirne normalerweise exakt eintreffen. Aber insgesamt sind Aussagen über die Zukunft selten, denen bewußt ein hoher Wahrscheinlichkeitsgrad zugemessen wird.

In Anbetracht der vielfältigen Abweichungsmöglichkeiten werden bei vielen Zukunftsaussagen Bedingungen genannt, die erfüllt sein müssen, wenn die Prognose Aussicht haben soll, die spätere Wirklichkeit zu treffen. Bei Aussagen über gesellschaftliche Entwicklungen wird zumindest das Nicht-Eintreten großer Kriege, wirtschaftlicher Zusammenbrüche und Seuchen explizit oder implizit vorausgesetzt. Und bei unseren eigenen Arbeiten über die Auswirkungen eines Bevölkerungsrückganges in der Bundesrepublik haben wir z.B. eine Konstanz von zentralen Wertvorstellungen angenommen. Bei solchen strukturellen Aussagen spricht man von bedingten Prognosen.

Eine für Langfristaussagen besonders gefährliche Art der Prognose ist die Trendfortschreibung. So wurde 1965, auf dem Höhepunkt des Geburtenberges und bei lebhafter Einwanderung, für die Bundesrepublik des Jahres 1980 eine Bevölkerung von 80 Mio. für realistisch gehalten.

Viel häufiger sind aber Aussagen, die die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens gar nicht festlegen. Ich schlage vor, solche Aussagen in Anlehnung an

einen verbreiteten Gebrauch Projektionen oder Modellrechnungen oder Szenarien zu nennen. Sie wollen nur zeigen, was bei Konstanz oder Änderung bestimmter Bedingungskonstellationen eintreten würde, häufig mit der Intention, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Durch das Aufzeigen abschreckender Ergebnisse (Horror-Szenarien) werden Abwehrkräfte mobilisiert, durch positive Zukunftsaussichten der Rückhalt für Ziele und Maßnahmen verstärkt.

Zwischen Prognosen einerseits und Modellrechnungen etc. andererseits stehen Pläne und Programme, die Aussagen über Ziele enthalten und auch Maßnahmen zu ihrer Erreichung. Zwar spottet BRECHT diesbezüglich:

"Ja, mach nur einen Plan,
und sei ein großes Licht,
und mach noch einen zweiten Plan,
gehn tun sie beide nicht."

Trotz BRECHT wäre ohne Pläne im privaten, wirtschaftlichen und politischen Bereich aufeinander abgestimmtes Handeln in einer arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unseren nicht denkbar. Wobei allerdings die von BRECHT erlebte Abfolge von Krieg, Not, Diktatur, wieder Krieg und schließlich Zusammenbruch, für die Realisierung von Plänen und Programmen extrem ungünstig war.

Zum Abschluß dieser unvollständigen Übersicht über Typen von Zukunftsaussagen sei noch die Utopie erwähnt, als mehr oder weniger der Wirklichkeit entgegengesetzte Idealvorstellung, deren Realisierung in Reinform höchst unwahrscheinlich ist, die aber aufgrund ihrer Faszination zum Handeln anregt. Die Ergebnisse solchen Handelns können in der angestrebten Richtung liegen, wie etwa das Gleichheitsideal der Aufklärung und der Französischen Revolution zur Realisierung von mehr rechtlicher Gleichheit in den heutigen Demokratien beigetragen hat. Sie können aber auch ins Gegenteil verkehrt werden, z.B. wenn im Namen der Freiheit Diktaturen errichtet werden.

Es ist schon angedeutet worden, daß Aussagen über die Zukunft den Gang der Ereignisse, d.h. das Handeln der Menschen beeinflussen können. So wurde in den USA in den 70er Jahren ein Überschall-Lufttransportsystem auch aufgrund von Folgenabschätzungen nicht gebaut, und die negativen Utopien von der "schönen neuen Welt" und "1984" von HUXLEY und George ORWELL haben

unsere Aufmerksamkeit für die Gefahren des technisierten Überwachungsstaates verstärkt. Die Wirkungen waren von den Autoren beabsichtigt. Sie hofften auf eine sich selbst widerlegende Aussage.

Demgegenüber gibt es auch "sich selbst erfüllende Prognosen". So können proklamierte Wirtschaftsaussichten die Investoren zu mehr Investitionen anregen, und im umgekehrten Sinne können schlechte Prognosen das Investitionsklima "abkühlen".

Es gilt also festzuhalten, daß Aussagen über die Zukunft nicht neutral wirken; vielmehr können und z.T. sollen sie den Ablauf der Ereignisse in vielfältiger, hier nur ganz beispielhaft angedeuteter Weise, beeinflussen. Das gilt insbesondere, wenn Utopien, bedingt durch Prognosen, Modellrechnungen und Pläne von Staaten und Institutionen in dieselbe Richtung weisen und der so gezeigte Weg von vielen Menschen zur Handlungsgrundlage gemacht wird. Ein Beispiel dafür ist die westeuropäische Einigung, die nach dem 1. Weltkrieg völlig utopischen Charakter hatte, nach dem 2. Weltkrieg dann aber eine für viele unerwartete Dynamik entfaltete.

2. Einige jüngere Zukunftsstudien und die Bedeutung demographischer Veränderungen

Als die Gefahren einer kritiklosen Industrialisierung in den 70er Jahren deutlich wurden, kam eine Reihe von Zukunftsstudien auf den Markt, die weltweit großes Aufsehen erregten. Es waren dies insbesondere "Grenzen des Wachstums" von Denis und Donella MEADOWS (1973), "Menschheit am Wendepunkt" von MESAROVIC und PESTEL (1974) sowie "Grenzen des Elends" von einer Arbeitsgruppe der Bariloche Stiftung (HERRERA et al. 1977) in Argentinien. Alle drei Studien basierten auf Computer-Simulationen und stellten Zusammenhänge her zwischen Bevölkerungsentwicklung und insbesondere Nahrungsmittelbedarf, Rohstoffverbrauch und Umweltverschmutzung. Da es sich um Szenarien zur weltweiten Entwicklung handelt, standen bei der Bevölkerungsentwicklung das Wachstum in den Entwicklungsländern und nicht das Geburtendefizit von einigen Industrieländern im Vordergrund.

Die rückläufige Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland wurde insbesondere in der Studie "Das Deutschland-Modell" von PESTEL und seinen Mitarbeitern im Institut für angewandte Systemforschung und Prognose (ISP) in

Hannover bearbeitet. Diese erschien 1978. Die Perspektive reicht bis zum Jahr 2000. Die Autoren behandeln die sehr komplexen Zusammenhänge von rückläufiger Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung, Energiemarkt. Die bedingten Prognosen zum Bevölkerungsrückgang haben sich nicht im geschätzten Ausmaß erfüllt (geschätzte Wohnbevölkerung 1985: 58,5 Mio., Wohnbevölkerung 1985 lt. offizieller Statistik: 61 Mio.). Es wird ein Wachstumskurs für das Sozialprodukt angenommen, der Verteilungskonflikte weitgehend erübrigt. Insgesamt sind die Veröffentlichungen zum Deutschland-Modell ein Musterbeispiel für zukunftsorientierte gesamtgesellschaftliche Analysen und Modellrechnungen. Eine Evaluation darüber, inwieweit die Ergebnisse der Modellrechnungen sich nach 10 Jahren realisiert haben und wodurch die Abweichungen zu erklären sind, ist gegenwärtig in der Gruppe um PESTEL in Arbeit.

In jüngster Zeit sind eine Reihe von Modellrechnungen und Szenarien für die Bundesrepublik Deutschland erschienen. Hier sollen die Studien von der PROGNOS AG, Basel (1986), vom BATELLE-INSTITUT, Frankfurt/M. (1986) und die Arbeitsmarktstudie des INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) (1985) der Bundesanstalt für Arbeit in Zusammenarbeit mit der Prognos AG angesprochen werden. In allen dreien spielt die Demographie eine wichtige Rolle, denn die Zahl der Menschen ist ein wichtiger Faktor für den Arbeitsmarkt, die Konsumnachfrage und die Auslastung von Infrastruktureinrichtungen, und die Altersstruktur beeinflusst besonders die Höhe der Aufwendungen für die junge Generation und die Kosten der Alterssicherung.

In dem Prognos-Report Nr. 12 über die Bundesrepublik bis zum Jahre 2010 wird von einem durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstum von 2,5 v.H. pro Jahr ausgegangen. Ähnlich wie im vorher genannten "Deutschland-Modell" des ISP erlauben diese und eine Reihe weiterer optimistischer Annahmen die Erwartung, daß vorwiegend demographisch begründete Konflikte nicht im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen werden und ein Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 auf 1 Mio. und bis 2010 auf 0,4 Mio. eintreten wird.

In den Unterlagen zum Deutschland-Szenario des Batelle-Instituts wird zwar von "enormen Belastungen durch die geschätzte Bevölkerungsentwicklung" ausgegangen, der Fokus liegt jedoch auf "alternativen Szenariobildern":

- Ein Szenario "Wirtschaftliche Dynamik" ist innenpolitisch gekennzeichnet durch:
 - = Reduzierung der Staatsvorsorge,
 - = teilweisen Übergang von Transferzahlungen zum Versicherungsprinzip,
 - = mehr Selbständige in der Wirtschaft,
 - = mehr berufliche Flexibilität,außenwirtschaftlich und außenpolitisch durch:
 - = Verengung der traditionellen Exportmärkte durch Protektionismus und als Kompensation dazu,
 - = politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer sich modernisierenden UdSSR und den anderen COMECON-Staaten.
- Ein Zukunftsbild "Der verlorene Sozialstaat" beschreibt eine Wirtschafts- und Sozialstruktur mit unzureichender Dynamik und als Folge ein gesichertes Auskommen nur für eine Dreiviertelmehrheit bei relativer Armut der anderen sowie einer Mischung von Apathie und sozialen Konflikten.
- Ein Szenario "Zukunftsstaat" ist gekennzeichnet durch ein Erstarren einer technokratischen Exekutive in Abstimmung mit den Ende der 80er Jahre weiter erstarkten Großunternehmen, wodurch eine soziale Erosion und die Belastung der Umwelt abgebaut werden konnte.

Schließlich sei erwähnt die Arbeitsmarktstudie des IAB und der Prognos-AG (KLAUDER/SCHNUR/THON 1985; ROTKIRCH/WEIDING 1985; ARBEITSMARKTPERSPEKTIVEN BIS 2000 1985). Hier werden für die Zeit bis 2000 Projektionen zum Angebot an Arbeitskräften durch Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsbeteiligung und zur Nachfrage nach Arbeitskräften erstellt. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde von der Prognos-AG eingebracht, damit ähnelt die Basis dieser Arbeitsmarktstudie dem oben erwähnten Prognos Report 12, der die Zeit bis zum Jahre 2010 abdeckt. Innerhalb der vielen Varianten wird eine als plausibelste und der verbreiteten Einschätzung entsprechende herausgestellt (KLAUDER/SCHNUR/THON 1985: 61 f.). Sie geht von einem Wirtschaftswachstum von 2,5 v.H. aus, bei rückläufiger deutscher und nur leicht zunehmender ausländischer Wohnbevölkerung. Daraus ergeben sich auch im Jahr 2000 noch 1,8 Mio. registrierte Arbeitslose. Ändern sich die demographischen Werte, so hat das Auswirkungen auf die genannten Ergebnisse, wobei Änderungen bei den Einwanderern direktere Auswirkungen auf den Arbeits-

markt haben als Änderungen bei den Geburtenziffern, die direkt den Arbeitsmarkt erst nach etwa zwei Jahrzehnten betreffen. "Festzuhalten bleibt, daß die Modellrechnungen auch bei arbeitsmarktpolitisch günstigen Annahmeveränderungen bis in die 90er Jahre hinein auf die große Gefahr einer hohen Arbeitslosigkeit hinweisen, die mit den erklärten Zielen der Gesellschaft keineswegs zu vereinbaren wäre" (ebenda: 62).

3. Ein Projekt zu Langfristwirkungen eines Bevölkerungsrückgangs

Das Projekt "Auswirkungen eines Bevölkerungsrückgangs auf die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland - Szenarien bis 2040" (ABEL-Projekt) soll hier etwas ausführlicher dargestellt werden, da die Auswirkungen demographischer Entwicklungen im Zentrum stehen. Das Projekt war ein Versuch, möglichst viele Informationen über mögliche Langfristentwicklungen zusammenzutragen und daraus Grundlagen für gegenwärtige politische Entscheidungen zu gewinnen. Es haben etwa 17 Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen daran gearbeitet, davon 2 Koordinatoren 3 Jahre Vollzeit, die anderen Teilzeit mit sehr unterschiedlicher Intensität.

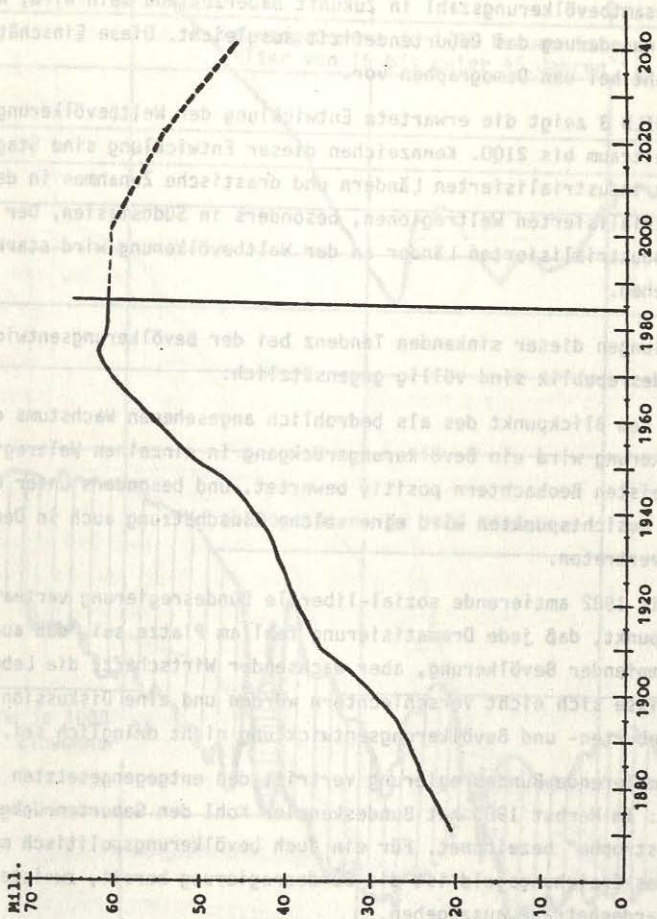
Projektleiter war Professor Mackensen, Bevölkerungswissenschaftler an der Technischen Universität Berlin; der Autor dieses Referats hatte das Projekt vorgeschlagen, geplant und vorbereitet und war einer der beiden Koordinatoren. Die Finanzierung wurde von der Stiftung Volkswagenwerk getragen.

3.1. Problemstellung des Projekts

Das Grundproblem des Projekts ist in den folgenden drei Darstellungen enthalten:

- o SCHAUBILD 1 zeigt links die Bevölkerungsentwicklung im Bundesgebiet von 1871 bis 1984, gekennzeichnet durch einen enormen Zuwachs bis 1974, ab dann ein Oszillieren mit fallender Tendenz. Die rechte gestrichelt gekennzeichnete Modellrechnung bis 2040 zeigt einen Rückgang auf 46 Mio. am Ende dieses Zeitraumes, wobei dabei eine jährliche Netto-Zuwanderung von 55 000 Ausländern enthalten ist.

SCHAUBILD 1: BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Quelle: DEUTSCHER BUNDESTAG 1980: 7; ABEL-Materialien, Bd. 2, Teil I

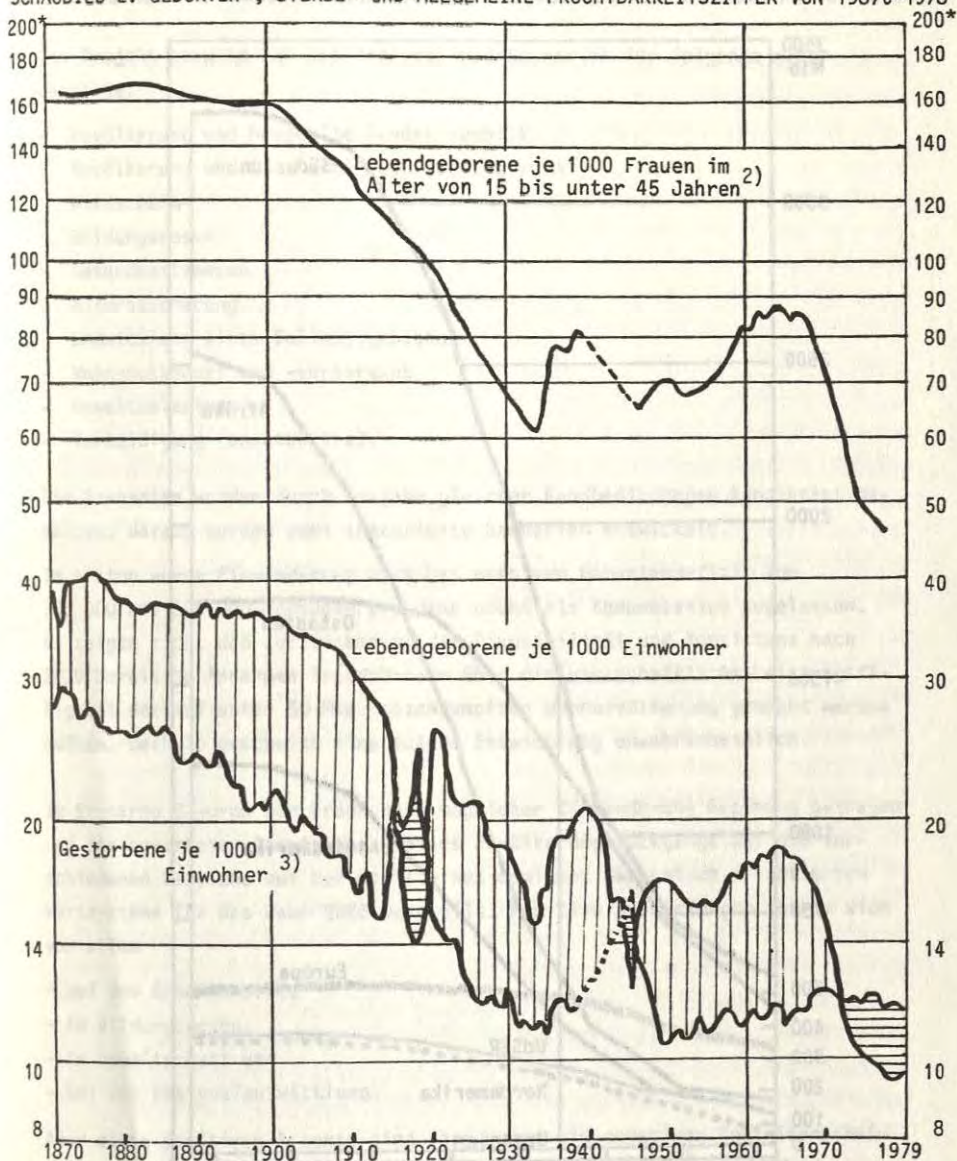
- o SCHAUBILD 2 zeigt die Kinderzahlen der Frauen zwischen 15 und 45 Jahren (obere Kurve) und die Geburten- und Sterbeziffern pro 1 000 Einwohner für den Zeitraum 1871 - 1980. Hier haben wir es mit beeindruckenden Rückgängen zu tun. Sie begründen die Erwartung, daß die sinkende Tendenz der Gesamtbevölkerungszahl in Zukunft Dauerzustand sein wird, wenn nicht die Einwanderung das Geburtendefizit ausgleicht. Diese Einschätzung herrscht bei den Demographen vor.
- o SCHAUBILD 3 zeigt die erwartete Entwicklung der Weltbevölkerung für den Zeitraum bis 2100. Kennzeichen dieser Entwicklung sind Stagnation in den industrialisierten Ländern und drastische Zunahmen in den wenig industrialisierten Weltregionen, besonders in Südostasien. Der Anteil der industrialisierten Länder an der Weltbevölkerung wird stark zurückgehen.

Beurteilungen dieser sinkenden Tendenz bei der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik sind völlig gegensätzlich:

- Unter dem Blickpunkt des als bedrohlich angesehenen Wachstums der Weltbevölkerung wird ein Bevölkerungsrückgang in einzelnen Weltregionen von den meisten Beobachtern positiv bewertet, und besonders unter ökologischen Gesichtspunkten wird eine solche Einschätzung auch in Deutschland vertreten.
- Die bis 1982 amtierende sozial-liberale Bundesregierung vertrat den Standpunkt, daß jede Dramatisierung fehl am Platze sei, daß auch bei schrumpfender Bevölkerung, aber wachsender Wirtschaft, die Lebensverhältnisse sich nicht verschlechtern würden und eine Diskussion über die Geburten- und Bevölkerungsentwicklung nicht dringlich sei.
- Die amtierende Bundesregierung vertritt den entgegengesetzten Standpunkt: Im Herbst 1985 hat Bundeskanzler Kohl den Geburtenrückgang als "Katastrophe" bezeichnet. Für ein auch bevölkerungspolitisch motiviertes Erziehungsgeld ist die Bundesregierung bereit, zweistellige Milliardenbeträge auszugeben.

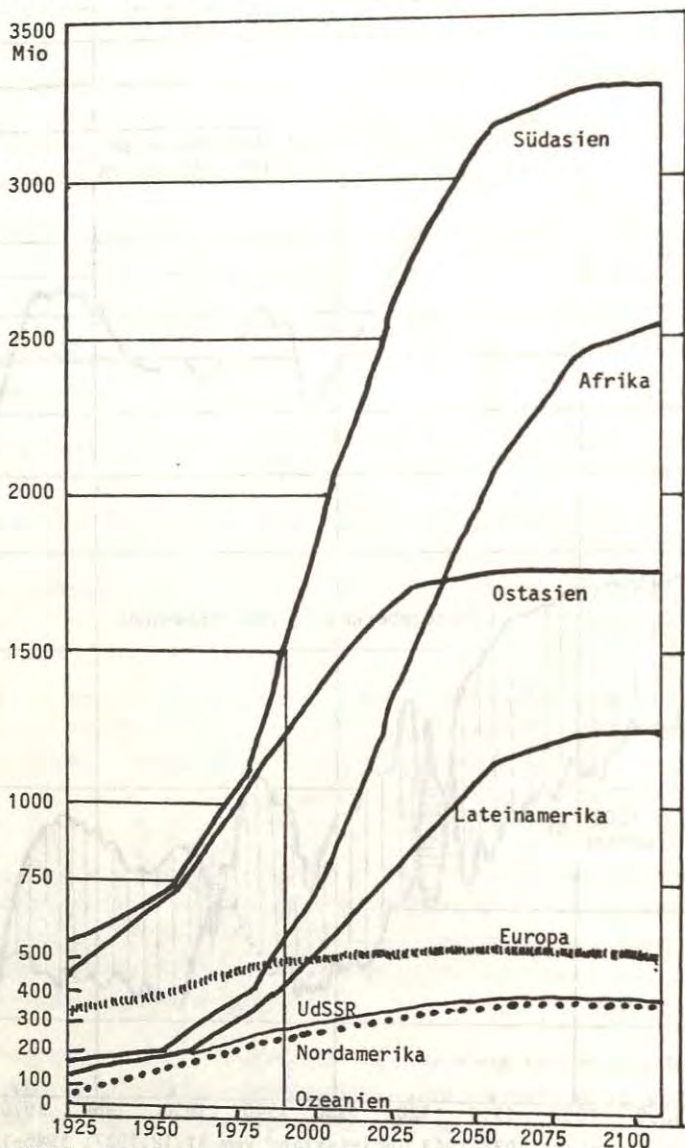
Zielsetzung des ABEL-Projektes war es, für diese kontroverse Diskussion mit ihren so gewichtigen gesellschafts- und haushaltspolitischen Konsequenzen wissenschaftlich begründete Aussagen zu liefern.

SCHAUBILD 2: GEBURTEN-, STERBE- UND ALLGEMEINE FRUCHTBARKEITZIFFER VON 1870-1978¹⁾



1) 1870-1943 Reichsgebiet, 1938-1943 Gebietsstand vom 31.12.1937; 1945-1979 Bundesgebiet (Zahlen für 1945 geschätzt, 1979 vorläufiges Ergebnis). - 2) 1946-1957 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin. - 3) Ohne Totgeborene, ab 1945 ohne nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todesklagen. - * Log.Maßstab.

SCHAUBILD 3: ENTWICKLUNG DER WELTBEVÖLKERUNG NACH GROSSREGIONEN BIS ZUM JAHRE 2100*



* Angabe in Millionen Einwohner pro Großregion unter der Hypothese einer Stabilisierung der Bevölkerung bei weltweit etwa 10 Milliarden Personen am Ende des nächsten Jahrhunderts

Quelle: JEUNE AFRIQUE, Nr.1271 vom 15.5.1985,S.9 (adaptiert)

3.2. Einige zentrale Ergebnisse

Das Projekt beruhte auf Ist-Analysen und Szenarien für folgende zehn Bereiche:

- Bevölkerung und Haushalte Bundesrepublik
- Bevölkerung und Haushalte nach Regionstypen
- Wirtschaft
- Bildungswesen
- Gesundheitswesen
- Alterssicherung
- Entwicklung eines Ballungsgebietes
- Wohnungsbedarf und -versorgung
- Umweltbelastung
- Verteidigung (ansatzweise).

Die Szenarien wurden durch Vorgabe gleicher Randbedingungen konsistent gehalten; daraus wurden zwei integrierte Szenarien entwickelt.

Im ersten wurde Einwanderung auch bei massivem Geburtendefizit von 300 000 bis 500 000 Personen pro Jahr nicht als Kompensation zugelassen. Es zeigte sich, daß zur Sicherung der Plausibilität und Konsistenz nach 2020 heroische Annahmen insbesondere über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der auf unter 50 Mio. geschrumpften Wohnbevölkerung gemacht werden mußten. Deshalb erscheint eine solche Entwicklung unwahrscheinlich.

Im Szenario 2 wurde der Frage nach möglicher Einwanderung Rechnung getragen und die erwarteten Auswirkungen eines Bevölkerungsrückgangs auf die verschiedenen Bereiche auf der Basis eines dominant ökonomisch orientierten Wertsystems für das Jahr 2020 beurteilt. Positive Auswirkungen zeigen sich vor allem

- auf dem Arbeitsmarkt,
- im Bildungswesen,
- im Umweltschutz und
- bei der Regionalentwicklung.

Aber diese positiven Aspekte sind fast immer mit negativen Begleiterscheinungen verknüpft.

Auf dem Arbeitsmarkt ist der demographische Rückgang der Erwerbspersonen allein nie in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Viel wirksamer ist eine Verkürzung der durchschnittlichen Länge der Arbeitszeit, sofern sie im Einvernehmen der Tarifpartner durchgeführt wird, sowie Änderungen der Beteiligung der Bürger am Erwerbsleben.

Im Bildungswesen führt ein permanenter Schrumpfungsprozeß zwar zu kleineren Klassen und freien Kapazitäten für neue Aufgaben (Erwachsenenbildung), aber das ist nur der Anfang eines Schrumpfungsprozesses, der langfristig zu dramatischen Schließungen von Bildungseinrichtungen führen würde. Das letzte ist ein gravierender negativer Aspekt, der die Lebensqualität der jungen Generation beeinträchtigen würde.

Im Umweltbereich ist der Einfluß eines Bevölkerungsrückganges uneinheitlich. Wesentlicher als die Entwicklung der Bevölkerungszahlen sind die Einstellungen der Menschen, die für Umweltschutz vorhandenen Finanzen und die Art der politischen und administrativen Steuerung und Kontrolle. Eine Verordnung der Exekutive und deren effiziente Durchsetzung kann mehr Auswirkungen im Umweltbereich haben als 60 Jahre Bevölkerungsrückgang.

Als bedeutsamste mögliche positive Entwicklung, die mit dem Bevölkerungsrückgang zusammenhängt, muß in Szenario 2 die Regionalentwicklung durch die Annäherung städtischer und ländlicher Lebensbedingungen in den mittleren Agglomerationen gesehen werden. Jedoch ist das keine Auswirkung im Sinne der Projektfragestellung. Sie ist vor allem beeinflusst von technologischen Entwicklungen und den Präferenzen der Bürger bei ihren Wanderungsentscheidungen. Aber die Kombination von Abwanderung aus den Großstädten, Zuwanderung in den kleineren Agglomerationen und unterdurchschnittlichen Geburtendefiziten in vielen ländlichen Gebieten bedeutet auch, daß demographische Faktoren dabei sehr gewichtig sind.

Insgesamt muß nach gegenwärtig herrschenden Wertvorstellungen die Entlastungswirkung eines Bevölkerungsrückgangs als bescheiden eingeschätzt werden. Meistens sind andere Faktoren dominant. Negative Nebenwirkungen können positive Auswirkungen kompensieren; die Sicherheit, daß positive Entwicklungen eintreten, ist relativ gering.

Negative Auswirkungen entstehen vor allen in den Bereichen

- Wirtschaft (Nachfrage, Transfereinkommen),
- Bildungswesen in ländlichen Gebieten,
- Entwicklung der Ballungsgebiete,
- Altersstruktur der Bevölkerung,
- Rekrutierung für die Bundeswehr.

Für den Bereich Wirtschaft scheint bisher die Bedeutung der Inlandsnachfrage und ihre Beeinflussung durch einen Bevölkerungsrückgang unterschätzt worden zu sein. Die auch im ABEL-Projekt in Anbetracht der Schwierigkeiten von langfristigen Wirtschaftsszenarien gewählte Methode der exogenen Vorgabe von positiven Wachstumsraten verdeckt zunächst die Schwierigkeiten, ein Gesamtwachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) aufrecht zu erhalten, wenn Lohnsteigerungsspielräume gering sind und die Bevölkerung rückläufig ist. In den Projektergebnissen ist diese Schlußfolgerung aus der Wertung der Annahmen zu entnehmen, die nötig sind, um das Szenario konsistent zu halten. Auch unter den angenommenen Niedrigwachstumsbedingungen des hier besprochenen Szenarios 2 müßte das Einkommen pro Arbeitsstunde (einschließlich Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) zwischen 1980 und 2000 um jährlich 2,55 v.H. wachsen, bei einem BSP-Wachstum von 1,5 v.H. Das ist zwar nicht unmöglich, erfordert aber derartig optimale Bedingungen, daß es nicht sehr wahrscheinlich ist.

Transfereinkommen: Der sich rechnerisch ergebende Beitragssatz für die Rentenversicherung von 26 v.H. im Jahr 2020 mag in einer langsam wachsenden Wirtschaft noch verkraftbar sein, selbst wenn heute schon Beitragserhöhungen, ausgehend von einem wesentlich niedrigeren Beitragsniveau, politisch schwer durchzusetzen sind. Im Zusammenhang mit ebenfalls steigenden Beitragssätzen für die Krankenversicherung, die auch bei einem Kostendämpfungspfad im Jahre 2020 bei 18 v.H. der Bruttoeinkommen liegen würden, und bei (sehr optimistisch) aber 1980 unveränderten Steuersätzen für direkte Steuern von durchschnittlich 16 v.H. würde das verfügbare Einkommen nur noch 40 v.H. des Brutto-Einkommens ausmachen und absolut nur noch sehr wenig wachsen (um 0,4 v.H. jährlich zwischen 2000 und 2020). Bei den damit sich abzeichnenden kumulativen Belastungen ist die Durchsetzbarkeit von solchen Beitragserhöhungen sehr fraglich.

Regionalentwicklung: Im Gegensatz zu den mittleren Agglomerationen würde die im Szenario 2 dargestellte Regionalentwicklung bis 2020 für Ballungsgebiete enorme Anpassungsleistungen erfordern (Bevölkerungsrückgang um 17 v.H.), mit der Aussicht eines weiteren Rückgangs bis 2040 um weitere 16 v.H. (bezogen auf Stand 1980). Das würde in Verbindung mit den dadurch bedingten sozialen Segregationserscheinungen, u.a. der Konzentration der Ausländer in den verarmenden Ballungsgebieten, zu enormen Problemen führen. Für die ländlichen strukturschwachen Gebiete würden sich um 2020 ähnliche Entwicklungen abzeichnen, mit zeitlicher Verzögerung gegenüber den Ballungsgebieten. Bis dahin sind in diesem Regionstyp erst insgesamt 7 v.H. Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Darin sind aber erheblich regionale und lokale Abweichungen vom Mittel zu verzeichnen, so daß 2020 unter den gemachten Annahmen verlassene Dörfer in verkehrsabgelegenen Gebieten zum Normalzustand gehören würden. Es ist dabei zu befürchten, daß in Anbetracht knapper öffentlicher Mittel (niedriges Wirtschaftswachstum) die Infrastruktur immer mehr aus peripheren Gebieten zurückgezogen wird.

Das gilt insbesondere für das Bildungswesen im ländlichen Raum. Damit würde die Aussicht im Jahr 2020 auf zukünftige weitere Rückgänge (im Modell um weitere 13 v.H. bis 2040, bezogen auf das Niveau 1980) sehr realistisch.

Altersstruktureffekte: Bei dem zunehmenden Anteil älterer Menschen an den Erwerbspersonen und an der Wählerschaft wird befürchtet, daß dadurch auf Dauer ein Mangel an Risikobereitschaft und Anpassungsfähigkeit in Wirtschaft und Politik entstehen wird, was sich im Kontext der internationalen Verflechtung negativ auswirken würde. Teilweise kann lebenslange Weiterbildung hier sicherlich Abhilfe schaffen. Daß damit die Befürchtung völlig gegenstandslos wird, kann aber nicht angenommen werden.

Verteidigung: In Anbetracht der auch bei Technisierung bleibenden Bedeutung von Soldaten müßte bei Bevölkerungsrückgang der Wehrdienst evtl. zeitlich stark ausgedehnt werden. Das könnte dazu führen, daß spätestens im Jahr 2020 auch unter dem Aspekt der äußeren Sicherheit ein fortgesetzter Bevölkerungsrückgang negativ beurteilt wird.

Gesamtergebnis dieser Beurteilung ist, daß die Auswirkungen eines sich beschleunigenden Bevölkerungsrückgangs mit dem gegebenen Wertesystem vorwiegend negativ beurteilt werden würden.

Das würde in der öffentlichen Diskussion zur Suche nach Auswegen führen. So lange Wirtschaft und dominantes Wertsystem wachstumsorientiert sind, gibt es die Alternativen "mehr Kinder" oder "mehr Einwanderer". Ob die Schaffung von Bedingungen für einen beträchtlichen Geburtenanstieg geschaffen werden können, wird in der heutigen Diskussion stark bezweifelt. Wenn diese Zweifel durch die Entwicklung bestätigt werden, ist eine Liberalisierung der Einwanderung zu erwarten. Dieses würde bedeuten, daß der Rückgang der Bevölkerung sich nicht bis auf 46 Mio. im Jahr 2040 fortsetzen würde, sondern die Wohnbevölkerung dann beträchtlich darüber liegen würde, als Folge der Brisanz der Auswirkungen eines weiteren Rückgangs (vgl. UMBACH/MACKENSEN/JUNG 1984: 193 ff.).

4. Schlußbemerkung

Zum Abschluß sei noch einmal auf die prinzipielle Offenheit der Zukunft hingewiesen, die durch Studien der geschilderten Art nicht aufgehoben wird. Die Entscheidungen der vielen Einzelnen und Paare über Ausbildung, Beruf, Freizeitaktivitäten, Zahl und Abstand der Kinder und später über Mithilfe bei der Betreuung der Kindeskiner und die Entscheidungen von Verwaltungen, Regierungen und Unternehmen über Art und Ausmaß der Unterstützung von Familien mit Kindern werden bestimmen, wie die demographische Entwicklung weitergeht. Zukunftsstudien haben insbesondere die Aufgabe, unsere Einschätzung für das Möglich und Unmöglich in der Zukunft und damit die Zielerreichung zu verbessern.

Dann - wie anfangs hervorgehoben - gibt es wenig wichtigeres als die Zukunft, und sie ist gefährdeter als seit langem. Ich hoffe, daß in unserer Gesellschaft daraus die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden.

Kapitel II

DIE PRODUKTION DES ALTERS. ÄLTERE ARBEITNEHMER ZWISCHEN FREISETZUNGSSTRATEGIEN UND ARBEITSMARKTRESERVE

ÄLTERE ARBEITNEHMER - GEWINNER ODER VERLIERER DES STRUKTURELLEN WANDELS?

Christoph Behrend

Inhalt:

1. Einführung
2. Zur gegenwärtigen Situation älterer Arbeitnehmer
 - 2.1. Die Erwerbsbeteiligung
 - 2.2. Die betriebliche Situation
 - 2.3. Die Arbeitsmarktsituation
3. Die zukünftige Entwicklung des Erwerbspotentials
 - 3.1. Demographische Aspekte
 - 3.2. Strukturveränderungen des Erwerbspersonenpotentials
 - 3.3. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung
 - 3.4. Der Einfluß von Fort- und Zuzügen auf den Umfang des Erwerbspersonenpotentials
4. Die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage
 - 4.1. Arbeitsmarktwirkungen moderner Technologien
 - 4.2. Beschäftigungstendenzen nach Wirtschaftszweigen
 - 4.3. Die Entwicklung im Dienstleistungsbereich
 - 4.4. Auswirkungen des strukturellen Wandels auf Berufsqualifikation und -anforderungen
5. Schlußfolgerungen

1. Einführung

Der folgende Beitrag befaßt sich mit der Frage, ob der gegenwärtige Trend einer beruflichen Frühausgliederung älterer Arbeitnehmer auch in der Zukunft weiter fortbestehen wird, oder ob aufgrund des prognostizierten strukturellen "Wandels der Arbeitslandschaft" neue Beschäftigungschancen für diesen Personenkreis eröffnet werden.

Ausgehend von der Erwerbsbeteiligung, den betrieblichen Bedingungen und der Arbeitsmarktsituation derzeit älterer Erwerbspersonen wird die künftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und der Nachfrage bzw. dem voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften nach Wirtschaftszweigen sowie berufs- und tätigkeitsspezifisch dargestellt. Grundlage hierfür sind Modellrechnungen und Prognosen, die von verschiedenen Institutionen zu dieser Thematik durchgeführt worden sind. Darüber hinaus wird die Frage der Technologiefolgen für die Erwerbsstrukturen diskutiert. Da in beiden Fällen kaum geschlechts- oder altersspezifische Differenzierungen bei den vorliegenden quantitativen Voraussagen gemacht werden, handelt es sich bei den Schlußfolgerungen für die Beschäftigungstendenzen bei den älteren Arbeitnehmern vorwiegend um theoretische Überlegungen.

Obwohl die Bezeichnung "älterer Arbeitnehmer" vielfach für Erwerbspersonen bereits schon weit vor dem 50. Lebensjahr verwendet wird, beziehen sich die Ausführungen insbesondere für die gegenwärtige Beschäftigungssituation aus pragmatischen Gründen auf die Altersgruppen ab dem 55. Lebensjahr.

Die Erörterungen beschränken sich auf die prognostizierten Entwicklungs- und Veränderungsprozesse der Erwerbsstrukturen. Nicht behandelt werden die politischen Konsequenzen, die sich z.B. für die Tarifpartner aus den veränderten Arbeitsbeziehungen ergeben.

2. Zur gegenwärtigen Situation älterer Arbeitnehmer

Die Bedingungen, denen ältere Erwerbspersonen in den Betrieben, auf dem Arbeitsmarkt oder beim Übergang in den Ruhestand ausgesetzt sind, waren vielfach Gegenstand empirischer Untersuchungen (NAEGELE 1983; KÜHLEWIND 1986; STÜCK 1986).

Merkmale, die diese Bedingungen positiv oder negativ gegenüber jüngeren Erwerbspersonen erscheinen lassen, sind u.a. der berufliche Status, die Dauer der Betriebszugehörigkeit oder die besondere berufliche Qualifikation bzw. Leistungsfähigkeit. Die Ausprägungen dieser Merkmale entscheiden sowohl über die betriebliche Situation als auch über das sogenannte Arbeitsmarktrisiko von älter werdenden Arbeitnehmern.

2.1. Die Erwerbsbeteiligung

Mit steigenden Altersjahren geht die Erwerbsbeteiligung zurück. Wie die TABELLE 1 zeigt, ist die altersspezifische Erwerbsquote (Zahl der in einer Altersgruppe befindlichen Erwerbspersonen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung der gleichen Altersgruppe) der Männer von 55- bis unter 60 Jahren deutlich höher (79,1 v.H.), als die der 60- bis unter 65jährigen (33,0 v.H.) im Jahre 1985. Dieser Umstand gilt durchgängig ebenso für die Frauen.

TABELLE 1: ERWERBSQUOTEN IN DEN ALTERSGRUPPEN VON...BIS UNTER...
JAHREN IN V.H.

Jahr	M ä n n e r		F r a u e n	
	55 - 60	60 - 65	55 - 60	60 - 65
1962	89,6	75,3	22,0	21,7
1970	89,1	74,7	37,2	22,5
1975	85,7	58,3	38,4	16,4
1983	81,0	40,1	40,1	12,5
1984	80,1	35,2	40,2	11,8
1985	79,1	33,0	37,8	10,9

Quelle: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1985 sowie
HEIDENREICH 1986: 979

Auffällig ist darüber hinaus, daß die Erwerbsbeteiligung der Männer in beiden Altersgruppen sowie der Frauen der Altersgruppe von 60- bis 65 Jahren im Zeitraum von 1962 bis 1985 ebenfalls stark rückläufig ist. Insbesondere die Einführung der flexiblen Altersgrenze im Jahre 1973 hat spürbar auf die Erwerbsbeteiligung der über 60jährigen Erwerbspersonen gewirkt. Die Erwerbsquote der Männer dieser Altersgruppe beträgt im Jahr 1985 weniger als die Hälfte der vergleichbaren Quote des Jahres 1962.

Nicht ganz in diesem Ausmaß, aber ebenfalls deutlich, ist die Erwerbsquote der 55- bis unter 60jährigen Männer zurückgegangen. Hier hat vor allem die vorzeitige Beendigung des Erwerbslebens infolge von Gesundheitsschäden (Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit) bei dieser Altersgruppe entscheidende Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung. So entfallen auf den Rentenzugang 1986 etwa 30 v.H. der Versichertenrenten auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Etwa 82 v.H. davon waren Versicherte vor Vollendung des 60. Lebensjahres (vgl. VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER (VDR) 1987: 173 f.).

Bei den Frauen im Alter von 55 bis unter 60 Jahren ist ein Trendanstieg bei der Erwerbsbeteiligung auffällig, der zumindest bis 1984 angehalten hat. Wenn auch die Erwerbsbeteiligung der Frauen dieser Altersgruppe im Durchschnitt immer nur etwa halb so hoch ist wie die der Männer, macht sich hier die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit insgesamt deutlich bemerkbar - eine Entwicklung, auf die noch ausführlicher eingegangen wird.

Im Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung im allgemeinen und der Frauenerwerbstätigkeit im besonderen steht auch die Entwicklung der sogenannten 'Stillen Reserve'. Dabei handelt es sich um eine Personengruppe unfreiwilliger Erwerbsloser, die zwar eine Arbeitsgelegenheit annehmen würden, allerdings nicht beim Arbeitsamt registriert sind. Das quantitative Ausmaß dieser Personengruppe ist sowohl von demographischen Faktoren als auch von der Erwerbsneigung bestimmt (vgl. BRINKMANN/REYHER 1985: 7 f.). Derzeit wird von einem Umfang der Stillen Reserve von rund 1,2 Mio. Personen ausgegangen. Der Anteil der 55- bis 65jährigen darunter wird auf etwa ein Viertel oder auf 300 000 Personen geschätzt (vgl. KÜHLEWIND 1986: 219).

Gerade der Umstand einer mit zunehmendem Alter geringer werdenden Erwerbsbeteiligung muß bei Situationsanalysen über ältere Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene besonders berücksichtigt werden, da sich Aussagen über das Leistungsvermögen, extrafunktionale Befähigungen oder den Gesundheitszustand usw. demnach immer nur auf eine selektive Auswahl von Erwerbspersonen im höheren Lebensalter beziehen.

2.2. Die betriebliche Situation

Älteren Arbeitnehmern wird oft eine hohe Leistungsbereitschaft und Verantwortung gegenüber dem Betrieb zugesprochen. Betriebliche Erfahrungen und die Kenntnis komplexer betriebsinterner Zusammenhänge und Arbeitsabläufe werden als sogenannte extrafunktionale Befähigungen hervorgehoben (vgl. LEHR 1986). Andererseits lassen sich Defizite, z.B. im Hinblick auf die körperliche Leistungsfähigkeit oder Belastbarkeit mit zunehmendem Alter, erkennen. Eine etwaige Umsetzung auf weniger produktive Arbeitsplätze, die dem Leistungswandel Älterer entsprechen würden, findet derzeit nur in geringem Umfang statt (vgl. KOTTHOFF 1984).

Auch bezüglich der Qualifikation sind Ältere in der Konkurrenz mit Jüngeren wesentlich benachteiligt. In der Tat weisen gegenwärtig die älteren Erwerbspersonen ein deutlich schlechteres Ausgangsniveau ihrer beruflichen Qualifikation auf als die Jüngeren. Wie eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über die Qualifikationsstruktur der deutschen Erwerbspersonen zeigt, lag der Anteil der Hauptschulabsolventen ohne Berufsausbildung in den Geburtskohorten der Jahrgänge 1929 bis 1931, also den heute 56- bis 58jährigen Erwerbspersonen, bei 25,6 v.H. Für die jetzt 31- bis 33jährigen (Jahrgang 1954 bis 1956) ist dieser Anteil auf nur noch 7,6 v.H. gesunken. Der Anteil derjenigen, die die Schule mit der Mittleren Reife beendeten und eine Berufsausbildung abschlossen, ist demgegenüber deutlich von 13,0 v.H. (1929 bis 1931) auf 29,3 v.H. (1954 bis 1956) angestiegen. Diese Entwicklung gilt ebenso für die Abiturienten mit Berufsausbildung, deren Anteil von 2,2 v.H. auf 6,3 v.H. gestiegen ist (BLOSSFELD 1985: 177 ff.). Wie diese Untersuchung u.a. zeigt, ist vor allem ein höheres allgemeines Bildungsniveau der späteren Jahrgänge gegenüber den früheren auffällig.

"Die Feststellung ist wohl nicht übertrieben, daß wir Zeugen einer allmählichen Neudefinition bürgerlicher Grundbildung auf dem Mindestniveau des mittleren Schulabschlusses sind" (BAUMERT 1987).

Dabei ist allerdings keineswegs davon auszugehen, daß die sogenannte Bildungsexpansion der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten des allgemeinen schulischen Bildungswesens und auf Kosten der beruflichen Bildung erfolgte. Wie die Bildungsgesamtrechnung des IAB hierzu deutlich macht, ist auch die Zahl der Auszubildenden seit 1960 mit leichten Schwankungen deutlich angestiegen und zwar von 1,27 Mio. auf 1,8 Mio. im Jahr 1984. Dabei erfolgte der wesentliche Anstieg gegen Ende der 70er Jahre (vgl. BLIEN/TESSARING 1986).

Im Unterschied zu jüngeren Arbeitnehmergruppen haben Ältere ein geringeres Entlassungsrisiko. Aufgrund bestehender arbeitsrechtlicher Schutzregelungen, die z.B. bei langer Betriebszugehörigkeit oder gesetzlich anerkannter Schwerbehinderung wirksam werden, sind ältere Arbeitnehmer weniger von direkter Kündigung betroffen. Ähnliches gilt ebenso für die Möglichkeit von Abgruppierungen bei auftretenden Leistungsminderungen (vgl. NAEGELE 1983). Den Betrieben können dadurch besondere Kostenprobleme, z.B. bei langandauernden Zeiten

von Arbeitsunfähigkeit oder den aktuellen Arbeitserfordernissen inadäquaten Qualifikationsprofilen der älteren Beschäftigten entstehen (vgl. WAGNER 1986b).

Durch Vorruhestandsregelungen, die zwischen den Tarifvertragsparteien bzw. den Beteiligten geschlossen werden, wird u.a. versucht, das alters- bzw. leistungsbedingte Ausscheiden aus dem Betrieb flexibler zu gestalten. Am 1. Mai 1984 trat hierzu das Vorruhestandsgesetz in Kraft, das die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben für 58jährige Arbeitnehmer regelt. Dieses zeitlich auf 1988 befristete Gesetz sieht die Zahlung von Vorruhestandsleistungen in Höhe von mindestens 65 v.H. des letzten Bruttoarbeitsentgelts durch den Arbeitgeber vor (Freisetzungseffekt). Dieser erhält wiederum unter der Bedingung, daß die freigewordenen Arbeitsplätze durch Arbeitslose wiederbesetzt werden, einen Zuschuß zu den Vorruhestandsleistungen von 35 v.H. durch die Bundesanstalt für Arbeit (Beschäftigungseffekt) (vgl. BEHREND 1985). Der "Vorruheständler" gilt dabei nicht als arbeitslos, da er von seinem Arbeitgeber weiterhin als Beschäftigter geführt wird. Dieser führt Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung bis zum Erreichen der Voraussetzung des Bezugs eines Altersruhegeldes ab, wobei dies nicht für das Arbeitslosenruhegeld gilt.

Die beschäftigungspolitische Bedeutung des Vorruhestandsgesetzes ist aufgrund der relativ geringen Inanspruchnahme immer wieder kritisiert worden. Als Gründe hierfür werden u.a. die zu hohen Kosten für die Betriebe und die zu geringe Bezuschussung durch die Bundesanstalt für Arbeit genannt. Ebenso ist keine Anwendung für den öffentlichen Dienst vorgesehen. Darüber hinaus sei die Befristung des Gesetzes zu kurz terminiert, so daß Anlaufschwierigkeiten die Durchführung des Gesetzes behindert hätten (vgl. KÜHLEWIND 1987). Derzeit wird die Verlängerung dieses Gesetzes über 1988 hinaus diskutiert.

Innerhalb der Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist das Vorruhestandsgesetz in seiner arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Bedeutung ebenfalls heftig umstritten, wobei je nach Branche die Verkürzung der Wochenarbeitszeit dem Vorruhestand alternativ gegenübergestellt wurde. Der Richtungsstreit entbrannte insbesondere zwischen den beiden großen Gewerkschaften, der IG Metall, die in der Verkürzung der Wochenarbeitszeit die wesentliche Voraussetzung für die quantitativ bedeutungsvolle Schaffung von Arbeitsplätzen sieht, und der IG Chemie, die vermutlich aufgrund von Branchenvorteilen dem Vorruhestand eine größere Wirksamkeit

zurechnete. Da bislang keine Absicht der Bundesregierung besteht, das Vorruhestandsgesetz über 1988 hinaus zu verlängern, ist die IG Chemie ebenfalls zu Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen übergegangen. Die letzten Tarifabschlüsse sehen u.a. vor, ab 1989 die Arbeitszeit für 58jährige und ältere von 36 auf 35 Stunden zu verkürzen. Ab Juli 1990 sollen auch 57jährige in diese Regelung einbezogen werden (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20.7.1987).

2.3. Die Arbeitsmarktsituation

Sind ältere Erwerbspersonen einmal von Arbeitslosigkeit betroffen, dann ist eine Vermittlung über die Arbeitsverwaltung so gut wie nicht mehr möglich. Wie TABELLE 2 zeigt, liegt der Anteil der 55- bis unter 60jährigen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in den vergangenen Jahren bei

TABELLE 2: ALTERSSPEZIFISCHE ARBEITSLOSENQUOTEN

Jahr	M ä n n e r			F r a u e n		
	50-55	55-60	60-65	50-55	55-60	60-65
1975	6,1	4,1	7,4	8,0	5,4	2,9
1980	8,1	12,2	6,2	7,2	10,7	2,4
1983	7,1	9,0	3,6	6,3	7,6	1,5
1984	7,6	11,3	3,5	6,6	8,3	1,5
1985	8,4	12,5	3,1	7,2	8,5	1,6
1986	9,1	11,8	2,7	8,1	8,8	1,7

Quelle: AMTLICHE NACHRICHTEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT
1/76: 75 f.; 2/81: 165 f.; 3/87: 266 f.

rund 12 v.H. bei den Männern und zwischen 8 und 9 v.H. bei den gleichaltrigen Frauen. Dabei sind die Arbeitslosenquoten dieser Altersgruppe durchgängig höher als die der 50- bis unter 55jährigen. Die höhere Arbeitslosenquote ist dabei auf den großen Anteil an Dauerarbeitslosen in der Altersgruppe zurückzuführen. Arbeitslosigkeit ist in diesem Alter kein vorübergehendes kurzfristiges Risiko, sondern vielmehr ein "Umweg" in die Rente. Wirksam werden hier Maßnahmen, wie z.B. die 59er Regelung, die die arbeitgeberseitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses für 59jährige Arbeitnehmer beinhaltet. Dadurch kann der Arbeitnehmer die Anspruchsvoraussetzungen für das vorgezogene Altersruhegeld mit vollendetem 60. Lebensjahr in Verbindung mit vorangehender mindestens einjähriger Dauerarbeitslosigkeit erfüllen.

Diese Regelung erfuhr durch die Ausweitung der Erstattungspflicht für Arbeitgeber nach § 128 AFG im Jahre 1984 gewisse Einschränkungen, die sie gegenüber den Vorruhestandsregelungen weniger attraktiv machen sollten. Inzwischen scheint es sich bei dem "Konkurrenzkampf" zwischen beiden Regelungen allerdings nur noch um ein Scheingefecht zu handeln. Erstens bietet der § 128 AFG zahlreiche Möglichkeiten, die Erstattungspflicht der Arbeitgeber zu umgehen, und zweitens ist die Anspruchsdauer auf Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit für ältere Dauerarbeitslose ab 54 Jahren seit dem 1. Juli 1987 auf 32 Monate verlängert worden.

"Wer heute mit 57 Jahren und vier Monaten in die Arbeitslosigkeit entlassen wird, kann nahtlos vom Arbeitslosengeldbezug in die Rente übergehen. Die 59er Regelung ist dadurch zur 57er Regelung geworden, während das Vorruhestandsgesetz erst für 58jährige greift" greift" (SCHMITZ 1987).

Der Trend zu einer weiteren Frühausgliederung älterer Arbeitnehmer zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit scheint sich demnach zumindest für die kommenden Jahre fortzusetzen.

Die Einführung des § 105c AFG am 1.1.1986, wonach 58jährige Arbeitslose dann nicht mehr der Arbeitsvermittlung zur Verfügung zu stehen brauchen, wenn sie bereit sind, einen Antrag auf Altersruhegeld zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu stellen, hat demgegenüber nur eine formale Bedeutung. Nach vorläufigen Schätzungen wird die Zahl derjenigen, die unter diese Regelung fallen, im Jahr zwischen 50 000 und 60 000 betragen. Dies würde eine Entlastung der globalen Arbeitslosenquote um etwa 0,1 v.H. bedeuten, da diese Personen in der Statistik nicht mehr als Arbeitslose geführt werden (vgl. KÜHLEWIND 1986).

Zusammenfassend läßt sich die gegenwärtige Situation älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland schwerpunktmäßig wie folgt beschreiben:

- Die sinkende Erwerbsbeteiligung Älterer ist u.a. auf gesundheitlich bedingte Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie auf mangelnde Erwerbsgelegenheiten zurückführbar. In beiden Fällen ist der Einfluß derzeit hoher Arbeitslosenzahlen wirksam.
- Langjährig beschäftigte Ältere besitzen aufgrund arbeitsrechtlicher Schutzregelungen Vorteile gegenüber jüngeren Arbeitnehmern mit nur kurzer Betriebszugehörigkeit. Bei auftretenden Leistungsminderungen oder Dequa-

lifikationsprozessen wird versucht, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine einvernehmliche Lösung für ein alimentiertes Ausscheiden aus dem Betrieb zu finden. Das Angebot von Schonarbeitsplätzen als Alternative ist ausgesprochen gering.

- Arbeitslose Ältere haben kaum eine Chance zur Wiedereingliederung in ein Arbeitsverhältnis. Der hohe Anteil Dauerarbeitsloser belegt, daß Arbeitslosigkeit für diesen Personenkreis nur als Vorstadium bis zum Rentenbezug anzusehen ist.

Die wesentlichen Faktoren, die Hemmnisse für die Erwerbsbeteiligung älterer Erwerbspersonen unter den gegenwärtigen Beschäftigungsbedingungen darstellen, bestehen demnach offenbar in

1. einem Mangel an ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten (Arbeitsmarktaspekt),
2. einer zu geringen Flexibilität älterer Arbeitnehmer, die sie für die Betriebe gegenüber jüngeren Arbeitskräften als unattraktiv erscheinen lassen (betriebspolitischer Aspekt),
3. im hohen Ausmaß bestehender gesundheitlicher Leistungseinschränkungen (Verschleiß) des Arbeitsvermögens und in einem Qualifikationsniveau, das häufig den technologisch bedingten Veränderungen der Arbeitsbedingungen nicht adäquat ist (Leistungsaspekt).

3. Die zukünftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

Vor dem Hintergrund der vielfach prognostizierten strukturellen Veränderung der Arbeitslandschaft stellt sich die Frage, ob durch die zukünftige Entwicklung diese Hemmnisse abgebaut werden, oder sich möglicherweise weiter verschärfen werden. Diesem Problem soll im folgenden weiter nachgegangen werden, wobei zunächst die Entwicklung des zukünftigen Arbeitskräfteangebots insgesamt zu betrachten ist.

3.1. Demographische Aspekte

Das Erwerbspersonenpotential umfaßt begrifflich die Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose), sowie die "Stille Reserve", also diejenigen Personen, die zwar arbeitsbereit sind, sich aber aus verschiedenen Gründen nicht beim Arbeitsamt melden.

Das Erwerbspersonenpotential wird wesentlich von folgenden Komponenten bestimmt:

- o Der Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren, wobei diese Altersgrenzen auch anders gesetzt werden können (z.B. aufgrund eines durchschnittlich späteren Berufseintritts erst ab dem 20. Lebensjahr oder wegen eines durchschnittlich früheren Berufsaustritts bis zum 60. Lebensjahr) (demographische Komponente);
- o der Alters- und Geschlechtsstruktur dieser Bevölkerungsgruppe (Strukturkomponente);
- o der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung bzw. Erwerbsbereitschaft (Verhaltenskomponente);
- o dem Zu- und Wegzug deutscher Erwerbsfähiger und dem Anteil der Ausländer im erwerbsfähigen Alter (Wanderungskomponente).

Vorausberechnungen zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials, die Aufschlüsse über das zukünftige Arbeitskräfteangebot in den kommenden Jahren geben sollen, unterstellen entweder Konstanz oder Veränderung der einzelnen Komponenten untereinander.

Die demographische und die strukturelle Komponente sind beeinflusst durch Annahmen über die Sterblichkeit und die Geburtenentwicklung, wie sie bei Bevölkerungsvorausschätzungen ("natürliche" Bevölkerungsentwicklung) angewendet werden. Sie sind demnach auf weniger unsichere Annahmen gestützt als die Verhaltens- oder Wanderungskomponente (vgl. z.B. ROTHKIRCH/WEIDIG 1985: 2).

Sieht man von den Differenzen bei den jeweiligen Annahmen, die hinsichtlich der verschiedenen Komponenten gemacht werden ab, weisen die vorliegenden Modellrechnungen und Vorausberechnungen einheitlich einen deutlichen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials für die Bundesrepublik aus.

- Nach den Berechnungen des DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) wird das Erwerbspersonenpotential von 1986 (29,17 Mio.) bis 1990 (29,20 Mio.) noch leicht ansteigen, um dann allerdings 1995 auf 28,45 Mio. und im Jahr 2000 schließlich auf 27,90 Mio. zurückzugehen (DIW 1987: 340).

- KLAUDER (1987) errechnet unter Konstanz der Frauenerwerbstätigkeit und der Ausländerwanderung ebenfalls einen Potentialanstieg bis 1989, der sich bis zum Jahre 2000 um 1,7 Mio. und für den Zeitraum von 2000 bis 2030 aufgrund des Geburtenrückgangs sogar um ca. 9 Mio. verringern wird.
- Noch deutlicher wird dieser Rückgang in den Szenarien der PROGNOSE-AG, die im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) erfolgten (ECKERLE et al. 1987). Die Berechnungen der PROGNOSE-AG erfolgten dabei unter Annahmen eines optimistischen (oberes Szenario) und eines pessimistischen (unteres Szenario) zukünftigen Entwicklungsverlaufs der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Nach dem oberen Szenario erfolgt der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zunächst kontinuierlich von 1984 bis 2000 um rd. 1,5 Mio. sowie um weitere 1,84 Mio. bis zum Jahre 2015. Von diesem Zeitpunkt an bis 2030 erfolgt dann allerdings ein quantitativ bedeutsamer Einbruch um weitere 4,84 Mio. Für die Zeitspanne von 2030 bis 2040 werden nochmals 1,68 Mio. weniger vorhergesagt. Damit geht nach den Berechnungen der PROGNOSE-AG unter optimistischer Annahme das Erwerbspersonenpotential von 1984 bis 2040 insgesamt um 9,86 Mio. zurück. Unter pessimistischer Annahme (unteres Szenario) würde dieser Rückgang sogar 11,86 Mio. betragen (vgl. ECKERLE et al. 1987: 25).

Bei insgesamt rückläufiger Zahl der Gesamtbevölkerung steigt demgegenüber der Anteil von Personen, die älter als 60 bzw. 65 Jahre sind und unter den heutigen Voraussetzungen nicht mehr zur Erwerbsbevölkerung gerechnet werden können.

Unter der Prämisse des bestehenden Generationenvertrages und der Umverteilung innerhalb des Systems der Sozialen Sicherung bedeutet diese Entwicklung eine Veränderung des Verhältnisses der Erwerbspersonen zu den Nichterwerbspersonen und damit ein Ansteigen des sogenannten Alterslastquotienten. Die Frage der Finanzierbarkeit dieser Entwicklung ist die Kernfrage der gegenwärtigen Diskussion in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei wird in Anbetracht eines frühen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben und gestiegener Lebenserwartung diskutiert, inwieweit durch eine Anhebung der Altersgrenze dieses Verhältnis zugunsten des Erwerbspersonenanteils korrigiert werden kann, und eine Entlastung bei der Rentenfinanzierung erreicht wird (vgl. SCHMÄHL 1987).

3.2. Strukturveränderungen des Erwerbspersonenpotentials

Folgen des Geburtenrückganges sind strukturelle Veränderungen der altersmäßigen Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung und somit auch des Erwerbspersonenpotentials. Nach den Vorausberechnungen zur "Zukunft der Arbeitslandschaft" (ROTHKIRCH/WEIDIG 1985) wird sich eine strukturelle Verschiebung der altersspezifischen Bevölkerungsanteile hin zu den höheren Altersklassen ergeben.

Gemäß der mittleren Variante (Wanderungssaldo gleich Null gesetzt) dieser Berechnungen wird von einem prozentualen Rückgang des Anteils der 18- bis 34jährigen an der Gesamtbevölkerung von 26,4 v.H. im Jahr 1985 auf nurmehr 20,8 v.H. im Jahr 2000 ausgegangen. Deutlich ansteigen wird demgegenüber der Anteil der 35- bis 64jährigen, nämlich von 28,3 v.H. auf 43,1 v.H. im Jahre 2000 (ebenda: 4).

Allein der Anteil der 50- bis 59jährigen an der Gesamtbevölkerung wird von 11,9 v.H. des Jahres 1984 auf 17,1 v.H. im Jahre 2015 ansteigen. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies ein Anwachsen um 2,24 Mio. Personen.

Am deutlichsten aber macht sich die Altersstrukturverschiebung bei den über 60jährigen bemerkbar, deren Anteile an der Gesamtbevölkerung von 20,3 v.H. des Jahres 1984 kontinuierlich auf 26,8 v.H. im Jahre 2015 und daran anschließend bis zum Jahre 2030 sogar bis auf 33,5 v.H. ansteigen werden (vgl. ECKERLE et al. 1987: 23).

Die unterschiedliche Entwicklung bei der Besetzung der Altersklassen macht den Strukturwandel des Erwerbspersonenpotentials und die damit verbundenen Probleme für die Zukunft deutlich. Das Arbeitskräfteangebot wird voraussichtlich überwiegend durch die mittleren und höheren Altersgruppen repräsentiert. Es ändert sich demnach nicht nur das Verhältnis zwischen Erwerbspersonen und Nicht-Erwerbspersonen, sondern es findet gleichzeitig eine Alterung des Erwerbspersonenpotentials statt.

3.3. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

Die Klärung der Frage der Finanzierbarkeit der Alterslastquote hängt nicht nur von der Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab, sondern auch

von der Erwerbsbereitschaft, also dem Erwerbsverhalten der jeweiligen Bevölkerungsgruppen. Diese Verhaltenskomponente wird dabei sowohl von gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. von Gesetzen) als auch von subjektiven Faktoren bestimmt. Beide Momente zusammen bestimmen den Trend bei der Entwicklung der jeweiligen Erwerbsquoten, also dem Verhältnis des Anteils der Erwerbspersonen zu der alters- und geschlechtsspezifisch entsprechenden Zahl der Gesamtbevölkerung.

Wird der Trend der gegenwärtigen Erwerbsbeteiligung älterer Erwerbspersonen fortgeschrieben, so wird aufgrund der demographisch bedingten strukturellen Veränderung des Erwerbspersonenpotentials ein Anstieg der Erwerbsquoten vor allem für die Zeit nach dem Jahr 2000 vorhergesagt (TABELLE 3). Nach

TABELLE 3: ENTWICKLUNG DER ERWERBSQUOTEN DER DEUTSCHEN MÄNNER UND FRAUEN IN PROZENT

Alter von...bis...	1984	2000	2010
MÄNNER			
15 - 19	47.0	40.0	40.0
20 - 24	78.6	77.0	77.0
25 - 29	86.2	86.0	86.0
30 - 34	95.4	95.5	95.5
35 - 39	97.6	96.0	96.0
40 - 44	97.7	96.0	96.0
45 - 49	96.8	95.0	95.0
50 - 54	92.7	91.5	92.0
55 - 59	79.5	79.5	82.0
60 - 64	34.0	36.5	43.0
65 und mehr	5.6	4.5	5.0
FRAUEN			
15 - 19	42.6	38.5	38.5
20 - 24	72.0	75.5	75.5
25 - 29	66.0	67.0	68.0
30 - 34	60.8	61.0	62.0
35 - 39	60.2	62.5	64.0
40 - 44	61.3	64.0	66.0
45 - 49	56.4	61.0	63.0
50 - 54	50.1	52.0	54.0
55 - 59	40.2	40.0	42.0
60 - 64	11.2	9.5	10.0
65 und mehr	2.2	1.8	2.0

Quelle: ECKERLE et al. 1987: 14

den Berechnungen der PROGNOSE-AG wird die Erwerbsquote der Männer (bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung) im Alter von 55 - 59 Jahren von 79,5 v.H. im Jahre 1984 auf 82,0 v.H. im Jahre 2010 ansteigen. Noch auffälliger wird der Anstieg der 60- bis 64jährigen Erwerbspersonen vorhergesagt. Er steigt von 34,0 v.H. (1984) auf 43,0 (2010) an. Demgegenüber werden die Erwerbsquoten der mittleren Altersgruppen relativ konstant bleiben.

Die Erwerbsbeteiligung jüngerer Altersgruppen wird insbesondere bei den 15- bis 19jährigen voraussichtlich zurückgehen.

Für die Frauen wird eine andere Entwicklung prognostiziert. Hier steigt die Erwerbsquote der mittleren Altersklassen, also der 35- bis 54jährigen deutlich. So wird z.B. die Erwerbsbeteiligung der 45- bis 49jährigen Frauen von 56,4 v.H. (1984) auf 63,0 v.H. im Jahre 2010 zunehmen. In den höheren Altersklassen der 55- bis 59jährigen Frauen wird die Erwerbsquote dagegen nur leicht von 40,2 auf 42,0 v.H. in diesem Zeitraum ansteigen. Bei den 60- bis 64jährigen wird die Erwerbsbeteiligung etwa konstant auf einem Niveau von etwa 10 v.H. verlaufen.

Wie die aufgeführten altersspezifischen Erwerbsquoten von Männern und Frauen zeigen, wird die Erwerbsbeteiligung der Männer auch weiterhin höher sein als die der Frauen.

Die strukturellen Veränderungen der Erwerbsbeteiligung bei den Männern nach Altersgruppen ist nach dieser Vorausberechnung in einer Verlängerung der Ausbildungszeiten begründet, die sich bei den jüngeren Altersgruppen erwerbsmindernd auswirkt. Für die Älteren wird sich demgegenüber die Verknappung des Arbeitskräfteangebots vor allem ab 2000 erwerbssteigernd auswirken. Diese Annahme gilt eingeschränkt aber voraussichtlich nur für diejenigen älteren Erwerbspersonen, die über ein hohes Qualifikationsniveau verfügen (vgl. ECKERLE et al. 1987: 14)

Die Entwicklung zunehmender Frauenerwerbstätigkeit wird u.a. beeinflusst durch Faktoren, wie dem Ziel materieller Unabhängigkeit und persönlicher Selbstbestimmung, einem gestiegenen Bildungsniveau und dem Wunsch nach Umsetzung erlernter beruflicher Fähigkeiten, dem Rückgang der Geburtenhäufigkeit und dem Ansteigen der Scheidungsquoten, sowie einem wachsenden Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen (vgl. ebenda).

Wie sich aus der Entwicklung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten folgern läßt, wird künftig vor allem die Frauenerwerbsbeteiligung an Bedeutung gewinnen.

Auf die Kompensierbarkeit der demographisch bedingten finanziellen Probleme des sozialen Sicherungssystems in der Zukunft durch eine weitere Erhöhung der Frauenerwerbsquote wird u.a. von THIEDE (1986) hingewiesen. Die Möglichkeit einer noch stärkeren Erhöhung der Frauenerwerbsquote wird dabei aus der Tatsache abgeleitet, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Bundesrepublik (1983 = 50,7 v.H.) im internationalen Vergleich gering ist. Deutlich höhere Erwerbsquoten haben z.B. Schweden (77,5 v.H.), Norwegen (66,0 v.H.), aber auch die USA (60,0 v.H.) oder Japan (54,5 v.H.) aufzuweisen (ebenda: 19).

3.4. Der Einfluß von Fort- und Zuzügen auf den Umfang des Erwerbspersonenpotentials

Als weitere Komponente, die für Überlegungen der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials wichtig ist, gilt die Wanderungsentwicklung. Sie wird vor allem durch Gesetze und Abkommen im (außen)politischen Bereich beeinflusst. Da altersspezifische Informationen hierzu nicht vorliegen, soll nur kurz auf die voraussichtliche Entwicklung eingegangen werden.

Zu unterscheiden ist zunächst zwischen der Wanderung von Ausländern und von Deutschen.

Die Wanderung der Ausländer (Zu- und Fortzüge) wird sowohl von konjunkturellen Gründen bestimmt (Stand der Arbeitslosigkeit), als auch von Veränderungen der Ausländerpolitik. Hinsichtlich des letzten Gesichtspunktes hat die insgesamt restriktiver gehandhabte Ausländerpolitik der letzten Jahre trotz leichter konjunktureller Besserungen zu einem negativen Saldo von Zu- und Fortgängen geführt (Stand 1983: vgl. DIW 1984: 278). Für die Vorausentwicklung sind sowohl die EG-Erweiterung als auch absehbare Einschränkungen hinsichtlich der Freizügigkeit in Betracht zu ziehen. Nach den Berechnungen des DIW werden sich die Fort- bzw. Zuzüge der Ausländer bei etwa 350 000 nach 1988 per Saldo ausgleichen (2. Variante) (DIW 1984: 279).

Die Wanderungsbewegung bei der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf die Zuzüge wird von der bundesrepublikanischen Gesetzgebung eher unabhängigen Faktoren beeinflusst, z.B. Ausreisegenehmigungen aus der DDR, Ostverträge usw. In Frage kommen:

- Die deutschen Einwanderer aus den Regionen Osteuropas,
- die Übersiedler aus der DDR und
- die Rückkehrer aus dem übrigen Ausland.

Auffällig bei der Entwicklung ist das Nachlassen der Zuzüge von deutschen Einwanderern aus Osteuropa seit 1981 sowie eine steigende Zahl von Fortzügen seit diesem Jahr, was u.a. auf die Arbeitsmarktlage zurückgeführt wird.

Bei den Fortziehenden kann es sich darüber hinaus auch um deutsche Ehepartner von Ausländern handeln, die die Bundesrepublik verlassen. Wesentlich auf die zukünftige Entwicklung wird sich das Verhalten der DDR gegenüber der Ausreisebewilligung auswirken. Für den Zeitraum von 1988 bis 2030 wird von einem positiven Saldo zwischen 50 000 bis 10 000 Personen, je nach politischen Voraussetzungen, ausgegangen (DIW 1984: 279).

Wie die Vorausberechnungen der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials zeigen, läßt sich aufgrund der demographisch bedingten Verknappung des Arbeitskräfteangebots gegen Ende dieses Jahrhunderts eine stärkere Nachfrage auch nach älteren Arbeitnehmern vermuten. Das eingangs aufgeführte Hemmnis der Arbeitsmarktsituation (Arbeitsmarktaspekt) für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer kann in Zukunft also durchaus geringer werden. Kompensierende Wirkung hinsichtlich des Arbeitskräftemangels bzw. der Veränderung des Verhältnisses der Erwerbspersonen zu den Nicht-Erwerbspersonen kann aber auch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen haben, oder ein nicht sicher prognostizierbarer Zuzug ausländischer Arbeitskräfte.

4. Die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage

Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials zeigt allerdings nur den demographischen Aspekt - die Angebotsseite des Arbeitsmarktes auf. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, also der tatsächliche Bedarf, ist demgegenüber sowohl von einer Vielzahl wirtschaftspolitischer Faktoren (z.B. Geldwertstabilität, Preisentwicklung usw.) bestimmt als auch von der Entwicklung der Produktivität der Arbeit und somit von den Auswirkungen technologischer Innovation.

Je nachdem, wie die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung bzw. die diese Entwicklung bestimmenden Einzelfaktoren vorausgeschätzt werden, wird sich dies auch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften auswirken. Nach den Vorausberechnungen des DIW (TABELLE 4) wird die Zahl der Arbeitslosen von 2,23 Mio. des Jahres 1986 bis 1990 noch auf 2,29 Mio. steigen und sich in den folgenden Jahren sukzessive auf 1,5 Mio. (1995) und 0,96 Mio. (2000) abbauen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht identisch ist mit der Anzahl an Erwerbslosen während dieser Zeit. Mit einbezogen in die Betrachtung muß also auch die Entwicklung der "Stillen Reserve" werden. Hier wird eine ähnliche Entwicklung vorausgesagt. Von 1,15 Mio. im Jahre 1986 wird die Zahl derjenigen, die voraussichtlich erwerbstätig wären, sich aber nicht als arbeitssuchend beim Arbeitsamt melden, auf 1,19 Mio. im Jahre 1990 steigen und sich in den darauffolgenden Jahren auf 0,75 Mio. (1995) bzw. 0,46 Mio. (2000) verringern. Das bedeutet, daß für das Jahr 2000 immer noch mit 1,42 Mio. Erwerbslosen nach den DIW-Schätzungen zu rechnen ist.

Die Szenarien der PROGNOSE-AG gehen über das Jahr 2000 hinaus (TABELLE 5). Je nach dem angenommenen Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Zahl der Erwerbslosen im Jahre 2000 zwischen 0,96 Mio. (oberes Szenario) und 2,51 Mio. (unteres Szenario) schwanken. Der Anteil gemeldeter Arbeitsloser wird dabei zwischen 0,77 Mio. und 1,76 Mio. betragen. Erst ab 2015 wird nach optimistischer Annahme die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen mit derjenigen der Erwerbslosen übereinstimmen und von 0,36 Mio. auf 0,24 Mio. im Jahre 2040 sinken. Damit wird ab 2015 auch die Stille Reserve des Erwerbspersonenpotentials ausgeschöpft sein.

Auf die Vielzahl von wirtschaftspolitischen Faktoren, die diesen Vorausberechnungen unterliegen und in ihrer Wirkung zu optimistischen oder eher pessimistischen Annahmen über die künftige Entwicklung der Arbeitskräfte-nachfrage führen, kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie sind den verschiedenen Modellrechnungen zu entnehmen.

TABELLE 4: ERWERBSBETEILIGUNG UND ARBEITSMARKT¹⁾

	1973	1980	1983	1986	1990	1995	2000
Wohnbevölkerung	61,98	61,57	61,42	60,95	60,77	60,44	59,59
davon							
15 bis unter 65 Jahre	39,51	40,83	42,39	42,74	42,02	40,86	39,92
Männer	19,26	20,25	21,10	21,42	21,21	20,68	20,18
Frauen	20,25	20,58	21,29	21,32	20,81	20,18	19,74
Potentialerwerbsquote in v.H.2)							
Männer	89,3	85,0	83,0	82,6	83,5	83,3	83,0
Frauen	49,9	51,6	52,6	53,8	55,2	55,6	56,5
Erwerbersonenpotential	27,28	27,84	28,71	29,17	29,20	28,45	27,90
Männer	17,19	17,22	17,52	17,69	17,71	17,23	16,75
Frauen	10,09	10,62	11,19	11,48	11,49	11,22	11,15
Stille Reserve	0,09	0,62	1,12	1,15	1,19	0,75	0,46
Erwerbspersonen	27,20	27,22	27,59	28,02	28,01	27,70	27,44
Erwerbstätige	26,92	26,33	25,33	25,79	25,72	26,19	26,49
Erwerbslose	0,27	0,89	2,26	2,23	2,29	1,50	0,96

1) Mill. Personen, Inländerkonzept, Jahresdurchschnittswerte

2) Bezogen auf die 15- bis unter 65jährigen

Quellen: Bis 1986 IAB und Statistisches Bundesamt; danach eigene Berechnungen auf der Basis der Grundvariante der Bevölkerungsprognose des DIW.

aus:DIW 1987: 340

TABELLE 5: ERWERBSPERSONEN, ERWERBSTÄTIGE UND ARBEITSLÖSE 1970 - 2040 (in Mio.)

Jahr	Erwerbspersonen (Inländer, Jahres- mitte)		Erwerbstätige (Inländer, Jahres- mitte)		Erwerbslose		davon: gemeldete Arbeits- lose	
	oberes Szenario	unteres Szenario	oberes Szenario	unteres Szenario	unteres Szenario	oberes Szenario	oberes Szenario	unteres Szenario
1970	26.9		26.7		0.25		0.15	
1980	27.7		26.3		1.35		0.89	
1984	28.9		25.3		3.55		2.27	
2000	27.5	27.0	26.6	24.5	0.96	2.51	0.77	1.76
2015	25.7	24.5	25.3	23.3	0.36	1.25	0.36	1.13
2030	20.9	19.2	20.7	18.8	0.26	0.40	0.26	0.38
2040	19.3	17.2	19.0	16.4	0.24	0.78	0.24	0.70

Quelle: ECKERLE et al. 1987: 37

4.1. Arbeitsmarktwirkungen moderner Technologien

Wesentlich für die Untersuchung struktureller Veränderungen auf die künftige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation von Erwerbspersonen auch in den höheren Altersgruppen ist allerdings die Frage nach dem Einfluß der technologischen Entwicklung auf die Arbeitskräftenachfrage. Zu dieser Frage sind eine Vielzahl von Untersuchungen durchgeführt worden, deren Ergebnisse in die vorliegenden Vorausberechnungen über Entwicklung und strukturellen Wandel des Arbeitskräftebedarfs eingeflossen sind. (Einen Überblick gibt u.a. DOSTAL 1982; 1986; FRIEDRICH/RONNING 1985; GENSIOR 1986). Im Zentrum technologischer Innovation steht die verstärkte Anwendung der Mikroelektronik (vgl. BMFT 1987). Für die Kernbereiche der industriellen Produktion, der Automobilindustrie, dem Werkzeugmaschinenbau und der chemischen Industrie stellt der Einzug der Mikroelektronik in den letzten Jahren eine Art "Inkubationszeit" dar, deren Auswirkungen sich erst in der Zukunft deutlich zeigen werden (KERN/SCHUHMAN 1984). Die mit dieser Technologie verbundenen qualitativen Veränderungen hinsichtlich der Sammlung und Weitergabe von Information und Kommunikation wirken sich ebenso in den Bereichen Handel und Dienstleistungen aus (vgl. z.B. BAETHGE/OBERBECK 1986). Als Schwerpunkte dieser Entwicklung werden genannt:

- Systemkonzepte der Datenverarbeitung und der technischen Kommunikation,
- Bürotechnik (z.B. Textverarbeitungssysteme)
- Automation der Konstruktion (z.B. Computer Aided Design CAD) und
- Automation der Produktion (z.B. Computer Aided Manufacturing CAM, Industrieroboter, CNC-Werkzeugmaschinen)

(vgl. BMFT 1987: 10).

Hinsichtlich der Beschäftigungswirkung der neuen Technologien besteht weitgehend Unklarheit. Dabei richtet sich die Diskussion auf die Bedeutung der Anwendung dieser Technologien, auf den (analytischen) Zusammenhang der Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Produktion.

"Wächst die Produktion schneller als die Arbeitsproduktivität, so nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften zu. Erhöht sich hingegen die Arbeitsproduktivität stärker als die Produktion, so nimmt die Nachfrage ab. Im ersten Fall überwiegt der Kapazitätsausweitungseffekt den Rationalisierungseffekt, der sich im Anstieg der Arbeitsproduktivität ausdrückt. Im zweiten Fall ist es umgekehrt" (SORGE 1985: 39).

Im Zusammenhang mit Produktivitätsfortschritt läßt sich Arbeitslosigkeit demnach entweder durch wirtschaftliches Wachstum oder aber durch Arbeitszeitverkürzung verhindern bzw. durch beides gemeinsam. Vor diesem Hintergrund stehen sich zwei Auffassungen über die Wirkung der Mikroelektronik auf die Arbeitskräftenachfrage gegenüber:

Einerseits wird - anknüpfend an frühere Rationalisierungs- und Automatisierungsdebatten - eine erhebliche Vernichtung von Arbeitsplätzen befürchtet, da insbesondere durch die Mikroelektronik eine Vielzahl von kognitiven Fähigkeiten ersetzbar werden. Der Rationalisierungseffekt besteht u.a. in der Möglichkeit, durch den Einsatz der Mikroelektronik Informationen weit über das menschliche Leistungsvermögen hinaus zu selektieren, zu systematisieren, zu speichern oder weiterzuverarbeiten. Dadurch werden z.B. eine Vielzahl sich wiederholender Tätigkeiten oder Arbeitsabläufe durch die Computerisierung ersetzbar.

Gegenüber dieser als Freisetzungshypothese deklarierten Position wird eingewandt, daß die Einführung neuer Technologien u.a. neue Produktionsmärkte und Betätigungsfelder erschließt und durch Kostensenkungen die effektive Gesamtnachfrage ausweiten kann. Darüber hinaus müßten die arbeitssparenden Maschinen selbst produziert werden, womit wiederum positive Beschäftigungseffekte verbunden sind. Dies gilt auch hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die sich durch den technischen Fortschritt verbessert.

Beide Auffassungen über die Wirkungen des technischen Fortschritts gründen in grundsätzlich verschiedenen Einschätzungen der marktwirtschaftlichen Mechanismen (vgl. ausführlich hierzu: HAGEMANN 1985). Den Einfluß der Technikentwicklung auf die Arbeitslosigkeit nachzuweisen, ist vor allem wegen der methodischen Schwierigkeit, die Faktoren, die die Nachfrage nach Arbeitskräften beeinflussen, einzeln und isoliert zu betrachten, problematisch. So wird einerseits die angestiegene Zahl von Arbeitsplätzen in Wirtschaftsbereichen betont, die in den letzten Jahren sehr starke technologische Innovationen aufwiesen, wie z.B. in den Bereichen:

- Elektronik
- Maschinenbau
- Straßenfahrzeugbau
- öffentlicher Dienst
- Banken

(vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (BMFT) 1987).

Auf der anderen Seite wird angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen hervorgehoben, daß

"der ökonomische Einsatz von Technologien (...) nicht auf die bauinvestive Erweiterung von Produktionsanlagen, sondern auf eine effizientere und flexiblere Nutzung vorhandener Produktionskapazitäten durch Umstrukturierung ausgerichtet (ist). Darin drückt sich die Verschiebung von der Kapazitäts- zur Kostensenkungskonkurrenz aus. Entscheidend ist, und das bestimmt das 'Neue', daß die Produktionstechniken eine Produktionssteigerung bei Rückgang der Erweiterungsinvestitionen erstmals in großem Umfang möglich machen" (HICKEL 1986: 59).

Empirisch lassen sich vor allem die langfristigen Folgewirkungen neuer Technologien auf die Beschäftigung schwerer nachweisen als die Freisetzungseffekte. Hierin sieht KLAUDER (1986) auch den Grund dafür, daß neue Technologien pauschal als 'Job-Killer' gesehen werden.

"Da seit Mitte der 70er Jahre der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt je Erwerbstätigen im Durchschnitt deutlich höher ausfiel als das Wirtschaftswachstum, wird daher in der Öffentlichkeit häufig der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit von 273 000 im Jahre 1973 auf 2,3 Mio. Personen in den Jahren 1983 bis 1985 entsprechend der Freisetzungshypothese auf die mit neuen Techniken möglich gewordenen Rationalisierungen zurückgeführt" (ebenda: 4 f.).

Auf der Grundlage von IAB-Berechnungen wird demgegenüber nachgewiesen, daß in diesem Zeitraum das Erwerbspersonenpotential um ca. 1,6 Mio. gestiegen ist. Die derzeitige Arbeitslosigkeit erklärt sich demnach nur zur Hälfte, also ebenfalls um ca. 1,6 Mio. aus dem Beschäftigungsrückgang seit 1973. Dieser Teil der Arbeitslosigkeit läßt sich allerdings nicht auf eine gestiegene Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde aufgrund von technologischer Innovation zurückführen, sondern auf ein insgesamt unzureichendes Wirtschaftswachstum in Verbindung mit einem verstärkten internationalen Wettbewerb, was wiederum von einer Vielzahl anderer wirtschaftlicher Faktoren abhängig ist (vgl. KLAUDER 1986: 7, sowie BMFT 1987).

Wie unterschiedlich man den Einfluß der neuen Technologien auf die Arbeitskräftenachfrage insgesamt auch beurteilen mag, hinsichtlich der Einschätzung des damit verbundenen strukturellen Wandels läßt sich weitgehend Einigkeit feststellen. Diese strukturellen Veränderungen zeigen sich u.a. darin, daß - einzelne Wirtschaftsbereiche hohe Wachstums- und Beschäftigungsgewinne aufweisen werden, wohingegen andere Bereiche konjunkturell sich eher

- rezessiv entwickeln. Dabei wird davon ausgegangen, daß sich positives Wachstum dort zeigen wird, wo verstärkt neue Technologien angewandt werden. Die Konjunktur wird demnach in den Wirtschaftsbereichen unterschiedlich verlaufen ("gespaltene Konjunktur");
- eine gesamtwirtschaftliche Verschiebung hin zu den sogenannten Dienstleistungsbereichen eintreten wird;
 - die Anforderungen im Hinblick auf die Qualifikation der Beschäftigten, aber auch die Arbeitsplatzbedingungen den neuen Technologien gemäß angepaßt werden müssen.

4.2. Beschäftigungstendenzen nach Wirtschaftszweigen

Da keine nach Geschlecht oder Alter differenzierten Modellrechnungen über den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften nach Wirtschaftsbereichen vorliegen, lassen sich über die Beschäftigungstendenzen älterer Arbeitnehmer nur unscharfe Voraussagen treffen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß ein Zusammenhang sowohl mit dem Gesamtbedarf an Arbeitskräften als auch mit der Altersstruktur in den einzelnen Wirtschaftszweigen besteht.

Einer Untersuchung von KÜHLEWIND (1981) zufolge, die sich auf eine frühere Arbeitskräfteprojektion für den Zeitraum von 1977 bis 1990 stützt, liegen ungünstige Beschäftigungstendenzen für ältere Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen vor, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil Älterer und einen rückläufigen Gesamtbedarf an Arbeitskräften aufweisen. Dies gilt für: 1. Eisenschaffende Industrie, Nichteisen-Metallerzeugung; 2. Steine und Erden; 3. Textilgewerbe; 4. Papiererzeugung und -verarbeitung sowie 5. Gießereien. Ähnlich negative Beschäftigungstendenzen werden für die Wirtschaftszweige mit einem stark überdurchschnittlichen Zuwachs des Anteils an Älteren bei gleichzeitigem rückläufigen Gesamtbedarf vorausgesagt. Dabei handelt es sich um: 1. Bekleidungsgewerbe, 2. Baugewerbe, 3. Druckerei, Vielfältigung.

Eine für die Beschäftigung positive Entwicklung kann sich trotz überdurchschnittlich hohem Anteil bzw. Anstieg des Anteils an älteren Arbeitnehmern für die Wirtschaftszweige ergeben, die eine überdurchschnittlich hohe Zunahme des Gesamtbedarfs aufweisen werden. Dies gilt wiederum für: 1. Energie- und Wasserwirtschaft, 2. Staat und Sozialversicherung, 3. Sonstige Dienstleistungen, 4. Straßenfahrzeugbau (vgl. KÜHLEWIND 1981: 21 ff.).

Einschränkend gilt für diese Untersuchung allerdings, daß die ihr zugrundeliegende Arbeitskräfteprojektion auf einer für den betrachteten Zeitraum zu optimistischen Annahme des Wirtschaftswachstums beruhte und daß die Beschäftigungsentwicklung der älteren Arbeitnehmer ab 1984 von den Auswirkungen des Vorruhestandsgesetzes überlagert werden.

Neuere Untersuchungen, die bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus Berechnungen zum Gesamtbedarf von Arbeitskräften in den einzelnen Sektoren der Wirtschaft vornehmen (vgl. HOFER 1986), gehen z.B. von einer künftigen Umkehr der Wachstumsentwicklung im Bereich der Energie und Wasserwirtschaft aus. Als Gründe hierfür werden insgesamt zurückgehende Zuwachsraten bei der Energieversorgung genannt, die durch geringere Nachfrage des Produzierenden Gewerbes und den Einsatz neuer (energiesparender) Technologien hervorgerufen werden. Dies gilt auch für den Stromverbrauch in den Haushalten.

Die Beschäftigungstendenzen im Bereich Staat und Sozialversicherung sind durch ein steigendes Produktivitätswachstum gekennzeichnet, das auf einem positiven Stellenkegeleffekt beruht. Dabei wird auf strukturell bedingte höhere Qualifikationsanforderungen von Tätigkeiten im Bereich des Öffentlichen Dienstes verwiesen, die wiederum mit Rationalisierungsmaßnahmen von weniger qualifiziertem Personal verbunden sind.

Für den Bereich des Straßenfahrzeugbaus gilt, daß das auch durch andere Projektionen bestätigte Wachstum dieses Wirtschaftszweiges auf die Erschließung vorhandener Rationalisierungsreserven zurückzuführen ist. Das Wachsen des Bruttowertschöpfungsvolumens ist demnach eher in einer steigenden Arbeitsproduktivität als in einer Zunahme der Gesamtarbeitskräftenachfrage zu sehen. Darüber hinaus wird für den Zeitraum nach 1990/95 von einer Sättigung des diesbezüglichen Marktes ausgegangen (vgl. ebenda: 60).

Diese aus pragmatischen Gründen hier nur sehr unvollständigen Hinweise auf die voraussichtliche Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige (einen Gesamtüberblick geben z.B. HOFER 1986; ECKERLE et al. 1987) sollen deutlich machen, daß die Untersuchung von Beschäftigungstendenzen älterer Arbeitnehmer nicht im Hinblick auf die Ermittlung etwaiger Durchschnittsangaben erfolgen darf, sondern die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. -sektoren berücksichtigen muß. Diese notwendige Differenzierung gilt auch bei der Betrachtung der Entwicklung im sogenannten Dienstleistungsbereich.

4.3. Die Entwicklung im Dienstleistungsbereich

Auf aggregierter Ebene ist für den Dienstleistungsbereich eine Zunahme sowohl hinsichtlich der Beschäftigtenzahlen als auch hinsichtlich des Anteils des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren feststellbar (vgl. ECKERLE et al. 1987: 30 ff.). Auf der theoretischen Grundlage der Aufgliederung der Wirtschaft in drei Sektoren wird von einer Tertiarisierung oder einem Trend zur Dienstleistungsgesellschaft gesprochen.

Im Jahre 1882 waren 42,2 v.H. der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, 35,6 v.H. im Warenproduzierenden Gewerbe und 22,2 v.H. im Dienstleistungssektor. Diese Relation kehrte sich innerhalb eines Jahrhunderts völlig um. 1984 waren nur noch 5,5 v.H. im Sektor Landwirtschaft beschäftigt, 41,5 v.H. im Warenproduzierenden Gewerbe und 53,1 v.H. bei den Dienstleistungen (HOFFMANN/WEIDIG 1986: 69). In dieser Entwicklung glaubten verschiedene Theoretiker eine Gesetzmäßigkeit zu entdecken, die notwendig zu einer sogenannten "post-industriellen Gesellschaft" führt (vgl. die Darstellung und kritische Diskussion dieser Ansätze z.B. bei SCHARPF 1984). Der Prozeß einer Tertiarisierung gründet nach diesen Auffassungen auf den Annahmen, daß zum einen mit steigendem Einkommen sich die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöht und die Nachfrage nach industriell produzierten Gütern abnimmt. Zum anderen verläuft die Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich. Für den landwirtschaftlichen Sektor ist nur eine geringe Produktivität charakteristisch, im industriellen Sektor besteht demgegenüber ein sehr hohes Produktivitätsniveau und im Dienstleistungssektor ein mittleres. D.h., im Dienstleistungssektor steigt die Produktivität langsamer als im industriellen Sektor. Diese Unterschiede in der Produktivität führen zu einer Umschichtung in der Verteilung der Erwerbstätigen auf Arbeitsplätze, wobei z.B. nach den Vorstellungen FOURASTIES (1954) sich am Ende des 20. Jahrhunderts nur noch jeweils 10 v.H. der Erwerbstätigen im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor gegenüber 80 v.H. im Dienstleistungssektor befinden werden. "Die große Hoffnung" besteht also darin, daß die durch den technischen Fortschritt hervorgerufenen Beschäftigungsprobleme im sekundären Sektor von der Entwicklung im Dienstleistungssektor kompensiert werden.

Diese Annahmen über die künftige Entwicklung sind allerdings immer wieder kritisiert worden, wobei die Möglichkeit der Produktivitätsmessung von

Dienstleistungen, die unterstellte Bedürfnishierarchie und die Vorhersagbarkeit der technologischen Entwicklung in Frage gestellt wird. Darüber hinaus bestehen offensichtlich Tendenzen, die diese Entwicklung überlagern und ihr entgegenwirken (vgl. u.a.: GERSHUNY 1984; SCHARPF 1984; KRUPP 1986).

Die Diskussion um die Entwicklung zu einer "post-industriellen Gesellschaft" oder - wie ebenfalls konstatiert - zur "Informationsgesellschaft" (vgl. z.B. SONNTAG 1983) kann hier nicht näher ausgeführt werden. Im Zusammenhang mit der Frage nach den Auswirkungen des strukturellen Wandels der Arbeitslandschaft auf die zukünftige Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer ist als ein Resultat dieser Diskussion festzuhalten, daß die Erwerbstätigenzahlen in den Wirtschaftszweigen des Dienstleistungssektors gegenüber den anderen Sektoren in der Tat erheblich angestiegen sind und voraussichtlich noch weiter steigen werden. Der Prozeß der Tertiarisierung unterliegt dabei keinem eindeutigen Entwicklungsgesetz, sondern kann nur differenziert empirisch nach Wirtschaftszweigen oder Tätigkeiten nachgewiesen werden (vgl. MÜLLER 1983).

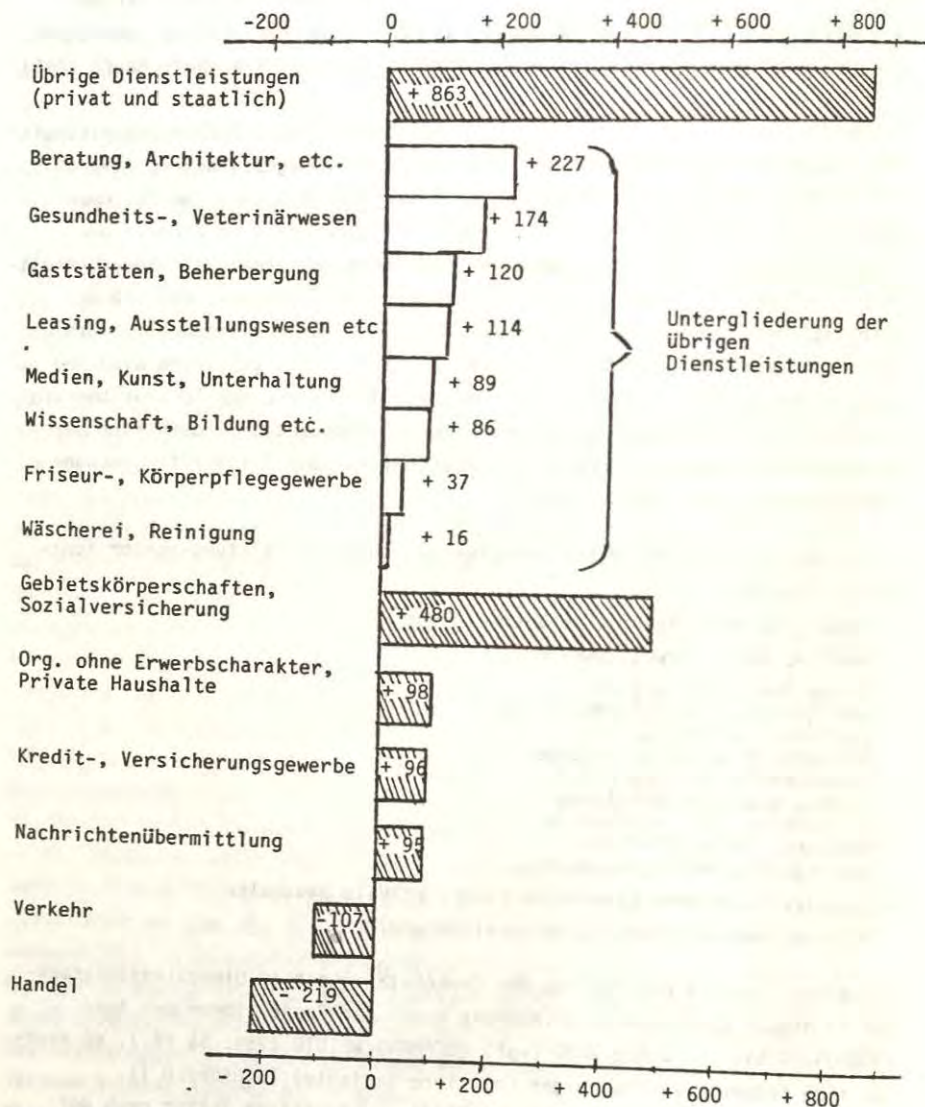
Es lassen sich folgende Wirtschaftszweige dem Dienstleistungssektor funktional zuordnen:

- Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung
- Kredit-, Versicherungsgewerbe
- Übrige Dienstleistungen:
 - Gaststätten, Beherbergung, Heime
 - Wäscherei, Reinigung
 - Friseur-, Körperpflegegewerbe
 - Wissenschaft, Bildung etc.
 - Medien, Kunst, Unterhaltung
 - Gesundheits-, Veterinärwesen
 - Beratung, Architektur etc.
 - Leasing, Ausstellungswesen etc.
- Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte
- Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor in dieser funktionalen Gliederung gemäß den Projektionen der IAB/PROGNOS-AG bis zum Jahre 2000 (vgl. HOFFMANN/WEIDIG 1986: 68 ff.), so ergeben sich folgende Veränderungen (mittlere Variante) (SCHAUBILD 1).

Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im tertiären Sektor nach der mittleren Variante der Berechnungen von 1982 bis 2000 um rund 1,3 Mio. steigen.

SCHAUBILD 1: ERWERBSTÄTIGENZUWACHS 1982/2000 in 1 000



Quelle: IAB/Prognos-Projektion, BeitrAB 94,1 und 94,2, Nürnberg 1985
aus: HOFFMANN/WEIDIG 1986:79

Den höchsten Zuwachs werden dabei der Zweig der Übrigen Dienstleistungen (+ 86 3000) sowie die Gebietskörperschaften, Sozialversicherung (+ 480 000) verzeichnen können. Einbrüche bei der Entwicklung finden sich demgegenüber beim Handel (- 219 000) und beim Verkehr (- 107 000).

Innerhalb der Übrigen Dienstleistungen lassen sich Anzeichen für demographisch bedingte Veränderungen bei der Nachfrage nach Dienstleistungen erkennen. Dies gilt z.B. für eine steigende Bedeutung des Gesundheitswesens (+ 174 000) im Zusammenhang mit dem Ausbau ambulanter Konzepte oder präventiver Gesundheitsmaßnahmen.

Im Bereich Gaststätten, Beherbergung, Heime wird ebenfalls ein Anstieg erwartet (+ 120 000), wobei dies auf den steigenden Bedarf an Erholung (z.B. Kurzurlaube usw.) zurückgeführt wird. Im Bereich der Heime ist allerdings mit einem Abbau zugunsten ambulanter Versorgung zu rechnen.

Stark steigen wird die Erwerbstätigkeit ebenso in den Bereichen Beratung und Architektur etc. (+ 227 000) sowie bei Leasing und Ausstellungswesen (+ 114 000). Insgesamt gesehen können von der künftigen Entwicklung des Dienstleistungssektors bzw. den diesem funktional zugeordneten Wirtschaftszweigen positive Einflüsse auf die Beschäftigungsmöglichkeiten erwartet werden. Lediglich die Bereiche Handel und Verkehr weisen hier eine negative Prognose auf (zu den Gründen dieser Entwicklung vgl.: ROTHKIRCH/WEIDIG 1985: 145 ff.).

Diese Veränderungen werden sich vermutlich ebenso vorteilhaft für ältere Erwerbspersonen auswirken. Voraussetzung hierfür ist aber ein entsprechendes Qualifikationsniveau. Die wirtschaftszweigspezifische Betrachtung läßt nur ungefähre Hinweise darauf zu, welche Tätigkeits- bzw. Qualifikationsprofile und -anforderungen sich in Verbindung mit den auf technologischer Innovation beruhenden Strukturveränderungen für die Erwerbspersonen ergeben werden; dieser Frage muß weiter nachgegangen werden.

4.4. Auswirkungen des strukturellen Wandels auf Berufsqualifikation und -anforderungen

Der Einfluß der technologischen Entwicklung auf die Berufsstruktur und die konkreten Tätigkeitsanforderungen stellt einen eher qualitativen Aspekt bei der Frage nach den künftigen Beschäftigungstendenzen älterer Erwerbsperso-

nen dar. Da auch hierfür keine geschlechts- oder altersspezifischen Aussagen innerhalb der vorliegenden Untersuchungen und Modellrechnungen gemacht werden, kann nur aus den allgemeinen Veränderungen auf künftige Berufs- und Tätigkeitsanforderungen für Ältere geschlossen werden.

Zu fragen ist aber, welche Veränderungen durch die "neuen Produktionskonzepte" (KERN/SCHUHMAN 1984) eintreten werden, und welche Konsequenzen dies im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit und das Qualifikationsniveau älterer Erwerbspersonen voraussichtlich haben wird.

Betrachtet man den Einfluß der neuen Technologien auf die Berufsstruktur und die Organisation von Arbeitsabläufen, so wird der Trend zur Tertiarisierung - hier also zu den Dienstleistungsberufen - noch deutlicher, als dies schon unter dem Aspekt der Entwicklung der Wirtschaftszweige bzw. -sektoren der Fall war. Untersuchungen über die quantitativen Veränderungen bei der Verteilung der Erwerbstätigen nach Berufsfeldern und Tätigkeitsmerkmalen im Zeitverlauf (vgl. z.B.: MÜLLER 1983; v. EINEM 1986; SCHOTT-WINTERER/RIEDE 1986; RIEDE/SCHOTT-WINTERER/WOLLER 1987) und in die Zukunft projiziert (STOB/WEIDIG 1986; WARNKEN 1986) belegen eine Abnahme von manuell produzierenden Berufen und Tätigkeiten und einen Anstieg von Berufen, die durch planende, verwaltende, instandhaltende oder organisierende und leitende Tätigkeitsmerkmale gekennzeichnet sind.

Während im Jahre 1973 das Verhältnis derjenigen Erwerbstätigen, die mit Tätigkeiten im Bereich 'Produktion' befaßt waren, gegenüber denjenigen mit Infrastruktur- und Dienstleistungsaufgaben bei 38 : 62 lag, wird für das Jahr 2000 eine Relation von 27 : 73 vorausgesagt (vgl. STOB/WEIDIG 1986: 97).

Bedeutungsvoll bei dieser Entwicklung ist nicht nur der Umstand wachsender Beschäftigungsanteile im Dienstleistungssektor, sondern - und dies wird tätigkeitsspezifisch durch die Unterscheidung zwischen produktionsbezogenen und verbraucherbezogenen Dienstleistungen deutlich - der steigende Anteil von Dienstleistungstätigkeiten im industriellen Sektor (vgl. hierzu auch LAPPE in diesem Band).

Der Einfluß der neuen Technologien bewirkt also sowohl eine strukturelle Veränderung der Beschäftigungsentwicklung zwischen den Sektoren, wie dies die wirtschaftszweigspezifische Betrachtung zeigte, als auch innerhalb der Sektoren selbst.

"Die Beschäftigung im industriellen Sektor und in den darauf bezogenen Dienstleistungen ist also paradoxerweise das vermutlich stabilste Element der post-industriellen Gesellschaft" (SCHARPF 1984: 25).

Die Veränderungen, die sich wirtschaftszweig-, berufs- bzw. tätigkeitsbezogen für die Struktur der Verteilung der Erwerbstätigen auf Arbeitsplätze ergeben oder ergeben werden, sind letztlich das Resultat einer durch neue Produktionstechniken eingetretenen Neuorganisation von Arbeitsabläufen.

Die Tendenz der 'Tertiarisierung des sekundären Sektors' (vgl. HOFFMANN/WEIDIG 1986: 69) beinhaltet dabei gleichzeitig eine starke Veränderung der Verteilung der Berufe und Qualifikationen innerhalb eines Wirtschaftszweiges. In der Untersuchung von RIEDE/SCHOTT-WINTERER/WOLLER (1987) wird dazu festgestellt, daß bereits im Jahre 1961 etwa jeder vierte Beschäftigte (26,9 v.H.) im sekundären Sektor eine Dienstleistungsfunktion ausübte. Im Jahre 1982 waren es schon weit mehr als jeder Dritte (37,9 v.H.) (ebenda: 18).

Diese Entwicklung bedeutet berufsspezifisch eine gleichzeitige Abnahme von sektortypischen Berufen und Tätigkeiten (z.B. industrielle Fertigungsberufe) oder anders ausgedrückt, einen Rückgang des Anteils 'kongruenter Beschäftigung' mit der Folge einer generellen Durchmischung der Wirtschaftszweige mit verschiedenen Berufen (vgl. ebenda: 19).

Im Hinblick auf das Arbeitsvermögen ist demnach eine höhere Anpassungsfähigkeit an die strukturellen Wandlungsprozesse erforderlich. Dies gilt für die berufliche Qualifikation allgemein, die bereits für die jüngeren Erwerbspersonen breit angelegt sein muß als Voraussetzung für eine spätere eventuell notwendige berufliche Umorientierung. Dies gilt aber auch hinsichtlich einer "internen" Flexibilität der Berufs- oder Tätigkeitskategorien, die aus deren meist traditionell bestimmten Bindung an einen oder mehrere Wirtschaftszweige resultiert (WARNKEN 1986: 120). Hierbei wird davon ausgegangen, daß die Beschäftigungschancen von Berufen, die nur eine geringe Branchengebundenheit aufweisen und über viele Wirtschaftszweige verteilt bzw. einsetzbar sind, erheblich größer sind als für Berufe mit hoher Branchenspezialisierung (vgl. ebenda).

Die Anwendung neuer Technologien führt insgesamt gesehen zu einer Veränderung in der Organisation der Arbeitsabläufe. Zwar sind manuelle oder handwerkliche Befähigungen z.B. in den industriellen Kernsektoren auch weiterhin erforderlich, sie sind aber nur noch ein geringer werdender Teil einer beruflichen Qualifikation, die eher 'ganzheitlich' auf Planung, Kontrolle oder Instandhaltung von Produktionsabläufen orientiert ist. Damit sind zusätzliche und höhere Qualifikationsanforderungen verbunden. Langfristig bedeutet diese Entwicklung eine zunehmende Verschärfung des Wettbewerbs zwischen hochqualifizierten jüngeren Arbeitskräften und bereits schon länger auf bestimmten Arbeitsplätzen beschäftigten Arbeitnehmern (vgl. SCHLAFFKE 1986: 12).

Unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen sind die Betriebe derzeit noch in der Lage, diesbezüglich einen Austausch der Arbeitskräfte vorzunehmen. In Anbetracht der zukünftigen demographischen Verknappung des Arbeitskräfteangebots werden die Betriebe allerdings dazu übergehen müssen, bereits frühzeitig Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten zu schaffen bzw. die Teilnahme daran zu ermöglichen.

In der Diskussion um die Anwendung und die Auswirkungen neuer Technologien auf die Organisation der Arbeitsabläufe wird über den Aspekt der Qualifizierung hinaus auch das Erfordernis bzw. die Möglichkeit einer höheren Flexibilität des Arbeitseinsatzes in räumlicher und zeitlicher Hinsicht betont. So weist DOSTAL (1986) z.B. für den Bereich der Informationstechnologie auf künftig sich bietende dezentrale Arbeitsmöglichkeiten durch den Ausbau von Telearbeitsplätzen hin. Ähnlich argumentiert auch RUNDE (1987), der in der durch die Technik ermöglichten Schaffung von mehr Heimarbeitsplätzen Beschäftigungschancen für behinderte Arbeitnehmer sieht. HOFFMANN/WEIDIG (1986) ermitteln für den tertiären Sektor einen Anstieg des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen, der vor allem von Frauen besetzt wird. Andere Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung, wie z.B. Job-Sharing, die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz) oder altersbedingte Arbeitszeitverkürzungen (gleitender Übergang in den Ruhestand), aber auch Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse oder befristete Arbeitsverträge werden als notwendiges Resultat der technologischen Entwicklung und als Chance für mehr Beschäftigungsverhältnisse insgesamt gese-

hen (vgl. z.B. NAISBITT/ABURDENE 1986: 137 ff.). Diese Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung bedeuten häufig allerdings ebenso eine Individualisierung von Arbeitszeitregelungen, die sich zum Nachteil für die Beschäftigten auswirken kann, und derzeit geltende allgemeine (tarifvertraglich) festgelegte Sicherheits- und Schutzregelungen der Arbeitnehmer unterlaufen. Auf diese Gefahren wird vor allem von gewerkschaftlicher Seite hingewiesen.

Die Veränderung in der Arbeitsorganisation drückt sich auch in einer Stärkung der Eigenverantwortung des Beschäftigten gegenüber der Arbeit und dem Betrieb aus. Mit der Schaffung neuer Gestaltungsräume für den Menschen durch die Mikroelektronik (vgl. SCHLAFFKE 1986: 7 ff.) ist die Möglichkeit gegeben, eigene Kreativität und Autonomie im Arbeitsprozeß einzusetzen. Voraussetzung dafür ist allerdings die vollständige Information über Arbeitsabläufe und Arbeitsziele sowie Partnerschaft im Unternehmen und ein Führungsstil, der sich nicht auf die bloße Funktion in der betrieblichen Hierarchie stützt, sondern durch Kooperation und die Fähigkeit, Mitarbeiter zu motivieren und Arbeit zu delegieren, gekennzeichnet ist. Hierzu sind derzeit Betriebsleitungen und Management nur selten in der Lage. NAISBITT und ABURDENE (1986) kommen für die USA diesbezüglich zu dem Schluß: "Die große Herausforderung der achtziger Jahre ist nicht die Umschulung der Arbeiter und Angestellten, sondern die Umschulung der Manager" (ebenda: 86).

Als ein letzter Aspekt des Einflusses moderner Technologien auf die Arbeitsbedingungen sei noch die Veränderung psychophysischer Leistungsanforderungen benannt.

Als ein Wesensmerkmal des Einsatzes der Mikroelektronik im Produktionsbereich gilt der Ersatz monotoner und repetitiver Teilarbeit sowie körperlich belastender Arbeitsanforderungen. Dieser insgesamt positiv zu beurteilenden Entwicklung steht allerdings gegenüber ein Ansteigen psychomentaler Belastungen, z.B. an Bildschirmarbeitsplätzen. Erhöhte Anforderungen an die Konzentrationsfähigkeit (Streß) und Bewegungsmangel führen epidemiologisch zu einer Veränderung des Krankheitspanoramas hin zu Erkrankungen der Bewegungsorgane und einem Anstieg psychischer Erkrankungen (vgl. BEHREND 1987). Auch in dieser Hinsicht liegt es wiederum in der Hand der Betriebe, das aufgrund gestiegener Qualifikation höherwertige Arbeitsvermögen durch Programme, wie der Humanisierung der Arbeitswelt, der Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten bei der Ausgestaltung von Arbeitsplätzen mit

neuen Technologien aber z.B. auch mittels präventiver Gesundheitsprogramme langfristig leistungsfähig zu erhalten.

5. Schlußfolgerungen

Auf der Grundlage vorliegender Vorausschätzungen, Modellrechnungen, Szenarien usw. wurden die Auswirkungen von drei Faktoren auf die Erwerbstätigkeit dargelegt. Diese Faktoren sind:

- die demographische Entwicklung
- der Einfluß moderner Technologien (Produktivitätsfortschritt)
- die steigende Bedeutung von Dienstleistungen (Tertiärisierung).

Die Entwicklung dieser drei Faktoren trägt wesentlich zu einer Veränderung des Erwerbslebens bei.

Es wurde gezeigt, daß der vielfach diskutierte strukturelle Wandel keineswegs einem eindeutigen Trend in eine bestimmte Richtung folgt, sondern durch eine Vielzahl kompensierender und überlagernder Entwicklungen beeinflußt wird:

- Die Struktur des Arbeitskräfteangebots wird einerseits von der "natürlichen Bevölkerungsentwicklung" beeinflußt, andererseits aber auch von verhaltens- oder sozial- und wirtschaftspolitisch bedingten Komponenten bestimmt.
- Der Einfluß moderner Technologien auf den Arbeitsmarkt ist allgemein ebenfalls nicht eindeutig analysierbar. Es bedarf der Differenzierung nach einzelnen Wirtschaftszweigen, wenn nicht sogar nach einzelnen Betrieben. Einerseits kann der Produktivitätsfortschritt (Stundenproduktivität je Erwerbstätigen) zu Kapazitätsausweitungen in Form von Erweiterungsinvestitionen führen, und so zu Wirtschaftswachstum und Steigerung der Beschäftigtenzahlen. Dies kann auch mit einer Reduzierung der Arbeitszeit insgesamt verbunden sein. Andererseits lassen sich durch die Anwendung moderner Technologien vorhandene Rationalisierungsreserven besser nutzen, was wiederum zu "Freisetzungseffekten" führen kann.
- Die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors wird durch die zu erwartende Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich deutlich. Allerdings

ist die dadurch erhoffte Kompensierbarkeit der Anzahl der Freisetzungen im industriellen Sektor eher fragwürdig. Charakteristisches Merkmal des Strukturwandels ist eine Tertiarisierung des sekundären Sektors.

Welche Bedeutung hat diese Entwicklung für die Beschäftigungstendenzen älterer Arbeitnehmer?

Da hinsichtlich der zukünftigen Erwerbsentwicklung quantitativ kaum geschlechts- oder altersdifferenzierte Aussagen vorliegen, können hierüber nur Schlußfolgerungen aus den allgemeinen Trendangaben gezogen werden.

Als Ursachen für die mangelnde Ausweitung der Erwerbsbeteiligung älterer Erwerbspersonen wurden drei Hemmschwellen benannt:

- die Arbeitsmarktsituation
- die mangelnde Flexibilität
- gesundheitliche und qualifikatorische Leistungseinschränkungen.

Die künftige demographisch bedingte Veränderung der altersmäßigen Zusammensetzung des Erwerbspersonenpotentials läßt eine höhere Quote der Erwerbsbeteiligung Älterer insgesamt erwarten. Diese Entwicklung wird in Anbetracht von absehbaren Finanzierungsproblemen insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung als durchaus wünschenswert angesehen. Der demographische Effekt wird voraussichtlich aber erst nach der Jahrtausendwende auf dem Arbeitsmarkt wirksam werden. Kompensierende Wirkung auf die Beschäftigungschancen Älterer wird vor allem von der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit ausgehen, die das künftige Arbeitskräfteangebot stark charakterisiert.

Der Arbeitskräftebedarf wird - sieht man von den zahlreichen nicht genau vorhersagbaren wirtschaftspolitischen Faktoren ab - u.a. von der Produktivitätsentwicklung in den Wirtschaftssektoren bzw. -zweigen bestimmt. Es ist davon auszugehen, daß sich für ältere Erwerbspersonen die Beschäftigungschancen dort erhöhen werden, wo insgesamt ein Beschäftigungszuwachs zu erwarten ist. Dies trifft vor allem für den Dienstleistungssektor zu. Andererseits ist aber ebenso absehbar, daß sich diese positive Entwicklung nur für einen Teil der älteren Erwerbspersonen eröffnen wird. Dies werden in näherer Zukunft diejenigen sein, die entweder bereits jetzt in diesen Wirtschaftszweigen tätig sind, oder diejenigen, die über eine ausreichende, in der Regel hohe Qualifikation verfügen, die sie zu einem Wechsel in diese Zweige ausreichend flexibel macht.

Der Einsatz neuer Technologien und die Ausweitung von Dienstleistungstätigkeiten läßt eine flexiblere Gestaltung des Arbeitskräfteeinsatzes und der Arbeitszeit für die Betriebe notwendig erscheinen. Neue Arbeitszeitformen, insbesondere Teilzeitarbeit, werden an Bedeutung gewinnen. Die Auflösung starrer Arbeitszeitregelungen steht allerdings auch im Zusammenhang mit einer Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen insgesamt und damit dem möglichen Abbau tariflich und sozialversicherungsrechtlich festgelegter Schutzregelungen. Dies kann theoretisch durchaus dazu führen, daß sich auch für bereits ausgegliederte ältere Arbeitslose neue Beschäftigungschancen ergeben. Gegenwärtig handelt es sich dabei jedoch häufig um eher unsichere (ungeschützte) Beschäftigungsverhältnisse, die zusätzlich aufgrund geringer Verdiensthöhe mit einer deutlichen Minderung des zu erwartenden Renteneinkommens verbunden sind. Sie können somit wiederum nur für einen kleinen Teil älterer Erwerbspersonen attraktiv sein.

Für die nahe Zukunft - also etwa bis zur Jahrtausendwende - ist zu erwarten, daß sich der Konkurrenzkampf um die Arbeitsplätze eher noch verschärfen wird. Die derzeitige Polarisierung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen bzw. Erwerbslosen wird sich u.E. weiter fortsetzen. Der derzeit hohe Stand der Jugendarbeitslosigkeit wird sich für diesen Personenkreis aufgrund mangelnder Berufserfahrung und Qualifikationsdefiziten chancenmindernd auswirken.

Demgegenüber steigen allgemein die Anforderungen an das Qualifikationsniveau. Der Grad der Sicherheit für Berufstätige, weiterhin in einem Beschäftigungsverhältnis zu bleiben, hängt nicht unwesentlich davon ab, inwieweit z.B. Weiterbildungsmaßnahmen von den Betrieben überhaupt angeboten werden und von den Beschäftigten genutzt werden. Auch hier trägt die technische Entwicklung dazu bei, daß betriebliche Weiterbildung immer notwendiger wird.

Die Lücke zwischen innerbetrieblich (weiter-)qualifizierten Beschäftigten und mangelhaft qualifizierten Arbeitslosen läßt sich nur durch ein offensives Qualifizierungsangebot für diesen Personenkreis schließen.

Als Fazit unserer Überlegungen kann festgehalten werden, daß die Frage, ob sich die Beschäftigungschancen für ältere Erwerbspersonen in der Zukunft verbessern werden, ob sie also positiv vom strukturellen Wandel partizipieren werden, sich nicht von allein, sondern vielmehr durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gelöst werden kann.

ERWERBSNEIGUNG, ARBEITSEINKOMMENSBEDARF UND ARBEITSZEITWÜNSCHE ÄLTERER

Margarete Landenberger

Inhalt:

1. Aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt
2. Erwerbsneigung, Arbeitseinkommensbedarf und Arbeitszeitwünsche Älterer
3. Konsequenzen unvollständiger Erwerbsbiographien für die individuelle Alterssicherung
4. Konsequenzen für die verbandliche Interessenvertretung älterer Erwerbstätiger und Rentner

1. Aktuelle Entwicklung am Arbeitsplatz

Die Erwerbsneigung und die Arbeitszeitwünsche Älterer sind nur dann richtig einzuschätzen, wenn zuvor einige wichtige Entwicklungen am Arbeitsmarkt angesprochen werden. Die Abnahme der wirtschaftlichen Wachstumsraten einerseits und die Zunahme des Erwerbspotentials andererseits konfrontieren uns seit mehr als zehn Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit, die qualifizierten Modellrechnungen und Prognosen zufolge noch bis um das Jahr 2000 andauern wird (AUTORENGEMEINSCHAFT 1986).

Die Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht nur ein Phänomen für sich, sondern sie bewirkt zunehmend Veränderungen im Beschäftigungssystem. Hervorzuheben ist hier vor allem die seit einigen Jahren wachsende Zahl geringfügiger, kurzzeitiger und befristeter Beschäftigungsverhältnisse (BÜCHTEMANN/SCHUPP 1986; BRINKMANN/KOHLER 1986).

Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Beachtung gebührt dieser Entwicklung deshalb, weil - so meine These - solche marginalen Beschäftigungsformen

- teilweise unfreiwillig, in Ermangelung eines regulären Teilzeit- oder Vollzeitarbeitsplatzes angenommen werden und
- sie den Beschäftigten nur unzulänglichen oder gar keinen Schutz vor sozialen Risiken gewähren, da sie nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen und
- sie überdurchschnittlich häufig von Personengruppen ausgeübt werden, die auch in bezug auf andere Merkmale schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben (Ältere; Jugendliche ohne Berufserfahrung; gesundheitlich Eingeschränkte; Frauen mit Kindern; Frauen nach familienbedingten Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit u.a.).

2. Erwerbsneigung, Arbeitseinkommensbedarf und Arbeitszeitwünsche Älterer

Aus der ökonomischen Theorie ist bekannt, daß sich das Arbeitsangebot erhöhen kann, wenn sich die Einkommenssituation der Haushalte verschlechtert (SPAHN/VOBRUBA 1986: 4). Konkrete Entwicklungen der letzten Jahre, wie beispielsweise Abnahme der Überstunden, die Arbeitslosigkeit sowie die Stagnation der Reallöhne mindern in den betroffenen Haushalten das Einkommen (ÜBERSTUNDENBERICHT 1986: 18). Als Konsequenz daraus kann sich ergeben, daß vermehrt "sekundäre" Arbeitskräfte (Jugendliche, Hausfrauen, Rentner) Erwerbsarbeit nachfragen, um das verminderte Haushaltseinkommen aufzubessern. Die anhaltend problematische Arbeitsmarktsituation produziert im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung Älterer ein Paradoxon: Auf der einen Seite beobachten wir seit 1976 eine kontinuierlich sinkende Erwerbsquote in den Alterskohorten der 50jährigen und Älteren, bei den Männern stärker als bei den Frauen (SCHETTKAT 1986). Ein Teil dieses Personenkreises scheidet nicht freiwillig so früh aus dem Erwerbsleben aus. Betriebliche, tarifliche und staatliche Strategien fördern mit verschiedenen Maßnahmen den Vorruhestand.

Auf der anderen Seite drängt seit einigen Jahren derselbe Personenkreis verstärkt auf den Arbeitsmarkt. Allerdings findet er sich als Beschäftigte und Arbeitsuchende nicht im primären Arbeitsmarktsegment (kontinuierliche Vollzeitarbeitsplätze), sondern schwerpunktmäßig im sekundären Arbeitsmarktsegment (Teilzeitarbeit, geringfügige, gelegentliche und befristete

Beschäftigung). Neueren Untersuchungen zufolge (vgl. BÜCHTEMANN/SCHUPP 1986; BÜCHTEMANN/BURIAN 1986) finden sich unter den Inhabern und Interessenten solcher Beschäftigungen neben anderen Gruppen überdurchschnittlich häufig

- Rentner und Vorruehständler, die wegen zu niedriger Lohnersatzzeiten und/oder aus Interesse an der Fortführung von Beruf und Tätigkeit weiter erwerbstätig sein wollen oder müssen;
- Frauen der mittleren und älteren Jahrgänge, die nach familienbedingten Unterbrechungen wieder ins Erwerbsleben eintreten. Gründe sind auch hier finanzieller Art, häufig wenn der (Ehe-)Partner arbeitslos ist, oder die Unzufriedenheit mit der Tätigkeit als "Nur-Hausfrau".

Das tatsächliche und das gewünschte Ruhestandsalter stimmen immer weniger überein. Während das tatsächliche Durchschnittsalter bei Beendigung der Erwerbstätigkeit für Männer bei rund 58 Jahren, für Frauen bei rund 59 Jahren liegt, beträgt das Wunschruhestandsalter von fast 70 v.H. dieses Personenkreises frühestens 60 Jahre.

Einer repräsentativen Befragung von frühzeitig und regulär Verrenteten zufolge konnten lediglich rund 20 v.H. aller Ausgeschiedenen ihr Erwerbsleben zum gewünschten Zeitpunkt beenden, 35 v.H. dieses Personenkreises hätten es gerne (um durchschnittlich 4 Jahre) früher beendet, hingegen hätten 43 v.H. der Befragten lieber (um durchschnittlich 6 Jahre) länger gearbeitet (INFRATEST 1981: 8).

Mehrere Umfragen belegen die Präferenz älterer Erwerbstätiger für einen gleitenden Ruhestand. Der abrupte Übergang vom Erwerbsleben in die Ruhestandsphase wird von vielen Älteren als ungeeignet und beängstigend empfunden. Deshalb finden betriebliche und tarifvertragliche Modelle eines schrittweisen Übergangs in den Ruhestand durch die Verbindung von Teilzeitarbeit mit teilweise Lohnausgleich großes Interesse (LANDENBERGER 1983; LANDENBERGER 1986a).

3. Konsequenzen unvollständiger Erwerbsbiographien für die individuelle Alterssicherung

Die Konstruktionselemente der Sozialversicherungssysteme beinhalten ein gesellschaftliches Leitmodell. Darin werden zwei Statusmöglichkeiten des Individuums in Relation zum Beschäftigungssystem vorgegeben. Dies ist zum einen der lebenslang Vollzeiterwerbstätige, der voll leistungsfähige Versicherte, dessen Erwerbsbeteiligung durch Arbeitsplätzeknappheit nur im Ausnahmefall und kurzfristig eingeschränkt wird. Dieses "Normalarbeitsverhältnis" ist auf Dauer und Kontinuität angelegt und garantiert dem Hauptverdiener und seiner Familie ein existenzsicherndes Arbeitsentgelt sowie daraus abgeleitete Einkommensersatz- und Unterhaltersatzleistungen aus der Sozialversicherung (MÜCKENBERGER 1985). Die zweite im genannten Leitmodell enthaltene Statusmöglichkeit ist die nichterwerbstätige Ehefrau, die sich dem Haushalt und der Kindererziehung widmet. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter sind als vorübergehende oder in kalkulierbarer Zahl anfallende Nichterwerbsphasen die Standardrisiken, die durch die sozialen Sicherungssysteme abgedeckt sind.

Formen der Teilerwerbsfähigkeit - sei es in Form von Teilzeitarbeit oder längeren Unterbrechungen des Erwerbslebens - sind mit den Konstruktionsprinzipien der Sozialversicherung nur vereinbar, wenn komplementäre Sicherungsformen ergänzend hinzutreten (Familienhilfe, Hinterbliebenensicherung, Sozialhilfe u.a.). Wie im ersten Teil des vorliegenden Beitrags gezeigt wurde, nehmen in den letzten Jahren Arbeitszeit- und Erwerbsbeteiligungsformen zu (Teilzeitarbeit, geringfügige, kurzzeitige und befristete Beschäftigung), die quantitativ zu bedeutsam sind, um weiterhin im deutschen Sozialversicherungssystem als systemwidriger Ausnahmefall gewertet zu werden. Dadurch wird möglicherweise das beschriebene Konstruktionsprinzip, das überwiegend schematisch auf differenzierte Arbeitszeitmuster reagiert, in Frage gestellt (LANDENBERGER 1985; LANDENBERGER 1986b).

Ein weiterer Effekt, der gesellschaftspolitische Fragestellungen aufwirft, ist die durch vermehrte Teilzeitarbeit entstehende Lohndifferenzierung. Auf diese Weise kommt es zu Strukturverschiebungen in Form einer Polarisierung von Beiträgen und Leistungsansprüchen (ROSENBERG 1985). In diesem Kontext erheben sich zwei Fragen, zu deren Beantwortung Forschungsbedarf besteht.

Die eine betrifft die Kriterien der Abgrenzung der Aufgabenbereiche zwischen Sozialversicherung und Sozialhilfe (SCHMÄHL 1984). Die andere richtet sich auf die Gestaltung der Geringfügigkeitsgrenze. Für eine Herabsetzung dieser Grenze spricht einmal die Finanzknappheit in der Sozialversicherung, aber auch die Zunahme der sozial ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse. Im Bundesarbeitsministerium prüft man zur Zeit zwei Lösungswege: Die Erhebung nur des Arbeitgeberbeitrags für geringfügig Beschäftigte oder die Erhöhung der Pauschalbesteuerung für diese Beschäftigtengruppe (HANDELSBLATT vom 10.1.1986). Einige Autoren schlagen vor, ab einem bestimmten Beschäftigungsumfang einen prozentual höheren Mindestbeitrag zu erheben, um Kleinstrenten und andere unzulängliche Leistungsansprüche zu vermeiden (KRUPP 1985).

In der Diskussion befinden sich auch Modelle, die einen beitragsrechtlichen Freibetrag für Geringverdiener enthalten, der höher liegt als die derzeit geltende Freigrenze (EICHENHOFER 1985). Hier sind Regelungen im internationalen Raum von Interesse. In England wurde vor kurzem ein nach oben gestaffelter Beitragssatz im Geringverdienerbereich eingeführt, verbunden mit der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die Arbeitgeberbeiträge (vgl. FAZ vom 28.3.1985). Auf diesem Wege wird versucht, einen abrupten Sprung im Unterbereich der Beitragserhebung zu glätten. Mit dieser Maßnahme soll gleichzeitig die möglicherweise beschäftigungshemmende Wirkung des Beitragssprunges abgebaut werden (HART/KAWASAKI 1985).

Abschließend soll auf ein verteilungspolitisches Problem im Zusammenhang mit der Gestaltung der Geringfügigkeitsgrenze verwiesen werden. An folgendem Beispiel kann gezeigt werden, daß eine an das Arbeitsentgelt angeknüpfte Geringfügigkeitsgrenze sozialpolitisch differenziert zu bewertende Fälle möglicherweise zu schematisch behandelt. Da ist auf der einen Seite eine geringqualifizierte Frau, die auf eine (Teilzeit-)Beschäftigung angewiesen ist und ein äußerst niedriges Bruttoentgelt bezieht. Auf der anderen Seite sei ein alleinstehender angestellter Facharzt in einer Klinik genannt, der sich ein freiwillig verringertes Arbeitszeitvolumen "leisten" kann. Probleme ergeben sich aus meiner Sicht bei Geringfügigkeitsregelungen, die freiwillige und unfreiwillige Geringverdiener gleich behandeln. Die angesprochenen Problembereiche machen deutlich, daß die Konstruktionsprinzipien und gesellschaftlichen Leitvorstellungen, auf denen das Sozial-

versicherungssystem beruht, aufgrund tiefgreifender Veränderungen im Beschäftigungssystem konzeptioneller Neuüberlegungen bedürfen (KAUFMANN 1982).

Äquivalenzorientierte Leistungen gewähren solchen Versicherten ein ausreichendes Sicherungsniveau, welche mindestens ein durchschnittliches Einkommen über einen genügend langen Zeitraum erzielen konnten. Durch die oben dargestellten Entwicklungen am Arbeitsmarkt, aber auch durch politische Strategien der Arbeitsmarktentlastung (Ausbildungsverlängerung, Vorruhestand) gewinnt das Problem niedriger Arbeitsentgelte und niedriger Leistungsansprüche an Bedeutung. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß der Anteil an Sozialhilfeberechtigten unter Arbeitslosenhilfeempfängern sowie unter Arbeitslosen, die keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, überdurchschnittlich zugenommen hat. Die Arbeitsmarktrisiken konzentrieren sich bei bestimmten Personengruppen wie Jugendlichen, Alleinstehenden und Geringqualifizierten (BÜCHTEMANN 1985).

In der Alterssicherung zeigt die Arbeitsmarktproblematik erst zeitlich versetzt ihre Wirkung. auch bei den individuellen Rentenansprüchen können sich daraus zusätzliche Sicherungslücken ergeben (LANDENBERGER 1986c). Für einen Durchschnittsverdiener sind immerhin mehr als 26 Versicherungsjahre notwendig, um einen Rentenanspruch in Höhe des Sozialhilfesatzes einschließlich des Mietzuschlags zu erwerben. Bei einem individuellen lebensdurchschnittlichen Arbeitsentgelt, das lediglich rund 65 v.H. des Durchschnittsentgelts erreicht, sind bereits 40 Versicherungsjahre erforderlich, um über dem Sozialhilfesatz zu liegen (SCHMÄHL 1984).

4. Konsequenzen für die verbandliche Interessenvertretung älterer Erwerbstätiger und Rentner

Auf dem Feld der Interessenvertretung der Erwerbstätigen einerseits und der nicht mehr Erwerbstätigen andererseits besteht bisher eine strenge Arbeitsteilung. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen der Beschäftigten und hier insbesondere diejenigen der Kernbelegschaften, aus denen Ältere zunehmend ausgegliedert werden. Die Rentnerverbände befassen sich schwerpunktmäßig mit den Interessen der endgültig aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen (Höhe der Renten, Lebenssituation der Rentner).

Doch die gesellschaftliche Leitvorstellung, die dieser Arbeitsteilung zugrunde liegt, entspricht nicht mehr der Realität. Erwerbstätige sind nicht immer kontinuierlich und in vollem Umfang erwerbstätig, sondern dazwischen können Perioden der Arbeitslosigkeit sowie der (unfreiwilligen) Teilzeitarbeit oder geringfügigen Beschäftigung liegen. Nicht (mehr) Erwerbstätige drängen stärker als früher auf den Arbeitsmarkt, weil die Rente oder das im Haushalt erzielte Erwerbseinkommen nicht ausreichen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die politischen und verbandlichen Zuständigkeiten der realen Entwicklung noch entsprechen.

BERUFSBIOGRAPHIEN UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN VON FACHARBEITERN

Lothar Lappe

Inhalt:

1. Die Prognosefähigkeit von Berufsverlaufsmustern
2. Die Auswirkung neuer Produktionstechniken auf unterschiedliche Arbeitskräftegruppen
3. Berufsperspektive: Weiterbildung und Lernen in der Arbeit
 - 3.1. Arbeitsbereich Instandsetzung
 - 3.2. Der Berufsverlauf von Maschinen-/Reparaturschlossern
 - 3.3. Arbeitsbereich Werkzeugbau
 - 3.4. Der Berufsverlauf von Werkzeugmachern
4. Berufsrisiko: Frühzeitiger Abstieg
 - 4.1. Inadäquater Ersteinsatz
 - 4.2. Der Berufsverlauf inadäquat eingesetzter Maschinenschlosser/Werkzeugmacher
 - 4.2.1. Verbleib in der Produktion
 - 4.2.2. Innerbetrieblicher Wiederaufstieg in den erlernten Beruf
 - 4.2.3. Wiederaufstieg in den erlernten Beruf durch Betriebswechsel
5. Berufsrisiko: Frühzeitiger Verschleiß
 - 5.1. Arbeitsbereich: Mechanische Fertigung
 - 5.2. Der Berufsverlauf von Produktionsfacharbeitern
6. Zusammenfassung

1. Die Prognosefähigkeit von Berufsverlaufsmustern

Arbeitsbiographien, die an qualifizierte Ausbildungsgänge anschließen, sind in den technisch-sozialen Kontext innerbetrieblicher Berufsverlaufsmuster eingebettet. Aus ihnen lassen sich mit einiger Vorsicht Prognosen für spätere Arbeits-/Berufsphasen ableiten. Bei diesen innerbetrieblichen Berufsverlaufsmustern handelt es sich um Mobilitätsketten mit unterschiedlichen Eingangsarbeitsplätzen (ports of entry), verschieden definierten Arbeitsrollen, hierarchisch gestuften Entlohnungshöhen, Qualifikationsanforderungen und Belastungsformen, die für bestimmte Qualifikationsprofile bzw. Arbeitskräftegruppen typisch sind.

Diese Berufsverlaufsmuster dienen der Stützung und Effektivierung bestimmter Muster betrieblicher Personalpolitik und damit indirekt einer zugleich möglichst effizienten, kostengünstigen und dauerhaften Lösung der Gesamtheit der betrieblichen Arbeitskräfteprobleme, die sich auf die Verfügung über, den Einsatz, die Nutzung der Arbeitskräfte und ihre rentable Anwendung beziehen.

Da diese Strukturen von den unterschiedlichen Arbeitskräftegruppen im Verlauf ihres Berufslebens jeweils in relativ ähnlicher Weise durchlaufen werden, haben sich in den Betrieben bestimmte Traditionen von Arbeitsplatzaufstieg, -wechsel und Lohnaufstieg - eben die Berufsverlaufsmuster - für verschiedene Arbeitskräftegruppen herausgebildet. Aus diesem Grunde handelt es sich zugleich auch um die Gesamtheit derjenigen betrieblichen Bedingungen, die für die Reproduktion der Arbeitskraft, der Lebens- und Existenzbedingungen im Betrieb zentral sind: Bedingungen der Entfaltung und Zerstörung von Qualifikationen, Bedingungen der Vernutzung und des Verschleißes von Arbeitskraft, der Minderung von Reproduktionsfähigkeit, aber auch Bedingungen der kontinuierlichen Wiederherstellung von vernutzter Arbeitskraft in der Privatsphäre. Hieran knüpfen sich deshalb die Interessen der Beschäftigten, die sich auf die Erhaltung oder Erweiterung der Qualifikationen, die Vermeidung von zu hohem Verschleiß durch Belastungen und auf die Erhaltung der Arbeitskraft auf Dauer, auf die Vermeidung zeit- und arbeitsökonomischer Zwänge sowie auf einen angemessenen Lohn- und Lebensstandard richten.

Anhand solcher institutionalisierter Strukturen lassen sich unter Berücksichtigung ökonomischer, technischer und sozialer Faktoren der Arbeitswelt auch die Risiken und Chancen späterer Arbeits- und Berufsphasen mit einiger Vorsicht skizzieren:

So stellen einige Berufsverlaufsmuster mit qualifizierten Eingangsarbeitsplätzen eine gewisse berufliche Absicherung und innerbetrieblichen Aufstieg in Aussicht, der sich auch im kontinuierlichen Lohnaufstieg niederschlägt. Allmähliche Belastungsreduzierung, kontinuierlicher Qualifikationserwerb in der Arbeit oder durch Weiterbildung sind erwartbar, wobei die Breite bzw. das Substitutionspotential der Qualifikationsprofile für das spätere Arbeitsleben noch Alternativen offenlassen.

Für andere Berufsverlaufsmuster lassen sich dagegen schon aufgrund ihrer schlechten Eingangssituation Stagnation oder beruflicher Abstieg, zumindest aber bestimmte Grenzen des Lohnaufstiegs, prognostizieren. Kumulative Belastungen und zunehmender Verschleiß in Akkordarbeitsbereichen sowie zunehmende Dequalifizierungsprozesse lassen ein Scheitern bzw. große Schwierigkeiten bei Weiterbildungsversuchen in späteren Berufs Jahren erwarten.

Vor allem aber führt die Konfrontation mit immer neueren Technologien und neuen arbeitsorganisatorischen Lösungen in der Arbeitswelt gerade in den mittleren und späteren Berufsphasen zu erheblichen Anpassungsschwierigkeiten für die Beschäftigten. Diesen Aspekt möchte ich kurz beleuchten.

2. Die Auswirkung neuer Produktionstechniken auf unterschiedliche Arbeitskräftegruppen

Die Arbeitsprozesse in der industriellen Fertigung und im Dienstleistungsbereich sind gegenwärtig durch das Vordringen der Mikroelektronik starken Veränderungen unterworfen.

Insbesondere haben die Einführung von Handhabungssystemen/Industrierobotern, der Einzug der NC- und CNC-Technologien in der Industrie, sowie neuere Entwicklungen im Bereich der mechanischen Fertigung wie flexible Fertigungssysteme bzw. die Einführung von CAD und CAM (Computer Aided

Design bzw. Computer Aided Manufacturing) gravierende Auswirkungen auf die qualitativen und quantitativen Aspekte industrieller Arbeit gehabt bzw. werden sie in Zukunft noch haben.

Neuere Untersuchungen belegen mindestens ebenso tiefgreifende Umbrüche im Dienstleistungsbereich. Durch die elektronisch gesteuerten Wareninformationssysteme im Einzel- und Großhandel, durch die Tendenz zur aktenlosen Sachbearbeitung, durch den Auf- und Ausbau EDV-gespeicherter Konten- und Bestandsdateien in Versicherungen und Banken, durch die Einführung computerunterstützter bzw. computergesteuerter Sachbearbeitung in der Kundenberatung der Banken und durch die EDV-Unterstützung einer ganzen Reihe von fachbezogenen Bearbeitungsprozessen (Einkauf, Verkauf, Auftragsbearbeitung usw.) innerhalb der kaufmännischen Hauptfunktionsbereiche der Industrieverwaltungen kam es auch hier zu gravierenden Veränderungen der Arbeitsabläufe und damit der Arbeitssituation der Angestellten.

Hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen ist festzustellen: der Umgang mit den Arbeitsgegenständen wird abstrakter und unanschaulicher. Ein Merkmal der computergesteuerten bzw. computerunterstützten Fertigungs- und Verwaltungsprozesse besteht darin, daß in einem langen Arbeitsleben erworbenes Erfahrungswissen immer mehr in Planungswissen umgewandelt wird. Diese tradierten und zum Teil in Lernprozessen am Arbeitsplatz erworbenen Wissensbestände werden in EDV-Steuerungsprogrammen und Dateien gespeichert und dadurch den Arbeitenden tendenziell entzogen.

Neue Belastungs-/Beanspruchungsfaktoren, deren Tragweite noch nicht ganz untersucht ist, kommen ins Spiel: durch den Einsatz der neuen elektronischen Informations-, Kommunikations- und Produktionstechnologien wird die Kontrolle von Arbeitsprozeß und Arbeitskraft verschärft. Durch die zentralen Dateien ist den Unternehmensleitungen ein Instrument in die Hand gegeben worden, mit dem sie jederzeit Ergebnis- und Leistungskontrollen durchführen und zum Teil das Arbeitshandeln der Beschäftigten steuern können. Die Folge sind verschärfte psychische Arbeitsbeanspruchungen.

Natürlich sind von diesen Entwicklungstendenzen verschiedene Arbeitskräftegruppen in unterschiedlicher Weise betroffen. An- und ungelernete Arbeitskräfte in bestimmten industriellen Fertigungs- bzw. Verwaltungsbereichen

(Frauen an Montagearbeitsplätzen der Elektroindustrie bzw. in der Massensachbearbeitung in Versicherungen, Banken, Industrieverwaltungen und im öffentlichen Dienst) werden sich eher als Opfer dieses neuen technologischen Schubs sehen, während die Rationalisierungsgewinner eher bei den gut ausgebildeten Facharbeitern und Fachangestellten in den Kernbereichen von Industrie und Verwaltung (Maschinenbau, Banken, Versicherungen, Industrieverwaltungen) zu finden sind.

Traditionell ausgebildete Facharbeiter werden größere Schwierigkeiten im Umgang mit den neuen Technologien haben als solche, die bereits auf der Basis der neu geschaffenen, die EDV-Technologien berücksichtigenden Berufsprofile ausgebildet werden. (Siehe hierzu die Verordnungen über die Berufsausbildung in den industriellen Metall- und Elektroberufen vom 15. Januar 1987, BUNDESGESETZBLATT (1987), Teil 1.)

Ältere Arbeitnehmer stehen dieser Entwicklung hilfloser gegenüber, haben aufgrund einer anderen Erfahrungsbasis größere Schwierigkeiten, mit diesen Tendenzen Schritt zu halten als jüngere.

Unter Berücksichtigung dieser Tendenzen der technisch-arbeitsorganisatorischen Entwicklung möchte ich nun die Berufsverlaufsmuster von drei verschiedenen Facharbeitergruppen skizzieren: den Maschinenschlossern, die als sogenannte Reparaturfacharbeiter in der Instandsetzung eingesetzt werden, den Werkzeugmachern im Werkzeugbau und den Drehern, Fräsern und Bohrwerksdrehern, die begrifflich als Produktionsfacharbeiter zusammengefaßt werden und in der mechanischen Fertigung tätig sind. Dabei konzentriere ich mich auf Untersuchungsmaterial, das für die ersten zehn Berufsjahre von Facharbeitern in der Metallindustrie im Rahmen eines vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, durchgeführten Projektes gewonnen wurde. Auf dem Hintergrund von Prognosen für die weitere technisch-arbeitsorganisatorische Entwicklung industrieller Produktionsprozesse möchte ich die Perspektiven für die Arbeitsgruppen skizzieren, die in den sich wandelnden Arbeitsstrukturen "altern".

Dabei handelt es sich um Arbeitsgruppen, deren Berufsperspektive zum einen durch Weiterbildung und Lernen in der Arbeit gekennzeichnet ist, die zum anderen mit dem Berufsrisiko eines frühzeitigen Abstieges konfrontiert

sind, und die schließlich von dem Berufsrisiko eines frühzeitigen Arbeitskräfteverschleißes bedroht sind. Es werden zunächst die Arbeitsbereiche mit den technisch-arbeitsorganisatorischen Tendenzen skizziert und anschließend die jeweiligen Berufsverlaufsmuster in diesen Bereichen vorgestellt.

3. Berufsperspektive: Weiterbildung und Lernen in der Arbeit

3.1. Arbeitsbereich Instandsetzung

Der Arbeitsbereich Instandsetzung in Betrieben des metallverarbeitenden Gewerbes ist durch die Bearbeitung schwerer und großer Gegenstände (zumeist Werkzeugmaschinen) gekennzeichnet.

Entsprechend der unterschiedlichen Störanfälligkeit verschiedener Aggregate an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten, ist diese Arbeit durch eine relativ weite Zeitstruktur gekennzeichnet. Die Dauer der einzelnen Aufgaben hängt von der Schwere der Reparatur bzw. der Störung ab und kann sich von Stunden bis zu Tagen erstrecken.

Die Qualifikationsprofile der im Arbeitsbereich Instandsetzung tätigen Reparaturarbeiter sind sehr breit und vielfältig angelegt. Von ihnen werden genaue Kenntnisse der Funktionsweise der vorhandenen Aggregate und vielfältige Materialkenntnisse bei der Beurteilung von Fehlern, aber auch bei der Reparatur von Einzelteilen verlangt. Dabei ist bei häufig vorkommenden Störungen an wenig komplexen Aggregaten routiniertes Abarbeiten von Handlungsprogrammen zu beobachten. Bei komplexeren Anlagen ist planvolles Vorgehen bei der Fehlersuche und bei der Reparatur zu beobachten, wobei es u.U. zu Planungen von Teilzielen der Arbeit kommen kann.

Aufgrund der geringen Kontrollierbarkeit und des sehr großen Einsatzbereiches, also der hohen raumzeitlichen Dispositionsmöglichkeiten, sind die Chancen zur Belastungskontrolle an diesen Arbeitsplätzen sehr gut. Kurzfristig auftretende Belastungsmomente können von den Reparaturarbeitern meistens durch eine Umstrukturierung der Tätigkeitssituation aufgelockert werden.

Rationalisierungsmaßnahmen beschränken sich in diesem Bereich darauf, einige Reparaturen vor Ort durch die Methode des Austausches zu substituieren.

Reparaturbedürftige Teile werden dann nicht mehr im Betrieb selbst repariert, sondern zum Beispiel an die Herstellerfirma verschickt.

3.2. Der Berufsverlauf von Maschinen-/Reparaturschlossern

Die Ergebnisse unserer bzw. anderer Untersuchungen (DREXEL 1982) zeigen in bezug auf die Berufsverlaufsmuster von Maschinenschlossern als Reparaturfacharbeiter eine erstaunliche strukturelle Kongruenz in den untersuchten Betrieben: Der junge Maschinenschlosser nimmt häufig nach Abschluß seiner Ausbildung die Mitarbeit in einer weitgehend oder ausschließlich aus Facharbeitern bestehenden Arbeitsgruppe auf, die die anfallenden Reparatur- und Wartungsfunktionen in den Instandhaltungsabteilungen weitgehend selbständig und flexibel unter ihren Mitgliedern aufteilt und dem unerfahrenen jungen Arbeiter zunächst einfachere Aufgaben zuweist. Dieser Ersteinsatz des jungen Facharbeiters ist mit der Einstufung in die unterste Facharbeiter-Einstiegslohngruppe verbunden. Den jungen Facharbeitern werden je nach sachlichem Arbeitsanfall, vorhandenem Personal und individuellen Fähigkeiten (mitgebrachten Qualifikationen, allgemeinem Arbeits- und Sozialverhalten und Erfahrungszuwachs) sukzessive kompliziertere Arbeitsaufgaben übertragen. Dies erlaubt ihnen, laufend zusätzliche Erkenntnisse, Erfahrungen und Routine zu erwerben und ihre Qualifikationen zu erweitern. Auf der Basis dieser Qualifikationszuwächse erfolgen nach Ablauf gewisser Zeiten der Erwerbstätigkeit im Betrieb bestimmte Lohnaufstiege: Umgruppierungen in die entweder im Tarifvertrag verankerte nächsthöhere Tarifgruppe bzw. in die nächsthöhere innerbetriebliche Wertzahlgruppe. Diese Regelungen legen zum Teil quasi-automatische "Regelaufstiege" fest, wie sie in den von uns untersuchten Betrieben nachzuweisen sind.

Für den betrieblich vorgesehenen "Regelaufstieg" der jungen Reparaturfacharbeiter berichtet ASENDORF-KRINGS (1979: 85) von Mobilitätsketten, die folgendermaßen gegliedert sind:

- In der Einarbeitungszeit von einem halben Jahr erhält der junge Facharbeiter den Einstellungslohn, der auf einer Wertigkeit von 18 Punkten basiert.
- Es folgt ein dreijähriger Durchlauflohn (21 Punkte), nach dem der volle nach Einsatzbereichen differenzierte Facharbeiterlohn bezahlt wird.
- Bei einem ausschließlichen Einsatz in den Reparaturwerkstätten, die kaum negative Umwelteinflüsse aufweisen, und in denen die Arbeit an

einfachen Aggregaten verrichtet wird, ist die Tätigkeit mit 23 Punkten eingestuft.

- Bei einem Einsatz im Betrieb mit hohen negativen Umwelteinflüssen (bei dem die Einarbeitung durch Anschauen und Mitarbeiten geschieht) erfolgt die Einstufung mit 25 Punkten.
- Der wechselnde Einsatz in Werkstatt und Betrieb wird mit 24 Punkten eingestuft.
- Höherwertige Arbeiten sind häufig mit hohem Spezialwissen oder gar Doppelqualifikationen (schlosserische und elektro-technische Qualifikationen) verbunden.

3.3. Arbeitsbereich Werkzeugbau

Für die Werkzeugmacher gilt der Werkzeugbau, in dem die in der Produktion benötigten Werkzeuge für die einzelnen Maschinen in Handarbeit und/oder unter Benutzung von Werkzeugmaschinen produziert werden, als der qualifizierteste und erstrebenswerteste Arbeitsbereich. Die meisten der in diesem Bereich anfallenden Arbeiten bewegen sich auf recht hohem Niveau:

Zum Teil komplizierte Konstruktionszeichnungen müssen auf Werkstücke übertragen werden, wobei den Arbeitern beispielsweise ein gut ausgebildetes räumliches Vorstellungsvermögen abverlangt wird. Herausragend sind die hohen Planungsanteile in der Arbeit und die relativ breiten Material- und Verfahrenkenntnisse, da die anfallenden Dreh-, Fräs-, Bohr-, also die Grundbearbeitungsarten an den Werkstücken, zumeist von den Werkzeugmachern selbst ausgeführt werden.

Dabei sehen die Entwicklungstendenzen für den Werkzeugbau nicht ganz so gut aus wie für die Reparaturabteilungen. Im Laufe der Zeit haben sich der eigentliche Werkzeugbau und die Werkzeugschleiferei - also die Wiederherstellung bereits produzierter Werkzeuge - voneinander getrennt. Durch die zunehmende Normierung der Werkzeuge und der Bearbeitungsverfahren bzw. durch die Automatisierung des Maschinenparks sind die Qualifikationsanforderungen in den Werkzeugschleifereien als durchweg gering einzuschätzen. Als ein eigenständiger Bereich können die Werkzeugschleifereien nicht als Eingangsarbeitsplatz für den Werkzeugbau gelten. Eine andere arbeitsorganisatorische Entwicklung besteht darin, daß als Ergebnis von Rationalisierungsmaßnahmen im Produktionsbereich im Gefolge des Einsatzes von vor allem numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen sich der Vorrichtungsbau innerhalb des Werkzeugbaus zu einem eigenen Bereich entwickelte. Dabei handelt es sich

um den Bau von Werkzeugaufnahmen nach dem Baukastenprinzip, die mit Spannskizzen oder mit fertig eingestellten Werkzeugen den Maschinenbedienern in der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Während im eigentlichen Werkzeugbau noch Arbeiten mit äußerst hohen Anforderungsprofilen vorzufinden sind - vor allem im Bereich der ganzheitlichen Einzelstückfertigung bzw. dort, wo ganze Versuchsarbeitsplätze zu Rationalisierungs- oder "Humanisierung der Arbeitswelt"(HDA)-Maßnahmen gebaut werden - unterliegen die gelernten Werkzeugmacher im Vorrichtungsbau zunehmenden Dequalifizierungstendenzen. Die Entwicklung wird vermutlich dahin gehen, daß der klassische hochqualifizierte Werkzeugbau reduziert wird zugunsten einer Ausweitung des Vorrichtungsbaus, wobei der Eigenbau von Werkzeugen in den einzelnen Betrieben zugunsten spezialisierter Zulieferfirmen abgebaut werden wird.

3.4. Der Berufsverlauf von Werkzeugmachern

Wie bei den Maschinenschlossern, die als qualifizierte Reparaturfacharbeiter eingesetzt werden, kann das erworbene Breitenwissen des Werkzeugmachers im klassischen Werkzeugbau durch permanente Lernprozesse ausgeweitet und vertieft werden. Zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn werden die Werkzeugmacher an Eingangsarbeitsplätzen eingesetzt, die ihnen nur einfache Arbeiten mit geringer Maßgenauigkeit abverlangen, und anderen, von denen nur einige wenige Bearbeitungsarten wie das Hobeln, Drehen oder Schleifen gefordert werden. So werden beispielsweise zunächst nur die einfacheren Teile von Vorrichtungen (Schweißvorrichtungen, Schweißkonstruktionen, Bohrvorrichtungen, Kontrollschablonen usw.) gefertigt. Dabei gehört das Lesen von Zeichnungen und das Anreißen bzw. Ankörnen zum Grundrüstzeug eines jeden ausgebildeten Werkzeugmachers. Auf dieser Eingangsstufe wird der Facharbeitereingangslohn (Gruppe 5) bezahlt.

Zum Ausbau der für einen Werkzeugmacher charakteristischen Qualifikationen gehört der schon etwas kompliziertere Bau von Schnitten für Stanzmaschinen, der Bau von Kontrollwerkzeugen und im weiteren Verlauf des 'Lernens in der Arbeit' der Bau von hydraulischen Spannvorrichtungen, pneumatischen Steuerungseinrichtungen u.ä. Am Ende einer etwa dreijährigen innerbetrieblichen Phase des Weiterlernens wird der Werkzeugmacher dann mit komplizierteren

Arbeiten betraut, bei denen alle Verfahren anzuwenden sind: Hobeln, Stoßen, Bohren, Fräsen, Drehen, Härten, Schleifen, Feilen, Schaben usw. All diese Bearbeitungsarten treten dann auf, wenn bei ganzheitlichen Tätigkeiten ein bestimmtes Werkzeug von Anfang bis Ende von dem Arbeiter gefertigt wird. Die Qualifikations- bzw. Lohnkarriere eines Werkzeugmachers stellt sich im Werkzeugbau eines von uns untersuchten Betriebes folgendermaßen dar:

Der ausgebildete Werkzeugmacher wird mit einer Arbeitswertigkeit von 22 Punkten in der Lohngruppe 5 eingestellt, und er hat die Möglichkeit, innerhalb von drei bis fünf Jahren die Arbeitswertigkeit von 37 Punkten (das ist die höchste Stufe) zu erreichen. Ganz global kann das vom Betrieb angebotene Berufsverlaufsmuster für einen Werkzeugmacher, das mit vielen informellen Lernschritten (ohne formale Zertifikate) verknüpft ist, wie folgt vorgestellt werden:

- Die einfachste Arbeit, mit der jeder Werkzeugmacher beginnt, beinhaltet die Konstruktion und das Zusammenschweißen von einfachen Ablagen und Tischen (Arbeitswertigkeit 22).
- Auf der nächsten Qualifikationsstufe (Arbeitswertigkeit 27) wird z.B. die Arbeit und die Mithilfe bei der Installation von pneumatischen Schaltungen verlangt.
- Zur nächsthöheren Qualifikationsstufe gehört das selbständige Ausführen von schon komplizierteren Arbeiten nach Zeichnung, die ebenfalls pneumatische und hydraulische Elemente beinhalten (Arbeitswertigkeit 31).
- Zur letzten und höchsten Qualifikationsstufe, die ohne formale Zusatzausbildung zu erreichen ist, gehört die Ausführung schwieriger Arbeiten wie das Ausrichten und Arbeiten ohne Zeichnung, wobei durchweg von planerischen Tätigkeiten gesprochen werden kann (Arbeitswertigkeit 37 = Lohnstufe 9).
- Weitere Qualifikations- und Lohnaufstiege beispielsweise zum Gruppenführer oder Meister innerhalb des Werkzeugbaus sind nur über zusätzliche formale Ausbildungsgänge erreichbar.

Die innerbetriebliche Etablierung des Maschinenschlossers in der Instandsetzung bzw. des Werkzeugmachers im Werkzeugbau bedeutet für diese beiden Facharbeitergruppen im Normalfall eine optimale individuelle Reproduktionssicherung für die Zukunft, weil ihnen der günstige Eingangsarbeitsplatz gute Aufstiegsmöglichkeiten mit Einkommensverbesserungen verbürgt und das "Hineinwachsen" in die Stammebelegschaft die Arbeitsplatzsicherheit erhöht, zumal die Reparatur- und Werkzeugmacherarbeitsplätze nicht in dem Maße rationalisierungsanfällig sind wie Produktionsarbeitsplätze. Indem der Maschinenschlosser als Reparaturfacharbeiter/Werkzeugmacher sein zentrales Interesse auf die angebotenen Lernmöglichkeiten in der Arbeit bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten richtet, sichert er sich langfristig sowohl innerbetrieblich als auch überbetrieblich vielfältige Einsatzmöglichkeiten.

Seine Stellung auf dem überbetrieblichen Arbeitsmarkt (möglicher Betriebswechsel) wird um so günstiger, je intensiver er seine in der Ausbildung erworbenen betriebsunspezifischen Qualifikationen erhält und ausweitet, so daß er selbst bei drohenden Betriebsschließungen - gestützt auf das seine "Facharbeiteridentität" festigende theoretisch-praktische Breitenwissen - die Ereignisse ruhig abwarten kann.

Wichtig ist vor allem, daß die Maschinenschlosser in der Instandsetzung und die Werkzeugmacher im Werkzeugbau in der zweiten Hälfte ihres Berufsverlaufs in der Regel keine vergleichbaren Abstiege wie die Anlernkräfte oder Produktionsfacharbeiter (z.B. in Abschiebebereiche) erleiden, sondern mehrheitlich ihr Niveau erhalten können (DREXEL 1982: 104). Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß zumindest die Reparaturfacharbeiter die Möglichkeit haben, in fast alle Branchen mit Maschineneinsatz (z.B. als Verpackungsschlosser oder Baumaschinist) überzuwechseln.

In den späteren Phasen des Berufsverlaufs der Maschinenschlosser/Werkzeugmacher dominieren eher horizontale Mobilitätsprozesse. Es erfolgen keine weiteren systematischen, die Mehrheit der Facharbeiter erfassenden Aufstiege mehr. Jedoch sind zum Teil mit zusätzlich formalisierter Qualifikation Aufstiege in Führungspositionen oder Angestelltenpositionen in den technischen Diensten (Arbeitsvorbereitung, Produktionssteuerung usw.) möglich (CLAUSS et al. 1981).

4. Berufsrisiko: Frühzeitiger Abstieg

4.1. Inadäquater Ersteinsatz

Während sich die adäquat eingesetzten Maschinenschlosser/Werkzeugmacher die vom Betrieb angebotenen Berufsverlaufsmuster in Lern-, Weiterbildungs- und Aufstiegsprozessen zu eigen machen, stellt sich die Situation von Maschinenschlossern/Werkzeugmachern, die nicht auf einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz übernommen werden, etwas anders dar.

Die Einsatzbereiche derjenigen Maschinenschlosser/Werkzeugmacher, die nicht in Reparaturabteilungen bzw. in den Werkzeugbau übernommen, sondern in der

Produktion eingesetzt werden, unterscheiden sich in keiner Weise von den Einsatzbereichen der Produktionsfacharbeiter (siehe unter 5.1.). Über die Bereiche der spanabhebenden Vorfertigung (konventionelle Dreherei/Fräseerei, Automatenfertigung und NC-Fertigung) hinaus werden Maschinenschlosser/Werkzeugmacher in den Werkzeugschleifereien/-fräseereien, in unterschiedlichen Montagebereichen (z.B. Gelenkwellenmontage, Kleinmotorenmontage, Turbinenmontage) und bei Kontrolltätigkeiten eingesetzt.

Kennzeichen fast aller dieser Einstiegsarbeitsplätze für Maschinenschlosser/Werkzeugmacher im Produktionsbereich ist die weit unter dem erworbenen Qualifikationsniveau liegende Anforderungsstruktur: zum Teil werden nur periphere Qualifikationssegmente abgerufen (Montieren, Fräsen, Schleifen usw.) oder Qualifikationsaspekte, die in der Ausbildung lediglich gestreift werden. Wegen der analytischen Zerlegbarkeit der Arbeitsplätze findet die hohe Vorqualifikation der hier eingesetzten Facharbeiter keinen Eingang in die Lohnfindung, so daß man annehmen muß, daß auch bei Ausschöpfung der Akkordspanne auf Dauer die dequalifizierenden Momente und die hohen Belastungen durch den Verdienst nicht kompensiert werden können.

Häufig sind die Arbeitsplätze lediglich Durchgangsbereiche für überschüssig ausgebildete Facharbeiter, wobei es einmal von den strukturellen Möglichkeiten des betriebsinternen Arbeitsmarktes, zum anderen aber auch von der individuellen Initiative der Facharbeiter abhängt, wie lange sie auf diesen Erstarbeitsplätzen verbleiben. Anders nämlich als bei den in der Instandhaltung bzw. im Werkzeugbau eingesetzten Maschinenschlossern/Werkzeugmachern wird die Arbeitsmarktsituation derselben Facharbeitergruppe in der Produktion bald besonders prekär dadurch, daß die Betroffenen danach keine Berufserfahrung in ihrem Lehrberuf vorweisen können und die Gefahr des Verlernens und der Dequalifizierung auf Dauer droht, so daß ihr Arbeitsplatz immer unsicherer wird. Deshalb kann vor allem bei dieser Gruppe der betriebliche Ersteinsatz im Produktionsbereich als eine Art Bewährungsphase gesehen werden, in der die erworbenen sozialen Qualifikationen wie Flexibilität, Mobilitätsbereitschaft, Durchsetzungsfähigkeit und Aufstiegs-wille sichtbar werden. Diese können wiederum vom Betrieb als Anknüpfungspunkte für Veränderungs-, Weiterbildungs- und Aufstiegsangebote an die Arbeiter benutzt werden.

4.2. Der Berufsverlauf inadäquat eingesetzter Maschinenschlosser/Werkzeugmacher

4.2.1. Verbleib in der Produktion

Bei ihrem weiteren Verbleib in den zentralen Bereichen der Produktion ist das Einsatzfeld und die weitere Lohn- bzw. Qualifikationskarriere im wesentlichen abhängig von der Art der Produktion und den Rationalisierungsstrategien. Als Folie dieses Berufsverlaufsmusters dienen auch für die gelernten Maschinenschlosser und Werkzeugmacher die bereits geschilderten Regelaufstiege mit horizontalen Mobilitätsprozessen, Qualifikationserweiterungen zum Springer und zum Einrichter.

KERN/SCHUMANN (1984) legen folgenden Sachverhalt nahe: Speziell bei der Einführung von CNC-Technologien in der mechanischen Fertigung des Maschinenbaus zeichne sich die Chance ab, alle produktionsbezogenen Funktionen von der Programmierung über die Werkzeug- und Werkstücksversorgung, die Einrichtung, Bedienung und Überwachung bis hin zur vorbeugenden Wartung und ersten Instandhaltung integriert als Arbeitsplatz eines Maschinenführers fassen zu können. So könne es für die Betriebe zunehmend interessant werden, die produktionsnotwendige Intelligenz und fachliche Souveränität gerade der qualifiziert ausgebildeten Produktionsfacharbeiter, aber auch der Maschinenschlosser und Werkzeugmacher in der Produktion zu nutzen.

4.2.2. Innerbetrieblicher Wiederaufstieg in den erlernten Beruf

Neben den Maschinenschlossern/Werkzeugmachern, die sich vor allem unter krisenhaften Rahmenbedingungen auf eine Dauerbeschäftigung im Produktionsbereich einlassen, kann ein harter Kern von Lehrabsolventen dieser Berufe ausgemacht werden, der mit allen Mitteln einen Wiederaufstieg in den erlernten Beruf erstrebt und die Beschäftigung auf einem produktiven Arbeitsplatz von vornherein als Warteposition auffaßt. Aus dem uns vorliegenden Interviewmaterial geht hervor, daß diese Facharbeiter unter günstigeren Arbeitsmarktbedingungen ihr Berufsziel sofort über einen Betriebswechsel realisieren würden. Unter dem Eindruck eines krisenhaften Umfeldes mit Produktionsverlagerungen, Betriebsstillegungen und Entlassungen in anderen

Betrieben und Branchen bleiben sie aber in ihrem Ausbildungsbetrieb, vor allem, wenn dieses Unternehmen aufgrund marktstrategischer Vorteile eine Personalstrategie der Stabilisierung verfolgt, bei der die Außenprobleme des Betriebes nicht so stark auf den innerbetrieblichen Arbeitsmarkt durchschlagen (LAPPE 1983). In dieser Situation führen das vom Betrieb garantierte hohe Maß an Arbeitsplatzsicherheit sowie ein hohes Lohnniveau - vielleicht nach einigen vergeblichen Betriebswechselversuchen - zur Orientierung der Facharbeiter auf den internen Arbeitsmarkt.

Vor die häufig durchaus bestehende Alternative (Werkzeugfräserei/Montage oder mechanische Fertigung) gestellt, entscheidet sich z.B. mancher gelernte Werkzeugmacher für eine Warteposition in der Nähe des Werkzeugbaus; schließlich hat sich bei diesen Arbeitern die Überzeugung, daß der Werkzeugmacher die Krone der Metallberufe sei, zu einer beruflichen Identität stabilisiert, die eine Tätigkeit als "Teilewechsler" ausschließt. Offen gezeigte Unzufriedenheit bei hohen Leistungsniveau, Mobilitätsbereitschaft und ständige Vorstöße beim Leiter des Werkzeugbaus können dann zu einer Planstelle in diesem Bereich führen. Es ist dieser "drive", der die betrieblichen Instanzen ihrerseits wieder mobilisiert, so daß solchen sichtbar strebsamen Facharbeitern bessere Positionen (z.B. in der Ausbildung) angeboten werden.

4.2.3. Wiederaufstieg in den erlernten Beruf durch Betriebswechsel

Das Berufsverlaufsmuster des Wiederaufstiegs in den erlernten Beruf durch Betriebswechsel kann ebenfalls als kriseninduziert bezeichnet werden. Es hat seinen Ausgangspunkt in folgendem Sachverhalt: Wenn ein Betrieb unter krisenhaften ökonomischen Rahmenbedingungen die Produktion nur noch durch Teilstilllegungen, Betriebsauslagerungen, forcierte Rationalisierungen und Entlassungen in verringertem Umfang aufrechterhalten kann, sind nicht nur die Arbeitsplätze der Randbelegschaften (der Un- und Angeleserten, Frauen usw.) hochgradig gefährdet; selbst die Stammarbeiter können von weiteren drohenden Entlassungen betroffen werden, wenn sie nicht durch erhöhte Anpassung, individuelles Wohlverhalten und besondere Leistungsbereitschaft ihren Status quo zu erhalten vermögen.

In dieser Situation allgemeiner Arbeitsplatzunsicherheit wird neben den Randbelegschaften die Lage der unterqualifiziert eingesetzten Maschinenschlosser/Werkzeugmacher besonders prekär. Da der Betrieb insgesamt schrumpft, können sie sich eigentlich keine Chancen mehr ausrechnen, innerbetrieblich eine ihrem Lehrberuf entsprechende Stellung zu erreichen. Da mit zunehmendem Verbleib auf einem der aus ihrer Sicht unqualifizierten Arbeitsplätze in der Montage oder mechanischen Fertigung die Entfernung von ihrem erlernten Beruf zunimmt, werden sie sich auf den überbetrieblichen Arbeitsmarkt umorientieren, solange sie sich noch Beschäftigungschancen in anderen Betrieben ausrechnen können. Es folgt eine Phase intensiver Information und Suche auf dem externen Arbeitsmarkt, in der nicht jede Gelegenheit wahrgenommen, sondern die Relation von Qualifikation und Belastung einerseits und Lohn andererseits mit ins Kalkül einbezogen wird, auch wenn dabei die Durchgangsstation in einem anderen Beruf für eine gewisse Zeit in Kauf genommen wird. Am Endpunkt der intensiven Umorientierungsprozesse dieser Facharbeitergruppe steht die Tätigkeit als Reparaturschlosser oder Werkzeugmacher in einem Betrieb, der die Wiederaufnahme der ursprünglich angestrebten "Karriere" ermöglicht.

5. Berufsrisiko: Frühzeitiger Verschleiß

5.1. Arbeitsbereich: Mechanische Fertigung

Die dritte Facharbeitergruppe, die sogenannten Produktionsfacharbeiter (Dreher, Fräser, Bohrwerksdreher) haben eine gegenüber den Reparaturfacharbeitern/Werkzeugmachern schwächere Stellung auf dem innerbetrieblichen Arbeitsmarkt, die sich im wesentlichen aus der Struktur der Einsatzbereiche ergibt.

Neben den von DREXEL (1982) vorgestellten Ergebnissen aus der Papiererzeugung, Eisen- und Stahlindustrie und Flachglaserzeugung sowie der kunststoffverarbeitenden Industrie stützen sich die Überlegungen im wesentlichen auf die Einsatzbereiche der von uns untersuchten Berufe des Drehers, Fräasers und Bohrwerksdrehers, die hier kurz skizziert werden sollen:

Als historischer Ausgangspunkt und Kernbereich der spanabhebenden Fertigung wird die qualifizierte Arbeit an traditionellen Universal-Dreh- oder Fräs-

maschinen angesehen, bei denen alle komplizierten Verfahrensweisen noch mit der Hand gesteuert werden. Dies ist zumindest der Bereich, in dem die vorhandenen Qualifikationen, handwerkliches Können, Toleranz- und Maßgenauigkeit, technische Sensibilität und Materialgefühl der Dreher und Fräser voll zum Tragen kommen. Diese Arbeit verliert jedoch nicht zuletzt deshalb zunehmend an Bedeutung, weil dieser traditionelle Einsatzbereich der Dreher und Fräser durch zwei Entwicklungen zurückgedrängt worden ist bzw. noch weiter zurückgedrängt wird:

1. durch die verschiedenen Formen der Dreh-Fräs-Automaten und
2. durch die Entwicklung der NC-Maschinen.

Dreh-, Fräs-, Bohr-Automaten werden vor allem in der Großserienfertigung von Kleinteilen eingesetzt (Beispiel: Automobilindustrie). Hier findet sich die gesamte Vielfalt an einspindligen und mehrspindligen Werkzeugautomaten verschiedener Fabrikate, die zum Teil Stangenmaterial verarbeiten. Dabei herrscht hier zumeist Mehrmaschinenbedienung vor, weil die Automaten nicht mehr von Hand bestückt werden müssen, sondern halbautomatisch bzw. vollautomatisch magaziniert werden und sich bei Störungen selbständig verriegeln. Angelernte Kräfte werden vorwiegend an einfachen Automaten eingesetzt, während komplizierte Revolver-Automaten mit vielen Werkzeugen (z.B. Tarex-Automaten) noch den Einsatz von qualifizierten Kräften erforderlich machen.

Die numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen haben vor allem in Fertigungsbereichen mittlerer und kleinerer Serien die bereits beschriebenen traditionellen Aggregate verdrängt. Alle Verfahrensweisen und Bewegungen der Maschine werden hier über EDV-Programme gesteuert. Nach versuchsweisem Einsatz von angelernten Kräften werden neuere Forschungsergebnisse zufolge und nach den Aussagen vieler von uns befragter Meister diese Aggregate wieder zunehmend von gelernten Drehern und Fräsern bedient, weil hier vor allem bei Einzelfertigung bzw. Kleinserienfertigung noch zum Teil umfangreiche Einrichtungsarbeiten anfallen und eine gewisse Kenntnis der Programme und der Funktionsweise der gesamten Apparatur Voraussetzung ist.

Die Situation angelernter Produktionsfacharbeiter (Dreher, Fräser, Bohrwerksdreher) in diesen Einsatzbereichen stellt sich nun so dar, daß nicht

von vornherein die erworbenen Qualifikationen in ihrer ganzen Vielfalt und Breite weiterentwickelt werden, sondern es erfolgt zunächst eine Einarbeitung an einem Arbeitsplatz, der zumeist nur ein zentrales Ausbildungssegment wie "Drehen", "Fräsen" usw. abrufte, während alle anderen Segmente (Verfahrenkenntnisse wie Schaben, Schweißen; breite Materialkenntnisse) brach liegen. Aufgrund der Automatisierung der meisten Bewegungsabläufe dieser Maschinen werden von dem jungen Facharbeiter jedoch schon bereits am Eingangsarbeitsplatz nicht mehr die zentralen Handhabungen (Zustellen, Vorschub, Bearbeiten) verlangt, sondern seine Arbeit konzentriert sich im wesentlichen auf das Nachmessen und die Kontrolle der Maschine, während im konventionellen Drehbereich und mit starken Einschränkungen bei der Einzel- und Kleinserienfertigung an numerisch gesteuerten Aggregaten der Eingangsarbeitsplatz als Ausgangspunkt für die Vertiefung, Verbreiterung und gleichzeitig auch Spezialisierung der zentralen, in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen dient. Für den größten Teil der Produktionsfacharbeiter gilt die von DREXEL (1982) getroffene Feststellung, daß die den jungen Produktionsfacharbeitern gebotenen Berufsverläufe zunächst systematisch unterhalb des Facharbeiterniveaus beginnen, weil sie nach Abschluß der Ausbildung auf deutlich niedriger liegenden "Einstiegsarbeitsplätzen" eingesetzt werden. Dabei kann es sich um den Ersteinsatz an Kopierdrehmaschinen handeln, die dem jungen Facharbeiter nur das Teile-einspannen, Einschalten, Wendepplattenwechseln und Messen u.ä. abverlangen. Für einen ausgebildeten Produktionsfacharbeiter dauern die Anlernzeiten in diesen Bereichen zwischen einer Stunde und drei Tagen, Routine stellt sich an solchen Arbeitsplätzen spätestens nach drei bis vier Wochen ein.

5.2. Der Berufsverlauf von Produktionsfacharbeitern

Unabhängig davon, auf welchem Niveau der Einstieg nach Abschluß der Ausbildung des Produktionsfacharbeiters erfolgt, sind die sich daran anschließenden Mobilitätsprozesse in der Regel unsicher und von den jeweiligen innerbetrieblichen Arbeitsbereichen stark abhängig: Den Produktionsfacharbeitern bieten sich im Gegensatz zu den Reparaturfacharbeitern/Werkzeugmachern keine wirklichen facharbeiteradäquaten Aufstiegswege, sondern eher horizontale Mobilitätsprozesse - die Ausbildung zum Springer - oder aber die langwierige Qualifikationserweiterung bzw. der Lohnaufstieg zum Einrichter.

Übereinstimmend berichten die Meister in der Automatenfertigung, zum Teil auch in der NC-Fertigung, daß diese so charakteristischen Facharbeiterplätze keinerlei Qualifikationsmöglichkeiten bieten, da an den fest eingestellten Einzweckmaschinen nur stationäre Arbeiten durchgeführt werden (mit sehr hohen Stückzahlen und langen Laufzeiten), die kaum Einrichtearbeiten erforderlich machen. Die Ausbildung zum Springer bedeutet lediglich, daß 10 bis 15 unterschiedliche Maschinen auf demselben Qualifikationsniveau bedient werden können (Schleifmaschinen, Kegeldrehmaschinen, Spiegeldrehmaschinen, Bohrmaschinen, Wälzfräsmaschinen, Horizontalfräsmaschinen usw.). Die erreichbare Qualifikationshöhe richtet sich nach der unterschiedlichen Kompliziertheit des jeweiligen Maschinenparks, der aus ganz einfachen Automaten, Maschinen mittlerer Komplexität und relativ komplizierten Aggregaten zusammengesetzt ist. Da es sich im Grunde, mit Ausnahme der etwas komplizierteren Maschinen, durchweg um perspektivlose Anlernbereiche handelt, kommt es nach Aussagen der Meister schon früh zu Abwanderungstendenzen der Facharbeiter in andere Abteilungen des Betriebes oder zum Versuch, über einen Meisterkurs einen formalen Aufstieg zu erlangen.

Gegenüber der Qualifikationserweiterung zum Springer kann man bei der Ausbildung zum Einrichter schon eher mit einem innerbetrieblichen Aufstieg rechnen. Die meisten Betriebe bieten den Produktionsfacharbeitern von bestimmten Eingangsarbeitsplätzen aus gewisse an Arbeitswertigkeiten orientierte Muster von Aufstiegen in vollwertige Facharbeiterarbeitsplätze an: Über mehrere Zwischenstufen von sukzessiv anspruchsvolleren und höher eingestuftem Arbeitsplätzen werden die jungen Facharbeiter in einem längeren, aber nach oben hin begrenzten Zeitraum, an ihren definitiven Arbeitsplatz und -lohn herangeführt. Ein solcher Qualifikations- und Lohnaufstieg ist stets an einen Arbeitsplatzwechsel gekoppelt und damit an einen anderen Arbeitswert.

Dieser "Aufstieg" ist deshalb mühselig und langwierig, weil er nicht nur von Lohngruppe zu Lohngruppe erfolgt, sondern weil auch innerhalb einer jeden Lohngruppe die Arbeitswertigkeitsstufen durchlaufen werden müssen. Dabei ist dieser Aufstieg stets von der zufriedenstellenden Bewältigung der Arbeitsaufgabe auf der nächsthöheren Stufe abhängig. Bei Nichtbewältigung kann durchaus Zurückstufung, d.h. Zurückversetzung auf einfachere Arbeitsplätze mit niedrigeren Arbeitswertigkeiten erfolgen.

Hinter diesem innerbetrieblichen Berufsverlaufsmuster steht eine ganz bestimmte Personaleinsatz- und Nutzungsstrategie, die darauf abzielt, die von den gelernten Produktionsfacharbeitern angebotenen Überschußqualifikationen intensiv und über lange Zeit hinweg zu nutzen. Das offensichtliche Motiv für den Einsatz qualifizierter Facharbeiter an Arbeitsplätzen, die auch zum großen Teil mit Angelernten besetzt werden können, besteht in der flexiblen Nutzung des Arbeitsvermögens je nach Auftragslage und Maschinenpark, in der Nutzung des transferierbaren Fachwissens und der Anpassungsfähigkeit der Facharbeiter an neue Technologien. Produktionsfacharbeiter sind sowohl an komplizierteren Automaten als auch an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen schneller anzulernen, sie begreifen die Zusammenhänge schneller als ungelernete Kräfte und sie können bei Personalengpässen als Springer eingesetzt werden. Dabei stellt in diesen Produktionsbereichen die gegebene Kombination von relativ niedrigen Qualifikationsanforderungen und andererseits sehr harten Belastungselementen eine insgesamt prekäre Arbeitssituation dar, die vermutlich von den Facharbeitern durch die vage Aussicht auf einen Aufstieg (zum Springer, zum Einrichter oder über den Meisterkurs) und mit dem Bewußtsein, "doch eigentlich ein qualifizierter Facharbeiter zu sein", unter Umständen zunächst besser durchgehalten wird als von Arbeitern mit lebenslanger Angelerntenperspektive.

Der "lange Marsch durch die Arbeitswertgruppen" ist dabei zweifellos mit hohen sozialen Risiken verbunden: mit der permanenten Gefahr der Dequalifikation bei dauerndem Einsatz an gleichartigen Maschinen, mit dem vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft durch erhebliche Umweltbelastungen, mit dem durch niedrige Akkordvorgaben erzeugten psychischen Streß, sowie mit dem Zwang, in kontinuierlicher Wechselschicht arbeiten zu müssen.

Ein kurzer Blick auf die Personalstruktur unterschiedlicher Betriebe zeigt deutlich, daß sich die Aufstiegserwartung als Kompensation der ertragenen Beanspruchungen schon aufgrund der vom Betrieb angebotenen Möglichkeiten und Strukturen für die Mehrheit der Produktionsfacharbeiter als illusionär erweisen muß. Aus vorliegenden Untersuchungen läßt sich ersehen, daß nur für verhältnismäßig wenige Arbeitskräfte durch den Aufstieg in Führungspositionen eine weitere Verbesserung der Reproduktionsbedingungen erfolgt. DREXEL berichtet über die Karrieren von Elektro- und Metallfacharbeitern in einem Hüttenwerk, daß nur jeder achte bis zehnte der Facharbeiter Vorarbei-

ter wird und noch weniger den Aufstieg zum Meister schafft (DREXEL 1982: 105). In einem von uns untersuchten Betrieb der Elektromontage ist nur jeder vierzehnte Facharbeiter Vorarbeiter und nur jeder achtzehnte Meister, während sich die Verhältnisse in einem von uns untersuchten typischen Angelerntenbetrieb der Automobilindustrie als etwas günstiger erweisen. Hier ist jeder siebente Facharbeiter zum Vorarbeiter aufgestiegen und jeder zehnte Facharbeiter hat den Status eines Meisters.

6. Zusammenfassung

Als Ergebnis kann man festhalten, daß sich die Berufsbiographien und Zukunftsperspektiven von Maschinenschlossern und Werkzeugmachern einerseits und der Produktionsfacharbeiter andererseits doch erheblich unterscheiden.

Die adäquat eingesetzten Maschinenschlosser/Werkzeugmacher erfahren nach Ablauf einer gewissen Zeit der Erwerbstätigkeit im Betrieb bestimmte Lohnaufstiege: Umgruppierungen in die entweder im Tarifvertrag verankerte nächsthöhere Tarifgruppe bzw. in die nächsthöhere innerbetriebliche Wertzahlgruppe. Diese Regelungen legen zum Teil quasi-automatische "Regelaufstiege" nach einem bestimmten Zeitraum fest, wie sie in den von uns untersuchten Betrieben nachzuweisen sind.

Für die zunächst inadäquat eingesetzten Facharbeiter steht häufig am Endpunkt intensiver Orientierungsprozesse die Tätigkeit als Reparaturschlosser oder Werkzeugmacher in einem Betrieb, der die Wiederaufnahme der ursprünglich angestrebten "Karriere" ermöglicht. Häufig hat der Facharbeiter allerdings den Verlust einer Lohngruppe in Kauf zu nehmen, da er erst wieder auf einem definierten Eingangsarbeitsplatz beginnen muß, bevor die normalen Berufsverlaufsmuster in Form der Regelaufstiege des neuen Betriebes zum Tragen kommen.

Ein wesentlicher Unterschied zu den Mobilitätsketten der An- und Ungelernten und Produktionsfacharbeitern besteht darin, daß die Erwerbstätigkeit der Maschinenschlosser/Werkzeugmacher in der Regel nicht mit einem Abstieg im jeweiligen Betrieb endet. Sie haben letztlich über den gesamten Berufsverlauf hinweg gleichbleibend gute Chancen, ohne gravierende Lohnverluste in

einen anderen Betrieb überwechseln zu können. Das weitgehende Fehlen solcher Abstiege scheint zum einen darauf zurückzuführen sein, daß ihre Qualifikationen weniger leicht durch technisch-organisatorische Veränderungen entwertet werden, als dies bei Produktionsfacharbeitern der Fall ist, da die Qualifikation der Maschinenschlosser/Werkzeugmacher von vornherein umfassender und auf Weiterqualifizierung angelegt ist und eine gute Grundlage für Umlernprozesse darstellt. Hierauf deuten sowohl die meisten Untersuchungen zu Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten (MICKLER et al. 1977; ASENDORF-KRINGS 1979; KERN/SCHUMANN 1984), als auch die Aussagen der in unsere Untersuchung einbezogenen Personalleiter und Leiter der Reparatur- und Werkzeugbauabteilungen, die insgesamt von einem transferierbaren und breiten theoretischen Wissen der Maschinenschlosser/Werkzeugmacher berichten, das auch durch noch so intensive Anlernprozesse bei Un- und Angelernten nicht substituiert werden kann.

Im Gegensatz zu den Maschinenschlossern/Werkzeugmachern sind die Mobilitätsprozesse der Produktionsfacharbeiter in der Regel unsicher und von den jeweiligen innerbetrieblichen Arbeitsbereichen stark abhängig: Den Produktionsfacharbeitern bieten sich im Gegensatz zu den Reparaturfacharbeitern/Werkzeugmachern keine wirklichen facharbeiteradäquaten Aufstiegswege, sondern eher horizontale Mobilitätsprozesse - die Ausbildung zum Springer - oder aber die langwierige Qualifikationserweiterung bzw. der Lohnaufstieg zum Einrichter.

Für einen Teil der Produktionsfacharbeiter scheint es vor allem in Betrieben mit Massenfertigung die Regel zu sein, daß Aufstiegsprozesse mehr oder minder lange vor dem definitiven Ende der Erwerbstätigkeit zum Stillstand kommen bzw. in Abstiege übergehen. Die Ursachen sind einmal in der Entwertung der erworbenen Qualifikationen durch grundlegende technische/arbeitsorganisatorische Neuerungen zu sehen, zum anderen macht die Betriebs- oder Anlagenspezifität der erworbenen Qualifikationen häufig den Wechsel in einen anderen Betrieb auf gleichem Niveau oder auch nur in eine andere Abteilung desselben Betriebes unmöglich (BÖHLE/ALTMANN 1972: 26 ff. und 192 ff.; BOSCH 1978; DREXEL 1982). Das größte soziale Risiko besteht jedoch in der erheblichen Leistungsminderung aufgrund des zunehmenden Verschleißes durch Belastungen, in einem dadurch möglicherweise erzwun-

genen Arbeitsplatzwechsel in Abschiebepbereiche mit entsprechenden Verdiensteinbußen (BÖHLE/ALTMANN 1972: 98 ff.; DREXEL 1982),

ALTE WÄHLER MORGEN: "GRAUE PANTHER" ODER KONSERVATIVE STAMMWÄHLER DER CDU?

Wilhelm Bürklin

Inhalt:

1. Das Problem: Stabilität oder Wandel politischen Verhaltens im Alter?
 2. Gibt es ein altersspezifisches politisches Verhalten?
 3. Wie wählen ältere Wähler?
 4. Generations- oder Lebenszykluseffekte?
 5. Verhaltensleitende Wertorientierungen und Einstellungen der älteren Bevölkerung
 6. Die Alten als Wählerreservoir systemverändernder Parteien?
 7. Zusammenfassende Thesen
- Tabellen und Schaubilder

1. Das Problem: Stabilität oder Wandel politischen Verhaltens im Alter?

Im Jahre 1985 waren 21,5 v.H. der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre alt. Dieser Anteil wird sich nach Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2000 auf 25,7 und im Jahre 2030 auf 38 v.H. erhöhen. Bezogen auf die wahlberechtigte Bevölkerung ist heute annähernd jeder dritte Wähler (29 v.H.) im Rentenalter; bei ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen wird im Jahre 2030 fast die Hälfte aller Wähler (44 v.H.) über 60 Jahre alt sein. Doch selbst wenn man annimmt, daß durch wieder steigende Geburtenraten und das Hinausschieben des Rentenalters dieser Trend zum Teil aufgefangen wird, bleibt die Tatsache, daß die Gruppe der "Alten" in unserer Gesellschaft sich zu einem immer größeren Machtfaktor entwickelt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach dem politischen Verhalten der älteren Bevölkerung zunehmende Bedeutung. Wie wählen ältere Wähler? Wie stark sind sie bereit, sich in sozialen Bewegungen oder Protestbewegungen zu engagieren? Welche Einstellungen haben Ältere zu den heute drängenden politischen Streitfragen? Und schließlich: Wie groß wird in der Zukunft die Wahrscheinlichkeit der Veränderung des politischen Verhaltens der Alten beim Übergang in den Ruhestand sein?

Diesen Fragen ist eine generelle Bemerkung voranzustellen: Selbst wenn sich verschiedene politische Verhaltensweisen durchaus verallgemeinern lassen: "die Alten" als abgrenzbare soziale Einheit gibt es nicht! Das politische Verhalten der älteren Bevölkerung differiert vielmehr - wie in der übrigen Bevölkerung - stark nach dem Bildungsgrad, der Zugehörigkeit zu sozialen Klassen und Religionsgemeinschaften.

Vor diesem Hintergrund analysiert der vorliegende Beitrag in prognostischer Absicht die wahrscheinlichste Entwicklung des Wahlverhaltens der älteren Bevölkerung. Diese Analyse geht aus von der Entwicklung des altersspezifischen Wahlverhaltens von der Gründung der Bundesrepublik bis heute und versucht, diesen Trend fortzuschreiben. Für diese Trendfortschreibung müssen drei gesonderte Effekte berücksichtigt werden, ein individualistischer, ein gruppenbezogener und ein parteielitenbezogener Aspekt:

- a) Die Stärke der Bindung und die Richtung der Wahlentscheidung des individuellen Wählers in den verschiedenen Phasen seines Lebensalters (Lebenszykluseffekt).
- b) Die Stärke der Bindungen eines Wählers zu intermediären Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Kirchen), über die die Wahlentscheidung vermittelt ist.
- c) Das Verhalten der parteipolitischen Eliten (Politikprogramme), über die das politische Vertretungsverhältnis zwischen Parteien und sozialen Gruppen in einer Gesellschaft begründet wird.

Auf der Grundlage bisher vorliegender Forschungsarbeiten kann man dabei davon ausgehen, daß individuelle Lebenszykluseffekte als relativ politikunabhängiges Erklärungsmuster gelten können; die Entwicklung der Bindungsmuster zwischen sozialen Gruppen und Individuen kann dagegen eher gesamtgesell-

schaftlich erklärt werden und folgt einem eher mittelfristigen Muster der generationalen Veränderung. Der Handlungsspielraum der politischen Eliten schließlich ist zwar eingeschränkt durch die Notwendigkeit, die bisherige Klientel nicht zu verlieren; das Elitenverhalten ist aber in seinen kurzfristigen Veränderungen am wenigsten vorhersagbar. Da in der Vergangenheit die politischen Eliten diesen Handlungsspielraum jedoch in nur geringem Umfang genutzt haben und sich entsprechend die parteipolitische Zuordnung sozialer Gruppen im Zeitablauf als relativ stabil erwiesen hat, sind kurzfristige oder umfassende Veränderungen des parteipolitischen Vertretungsverhältnisses als nicht sehr wahrscheinlich anzunehmen.

2. Gibt es ein altersspezifisches politisches Verhalten?

Die Tatsache, daß in der sozialwissenschaftlichen Forschung der vergangenen Jahrzehnte hunderte von "Jugendstudien", aber nur wenige, vereinzelte Studien zum politischen Verhalten der älteren Bevölkerung durchgeführt wurden, kommt nicht von ungefähr: Jugendliche sind in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen idealistisch und veränderungsorientiert, sie stellen den überwiegenden Teil von Demonstrationen und Protestaktionen, der Mitgliedschaft der Neuen Sozialen Bewegungen und der Wählerschaft von neuen, idealistisch-veränderungsorientierten Parteien.

In der Bundesrepublik der 1980er Jahre hat sich auf diesem Hintergrund eine altersspezifische Präferenz von politischen Partizipationsstilen herausgebildet:

- Jungwähler (bis etwa 35 Jahre) sind an aktuellen politischen Themen stark interessiert und möchten politische Mitspracherechte haben. Sie versuchen, dieses Ziel allerdings vorrangig durch unkonventionelle politische Beteiligungsformen außerhalb der etablierten politischen Parteien zu realisieren. Für sie wird politische Beteiligung zu einem Ziel an sich.
- Für die mittleren, im Beruf stehenden Altersgruppen, hat die Politik zwar einen ebenso hohen Stellenwert, der Wunsch nach direkter Partizipation geht jedoch zurück zugunsten institutioneller Beteiligungsformen in Wahlen und politischen Parteien. In dieser Lebensphase nimmt die Be-

reitschaft zu unkonventionellen Formen politischer Beteiligung mit zunehmendem Alter ab, während umgekehrt die Wahlbeteiligungsraten steigen.

- Nach dem Eintritt in den beruflichen Ruhestand nimmt das politische Interesse, die Bereitschaft zur politischen Beteiligung sowie die Wahlbeteiligung, zunächst langsam und nach dem 70. Lebensjahr stark ab. In dieser Lebensphase tritt die Bedeutung der Politik stark in den Hintergrund und entsprechend sind diese Wähler nur schwer für politische Auseinandersetzungen zu mobilisieren (siehe auch TABELLE 5).

Dieser Zusammenhang spiegelt sich in den altersspezifischen Wahlbeteiligungsraten, die in TABELLE 1 und SCHAUBILD 1 für die letzten vier Bundestagswahlen wiedergegeben sind. Dieser Zusammenhang, der sich für alle Wahlen zeigen läßt, ist durch ein stark altersspezifisches Muster gekennzeichnet: nach einer etwas höheren Beteiligung bei der Erstwahl, ein kurzzeitiges Absinken der Wahlbeteiligung und danach ein stetiges Ansteigen bis zum Eintritt in den Ruhestand, wo die Beteiligungsraten dann wieder abnehmen. Diese altersspezifischen Beteiligungsraten sind allerdings nicht gleichzusetzen mit der Richtung der Wahlentscheidung und der Stärke der individuellen Parteibindung.

3. Wie wählen ältere Wähler?

In der Bundesrepublik der 1980er Jahre lassen sich zwei Effekte des Lebensalters auf das Wahlverhalten feststellen: a) eine Zunahme der Stimmanteile für die CDU/CSU mit steigendem Alter und b) eine gleichzeitige Zunahme der individuellen Festlegung auf eine bestimmte Partei. Ältere Wähler sind eher konservativ: sowohl in ihrer Wahlentscheidung als auch in ihrer geringeren Neigung, ihre Wahlentscheidung zu verändern.

Diese Zusammenhänge gehen deutlich aus den TABELLEN 2 und 3 hervor: gaben 1983 nur 35 v.H. der 18- bis 29jährigen Jungwähler an, CDU/CSU zu wählen, so liegen diese Anteile in der Altersgruppe der über 60jährigen um etwa 20 Prozentpunkte höher. Im genau umgekehrten Verhältnis steht die Präferenz für die stark veränderungsorientierte Partei der GRÜNEN. Sie erhält in der älteren Bevölkerung nur sehr geringe Unterstützung, während sie bei Jung-

wählern ihre Hochburgen hat. Dieser Zusammenhang wird verständlich vor dem Hintergrund der altersspezifisch ansteigenden Festlegungsquoten der Wählerschaft. Aus TABELLE 3 wird erkennbar, daß der Prozentsatz der Bevölkerung, der immer derselben Partei zuneigt, obwohl er ab und zu einmal auch eine andere Partei wählt, mit 77 v.H. generell sehr hoch ist. Er steigt darüber hinaus in der Gruppe der 60- bis 69jährigen auf 84 v.H. und bei den Ältesten gar auf 88 v.H. Entsprechend steigt ebenso altersspezifisch der Anteil der Personen, die zum Bundestag immer dieselbe Partei wählen: die (partei-)politische Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung nimmt mit zunehmendem Alter stark ab.

4. Generations- oder Lebenszykluseffekte?

Für die in TABELLE 2 wiedergegebene altersspezifische Verteilung der Wahlentscheidung gibt es in der Wahlforschung zwei konkurrierende Erklärungsansätze: die Generations- und Lebenszyklusthese (vgl. im einzelnen BÜRKLIN 1984).

In einer lebenszyklischen Deutung läßt sich das altersspezifische Wahlverhalten interpretieren als Effekt einer mit zunehmendem Alter stärkeren konservativen Orientierung der Wählerschaft (Alters-/Konservatismusthese). Danach würde die Wählerschaft zu allen Zeiten in höherem Alter eher konservativ wählen. Als Begründung dafür wird angeführt, daß individuelle Wähler mit zunehmendem Alter es entweder zu Wohlstand und gesellschaftlichem Ansehen gebracht haben oder sich einfach soweit politisch arrangiert haben, daß sie sich entsprechend für die Erhaltung des Status quo und die entsprechenden politischen Parteien einsetzen.

In einer generationalen Deutung rückt dagegen stärker die Erklärung des Verhaltens der jüngeren Bevölkerung in den Vordergrund. Hier werden die geringeren Stimmanteile für die etablierten Parteien erklärt mit der generationspezifisch/epochalen Veränderung des Gruppenbezugs der Wahlentscheidung. Während die älteren Generationen in einer gesellschaftlichen Epoche aufgewachsen und politisch sozialisiert worden sind, in der die traditionellen politischen Konfliktlagen, der Klassen- und Religionskonflikt, noch sehr bedeutsam für die Wahlentscheidung waren, haben diese Merkmale seit

dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich an Bedeutung verloren. Dies läßt sich beispielhaft an der Entwicklung des religiösen Konflikts verdeutlichen: sind die älteren Generationen sowohl stärker religiös erzogen worden und haben diese religiöse Bindung und die entsprechende Präferenz für die CDU/CSU bis heute erhalten, so wachsen seit den 60er Jahren immer neue, säkularisierte Generationstypen heran. Sie sind weniger religiös orientiert und wählen entsprechend zu geringeren Anteilen CDU/CSU. Entsprechendes gilt für den Klassenkonflikt: in der Wohlstandsgesellschaft werden jüngere Wähler, ob aus der Arbeiter-, Mittel- oder Oberklasse, zunehmend weniger in den Termini des traditionellen Klassenkonflikts politisch sozialisiert. Auch sie sind offen für neue politische Parteien.

Je nachdem, ob man die Lebenszyklus- oder Generationsthese für richtig hält, wird man zu unterschiedlichen Einschätzungen über das zukünftige Wahlverhalten in der Bundesrepublik kommen. In einer generationsspezifischen Prognose wird man von einer zunehmenden politischen Offenheit für veränderungsorientierte Politik der kommenden Generationen ausgehen. Nimmt man auf dieser Grundlage etwa an, daß sich die 1983 feststellbare Verteilung der Stimmanteile für die Parteien in dieser Form fortentwickelt und sich der Klassen- und Religionskonflikt nicht wieder aktualisiert, so wäre die CDU/CSU in etwa 30 Jahren strukturelle Minderheitspartei. Geht man dagegen von der Alters-/ Konservatismusthese aus, wird man eine konservative Stabilisierung des Wahlverhaltens durch individuelle Alterungseffekte erwarten.

Obwohl wir heute noch nicht sagen können, welcher der beiden Erklärungsansätze die zukünftige Entwicklung des Wahlverhaltens besser erklären wird, gibt es einige Hinweise auf die Existenz ausgeprägter Lebenszykluseffekte auf die Wahlentscheidung. Dazu gehen wir zunächst von der Verteilung der altersspezifischen Wahlentscheidungen seit der Bundestagswahl von 1953, wie sie in SCHAUBILD 2 abgetragen ist, aus. Aus diesem Schaubild wird deutlich, daß die CDU über diese 30 Jahre hinweg in der ältesten Wählergruppe immer höhere Anteile hatte, während dieses Verhältnis für die SPD immer umgekehrt war. Diese Entwicklung wurde in den 70er Jahren besonders deutlich und hat sich auf unterschiedlichem Niveau bis heute so gehalten. Berücksichtigt man - was aus diesem Schaubild nicht hervorgeht - darüber hinaus, daß sich die absoluten Größenanteile der beiden Parteiblöcke seit den 60er Jahren etwa konstant gehalten haben, so folgt schon daraus, daß ein Teil insbesondere

der jüngeren Wähler, seine Wahlentscheidung geändert haben muß, da sonst die SPD heute Mehrheitspartei sein müßte.

Ob es zu diesen Veränderungen des individuellen Wählerverhaltens tatsächlich gekommen ist, läßt sich heute nur noch indirekt durch sogenannte Kohortenanalysen überprüfen. In Ermangelung individueller Wiederholungsbefragungen werden dabei die Stimmanteile von abgegrenzten Altersjahrgängen über die Zeit verfolgt. Die - hier nicht berichteten - Ergebnisse entsprechender Kohortenanalysen über den 14jährigen Zeitraum von 1969 bis 1983 zeigen dabei ein relativ deutliches Muster insbesondere der älteren Jahrgänge, über den Effekt des Alterungsprozesses auch konservativer, d.h. stärker CDU/CSU, zu wählen.

Die Gültigkeit der Alters-/Konservatismusdeutung dieses Zusammenhangs wird dadurch untermauert, daß sich die CDU in der Phase von 1969 bis 1983, insbesondere in der letzten Phase, dezidiert als konservative politische Partei dargestellt hat. Entsprechend änderte sich die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft: wurde sie vor und bis 1969 stärker von den ganz Alten und zu früheren Zeitpunkten auch den Jüngeren gewählt, so liegt heute der Schwerpunkt im Bereich der mittleren und alten Wählergruppen. Zwar zeichnete sich bei den letzten Wahlen wieder ein Trend, insbesondere in der jungen männlichen Wählerschaft, zugunsten der CDU ab, es bleibt aber abzuwarten, ob sich in diesen Gruppen die bisher beobachteten altersspezifischen Angleichungen fortsetzen werden.

Ob sich das Wahlverhalten der älteren Bevölkerung wie bisher verstärkt auf die CDU/CSU konzentrieren wird oder ob auch hier Änderungen möglich sind, hängt von der Struktur der Wertorientierungen und Einstellungen ab, die der eigentlichen Wahlentscheidung vorgelagert sind.

5. Verhaltensleitende Wertorientierungen und Einstellungen der älteren Bevölkerung

In der empirischen Wahlforschung sind verschiedene Indikatoren entwickelt worden, mit deren Hilfe man die Position eines Befragten gegenüber politischen Veränderungen abbilden kann. In allgemeinsten Form ist das die

Links-Rechts-Skala, die eine generelle Veränderungsbereitschaft signalisiert; in etwas konkreterer Form sind das Einstellungen zum Leistungsprinzip und der Einkommensverteilungen, über die sich die Zufriedenheit mit dem Status quo messen läßt und im aktuellen Bezug sind das Einstellungen zu tagespolitischen Streitfragen, die heutzutage von den GRÜNEN und den Neuen Sozialen Bewegungen vertreten werden. Wir haben für diese Analyse entsprechend die Position eines Befragten zum Bau von Atomkraftwerken und den Aktionen der Friedensbewegung erhoben.

Aus der Analyse der Links-Rechts-Skala, die eine generelle Veränderungsbereitschaft abbildet, lassen sich zwei Alterseffekte feststellen. Zum ersten eine in der jungen Bevölkerung deutlich höhere Selbstwahrnehmung im politisch linken Spektrum, die in den höheren Altersgruppen beständig abnimmt. Darin drückt sich die abnehmende Bereitschaft aus, sich für politische Änderungen einzusetzen. Gleichzeitig fällt jedoch auf, daß diese Bereitschaft in der Gruppe der über 70jährigen wieder etwas höher ist.

Die Veränderungsbereitschaft dieser Gruppe bezieht sich allerdings, wie ebenfalls aus TABELLE 4 hervorgeht, nicht auf die Veränderung der grundsätzlichen Strukturen bzw. der zentralen Normen unseres politischen Systems. Im Gegenteil, die Akzeptanz des Leistungsprinzips zur Verteilung gesellschaftlicher Einkommen sowie die resultierenden gesellschaftlichen Ungleichheiten ist auch in dieser Gruppe überdurchschnittlich ausgeprägt. Dies gilt, wie aus TABELLE 5 hervorgeht, allerdings nicht für die aktuellen politischen Streitfragen. Auch hier zeigt sich zunächst, daß mit zunehmendem Alter Friedensbewegung und AKW-Proteste stark abnehmen - und noch deutlicher die Bereitschaft zur Teilnahme an den unkonventionellen Aktionen solcher Bewegungen. Gleichzeitig steigen die Sympathien der ältesten Wähler mit diesen Streitfragen wieder deutlicher und unerwartet an: Hier löst eine Reihe von Wählern ihre Einstellungen etwa zur Kernkraft und zur Friedensbewegung von ihren langfristigen stabilen Parteibindungen.

Wie aus TABELLE 6 hervorgeht, sind in der älteren Bevölkerung die negativen Effekte der politischen Sachfragen auf die Wahlentscheidung für die CDU nicht in allen Bevölkerungsschichten einheitlich. Im kirchlich nicht gebundenen Milieu, wo die CDU ohnehin nur 37 v.H. der Stimmanteile erreicht, sind diese Effekte mit minus 55 v.H. am höchsten. In der Gruppe der protestanti-

schen Kirchgänger ist dieser Negativeffekt noch immer knapp 53 v.H. (36 versus 89 v.H.). Aber auch in der Kernklientel der CDU/CSU-Wählerschaft, der katholisch kirchenverbundenen älteren Bevölkerung erreicht die CDU einen um 6 v.H. niedrigeren Stimmenanteil bei den Wählern, die eine positive Einstellung zu den Fragen der Friedensbewegung und den Anti-Atom-Protesten haben. Diese Effekte waren schon 1983 so bedeutsam, daß sie einen Teil der Kernklientel der CDU/CSU dazu veranlaßt haben (möglicherweise nur kurzfristig), ihre angestammte Parteibindung aufzugeben. Auf dem Hintergrund der neuerlichen dezidierten Gegnerschaft der katholischen Kirche zur Kernenergie steht ein weiteres Abbröckeln der älteren CDU-Stammwählerschaft zu erwarten.

Ähnlich starke Effekte ergeben sich für die SPD-Stammwählerschaft, dem Personenkreis mit gewerkschaftlicher Bindung. Hier kann die CDU im gewerkschaftlich gebundenen Sektor mit positiver Einstellung zu den Neuen Sozialen Bewegungen nur 7 v.H. der Stimmen erreichen, während für die gewerkschaftlich Ungebundenen und Gegner dieser Streitfragen die Anteile um ein vielfaches höher liegen.

6. Die Alten als Wählerreservoir systemverändernder Parteien?

Diese Frage läßt sich verneinen. Die Analysen zeigen, daß ältere Wähler und insbesondere die CDU-Klientel zwar bei wichtigen politischen Streitfragen von ihrer Parteibindung abweichen können; sie wählen dann allerdings zunächst einmal die etablierte Oppositionspartei, von der sie sowohl eine entsprechende Vertretung in dieser Streitfrage als auch Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität erwarten, die SPD. Sollte sich entsprechend in Zukunft der Protest der "Alten" in unserer Gesellschaft politisch organisieren, so wird dies im Rahmen der etablierten Institutionen sowie interessenbezogen statt ideologisch sein. Die ältere Bevölkerung ist für Veränderungen mobilisierbar, aber nur so lange, wie dies nicht die Kontinuität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Frage stellt.

7. Zusammenfassende Thesen

1. Die Intensität und die Formen politischer Beteiligung ändern sich im Ruhestand: Die Bereitschaft zur politischen Beteiligung sowie die Wahlbeteiligung geht zurück; die Bedeutung der Politik tritt in den Hintergrund.
2. In ihrer Wahlentscheidung sind ältere Wähler eher konservativ: sie wählen mehrheitlich die CDU/CSU, während die Stimmanteile für die veränderungsorientierten Parteien, wie z.B. der GRÜNEN, verschwindend gering sind.
3. Der Trend zur Wahl konservativer Parteien ist zum Teil zu erklären mit der Alters-/Konservatismusthese: Mit der altersbedingt zunehmenden Einbindung in die gesellschaftlichen Institutionen wächst die Neigung zur Wahl konservativer Parteien.
4. Für den Bereich politischer Wertorientierungen überwiegen in der älteren Bevölkerung konservativ-stabilitätsorientierte Werthaltungen, die die Wahlentscheidung stabilisieren. Gleichzeitig wächst jedoch in der alten Bevölkerung die Sensibilität für aktuelle politische Streitfragen, wie etwa die Einstellung zur Kernenergie und zur Friedensbewegung.
5. Die von der CDU-Position abweichenden Einstellungen zu aktuellen politischen Streitfragen führen selbst in der Kernklientel der CDU zur Veränderung des Wahlverhaltens, doch während in der jungen Bevölkerung diese Einstellung zur Wahl der GRÜNEN führt, profitiert davon in der älteren Bevölkerung die etablierte Oppositionspartei, die SPD. Der Protest der Alten in unserer Gesellschaft verläuft überwiegend über die etablierten politischen Institutionen und ist interessenbezogen statt grundsätzlich ideologisch; er ist oppositionell, ohne jedoch die grundsätzlichen Strukturen unserer Gesellschaft in Frage zu stellen.

Tabellen und Schaubilder

TABELLE 1: ALTERSSPEZIFISCHE WAHLBETEILIGUNGSRATEN BEI BUNDESTAGSWAHLEN, 1972 - 1983

Alter	Jahr der Bundestagswahl			
	1972 v.H.	1976 v.H.	1980 v.H.	1983 v.H.
unter 21	84.6	84.1	80.4	84.3
21 - 25	84.4	82.9	78.9	81.5
25 - 30	88.2	86.5	82.2	83.8
30 - 35	90.8	89.2	86.2	87.0
35 - 40	92.3	91.5	88.6	89.3
40 - 45	93.1	92.7	90.3	91.1
45 - 50	93.9	93.6	91.2	92.2
50 - 60	94.1	93.8	92.3	92.7
60 - 70	93.2	93.7	92.2	92.3
70 u. älter	85.9	88.0	85.7	84.9
gesamt	90.8	90.4	87.6	88.4

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983

TABELLE 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH ALTERSGRUPPEN 1983

Alter	Wahlentscheidung (Zweitstimme)				Summe v.H. (N)
	CDU/CSU v.H.	SPD v.H.	FDP v.H.	GRÜNE v.H.	
18 - 29	35	42	5	18	100 (229)
30 - 39	38	47	7	8	100 (174)
40 - 49	56	35	7	2	100 (203)
50 - 59	46	45	7	2	100 (171)
60 - 69	56	38	6	-	100 (171)
70 u. älter	47	41	12	-1)	100 (128)
Gesamt (N)	45.8	41.3	7.1	5.9	100 (1076)

Quelle: eigene Berechnungen aus Daten der Kieler Bundestagswahlstudie 1983 (ungewichtete Daten). Primärforscher Prof.Dr.W. Kaltefleiter. Die Feldarbeit lag bei GETAS (Bremen). Für die hier vorgetragene Interpretation der Daten ist allein der Verfasser verantwortlich.

1) in dieser Kategorie befindet sich ein Befragter (= 0,4 v.H.)

TABELLE 3: STABILITÄT DER PARTEIBINDUNG NACH ALTERSGRUPPEN 1983

Alter	Immer derselben Partei zugeneigt		Zum Bundestag immer dieselbe Partei gewählt	
	v.H.	(Basis N)	v.H.	(Basis N)
18 - 29	70	(199)	36	(245)
30 - 34	70	(148)	66	(188)
40 - 49	75	(176)	61	(224)
50 - 59	76	(150)	64	(181)
60 - 69	84	(155)	67	(196)
70 u. älter	88	(127)	80	(138)
Gesamt	76.5	(955)	60.1	(1173)

Quelle: wie TABELLE 2

TABELLE 4: POLITISCHE WERTORIENTIERUNGEN UND EINSTELLUNGEN IM ALTERSVERGLEICH 1983

Alter	Links-Rechts-Selbsteinstufung ¹⁾		Summe (N)	Einstellung zum Leistungsprinzip und zu sozialer Ungleichheit ²⁾		Summe (N)
	links (-5 bis -1)	Mitte rechts (1-5)		Leistungspr. u. soz. Uagl. gerecht	indif- ferent	
	v.H.	v.H.		v.H.	v.H.	
18 - 29	40	32	100 (242)	11	62	100 (519)
30 - 39	38	31	100 (177)	19	64	100 (495)
40 - 49	22	34	100 (212)	28	59	100 (442)
50 - 59	25	32	100 (173)	27	61	100 (343)
60 - 69	22	29	100 (195)	32	57	100 (323)
70 u. älter	29	24	100 (135)	33	61	100 (272)
Gesamt	29.7	30.7	100 (1134)	23.4	60.7	100 (2394)

Quelle: 1) wie TABELLE 2

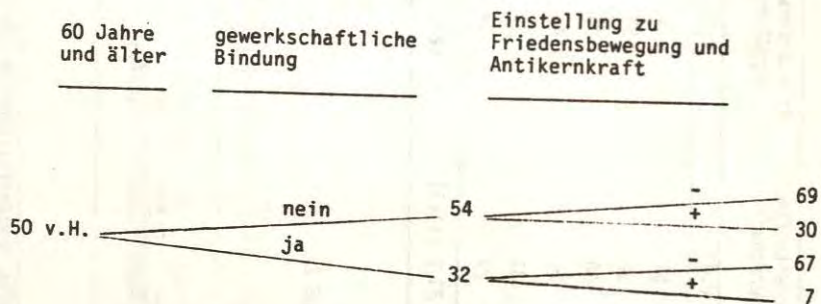
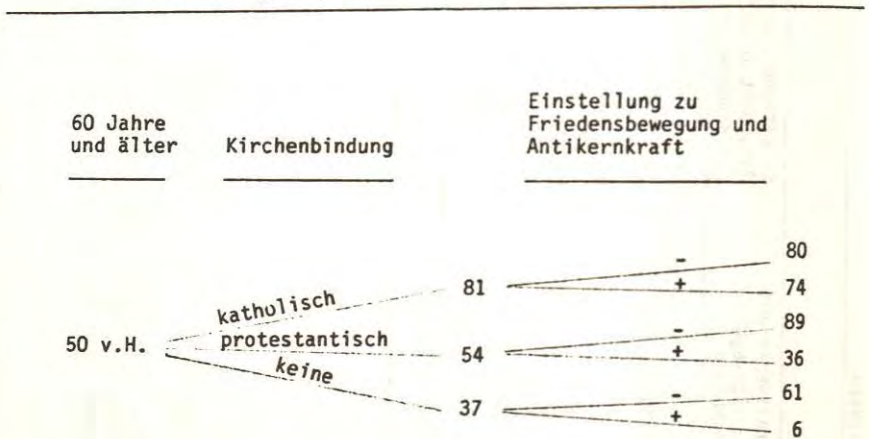
2) Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1984 (Datensatz vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität Köln zur Analyse überstellt); jeweils eigene Berechnungen. Vgl. zur Konstruktion der Skala BÜRKLIN 1986

TABELLE 5: EINSTELLUNGEN ZUR FRIEDENSBEWEGUNG UND ZU ATOMKRAFTWERKEN

Alter	Kernkraftwerke: Gegnerschaft	Friedensbewegung: Begrüßung	Kernkraftwerke und Friedensbewegung Begrüßung	Bereitschaft zur Mitarbeit in der Friedensbewegung
	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
18 - 29	51	71	46	51
30 - 39	36	58	30	40
40 - 49	30	46	22	30
50 - 59	21	44	14	21
60 - 69	31	46	22	23
70 u. älter	27	39	15	13
Gesamt	33.8 (1177)	52.0 (1152)	26.2 (1110)	31.1 (1197)

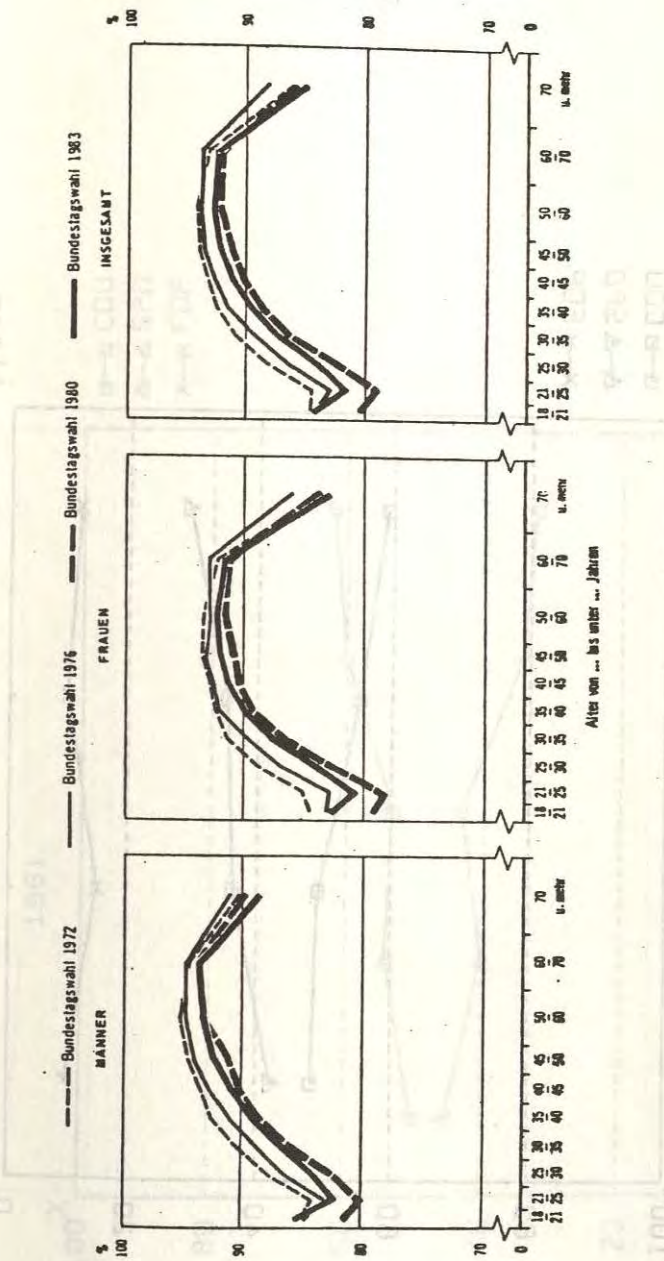
Quelle: wie TABELLE 2

TABELLE 6: DIE BEDEUTUNG POLITISCHER SACHFRAGEN FÜR DIE WAHLENTSCHEIDUNG (V.H.-ANTEILE CSU/CDU) IN DER KERNKLIENDEL DER ETABLIERTEN PARTEIEN (1983)



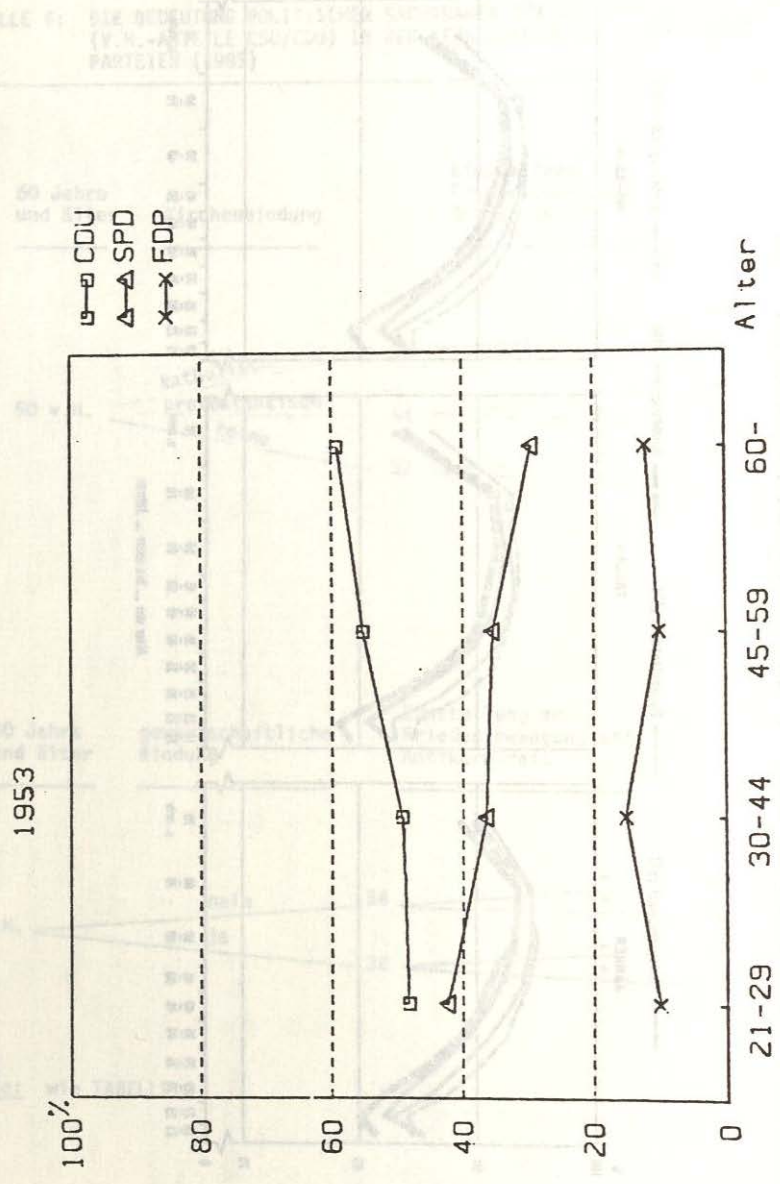
Quelle: wie TABELLE 2

SCHAUBILD 1: WAHLBETEILIGUNG DER MÄNNER UND FRAUEN BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN 1972 - 1983



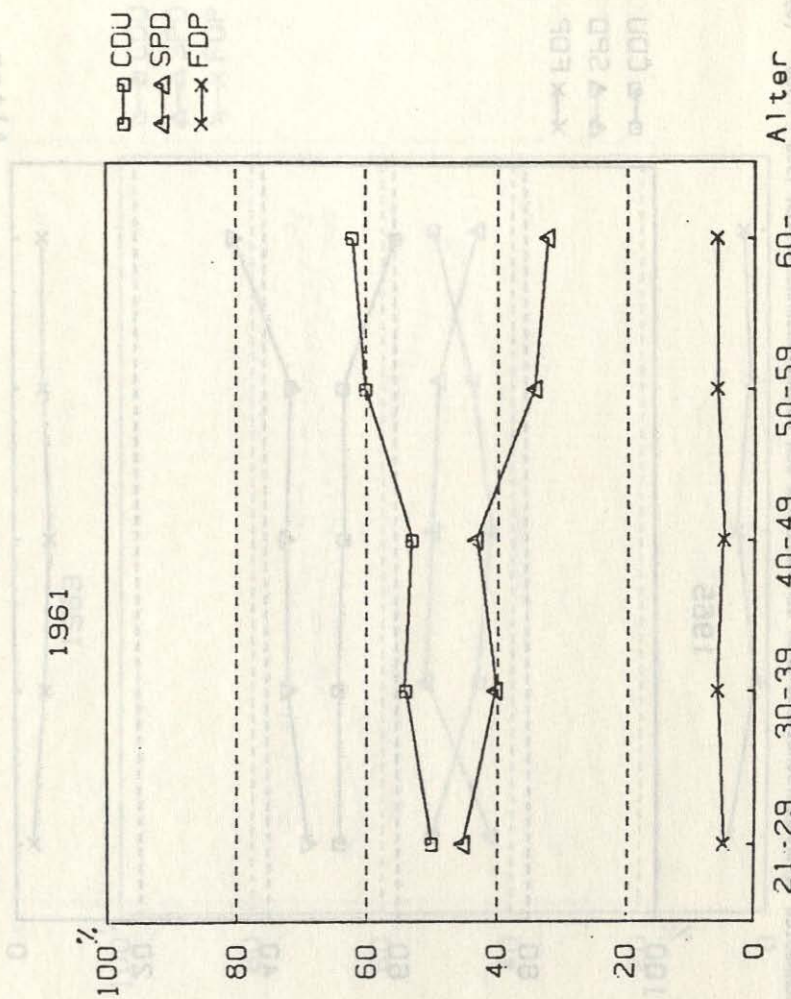
Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1983:20f.

SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (1)



Quelle: Bundestagswahlstudien 1953-1983, Datensätze des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung der Universität Köln

SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (2)



Quelle: 1983: 418 Ergebnisse zweier Bundestagswahlstudien (S. 85 und 24 426) Friedberg/Siedler.

SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (3)

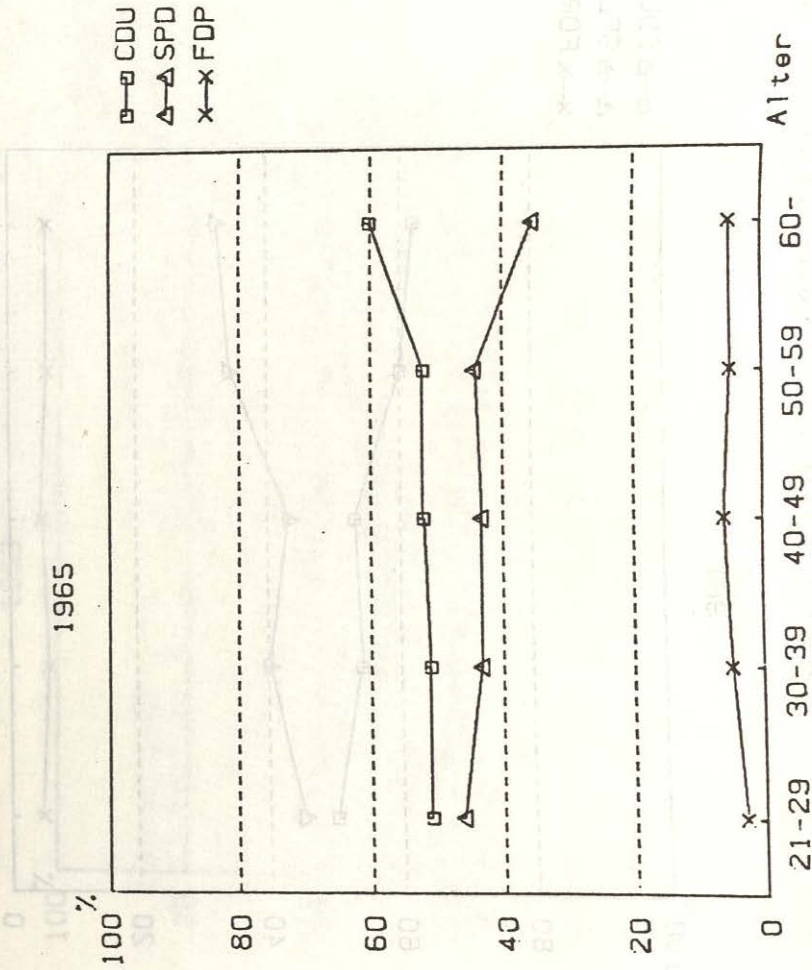
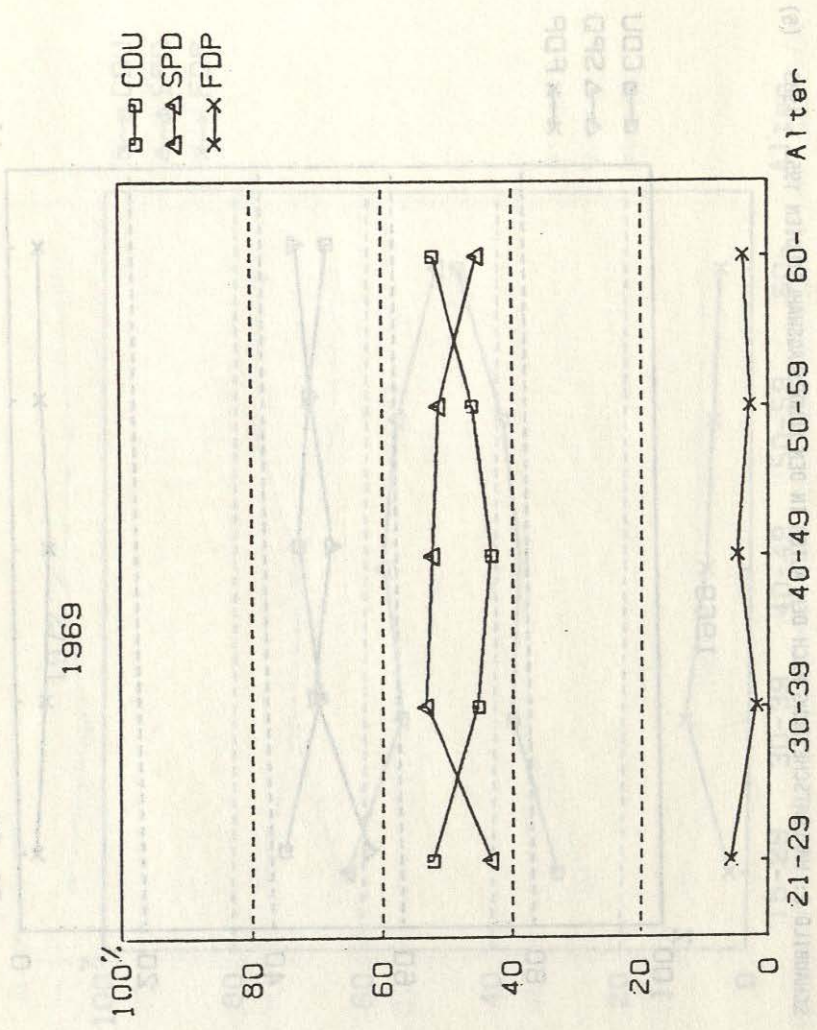


SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (4) *



*Für 1969 sind die Ergebnisse zweier Bundestagswahlstudien (ZA 525 und ZA 426) wiedergegeben.

SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (5)

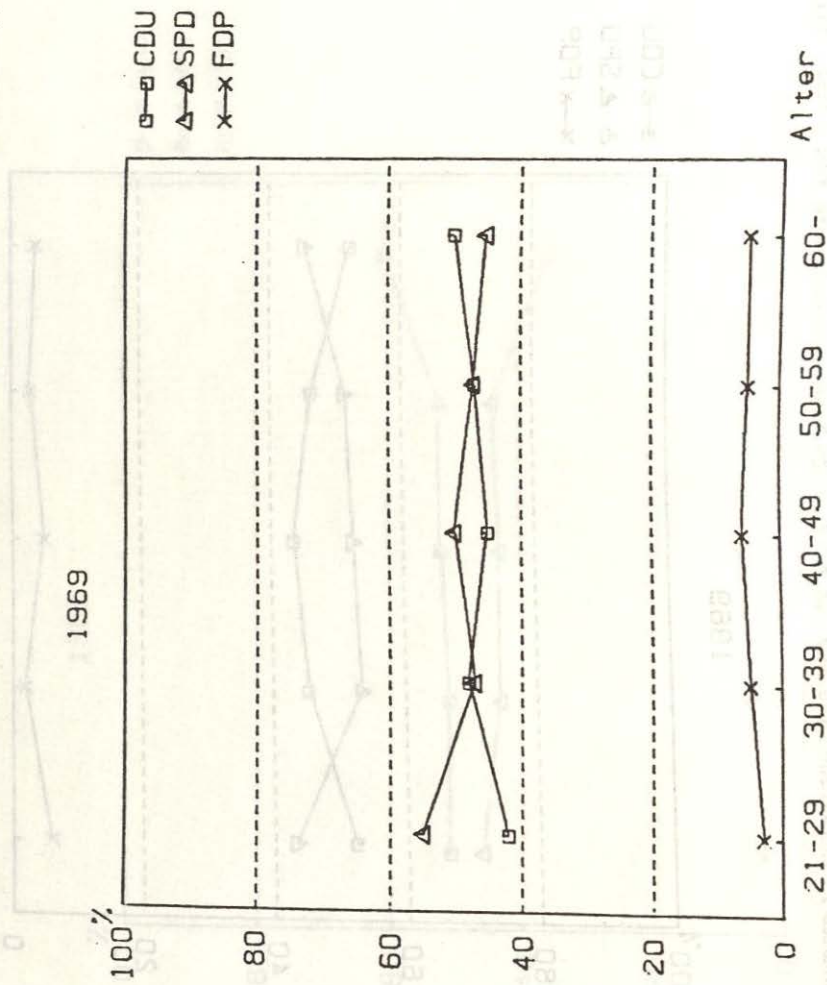


SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (6)

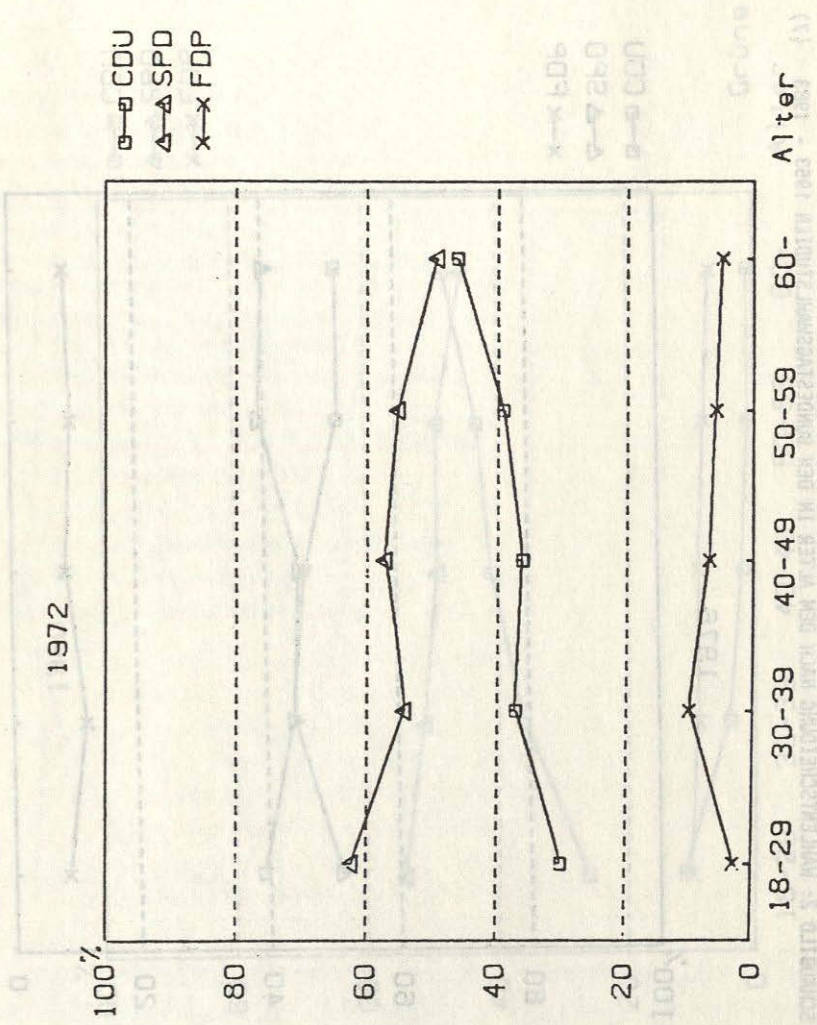


SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (7)

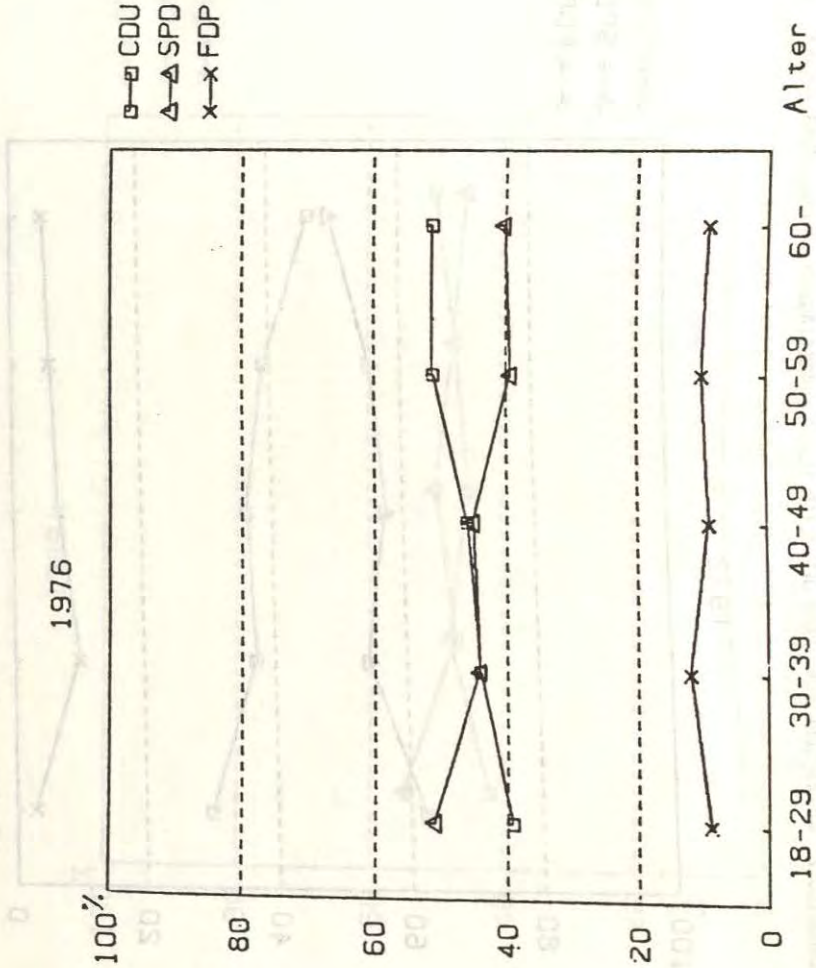


SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (8)

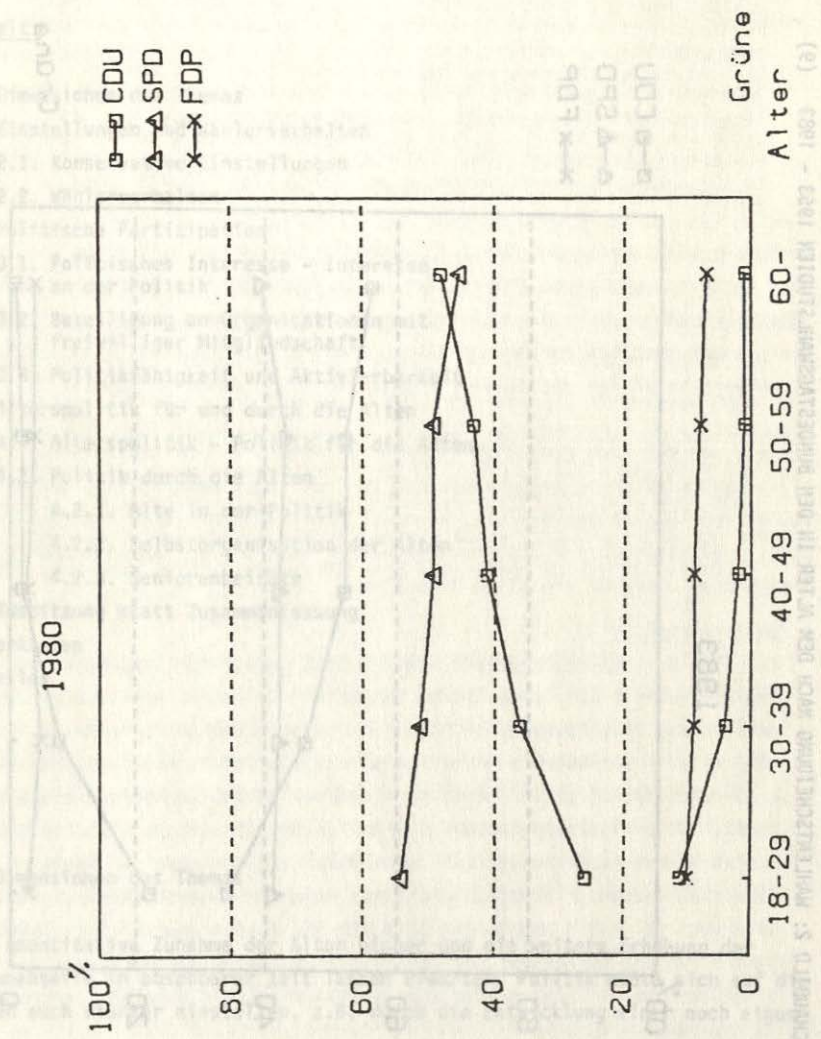
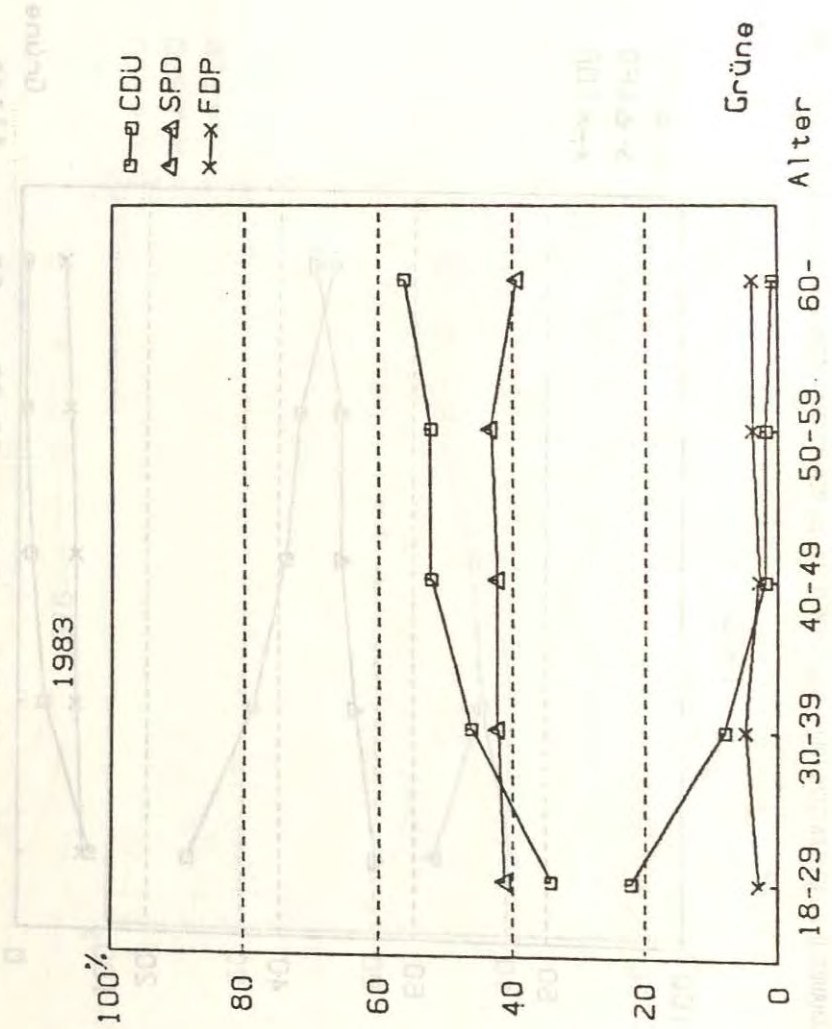


SCHAUBILD 2: WAHLENTSCHEIDUNG NACH DEM ALTER IN DEN BUNDESTAGSWAHLSTUDIEN 1953 - 1983 (9)



DIE ALTEN UND DIE POLITIK

Hans Peter Tews

Inhalt:

1. Dimensionen des Themas
2. Einstellungen und Wählerverhalten
 - 2.1. Konservative Einstellungen
 - 2.2. Wählerverhalten
3. Politische Partizipation
 - 3.1. Politisches Interesse - Interesse an der Politik
 - 3.2. Beteiligung an Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft
 - 3.3. Politikfähigkeit und Aktivierbarkeit
4. Alterspolitik für und durch die Alten
 - 4.1. Alterspolitik - Politik für die Alten
 - 4.2. Politik durch die Alten
 - 4.2.1. Alte in der Politik
 - 4.2.2. Selbstorganisation der Alten
 - 4.2.3. Seniorenbeiräte
5. Zuspitzung statt Zusammenfassung

Anmerkungen

Tabellen

1. Dimensionen des Themas

Die quantitative Zunahme der Alten bisher und die weitere Erhöhung der Altenanteile in absehbarer Zeit lassen erwarten, Politik müßte sich auf die Alten auch stärker einstellen, z.B. durch die Entwicklung einer noch eigen-

ständigeren Alten- oder Alterspolitik. Die Zahlen legen eine wachsende manifeste oder auch nur latente Altenmacht nahe. Emphatischer formulierte der fast 90jährige Walter Dirks:

"In ein paar Jahren werden wir ein Drittel der Bevölkerung sein. Ohne uns wird niemand regieren können, ohne uns kann schon jetzt niemand regieren. Sind wir eine stattliche Sperrminorität, die Schicht resignierender oder gar vertrocknender Köpfe und Herzen, sind wir eine durch ihr Alter reaktionär gewordene oder gebliebene Schicht? Wir sollten etwas anderes sein, wir sollten die Schicht der erfahrenen, der gelassenen und zornigen, der geduldigen und ungeduldigen Alten sein. Dazu müßten wir unserer latenten Macht bewußt werden, und dazu wiederum müßten wir uns solidarisieren. Nicht zu einer neuen Formation, zu einer Partei der Alten, wahrhaftig nicht, wohl aber zu einer Schicht, die in allen produktiven Formationen zur Stelle ist" (DIRKS 1985: 256).

Wachsende Wählermacht und die als notwendig angesehene Selbstorganisation sind weitere angerissene Themen. Was davon Realität ist, können wir ungefähr beschreiben. Was sein sollte, mag strittig und was hier z.T. erwartet wird, sogar gänzlich unwahrscheinlich, vielleicht noch nicht einmal wünschenswert sein! Ich möchte das im weiteren etwas näher begründen.

Bezieht man die oben formulierte Quantitätsthese, die weitreichende Effekte allein schon aufgrund demographischer Veränderungen unterstellt, auf unterschiedliche Ebenen der Politik, wird sie überprüfbarer. Die in öffentlicher, publizistischer Diskussion verdeckter oder offener angesprochenen Beziehungen umfassen vor allem 3 Komplexe:

o Wählerverhalten

Fast 1/3 der Wähler insgesamt stellen heute schon ein beachtliches Wählerpotential dar. Immer schon hat mit Alter und Altern sich Befassende auch die Frage bewegt, ob Alter mit zunehmendem Konservatismus verbunden ist - sozusagen altersimmanent, lebenszyklisch bedingt und/oder auch durch Sozialisation vermittelt und verstärkt. Was Konservatismus heißt, ist präzisierungsbedürftig. Am leichtesten ist politischer Konservatismus nach wie vor zu fassen durch auf konservative Parteien sich richtendes Wählerverhalten. Diese Form des Alterskonservatismus wird sich im großen und ganzen auch für die Bundesrepublik bestätigen lassen. Heißt das konkret, daß wir in den nächsten Jahrzehnten - den einen zur Freude, den anderem zum Graus - mit CDU/CSU-geführten Regierungen rechnen müssen?

o Transferzahlungen und Kostenerhöhungen

Direkte Erhöhungen der Rentenzahlungen, erhöhte Reformbedürftigkeit des Rentensystems, die "Aufkündigung des Generationenvertrags" - dies sind ebenfalls oft geäußerte Erwartungen. Die Rentenversicherung rechnet zwar erst ab etwa 2010 mit einer kritischen Situation des Rentensystems, bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung. Aber auch zu geringe Renteneinkommen führen zu zusätzlichem Hilfebedarf in Form von Transferzahlungen wie Wohngeld, Sozialhilfe u.a. oder zur Ausweitung neuer Formen der Armut, wie sie aktuell in den USA und in Britannien politisch programmiert, aber durch dauerhafte Arbeitslosigkeit auch bei uns absehbar sind. Gleichzeitig ist die Erhöhung der Sozialabgaben ein heißes Eisen, die "Grenzen der Belastbarkeit" erscheinen für Politiker schon jetzt erreicht. Als "latente Macht" ist die zunehmend größere Zahl der Alten sehr präsent und Kostenerhöhungen sind absehbar. Aber selbst die mögliche Entstehung und Ausweitung neuer Armutsschichten muß nicht zur Ablösung eher konservativer Regierungen führen, politische Auswirkungen selbst bei z.T. verändertem Wählerverhalten sind nicht zwangsläufig.

Absehbar sind Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen, in starkem Maße durch Zunahme der Alten verursacht. Offensichtlich ist, daß Kostenerhöhungen bisher kaum eingeschränkt werden konnten. Und etablierte Macht- und Interessenstrukturen machen grundsätzliche Änderungen auch in Zukunft wenig wahrscheinlich. Wachsende Behandlungsansprüche und die medizinische Entwicklung werden auch in Zukunft Kostensteigerungen verursachen.

o Politische Partizipation - Selbstorganisation der Alten

Das Argument, die unterprivilegierte "Minderheit" der Alten hätte ihr Schicksal selbst stärker in die Hand zu nehmen, erscheint m.E. wenig schlüssig. Die Alten mögen formal noch eine Minderheit sein - im Verhältnis zu wem? - politisch sind sie es quantitativ nicht mehr. Die Rede von der Minderheit hat sich inzwischen überholt. Benachteiligungen der Alten schlugen bisher nicht in politische Aktionen um. Das von Zeit zu Zeit in die Diskussion geworfene Schlagwort von der "Revolution der Alten" dürfte auch in Zukunft publizistischer Unfug bleiben. Die Selbstorganisation der Alten ist bisher m.E. politisch nur wenig voran gekommen. Ob sie aber in Zukunft notwendiger sein wird, kann man durchaus bestreiten. Die Vertretung der Alteninteressen - wird sie also durch die etablierten politischen Institutionen hinreichend geleistet?

Soziale Gerontologie neigt zur Parteinahme für die Alten. Dies mag durch notwendiger Konzentration auf das Objekt und seine Perspektiven mehr oder minder zwangsläufig sein. Aber durch Konzentration auf die "armen Alten" sollten wir uns selbst den Blick nicht verstellen auf die diversen Armen der anderen Generationen. Die armen Alten sind einerseits so arm wiederum auch nicht mehr. Und eine erweiterte, das politische System in den Blick nehmende Perspektive, muß auch den anderen Generationen gerecht werden. Gerade weil das "Jahrhundert der Alten" sich selbst ausruft, wird man sich auch fragen müssen, ob zugunsten anderer Generationen nicht gegenzusteuern ist! Naive Parteinahme erscheint mir nicht mehr zeitgemäß.

Im angloamerikanischen Bereich ist die Unterscheidung von "politics" und "policy" üblich. "Politics" umfaßt politisches Verhalten - im Hinblick auf die Alten, deren Einstellungen und Wählerverhalten, politische Partizipation und die Frage nach existierenden und sich vielleicht weiterentwickelnden Formen politischer Selbstorganisation. Die zweite Ebene, die "policy", betrifft die Alterspolitik, die Rolle der Älteren im politischen System. Alterspolitik ist in diesem Sinne heute vornehmlich Sozialpolitik. Wie findet Alter in der Politik Berücksichtigung? Ist Alterspolitik vornehmlich durch Einkommenssicherung einerseits (Rentenpolitik) und durch Altenhilfe-Politik andererseits zu kennzeichnen? Ist die Frage der Vorverlegung der Berufsaufgabe auch Alterspolitik oder nur Arbeitsmarktpolitik? Durch wen wird Alterspolitik - falls es sie gibt - betrieben? Schlagwortartig kann man auch in "Politik durch die Alten" und in "Politik für die Alten" trennen. Die Schnittstelle "Politik durch die Alten für die Alten" wird heute unter dem Schlagwort "Selbstorganisation" lebhaft diskutiert. Die ohne eine gewisse Willkür nicht vorzunehmende Trennung in "politics" und "policy" ist dadurch teilweise wieder aufhebbar. Ohne Rückbezug auf strukturelle Entwicklungen und auf das politische System der Bundesrepublik ist aber auch das politische Verhalten der Alten nicht zu interpretieren.

2. Einstellungen und Wählerverhalten

Wenn sich heute fast jeder dritte Wähler (29 v.H. insgesamt) im Rentenalter befindet, und aus den gängigen Bevölkerungsprognosen deren stetige Zunahme abzuleiten ist, so wird die Frage nach dem Wählerverhalten der Alten zwei-

fellows wichtiger. Die dritte der folgenden Legislaturperioden ab 1999 reicht ins Jahr 2000. Immer wird im weiteren politische Stabilität vorausgesetzt, wofür aus heutiger Sicht mehr spricht als für durchgreifenden Wandel. Und Auswirkungen denkbarer Katastrophen lassen sich auch nicht einbeziehen. Die heute 40- bis 50jährigen sind dann die 52- bis 62jährigen. Im Jahre 2030 sollen fast die Hälfte aller Wähler (44 v.H.) über 60 Jahre alt sein. Bei allem guten Willen zum Glauben an langwährende Stabilität dürfte unsere Phantasie scheitern, über die politischen Verhältnisse in dieser Zeit zu spekulieren. Leichter, aber immer noch schwer genug, fällt uns das bei stabiler erscheinenden, sich längerfristig herausbildenden Tendenzen des generativen Verhaltens, geringer Kinderzahl, unsere Gesellschaftsstruktur verstärkt prägenden Phänomenen wie zunehmender Singularisierung u.a.

Einstellungen mögen nicht stabil genug erscheinen. Andererseits sind bei den genannten Veränderungen des generativen Verhaltens längerfristig angelegte Einstellungsveränderungen die wesentliche Basis. Auch macht die Beziehung zwischen Alter und Konservativismus aus allen bisherigen Erfahrungen und Ergebnissen einen recht stabilen Eindruck. Man wird dann auch prognostisch auf solche Beziehungen setzen können.

In einem Überblicksartikel aus dem Jahre 1983 (PRATT 1983) wird für die USA festgestellt, daß Ältere - gleich, nach welcher Konservativismus-Definition - sich im Vergleich zu den Jüngeren und insbesondere zu den jüngeren Erwachsenen als relativ konservativer erwiesen haben. Das betraf eine ganze Reihe politischer und sozialer Fragen. Andererseits wurde auch festgestellt, die Älteren würden ihre politischen Einstellungen wie auch die Jüngeren ändern können, aber die Geschwindigkeit der Veränderung sei geringer. Politischer Wählerkonservativismus wäre danach also nicht zwangsläufig.

Zunächst, was heißt Konservativismus konkret, in welchen Einstellungen, an welchen Aussagen ist er ablesbar? Sind z.B. in den USA bestätigte Ergebnisse mit bundesdeutschen vergleichbar? Verändern nachwachsende Generationen das Bild und die politische Landschaft, oder werden auch sie wieder konservativer? Welche Auswirkungsmöglichkeiten bestehen auf unser politisches System, unter Berücksichtigung seiner Koalitionszwänge und seinem Wandel vom 3- zum 4-Parteiensystem? Seine weitere Ausprägung und Stabilität unterstellt, führen Konservativismus-Tendenzen der Alten zu stärkeren Auswirkungen

oder werden sie eher abgeschwächt durch die in diesem 4-Parteiensystem sich herausbildenden Alternativen? Weiter werden manifeste Einflüsse von latenten zu unterscheiden sein: Wahlergebnisse und die Einstellung auf sie (so die Konsequenzen der Verluste, die vor allem die CDU/CSU 1987 erlitten), die Einstellung der Parteien sozusagen präventiv auf potentiell Wählerverhalten, z.B. durch Unterstellung konservativer Grundeinstellungen der Älteren und die Ausrichtung zielgruppenspezifischer Programmatik und Wählerbeeinflussung durch die Parteien.

CAMPBELL/STRATE (1981) unterscheiden bei der Frage, ob Alte konservativer sind, 4 Schwerpunkte: die ideologische Identifikation (Selbsteinschätzung als konservativ); Wählerverhalten und Wahlpräferenzen, spezielle Einstellungen zu bestimmten Themen, die im Zusammenhang des politischen Systems als konservativ zu bezeichnen sind (z.B. Einstellungen zu Recht und Ordnung) und zuletzt inhaltliche politische Themen, die eher als mit konservativen Orientierungen verbunden angesehen werden. Da diese Untersuchung US-Befragungsdaten aus 14 Wahlstudien von 1952 bis 1980 zur Basis hat, bietet sie wesentliche Ergebnisse.

Von einigen grundsätzlichen System-Unterschieden wird man beim Vergleich mit Ergebnissen aus der Bundesrepublik durchaus absehen können, wenn die Tendenzen die gleichen sind. Die vorliegenden zum Vergleich heranzuziehenden Untersuchungen sind ohnedies nicht zahlreich und zudem auch noch zumeist auf die USA bezogen (EDINGER 1985). Auch besteht häufig nur die Möglichkeit, Angaben zu einzelnen Fragen zu vergleichen, nicht Ergebnisse aufgrund umfangreicher Einstellungsskalen, die identische Dimensionen abbilden. Mag sein, daß in den Meinungsforschungsinstituten hier an Daten mehr schlummert, als mir an veröffentlichten Untersuchungen zur Verfügung stand. Dennoch, gehen die Ergebnisse jeweils in die im allgemeinen erwartete Richtung, dann sind aus zusätzlichen Untersuchungen, methodisch möglicherweise fundierter erhoben als durch wenige Items oder Fragen, gewonnene weitere Erkenntnisse nur Verfeinerungen des allgemeinen Bildes.

Konservatismus als ein zentrales Konzept möchte ich im Hinblick auf die Alten etwas ausführlicher fassen. Vielleicht wird sich belegen lassen, daß sich hier konsistente Einstellungsmuster finden. Politischer Konservatismus ist dabei nur ein begrenzter Ausschnitt des "Alterskonservatismus".

Dieses Konzept des Konservativismus umfaßt auf der Ebene von Einstellungen und Verhalten:

- (1) Vermeiden von und Widerstand gegen Veränderungen: Das betrifft das eigene Verhalten ebenso wie Veränderungen der Umwelt. Eine Basis ist das Streben nach Sicherheit, was sich sogar als Widerstand gegen objektive Verbesserungen der Lebenssituation zeigen kann. Veränderungen sogar zum Besseren werden als individuelle Bedrohung wahrgenommen, auch wenn nach erfolgten Veränderungen die dazu Genötigten selbst dann Verbesserungen feststellen können. Dies ist offenbar ein in der Altenarbeit nicht selten beobachtbares Phänomen, für das es auch eine Reihe von Erklärungen gibt, wobei die Anpassung an negative Verhältnisse z.T. auch als soziale Schwäche interpretierbar ist. Das Risiko selbst von später als positiv empfundenen Veränderungen kann als zu hoch eingeschätzt werden. Meines Erachtens ist ein Großteil des als typisch altersspezifisch angesehenen Rückzugs- und Vermeidungsverhaltens so zu interpretieren.

- (2) Anthropologischer Konservativismus oder Pessimismus: Damit möchte ich Grundüberzeugungen wie Vorstellungen von der Unveränderbarkeit der menschlichen Natur, der Welt, des Alters und der Alten kennzeichnen. Individuell mag sich dies als lebenslange Einstellung, die sich im Alter verstärkt oder aber auch als allmählich herausbildende Alterssicht, abgelesen am eigenen und dem Leben anderer, herausbilden. Man kann auch das vermittelte negative Altersbild der Gesellschaft so interpretieren, das die Alten selbst annehmen und dann verteidigen. Sie sehen selbst damit mehr als altersimmanent an, als aus objektiver Sicht gerechtfertigt erscheint; denn so unveränderbar sind, wie wir wissen, die Alten und auch deren Verhältnisse nicht. Wenn es nun gute Gründe gibt, der Veränderungen der Alterssituation durch die Alten selbst in Zukunft einen höheren Stellenwert zuzubilligen (siehe TEWS 1987a), so stellen diese altersimmanenten oder erworbenen pessimistischen Grundhaltungen ganz wesentliche Hindernisse dar, unabhängig von einer Änderungen abträglichen objektiven Alterssituation. Was man als altersimmanent ansieht, hängt wiederum auch davon ab, welche anthropologischen Grundeinstellungen man selbst besitzt. Das betrifft auch Gerontologen. Wissenschaft stößt hier an ihre Grenzen, wenn schlüssig

beantwortet werden soll, wie weit die Alten im Alter noch veränderbar sind. Es ist dann eben schwer, zu entscheiden, was sozusagen altersimmanent ist oder lebenslang verfestigt wurde. Und was, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr veränderbar ist, gerät zur "2. Altersnatur", Dialektik des Altersschicksals.

- (3) Konservativ-traditionelle Einstellungsmuster: Auch diese Muster sind im Hinblick auf unterschiedliche Inhalte und Sachthemen zu trennen, wiederum allerdings ist schwer zu sagen, wie konsistent sie individuell und gruppenspezifisch empirisch nachweisbar sind. Auch sie wurden auf der Basis von Grundeinstellungen sachbezogen erworben, und sie dürften um so deutlicher ausgeprägt sein, je intensiver Individuen damit konfrontiert sind und je stärker sie betreffende Inhalte und Themen gesellschaftliche Bedeutung bekommen. Das betrifft z.B. Moralvorstellungen im partnerschaftlich familiären Bereich: Normen partnerschaftlich-familiären Verhaltens, des Sexualverhaltens, Einstellung zur Abtreibung u.a. Das betrifft weiter traditionelle Normen und Verhaltensweisen, die mit Institutionen verbunden sind, z.B. Familie, Kirche, Staat. Und das betrifft zentral berührende gesellschaftliche Fragen, z.B. die Einstellungen gegenüber Ausländern, traditionelle Arbeitswerte u.a. Diese Einstellungen mögen als privat und auf den ersten Blick als unwichtig wahrgenommen werden, wenn die Alten sie in stärkerem Umfang haben. Kritisch kann es beispielsweise konkret dann werden, wenn bei uns eine offensive, tolerante, ausländerfreundliche Politik aus bevölkerungspolitischen Gründen in absehbarer Zukunft notwendig wird. Offensivere Programmatik kann sich hier bisher keine der etablierten Parteien außer den GRÜNEN leisten. Andere Themen wären zu ergänzen. Die Alten sind hier möglicherweise dann mehr als eine "Sperrminorität", durchaus latente oder sogar manifeste Altenmacht, die sich auch gegen das richten kann, was die nachfolgenden Generationen schon stärker als gesellschaftlich notwendig akzeptieren. Konservativ-traditionelle Einstellungsmuster können demnach verschiedene Auswirkungen haben. Sie können neutral-unschädlich sein, stabilisierende, aber auch verhindernde Effekte haben.
- (4) Politischer Konservatismus: An politische Einstellungen und das daran geknüpfte Wählerverhalten denkt man beim Thema "die Alten und die

Politik" wohl am ehesten, Zeichen eines eingeschränkteren Politikverständnisses. Politische Orientierung, politische Interessen und das Wählerverhalten selbst umfassen demnach diese Dimension: die Frage nach dem konservativen Wählerpotential bei den Alten, bei nachwachsenden Generationen, Stabilität und Veränderbarkeit von Einstellungen und Verhalten.

Eine entsprechende Untersuchung mit einem altersspezifischen und umfassenderen Konservatismus-Konzept ist mir nicht bekannt geworden. Worin schlagen sich nun die konservativen Einstellungen der heute Alten konkret nieder?

2.1. Konservative Einstellungen

Ich möchte die mir verfügbaren Untersuchungen mit ihren wesentlichen Ergebnissen bezogen auf vorwiegend politische Einstellungen kurz gefaßt darstellen. Zumeist handelt es sich um Kohortenvergleiche, bei denen über 60jährige den jüngeren Altersgruppen gegenübergestellt werden, wobei Unterschiede zu den unmittelbar nachfolgenden Kohorten wichtiger sind als Unterschiede z.B. zu den 20- bis 30jährigen, die ohnehin häufiger "jugendlichere" Einstellungen besitzen und somit eher Kontrastgruppen darstellen. Ich möchte sechs Gruppen von Ergebnissen unterscheiden, die den o.a. Konservatismus-Dimensionen nur z.T. plausibel und trennscharf zugewiesen werden können.

o Selbsteinschätzung, politische Polarisierung

Die schon genannte US-Untersuchung (CAMPBELL/STRATE 1981) kommt zumindest für die 70er Jahre zu einer etwas konservativeren Selbsteinschätzung der Älteren gegenüber den Angehörigen der mittleren Altersgruppen. Die Rechts-Links-Selbsteinschätzung der Kieler Bundestags-Wahlstudie 1983 (BÜRKLIN 1986; vgl. auch BÜRKLIN in diesem Band) weist stärkere Rechts-Einstufungen bei den Älteren auf. Nach der entsprechenden Skala waren es fast die Hälfte der 60- bis 69jährigen, selbst wenn zunehmend strittiger wurde, was damit im einzelnen verbunden sein soll und ob vielleicht die Älteren noch klarere Links-Rechts-Vorstellungen haben als die Jüngeren. Entsprechende Tendenzen dürften hier aber nach wie vor anzutreffen sein.

Vielleicht ist heute die Einstellung gegenüber den GRÜNEN ein sinnvoller Konservatismus-Indikator als der verwaschenerere Links-Rechts-Gegensatz. So finden es die über 60jährigen am seltensten gut, daß die GRÜNEN im Bundestag sind: 42 v.H. gegen 80 v.H. bei den 18- bis 29jährigen (STADIE 1986: 33). Die Akzeptanz der GRÜNEN ist auch dann bei den CDU/CSU-Anhängern am geringsten, am höchsten (außer natürlich bei den GRÜNEN selbst) bei den SPD-Anhängern.

Da die "politische Richtung" der Individuen als sozialisationsbedingt anzusehen ist, die sich mit zunehmendem Alter tendenziell verfestigt, ist auch die Parteienbindung ein Indikator. Stärkere CDU/CSU-Bindung der Älteren ist nach wie vor festzustellen, wie auch insgesamt stärkere Polarisierung bei den Älteren (PLUM/SCHLEUSNER 1981: 224).

o Systemakzeptanz und Zufriedenheit mit dem politischen System

Eine mit zunehmendem Alter erhöhte Zufriedenheit mit unserem politischen System wurde mehrfach ermittelt (STADIE 1986; PLUM/SCHLEUSNER 1981), wobei nicht einmal Unterschiede nach sozialen Gruppierungen festgestellt werden konnten. Aber ist das wirklich Zufriedenheit oder Resignation, Gleichgültigkeit oder wahrgenommener Einflußlosigkeit zuzuschreiben? Die Frage nach der Demokratiezufriedenheit wird mit zunehmendem Alter häufiger uneingeschränkt bejaht (STADIE 1986: 28). Die Älteren vertrauen eher darauf, daß der Staat das Richtige für die Bürger tut. Seltener sehen sie eine ernsthafte Bedrohung für die Zukunft der Bundesrepublik und meinen häufiger, daß wir mit unseren Problemen schon selbst fertig werden.

o Politische Macht- und Meinungslosigkeit

Fast die Hälfte der befragten über 60jährigen bejahte die Aussage, daß es genüge, wenn man regelmäßig zur Wahl gehe, mehr brauche man eigentlich in einer Demokratie nicht zu tun. Aber nur etwa 1/4 der 18- bis 29jährigen stimmten dem zu.

Rund 3/4 akzeptierten die Aussage, daß Leute wie sie keinen Einfluß hätten auf das, was die Regierung tut (60 v.H. der 18- bis 29 jährigen) (EDINGER 1985: 60 f.). Dies ist in der Tendenz auch in anderen Ländern nicht anders, obwohl es nicht unbedeutliche Unterschiede in den Anteilen gibt, die sich als politisch einflußlos empfinden.

Nach wie vor dürfte die folgende Aussage für die Bundesrepublik stimmen: "Sowohl in den jüngeren als auch in den höheren Altersklassen kann ein Effekt nachgewiesen werden, der sowohl das Empfinden politischer Machtlosigkeit als auch die Tendenz zur Meinungslosigkeit verstärkt. Sowohl Machtlosigkeit als auch Meinungslosigkeit finden sich häufiger in unteren Einkommens- und Bildungsgruppen, sowie bei Frauen" (PLUM/SCHLEUSNER 1981: 225 f.).

o Einstellungen zu politischen Fragen und Inhalten

Die schon mehrfach genannte US-Untersuchung konnte über die Zeit von 1952 bis 1980 bei den über 65jährigen im Vergleich zu den 30- bis 64jährigen bei 159 Fragen 64 mal über 10 v.H. liegende Unterschiede in Richtung größeren Konservatismus feststellen, in 18 Fällen aber auch eher liberalere Tendenzen bei den Älteren ausmachen. So kommt die Untersuchung zu dem Schluß, daß Ältere im Hinblick auf Einstellungen zu politischen Fragen im allgemeinen konservativer seien (CAMPBELL/STRATE 1981: 584).

Deutliche Unterschiede ergaben sich bei Einstellungen zu Recht und Ordnung, z.T. sicher auch Ergebnisse der Ängste vor Kriminalität. Im Generationenvergleich stimmten bei uns 68 v.H. der über 60jährigen der Feststellung zu "Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müßte doch wieder Ordnung in unseren Staat bringen." Von den 30- bis

55jährigen stimmten 46 v.H. zu, von den 18- bis 29jährigen 33 v.H. (STADIE 1986: 28).

Bei einer ganzen Reihe sozialer und 'life-style'-Fragen gab es in der US-Untersuchung ähnliche Unterschiede, obwohl zur mittleren Generation weniger ausgeprägt als zur jüngeren. Am deutlichsten waren sie dort, wo traditionelle Werte am stärksten in Frage gestellt wurden, so z.B. bei der Einstellung zur Abtreibung.

Weiterhin betraf dies auch außenpolitische Fragen sowie innenpolitische, z.B. die Einstellungen zu rassistischen Fragen. Bei uns dürfte die Frage nach negativen Einstellungen Ausländern gegenüber an deren Stelle treten und zu ähnlichen Ergebnissen führen.

In einer Kieler Bundestags-Wahlstudie 1983 wurden Einstellungen zur Friedensbewegung und zu Kernkraftwerken abgefragt mit ähnlichen Alterstendenzen (vgl. BÜRKLIN in diesem Band), selbst wenn sich die Einstellungen zu einzelnen Themen auch im Detail differenzierter darstellen und man nicht zwangsläufig mit tendenziell gleichgerichteten Altersunterschieden rechnen kann. Dennoch, die Tendenzen dürften sich insgesamt ähneln.

So kommen entsprechende Umfragen zu politischen Sachthemen bei uns zu dem Ergebnis, daß die Älteren wesentlich sicherheitsorientierter sind als die jüngeren Generationen. Jeweils nicht unwesentlich höhere zustimmende Anteile bei den über 60jährigen gab es für wichtige politische Aufgaben wie: die Renten sichern, die Preise stabil halten, eine stabile Wirtschaftslage sichern, den Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen, die Wirtschaft ankurbeln. Dagegen halten sie es weniger für wichtig, für den Umweltschutz zu sorgen und die Verschmutzung von Luft und Wasser einzudämmen (STADIE 1986: 33).

Konfliktbereitschaft und das Verständnis für die Notwendigkeit des politischen Konfliktes ist bei den Älteren geringer. Ausdruck davon war schon die geringere Akzeptanz der GRÜNEN. Deutlicher wird das in einer österreichischen Studie über die Bereitschaft zur "Beteiligung an unkonventionellen politischen Verhaltensweisen und gewalthaften Aktionen", von der Unterschriftensammlung über die Besetzung von Gebäuden bis hin zur Gewaltanwendung gegen Personen (URBAS 1980). Danach sind die Älteren, wie zu erwarten, im allgemeinen weniger bereit, solche Aktionen zu akzeptieren, wenn auch die Tendenzen z.T. wiederum nicht so ausgeprägt sind und dies auch nicht für jede der abgefragten Einflußmöglichkeiten so pauschal gilt. Aber die jüngeren Altersgruppen sind zudem im allgemeinen überzeugter von der Wirksamkeit unkonventioneller politischer Verhaltensweisen.

Die o.g. sicherheitsorientierten Zustimmungen kann man als durch die unmittelbaren Interessen der Alten beeinflußt interpretieren. In der US-Untersuchung konnte belegt werden, daß die Alten politische Fragen positiv einschätzen, durch die sie begünstigt wurden, was naheliegender erscheint. Andererseits waren sie auch im Vergleich zu Personen mittleren Alters eher gegen Programme z.B. für die Jugend, von denen sie unmittelbar nichts hatten.

Ist das Ergebnis auf die Bundesrepublik übertragbar und kommt es zu Situationen, wo diese Einstellungen wirksam werden können, kann es durchaus zu als Generationenkonflikte zu interpretierenden Auseinandersetzungen kommen. Dies schlägt sich vielleicht weniger in offenen

Konflikten nieder, eher in der Berücksichtigung von Interessen der Alten, denen man schwer etwas wegnehmen oder vorenthalten kann.

Dies könnte man sehr wohl als latente Altenmacht interpretieren, die sich durchsetzt, ohne daß die Alten selbst dafür kämpfen müßten. Die Androhung möglicher Sanktionen durch verändertes Wahlverhalten ist dann bereits ausreichend. Das führt zur Frage nach Stabilität und Veränderungsmöglichkeiten ihres Wählerverhaltens.

o Wertvorstellungen und Wertewandel

Es ist hier nicht der Ort, die Alten in die ausgeuferte Wertewandel-Diskussion einzubeziehen und dann ebenfalls möglicherweise sehr umfassende theoretische Ansätze mit Hilfe vergleichsweise schlichter empirischer Belege zu diskutieren. Ich möchte mich auf die Aufzählung weniger Befunde beschränken, weil sie letztlich auch wieder in schon bekannte Richtungen gehen.

Was, zunächst, sind Werte, die sich von Einstellungen unterscheiden müssen, wenn es um eine Wertewandel-Diskussion geht. Werte sind Handlungsorientierungen - "selektive Standards, die als Konzeption des Wünschenswerten (...) die Wahl zwischen mehreren Handlungsalternativen (mit-)bestimmen, indem sie Zwecksetzung und Mittelwahl regulieren" (THOME 1985: 34). Damit wären die Einstellungen übergeordnet, würden ihrerseits wiederum Einstellungen beeinflussen.

Einige Ergebnisse möchte ich aufführen: generative Unterschiede im Hinblick auf sogenannte postmaterielle Werte, von Pflicht- und Akzeptanz-Orientierungen im Verhältnis zu Entfaltungsorientierungen, Einstellungen zum Leistungsprinzip und zu sozialer Ungleichheit und zur Veränderung sogenannter Arbeitswerte.

Die Postmaterialismus-Werte-Diskussion wird zumeist mit Daten aus einem recht einfachen Index bestritten, wonach der "Kampf gegen steigende Preise" und "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande" Ziele einer materialistischen, "Mehr Einfluß der Bürger auf Entscheidung der Regierung" und "Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung" postmaterielle Orientierungen verkörpern sollen.

Der Index polarisiert die Befragten auch bei uns in vergleichsweise nur geringem Maße. Ein Wertewandel im Sinne einer zunehmenden Verbreitung postmaterieller Werte hat danach zwischen 1970 und 1980 nicht stattgefunden. Aber es ist nach den schon geschilderten Ergebnissen wiederum naheliegend, daß die Alten (über 64jährigen) die geringsten Anteile an "Postmaterialisten" aufweisen (MOHR/GLATZER 1984). Die größeren Anteile jeweils sind "Mischtypen". Auch ließen sich nicht unerhebliche individuelle Wertewechsel bei wiederholter Befragung feststellen, aber überwiegend zwischen Mischtypen und reinen Typen, selten zwischen Postmaterialisten und Materialisten und umgekehrt.

Auch in den schon genannten Umfragen zum politischen Verhalten älterer Menschen wurden eine Reihe von Fragen zu materialistischen (= Fleiß, Disziplin, Pflichterfüllung, Leistungs- und Anpassungsbereitschaft, Bescheidenheit, Streben nach Karriere und Geld, Recht und Ordnung) und zu postmaterialistischen (= Vorstellungen über Offenheit für neue Ideen, Streben nach individueller Selbstverwirklichung, Unabhängigkeit, Toleranz, Freizeitorientierung) Werten gestellt. Zusammengefaßt und gegenübergestellt wurden "Pflicht- und Akzeptanzwerte" den "Freiheits- und Entfaltungswerten".

Wiederum sind die Ergebnisse ähnlich den schon oben genannten: die über 60jährigen stuften sich eher als "pflicht- und akzeptanzorientiert" ein im Vergleich zu den jüngeren Generationen, die Männer sahen sich noch häufiger als rein pflicht- und akzeptanzorientiert an.

Im Hinblick auf traditionelle Arbeitswerte wäre, oberflächlich betrachtet, zu vermuten, Ältere würden - ohnedies ab 60 schon in beträchtlichem Ausmaß nicht mehr berufstätig - auch traditionelle Arbeitswerte eher ablegen können. Leistungsprinzip und soziale Ungleichheit finden die Älteren zu jeweils höchsten Anteilen im Vergleich zu den jüngeren Generationen gerecht, selbst wenn die Unterschiede zu den mittleren Generationen nicht sonderlich ausgeprägt sind (vgl. BÜRKLIN in diesem Band). Und auch die zum Wandel der Arbeitswerte geführte Diskussion kommt zum Ergebnis, daß die Älteren im Vergleich zu Jüngeren offenbar stabile, traditionelle Einstellungen gerade auch gegenüber der Arbeit und gegenüber traditionellen Arbeitstugenden haben. "Sowohl unter älteren Personen als auch unter Personen aus niedrigeren Bildungsschichten haben die Tugenden traditioneller Konventionalität, mit Ausnahme der Leistungsorientierung, noch eine herausragende Bedeutung ... die Abnahme von traditionellen, bewährten Leitlinien und Werthaltungen ist auf mittlere und gehobene Berufsschichten begrenzt" (PAWLOWSKY 1986: 172).

Über die Belege für die in der Regel bestehenden Konservatismus-Tendenzen der Älteren hinaus lassen sich m.E. einige Aussagen verallgemeinern. Konservativer wird man nicht mit 60. Im großen und ganzen befinden sich auch die Älteren im "mainstream of opinion" (CAMPBELL/STRATE): Sie unterscheiden sich von den unmittelbar folgenden Generationen manchmal nur um 5 oder sogar weniger Prozent-Punkte; zwischen 5 bis 10 v.H. dürften die am häufigsten zu findenden Werte bei Konservatismus anzeigenden Fragen und Einstellungen liegen.

Am größten sind offenbar Unterschiede, die mit sozialen Werten zu tun haben, die tägliches Leben prägen, bei moralischen Vorstellungen darüber, was man tut und was richtig ist - Ergebnis der Sozialisation der älteren Jahrgänge. Ob sie altersbedingt konservativer werden oder die Unterschiede generative sind, läßt sich in der Regel durch solche Querschnittsvergleiche natürlich nicht klären.

Übliche Erklärungsmuster wie die Nennung von Korrelationen mit typischen sozialstrukturellen Variablen habe ich nicht weiter angesprochen. Es ist offensichtlich, daß zu den genannten Einstellungsunterschieden auch immer die Folklore typischer sozialstatistischer Beziehungen heruntergebetet werden könnte: die älteren Generationen sind überwiegend Frauen mit niedrigem

sozialen und Bildungsstatus, mit starker Milieuverankerung in der Wertgemeinschaft "Kirche" (STADIE 1986: 34) usw. Übliche sozialstrukturelle und milieubedingte Erklärungsmuster sind die am häufigsten benutzten.

2.2. Wählerverhalten

Konservativeres Wählerverhalten der Alten wurde in vielen Ländern festgestellt. Mehrheiten der Alten haben konservativere Einstellungen als die jüngeren Altersgruppen und wählen auch häufiger konservativ. Aber bei uns sind auch die Alten flexibler geworden. Liegt dies nun stärker an den Alten selbst oder an Veränderungen des politischen, des Parteiensystems, das größere Flexibilität ermöglicht (Stichwort Volksparteien)?

Auch in den USA, wo konservativ eher republikanisch wählen heißt, zeigte sich, daß seit 1952 in jeder Wahl, mit einer Ausnahme 1956, die Älteren zu höherem Anteil republikanisch wählten (CAMPBELL/STRATE 1981: 582). Aber dieser Konservatismus ist als nicht mehr hoch zu veranschlagen, wenn er im Durchschnitt nur 4 v.H. Unterschied im Wahlverhalten ausmacht. Ohne Rückbezug auf das politische System ist auch konservatives Wählerverhalten nicht sinnvoll interpretierbar. Das betrifft auch die Zeitreihen zum Wählerverhalten in der Bundesrepublik.

Wenn auch das Wahlverhalten der Alten von einer großen Zahl von Einflußfaktoren geprägt wird, so läßt die inzwischen große Datenmenge aus Umfragen und Wahlanalysen zwei allgemeine Aussagen zu:

1. Das Wählerverhalten auch der Alten hat charakteristische, verallgemeinerbare Veränderungen erfahren, mit denen man auch in Zukunft, bei aller bestehenden Unsicherheit sonst, wird rechnen können;
2. können für dessen Interpretation eine Reihe von Thesen herangezogen werden, ohne daß genau entschieden werden kann, welche für die weitere Entwicklung ausschlaggebend ist.

Einige der gängigen Thesen möchte ich aufführen, charakteristische Veränderungen des Wahlverhaltens der Alten danach schildern. Die Alten sind in den Wahlanalysen in der Regel die über 60jährigen, häufiger werden noch einmal die über 70jährigen davon getrennt ausgewiesen.

In der o.g. US-Untersuchung wird gezeigt, daß die Älteren nicht nur konservativer wählten, sondern daß sie sich auch stärker mit einer der beiden

US-Parteien identifizierten. Das entspricht der Polarisierungsthese (PLUM/SCHLEUSENER 1981: 224; BÜRKLIN in diesem Band), die besagt, daß politische Polarisierung mit steigendem Alter zunimmt, sie sich offenbar in den letzten Jahrzehnten deutlicher herausgebildet hat und aus den Wahlanalysen abzulesen ist. Zunehmende Polarisierung ist demnach auch kohortenspezifisch: geringere Polarisierung bei den ältesten Kohorten, Indikator für sich wandelnde parteipolitische Identifikationsmuster. Kohorteneffekte wiederum des politischen Verhaltens sind - so die summarische Bewertung vorliegender US-Ergebnisse nach CAMPBELL/STRATE (1981) - das Ergebnis früherer Sozialisierungseffekte, wobei die Stärke der Identifikation mit dem Alter zunehme. Durch diese Festlegung der Generationen ist ein generativer Wandel - Generationenthese - feststellbar, der sich bei den den heutigen Alten folgenden Generationen in kohortenspezifischerem Wählerverhalten niederschlagen wird.

Eine Lebenszyklus-These wiederum würde besagen, daß sich altersbedingter Konservatismus auch bei den folgenden Generationen durchsetzt, wenn diese älter werden. Stimmt die Lebenszyklus-These, wären ihre Effekte bei der nachfolgenden Generation der Älteren (also den etwa 45- bis 59jährigen heute) wahrscheinlich auch genauer abzuschätzen, wohingegen noch grundsätzlichere Einstellungsänderungen der jüngeren Generationen sich erst später, nach dem Jahre 2000, auswirken dürften und wir zunächst mit stärkeren Konservatismus-Tendenzen zu rechnen hätten.

Selbst wenn Lebenszyklus-Effekte mit zunehmendem Konservatismus nachgewiesen werden können (vgl. BÜRKLIN in diesem Band), ist damit über deren Effekte im politischen System m.E. noch nicht viel gesagt angesichts differenzierterer Kräfteverhältnisse im 4-Parteien-System. Das wird deutlicher, wenn man die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1987 einbezieht.

Zunächst war ein vor allem für die Union erschreckendes Ergebnis, daß ihr 1987 2 Mio. Wähler verglichen mit dem Wahlergebnis 1983 fehlten, mit denen sie gerechnet hatte: 800 000 wechselten zur FDP, 400 000 zur SPD und 800 000 wählten überhaupt nicht. Wahlverzicht dürfte trotz sonst allgemeiner hoher Wahlbeteiligung der Alten für sie ebenfalls eine Form des Abstimmungsprotestes oder Bekenntnis ihrer Einflußlosigkeit sein.

Lebenszyklisch bedingter zunehmender Konservatismus ließe erwarten, daß die Alten der Union als nach wie vor eher konservativer Partei, die nach eigenem Verständnis eher die Partei der Mitte sein möchte, in zunehmendem Maße in den Schoß fallen müßte. Das gilt in besonderem Maße für die alten Frauen. Aus Meinungsforschungsergebnissen abgeleitete, stärker werdende konservative Einstellungen müßten sich im Wahlverhalten niederschlagen. Ist das wirklich so deutlich der Fall?

Dazu einige Ergebnisse aus dem Vergleich der Zeitreihen.¹⁾

Wahlbeteiligung: Sie ist bei den bis zu 70jährigen bisher überdurchschnittlich hoch gewesen und nimmt bei den Älteren ab - im Verhältnis zu 1983 überproportional: um rd. 6 v.H. bei den über 70jährigen im Verhältnis zur durchschnittlich insgesamt verringerten Wahlbeteiligung und stärker bei den Frauen (TABELLE 1). Berücksichtigt werden muß allerdings die Möglichkeit der Briefwahl, die in die Gegenüberstellung der Quoten der Wahlbeteiligung nicht eingeht. Da die über 70jährigen von der Briefwahl aus naheliegenden Gründen (z.B. Heimbewohner) stärker Gebrauch machen, ist deren tatsächliche Wahlbeteiligung auch höher. Aber bisher "wirkt sich das unterschiedliche Verhalten der Briefwähler nur geringfügig aus: Die SPD verliert bis zu einem Prozentpunkt, die CDU/CSU gewinnt bis zu 0,5, die FDP bis zu 0,3 Prozentpunkten" (RITTER/NIEHUSS 1987: 276). Selbst wenn ältere Frauen in Zukunft konservativer wählen als bisher auch, könnte dies nicht z.T. auch durch abnehmende Wahlbeteiligung ausgeglichen werden?

Parteipräferenz und Geschlecht: Die Frauen wählten zwar nach wie vor etwas häufiger CDU/CSU. Aber 1987 waren es gerade noch 2,6 v.H. mehr Frauen als Männer. Die Unterschiede haben sich fast ausgeglichen. Und bei der SPD wählten gerade noch 0,9 v.H. mehr Männer als Frauen die SPD. Hier fand eine noch stärkere Angleichung statt. Insgesamt wählten Männer in allen Altersgruppen etwas flexibler: eher FDP, GRÜNE oder sonstige - sind sie weniger festgelegt, politisch sensibler?

Wenn man dann allerdings Umfrageergebnisse 1986 nach Parteipräferenzen den tatsächlichen Wahlergebnissen zur Bundestagswahl gegenüberstellt, sind die Abweichungen nach Geschlecht nach wie vor vorhanden, aber ausgeglichen (vgl. TABELLE 2).

Daß die Abweichungen insgesamt nicht größer sind, ist andererseits sicher auch dem hohen Grad parteipolitischer Festlegung der älteren Wähler zuzuschreiben. Es ist aber problematisch, Meinungsforschungsergebnisse angesichts bekannter systematischer Unsicherheiten und Zufallsabweichungen so hart zu interpretieren. Dennoch erscheinen mir die Tendenzen interessant genug, methodische Bedenken zu vernachlässigen.

Geschlecht und Alter: Bei SPD-Wählern über 60 Jahre entspricht der Anteil 1987 dem Wahlergebnis insgesamt, bei CDU/CSU-Wählern haben die über 60jährigen über dem Wahlergebnis insgesamt liegende Werte: rd. 6 v.H. bei den Männern, rd. 9 v.H. bei den Frauen. Die FDP-Wähler liegen etwas unter, die GRÜNEN-Wähler bei den über 60jährigen deutlich unter dem Wahlergebnis insgesamt (siehe TABELLE 3).

Darüber hinaus sind die Unterschiede nach Altersgruppen bei den beiden großen Parteien interessant. Bei der SPD sind die Abweichungen vom Wahlergebnis insgesamt (= 37 v.H.) mit maximal 2,4 v.H. nach Altersgruppen und Geschlecht vergleichsweise gering. Die Verluste zum Bezugsjahr 1972, als die SPD 45,8 v.H. erreichte, sind um so höher, je jünger die Wähler sind. Bei der CDU sind aber die Abweichungen vom Wahlergebnis insgesamt (= 44,3 v.H.) nach unten mit 9,9 v.H. und nach oben mit 9,2 v.H. wesentlich deutlicher, und der Alterstrend ist ausgeprägter. Bei den 25- bis 34jährigen hat die CDU die geringsten Anteile. Beide große Parteien "altern" demnach. Geht man von der Generationenhypothese aus, muß die CDU/CSU sich offensichtlich noch mehr Sorgen machen, wenn der Generationenwandel stabil ist, wofür einiges spricht.

Wie sind diese Ergebnisse zu interpretieren?

Die SPD ist insgesamt für die Älteren im Zeitreihenvergleich wählbarer geworden. Entsprechend der Polarisierungsthese ergibt sich möglicherweise sogar eine zugenommene "Parteitreue" bei den Älteren. Wenn weiterhin richtig ist, daß, den Wahlforschungsergebnissen entsprechend, "individuelles Wählen" zu -, "soziales Wählen" (Bindungen der Wahlentscheidung z.B. an soziale Milieus) abgenommen hat, könnte diese Tendenz die Wählbarkeit der SPD bei Älteren auch in Zukunft fördern. Wählerprotest hält sich bei ihnen bisher an die etablierten Parteien. Dort ist die SPD eher die Alternative, nicht die FDP. Die FDP-Wähler lagen bei den Alten unter dem Wahlergebnis insge-

samt - vielleicht Ergebnis wahrgenommener "Wankelmütigkeit", die im Wertesystem der Älteren wahrscheinlich weniger als systembedingtes Kalkül, eher in moralischen Kategorien der Untreue bewertet wird. Danach müßten wiederholte Koalitionswechsel der FDP bei den Älteren besonders schlecht ankommen. Die GRÜNEN spielen für die Alten noch keine Rolle, noch weniger für die Frauen (1,6 v.H.).

Interessant aber sind die CDU/CSU-Wähler, die entsprechend der Lebenszyklus-These eher konservativ wählen: die Frauen mit 53,5 v.H. noch deutlicher als die Männer mit 50,1 v.H. (bei 44,3 v.H. der Stimmen für die CDU/CSU insgesamt im Jahre 1987). Aber ist das auch in Zukunft so?

Da sollte man sich nicht so sicher sein. Schauen wir uns nämlich die nachwachsende Generation der 45- bis 59jährigen an, so lag der Anteil der CDU/CSU-Wähler nur wenig über dem Durchschnitt, bei den Männer um 0,9 v.H., bei den Frauen um 3,1 v.H. Kann die SPD ihren Abwärtstrend stoppen oder gar umdrehen, kann sie bei gestiegener allgemeiner Wählbarkeit möglicherweise mit diesen nachwachsenden Alten auch eher rechnen. Entweder die nachwachsende Generation wird "alterskonservativer", oder aber die CDU/CSU muß verstärkt um die Alten der nachwachsenden Kohorten kämpfen, um ihre Anteile entsprechend denen der heutigen Alten zu halten.

Sind der CDU/CSU wenigstens die alten Frauen auch in Zukunft sicher und treu? Um rd. 7 v.H. schwankten die Anteile der CDU/CSU wählenden 18- bis 24jährigen Frauen zwischen 1976 und 1983, die der über 60jährigen um 3 - 4 v.H., mit ganz schwach steigender Tendenz nach 1983. Verbindet man Tendenzen bei den Frauen (Wählbarkeit der SPD, nachrückende Kohorten, Abnahme der Wähleranteile und Schwankungen bei den älteren Frauen im Zeitvergleich), so kann man m.E. nicht mehr ohne weiteres annehmen, daß die überdurchschnittlichen Wählerinnen-Anteile der alten Frauen der CDU/CSU sicher sind.

Die Prognose des zukünftigen Wählerverhaltens der Alten hängt in starkem Maße davon ab, ob auch sie die Tendenz zum "individuellen Wählen" noch stärker ergreift und damit langfristige sozialökonomische Determinanten und traditionelle Vertretungen von "Milieus" durch die Parteien weiter aufgehoben werden. Hinzu kommt längerfristiger Wertewandel. Damit würden "kurzfristige Faktoren, wie die Bedeutung von Sachfragen, die Einschätzung der

Parteien und des von ihnen angebotenen Führungspersonals in bestimmten Politikbereichen, die Haltung zu möglichen Koalitionsbildungen - also aktuelle politische Probleme" (RITTER/NIEHUSS 1987: 14) auch für die zukünftig Alten größeres Gewicht bekommen, trotz insgesamt gewachsener Parteibindung der Älteren.

Zusätzliche "Determinanten" aus der Litanei der Wahlforschung, die mit Parteienpräferenzen verbunden sind, ließen sich zwar ergänzen. So z.B. die geschlechtsspezifische Nivellierung des Wählerverhaltens und der Bildungabhängigkeit der Wahlentscheidung, konfessionelle, strukturell-ökonomische und Nord-Süd-Unterschiede usw. Aber sie würden nur den Rand des Kaffeesatzes näher bestimmen helfen, aus dem man künftige Wahlprognosen herauslesen wollte.

Große Wählersprünge sind bei den Alten zwar nicht wahrscheinlich. Aber in einem sich stabilisierenden 4-Parteiensystem genügen längerfristige Trends und Wählerbewegungen nicht allzu großen Ausmaßes, um Koalitionsoptionen zu stellen. Spekulationen mit Hilfe der Entwicklung einzelner Variablen erscheinen aber müßig. Auch die zukünftigen Alten als Wähler dürften "stabilitätsorientierter" sein. Häufigerer Haus- und sonstiger Besitz, aufrechterhaltender Wohlstand, Einkommenssicherung usw., werden auch in Zukunft Stabilitätsmotive verstärken. Dagegen stehen destabilisierende Elemente, die zukünftige Politik bestimmen werden, so der wachsende Bedarf der Alten, die absehbar für sie zu erhöhenden Haushaltsanteile bei Bund, Ländern und Gemeinden.

Hier stellen sie zweifellos eine Sperrminorität dar, verkörpern latente Altersmacht. Politik wird es nicht leicht haben, gegen sie aufzutreten. Als Wähler haben die Alten entsprechend ihrer Zunahme Sanktionsmöglichkeiten. Wahrscheinlich ist die Androhung schon wichtig genug, um Versuche in dieser Richtung zu unterbinden. Und eher wahrscheinliche als auszuschließende (Umwelt-)Katastrophen, einzelne größere oder gehäuft die kleinen, dürften auch die zukünftigen Alten nicht unbeeinflusst lassen. Mir scheinen deshalb flexiblere Wahlentscheidungen der zukünftigen Alten wahrscheinlicher als durchgängiger oder sich gar verstärkender Alterskonservatismus, mit dem - in diesem Falle - beide große Parteien nicht fest rechnen können.

3. Politische Partizipation

Mit 3 Punkten möchte ich mich im weiteren befassen: dem politischen Interesse Älterer - dem Interesse an Politik, der politischen Beteiligung in Form von Mitgliedschaften und politischen Aktivitäten und zuletzt mit der Frage der Politikfähigkeit und Aktivierbarkeit. Müssen die zukünftig Alten politischer werden, warum eigentlich? Falls sich dies begründen läßt, welche Beteiligungsformen bieten sich an?

3.1. Politisches Interesse - Interesse an Politik

Naheliegender erscheint, daß das ohnehin vielleicht als zu gering eingeschätzte Interesse an Politik bei den Älteren zusätzlich abnimmt. Erhöhte wahrgenommene politische Machtlosigkeit könnte sich mit zusätzlichen Tendenzen des Rückzugs, des Disengagement, verbinden. Politisches Interesse wiederum ist Voraussetzung für politische Partizipation. Die Zunahme der Zahl der Alten andererseits könnte auch zu einer dazu proportional wachsenden politischen Beteiligung führen, vor allem, wenn die Älteren die Vertretung ihrer Interessen angesichts geschilderter Entwicklung auch stärker übernehmen sollten.

In einer Untersuchung über das politische Verhalten Älterer wird eine relativ allgemeine Schlußfolgerung formuliert: die interaktionsabhängigen Verhaltensweisen (z.B. Mitgliedschaft und direkte Beteiligung) nehmen ab, interaktionsunabhängige Verhaltensbereiche würden sich im Alter danach eher ausweiten oder zumindest beibehalten werden (PLUM/SCHLEUSENER 1981).

Fragen nach politischem Interesse, Hören und Sehen von politischen und Nachrichtensendungen, Lesen des politischen Teils der Zeitungen usw. und ihre deskriptiv dargebotenen Ergebnisse führen m.E. aber kaum über sie hinaus.

Angaben über häufigeres Zeitunglesen und Fernsehen einschließlich der politischen Nachrichten dürften zunächst größerer verfügbarer Zeit zuzuschreiben sein. Über Rezeption und mögliche Effekte ist damit noch nichts gesagt. Und die Ergebnisse der Medienforschung, wonach "Tagesnachrichten nur nach

Lust und Laune - mehr zum Zeitvertreib als zur Unterrichtung genutzt²⁾ würden, gelten wahrscheinlich eher noch verstärkt für die Alten. Politik besitzt dann einen gewissen Unterhaltungswert. Es wird fast wichtiger, was die Nachrichtensprecherin anhat, als was sie sagt. Nachrichtenflut und die Form ihrer Aufbereitung tun ein Übriges, eher diffuse Stimmungen und Klimata zu vermitteln (z.B. das Klima von der außenpolitischen Dauerkrise, von innenpolitischem Gezänk usw.). Mit "Stimmungsbarometern" kann man dann scheinbar genauer genauso Diffuses wiederum objektivieren. Andererseits können über die schon berichteten Festgelegtheiten hinaus solche Stimmungen auch Wahlen beeinflussen, vor allem die Nichtbeteiligung an ihnen, wie bei der Bundestagswahl 1987.

Weitere Ergebnisse detaillierter aufzuführen erscheint mir hier nicht sinnvoll. Sie bleiben m.E. deskriptiv und in ihrer Bedeutung zweifelhaft. Umfragen zum politischen Interesse im Generationenvergleich war z.B. zu entnehmen, daß 7 - 9 v.H. ein "sehr starkes" politisches Interesse angaben, ohne wesentliche Unterschiede zwischen den Generationen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind groß, die älteren Frauen sind mit zunehmendem Alter noch weniger politisch interessiert.³⁾ Insgesamt nimmt das politische Interesse mit zunehmendem Alter in den höheren Altersgruppen ab. Aber die Minorität der "stark Interessierten" bleibt erstaunlich konstant (STADIE 1986: 26).

3.2. Beteiligung in Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft

Nach schon ein wenig älteren, aber sicher nach wie vor gültigen Ergebnissen sind mit geringerer politischer Beteiligung eine Reihe von Einflußfaktoren verbunden: die Wahrnehmung fehlenden politischen Einflusses ebenso wie die Wahrnehmung des geringen Einflusses der Politik auf die individuelle Situation, das soziale Umfeld mit widersprüchlicher oder fehlender politischer Beeinflussung, Zugehörigkeit zu den unteren Schichten, sehr Junge und Alte, Frauen. Bei allen sind die Partizipationsquoten in der Regel geringer (STEINER 1969, zit. nach SCHAAL 1984: 11).

Mit der Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften ist noch nichts über die politischen Aktivitäten dieser Mitglieder ausgesagt. Den Angaben der

Mitgliederstatistiken der großen Parteien⁴⁾ zufolge, wiesen diese in der Alterszusammensetzung eine geringe, nur im Falle der SPD gravierende Unterrepräsentanz im Vergleich mit der Altersstruktur der Erwachsenenbevölkerung auf (SCHAAL 1984: 26). 1 v.H. der über 60jährigen gaben an, ein Amt innezuhaben (2 v.H. bei den Jüngeren). Dagegen waren 22 v.H. Mitglied in einem Verein (30 v.H. der 30- bis 59jährigen), in denen 5 v.H. ein Amt hatten (STADIE 1986: 26).

Abnahmen mit zunehmendem Alter, zunehmend ausschließliche Mitgliedschaften ohne daraus sich ergebende Aktivitäten sind anzunehmen. Die ohnedies geringen Anteile der Parteimitglieder bleiben den Parteien aus Überzeugung oder nur aus Gewohnheit treu. Ohnedies geringere aktive Partizipation verringert sich mit zunehmendem Alter.

Gewerkschaftsmitgliedschaft ist ein anderer, wiederholt benutzter Politik-Indikator. Naheliegend ist, daß sie sich mit dem Ausscheiden aus der Berufstätigkeit reduziert. Aber die Prozentwerte aus Meinungsforschungsergebnissen sind nicht "altersauffällig". 17 v.H. der 30- bis 59jährigen sind danach Gewerkschaftsmitglied, noch 9 v.H. der über 60jährigen insgesamt, 6 v.H. der über 80jährigen. Die damit dokumentierte Gewerkschaftsverbundenheit weist also keine beträchtlichen Altersabnahmen auf (STADIE 1986: 25).

Als weiterer Indikator für politische Beteiligung kann die Teilnahme der Älteren an Bürgerinitiativen herangezogen werden. Da relativ unklar bleibt, was darunter im einzelnen zu verstehen ist, zudem die Flexibilität größer ausfällt als bei den genannten formalen Mitgliedschaften, sind aus Umfrageergebnissen nur Tendenzen abzulesen. Fließende Übergänge zu Formen der Alterselbsthilfe sind zudem wahrscheinlich.

INFAS-Ergebnisse aus dem Jahre 1973 wiesen eine 1 v.H.-Beteiligung bei Bürgerinitiativen bei den über 64jährigen auf, 3 v.H. bei den 50- bis 64jährigen. Jüngere hatten kaum höhere Beteiligungsquoten (PLUM/SCHLEUSENER 1981: 20). Nach neueren Umfrageergebnissen des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (1986) liegt die Beteiligung der Älteren an Bürgerinitiativen sogar unter 1 v.H. Wiederum sind es 2 - 3 v.H. bei den Jüngeren. Demnach hätten sich neue Formen der politischen Beteiligung weder ausgeweitet, noch hätten sie zu einer höheren Beteiligung der Alten geführt (STADIE 1986: 26).

Der Schluß, sie seien deshalb bedeutungslos, ist aber sicher falsch. Die Selbstverständlichkeit, mit der faltige Gesichter auch in Demonstrationen sichtbar werden, hat größere Bedeutung als ihre Zahl. Der nachweisbare Alterskonservatismus ist mit neuen Formen der politischen Artikulation am wenigsten verträglich. Um so schwerer wiegt die Beteiligung Älterer überhaupt.

Allgemein läßt sich aber nach den vorliegenden Daten ein Disengagement-Trend bei unterschiedlichen Formen der Partizipation mit zunehmendem Alter feststellen. Das trifft z.B. auch auf die wesentlich häufigeren Vereinsmitgliedschaften und -aktivitäten zu.

3.3. Politikfähigkeit und Aktivierbarkeit

Aus den bisherigen Angaben kann man auch eine eingeschränkte Politikfähigkeit der Alten schließen. Typische Meinungsforschungsfragen nach der Bereitschaft zu politischen Aktivitäten haben angesichts dann sehr begrenzter tatsächlicher Aktivierbarkeit nur wenig Sinn. So wurde (z.B. in der Wahlstudie 1980) im Hinblick auf Fragen nach möglicher politischer Beteiligung erneut eine entsprechende Abnahme bei den Älteren festgestellt (PLUM/SCHLEUSNER 1981: 22 f.). Und wiederum stellten sich männliche und Personen mit höherem Schulabschluß als aktivierbarer dar. Weithin dürfte sich auch bestätigen lassen, daß lebenslang politisch Aktive dies auch im Alter eher bzw. länger beibehalten, häufiger aber in disengagierter Form, freiwilliger, reduzierter z.B. im Zeitaufwand.

Ein aktuelles Beispiel zur Beteiligungsbereitschaft stellte die Frage nach aktiver Mitarbeit in der 1986 wiederum aus naheliegenderm Anlaß der Bundestagswahlen 1987 gegründeten "Senioren-Union" dar. Zwar wird eine "starke prinzipielle Bereitschaft unter den älteren Menschen (...), sich in der Politik zu engagieren" (STADIE 1986: 27) behauptet. Die erfragte Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit liegt dann zwar zunächst bei 16 v.H. der Beitrittsbereiten. Käme es zum Schwur, würde die Zahl tatsächlich Aktiver vermutlich wieder sehr deutlich abbröckeln.

Eine aktivere politische Beteiligung der Alten würde ich schätzungsweise auf 1 v.H. der Älteren begrenzen, Kontinuität und politische Stabilität im großen und ganzen vorausgesetzt. Was man politischer Beteiligung zurechnen möchte, müßte dabei auch noch weiter präzisiert werden. Der allergrößte Teil der Alten dürfte wahrscheinlich auch in Zukunft auf die politische Minimalrolle des Wählers beschränkt bleiben - wie der größte Teil der anderen Generationen auch.

Das Potential insgesamt aber scheint doch größer zu sein, wenn Ergebnisse aus internationalen Vergleichen nicht überinterpretiert sind. Das Ausmaß subjektiv wahrgenommenen Einflusses und der politischen Beteiligung hängt ab von länderspezifischer politischer Kultur und Unterschieden im Politikverständnis. Als Beispiel wird häufig die stärkere Politiknähe, Bürgerbeteiligung und kommunale politische Einbindung in den USA aufgeführt. Der Schluß eines, allerdings auf wenige Fragen bezogenen internationalen Vergleichs: Das US-amerikanische politische System würde den Älteren mehr Gelegenheiten und Anreize bieten, sich breiter politisch in kommunalen Angelegenheiten "at the grass roots" zu engagieren als z.B. in Britannien, Frankreich, der Bundesrepublik und Japan (EDINGER 1985: 63).

Zwar ist in den USA die Wahlbeteiligung generell und auch von Alten geringer als bei uns. Aber fast 1/3 der über 65jährigen dort gaben an, gemeinsam mit anderen in kommunalen Angelegenheiten beteiligt zu sein, im Gegensatz von nur 8 v.H. hierzulande (Daten von 1973 - 1975). In den USA gaben die Alten häufiger an, über Politik zu diskutieren. Sie hielten sich für politisch einflußreicher, waren zufriedener damit, wie die Demokratie in ihrem Lande funktioniere, trauten andererseits ihrer Regierung weniger als unsere Alten unserer. Weiterhin waren sie in den USA am häufigsten in den verglichenen Ländern an organisierten politischen Aktivitäten beteiligt.

Diese Vergleiche könnten wegen ihrer schlichten Gegenüberstellung der Ergebnisse aus wenigen Fragen kritisiert werden. Aber sie belegen m.E. dennoch länderspezifische Tendenzen und Chancen politischer Beteiligung auch der Älteren. Vielleicht legen sie nahe, die bei uns allenfalls geringe Zunahme politischer Beteiligung der Alten nicht zu unterschätzen. Denn offenbar ist unter günstigeren oder zwingenderen Bedingungen das Beteiligungspotential größer. Für die geringere Beteiligung der Alten bei uns werden häufig Erfah-

rungen und ihre sicher nicht unbeträchtliche Korruptiertheit durch den Nationalsozialismus aufgeführt. Diesen Einfluß sollte man aber auch nicht überschätzen. Es ist offenbar unsere partizipationsunfreundlichere politische Kultur insgesamt, aus der auch die geringere Beteiligung der Alten resultiert.

Demnach würden Formen der Altenselbsthilfe und auch neue Beteiligungsformen trotz z.T. ideologischer Überhöhung ihrer Neuheit auch einen, verglichen mit anderen Ländern denkbaren Nachholbedarf dokumentieren.

Wenn das Potential politischer Beteiligung auch bei uns größer ist, fragt sich, wo die Ausweitungsmöglichkeiten liegen und ob dafür ein Bedarf besteht? 3 Ebenen der Partizipation möchte ich dabei grundsätzlich unterscheiden:

- (1) Kommunikative Angebote: Hier liegt bisher die häufigste Teilnahme vor. Das reicht von der Vereinsbindung und vergleichsweise starkem Engagement über die weitgehend unterhaltenden Angebote der Altenhilfe bis zur Ausweitung der Bildungsangebote für Ältere. Auch bei den Bildungsangeboten dominiert bei den Älteren der kommunikative Aspekt. Politisch in einem engeren Sinne ist hier nichts oder nur, z.B. auch in Bildungsangeboten, recht wenig.
- (2) Altenselbsthilfe: Sie kann man weit fassen, mit unterschiedlichen Organisationsformen, von der Bindung an Kirchen und Wohlfahrtsverbände bis zur vollständigen Autonomie, von kommunikativen Angeboten bis zur Bewältigung von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit reichend, vielleicht auch noch autonome kollektive Wohnformen einschließend. Altenselbsthilfe kann man m.E. zumindest z.T. auch politisch sehen.
- (3) Politische Partizipation im engeren Sinne: Sie ist sicher nicht allein durch die Grauen Panther repräsentiert, sondern umfaßt auch Seniorenbeiräte und sich sonst politisch verstehende Organisationsformen, z.B. in den Parteien oder ihnen nahestehend. Am häufigsten richten sich diese Aktivitäten offenbar auf den kommunalen Bereich. Zwischen (2) und (3) gibt es, je nach Selbstverständnis, fließende Übergänge.

Die unter (3) aufgeführten Aktivitäten dürften den kleinsten Teil ausmachen. Politische Aktivitäten in einem engeren Verständnis haben bei den Alten wahrscheinlich das geringste Partizipationspotential.

4. Alterspolitik für und durch die Alten

Alterspolitik ist - falls es sie als eigenständige überhaupt gibt - eher dem Randbereich politischen Interesses und dann auch zumeist der Sozialpolitik

im engeren Sinne zugeordnet. Einkommenssicherung, Rentenpolitik also, zieht davon wiederum den größten Teil des Interesses auf sich. Die Sicherheit der Renten hat in jedem Wahlkampf bisher, bezogen auf die Alten, die meiste publizistische und wahltaktische Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Alterspolitik aber ist sicher mehr und umfaßt nicht nur die materielle Sicherung. Alterspolitik kann auch daran gemessen werden, in welchem Maße sie Konsequenzen aus dem demographischen Wandel zieht. Ist die größer werdende Bedeutung des demographischen Faktors absehbar, stellt sich die Frage nach den Folgen, ob Politik und wie sie darauf reagiert.

Alterspolitik ist vielschichtig, die Komplexität des politischen Systems schlägt sich in ihr nieder. Läßt sich aus strukturellen Veränderungen auch die Notwendigkeit veränderter sozialpolitischer Orientierungen, veränderter Kriterien für eine eigenständige Alterspolitik formulieren?

Dies soll unter "Politik für die Alten" angesprochen werden. Partizipationsbereitschaft, politisches Engagement und vorhandene oder zu schaffende Funktionen der Alten in der Politik schließen sich ergänzend unter "Politik durch die Alten" an. Hierbei sollen nur 3 Punkte angesprochen werden: die Alten in der Politik, Möglichkeiten der Selbstorganisation der Alten und die Rolle der Seniorenbeiräte auf kommunaler Ebene.

4.1. Alterspolitik - Politik für die Alten

Ist die These richtig, man könne auch unser politisches System und seine Funktionen in seinen vielfältigen Dimensionen gut beschreiben, ohne Politik und Programmatik des Altenbereichs besonders herauszustellen?⁵⁾ Alterspolitik würde damit nicht explizit betrieben. Und zudem bestehe bei den die Alten betreffenden grundsätzlichen Fragen kaum Dissens zwischen den großen politischen Parteien, die Grundlinien der weiteren Entwicklung könne man ebenfalls als unstrittig ansehen und deshalb würden sie fortgeschrieben (z.B. in der Altenhilfe).

Ist die Quantitätsthese richtig, nimmt die Eigenständigkeit des demographischen Faktors zu, wird man vielleicht zu einer anderen Bewertung kommen.

Welche Belege gibt es zunächst für die Richtigkeit der Quantitätsthese? Die von KAUFMANN/LEISERING (1984) zusammengestellten Belege und Argumente möchte ich kurz referieren:

Die zentrale These lautet: Soziale Sicherungssysteme werden in ihrer Leistungsfähigkeit von demographischen Veränderungen abhängiger; mittel- und langfristig wird "das demographische Altern der Bevölkerung als Determinante des Wachstums der Rentenausgaben sowohl absolut als auch relativ an Bedeutung zunehmen, je zum dominanten Expansionsfaktor werden ..."

Aufwendungen für die Renten und das Gesundheitswesen machen im Durchschnitt zwei Drittel der Sozialausgaben aus. Auf Nicht-Erwerbstätige entfielen mehr als zwei Drittel des gesamten Sozialbudgets. Durch die Höhe der Rentenlasten sei, im Vergleich zu den Sozialausgaben für die jüngste Generation, die Kompensation durch deren geringere werdende Zahl nicht ausreichend.

Nach einer OECD-Analyse entfielen im Durchschnitt 30,5 v.H. des Wachstums der Rentenausgaben von 1960 - 1980 auf demographische Veränderungen, der Rest zu gleichen Teilen auf die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten und auf reale Leistungserhöhungen. In der Bundesrepublik war, wie in einigen anderen Ländern auch, dabei der demographische Faktor der wichtigste.

Entsprechende Wachstumserwartungen gibt es im Hinblick auf die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen durch die Anzahl Hochaltriger, der chronisch Kranken unter den Alten usw. auf der Nachfrageseite. Ihr steht eine Angebotsseite gegenüber, die z.B. durch Niederlassungsfreiheit, Primat der niedergelassenen Ärzte usw. geprägt ist und der man ebenfalls kostentreibende Effekte nicht gerade absprechen kann. In diesem Zusammenhang werden Zahlen einer Projektion gehandelt, wonach mit einem Anstieg der Gesundheitskosten um 7 - 8 v.H. von 1980 - 2020 zu rechnen sei.

Drei Schlußfolgerungen lassen sich hieraus ziehen:

- Der demographische Faktor wird einer der wichtigsten Triebkräfte bei der Expansion der Soziallasten. Versuche der Reduktion des Kostenanstiegs sind durch eine ganze Reihe von schwer veränderbaren Entwicklungen und Festlegungen begrenzt (dazu z.B. SIMON 1987).
- Politik ist in der Regel kurzfristig orientiert, denkt in Legislaturperioden. Auch in Zukunft sei damit zu rechnen, "daß die Wirkung demographischer Variationen auch weiterhin nicht als selbständige Dimension der Sozialpolitik erkannt und berücksichtigt wird" (KAUFMANN/LEISERING 1984: 446).
- Kurzfristige und kompromißhafte Lösungen ohne gravierende Systemeingriffe sind absehbar, kurzfristige Überlegungen geben den Ausschlag trotz langfristiger Probleme.

Durch Kontinuität, Fortschreibung und möglichst Gleichverteilung neu auftretender Sozial- und Gesundheitskosten ist auch Alterspolitik geprägt.

Dies dürfte in ähnlicher Form für die Verteilung von Macht und Einfluß bei den bestehenden Institutionen und ihren Zuständigkeiten gelten. Eine "Alterspolitik", die sowohl eine Systematik altersspezifischer Betroffenheit und die Beeinflussbarkeit der Lebensverhältnisse durch Politik als auch das Beziehungsgeflecht politischer Organisationen, Zuständigkeiten und sachbezogener Entscheidungsmechanismen analysierte, wurde bisher noch nicht geschrieben. Es fehlt schon an ihrer Systematik, die auch ich hier nicht leisten kann.

In unserem förderativen System verteilen sich Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Kommunen. Prägt die Einkommenspolitik durch die Gesetzgebung des Bundes die zunächst nachhaltigsten materiellen Rahmenbedingungen der Alterssituation, sind die unmittelbaren Lebensverhältnisse der Alten (z.B. durch Wohnsituation, Angebotsstruktur der Altenhilfe) konkret am deutlichsten auf Gemeindeebene politisch beeinflussbar. Durch die Gültigkeit des Subsidiaritätsprinzips haben die Wohlfahrtsverbände bei uns eine als einzigartig bezeichnete politische Bedeutung. Aber auch deren Einfluß ist bisher nur in Ansätzen nachzuzeichnen (dazu z.B.: HOLZ 1987).

Die Thematiken einer entsprechenden "Alterspolitik" reichten von der Rentenpolitik über die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit, die Verlegung der Erwerbstätigkeitsgrenzen nicht als Alters-, sondern als Arbeitsmarktpolitik mit beträchtlichen Auswirkungen auf die strukturelle Situation des Alters, Erfahrungen mit dem Heimgesetz und der Mindestpersonal-Verordnung bis hin zur Koordination der Altenhilfe auf kommunaler Ebene.

Thesenhaft möchte ich an dieser Stelle versuchen, einige Entwicklungslinien dieser Alterspolitik aufzuzeigen und Zukunftsperspektiven anreißen:

- (1) Ob Alterspolitik sich von der Sozialpolitik zur Gesellschaftspolitik wandelt oder sich schon gewandelt hat, mag z.T. definitionsabhängig sein und einer gewissen Willkür unterliegen. Unübersehbar erscheint aber der gesellschaftsstrukturelle Wandel der Alterssituation. Dazu gehört die Vorverlegung der Berufsaufgabe aus Arbeitsmarktgründen, die zu einer Verjüngung des Alters führt, zu einer größer werdenden Altersgruppe mit vorverlegten Problemen der berufsfreien Zeit. Die Gültigkeit der Quantitätsthese führt zu Verteilungsproblemen, die jüngere Generationen betreffen. Verändertes generatives Verhalten führt zu einer veränderten Alterssituation für größere Teile der Alten (Stichwort: "Singularisierung").

Strukturelle Konzepte und Beschreibungen der teilweise neuen Alterssituation wie Entberuflichung, Verweiblichung, Singularisierung, Verjüngung des Alters, Hochaltrigkeit führen auch zu neuen Problemlagen oder nur deren quantitativer Veränderung, die z.T. über die unmittelbare Altersphase hinausreichen und die neue Fragen aufwerfen, denen Politik als Gesellschaftspolitik sich zu stellen hat (TEWS 1987b).

- (2) Politik nun ist aus einer Reihe von Gründen um Kontinuität, Wandel durch kleine Anpassungsschritte, Fortschreibung in systemkonformen Grenzen bemüht. Je zentraler das ganze politische Gefüge betroffen ist, um so deutlicher setzt sich diese, hier nicht einmal kritisch bewertete Form der Problemlösung durch.

Die Rentenreform wird durch eine politisch auszuhandelnde Mischung, durch kompromißhafte Verbindung der vorgegebenen fünf möglichen Handlungsschritte gekennzeichnet sein: moderate Erhöhung der Beitragssätze, langsames Steigen der Renten als der Löhne und Gehälter, Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung, Erschwerung des Zugangs zur Rente durch Erhöhung der Altersgrenzen und evtl. auch Einschränkung im Leistungskatalog. Das soll, wenn schon, möglichst allen gleich wehtun und kann als solidarische Lösung politisch am ehesten durchgesetzt werden.

Ein strategisch vergleichbarer Weg kündigt sich bei der Lösung des Problems der Pflegebedürftigkeit an: keine größere Reform, wie sie durch eine Versicherungslösung gegeben wäre. Und auch die Fortschreibung der Altenhilfe-Politik trägt gleiche Züge (TEWS 1987c), wenn dort auch ein Reformbedarf - je nach Einschätzung - weniger dringend erscheint, trotz offensichtlichem Zusammenhang der Problemkreise Altenhilfe und Pflegebedürftigkeit. Damit sind die politischen Handlungsstrategien in nicht unbeträchtlichem Maße für die absehbare Zukunft vorgezeichnet.

- (3) Schon durch die aufgezeigten Zusammenhänge ist eine Ausweitung der Altenhilfe absehbar. Nehmen die Abhängigkeiten der älteren Generationen zu? Wahrscheinlich erhöht sich die materielle Abhängigkeit der Älteren bei der deutlichen Beziehung zwischen Alter und Hilfsbedürftigkeit, zunehmender Singularisierung usw. Auch die Zunahme der direkten, persönlichen Abhängigkeit von anderen, Familienfremden, ist ebenso wahrscheinlich bei Zunahme der Alleinstehenden, Personen ohne familiäre Hilfe, weil das familiäre Netz dünner wird. Hinzu kommt die zeitliche Dimension dieser Abhängigkeit mit wahrscheinlich statistisch eher zunehmender Länge.

Wird also ein eher größerer Anteil vor allem der höchsten Altersgruppen durch Formen materieller, direkter persönlicher und Abhängigkeit von Institutionen geprägt sein?

Die Fortschreibung und Ausweitung der Altenhilfe (z.B. der Pflegesätze, Ersatzinvestitionen) ist den Altenhilfe-Statistiken der Länder zu entnehmen, ihr weiterer Ausbau abschätzbar. Der durch die eben angesprochenen Zusammenhänge sich ergebende Zusatzbedarf ist schlechter abschätzbar. Und wie mit sicher berechtigten Forderungen nach Qualitätserhöhungen in Zukunft in der Altenhilfe umzugehen ist, bleibt unklar.

Für die Alten bedeutet das aber größere Abhängigkeit von politischen Regelungen und Beeinflussungen ihrer Lebensverhältnisse. Denn weder

ist zu erwarten, daß die individuelle private Absicherung von Risiken, noch, daß die durch das unmittelbare soziale Umfeld stattfindende zunehmen werden. Eher ist deren Abnahme (z.B. durch den Wandel der Familienstrukturen) zu erwarten.

- (4) Die "soziale Schwäche" von Bevölkerungsgruppen, wie großer Anteile der Alten, der Abbau von gesellschaftlich verursachter sozialer Ungleichheit, war und bleibt Triebfeder der Sozialpolitik. Wenn festgestellt wird, daß sich die Ungleichheitsrelationen zwischen den großen Gruppen unserer Gesellschaft in den letzten 3 Jahrzehnten nicht wesentlich verändert und dennoch Ungleichheitsfragen sich entschärft haben, läßt sich fragen, ob auch darauf bauende Sozialpolitik eine neue Qualität gewonnen hat.

"Die Besonderheit der sozialstrukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der '*Fahrtstuhl-Effekt*': die 'Klassengesellschaft' wird *insgesamt* eine Etage höher gefahren. Es gibt - bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten - ein *kollektives Mehr* an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum. In der Konsequenz werden subkulturelle Klassenidentität und -bindungen ausgedünnt oder aufgelöst" (BECK 1986: 122).

Dies trifft die Alten ebenso. Aber es hat seit der Reformpolitik der 70er Jahre auch die Triebkraft des Abbaus von "sozialer Schwäche" nachgelassen, konstitutive Basis einer "Sozialpolitik für ältere Menschen", die sozialpolitisch beeinflussbare Sachverhalte sich nicht auf die Dimension des tagespolitisch Möglichen bzw. "Machbaren" verkürzen lassen möchte (NAEGELE/DIECK 1978: 13). Strukturveränderungen (z.B. die Gültigkeit der Quantitätsthese) und ihre Auswirkungen, die Grenzen von Politik bei nicht zu erwartenden und auch nicht erwünschten Systemveränderungen einerseits, andererseits die begrenzte Beeinflussbarkeit des Abbaus von Ungleichheit bei den Alten selbst (wo ist bei kumulativer Benachteiligung anzusetzen?) haben Konsequenzen für die Orientierung von Sozialpolitik.

Ungleichheit erhält einen anderen Stellenwert. Sie abzubauen bleibt dennoch Ziel von Sozialpolitik. M.E. ließe sich dies gut am aktuellen Beispiel der sogenannten "Trümmerfrauen-Regelung" (im Hinblick auf die materielle Seite) und der Rolle der Schulbildung (immaterielle Seite) verdeutlichen. Ich kann das nur andeuten. Diese Punkte bedürften ausführlicherer Behandlung.

- (5) Noch kürzer muß ich mich beim Thema politisch verursachter oder mitbeeinflusster Versorgungsdefizite fassen. Das sicher auffälligste Beispiel dürfte die oft beklagte Unterentwicklung der Altersmedizin, die institutionelle Versorgung Chronischkranker und die geriatrische Versorgung sein. M.E. sind dafür auch Kostengesichtspunkte einflußreich. Der Haupteinfluß dürfte jedoch von medizininternen Machtstrukturen und Eigendynamiken ausgehen, die Altersmedizin als eigenständiges Fach kaum hochkommen und sich institutionell verfestigen lassen. Sie ist als eigenständiges Fach medizinintern zu umstritten; Internisten sind durch ihre Klientel fast automatisch Geriater, ohne es zu sein oder formal werden zu können. "Medizin als Subpolitik", von ihr selbst gesteuert, ist die Hauptursache fehlender Institutionalisierung der Altersmedizin.

Die fehlende Durchsetzung rehabilitativer Orientierung mit ihren institutionellen Konsequenzen in stationärer Altenhilfe und im Kran-

kenhausbereich sind ein anderes Thema. M.E. sind Kostengesichtspunkte hier ausschlaggebend.

Und wirklich unbezahlbar wäre wohl die Durchsetzung der Prävention als Prinzip. Auch die Operationalisierung dessen, was in § 75 Altenhilfe BSHG angesprochen wird, würde wahrscheinlich budgetsparende Wirkungen für die Altenhilfe insgesamt haben, übertrüge man diese Programmatik auf die Altenhilfe generell.

Welche politische Rolle der Altenselbsthilfe zuzuweisen ist, dieses Thema ausführlicher zu behandeln, muß ich mir hier versagen (siehe dazu: ZEMAN 1985). Die Selbsthilfe als Alternative zur Fremdhilfe, diese Sichtweise überholt sich allmählich selbst. Hier lassen sich ebenfalls politische Konsequenzen ausmalen.

4.2. Politik durch die Alten

Das chronologische Alter allein führt ältere Politiker kaum dazu, sich nun speziell für die Interessen der Alten einzusetzen. Politik für die Alten wird nicht von ihnen, sondern eher von den Jüngeren für die Alten gemacht. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, bleibt das auch in Zukunft so.

Bisher hatte die Selbstorganisation der Alten und die Konzentration ihrer Interessen auf einen "Dachverband" keinen Erfolg. Auch das dürfte in Zukunft nicht viel anders sein. Dies liegt einerseits daran, daß die Alten, nur weil sie alt sind, nicht auch schon die gleichen Interessen haben. Andererseits ist es nicht das Interesse politischer Institutionen, die Selbstorganisation der Alten, sich jenseits etablierter politischer Interessen in den Parteien und unabhängig von ihnen entfalten zu lassen. Dies ist nur konsequent, denn es würde das Eingeständnis bedeuten, die Interessen eines großen wählenden Bevölkerungsteils nicht ausreichend vertreten zu können.

Und auch auf kommunaler, leichter überschaubarer Ebene kann man die sich zunehmend entwickelnden Seniorenbeiräte zwar tolerieren oder gar fördern. Aber gleichzeitig werden Politik und Verwaltung in den Kommunen bestrebt sein, deren Einfluß in sehr engen Grenzen zu halten.

4.2.1. Alte in der Politik

Die vorliegende Literatur liefert uns einige Ergebnisse zur Beteiligung Älterer in der Politik und zu den in der Politik oder in politischen Funktionen noch tätigen Älteren. Da Politik als Beruf den gleichen Mechanismen, gesellschaftlichen Zwängen und Wünschen der Betroffenen zur Berufsaufgabe unterliegt, wäre es verwunderlich, würde nicht auch die Berufstätigkeit älterer Politiker seltener. Mit gewissen Modifikationen findet bei ihnen das gleiche berufliche Disengagement statt wie bei anderen Berufstätigen auch. Wer in der Politik noch aktiv bleiben will, für den finden sich wahrscheinlich auch eher noch Posten, von sinnvollen, ihren Bedürfnissen entgegenkommenden bis zu solchen, auf die man sie abschiebt.

Ein gängiges Argumentationsmuster: es gibt weniger in der Politik tätige Alte, also sind die Interessen der Alten schlechter vertreten. Dieses Argument beruht auf dem Denkfehler, der besagt, daß alte Politiker tatsächlich auch eher die Interessen der Alten vertreten. Dies ist aber keineswegs naheliegend, denn die Interessenschwerpunkte politisch Aktiver bzw. von Politikern sind in der Regel anders motiviert. Einmal dadurch, daß es Politikschwerpunkte gibt, bei denen Alterspolitik, wenn überhaupt, bisher eher in der Randzone anzusiedeln ist. Andererseits sind individuelle politische Interessen biographisch gebunden. In diesem Zusammenhang mag es dann dazu kommen, daß Ältere sich auch für die Politik für die Alten interessieren. Dies ist aber keineswegs zwangsläufig, sondern nach wie vor wohl eher die Ausnahme oder dem Umstand zuzuschreiben, daß sich hier für einzelne ein passendes oder verbleibendes Betätigungsfeld auftut.

Dazu einige Ergebnisse aus Untersuchungen:

Beteiligung in politischen Gremien: Festzustellen ist die zunehmende Abnahme der über 65jährigen bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages seit 1961 (PLUM/SCHLEUSENER 1981: 8 ff.) 1980 waren in den Länderparlamenten nur noch 1,2 v.H. über 65jährige Abgeordnete. "Die Chance, mit 65 und mehr Jahren noch einmal für seine Partei kandidieren zu dürfen, ist so gut wie Null" (SCHAAL 1984: 203). Auch in Gemeinde- und Stadträten dürfte die Beteiligung Älterer aktuell wahrscheinlich kaum oder nur unwesentlich höher liegen.

Dagegen hat der Frauenanteil bei den Stadt- und Gemeinderäten nach Angaben des DEUTSCHEN STÄDTETAGES (1987) stetig zugenommen: Jeder 6. Ratssitz wird danach heute von einer Frau besetzt. Vor 5 Jahren waren es 12 v.H., vor 10 Jahren deutlich unter 12 v.H. Und bei den großstädtischen Stadträten sind die Frauen im Durchschnitt sogar mit 20 v.H. vertreten.

Wenn andererseits festgestellt wird, daß in Selbstverwaltungsorganen der Rentenversicherung und des Rundfunks/Fernsehens die ältere Generation noch gut vertreten seien (SCHAAL 1984), dann entspricht das den unterstellten Zusammenhängen. Hier sind noch am ehesten gewisse "Altersposten" zu finden.

Politiker-Interessen: Eine Untersuchung der Reden und Redner des Deutschen Bundestages (1976 - 1983) konnte gut belegen, daß sich die Redner zu Altersfragen weder nach Fraktionszugehörigkeit, noch nach Geschlecht und Alter wesentlich unterschieden. Und die älteren Politiker nahmen sich auch alterspolitischen Fragen nicht häufiger an. "Altenpolitik ist kein politisches Thema, dessen sich ältere Abgeordnete annehmen, wohingegen jüngere Abgeordnete sich selbst häufig als Lobby der jüngeren Generation im Bundestag begreifen und als solche auch von ihren Fraktionen eingesetzt werden ..." (WILBERS 1986: 359).

Wahrscheinlich käme man auch bei Länderparlamenten und im kommunalen Bereich zu einem ähnlichen Ergebnis: Politik für die Alten wird eher von den Jüngeren gemacht. Das chronologische Alter bindet kein gesteigertes Interesse für die Alten.

Politische Führungspositionen und die Rolle der Alten in ihnen mögen zudem noch eine eigene Dynamik besitzen, auf die hier näher einzugehen kein Raum ist. Sie sind z.T. systembedingt wie im Falle der politischen Führungskader in den Ostblockstaaten, die die Verbindung von Alter, Bewährung, individuellem Machtaufbau ('Hausmacht') und Machterhaltung erleichtern und in ihrer Wirkung Generationenunterschiede deutlicher pointieren als in westlichen Demokratien. Hier wiederum ist das durch Reagan aufgewärmte Image der Verbindung von Alter und konservativer Politik wohl am augenfälligsten. Und an Brandts Fall läßt sich m.E. ebenfalls eine ganze Menge über Rolle, Funktion und Abgang alter Politiker lernen. Zu stark allerdings würde dies, obgleich reizvoll, ins Monografische führen.

Ich möchte sogar die These wagen, die Persönlichkeitsfaktoren und individuellen "Politikerkonstellationen" werden noch wichtiger und entscheiden darüber, ob sich Ältere in aktiver Politik behaupten können. Allgemeine Berufsaufgabe-Entwicklungen und der Druck der nachwachsenden Generationen werden sich verschärfen. Daraus würde die weitere Abnahme des Anteils älterer Politiker resultieren. Anders: der Druck auf den einzelnen, sich "rechtzeitig zurückzuziehen", wird nachhaltiger, verfrüht sich sogar. Sind die oben aufgeführten Zusammenhänge weiterhin gültig, bleibt auf die Alten zielende Politik davon jedoch weitgehend unbehelligt, weil sie kaum Sache gerade der älteren Politiker ist.

Zu drei allgemeinen Schlußfolgerungen möchte ich nach diesen kurzen Ausführungen kommen: Die Alten in der Politik bei uns unterliegen zunehmend allgemeingültigen Mechanismen der Berufsaufgabe und auch des erzwungenen Disengagements in der Generationenfolge der Politiker. Chronologisches Alter hat kaum etwas mit zunehmendem Engagement für die Alten zu tun, ist eher zufällig, biographisch oder durch sich bietende Gelegenheiten zu erklären. Und ob Alte bei uns sich noch in Führungspositionen befinden, hängt eher von der Persönlichkeit des alten Politikers ab, nicht vom Alter, sondern eher unabhängig davon. Z.T. befinden Politiker sich trotz des Alters nach wie vor in Führungspositionen, weil Persönlichkeit, Funktion und die Chancen der Erhaltung von individueller Macht gegeben sind. Manchmal erscheinen die Zusammenhänge noch banaler, wenn niemand sich traut, "Denkmäler" zu stürzen.

4.2.2. Selbstorganisation der Alten

Die mit der politischen Selbstorganisation der Alten sich befassende Literatur kommt zwangsläufig an dem bisher einzigen Beispiel sich deutlich sichtbar niederschlagender "Senior-Power" nicht vorbei: dem "Townsend-Movement", benannt nach seinem Initiator in den 30er Jahren in den USA. Aufstieg und Fall dieser politischen Bewegung war gebunden an materielle Schlechterstellung und mangelnde Absicherung der Alten in den USA, umfaßte einen Plan, den Alten zu einer Mindestpension zu verhelfen und damit Folgen der wirtschaftlichen Depression zu kompensieren. Das Townsend-Movement vertrat ausschließlich die Interessen der Alten, war gebunden an seinen charismatischen Führer, erreichte 1936 bei den Wahlen seinen Höhepunkt und war Mitte der 40er Jahre als politische Kraft wieder verschwunden (hierzu: PRATT 1983 und DÜRSCHIED 1984: 32 ff.).

Details über Programmatik und die Entwicklung im einzelnen sollen hier nicht interessieren, sondern was am Beispiel zu lernen ist. Denn die sich zeigenden Grundprobleme sind bei uns noch heute die gleichen - mit Abstrichen bei der Vergleichbarkeit des politischen Systems und der sozialen Lage der Alten. Ich möchte Zusammenhänge und Bedingungen der politischen Selbstorganisation folgendermaßen umreißen:

- (1) Politische Selbstorganisation der Alten, die nur altenspezifische Ziele im Blick hat, hat offenbar eine zu schwache Basis. Die Interessen der Alten sind, nur weil sie alt sind, nicht gleichförmig. Die Solidarisierung z.B. von rassischen Minderheiten ist wahrscheinlich leichter zu erreichen, falls sie kollektiv benachteiligt, diskriminiert sind. Vergleichbares gibt es bei den Alten qualitativ nicht.
- (2) Ohne eine gemeinsame oder von größeren Teilen der Alten empfundene Bedrohung oder die Verschlechterung ihrer Lage sind Solidarisierungseffekte, die zu politischen Sammlungsbewegungen führen, kaum zu erreichen. Unzufriedenheiten geringeren Ausmaßes kanalisieren sich in Wahlentscheidungen oder auch in der Nichtbeteiligung an Wahlen.
- (3) Ohne entsprechende politische, z.T. durchaus notwendige charismatische "Führer" ist der Erfolg eigenständiger politischer Gruppierungen nicht zu gewährleisten. Ziele und Ideen müssen personell darstellbar sein. Mag sein, daß dies zudem in besonderem Maße für die Alten erforderlich ist (vgl. die referierten Ergebnisse zu den Einstellungsuntersuchungen). Je stärker andererseits die politische Organisation an einzelne Personen gebunden ist, um so stabiler ist sie auch, wenn Kontinuität bei personellem Wechsel nicht gewährleistet werden kann.
- (4) Die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung war die wohl bekannteste Form der Vereinnahmung sozialer Bewegungen, damals der Sozialdemokratie. Die Sozialgesetzgebung des "New Deal" kappte die Programmatik des Townsend-Movement. Die großen Parteien (SPD: "Seniorenbeauftragte", CDU: "Seniorenunion") haben sich ebenfalls vereinnahmende, repräsentative oder nur repräsentierende innerparteiliche Formen der Interessenvertretung ausgedacht. Die im einzelnen wohl unklare Allianz zwischen "Grauen Panthern" und GRÜNEN ist, mit Modifikationen, eine vergleichbare Strategie. Von wem treibende Kräfte ausgehen, ist dabei so gleichgültig, wie die Frage, wieviele "Graue Panther" sich bei den GRÜNEN zu Hause fühlen. Es geht hier ums Prinzip parteipolitischer Integration von Sonderinteressen und Interessengruppen und damit auch um Beeinflussbarkeit, Wandel, ja Innovationsfähigkeit des Parteiensystems selbst.

Parteivorsitzende und Generalsekretäre der großen politischen Parteien müssen sich über eine ebenfalls häufiger publizistisch angesprochene "Partei der Alten" keine ernsthaften Sorgen machen. Dennoch müssen sie ihre "Seniorenarbeit" verstärken, nicht nur, "um die mit der Alterung der Gesellschaft einhergehenden Probleme anzupacken, sondern auch, um der Gefahr von Verabsolutierung von 'Alten-Interessen' in 'Altenparteien' entgegenzuwirken."⁶ Und weiter, weil sie an der politischen Etablierung von Sonderinteressen, neuer parteipolitischer Konkurrenz und an der Entwicklung einer zusätzlichen Altenlobby kein Interesse haben können. Die Integration von sich artikulierenden Interessen und deren Fusion in parteipolitische Programmatik ist der in der parlamentarischen Demokratie nach wie vor angemessene Weg zur Beeinflussung der Altenpolitik.

Lassen sich demnach Ansprüche nach verstärkter Selbstorganisation, unabhängig von der Einschätzung ihrer Realisierbarkeit, anmelden oder sind die Interessen der Alten zwar vielleicht nicht im einzelnen, aber doch grundsätzlich durch die existierenden politischen Institutionen vertreten? Und wie sind existierende Formen der Selbstorganisation einzuschätzen?

Dies ist m.E. ebenfalls nur summarisch zu bewerten, Kriterien zur Überprüfung dieser Fragen kann ich aber formulieren:

- (1) Das wichtigste Kriterium für eine eigenständige Selbstorganisation der Alten wären m.E. deutlich wahrnehmbare Vertretungsmängel und die Unmöglichkeit, neue Konzeptionen, Richtungen und Ideen auch im parlamentarischen Raum zu artikulieren. Daß dies so ist, kann ich nicht sehen. Dies läßt sich begründen durch die relativ große Einigkeit der Parteien bei der materiellen Einkommenssicherung der Alten und auch im Hinblick auf die Fortschreibung der entwickelten Altenhilfe. Die Forderung der GRÜNEN nach Abschaffung der Pflegeheime ist das deutlichste Beispiel dafür, daß sonst kaum vertretene Forderungen dennoch parlamentarisch artikuliert sind.
- (2) Eine andere Ebene betrifft die Durchsetzbarkeit z.B. von gesetzlichen Maßnahmen bei weitgehend konsensfähigem Regelungsbedarf und auch die Setzung von Prioritäten bei Förderungs- und Ausbauswerpunkten. Gerade in bezug auf die Durchsetzbarkeitsproblematik gibt es aktuell eine Reihe kritisch stimmender Bereiche, z.B. die gesetzliche Absicherung des Pflegebedürftigkeitsrisikos, das Problem einer "Grundrente" - letztlich Fragen, die stärkere Einschnitte, Reformen des Systems darstellen würden. Über den Regelungsbedarf des Problems der Pflegebedürftigkeit besteht weitgehend Einigkeit bei den Verbänden als Lobby, die Länder wurden als Gesetzgeber initiativ usw. Dennoch kam es bisher zu keiner befriedigenden Lösung. Das ist zum großen Teil systembedingt, weil der Bund eine neue Zuständigkeit und daraus resultierende Kosten nicht übernehmen will. Die Behauptung, entwickeltere Formen der Selbstorganisation und der Lobby der Alten würden zur Lösung dieses Problems kaum zusätzlich etwas beitragen können, dürfte nicht vermissen sein. Und die bisher bestehenden Formen der Selbstorganisation konnten offenbar auch nichts bewirken. Ein - wenn auch sicher sehr bedeutsames - Beispiel ist zur Beurteilung dieser Frage sicher noch nicht ausreichend. Es lohnte sich wahrscheinlich, sonst in Frage stehende größere politische Sachprobleme einmal entsprechender Prüfung zu unterziehen. Hätte zusätzliche "Altenlobby" dabei tatsächliche Durchsetzungskraft? Ich möchte das bezweifeln.
- (3) Wenn ich den Standpunkt vertrete, die Interessen der Alten seien durch bestehende Parteien und durch die Lobby der Verbände auf den unterschiedlichen Ebenen der Politik hinreichend vertreten, dann stellt sich die Frage z.B. nach der Effektivität der Seniorenbeauftragten der SPD und nach den Einflußmöglichkeiten einer Senioren-Union: Was Altenvertretungen hier erreichen können oder ob sie letztlich doch auch nur Parteien-Aushängeschilder sind (analog den Seniorenbeauftragten auf kommunaler Ebene, die häufig als Aushänge-

schilder der Verwaltung bezeichnet werden), bleibt m.E. noch zu beantworten.

Als 3. Kriterium würde ich somit Effektivität und prinzipielle Durchsetzungsfähigkeit von Alteninteressen in den bestehenden Parteien und politischen Institutionen ansehen. Auch dies kann nur ziel- und fallbezogen beurteilt werden.

- (4) Als 4. Kriterium kann man die Bewertung bisheriger Versuche der Selbstorganisation, ihrer Erfolge oder Erfolglosigkeit, heranziehen. Hierzu ist festzustellen, daß fehlende gemeinsame Interessen der Alten und vorhandene Vertretungsmacht in den bestehenden Institutionen bisher zu einer Zersplitterung der Selbstorganisation der Alten in den bestehenden Altenverbänden geführt hat. Bisherige Versuche, Interessen in einem Dachverband zu konzentrieren, sind gescheitert.

Dies und Platzgründe rechtfertigen es nicht, auf alle einzelnen Verbände, ihre Ziele usw. näher einzugehen. M.E. haben sich seit ihrer ausführlichen Beschreibung um 1980 (PLUM/SCHLEUSENER 1981: 51 ff.) noch keine wesentlichen Veränderungen und neuen Beurteilungsgesichtspunkte ergeben.

Zwei Beispiele möchte ich dennoch herausgreifen. Das erste als deutliches Beispiel der Verfolgung von Sonderinteressen: den Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH) als Interessenvertretung der Beamten. Die wirtschaftliche Interessenvertretung der bei uns sozial am besten abgesicherten Bevölkerungsgruppen erscheint dabei besonders absurd. Allein schon der Blick auf die zahlenmäßige Vertretungsmacht der Beamten im Bundestag und ihr Rückhalt in der Beamten-Bürokratie verweist auf eine so kräftige Lobby, daß ein Bedarf an zusätzlicher Verbandsvertretung nicht besteht. Charakteristisch für die Situation der Beamten war die längst überfällige Notwendigkeit, Übersorgungen abzubauen, nicht Unterversorgungen zu beheben! Bei der Abweisung von Interessen der Beamten stehen Politiker sich selbst am meisten im Wege.

Das andere Beispiel: Die "Grauen Panther" (oder eingeschränkt der Senioren-Schutz-Bund-SSB-Wuppertal). Mir geht es hierbei nur um grundsätzliche Züge, nicht um personelle Besonderheiten, Verbandsquerelen, überzogene Vertretungsansprüche und regionale Differenzen der auch überregional arbeitenden "Panther". Der SSB und die "Grauen Panther" haben m.E. zu Recht bisher entsprechend hohes publizistisches und auch wissenschaftliches Interesse gefunden.⁷⁾ Ob ihre Erfolge im Verhältnis dazu stehen, steht wiederum auf einem anderen Blatt.

Publizistische Effekte sind schon bedingt durch deren Orientierung, die Publizität als politisches Mittel nutzt, weil die Panther sich sehr oft dort ansiedeln, "wo durch spektakuläre Arbeit an Skandalen Not gelindert und Altenbewußtsein gebildet werden kann" (MEIER/SEEMANN 1982: 80). Und das wissenschaftliche Interesse ist nur Ausfluß der Tatsache, daß die Panther am ehesten Alternativen politisch sich verstehender Arbeit jenseits etablierter politischer Macht und Machtkanalisierung darstellen.

Wie man dabei zu Führungsstruktur, Einzelaktionen und Programmatik im Detail steht, ist von sekundärer Bedeutung. Auch in Zukunft wird es einen Bedarf für grundsätzliche Alternativen der Altenpolitik

geben, ebenso Skandale z.B. in Heimen, soziale Härten, die Mißachtung der Rechte einzelner usw. Dann kann es notwendig sein, daß sich dieser Dinge jemand annimmt, auch mit unkonventionellen Mitteln. Diese Unkonventionalität bestimmt aber andererseits die Grenzen ihrer Unterstützung bei den Alten selbst. Ich bin sicher, daß die Grauen Panther mehr Anhänger unter den jüngeren Generationen finden, als bei den Alten selbst.

Ob sich Altenmacht durch Selbstorganisation in Zukunft verstärken wird, ist offenbar auch trotz entsprechender Untersuchungen für die USA mit prekärer wirtschaftlicher Altersituation strittig. Eher ist bei uns zu erwarten, daß die Effektivität latenter Altenmacht z.B. zum - wenn auch nicht offenen -, Rückzug der Gewerkschaften führt, weil ihnen die Vertretung der erwerbstätigen Generationen näherliegen müssen.

In der Beurteilung der Selbstorganisation neige ich dem von EDINGER formulierten Schluß zu: "Es gibt nur Zusammenschlüsse, die auf Bundesebene keinen Einfluß haben. Alle diese Vereinigungen sind aber unter politischem Blickwinkel als Randerscheinungen zu klassifizieren. Inklusive Interessenvertretungen (also altersheterogene, T.), z.B. der DGB oder die Wohlfahrtsverbände, haben möglicherweise größeren Einfluß. In Deutschland gibt es keine nennenswerte graue Lobby" (EDINGER 1981: 16).

4.2.3. Seniorenbeiräte

Seit Einführung der fast ausschließlich auf kommunaler Ebene arbeitenden Seniorenbeiräte bleiben sie - allerdings mit abnehmender Tendenz - umstritten. Ihre fachöffentliche Diskussion steht m.E. in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung. Sie verweist damit aber auch auf ihre Zwitterstellung in unserem politischen System. Geht man von der Annahme zu geringer Interessenvertretung auch anderer, ebenfalls nicht gerade geringer Bevölkerungsanteile aus, könnte man mit ähnlicher Berechtigung Beiräte für Ausländer, Behinderte, vielleicht sogar auch Frauen fordern, wiederum unterstellt, die Interessen von Kindern und Jugendlichen seien bisher und vor allem in Zukunft hinreichend berücksichtigt. Ausländerbeiräte erscheinen dabei mindestens ebenso wichtig wie die Seniorenbeiräte, nimmt man die Integration der Ausländer ernst und zieht absehbare bevölkerungspolitische Konsequenzen!

Trotz allmählicher Etablierung der Seniorenbeiräte kann man der Meinung sein, unser ohnedies differenziertes politisches System und eine gut funktionierende Verwaltung müßten die Interessen eines so großen Teils der Bevölkerung, wie der Alten, auch hinreichend vertreten können. Das Argument, die geringe Zahl der Alten in der Politik, z.B. in Parteiämtern und Parlamenten, würde zusätzliche Interessenvertretungen erforderlich machen, ist, wie erwähnt, nicht schlüssig, weil Alte in der Politik nicht oder nur selten auch die Interessen der Alten vertreten. In der Literatur über die Seniorenbeiräte wird mit diesem Denkfehler nach wie vor fast überall argumentiert.

Treten Mängel im politischen System auf, ist es Aufgabe der Parteien, der politischen Vertretungsorgane und der Verwaltung selbst, sie abzustellen. Zusätzliche Beiräte, zudem mit gesetzlicher Verankerung und mit über ein Anhörungsrecht hinausgehenden Funktionen, sind dann überflüssig. Es ist sogar Aufgabe des bestehenden politischen Systems, sie überflüssig zu machen. Dies ist, vielleicht in der Regel nicht so deutlich vorgetragen, der Kern der kritischen Argumente gegen zusätzliche Beiräte. Ich halte diesen Standpunkt, auch mit seinen Konsequenzen, nach wie vor für vertretbar und teile ihn.

Das dagegen zu setzende Argumentationsmuster: repräsentative Demokratie und Verwaltungshandeln - oder kritische "Bürokratie" - könnten die Interessen der Betroffenen nicht hinreichend vertreten, es bedürfe sachkompetenter Kontrolle und Interessenvertretung der Betroffenen selbst, letztlich also der Ergänzung durch zusätzliche plebiszitäre Elemente. Danach wären die Seniorenbeiräte als Teil einer sinnvollen Weiterentwicklung unseres politischen Systems anzusehen und zu unterstützen. Negative Konsequenz andererseits ist die Schwächung der Repräsentation der Älteren in den etablierten politischen Institutionen, die ebenfalls zu verhindern ist.

Ein weiteres Argument für die Seniorenbeiräte, das ich in der Literatur nicht gefunden habe, ergibt sich aus dem Vergleich zur politischen Partizipation in den USA. Geringere politische Partizipation bei uns läßt sich durch die Seniorenbeiräte z.T. zumindest kompensieren, die Bürgernähe kommunaler Politik so verstärken.

Hege und Pflege der Seniorenbeiräte trägt damit zu deren Aufwertung und Legitimation bei. Werden sie erfolgreicher, wird eine falsche Entwicklung legitimiert. Das ist und bleibt das Dilemma, in dem die Unterstützung der Seniorenbeiräte steht. Streng genommen kann man also nur für oder gegen sie sein. Toleriert man sie, wird man zum Befürworter. Allerdings gibt es wie überall genügend politische Mittel, sie zum praktischen Mißerfolg zu verdammen und sie damit überflüssig zu machen. Ich halte das aber für unehrlicher, als deutlich gegen sie Stellung zu beziehen.

Kommunale Unterstützung hat zur Ausweitung der Seniorenbeiräte in den letzten Jahren geführt. Auf Entwicklung, Funktionen und genauere Beschreibung der Situation der Seniorenbeiräte möchte ich aber hier nicht ausführlicher eingehen. Dazu verweise ich auf die entsprechende Literatur.⁸⁾

Kurz umreißen möchte ich aber sich herausbildende Charakteristiken der Seniorenbeiräte und typische, z.T. inzwischen abgeschwächte Kritikpunkte. Eine aktuelle Erhebung bezieht sich auf 1985 (REGGENTIN/DETTBARN-REGGENTIN 1986), wobei die Form der Befragung (schriftliche Befragung) Tendenzen zu positiverer Selbstdarstellung begünstigen dürfte:

Verbreitung: 1980 waren es etwa 70, 1986 wird die Zahl der Seniorenbeiräte auf etwa 160 geschätzt. Auch seinerzeit gegründete bestehen zum größten Teil noch heute. Formal können sie heute etwa ein Drittel der älteren Bevölkerung der Bundesrepublik vertreten. Sie sind in Großstädten, den Stadtstaaten und den Landkreisen vertreten. Kontinuität und wachsende Verbreitung sind somit feststellbar.

Wahlen und Mitglieder: Zweifellos z.T. umständliche Wahlvorgänge mit sehr unterschiedlichen, insgesamt aber eher niedrigen Wahlbeteiligungen bei Urwahlen sind festzustellen. Direkte Wahlen haben zu-, der Anteil der durch Verbände und Institutionen ernannten Mitglieder hat abgenommen. Allerdings sind nach wie vor die meisten Seniorenbeiräte für Alte, nicht von Alten eingerichtet worden.

Die Mitgliederzahl reicht von 2 bis 200 (!). Es sind zumeist junge Alte, über 60jährige. Häufig sind sie an Institutionen gebunden. Sie werden eher den "aktiven Senioren" zugerechnet. Zudem haben sie häufig Erfahrungen in der Politik (z.B. ehemalige Stadträte, parteipolitisch Aktive), wodurch ebenfalls Bindungen möglich sind, die zu Konflikten führen können.

Funktionen: Die Beiräte sind zum größten Teil durch die Verwaltung (Bürgermeister, Stadt-/Gemeinderäte, Sozialverwaltung) initiiert worden und bekommen, falls Mittel vorhanden sind (von 400 bis 60 000 DM jährlich), diese aus den Haushalten der

Gemeinden. Als freiwillige Einrichtung der Kommunen fehlen ihnen gesetzliche Grundlagen, Verankerungen in der Gemeindeordnung.

Die Vertretung der Interessen der Alten gegenüber der kommunalen Verwaltung, Beratung politischer Gremien und der Verwaltung im Bereich der Altenhilfe, aber auch Koordinationsbestrebungen der Altenarbeit, sind ihre Funktionen.

Sie sollen zwar Interessenvertreter aller Alten sein, der Schwerpunkt ihrer Arbeit dürfte sich aber eher auf die alten Alten, damit auch auf die Altenhilfe im engeren Sinne, konzentrieren. Ihre Arbeit orientiert sich am politisch-parlamentarischen Vorfeld, der Mitwirkung in Gremien, in denen Entscheidungen für die Alten getroffen werden.

Die Praxis ihrer Arbeit besteht in Anhörung, Mitberatung in Ausschüssen, bei kommunaler Programmatik, z.T. auch in konkreter Beratung für Hilfesuchende selbst.

Erfolge: Angegeben werden Erfolge bei der Verkehrsplanung, Mitwirkung bei der Planung von Heimbauten, Fußgänger- und Ruhe-zonen, - kommunaler Verkehrs- und Baupolitik also hauptsächlich. Direkte Beratung von Hilfesuchenden und politische Aktivitäten im engeren Sinne werden häufiger von den freigeählten Beiräten angegeben.

Grenzen: Sie sind durch ihre Festlegung auf Anhörung und Beratung, nicht Mitentscheidung, gegeben. Ihre Konfliktfähigkeit ist durch die Verwaltungsnähe und z.T. durch die politische Einbindung ihrer Mitglieder begrenzt. Das beschneidet ihr Protestpotential; z.T. grenzen sie sich zudem noch gezielt z.B. von den Grauen Panthern ab. Ihr Bekanntheitsgrad unter den Alten selbst ist z.T. sehr gering. Wie andere politische Institutionen sonst auch, können sie zur Profilierung einzelner, besonders Aktiver, instrumentalisiert werden. Randgruppen, wie Obdachlose, können sie offenbar schwer vertreten. Auf den Kommunen vorgeordnete politische Entscheidungen (z.B. Sozialhilfe) und daraus resultierende Konflikte haben sie naturgemäß keinen Einfluß.

Die weitere Entwicklung der Seniorenbeiräte hängt offenbar davon ab, in welchem Ausmaß kommunale Verwaltung sie akzeptiert und fördert. Die Motive der Verwaltung dürften zwischen ernstgemeinter Beteiligung, Informationsbedürfnis und vereinnahmender Legitimierung des eigenen Verwaltungshandelns liegen.

Zwischen kommunaler, Landes- und Bundespolitik gibt es große Beurteilungsunterschiede dieser Beiräte. So hielten z.B. die Seniorenbeauftragten der SPD - sich stützend auf die Studie zum politischen Verhalten Älter von PLUM/SCHLEUSENER - die Seniorenbeiräte 1981 "für kein geeignetes Mittel, die politische Mitwirkung der älteren Mitbürger in den Entscheidungsgremien zu verbessern oder zu garantieren" (zit. nach: SALENTIN 1986: 104). Damit ernteten

sie Widerspruch bei den SPD-Mitgliedern, die kommunal in Seniorenbeiräten arbeiteten und die diese Arbeit als von der eigenen Partei nicht unterstützt ansehen mußten - eine Form des Konfliktes mit der 'Basis' also.

Die CDU neigt offenbar dazu, nach beabsichtigter Gründung einer bundesweiten Senioren-Union sich auf dem Bundesparteitag 1987 ebenfalls für kommunale Seniorenvertretungen anzusprechen.

Stellungnahmen z.B. der Länderregierungen laufen darauf hinaus, eine gesetzliche Verankerung in den Gemeindeordnungen abzulehnen (hierzu: SALENTIN 1986: 87 ff.). Dies ist naheliegend bei überall zu hörenden Klagen über zunehmende Verrechtlichung, Verordnungsvielfalt und Interessenkonflikten. Die Erhöhung der "Bürgernähe" durch Seniorenbeiräte und die Entschärfung von "Bürokratie" können die Seniorenbeiräte aber m.E. kaum erfolgreich dagegensetzen.

Um es noch deutlicher zu sagen: Ich halte agile, unabhängige Graue Panther auf kommunaler Ebene prinzipiell für notwendiger als vereinnahmte Seniorenbeiräte mit zweifelhaftem Vertretungsauftrag.

5. Zuspitzung statt Zusammenfassung

Der anfangs nicht geplante Umfang dieses Beitrags und die Standpunkte, die sich ergeben haben, verstärken meine Neigung, sie noch einmal zugespitzt zu formulieren. Zu Beginn der Arbeit war ich z.B. von Funktion und Sinn der Seniorenbeiräte überzeugter als jetzt. Vielleicht beruhte das nur auf Unentschiedenheit, die ich auch bei anderen festzustellen meine. Vielleicht täusche ich mich auch. Werden in Zukunft zahlreiche Seniorenbeiräte ihre erfolgreiche Arbeit präsentieren?

- (1) "Policy" statt "politics" - die über hundertjährige Entwicklung unserer Form des Sozialstaats wird kaum zurückzuschrauben sein. Sozialpolitik für die Alten gerät noch mehr ins Zentrum, das politisch-aktive Verhalten der Alten selbst wird auch in Zukunft von untergeordneter, eher sogar abnehmender Bedeutung sein - zum in dieser Hinsicht "unterproportionalen Machtzuwachs" der Alten führen?

Die paternalistischen Traditionen unseres Sozialstaats sind fest verankert. Keine der politischen Parteien rüttelt ernsthaft daran. Die Privatisierung sozialer Risiken läßt sich bei uns nicht zum politischen Programm hochstilisieren. Vergleiche z.B. mit den USA verweisen m.E. eher darauf, wie fremd uns dieses System ist und keineswegs nachahmenswert.

Die Kehrseite dieser Grundüberzeugungen aber ist die zwangsläufig sich stellende Forderung nach Entscheidungen, Steuerung und auch besserer Politik, die über den Schatten ihrer Kurzfristigkeit springen müßte. Das ist ein Kernproblem: Wer traut ihr dies schon zu?

- (2) Eine Konsequenz der Schwäche politischer Steuerung ist, daß "latente Altenmacht" sich in Versorgungsansprüche umsetzen wird. Die politische Minimalrolle des Wählers bietet ausreichend Chancen für Sanktionsdrohungen und Sanktionsmacht, die Politik willfährig halten können. Diese nun wiederum wird sich dann mit Sachzwängen zu legitimieren versuchen. Die nachwachsende Altengeneration der nächsten 3 Legislaturperioden wird auf Einlösung erworbener Rechte pochen. Sie haben z.B. wesentlich mehr in die Rentenversicherung einbezahlt, als die heutigen Alten. Mit noch geringerem Recht kann man ihnen vorenthalten, was man den heutigen Alten nicht vorenthält.

Und auch suboptimale Versorgungsstandards lassen sich nicht dauerhaft durchhalten, Niveaueffekte sind zu erwarten, die auf Durchsetzung drängen. Wiederum ist Politik gefordert, denn möglich ist immer mehr, als beschränkte Politik zuläßt.

- (3) Die nachwachsende Altengeneration wird ebenfalls "alterskonservativer" werden, gibt es daran noch Zweifel? Aber dieser Alterskonservatismus trägt neue Züge. Als Wähler dürften die zukünftigen Alten in ihren Wahlentscheidungen flexibler werden. Weniger festgelegt, aber damit auch wirkungsvoller. Die quantitativ mächtiger werdenden Alten werden sich auch

weniger benachteiligen lassen, auf Einlösung z.B. des Generationenvertrages drängen und den bedrohen, der daran zu rütteln wagt. Sie werden damit politischer. Nicht in Form einer erstarkenden Selbstorganisation. Das haben sie noch nicht einmal nötig, weil ihre Interessen sich auch ohne sie durchsetzen und durchsetzen lassen. Sogar Solidarität kann dabei latent bleiben.

"Latente Altenmacht" und "stattliche Sperrminoritäten"? Genau - aber in anderem Sinne als zu Beginn dieses Beitrags behauptet!

ANMERKUNGEN

- 1) Die Daten entnehme ich RITTER/NIEHUSS 1987; 167-172
- 2) So die Überschrift eines Artikels zu einer Studie zur Rezeption von Fernseh-Nachrichten in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 31.7.1987.
- 3) Festgestellt wird, daß das politische Interesse (bei über 64jährigen) von Frauen insbesondere mit Volksschulabschluß relativ stark sinke, bei höherem Bildungsstand, besserer Informiertheit und Kompetenz das nicht der Fall sei und bei politisch Interessierten eher noch eine Zunahme politischen Interesses ermittelt werden könne.
- 4) Die Daten zur Mitgliederstruktur der politischen Parteien stammen aus dem Zeitraum 1970 - 1975.
- 5) Das behauptet PRATT (1983: 145) für das US-amerikanische politische System.
- 6) So zu lesen im Handelsblatt vom 4.8.1987 unter der Überschrift "Partnerschaft statt Old-Peoples-Power".
- 7) Ich nenne nur drei Veröffentlichungen hierzu: DÜRSCHIED 1984, MEIER/SEEMANN 1982, DOHNIKT-FLUCK 1984
- 8) Zum ersten Mal wurden die Seniorenbeiräte systematischer von PLUM/SCHLEUSENER (1981: 68-117) beschrieben (Stand: 1980). Weitere Literatur: THÜRKOW 1980, SALENTIN 1986, REGGENTIN/DETTBARN-REGGENTIN 1986, REGGENTIN/WASSMANN 1985, BRAUN 1987.

TABELLE 1: WAHLBETEILIGUNG DER MÄNNER UND FRAUEN NACH ALTERSGRUPPEN
(Angaben in v.H.)

Alter von ... bis unter Jahren	Wähler ¹⁾									
	1953 ²⁾	1957 ³⁾	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
Insgesamt:										
unter 21	-	-	-	-	-	84.6	84.1	80.4	84.3	76.8
21 - 25	77.6	80.6	79.5	76.8	76.6	84.4	82.9	78.9	81.5	73.1
25 - 30	82.2	84.6	84.1	81.7	81.4	88.2	86.5	82.2	83.8	75.9
30 - 35	86.5	88.5	89.2	86.2	86.1	90.8	89.2	86.2	87.0	80.3
35 - 40				88.2	87.8	92.3	91.5	88.6	89.3	83.8
40 - 45	89.0	90.5	90.4	89.0	89.4	93.1	92.7	90.3	91.1	86.0
45 - 50				88.8	89.6	93.9	93.6	91.2	92.2	87.9
50 - 60	90.2	90.8	90.5	89.4	89.6	94.1	93.8	92.3	92.7	89.4
60 - 70	88.6	89.7	89.3	88.5	88.6	93.2	93.7	92.2	92.3	89.7
70 und mehr	79.0	81.1	80.5	79.3	79.5	85.9	88.0	85.7	84.9	79.4
Insgesamt	86.3	87.8	87.4	85.9	86.1	90.8	90.4	87.6	88.4	83.1
Männer:										
unter 21	-	-	-	-	-	85.0	84.9	81.6	85.4	78.9
21 - 25	77.8	80.9	78.9	76.1	76.3	83.9	83.0	79.8	82.2	74.4
25 - 30	82.7	85.3	84.5	81.6	80.4	87.6	86.3	81.9	83.9	76.6
30 - 35				86.6	86.2	90.4	88.8	85.8	86.6	80.2
35 - 40	87.2	89.6	90.1	89.2	88.5	92.4	91.0	88.1	89.0	83.7
40 - 45				90.3	90.4	93.4	92.8	90.3	90.8	85.8
45 - 50	89.8	91.8	91.6	90.8	91.3	94.5	93.9	91.6	92.3	88.0
50 - 60	91.7	92.4	92.0	91.3	91.6	95.2	94.8	93.1	93.2	90.0
60 - 70	92.2	92.9	91.8	91.2	91.1	94.5	94.8	93.5	93.6	91.5
70 und mehr	87.1	88.3	87.1	86.4	85.9	90.2	91.2	89.6	88.5	85.1
Insgesamt	88.0	89.6	88.9	87.5	87.5	91.4	90.8	88.2	89.1	84.2
Frauen:										
unter 21	-	-	-	-	-	84.3	83.2	79.2	83.2	74.6
21 - 25	77.4	80.3	80.0	77.5	77.0	85.0	82.9	78.0	80.6	71.7
25 - 30	81.8	84.0	83.7	81.7	82.5	88.8	86.8	82.6	83.7	75.2
30 - 35	86.0	87.6	88.5	85.7	86.0	91.3	89.7	86.6	87.4	80.3
35 - 40				87.3	87.0	92.3	92.0	89.2	89.7	83.9
40 - 45	88.4	89.4	89.5	88.0	88.5	92.8	92.6	90.4	91.3	86.3
45 - 50				87.4	88.5	93.5	93.3	90.8	92.0	87.9
50 - 60	89.0	89.4	89.2	88.1	88.2	93.3	93.0	91.6	92.2	88.8
60 - 70	85.9	87.4	87.3	86.4	86.7	92.2	93.0	91.3	91.5	88.4
70 und mehr	72.5	75.3	75.8	74.8	75.7	83.3	86.0	83.6	82.9	76.5
Insgesamt	84.9	86.3	86.2	84.6	84.9	90.2	90.0	87.1	87.8	82.1

1) Ohne Personen mit Wahlschein (ab 1957 vorwiegend Briefwähler). Die abweichende Altersgruppierung für die ersten Wahlen lautet: 30-40 Jahre bzw. 40-50 Jahre.

2) Ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland.

3) Ohne Saarland

Quelle: RITTER/NIEHUSS 1987: 167

TABELLE 3: STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN NACH DEM ALTER (Angaben in v.H.)¹⁾

	Wahlergebnis	21-29 Jahre		30-39 Jahre		40-49 Jahre		50-59 Jahre		ab 60 Jahre	
		M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
1953 SPD	28.8	34.3	29.0	32.9	28.3	30.1	24.7	30.1	24.7	30.1	24.7
1957	31.8	37.9	31.3	35.8	29.5	31.8	25.3	31.8	25.3	31.8	25.3
1961	36.2	41.0	34.8	40.7	33.7	35.9	29.7	35.9	29.7	35.9	29.7
1953 CDU/	45.2	41.4	48.4	37.0	45.4	42.2	51.4	42.2	51.4	42.2	51.4
1957 CSU	50.2	46.1	53.1	43.2	52.2	47.1	57.4	47.1	57.4	47.1	57.4
1961	45.3	43.0	49.5	38.2	47.9	43.4	53.7	43.4	53.7	43.4	53.7
1953 FDP	9.5	10.0	9.5	12.3	10.9	11.4	9.6	11.4	9.6	11.4	9.6
1957	7.7	7.5	7.0	9.1	7.8	8.2	6.7	8.2	6.7	8.2	6.7
1961	12.8	12.2	11.9	14.4	12.8	12.9	10.9	12.9	10.9	12.9	10.9
1953 Sonst.	16.5	14.3	13.1	17.8	15.4	16.3	14.3	16.3	14.3	16.3	14.3
1957	10.3	8.5	8.6	11.9	10.5	12.9	10.6	12.9	10.6	12.9	10.6
1961	5.7	3.8	3.8	6.7	5.6	7.8	5.7	7.8	5.7	7.8	5.7
	Wahlergebnis	21-29 Jahre		30-44 Jahre		45-59 Jahre		ab 60 Jahre		ab 60 Jahre	
		M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
1965 SPD	39.3	43.0	36.6	47.9	39.5	43.0	36.0	40.7	32.8	40.7	32.8
1969	42.7	48.1	44.8	48.6	43.5	43.8	39.0	41.5	36.5	41.5	36.5
1965 CDU/	47.6	46.1	52.7	38.9	48.0	40.7	51.0	44.1	56.0	44.1	56.0
1969 CSU	46.1	39.6	46.7	38.6	47.1	39.8	50.9	44.9	55.6	44.9	55.6
1965 FDP	9.5	7.9	8.4	9.3	9.6	10.9	9.8	10.4	8.5	10.4	8.5
1969	5.8	6.9	6.0	6.0	5.8	6.2	5.4	5.5	4.4	5.5	4.4
1965 Sonst.	3.6	3.0	2.3	3.9	2.9	5.4	3.2	4.8	2.7	4.8	2.7
1969	5.4	5.4	2.5	6.8	3.7	10.2	4.7	8.2	3.5	8.2	3.5
1965 davon	2.0	1.8	1.1	2.3	1.6	3.4	1.7	2.4	1.3	2.4	1.3
1969 NPD	4.3	4.2	1.7	5.7	2.9	8.7	3.7	6.3	2.4	6.3	2.4

noch TABELLE 3: STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN NACH DEM ALTER (Angaben in v.H.)¹⁾

	Wahlergebnis	18-24 Jahre		25-34 Jahre		35-44 Jahre		45-59 Jahre		ab 60 Jahre	
		M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
1972 SPD	45.8	54.3	55.0	48.1	47.5	48.4	47.3	45.0	43.6	42.5	42.0
1976	42.6	49.4	50.2	45.3	44.5	41.4	40.9	42.7	42.1	42.0	42.0
1980	42.9	47.6	50.3	46.4	47.9	40.3	40.7	42.2	42.5	41.2	42.6
1983	38.2	37.6	40.6	38.3	40.4	35.7	36.4	39.7	39.6	39.9	39.7
1987	37.0	37.5	38.7	39.0	39.0	37.6	36.6	39.4	38.1	38.0	37.2
1972 CDU/	44.9	34.8	35.9	40.5	41.9	41.5	43.8	44.4	47.9	49.3	51.7
1976 CSU	48.6	40.3	40.2	43.3	44.2	48.8	50.0	48.4	49.9	51.2	52.5
1980	44.5	35.6	33.0	37.6	35.6	45.7	44.6	46.9	50.5	50.6	49.3
1983	48.8	42.0	40.3	43.1	42.8	50.3	50.9	49.2	50.9	50.9	53.5
1987	44.3	37.0	34.8	34.7	34.4	40.6	42.5	45.2	47.4	50.1	53.5
1972 FDP	8.4	9.6	8.5	10.5	10.1	8.9	8.3	8.9	7.7	6.7	5.7
1976	7.9	8.5	8.6	10.3	10.7	9.0	8.7	7.7	7.4	5.7	5.2
1980	10.6	10.9	11.9	12.8	13.9	12.6	13.6	9.7	10.1	7.1	7.5
1983	7.0	5.4	5.2	6.3	6.2	8.8	8.3	8.0	6.7	6.8	5.4
1987	9.1	8.6	8.0	7.9	7.3	10.7	10.5	10.3	9.4	7.9	6.9
1980 GRÜNE	1.5	5.3	4.3	2.6	2.4	0.9	0.8	0.6	0.6	0.4	0.3
1983	5.6	14.2	13.5	11.5	10.1	4.7	4.1	2.4	2.4	1.5	1.1
1987	8.3	14.5	16.5	16.9	17.9	9.9	9.3	3.7	3.9	2.2	1.6
1972 Sonst.	1.0	1.4	0.6	0.9	0.4	1.1	0.6	1.7	0.7	1.5	0.6
1976	0.9	1.8	1.0	1.1	0.6	0.8	0.4	1.2	0.6	1.1	0.4
1980	0.5	0.7	0.4	0.7	0.3	0.4	0.3	0.6	0.3	0.7	0.3
1983	0.5	0.7	0.4	0.7	0.5	0.5	0.3	0.7	0.4	0.9	0.3
1987	1.4	2.3	1.9	1.5	1.5	1.2	1.1	1.4	1.1	1.7	0.8

1) Gültige Zweitstimmen ohne Stimmen der Briefwähler. 1953 ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland, 1957 ohne Saarland. In der Spalte "Wahlergebnis" wird das tatsächliche amtliche Wahlergebnis aufgeführt, das geringfügig von dem Ergebnis der Repräsentativauszählung abweicht.

Quelle: RITTER/NIEHUSS 1987: 170 f.

DIE ÄLTERE GENERATION IM SPIEGELBILD DER GROSSEN REGIERUNGSERKLÄRUNGEN VON 1949 BIS 1987

Margret Dieck

Inhalt:

1. Große Regierungserklärungen: Dokumente der Grundzüge intendierter Bundespolitik und der politischen Bewertung von Anliegen und Interessen
 2. Rahmenbedingungen: Bevölkerungsentwicklung und konjunkturelle Lage
 3. Zur demographischen Entwicklung und der verbundenen Bewertung und Bedeutungszumessung
 4. Zur Anerkennung der Notwendigkeit einer Politik für und mit älteren Menschen
 5. Kernaspekte, die im Zusammenhang mit der Altersgeneration bezogen auf den immateriellen Bereich gewürdigt wurden
 6. Soziale Sicherungsleistungen unter besonderer Berücksichtigung der älteren Generation
 7. Diskussion der Akzentuierung
1. Große Regierungserklärungen: Dokumente der Grundzüge tendierter Bundespolitik und der politischen Bewertung von Anliegen und Interessen
- Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben sechs Bundeskanzler von 1949 bis 1987 insgesamt 15 "große Regierungserklärungen" abgegeben, d.h. Regierungserklärungen zu Beginn einer Legislaturperiode des Bundestages bzw. Regierungserklärungen bei Übernahme der Regierungsverantwortung in der laufenden Wahlperiode:
- 4 Regierungserklärungen von Adenauer (1949, 1953, 1957, 1961)
 - 2 Regierungserklärungen von Erhard (1963, 1965)
 - 1 Regierungserklärung von Kiesinger (1966)

- 2 Regierungserklärungen von Brandt (1969, 1973)
- 3 Regierungserklärungen von Schmidt (1974, 1976, 1980)
- 3 Regierungserklärungen von Kohl (1982, 1983, 1987).

Auch während der Amtszeit eines Bundeskanzlers werden Regierungserklärungen zu spezifischen Aspekten der Regierungspolitik abgegeben. Außerdem ist seit 1968 der Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen eingeführt. Dennoch enthalten die Regierungserklärungen bei Amtsantritt der Bundesregierung - die "großen Regierungserklärungen" - am stärksten "weite Perspektiven für die gesamte Tätigkeit der Regierungen in einer Legislaturperiode", sie sind somit "Dokumente für die geistige Entwicklung des politischen Klimas und der großen Kontroversen" (v. BEYME 1979: 8). Wie Bundeskanzler Schmidt 1980 erläutert, trägt der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zu Beginn der neuen Amtsperiode einer Bundesregierung die Grundzüge seiner Politik vor; jedoch werden nicht unbedingt die voraussichtlichen Lösungen im Detail und alle anstehenden Probleme angesprochen (SCHMIDT 1980: 1049). Nicht nur die Tagespolitik bleibt in aller Regel außen vor. Wie von BEYME (1979: 10) im Vergleich zu anderen Verfassungen herausarbeitet, eröffnet im Verfassungssystem der Bundesrepublik die Regierungserklärung des gerade gewählten Bundeskanzlers, auf die keine Abstimmung folgt, eine einmalige Chance: "da sie nicht von einer Abstimmung beendet wird, muß der Regierungschef weniger nach effekthaschenden Formulierungen schießen als in Systemen, in denen die Investiturabstimmung von der Gefälligkeit des Programms abhängt." Die Regierungserklärung "kann stärker den Stil des Regierungschefs tragen und braucht weniger eine Ansammlung von Verheißungen im Rahmen der 'Gefälligkeitsdemokratie' darzustellen" (ebenda).

Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers ist die Grundlage für seine Prägung der einführenden Regierungserklärung. Dennoch ist unverkennbar, daß die einzelnen Ressorts in hohem Maße um die Erwähnung ihrer Hauptanliegen in den Regierungserklärungen konkurrieren und daß sich auch einzelne Parteien der Regierungskoalitionen über die Hervorhebung der von ihnen besetzten Ressorts zu profilieren suchen. Die Parteienprogrammatische wird allerdings in den Regierungserklärungen nur gefiltert präsentiert, u.a. auch deshalb, weil bisher alle Regierungen Koalitionsregierungen waren. Daher kann es auch, wie z.B. bei Kiesinger und später Brandt, zu akzentuiert problemorientierten und res-

sortübergreifenden Behandlungen der Politikbereiche kommen. Abrechnungen mit der Vorgängerregierung bzw. Auseinandersetzungen mit der Opposition sind nicht zwangsläufig, obwohl auch diese Akzente einzelne Regierungserklärungen prägten (z.B. SCHMIDT 1976, KOHL 1982). Regierungserklärungen können durchaus auch mit Hilfe von publikumswirksamen Einsprengseln aufgelockert werden, wie von BEYME (1979: passim, hier insbesondere 26) bezogen auf die Regierungserklärung SCHMIDT 1976 und die "gut formulierte(n) Hinweise auf die Lage der Alten, der Frauen, der psychisch Not Leidenden, der Behinderten und der Gastarbeiter" anmerkt.

Bei der nachfolgenden Analyse wird man berücksichtigen müssen, daß es auch Traditionen der Inhalte von Regierungserklärungen gibt. Die Situation der Familie, der Jugend, der Bauern z.B. ist von Anfang an ein nie fehlendes Thema. Ganz anders verhält sich dies bei dem Thema Lage der älteren Menschen. Dies ist bisher kein Traditionsthema der Regierungserklärungen geworden, wie die nachfolgende Analyse aufzeigt.

2. Rahmenbedingungen: Bevölkerungsentwicklung und konjunkturelle Lage

An dieser Stelle ist nur sehr verkürzt auf die Rahmenbedingungen einzugehen, von denen Einfluß auf die Inhalte und Akzentuierungen der Regierungserklärungen ausgehen konnten.

Da wir nach der Berücksichtigung der älteren Generationen, ihrer Anliegen und Interessen in den großen Regierungserklärungen fragen, ist der jeweilige Anteil der Alterspopulation zum Zeitpunkt der Regierungserklärung nicht unbedeutend. TABELLE 1 gibt die Entwicklungslinien wieder. Dabei gilt es zu beachten, daß es für die Zeit von 1949 bis 1973 richtig gewesen sein mag, den Anteil der über 65jährigen an der Bevölkerung als Maßstab zu nehmen. Nach Flexibilisierung des Eintrittsalters in den Ruhestand, nach erfolgter Herabsetzung des Rentenzugangsalters 1973, ist es wohl richtiger, den Anteil der über 60jährigen als Hintergrund zu berücksichtigen, da das Rentenzugangsalter mit der Einführung der Flexibilisierung erheblich und sprunghaft absank. Die Verrentung mit dem 65. Lebensjahr wurde immer stärker zur Ausnahme.

TABELLE 1: FORTSCHREIBUNG DES BEVÖLKERUNGSSTANDES - ANTEIL DER ALTERSPOPULATION IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Jahresende	Gesamtbevölkerung		60- bis 65jährige		65jährige und ältere		Anteil über 60jährige		Anteil über 65jährige	
	abs.	abs.	abs.	v. H.	abs.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
1950	50.958.125	2.344.987	4.805.628	14,03	9,43					
1955	53.517.683	2.620.174	5.435.905	15,05	10,16					
1960	55.958.321	3.134.062	6.100.452	16,50	10,90					
1965	59.296.591	3.585.843	7.134.747	18,08	12,03					
1970	61.001.153	3.684.584	8.119.248	19,35	13,31					
1975	61.644.624	3.365.435	9.004.732	20,07	14,61					
1980	61.657.945	2.431.468	9.534.531	19,41	15,46					
1985	61.020.474	3.355.710	9.126.703	20,46	14,96					

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1987a: 195, Tab. 16.4

SCHAUBILD I verdeutlicht die Konjunkturphase, in die die großen Regierungserklärungen der Bundeskanzler fielen. In Phasen der Rezession, die verbunden sind mit geringerem Steueraufkommen und tendenziell höheren Ausgaben der öffentlichen und para-öffentlichen Haushalte, mag die Last der Finanzierung der Sozialen Sicherung und - als Teil hiervon die "Alterslast" - besonders bedrückend empfunden werden, was seinerseits Einfluß auf die großen Regierungserklärungen auch in dieser Hinsicht nehmen könnte.

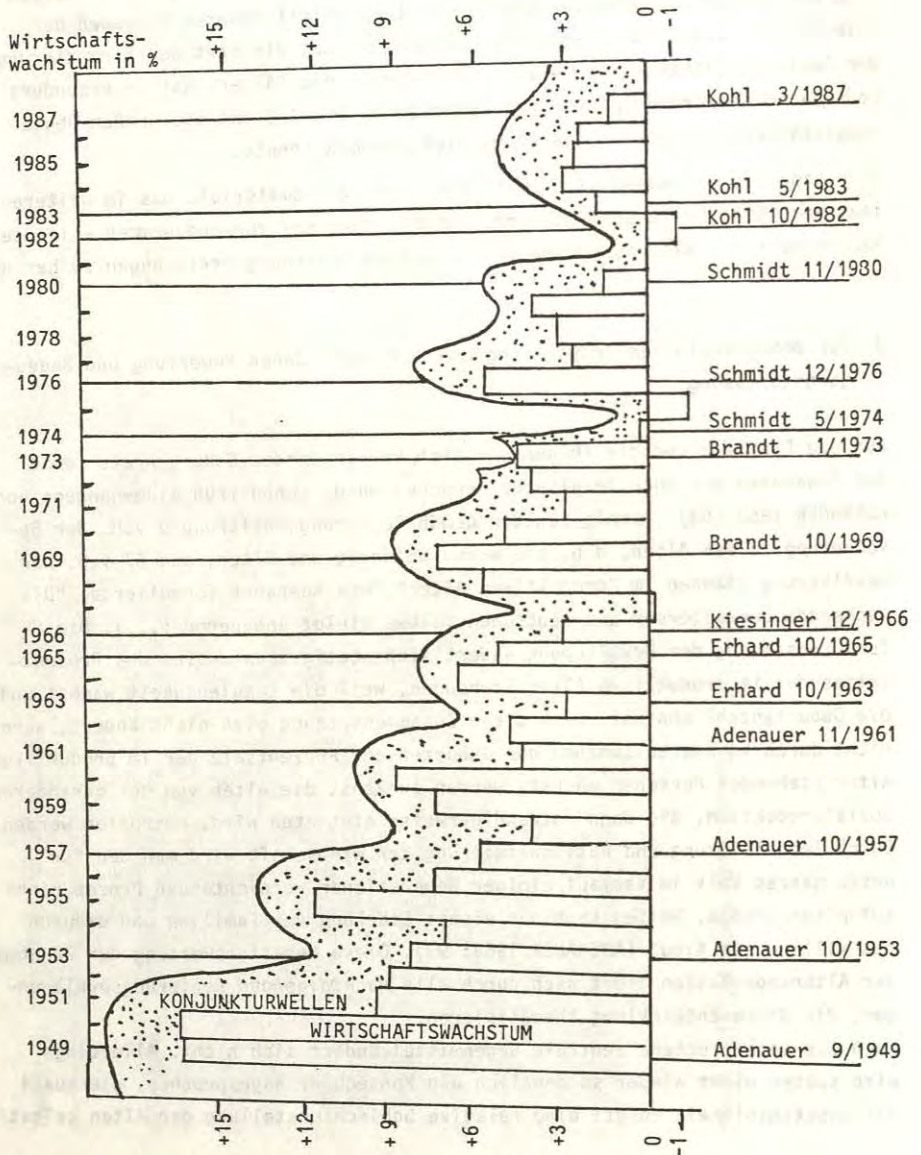
Doch sind diese Angaben nicht mehr als Hintergrundmaterial, das im weiteren kaum noch eine Rolle spielen wird. Dafür - dies sei vorweggenommen - ist der Stellenwert der Altersprobleme in den großen Regierungserklärungen zu gering.

3. Zur demographischen Entwicklung und der verbundenen Bewertung und Bedeutungszumessung

Auf die Probleme und die Folgen der sich verringernden Geburtenrate sowie das Anwachsen der Anteile älterer Menschen wurde schon früh eingegangen: von ADENAUER 1953 (93). Damals zählten gemäß Regierungserklärung 9 v.H. der Bevölkerung zu den Alten, d.h. sie waren 65jährig und älter, und 67 v.H. der Bevölkerung standen im "produktiven Alter", wie Adenauer formulierte. "Die wachsende Überalterung des deutschen Volkes steigt andauernd (...). Die Zusammensetzung der Bevölkerung ändert sich stetig zuungunsten des Prozentsatzes der im produktiven Alter Stehenden, weil die Langlebigkeit wächst und die Geburtenzahl abnimmt. Wenn diese Zusammensetzung sich nicht ändert, wenn nicht durch konstante Zunahme der Geburten der Prozentsatz der im produktiven Alter stehenden Personen wächst, werden zunächst die Alten von der geringeren Sozialproduktion, die dann notwendigerweise eintreten wird, betroffen werden. Durch Technisierung und Rationalisierung der Wirtschaft wird man den für unser ganzes Volk im Verlauf einiger Generationen vernichtenden Prozeß nicht aufhalten können. Helfen kann nur eines: Stärkung der Familien und dadurch des Willens zum Kind" (ADENAUER 1963: 93). Diese Negativbewertung der Zunahme der Alterspopulation zieht sich durch alle nachfolgenden Regierungserklärungen, die diese Entwicklung thematisieren.

Auch das angesprochene zentrale Gegenmittel ändert sich nicht. Allerdings wird später nicht wieder so deutlich die Konsequenz angesprochen, die quasi mit Gesetzmäßigkeit folgt: eine relative Schlechterstellung der Alten selbst!

SCHAUBILD I: WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND KONJUNKTURWELLEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - ZEITFOLGE DER REGIERUNGSERKLÄRUNGEN



QUELLE: SODDEUTSCHE ZEITUNG 1987 b

ERHARD greift das Thema 1963 auf und erwähnt allerdings eher beiläufig, daß sich der Anteil der über 65jährigen demnächst gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt haben wird (ERHARD 1963: 178). 1965 nennt er dann die 9 Millionen Rentner mit dem Zusatz, daß sie weiterhin "am Fortschritt unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit teilnehmen" sollen (ERHARD 1965: 209). KIESINGER wendet das Thema anders herum, wenn er die Belastung des Brutto-sozialproduktes 1966 durch Milliarden für Kriegsopfer, Flüchtlinge und immer mehr alte Menschen erwähnt (KIESINGER 1966: 234).

Erst 10 Jahre später kommt SCHMIDT 1976 (358) erneut auf die demographische Entwicklung zu sprechen. Er verweist auf die Rückläufigkeit der Geburten im Zusammenhang mit der Behandlung des nach Altersjahrgängen erheblich schwankenden Bevölkerungsaufbaus: Es gibt geburtenstarke Jahrgänge, die in die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen drängen. Im Ausblick auf die 80er und 90er Jahre des Jahrhunderts behandelt er den Rückgang der unter 25jährigen und den zu erwartenden Zugang an Neurentnern.

Erst in den Regierungserklärungen der 80er Jahre wird das "demographische Problem" erneut verschärft gesehen. KOHL geht 1982, 1983 und 1987 auf den Geburtenrückgang und seine "katastrophalen Folgen" (KOHL 1982: 45; KOHL 1983: 33 f.) bzw. auf die "schwerwiegenden Belastungen" der Bundesrepublik durch den Geburtenrückgang und die Umkehrung der Alterspyramide ein (KOHL 1987: 206). 1983 wird der Zusammenhang mit der notwendigen Rentenreform hervorgehoben. Bis zum Jahr 2000 ist mit einer Million über 60jähriger mehr zu rechnen und mit 4 Millionen weniger jungen Menschen, die in das Arbeitsleben eintreten (KOHL 1983: 33 f.). Andere politische Schlußfolgerungen weisen in Richtung einer Verstärkung der Kinderfreundlichkeit der Gesellschaft, der Familienpflege für alte Menschen, des Mehrgenerationenwohnens, verstärkter Selbsthilfe (KOHL 1982: 45; KOHL 1983: 52 f.). 1987 werden deutlicher Probleme der Alterssicherung, des Bildungs- und Wohnungswesens, der Rekrutierung von Soldaten für die Bundeswehr benannt und eine tatsächliche Verlängerung des Arbeitslebens angestrebt. Auch wird eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, u.a. in sozialen Diensten, als Mittel der politischen Gestaltung in diesem Zusammenhang benannt. Die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit wird erstmals in einer Regierungserklärung als notwendig erwähnt (KOHL 1987: 206, 211, 213).

Wie bei ADENAUER 1953 (93), der allerdings noch von der Überalterung des deutschen Volkes sprach, wird in der Regierungserklärung KOHL 1987 (206) von der Überalterung unserer Gesellschaft gesprochen. Die Negativbewertungen erfolgen gleichförmig, auch wenn bei ADENAUER der Altersanteil 9 v.H. an der Bevölkerung (nach eigenen Angaben) betrug und bei KOHL 34 Jahre später etwa 20 v.H. über 60jähriger den Hintergrund für die Anmerkung bilden. Die Diagnostizierung einer "Alterslast" oder einer "Überalterung", so kann man schlußfolgern, erfolgt weitgehend unabhängig von tatsächlichen Quantitäten und Zahlenrelationen. Die Diagnostizierung einer "Alterslast" ist somit Ergebnis subjektiver Bewertung, keine objektive Tatbestandsbeschreibung.

4. Zur Anerkennung der Notwendigkeit einer Politik für und mit älteren Menschen

Durch alle Regierungserklärungen zieht sich die Betonung der Bedeutung der Familie und die Präsentation von Maßnahmenentwürfen zur Stärkung der Familie. So wird z.B. von ADENAUER 1953 (94) die Errichtung eines Familienministeriums angekündigt, um die Stärkung der Familie zielbewußt zu betreiben. 1957 spricht er von den sittlichen Kräften der Familie, die entscheidend für Gegenwart und Zukunft seien (ADENAUER 1957: 112), 1961 nennt er die Familie den Mittelpunkt des Menschen neben der Arbeit (ADENAUER 1961: 140). Auch SCHMIDT (1980: 1062) würdigt die Familie entsprechend, wenn er von ihr als dem sozialen und kulturellen Mittelpunkt des Lebens spricht, die der Staat nicht zu bevormunden, jedoch zu beschützen habe. KOHL 1983 (39) akzentuiert emotionale Aspekte: "Das Fundament für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie. Hier lernen die Menschen Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft prägen: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung." Waren die bisher angeführten Passagen eher auf die gesellschaftliche Instanz Familie ausgerichtet, so steigern sich die Aussagen bei KOHL zu einer aus unserer Sicht positiv überzeichnenden Familienideologie. Auf die vielfältigen Maßnahmenentwürfe zur Stärkung der Familie, durch Zuspruch und Anerkennung oder durch steuerliche Bevorzugung, durch Ehegesetzgebung, Wohnungsbau, Sozialleistungen, aber auch durch die Formulierung verstärkter Forderungen, kann in diesem Zusammenhang nicht im Detail eingegangen werden.

Auch die Jugend und Jugendpolitik erfährt eine vergleichbar intensive Würdigung quer durch alle Regierungserklärungen. ADENAUER hebt 1953 (94, 83) die Bedeutung der Jugend hervor. 1957 kündigt er die Übertragung der Zuständigkeit für Jugendpolitik auf das bereits bestehende Bundesfamilienministerium an (ADENAUER 1957: 106). ERHARD 1965 (209) hebt die wichtigen Aufgaben im Bereich der Jugendpolitik hervor, die in dem vorliegenden Bericht zur Lage der Jugend bestätigt wurden. BRANDT (1969: 252, 265 ff.) setzt mit seinem programmatischen Ziel "Mehr Demokratie wagen" stark auf die Jugend, die er auch an ihre Verpflichtungen gegenüber Staat und Gesellschaft erinnert, und stellt die Durchsetzung gleicher Bildungschancen sehr zentral in das Spektrum seiner innenpolitischen Ziele. Die gewichtige Befassung mit Themen, die die Jugend betreffen, setzt sich fort in allen Regierungserklärungen, wobei insbesondere SCHMIDT 1980 (passim, 1062) der Jugend breite Passagen widmet und sich zentral mit der solidarischen Haltung befaßt, die viele Jugendliche unter Beweis stellen. Die Hervorhebung der Jugend findet sich auch bei KOHL (1982: 15; 1983: 45 ff.; 1987: 220), wobei zeitbedingt insbesondere die Bereitstellung der benötigten Ausbildungsplätze zentrale Bedeutung erlangt. Er endet seine Regierungserklärung von 1987 mit den Worten: "Mit der jungen Generation - und für sie - wollen wir die Zukunft gewinnen. Ich bitte alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger um ihre Mithilfe. Mit Tatkraft, mit Mut und mit Zuversicht wollen wir Deutschland, unserem Vaterland, dienen" (KOHL 1987: 220).

Die Situation der Frauen wird ab einem späteren Zeitpunkt zentral, dann aber in jeder Regierungserklärung konsequent behandelt. 1949 sorgte sich ADENAUER (1949: 65) um den bestehenden hohen Frauenüberschuß, der eine Folge des Krieges war. Eine Markierung setzt die Ära ERHARD. Dieser Bundeskanzler kündigt 1965 die Durchführung einer Enquête zur Stellung der Frau an und stellt fest: "Die großen gesellschaftspolitischen Ziele, die diese Regierung sich gestellt hat, können nur erreicht werden, wenn die Frauen nicht nur in der Familie, sondern auch im Beruf und im öffentlichen Leben alle Möglichkeiten haben, voll mitzuarbeiten und echte Mitverantwortung zu übernehmen" (ERHARD 1965: 211). BRANDT setzt sich dann 1969 sehr akzentuiert für die Gleichstellung der Frauen in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft ein (BRANDT 1969: 272). 1973 sieht er - als langfristige Aufgabe - die Notwendigkeit einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau (BRANDT 1973: 307 f.). SCHMIDT setzt entsprechende Hervorhebungen bezüglich der Stellung der Frauen und

deren Verbesserungsbedürftigkeit fort (SCHMIDT 1976: 363 f.; 1980: 1062). KOHL hebt dann bei seiner Regierungsübernahme 1982 hervor, unsere freiheitliche Gesellschaft kenne "kein bestimmtes Leitbild der Frau, weder das der Hausfrau, noch das der berufstätigen Frau. Immer mehr Frauen sehen im Beruf einen ebenso selbstverständlichen Teil ihrer Lebensplanung wie in der Familie. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, mehr Möglichkeiten zu schaffen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden - für Frauen und für Männer" (KOHL 1982: 43 f.). Die Gleichberechtigung der Frauen und verbundene Themen gesellschaftlicher Veränderung werden auch 1983 und 1987 behandelt (KOHL 1983: 37; 1987: 21 f.).

Die Behandlung der Notwendigkeit einer Politik bezogen auf die Alterspopulation ist bei weitem nicht so kontinuierlich und konsequent. Es finden sich zum Teil nur Erwähnungen am Rande; in konzentrierteren Passagen werden sehr unterschiedliche Aspekte der Alterssituation angerissen. Hierauf wird detaillierter weiter unten eingegangen. ERHARD 1963 (178), BRANDT 1973 (305) und SCHMIDT 1976 (364) widmen den Älteren konzentriertere Passagen ihrer Regierungserklärungen. Erst 1980 fällt bei Schmidt das Stichwort "Politik für ältere Menschen" (SCHMIDT 1980: 1058). Und 1983 sieht Kohl die Notwendigkeit einer "Politik für und mit älteren Menschen" (KOHL 1983: 52). In diesem Zusammenhang benennt er den in Auftrag gegebenen Vierten Familienbericht, der sich mit der Lage der Älteren in den Familien befassen wird. Dieser Bericht "soll zeigen, wie alte Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und wie auch mehrere Generationen, wenn sie wollen, unter einem Dach leben können. Unsere Wohnungsbauförderung muß und wird dieser Idee Rechnung tragen" (KOHL 1983: 52). Danach spricht er von der Unterstützung häuslicher Pflege und der Ausweitung ihrer Förderung sowie von dem Ziel, soziale Dienste zu den Menschen zu bringen und Menschen nicht in erster Linie in sozialen Einrichtungen unterzubringen. Der Kern der Altenpolitik ist hier Familienpolitik, u.a. in der Form eines die Familie in ihrer Hilfe für die Älteren stützenden Maßnahmenkatalogs. 1987 hingegen, als der Familienbericht bereits vorlag, gibt es in der Regierungserklärung KOHLS keine zentralen Passagen zur Politik für und mit älteren Menschen. Der Familienbericht leitet keine neue Politik ein, wie etwa die Frauenenquete - folgt man dem Duktus der großen Regierungserklärungen - dies tat.

Insoweit zeigt eine Analyse der Regierungserklärungen von 1949 bis 1987, daß der Altenpolitik keine durchgängige und zentrale Bedeutung beigemessen wird. Die Zunahme der Alterspopulation hat nicht dazu geführt, daß Ausführungen zu diesem Thema zum Kanon der Regierungserklärungen zählen - in deutlichem Gegensatz zu den Themen Familie, Jugend, Frauen. Die Breite der Altersprobleme ist weder dem Thema Familie, noch dem Thema Frauen zu subsumieren.

5. Kernaspekte, die im Zusammenhang mit der Altersgeneration bezogen auf den immateriellen Bereich gewürdigt wurden

Wir klammern einstweilen das System der Sozialen Sicherung und seine Berührungspunkte mit der Alterssicherung aus und fragen nach den sonstigen Zusammenhängen, in denen das höhere Alter in den Regierungserklärungen vorkommt, soweit nicht die bereits behandelte demographische Entwicklung zur Diskussion steht.

1953 sorgt sich ADENAUER um die Agrarstrukturen und benennt als Problem die Überalterung vieler Betriebsleiter (ADENAUER 1953: 90). Die Alterspopulation finden wir danach erst wieder 1963 angesprochen, und zwar durch ERHARD. Er versichert, daß es trotz der vielfältigen sozialpolitischen Aufgaben, die es zu finanzieren gelte, und trotz der deutlichen Zunahme des Altersanteils nicht die Absicht der Bundesregierung sei, das Pensionsalter der Beamten und die Altersgrenze der Arbeiter und Angestellten nach oben zu rücken (ERHARD 1963: 178). Dann fährt er fort: "Aber wenn uns die Vor- und Fürsorge für ältere und alte Menschen am Herzen liegt, dann sollten wir ihnen im allgemeinen Interesse die Chance geben, auch später ihr Können und ihr Wissen nicht ungenutzt zu lassen und aus solcher Arbeit natürlich auch persönlich Nutzen zu ziehen. Soweit alte Menschen nicht in der Geborgenheit der Familie leben können, wird die Errichtung von Altersheimen gewiß zum Segen vieler Menschen. Aber auf vielen, die aus ihrer Berufstätigkeit ausscheiden, lastet doch auch die Bedrückung, die Verbindung zum Leben zu verlieren. Ich habe den sicheren Eindruck, daß hier ein menschliches Problem vorliegt, dessen wir uns anzunehmen haben." Dies sind, vergleicht man mit dem Tenor späterer Regierungserklärungen und hat man die Entwicklung der Alterspolitik und der sie bestimmenden Themen vor Augen, fast prophetische Äußerungen. Sie sind insoweit auch hervorzuheben, als zur Kenntnis genommen wird, daß nicht alle

Älteren Familien haben und daß es weit über die Familienbezüge hinaus Problemaspekte der Alterssituation gibt - z.B. das Problem des Beweises gesellschaftlicher Nützlichkeit, der auf die Bewältigung der Alterssituation zurückwirkt. Zwei Jahre später, 1965, erwähnt ERHARD die Älteren nur noch im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung als eine Gruppe, die neben kinderreichen Familien und jungen Ehepaaren in der Dringlichkeit des Bedarfs steht (ERHARD 1965: 212).

In der zeitlichen Reihenfolge ist es BRANDT, der sich 1969 mit den älteren Menschen ausführlicher befaßt. Er spricht davon, die Bundesregierung werde "Errungenes sichern und besonders für die Mitbürger sorgen, die trotz Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung im Schatten leben müssen, die durch Alter, durch Krankheit oder strukturelle Veränderung gefährdet sind" (BRANDT 1969: 272). Es geht um soziale Gerechtigkeit und um ein Handeln entsprechend ethischen Impulsen, "die sich im solidarischen Dienst am Nächsten erweisen." BRANDT fährt fort: "Es kann nicht darum gehen, lediglich hinzunehmen, was durch die Kirchen für die Familie, in der Jugendarbeit oder auf dem Sektor der Bildung geleistet wird. Wir sehen die gemeinsamen Aufgaben besonders, wo Alte, Kranke, körperlich oder geistig Behinderte in ihrer Not nicht nur materielle Unterstützung, sondern auch menschliche Solidarität brauchen. Im Dienst am Menschen - nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Entwicklungsländern - begegnet sich das Wirken kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen mit dem politischen Handeln" (BRANDT 1969: 253).

Neben der Hilfe für die Notleidenden, darunter eben zentral alte Menschen, behandelt BRANDT die ältere Generation jedoch noch in einem anderen Kontext. Bei seinem Ziel "Mehr Demokratie wagen" stützt er sich vor allem auf die Jugend, auf die nachwachsenden Generationen, "die nicht mit den Hypotheken der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen" (BRANDT 1969: 252). Damit ist offen die Zeit- und Lebensspanne angesprochen, die die ältere Generation unter der Nazi Herrschaft verbracht hat und aus der sie, aktiv oder passiv belastet, hervorgegangen ist. Es geht um die Lebensphase, in der demokratisches Verhalten und Handeln nicht praktiziert werden konnte und wurde. Dies zeigt auch deutlich die Passage aus der nachfolgenden Regierungserklärung von 1973, in der BRANDT auf den seit der Zeit der Gewaltherrschaft gewandelten Bürgertypus zu sprechen kommt, "der seine Freiheit auch im Geflecht der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten behaupten will. In diesem

Prozeß, der in die Tiefen unserer sozialen Existenz reicht, sammelt sich neben anderem die produktive Unruhe aus den Reihen der Jungen und die Einsicht der Älteren. Ihr politischer Wille strömt ein in das, was sich uns darstellt als die neue Mitte, die soziale und liberale Mitte" (BRANDT 1973: 310).

Die politische Belastung der älteren Generation wurde von keinem Kanzler vorher und nachher so deutlich angesprochen. Allerdings zielte ERHARD wohl auch in die Richtung, als er erklärte, die Nachkriegszeit sei zu Ende, die Hälfte der Bevölkerung habe an die Zeit von 1933 bis 1945 keine persönliche Erinnerung, sie sei für sie geschichtliche Vergangenheit (ERHARD 1965: 191 f.). Denn eine stattfindende Ablösung der Generationen wird somit implizit angesprochen.

In der Regierungserklärung von 1973 - in gewissem Anschluß an ERHARD 1963 - spricht BRANDT neben der Sicherung der materiellen Existenz auch über die gleichzeitig notwendige "Hilfe zur menschlichen Selbstbehauptung" für die älteren Mitbürger (BRANDT 1973: 305). "Gelingen kann sie nur, wenn staatliche und private Kräfte über ihre Pflichten hinaus für die ältere Generation zusammenarbeiten. Ich zögere nicht, hier unmittelbar an den Familiensinn zu appellieren, der hier und dort zu verkümmern droht. Man muß wieder lernen, Solidarität gegenüber den Nächsten zu üben - es sind oft die Eltern und Großeltern" (ebenda). Gegebenen, nicht näher erläuterten Einschränkungen, die die Älteren betreffen, soll also mittels staatlicher und die staatliche Politik ergänzender Bemühungen anderer gesellschaftlicher Institutionen begegnet werden. Deutlich stehen diese Ausführungen nicht in der Tradition der strengen Subsidiaritätslehre, sondern rekurrieren viel eher auf ein Bild des Menschen, zu dessen Wesenszügen eben auch das solidarische Handeln zählt, zählen soll, zählen muß. (Ein Nebenaspekt sei angemerkt: Seit BRANDT 1969 (253) die Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen in ihrem den Staat ergänzenden Handeln benennt und 1973 noch extensiver die Kirchen, die karitativen Organisationen und die freie Wohlfahrtspflege in ihrem Wirken würdigt (BRANDT 1973: 305, 311), ist eine entsprechende Hervorhebung dieser Leistungen zum Kanon der Regierungserklärungen geworden.)

1976 greift SCHMIDT die Gedankengänge ERHARDS und BRANDTS zum Teil auf. Mit BRANDT spricht er von der Solidarität der Jungen mit den Älteren, die auch

jenseits der Sicherung der Renten gefragt sei (SCHMIDT 1976: 365). Mit ERHARD spricht er von der Bedeutung des Verlustes des Arbeitsplatzes für Ältere, nun allerdings unter dem Eindruck der Weltrezession und der Arbeitslosenproblematik. Es gilt, in diesem Zusammenhang ein vermehrtes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen zu prüfen (SCHMIDT 1976: 345). Insgesamt würdigt SCHMIDT zwar - im Vergleich aller Regierungserklärungen in durchaus beträchtlichem Umfange - die Altersprobleme, setzt sich allerdings weniger grundsätzlich als ERHARD und BRANDT mit ihnen auseinander. Er führt aus, "daß Alter natürlich nicht nur eine Frage der Rentenversicherung ist, sondern zugleich eine Frage des Miteinander. Die Solidarität der Jüngeren ist gefragt. Wir müssen der Vereinsamung mancher alter Menschen begegnen und sie stärker in Familien und Gemeinschaft einbeziehen. Es fehlt eben an altengerechten Wohnungen. Es fehlt auch an Wohnungen, die es Familien leichter möglich machen, die Großmutter oder den Großvater bei sich zu haben. Vor allem müssen wir die Selbständigkeit der alten Menschen möglichst lange erhalten und stärken. Wir brauchen dazu mehr ambulante Dienste, auch solche, die über Versorgung mit Essen und Einkaufshilfe und häusliche Pflege hinausgehen" (SCHMIDT 1976: 365). Im übrigen hebt er das ehrenamtliche Engagement von Frauen hervor und erwähnt in diesem Zusammenhang ihre Leistungen in der Nachbarschaftshilfe, der Behinderten- und Altenpflege, in öffentlichen Ausschüssen und Räten und Bürgerinitiativen (SCHMIDT 1976: 364). Behandelt wird eine Vielzahl von Aspekten, die relativ unverbunden nebeneinander stehen und letztlich kein Konzept erkennen lassen, es sei denn, man wollte hier die Betonung der nicht-institutionellen und der nicht-professionellen Hilfen herauslesen, wofür einiges spricht.

In der Regierungserklärung SCHMIDTs von 1980 folgen eher allgemein gehaltene Formeln, die Alterspopulation betreffend. Hier taucht die Vokabel "Politik für alte Menschen" auf im Zusammenhang einer Bekräftigung, "daß sich Politik für alte Menschen keineswegs allein auf die materielle Sicherung beschränken darf." Dann heißt es weiter: "Finanzielle Sicherung ist unerläßlich. Ebenso muß aber die Gesellschaft wissen, daß keiner sich von seinen Verpflichtungen gegenüber den älteren Mitbürgern mit Geld freikaufen kann. Die Älteren und die Alten gehören zu unseren Familien, sie gehören zu unserer Gesellschaft, sie gehören mitten in unsere Gesellschaft. Wir begrüßen deshalb jede Bestrebung, jede Mühe, die dazu führen soll, dem einzelnen auch im Alter Verbundenheit mit anderen Generationen, aktives, sinnerfülltes Leben zu ermöglichen"

(SCHMIDT 1980: 1058). An anderer Stelle in dieser Regierungserklärung nimmt er die Jugend gegen die Älteren in Schutz. Er hebt den solidarischen und humanen Umgang der Jugend miteinander hervor, den sich viele Ältere, "dies nicht wissend", nicht vorstellen (SCHMIDT 1980: 1062). Es klingen Vermutungen negativer Vorurteile an.

In den nachfolgenden Regierungserklärungen bis inklusive 1987 gibt es keine entsprechend breite Befassung mit der Altersgeneration im Positiven wie im Negativen. 1982 erklärt KOHL im Rahmen der allgemeinen Politik der Haushaltsanpassung, was Rentnern, Sozialhilfeempfängern und Beamten zugemutet werden müsse im Rahmen der proklamierten Atempause in der Sozialpolitik, müsse für alle gelten (KOHL 1980: 20). Daneben geht er auf die beabsichtigte Förderung des Mehrgenerationenwohnens ein, damit u.a. die Kinder ihre Eltern im Alter pflegen und betreuen können. Ergänzend wird ein Bedarf an mehr sozialen Diensten, z.B. Sozialstationen, gesehen. In diesem Zusammenhang findet die segensreiche ehrenamtliche Mitarbeit Erwähnung (KOHL 1982: 45).

1983 nennt KOHL dann, wie bereits hervorgehoben wurde, das Ziel der Gestaltung einer Politik mit und nicht für die Älteren. Diese Hervorhebung erfolgt im Zusammenhang mit Äußerungen, die dem besonderen Wert der Erfahrungen der älteren Menschen im Zeitalter der technologischen Herausforderung gelten. "Auf die Leistungen älterer Menschen, ihre Urteilsfähigkeit und ihre Lebenserfahrung dürfen und können wir nicht verzichten" (KOHL 1983: 52). Uns bleiben diese Äußerungen verschwommen, unverbindlich. Wir deuten sie als das Bemühen, Wertschätzungen zum Ausdruck zu bringen, nicht mehr. In dieser Regierungserklärung von 1983 folgen dann Ausführungen zu den Erkenntniszielen des in Auftrag gegebenen Vierten Familienberichts, der sich mit der Lage der älteren Menschen in den Familien befaßt. Darüber hinaus hebt KOHL die häusliche Pflege hervor, die gefördert und ausgeweitet werden soll, um Unterbringungen älterer Menschen u.a. in sozialen Einrichtungen zu vermeiden. Die Bedeutung der Nachbarschaftshilfe sowie der Selbsthilfe von Jung und Alt, die das Selbstbewußtsein und damit den Elan des einzelnen und der Gemeinschaft weckt, wird gewürdigt und - wie ausgeführt - begründet (KOHL 1983: 52 f.).

1987 gibt es in der Regierungserklärung KOHL keine zentralen Passagen zur Altersgeneration jenseits von Äußerungen der Wertschätzung und von Hinweisen

auf die problematische demographische Entwicklung und verbundene Schwierigkeiten im Bereich der Sozialen Sicherungsleistungen. Hier haben wir die Äußerungen der Wertschätzung zu behandeln, die in sich noch nicht als ein Politikkonzept gewertet werden können. KOHL fordert mehr Aufgeschlossenheit für die Älteren und stellt fest: "Sie wollen und dürfen nicht ins Abseits geschoben werden" (KOHL 1987: 212). Eine weitere Formulierung der Anerkennung folgt an anderer Stelle: "So wie wir die Weisheit und Erfahrung der Älteren brauchen, so brauchen wir den Idealismus, den Mut und die Tatkraft der jungen Generation" (KOHL 1987: 220). In dieser positiven Formulierung klingen, gerade in der Eigenschaftszuschreibung zu Jungen und Alten, negative Einschätzungen des Alters an: eher auf Passivität ausgerichtet, nicht gestaltend und verändernd.

Insgesamt fällt auf, daß die materielle Absicherung seit SCHMIDT 1980 nicht mehr als Gegenpol der Politikgestaltung in immateriellen Lebenslagebereichen explizit angesprochen wird.

6. Soziale Sicherungsleistungen unter besonderer Berücksichtigung der älteren Generation

Sowohl die gesetzliche Rentenversicherung als auch die gesetzliche Krankenversicherung werden durch Beitragssätze finanziert, die für die Arbeitgeberorganisationen und ihre Mitglieder ebenso von Interesse sind, wie für die Gewerkschaften und die Gesamtheit der Arbeitnehmer, da die Zahlungen je zur Hälfte seitens der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geleistet werden. Die Beiträge sind im übrigen Teil der Soziallasten, die die Löhne ergänzen und somit die Produktionskosten belasten. Darüber hinaus gilt es zu beachten, daß die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, da zum Teil regional schwankend, die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit einzelner Regionen in der Bundesrepublik berühren, und das System der gesetzlichen Krankenversicherung zudem die Anbieter von Gesundheitsleistungen zu einem hohen Anteil finanziert. In Ergänzung sind die Auswirkungen auf den Absatz der pharmazeutischen Industrie und die Rückwirkungen auf das private Versicherungsgewerbe zu nennen. Angesichts des Finanzierungsvolumens beider Teilsysteme der Sozialen Sicherung handelt es sich um Größenordnungen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Insoweit tangiert die Politik bezogen auf die gesetzliche Krankenversicherung (hier eingeschränkt auf die Krankenversicherung der

Rentner) und die gesetzliche Rentenversicherung keineswegs nur oder primär die Alterspopulation.

Im Übrigen ist ernsthaft zu fragen, inwieweit die Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung in erster Linie auf die Rentner oder auf die im Erwerbsleben stehenden Arbeitnehmer ausgerichtet ist. Es sei daran erinnert, daß Ziel der Rentenpolitik nicht ist, für Jedermann ein Renteneinkommen zu sichern und dieses Renteneinkommen so auszugestalten, daß es Mindestansprüchen genügt. Zentrale Orientierungsgröße der Rentenpolitik ist der sogenannte Eckrentner, der 40 Jahre lang Beiträge zahlte und der über ein Einkommen verfügte, das dem Durchschnitt aller Erwerbseinkommen entsprach. An den auf dieser Basis im Modell erzielten Rentenleistungen ist die Rentenversicherung ausgerichtet. Aber es handelt sich um ein Modell, bei dem nicht gefragt wird, wieviele Arbeitnehmer unter- oder überhalb der errechneten Einkommenshöhe liegen, welche Alterseinkommen via Rentenversicherung real erzielt werden. Wir sind der Auffassung, die Rentenpolitik ziele in erster Linie auf die arbeitende Bevölkerung ab, und eben nicht auf die Alterspopulation. Der Tenor der großen Regierungserklärungen bestätigt diese Interpretation.

Für ADENAUER ist die Rentenversicherung 1949 noch kein Thema. Soweit Alterseinkommen angesprochen werden, geht es um Regelungen der Pensionen vertriebener Beamter und ehemaliger Militärpersonen (ADENAUER 1949: 63). In der nachfolgenden Regierungserklärung von 1953 befaßt er sich generell mit der anstehenden Verbesserung der Leistungen der Fürsorge, für verdrängte Beamte, für Kriegsoffer, ehemalige Berufssoldaten, Witwen und Waisen. Das laufend steigende Sozialprodukt gestatte eine "entsprechend höhere Beteiligung der Sozialleistungsempfänger". Aber: "Sozialpolitik ist nur möglich, wenn die Wirtschaft gedeiht, Beschäftigung gibt und Steuern liefert" (ADENAUER 1953: 80). Auf zwei Wegen soll die wirtschaftliche Lage der benannten Gruppen verbessert werden: über eine weitere Erhöhung des Sozialprodukts und über eine umfassende Sozialreform, die bereits durch die letzte Regierung vorbereitet wurde. Ihr Ziel ist es u.a., "manchen Schichten" mehr helfen zu können (ADENAUER 1953: 81). Um welche Schichten es konkret geht, wird in der Regierungserklärung ADENAUERS von 1957 deutlicher, zu einem Zeitpunkt also, zu dem das zentrale Gesetz der Rentenreform (Gesetz zur Neuregelung der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung (1. Rentenreform) vom 23.2.1957)

bereits verabschiedet ist. Denn die Regierungserklärung stammt vom 29. Oktober 1957, das Rentengesetz trat am 1. Januar 1957 in Kraft. Dieses große Gesetzeswerk - und auch dies mag erstaunlich sein im Rückblick - fand in der Regierungserklärung zu der Amtsperiode des Bundestages, in der es verabschiedet wurde, keine sehr intensive, keineswegs eine umfassendere Würdigung. Auch nachher - also 1957 - wurde es, wie jetzt zu zeigen ist, nicht explizit hervorgehoben.

In seiner Regierungserklärung von 1957 also gibt ADENAUER die Erweiterung des Aufgabengebietes des bisherigen Arbeitsministeriums und seine Umbenennung in Ministerium für Arbeit und Sozialordnung bekannt. Er führt aus: "Die soziologische Struktur unseres Volkes hat sich infolge des Verlusts zweier Kriege, der neueren Wirtschaftsmethoden und des technischen Fortschritts stark geändert. Weite Schichten der Bevölkerung, die der Mittelklasse angehören, bedürfen der Sorge des Staates. Sie sind hinter anderen Schichten zurückgeblieben. Wir brauchen aus staatspolitischen und aus kulturpolitischen Gründen unbedingt eine gesunde mittlere Schicht" (ADENAUER 1957: 108). Auf ihre Sicherung zielt u.a. auch die Rentenreform ab. Darüber hinaus gilt die Sorge der Stärkung der mittelständischen Betriebe. Zwar muß die Sozialreform fortgeführt werden und die Neuordnung der Krankenversicherung sowie der Unfallversicherung einbeziehen. Sie darf sich nicht in einer Neuordnung der Rentenversicherung und im Ausbau solidarischer Sicherungseinrichtungen erschöpfen. Insoweit stellt ADENAUER "mit Freude fest", daß "weite Teile der Bevölkerung, die bisher kaum das Existenzminimum erreichten, in höhere Einkommenschichten aufgestiegen sind und damit weitgehend für sich selbst sorgen können. Die Bundesregierung ist entschlossen, den Gedanken der Selbsthilfe und privaten Initiativen in jeder Weise zu fördern und das Abgleiten in einen totalen Versorgungsstaat, der früher oder später den Wohlstand vernichten würde, zu verhindern" (ADENAUER 1957: 110). Damit ist das verfolgte Konzept der staatlichen Sozialpolitik mit ausreichender Klarheit umrissen.

1961 wiederholt sich das, was wir bereits bezogen auf die Rentenreform ausführten. Das erneuernde, fortschrittliche Bundessozialhilfegesetz, das am 13.2.1961 verabschiedet wurde, fand in der Regierungserklärung der relevanten Legislaturperiode ebensowenig Erwähnung wie in der nachfolgenden vom 29. November 1961. Der Gedanke der Subsidiarität staatlicher Sozialpolitik wird allerdings deutlich zum Ausdruck gebracht: "Die Sozialpolitik darf

nicht Selbstzweck sein, sie ist aber überall dort berechtigt, wo die Verhältnisse sie erfordern. Sie hat dem Menschen bei der Entfaltung seiner Persönlichkeit zu dienen und soll ihm helfen, die Lebensrisiken zu bewältigen. Was der Mensch für sich und die Seinen aus eigener Kraft leisten kann, bedarf nicht der gesetzlichen Regelung" (ADENAUER 1961: 140). Eine Reform der Unfallversicherung und der Krankenversicherung wird angekündigt (ebenda).

Durchaus in Übereinstimmung mit ADENAUER (1961: 110), der ausgeführt hatte, der Sinn und die Erfüllung des Lebens liege nicht "im übersteigerten Lebensstandard und im übertriebenen Luxus, nicht in Hast und Jagd nach Geld und materiellem Genuß", sagt ERHARD 1963 (178), "daß der Wohlstand wohl eine Grundlage, nicht aber ein Leitbild unserer Lebensgestaltung schlechthin ist." Beide kritisieren somit eine zum Teil als gegeben unterstellte materialistische Orientierung. Die staatliche Sozialpolitik soll, verstehen wir es richtig, diesen Tendenzen keinen Vorschub leisten. ERHARD bejaht 1963 ausdrücklich kollektive Formen der Lebenssicherung, sieht jedoch eingrenzend Art und Umfang der kollektiven Sicherheit in Abhängigkeit von der Fähigkeit und Bereitschaft zu eigenverantwortlicher Vorsorge (ERHARD 1963: 176). Im übrigen muß die zukünftige Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung (Lebensverlängerung, zunehmender Anteil der Alten) und der spätere Eintritt der Jugend in das Erwerbsleben (aufgrund verlängerter Ausbildungszeiten) bei der Fortentwicklung der Sozialpolitik bedacht werden. Anders ausgedrückt: die die Generationen verbindende Solidarität, die auch die nicht mehr Erwerbstätigen an der Produktivität der Volkswirtschaft teilhaben läßt, darf nicht überfordert werden (ERHARD 1963: 178). Die Durchführung der Sozial-Enquête, die die Grundlagen für eine "Sozialgesetzgebung aus einem Guß" schaffen soll, wird angekündigt (ERHARD 1963: 177).

1965 erklärt ERHARD, die deutsche Gesellschaft habe den Charakter einer Klassengesellschaft verloren, an ihre Stelle sei eine Leistungsgemeinschaft getreten. Als moderne Gesellschaftsordnung gilt ihm die "formierte Gesellschaft", die durch permanenten Interessensausgleich unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohls gekennzeichnet ist und die auf dem System der Sozialen Marktwirtschaft basiert (ERHARD 1965: 196 f.). Eine Politik umfassender Daseinsvorsorge seitens des Staates wird abgelehnt. Es gilt, "eine weitsichtige Strukturpolitik der Gesellschaft" zu betreiben. In Übereinstimmung mit der expliziten Ablehnung eines allumfassenden gesellschaftlichen Versiche-

rungsprinzips, einer staatlichen Totalversicherung, steht die Bekräftigung des für die Rentenversicherung geltenden Grundsatzes der "Bemessung der Renten nach der individuellen Lebensleistung" (ERHARD 1965: 207). - Dabei wird man in einer begleitenden Kommentierung darauf hinweisen müssen, daß in der Rentenversicherung nur jene Leistungen anerkannt werden, die auch der Arbeitsmarkt entlohnt. - Auf bestehende Defizite des Sozialen Sicherungssystems wird u.a. indirekt hingewiesen, wenn laufende Untersuchungen zur Situation der alten Menschen (und der Frauen) erwähnt werden, auf deren Grundlage die Bundesregierung prüfen wird, "welche Konsequenzen aus diesen Untersuchungen gezogen werden können, damit die Lebensbedingungen von alten Menschen, aber auch vieler Frauen, z.B. von Witwen mit Kindern und älteren berufstätigen Frauen, verbessert werden können" (ERHARD 1965: 209). Die Öffnung der Rentenversicherung für Gruppen von Selbständigen wird geprüft (ebenda).

Die sozialpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD von 1966, KIESINGER, sind knapp gehalten. Im hier interessierenden Zusammenhang wird ausgeführt: "In unserem System der Sozialversicherung werden wir am Prinzip der dynamischen Rente festhalten. Bei den Sozialleistungen, die der Lebenssicherung dienen, soll weder der Besitzstand gemindert, noch sollen sie auf die gegenwärtige Höhe festgelegt werden. Wir müssen aber sehr ernsthaft die Bemessung der jährlichen Zuwachsraten der Sozialleistungen und der Bundeszuschüsse prüfen und sie mit den Möglichkeiten und Grundsätzen einer gesunden Finanzpolitik in Einklang bringen" (KIESINGER 1966: 235). Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik lief in dieser Zeit in die erste Rezessionsphase hinein, die 1967 ihren Tiefstand erreichte.

Unter der ersten Regierung BRANDT ist das Leitbild eine demokratischere Gesellschaft und eine Gesellschaft mit einer "soziale(n) und humane(n) Rechts- und Lebensordnung, die allen Bürgern gleiche Chancen und Schutz auch vor dem wirtschaftlich Stärkeren gewährt" (BRANDT 1969: 263). Die Zuwendung zu jenen, die "im Schatten leben müssen, die durch Alter, durch Krankheit oder durch strukturelle Veränderungen gefährdet sind", ist Teil dieser proklamierten Politik, die das Prinzip der Subsidiarität weniger hoch bewertet (BRANDT 1969: 272). Die Rentenberechnung nach Punkten, um die Sozialleistungen übersichtlicher und anschaulicher zu machen, wird angekündigt. Außerdem

steht ein schrittweiser Abbau der festen Altersgrenze sowie die Öffnung der gesetzlichen Alterssicherung für weitere Gesellschaftsgruppen in Aussicht. Zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung wird eine Sachverständigenkommission angekündigt (BRANDT 1969: 273).

Wenn BRANDT 1973 erklärt, "Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard", so haben sich die in seiner Regierungserklärung verdeutlichten Anliegen gegenüber den auf den ersten Blick ähnlich lautenden Äußerungen von ADENAUER und ERHARD doch verändert. Denn nun kommen die Gemeinschaftseinrichtungen, die Qualitäten in Umwelt und Stadtentwicklung, in den Lebens-, Arbeits- und Freizeit- sowie Erholungsmöglichkeiten stärker in das Blickfeld (BRANDT 1963: 297). Die Aufgaben der staatlichen Gesellschaftsgestaltung gehen über die Sozialpolitik weit hinaus. In Kontinuität zu 1969 gilt als Ziel, allen Bürgern "gleichwertige Lebenschancen zu schaffen und zu sichern" (BRANDT 1973: 298). Und: "Moderne Sozialpolitik handelt nicht mehr nur davon, die Furcht vor materieller Not und sozialem Abstieg zu beseitigen. Sie strebt nach mehr Gerechtigkeit, und sie will bewirken, daß in unserer Gesellschaft mehr reale Freiheit herrscht" (BRANDT 1973: 304). Insoweit weiten sich auch die Aufgaben der Sozialpolitik aus. In konkreter Behandlung der Rentenversicherung spricht BRANDT die Öffnung für weitere Bevölkerungskreise, die Berücksichtigung von Ausfallzeiten in der Rentenberechnung und das langfristige Ziel einer eigenständigen sozialen Sicherung für alle Frauen an (BRANDT 1973: 308). - Bekanntlich ist dieses Ziel auch 15 Jahre später noch nicht eingelöst. -

Bei Übernahme der Regierungsverantwortung 1974 zieht SCHMIDT eine Bilanz des Erreichten in der Zeit der sozial-liberalen Koalition. Er hebt hervor, in den Jahren von 1972 bis 1974 seien die Renten um insgesamt 44 v.H. nominal gestiegen und unter Berücksichtigung der Preissteigerung real um 19 v.H. Zudem werden die Renten aus der betrieblichen Altersversorgung in Zukunft unverfallbar sein, was 12 Millionen Arbeitnehmern zusätzliche Sicherheit geben wird. Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes von 1961 sind "bedeutende Verbesserungen für ältere Menschen, für Pflegebedürftige und Behinderte" durchgesetzt worden (SCHMIDT 1974: 317 f.). Ohne Abmilderung wird hier der Tatbestand der bestehenden Sozialhilfebedürftigkeit vieler älterer Menschen und unter ihnen vieler Pflegebedürftiger offen festgestellt. Zwar wird Bezug auf wirtschaftliche Not und Massenarbeitslosigkeit während

der Weimarer Republik genommen, wenn es heißt, die Pflicht des Staates sei es, "jene soziale Sicherheit und jene Gerechtigkeit fortschreitend zu verwirklichen, aus der allein die Identifikation der Arbeitnehmer mit ihrem Staat kommen kann", doch dürfte der Hinweis auf die Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang nicht zufällig sein (SCHMIDT 1974: 327). Wir haben einleitend darauf hingewiesen, daß u.E. die Rentenversicherung primär auf die Erwerbstätigen abzielt und nicht auf die Nicht-Mehr-Erwerbstätigen.

Eine Besonderheit ist die extensive Darstellung der Rentenpolitik durch SCHMIDT 1976 (341 f.) in der Einleitung zur Regierungserklärung. Dabei ging Schmidt ein auf die Oppositionszweifel an der Einlösung von Wahlversprechen auf diesem Gebiet (v. BEYME 1979: 25). Wie Schmidt selbst anführt, waren Überlegungen betreffend einer Verschiebung der Rentenanpassung um 6 Monate Gegenstand der Auseinandersetzungen. Angekündigt wird eine Rentenerhöhung zum ursprünglich vorgesehenen Termin, danach allerdings die Verschiebung des Anpassungstermins um ein halbes Jahr, um später wieder zu jährlichen Rentenerhöhungen zurückzukehren. Die Brutto-lohnbezogenheit der Renten wird erhalten, ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wird nicht (noch nicht) eingeführt. Allerdings folgt die Rentenerhöhung zukünftig den Lohnerhöhungen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bei den Erwerbseinkommen, d.h., die Renten wachsen entsprechend den Nettolöhnen und nicht den Brutto-löhnen - und somit findet keine Einkommensverteilung zugunsten der Rentner mehr statt. Um die Rentenversicherung zu entlasten, werden die stark angestiegenen Kosten der Krankenversicherung der Rentner über die Anhebung der Bemessungsgrundlage für Krankenversicherungsbeiträge der Erwerbstätigen finanziert, was eine Belastung der besserverdienenden Arbeitnehmer bedeutet. "Unsere in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase getroffenen Entscheidungen sind geeignet, die Rentenversicherung zu konsolidieren und damit die Altersversorgung der Bürger zu sichern" (SCHMIDT 1976: 342). Es folgt der Hinweis, daß die Bereitschaft der arbeitenden Generation, sich mit den Rentnern solidarisch zu verhalten, nicht überfordert werden darf. Seit 1979 war das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um 80 v.H. gestiegen, das Einkommen der Rentner jedoch um 103 v.H., die kostenlose Krankenversicherung der Rentner als Teil des Solidarausgleichs nicht eingerechnet (ebenda).

Auf der Solidarität der Generationen ruht der soziale Friede und der soziale Ausgleich in der Bundesrepublik (SCHMIDT 1976: 343). Weiterführende, grund-

sätzliche Ausführungen zur Sozialpolitik befassen sich mit den Grenzen des Sicherungssystems. Nicht alles darf vom Staat erwartet werden. Der Staat schafft zwar "Voraussetzungen dafür, daß sich der einzelne in wichtigen Lebensfragen auf die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft verlassen kann." Jedoch wird auch hervorgehoben, "so dicht das soziale Netz auch geknüpft" sei, nicht alle Not könne es lindern. Not wird umfassender als materielle Not definiert. Denn "Not ist vielfach eben doch auch Einsamkeit und Hilflosigkeit, ist das Fremdsein derer, die aus eigener Kraft nur schwer in dieser an Leistung sich orientierenden Gesellschaft mitkommen" (SCHMIDT 1976: 366, 367). Bei diesem Ansatz ist es nur konsequent, daß auch die Altersgestaltung als Frage der Rentenpolitik, aber auch des Miteinanders, insbesondere auch zwischen den Generationen, interpretiert wird (SCHMIDT 1976: 365). Auf dem Gebiet der Rentenpolitik wird konkret eine Überprüfung der Hinterbliebenenrenten auf der Grundlage des Bundesverfassungsgerichtsurteils angekündigt, das bis 1984 die Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Zumessung von Hinterbliebenenrenten vorschrieb. Die Bemessungsgrundlagen von Renten- und Krankenversicherung sollen harmonisiert werden. Für die gesetzliche Krankenversicherung soll ein gesetzlicher Belastungsausgleich auf der Grundlage der verschiedenen Rentnerdichte geschaffen werden (SCHMIDT 1976: 364, 365). Im übrigen wird die Transfer-Enquête-Kommission angekündigt, die den Einfluß staatlicher Transferleistungen auf die insgesamt verfügbaren Einkommen untersuchen und Vorschläge für eine bessere Abstimmung machen soll (SCHMIDT 1976: 357). - Das Gutachten lag 1981 in endgültiger Fassung vor, Maßnahmen auf dieser Grundlage wurden nicht ergriffen.-

Auch in der Regierungserklärung von 1980 nehmen die Renten einen relativ breiten Raum ein. Sehr deutlich wird die Bewertung der Rentenleistungen am Modell des Eckrentners, der nach 45 Versicherungsjahren 71 v.H. des vergleichbaren Nettoeinkommens des aktiven Kollegen erreicht. Seit 1969 sind die Renteneinkommen real um 45 v.H. angestiegen, die Nettoeinkommen der aktiven Arbeitnehmer um nur 32 v.H. Dies ist die Grundlage für folgende Ankündigung von SCHMIDT (1980: 1057 f.): "Nach 1984 wird bei der Anpassung dem Gesichtspunkt der gleichgewichtigen Entwicklung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner unter Beachtung der finanziellen Stabilität der Rentenversicherung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen werden. Falls dieses Ziel dadurch erreicht wird, daß die Rentner ab 1985 schrittweise bis zur Höhe des halben Krankenversicherungsbeitrags so wie

aktive Arbeitnehmer an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt werden, so wird dieser Krankenversicherungsbeitrag von allen Rentnern zum gleichen prozentualen Beitragssatz erhoben." Gleichzeitig wird der Einstieg in die Belastung der Renten mit Krankenkassenbeiträgen angekündigt. Die Rente nach Mindesteinkommen wird fortgeführt. Das Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten wird verabschiedet werden (SCHMIDT 1980: 1058). Insgesamt gilt auch für diese Maßnahme die an anderer Stelle genannte Bedingung: "um das zu bewahren, was wir an Wohlstand, an sozialem Ausgleich, an Freiheit erreicht haben, bedarf es auch des Mutes zur Korrektur und zur schrittweisen Verbesserung" (SCHMIDT 1980: 1054).

KOHL (1982: 7) erklärt dann bei seiner Übernahme der Regierungsverantwortung, die finanziellen Reserven unserer sozialen Sicherungssysteme seien erschöpft und rechnet mit den Vorgängerregierungen ab. Die angekündigte Politik der Erneuerung wird u.a. die dynamische Rente beibehalten, dem Prinzip der Solidarität folgend. Das soziale Netz soll gesichert werden. Der Mittelstand soll steuerliche Entlastungen erfahren (KOHL 1982: 10, 12, 13). Wir nennen den letzten Punkt, um die Kontinuität der Politik der Mittelstandsstärkung, die bei ADENAUER hervorgehoben wurde, aufzuzeigen. Die Ausrichtung der Sozialpolitik wird deutlich in dem Hinweis: "viele Menschen leiden heute weniger an materieller Armut; sie leiden an Einsamkeit; Mangel an Geborgenheit und Mitmenschlichkeit" (KOHL 1982: 39). Es wird eine "Atempause in der Sozialpolitik" geben, als Signal und als "Chance zur Neubesinnung und zum Neubeginn." In diesem Zuge wird eine Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr angekündigt. Zugleich wird die Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung in den kommenden zwei Jahren um jeweils zwei weitere Prozentpunkte angehoben werden. Ohne Erläuterung, wie dies geschehen wird, heißt es: "Wir werden dafür sorgen, daß dabei die Klein- und Kleinstrentner nicht in unzumutbarer Weise belastet werden" (KOHL 1982: 20 f.). Die Rentenbeiträge für Arbeitslose, die aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit geleistet werden, werden zukünftig nach der Höhe der Lohnersatzleistung (Arbeitslosengeld, -hilfe) und nicht nach dem letzten Arbeitseinkommen bemessen sein. Um der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer vermehrt zu begegnen und um Arbeitsplätze für jüngere Arbeitslose zu schaffen, sollen die Möglichkeiten zu freiwilliger früher Aufgabe des Erwerbslebens via vermehrter Flexibilität geschaffen werden, ohne die Rentenversicherung zusätzlich zu belasten. Die 1957 beschlossene große Rentenreform muß in der kommenden Legislaturperiode an die "veränderten demographischen und

ökonomischen Bedingungen angepaßt werden, so daß sie auch in Zukunft Bestand hat" (KOHL 1982: 22). Immerhin sind zu diesem Zeitpunkt, wie KOHL ausführt, 2,5 Millionen Menschen arbeitslos (KOHL 1982: 9).

1983 ist ein zentrales Anliegen der Regierungserklärung die Sicherung von Wohlstand für alle und eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht (KOHL 1983: 7). Zwar soll derjenige, der ein Leben lang gearbeitet hat, auch seinen Anspruch auf eine sichere Rente eingelöst sehen. Andererseits ist die Rentenversicherung auf eine langfristig tragbare Grundlage zu stellen. Zur Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen der Rentenversicherung sollen nun auch Sonderzahlungen beitragspflichtig werden. Vom Krankengeld sind nun Beiträge zur Rentenversicherung zu leisten. Auf der Ausgabenseite werden Entlastungen dadurch geschaffen, daß die Voraussetzungen für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten enger gefaßt werden. (Diese treffen insbesondere die Frauen.) Es gilt, eine umfassende Strukturreform der Rentenversicherung einzuleiten, da als Folge der "katastrophalen demographischen Entwicklung (...) immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen" (KOHL 1983: 33 f.). Bei der Rentenstrukturreform sollen folgende Prinzipien angewendet werden, zur Geltung kommen: Beitragsbezogenheit der Rente wie bisher, Entwicklung der Renten entsprechend dem Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, Festsetzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung auf verlässlicher Grundlage. Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, muß durchgesetzt werden. "Aus finanziellen Gründen kommt zunächst leider nur eine begrenzte Neuregelung in Betracht. Sie soll die Gleichbehandlung von Frauen und Männern gewährleisten. Bei der endgültigen Regelung muß der Frau eine eigenständige soziale Sicherung gegeben werden, die dem Leitbild der Partnerschaft zwischen Mann und Frau entspricht" (KOHL 1982: 35).

In der Regierungserklärung von 1987 formuliert KOHL keine tragenden Gedanken zu den Leitlinien der Sozialpolitik. Vielmehr stellt er verstärkt auf die Soziale Marktwirtschaft ab. Dies ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der "Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl gelebt werden" (KOHL 1987: 207). Eine zentrale Aufgabe bleibt die Behebung der hohen Arbeitslosigkeit. Auch älteren Arbeitslosen soll durch die Verbesserung bestehender

Instrumente wieder verstärkt zu einer Beschäftigung verholfen werden (KOHL 1980: 208).

Die demographische Entwicklung macht eine Rentenstrukturreform notwendig. Langfristig ist der Übergang vom Arbeitsleben in die Rente flexibler zu gestalten und es sind "die Möglichkeiten für eine Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit zu verbessern" (KOHL 1987: 211). Mit diesem Hinweis wird auf das Ziel der Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials bei Rückgang der Erwerbsbevölkerung durch Heraufsetzung des realen Rentenzugangsalters hingewiesen. Es wird, wie bereits 1983, versichert, daß die Rentenversicherung in der Grundkonstruktion von 1957 unter ADENAUER erhalten bleiben wird und daß die Renten sicher sind. "Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland können darauf vertrauen, daß sie im Alter als Gegenleistung für ihre während ihres Arbeitslebens gezahlten Beiträge eine angemessene Rente erhalten" (ebenda). Nach der kommenden Rentenstrukturreform, die die demographische Entwicklung unumgänglich macht, sollen sich Renten und verfügbare Arbeitnehmerereinkommen gleichgewichtig entwickeln, allerdings werden beitragsfreie und beitragsgeminderte Versicherungszeiten neu geordnet werden. (Dies kann nur Rentenminderungen bedeuten, M.D.). "Die demographisch bedingten Mehraufwendungen für alle Beteiligten müssen angemessen verteilt werden. Auch deshalb wird sich der Bund mit einem höheren Bundeszuschuß beteiligen als nach geltendem Recht" (KOHL 1987: 211). Was diese Ausführungen konkret bedeuten, welche Einkommensminderungen für Rentenbezieher in diesem so beschriebenen Rahmen möglich und notwendig sind, bleibt einstweilen der individuellen Interpretation überlassen. Anfang 1988 soll ein Entwurf zur Rentenstrukturreform vorliegen. Erst dann werden die Auswirkungen geklärt sein können. In diesem Stadium wird nur die Ankündigung der schrittweisen Ausdehnung der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht für ältere Mütter konkret (KOHL 1987: 211).

Erstmalig erwähnt die Regierungserklärung Kohl 1987 die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit, "die angesichts der vielfältigen Probleme und der großen finanziellen Dimensionen nur schrittweise gelöst werden kann. Wir wollen die häusliche Pflege so unterstützen, daß Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Die steuerlichen Hilfen für Schwerstpflege und für private Vorsorge werden verstärkt" (KOHL 1987: 211). Das Ausmaß der jetzt intendierten Pflegesicherung außerhalb der Sozialhilfe bleibt ungewiß.

9. Diskussion der Akzentuierungen

Der materiellen Sicherung im Alter wird ein weitaus größeres Gewicht in den großen Regierungserklärungen eingeräumt als den immateriellen Aspekten des Lebens im Alter. Im Zusammenhang mit der Rentengesetzgebung dürfte es nicht zufällig sein, daß SCHMIDT (1976: 342) von der "Altersversorgung aller Bürger" spricht, und KOHL (1987: 211) sich an die "Bürger der Bundesrepublik" wendet. Rentenpolitik geht weit über die Altenpolitik hinaus. Welches Ausmaß an materieller Sicherung erreicht ist, bleibt weithin verschwommen. Reformankündigungen benennen keineswegs immer Auswirkungen. Selbst Hinweise auf zukünftige Einschränkungen des Leistungsrechts sind als solche wohl nur durch den Fachmann, nicht durch den breiten Kreis der Betroffenen zu erkennen. Nur so vermögen wir zu erklären, daß einschränkende Zielrichtungen sehr wohl benannt werden können, ohne zeitgleich - so unsere Interpretation - eine Einschränkung z.B. der Zusicherung von Rentensicherheit zu erzwingen. Die Botschaft der Solidarität, die sich in vielen Regierungserklärungen findet, setzt einen positiven Akzent. Werden Grenzen der Solidarität angeführt, so bleibt diese Chiffre für Leistungsbegrenzungen wohl weithin unklar, unverständlich. Eine andere Interpretationsmöglichkeit wäre, daß das Postulat der Solidarität weit genug greift und fest genug verankert ist, um auch Leistungseingrenzungen unter dieser Bezugnahme erträglich zu machen.

Rentenpolitik im engeren, Sozialpolitik im weiteren Sinne tendieren auch dort, wo konkret die materielle Sicherung im Alter betroffen ist, zu übergeordneten, gesellschaftlich als relevanter erachteten Zielorientierungen. Für ADENAUER war der Ausbau des Systems der Sozialen Sicherung primär Mittelstandspolitik, wie seinen Regierungserklärungen zu entnehmen ist. Zugleich sagte er offen, Leistungseingrenzungen schlagen in erster Linie bei der Alterspopulation zu Buche, sie ist als erste negativ betroffen. Für SCHMIDT stand in seiner Befassung mit dem Sozialleistungssystem die Identifikation der Arbeitnehmer mit dem Staat im Vordergrund. Später, unter KOHL, geht es um die Bewältigung der demographischen Entwicklung durch eine angemessene Lastenverteilung, die in Richtung einer Begrenzung der Belastung von Wirtschaft und Erwerbstätigen wohl primär interpretiert werden darf. Gegen diese großen Zielrichtungen fallen die nachgewiesenen Heraushebungen von Gruppen der Altersbevölkerung im Zusammenhang mit der Rentenpolitik sehr viel weniger ins Gewicht.

Soweit die Flexibilisierung des Rentenzugangsalters nach unten (unter BRANDT 1969: 273, unter KOHL 1982: 9) oder nach oben (KOHL 1987: 211) betroffen ist, erfolgen schlichte Mitteilungen, die zwar die Älteren berühren, die jedoch unter Kenntnis der Hintergründe deutlich an der Rentenfinanzierung und an der Arbeitsmarktsituation ausgerichtet sind.

Insoweit läßt sich letztlich, jenseits der Konzeptionsverschiebungen in der Sozialpolitik von einer Regierungskoalition zur nachfolgenden, kein zunehmendes Gewicht der wachsenden Alterspopulation, keine direktere Befassung mit ihrer materiellen Lage erkennen.

Analysiert man die großen Regierungserklärungen, so ist die Armut von Teilen der Bevölkerung, darunter eines nicht unwichtigen Anteiles der Alterspopulation, kein Thema von Gewicht. Die Vokabel "soziale Gerechtigkeit" läßt sich zwar in einer Vielzahl von Regierungserklärungen auffinden, doch in aller Regel erfolgt keine Ausformung des gemeinten Sinngehaltes. Nach Kriegsende sieht ADENAUER (1949: 57) in dem "Streben nach Linderung der Not, nach sozialer Gerechtigkeit" den "obersten Leitstern bei unserer gesamten Arbeit." Doch diese Regierungserklärung fällt noch in eine Sonderphase der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik, vor die Erzielung eines allgemeinen Wohlstandes. Es ist BRANDT, in dessen Regierungserklärungen von 1969 (272) und 1973 (304) die materielle und immaterielle Armut angesprochen wird: mit Hinweisen auf jene, die im Schatten oder am Rande der Gesellschaft stehen; mit dem Ziel der Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit, das explizit die Beseitigung materieller Not ebenso umschließt, wie die Beseitigung sozialer Abstiegsgefahren. Auch SCHMIDT spricht 1976 (307, 366) von der Not, die nicht nur im materiellen Bereich liege, sondern auch Einsamkeit, Hilflosigkeit, Fremdsein bedeute. Unter KOHL (1982: 39) verschieben sich die Bewertungen. Materielle Not wird nun als geringeres Problem angesehen - verglichen mit Problemen der Einsamkeit, des Mangels an Geborgenheit und an Menschlichkeit. 1987 stellt KOHL (20 f.) fest, die Klein- und Kleinstrentner dürften durch Einschnitte in das Rentensystem nicht unzumutbar belastet werden. Das Mittel zur Durchsetzung dieses Zieles bleibt unbenannt, die Grenze der Belastbarkeit undefiniert.

Die Tatsache, daß materieller und immaterieller Armut in unserem Sicherungssystem zu einem wesentlichen Teil mittels der Sozialhilfe begegnet werden

soll, bleibt unberücksichtigt. In insgesamt 15 großen Regierungserklärungen finden wir die Sozialhilfe nur zweimal benannt: unter SCHMIDT 1974 (317 f.) und unter KOHL 1982 (20), und immer eher beiläufig. Wir schließen hieraus, die Sozialhilfe und ihre Probleme ebenso wie ihre Klientel berühren die große Politik der Bundesrepublik nicht, mögen sie für viele Menschen auch noch so wichtig sein. Armut ist, mit wenigen Ausnahmen, kein Thema.

In den großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler nach dem Kriege findet der zunehmende Anteil älterer Menschen an der Gesamtpopulation bisher keinen Niederschlag, geht es jenseits der Befassung mit der demographischen Entwicklung und den sie begleitenden ökonomischen und gesellschaftlichen Belastungen um die Interessen und Anliegen dieser Personengruppe. Zum Standard zählen in den 1980er Jahren - im Gegensatz zu den 1950er und 1960er Jahren - Formulierungen der Anerkennung von Leistungen, Erfahrungen, von Urteilsfähigkeit oder Weisheit mit aller Unverbindlichkeit, die an derartig ehrenden Erwähnungen haftet. Es schiene uns im Gegenteil nicht abwegig, im Vergleich der Behandlung der Jugendpolitik, der Frauenpolitik sowie der Politik der Sicherung der erwerbstätigen Bevölkerung, eine klare Rändständigkeit der Alterspopulation in der politischen Bedeutungszuweisung zu erkennen, trotz eines Bevölkerungsanteils von inzwischen mehr als 20 v.H. und einem noch höheren Anteil an Wahlberechtigten.

Man muß in unserer Beurteilung zur Kenntnis nehmen, daß Problemdefinitionen und Lösungsentwürfe in den 1980er Jahren, in denen sich die Diskussion um die Folgen der demographischen Entwicklung für die Gesellschaft erst richtig entfaltet haben, im Vergleich zu den 1960er Jahren (ERHARD 1963; BRANDT 1969) und den 1970er Jahren (BRANDT 1973) fehlen, obwohl sie auch damals von bescheidenem Zuschnitt waren. Die wenigen zusammenhängenden Hinweise auf Maßnahmen und Dienstleistungen für Ältere unter SCHMIDT 1976, in denen auch das Essen auf Rädern nicht fehlt, sind eher unbeholfen, als daß hier auf eine durchdachte und zusammenhängende Politikbemühung geschlossen werden könnte.

Die "Alterung der Gesellschaft" scheint die Politik eher zu lähmen, als Lösungen in Gestalt von Politikentwürfen herauszufordern. Denn Hervorhebungen der Familien, ihrer Leistungen und Pflichten, verstärken sich in den 1980er Jahren, d.h. in einer Zeit, in der fundiertes Wissen über bedeutende familiale Leistungen im Kontext der Hilfe für ältere Menschen verfügbar ist und

immer ernsthafter über die Grenzen der Belastbarkeit der Familien durch personale Leistungen für ihre älteren Mitglieder diskutiert wird. Diese Pflichtzuweisungen an die Familien erfolgen in einer Situation, in der sich veränderte Familienstrukturen (Zunahme der Ehescheidungen, der Lebensgemeinschaften ohne Eheschließung, alleinstehender Elternteile) und Wohnformen (zunehmende Anteile Alleinlebender in allen Altersklassen) die Grundlage für die familiäre Hilfe verschlechtern und es zudem eine hohe Zahl von Älteren gibt, die keine Familie haben. Die Leistungen und die Erfahrungen der Älteren werden in einer Zeit hervorgehoben, in der eben diese Leistungen und Erfahrungen immer weniger nachgefragt werden im Rahmen von entlohnter Beschäftigung und in der das reale Verrentungsalter auf dem bisher wohl tiefsten Stand angelangt ist. Insoweit hat - nimmt man die großen Regierungserklärungen zum Bezugspunkt - die Auseinandersetzung mit den klar ersichtlichen Problemlagen bezogen auf die Alterspopulation noch nicht begonnen. Ob wir es mit einem "time-lag" zu tun haben oder ob eher Grundstrukturen und Grundorientierungen der großen Politik hervortreten, die auch in die Zukunft hineinwirken und gültig bleiben, kann nur nach weiter fortgeschrittener Zeit beurteilt werden.

Peter Böhmer

1981

Kapitel IV

ALTER ALS LAST?

SOZIALPOLITIK DES ALTERS ALS PROBLEM EINER ERGRAUTEN GESELLSCHAFT

1. Vorwort

2. Bevölkerungsentwicklungen

3. Wirtschaftssituation

4. Arbeitsmarkt

5. Sozialversicherung

6. Alterspolitik

7. Sozialstruktur

8. Relative Bedeutung der Sozialstruktur

9. Zusammenfassung

1. Vorwort

Das Kapitel ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil (Kapitel 1-3) behandelt die demographischen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung stehen. Der zweite Teil (Kapitel 4-7) analysiert die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Sozialstruktur und die Sozialversicherung. Der dritte Teil (Kapitel 8-9) fasst die Ergebnisse zusammen und diskutiert die politischen Konsequenzen.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die Alterung der Bevölkerung zu erheblichen Veränderungen in der Sozialstruktur und der Sozialversicherung führt. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen und erfordert entsprechende politische Maßnahmen.

SOZIALE SICHERUNG BEI DEMOGRAPHISCHEM WANDEL: ALTERNATIVE THESEN

Peter Rosenberg

Inhalt:

1. Vorbemerkung
2. Bevölkerungsvorausberechnungen
3. Wirtschaftswachstum
4. Arbeitsmarkt
5. Systeme der Sozialen Sicherung
6. Alterssicherungssysteme
7. Gesetzliche Krankenversicherung
8. Relative Einsparungen bei Sozialleistungen
9. Schlußbemerkung

1. Vorbemerkung

Zur Expertentagung "Die ergraute Gesellschaft. Soziale Folgen des demographischen Umbruchs in der Bundesrepublik Deutschland" wurde als Diskussionsgrundlage ein Thesenpapier vorgelegt, das im folgenden in seiner Grundstruktur beibehalten, jedoch um einige Erläuterungen ergänzt wird. Mit der Formulierung jeweils alternativer Thesen zu einzelnen Themenbereichen wird zum einen der Unsicherheitsbereich in der Beurteilung künftiger Entwicklungen, zum anderen die Bandbreite möglicher politischer Gestaltungsoptionen skizziert.

2. Bevölkerungsvorausberechnungen

Bevölkerungsvorausberechnungen über mehrere Jahrzehnte haben einen erheblichen Unsicherheitsbereich. Zwei Thesen, die durchaus nicht den maximalen

Entwicklungsspielraum kennzeichnen, sollen dies verdeutlichen:

- Die Geburtenhäufigkeit erhöht sich wieder, die Abnahme der deutschen Bevölkerung wird durch verstärkte Zuwanderung von Ausländern kompensiert.
- Die Geburtenhäufigkeit bleibt niedrig, die Lebenserwartung steigt weiter (auf internationale Spitzenwerte), die Ausländerzuwanderung wird administrativ begrenzt.

Die Unsicherheiten liegen nicht nur in der Entwicklung der Wanderungen, die von zahlreichen nicht prognostizierbaren ökonomischen und politischen Faktoren im In- und Ausland abhängen. Auch die Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, d.h. der Geburten und Sterbefälle, hat sich in der Vergangenheit als recht unsicher erwiesen. Aus heutiger Sicht scheint mehr für das zweite Szenario zu sprechen, das insgesamt zu einem Rückgang der Bevölkerung führt, wobei der Anteil der Älteren erheblich zunimmt (nur deutsche Bevölkerung: STATISTISCHES BUNDESAMT 1986: 67).

3. Wirtschaftswachstum

Der Spielraum für Einkommensverteilung und -umverteilung wird maßgeblich auch vom Wirtschaftswachstum bestimmt.

- Das reale Bruttosozialprodukt wird auch künftig deutlich zunehmen, vorausgesetzt die Kapitalbildung und damit die Investitionskraft wird merklich gesteigert.
- Das reale Bruttosozialprodukt wird künftig immer weniger zunehmen, auch eine Abnahme ist nicht auszuschließen, weil Sättigungseffekte und eine rückläufige Verbraucherzahl auf der Nachfrageseite wie angebotshemmende Faktoren (Rohstoffe, Umwelt) eine zunehmende Rolle spielen.

Es ist offensichtlich tollkühn, über das Wirtschaftswachstum in den nächsten 40 bis 50 Jahren Spekulationen anzustellen. Man braucht sich nur vorzustellen, wie eine derartige Modellrechnung 1945 ausgesehen hätte. Dennoch ist es unerlässlich, die Konsequenzen des demographischen Wandels im ökonomischen Kontext zu sehen, wenn Aussagen zum System der sozialen Sicherung getroffen werden sollen. Empirisch läßt sich für das reale Wachstum

des Sozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 2. Weltkrieg feststellen, daß es - von Konjunkturschwankungen abgesehen - absolut ziemlich konstant war, was zugleich bedeutet, daß die prozentualen Zuwachsraten rückläufig sind. Keine Erfahrungen haben wir bisher mit der Reaktion der Wirtschaft auf eine rückläufige Bevölkerung. Strukturelle Anpassungsschwierigkeiten dürften dabei nicht auszuschließen sein. Auch unter diesem Aspekt neige ich weniger der angebotsorientierten ersten These zu, deren Vertreter auf eine verstärkte Vermögensbildung setzen und dies nicht ohne sozialpolitische Hintergedanken. Plausibler erscheint mir unter binnen- wie außenwirtschaftlichen Aspekten langfristig die zweite These eines relativ schrumpfenden Wachstumspotentials, das bei rückläufiger Bevölkerung und Erwerbstätigenzahl immer noch zu realen Zuwächsen je Einwohner und je Erwerbstätigen führt.

4. Arbeitsmarkt

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird wesentlich bestimmt durch die demographische und die wirtschaftliche Entwicklung.

- Durch das Wirtschaftswachstum wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten 10 bis 15 Jahren weitgehend abgebaut, die Beschäftigungsentwicklung stößt auf die Grenze des Erwerbspersonenpotentials, wodurch ein verstärkter Druck auf eine erhöhte Ausländerzuwanderung, aber auch auf eine Anhebung der Altersgrenzen in den Alterssicherungssystemen ausgelöst wird.
- Das Ausmaß des Wirtschaftswachstums reicht allein nicht aus, die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahrzehnt kräftig zu reduzieren. Sieht man von qualifikatorischen Engpässen ab, dann treten angebotsbedingte Engpässe auf dem Arbeitsmarkt erst im ersten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts auf.

Trifft die Annahme eines sich relativ abschwächenden Wirtschaftswachstums zu, dann ist auf mittlere Sicht kaum mit einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit bzw. mit einer Auslastung des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen. Da angesichts der demographischen Entwicklung eine weitere Vorverlagerung des Renteneintritts- bzw. Pensionierungsalters kaum in

Frage kommt, wird das bestehende Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt voraussichtlich nur über eine weitere Reduzierung der Wochen- und Jahresarbeitszeit bis zur Jahrhundertwende deutlich abgebaut werden können. Dies setzt allerdings - soll die Strategie nicht noch weiter wachstumsdämpfend wirken - Qualifizierungsmaßnahmen bei Arbeitslosen und Erwerbstätigen voraus, die das heutige Ausmaß übersteigen und die auch nicht nur als vorübergehende flankierende Aktion zu entwickeln sind, sondern auch im Hinblick auf die langfristig voraussichtlich unumgängliche Anhebung des Renteneintrittsalters.

5. Systeme der Sozialen Sicherung

Die demographische und wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auf alle Systeme der sozialen Sicherung, aber auch auf solche der privaten Versicherung aus.

- Bei isolierter Betrachtung einzelner Sicherungssysteme (insbesondere der Gesetzlichen Rentenversicherung) liegt der Schluß nahe, daß nur durch radikale Reform, Garantie allenfalls von Mindestsicherungsniveaus, vollständiger oder teilweiser Ausgrenzung von Leistungen den künftigen Anforderungen an verteilungspolitisch akzeptable Bedingungen sowie an ökonomisch tragbare Soziallasten Rechnung getragen werden kann.
- Nur auf der Basis einer Gesamtanalyse der sozialen Sicherung lassen sich Vorstellungen über den aus finanziellen Gründen gebotenen Reformbedarf gewinnen. Demographisch bedingten Mehraufwendungen stehen ebenfalls aus demographischen und aus anderen Gründen Minderausgaben gegenüber. Die Privatisierung sozialer Risiken ist - von sozialpolitischen Erwägungen ganz abgesehen - nicht einmal unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten immer erstrebenswert.

Die sozialpolitische Diskussion über die Auswirkungen des demographischen Wandels hat sich in der Vergangenheit überwiegend auf die Gesetzliche Rentenversicherung konzentriert. Anhand simpler Rechnungen, die bis 2030 entweder etwa zu einer Verdoppelung des Beitragssatzes oder zu einer Halbierung des Rentenniveaus führen, lassen sich scheinbar sowohl die verheerenden Folgen des Geburtenrückgangs wie die Unhaltbarkeit der Gesetz-

lichen Rentenversicherung verdeutlichen. Kaum öffentlich diskutiert wurde die gleichgelagerte Problematik der Beamtenversorgung, für die aus Steuermitteln mehr aufgebracht werden muß als für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und für die Knappschaftliche Rentenversicherung. In verstärktem Maße werden aus dem politischen und aus einem Teil des wissenschaftlichen Bereichs Stimmen laut, die teils unter Hinweis auf ökonomische und demographische Entwicklungsbedingungen, teils unter "ordnungspolitischen" Vorstellungen empfehlen, die soziale Sicherung bei Krankheit, Invalidität und Alter auf "Grund- oder Mindestsicherung" zu beschränken und den einzelnen für eine angemessene Sicherung auf Zusatzversicherungen im Wege der Vermögensbildung oder der Privatversicherung zu verweisen.

Da man wenigstens bei den Wissenschaftlern unterstellen kann, daß ihnen klar ist, daß allein durch Umfinanzierung die Kosten bei Aufrechterhaltung des Sicherungsniveaus nicht sinken, muß man davon ausgehen, daß sie entweder eine Senkung des derzeitigen Sicherungsstandards für die Zukunft anstreben oder andere als sozialpolitische Interessen, wie z.B. Wirtschaftsinteressen der Anbieter von Gesundheitsgütern, Interessen des Versicherungsgewerbes vertreten.

Tatsächlich stellen sich die Entwicklungsperspektiven weniger ungünstig dar, wenn man auch die absehbaren Entlastungen durch den Rückgang von Kriegsfolgeleistungen, den Abbau von Arbeitslosigkeit sowie den mit der rückläufigen Kinderzahl relativ abnehmenden Familienlastenausgleich ins Kalkül mit einbezieht (ROSENBERG 1987). Das schließt strukturelle Anpassungen einzelner Leistungssysteme nicht aus, wohl aber deren radikale Verkürzung auf eine Art Fürsorgeleistung.

6. Alterssicherungssysteme

Die Alterssicherungssysteme werden vom demographischen Wandel in Form steigender Anzahl älterer Menschen bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter am stärksten betroffen; dies gilt grundsätzlich für alle Typen von Alterssicherungssystemen, für beitrags- oder steuerfinanzierte Umlageverfahren wie für Verfahren mit Kapital- bzw. Anwartschaftsdeckung.

- Die gesetzliche Alterssicherung in ihrer heutigen Form ist langfristig nicht mehr zu finanzieren. Die gesetzliche Garantie muß sich daher künftig auf eine Mindest-/Grundsicherung beschränken. Dies ist um so akzeptabler, als die bereits eingetretene und künftig noch entstehende private Vermögensbildung ausreicht, den Ausfall an gesetzlicher Alterssicherung zu kompensieren. Damit wird gleichzeitig die Versorgung der Wirtschaft mit zusätzlichem Investitionskapital sichergestellt.
- Die gesetzliche Alterssicherung in ihrer heutigen institutionell differenzierten Form, mit Umlagefinanzierung und mit der Orientierung der Leistungen am früheren Erwerbseinkommen kann und soll grundsätzlich beibehalten werden. Eine Substitution umlagefinanzierter Anwartschaften durch kapitalfundierte ist auch unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten (angemessen rentable Kapitalanlage) nur in begrenztem Umfang möglich. Die grundsätzliche Beibehaltung der gesetzlichen Rentenversicherung setzt allerdings Strukturänderungen in der Finanzierung voraus, wobei der insgesamt für die Alterssicherung unvermeidliche finanzielle Mehrbedarf durch Minderausgaben vor allem in anderen Sicherungssystemen und Bereichen der öffentlichen Haushalte zu decken ist.

Die erste These wird politisch vor allem von BIEDENKOPF und MIEGEL/WAHL (1985) sowie in abgeschwächter Form von Vertretern der Deutschen Bundesbank (SCHLESINGER 1985) vertreten, und von den Lebensversicherern begeistert aufgegriffen. Das Biedenkopf-Konzept ist insofern nicht reizlos, als es mit dem Vorschlag einer staatlich finanzierten Grundrente einen Lösungsansatz für die mißliche Diskussion über sozialhilfeberechtigte Rentner anzubieten scheint. Tatsächlich wird dieses Problem jedoch mit einer am Sozialhilfeniveau orientierten Grundrente nicht beseitigt, wenn man nur an die hohe Zahl von Pflegefällen denkt, die heute in großem Umfang zur Bedürftigkeit führen. Vor allem aber weist das Biedenkopf-Konzept schwerwiegende verteilungspolitische und ökonomische Nachteile auf. Die Verweisung des Arbeitnehmers auf private Vorsorge für die Aufstockung der Grundrente auf ein Lebensstandardsicherndes Alterseinkommen bedeutet für diesen nicht nur die Verpflichtung, ein nahezu unkalkulierbares Risiko frühzeitig zu versichern, woraus im allgemeinen Unterversicherung entsteht; bei Unterbrechungen des Arbeitslebens durch längere Krankheit und Arbeitslosigkeit bedeutet es auch die Unterbrechung des Aufbaus einer Zusatzsicherung, ja schlimmstenfalls sogar deren Abbau. Auch gesamtwirtschaftlich erweisen sich

Konzepte, die die ganze oder einen überwiegenden Teil der Bevölkerung in wesentlichem Umfang über Vermögensbildung - sei es individuell oder über eine Lebensversicherung - im Alter zu sichern versprechen, als dubios.

Hätten sich unsere Ahnen für das Anwartschaftsdeckungsverfahren in Rentenversicherung und Beamtenversorgung entschieden, und hätten in den letzten 70 bis 80 Jahren keine Entwertungen stattgefunden, dann betrüge das Deckungskapital für die heutigen Leistungen und Anwartschaften 4 bis 5 Billionen DM, d.h. es wäre etwa doppelt so hoch wie die gesamte Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik oder etwa 15 mal so hoch wie das heutige Vermögen der Lebensversicherungsunternehmen. Wollte man also einen nennenswerten Teil der heute im Umlageverfahren finanzierten Anwartschaften künftig kapitalisieren, so bedeutete dies - abgesehen von den Übergangsproblemen - eine enorme Kapitalsumme, die zusätzlich zum bestehenden Geldvermögen rentabel und sicher anzulegen wäre. Auf die ordnungspolitischen Probleme einer derartigen Kapitalkonzentration sei nur hingewiesen.

Allein aus dieser gesamtwirtschaftlichen Überlegung ist der Schluß zu ziehen, daß wir den Großteil der Alterssicherung der Bevölkerung auch künftig im Umlageverfahren werden sichern müssen, wobei für die Rentenversicherung das System einkommens- bzw. beitragsbezogener Renten nicht angetastet werden sollte. Dies setzt allerdings voraus, daß die Relation zwischen gezahlten Beiträgen und erworbenen Rentenansprüchen trotz des demographischen Wandels nicht verzerrt wird. Als Postulat, wenn auch noch nicht instrumentell ausgestaltet, enthält die Reichsversicherungsordnung (RVO) bereits seit einigen Jahren den Grundsatz der Anpassung der Renten an die verfügbaren Arbeitsentgelte, also den Wechsel von bruttolohnbezogener zur netto Lohnorientierten Rentenanpassung. Darüber hinaus wird es erforderlich sein, den Bund künftig stärker zur Finanzierung heranzuziehen. Die laufend steigende Lebenserwartung wird es künftig aber auch erforderlich machen, das effektive Renteneintrittsalter wieder stärker der Regelaltersgrenze 65 anzunähern, damit sich der Prozeß steigender Rentenbezugszeiten bei rückläufigen Zeiträumen der Beitragszahlung nicht fortsetzt. Letzteres ist natürlich im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktentwicklung zu sehen: nicht nur die Vorverlagerung des Renteneintrittsalters in den letzten Jahren ist teilweise eine Folge der ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse insbesondere für ältere Arbeitnehmer, auch eine Trendwende ist nur bei einer besseren Beschäftigungssituation möglich und dann auch sinnvoll.

7. Gesetzliche Krankenversicherung

Für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) spielt der demographische Wandel wegen der Altersabhängigkeit von Morbidität und Leistungsanspruchnahme eine gewichtige Rolle.

- Die jeweils nur kurzfristig durch Kostendämpfungsmaßnahmen unterbrochene Ausgabenentwicklung der GKV erfordert im Hinblick auf das zunehmende Altersrisiko, den weiteren medizinischen Fortschritt und die Unwirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens einerseits und im Hinblick auf die Entwicklung der Lohnnebenkosten, der wirtschaftlichen Tragbarkeit andererseits eine sozial verträgliche Einschränkung des gesetzlichen Krankenversicherungsschutzes u.a. durch Ausgliederung von Leistungen und durch erhöhte Kostenbeteiligung im Krankheitsfall.
- Anders als bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird das finanzielle Gleichgewicht der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt allein durch den demographischen Wandel nur geringfügig berührt. Dies gilt allerdings nicht unbedingt für einzelne Kassen sowie für die Struktur von Leistungen und Finanzierung (Allgemeine Krankenversicherung/Krankenversicherung der Rentner). Die Privatisierung von Krankheitsrisiken im Sinne bisheriger Vorschläge trägt eher über eine Schwächung der Verhandlungsmacht der Krankenkassen zu höherer Unwirtschaftlichkeit des Systems bei, wobei die salvatorisch erklärte "Sozialverträglichkeit" entweder verfehlt wird oder die letzten Steuerungsimpulse beseitigt.

Betrachtet man allein die Wirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung, indem man die heutigen altersspezifischen Pro-Kopf-Ausgaben konstant hält, dann kompensieren sich die altersstrukturell bedingten Mehrausgaben je Versicherten und die abnehmende Versichertenzahl mit der Wirkung einer langfristig tendenziell stagnierenden, sogar eher rückläufige Summe der Gesamtausgaben. Auch auf der Einnahmenseite sieht die Entwicklung in der GKV besser aus als in der Rentenversicherung, weil die abnehmende Zahl der aktiven Beitragszahler wenigstens teilweise ausgeglichen wird durch die steigende Zahl der Rentner, die ebenfalls Beiträge zahlen (ROSENBERG 1986a). Dennoch oder gerade wegen der tendenziell eher stagnierenden mengenmäßigen Nachfrage wird es im

Bereich Gesundheitssicherung und Krankenversicherung angesichts steigender Ärztezahlen, vorhandener Überkapazitäten im Krankenhausbereich und nicht eben wirtschaftlicher Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln zu einem erheblichen Verteilungskampf um finanzielle Ressourcen kommen.

Selbst die Anhänger marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen vertreten heute immer weniger die Ansicht, daß über den Abbau der sozialen Krankenversicherung und mehr Entscheidungsspielraum für den Versicherten die Entwicklung der Gesundheitsausgaben gedämpft würde. Sie argumentieren vielmehr zunehmend "ordnungspolitisch" in der Weise, daß die Ausgabenentwicklung, wenn sie nur weniger gesetzlich und mehr durch Konsumentenentscheid bestimmt werde, durchaus stärker sein könnte, als dies heute beispielsweise von den Krankenkassen, aber auch von den privaten Krankenversicherern als angemessen angesehen wird. Es sei nur auf den Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung verwiesen: "Das Gesundheitswesen ist ein Wachstumssektor" (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1985: Ziff. 358; dazu ROSENBERG 1986b).

Diese ordnungspolitische Argumentation krankt daran, daß sie einen funktionierenden Markt voraussetzt, die Verteilung der Marktmacht zwischen Anbietern von Gesundheitsgütern (Ärzten, Pharmaindustrie) und den Kranken, die diese Güter nachfragen, aber derartig einseitig ist, daß selbst bei Sicherstellung einer angemessenen Kaufkraft auch bei Empfängern geringerer Einkommen ein gesundheitspolitisch und ökonomisch wünschenswertes Marktergebnis nicht zustande kommen kann.

8. Relative Einsparungen bei Sozialleistungen

Mittel- bis langfristig treten aus demographischen und anderen Gründen absolute oder - gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP) - relative Einsparungen bei Sozialleistungen ein, wie z.B. bei Kriegsfolgeleistungen, Leistungen wegen Arbeitslosigkeit, bei Familienleistungen, beim sozialen Wohnungsbau.

- Diese Einsparpotentiale müssen zur Senkung der Abgabenquote genutzt bzw. in andere Verwendungen gelenkt werden (z.B. Ausbau der Familienpolitik, erhöhte Absicherung des Pflegerisikos, Verbesserung der Psychiatrie).

- Diese Einsparpotentiale müssen zur Stabilisierung unseres sozialen Sicherungssystems genutzt werden; marginale Umschichtungen sind dabei nicht ausgeschlossen, wohl aber eine nachhaltige Senkung der Abgabenquote. Eine derartige Strategie der grundsätzlichen Erhaltung bewährter Sicherungssysteme bedeutet nicht, daß
 - o nicht strukturelle Reformmaßnahmen erforderlich wären,
 - o keine schwerwiegenden Verteilungskonflikte entstünden,
 - o nicht die heute hohe Akzeptanz unserer sozialen Sicherung sich künftig abschwächt oder daß
 - o kurzfristige finanzielle Erholungsphasen zu weiteren langfristigen Anhebungen des Leistungsniveaus genutzt werden könnten.

Eine zwar grobe, dennoch aussagefähige Modellrechnung zur Entwicklung des Sozialbudgets in funktionaler Gliederung zeigt, daß die Sozialleistungsquote (Summe der Sozialleistungen des Sozialbudgets in v.H. des Bruttosozialprodukts) bei rechtlichem Status quo, demographischem Wandel und bei abnehmendem Wirtschaftswachstum von knapp 30 v.H. im Jahre 1985 auf etwa 27 v.H. im Jahre 2015 sinkt und erst danach bis 2030 auf rd. 34 v.H. über das heutige Niveau ansteigt (ROSENBERG 1987). Der entscheidende Schwachpunkt in diesem Modell dürfte dabei die Entwicklung der Funktion "Gesundheit" sein, die im Modell etwa proportional zum Bruttosozialprodukt verläuft, was angesichts der Ungleichgewichte in diesem Sektor eine restriktive, bedarfsorientierte Ausgabenpolitik voraussetzt.

9. Schlußbemerkung

Mit den Thesen sind hier nur einige wenige Argumentationsmuster skizziert. Sie deuten aus heutiger Sicht Unsicherheiten, Unwägbarkeiten, aber auch verteilungspolitische Positionen an. Einerseits sind die Handlungsmöglichkeiten durch die demographische Entwicklung nicht so eindeutig begrenzt, wie mancher öffentliche Diskussionsbeitrag uns glauben machen will; andererseits wird - mit welcher Strukturreform von welcher Regierung auch immer - die verteilungspolitische Auseinandersetzung nicht abgeschlossen werden. Eher werden sich künftig angesichts der massiven strukturellen

Änderungen des Bevölkerungsaufbaus einerseits und eines sich abschwächenden Wirtschaftswachstums andererseits die Verteilungskonflikte verschärfen. Lösungsansätze, die aus Partialanalysen einzelner Institutionen oder Leistungsbereiche abgeleitet werden, können angesichts der gesamtwirtschaftlichen Strukturänderungen zu Fehlentscheidungen führen. Wegen der Bedeutung des demographischen Wandels und seiner Langfristigkeit wird die Vorbereitung politischer Entscheidungen vielfach komplexer, weil sie auf längere Sicht und unter Berücksichtigung von Entwicklungen außerhalb des unmittelbar von der geplanten Entscheidung betroffenen Bereichs konzipiert werden müssen.

9. Schlussfolgerung

Mit den Thesen sind nicht nur einige wichtige Argumentationsmuster skizziert, sie nutzen auch mehrere Stärken des hermeneutischen, hermeneutischen, aber auch verfahrenstheoretischen Ansatzes. Einmal ist die methodische Reflexion durch den hermeneutischen Ansatz nicht so stark ausgeprägt wie bei der hermeneutischen Methode. Einmal ist die hermeneutische Methode nicht so stark ausgeprägt wie bei der hermeneutischen Methode. Einmal ist die hermeneutische Methode nicht so stark ausgeprägt wie bei der hermeneutischen Methode.

DIE ALTERSSICHERUNG DER NÄCHSTEN RENTNERGENERATION

Bernhard von Rosenblatt

Inhalt:

1. Die untersuchten Alterskohorten sind eine "glückliche Generation"
2. Untersuchungsanlage
3. Untersuchungsergebnisse
 - 3.1. Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)
 - 3.2. Beamtenversorgung
 - 3.3. Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
 - 3.4. Betriebliche Altersversorgung
 - 3.5. Alterssicherung der Selbständigen
 - 3.6. Frauen ohne eigene Alterssicherung
 - 3.7. Kumulation von Alterssicherungsansprüchen bei Ehepartnern
 - 3.8. Private Vorsorge für das Alter
4. Resümee

1. Die untersuchten Alterskohorten sind eine "glückliche Generation"

Beharrungsvermögen und Bestandsschutz im sozialen Sicherungssystem bewirken, daß die Alterssicherung der nächsten Rentnergeneration im Prinzip bereits bekannt ist. Zu betonen ist: im Prinzip. Im folgenden wird über die erste Untersuchung berichtet, in der tatsächlich der Versuch gemacht wurde, die Alterssicherung der nächsten im Vergleich zu der der heutigen

Rentnergeneration zu beschreiben (ROSENBLADT/KIEL/MILENOVIC 1986)*).

Der Anspruch auf eine Alterssicherung in bestimmter Höhe wird bei uns aufgebaut auf dem Weg über Anwartschaften in Systemen der Alterssicherung. Der Erwerb von Anwartschaften ist in der Regel gekoppelt an den Bezug von Erwerbseinkommen. In welcher Höhe und mit welchen Determinanten aus den Erwerbseinkommen Anwartschaften auf Alterssicherung abgeleitet werden, ist in den verschiedenen Systemen zwar sehr unterschiedlich - etwa in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) anders als in der Beamtenversorgung oder in der Altershilfe für Landwirte. Solange aber die Regelungen in den einzelnen Systemen nicht wesentlich geändert werden, kann man für jeden Erwerbstätigen auf der Grundlage seines Berufs- und Einkommensverlaufs näherungsweise berechnen, welche Alterssicherung er zu erwarten hat.

Die vorhandenen bereits aufgebauten Anwartschaften sind für die Zukunft der Alterssicherung auf jeden Fall eine bestimmende Größe, gleichgültig, von von welchen politischen Prämissen oder Zielsetzungen man sich leiten läßt. Nimmt man an, daß die Systeme und Determinanten der Alterssicherung im wesentlichen unverändert bleiben, zeigt die Status-quo-Prognose, was sich ändert, wenn man nichts ändert. Nimmt man an bzw. strebt man an, daß wesentliche Änderungen im System vorgenommen werden, so kann man auch nicht bei Null anfangen; die neuen Regelungen treffen auf bestehende Ansprüche und Strukturen.

Diese Strukturen wandeln sich, auch wenn die Sicherungssysteme selbst unverändert bleiben. Die demographischen Strukturen sind dabei nur ein Teilaspekt. Selbstverständlich sind die demographisch bedingten Verschiebungen in der Relation von Leistungsbeziehern und Beitragszahlern von zentraler Bedeutung für die Alterssicherung. Für alle zukunftsbezogenen Überlegungen ist dies die quantitative Basisinformation.

Daneben müssen aber die qualitativen Aspekte der Entwicklung berücksichtigt werden, d.h. die Frage, welche Art von Alterssicherungsansprüchen die

*) Es handelt sich um den Untersuchungsbericht zum Forschungsprojekt "Grunddaten zur Entwicklung von Lebenslagen", durchgeführt von Infratest Sozialforschung, München, in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik" an den Universitäten Frankfurt und Mannheim, im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung.

künftigen Rentnerjahrgänge in ihrem Erwerbsleben aufgebaut haben bzw. noch aufbauen werden. Es wäre leichtfertig, Prognosen auf die Annahme zu stützen, die Gegebenheiten in der heutigen Rentnergeneration könnten einfach in die Zukunft fortgeschrieben werden.

In den nächsten 30 Jahren erreichen Geburtsjahrgänge das Rentenalter, deren Berufsleben wesentlich durch die lange Phase stabiler ökonomischer Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik bestimmt wurde. Die älteren Jahrgänge vor ihnen waren noch in starkem Maße durch Krieg, Gefangenschaft und die Schwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit betroffen. Die jüngeren Jahrgänge nach ihnen sind die geburtenstarken Jahrgänge, deren Berufsstart bereits durch die Arbeitsmarktprobleme ab Mitte der 70er Jahre berührt wurde. Dazwischen liegen die Geburtsjahrgänge 1925-55, die in den kommenden 30 Jahren, also etwa in der Zeit zwischen 1985 und 2015, in den Ruhestand treten.

Dies ist die Generation, die im Mittelpunkt der Infratest-Untersuchung über bestehende Anwartschaften in der Alterssicherung stand. Im Hinblick auf die Grundlagen, die diese Generation für ihre Alterssicherung legen konnte, muß sie im historischen Vergleich wohl als eine glückliche Generation gelten. Eine Reihe der Sicherungslücken, die in der vorangehenden ("heutigen") Rentnergeneration noch eine größere Rolle spielen, dürften in der nächsten Rentnergeneration an Bedeutung verloren haben. Die neuen Probleme der sozialen Sicherung, die im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktentwicklung ab Mitte der 70er Jahre aufgetreten sind, werden sich erst in der Alterssicherung der übernächsten Rentnergeneration auswirken.

Das relativ positive Bild, das unsere Untersuchung für die Alterssicherung der nächsten Rentnergeneration zeichnet, muß also historisch richtig eingeordnet werden. Etwa ab dem Jahr 2015 muß mit einer Verschärfung der sozialpolitischen Problemlagen gerechnet werden. Es ist wahrscheinlich, daß die Beschleunigung der demographisch bedingten Scherenöffnung zwischen Leistungsbeziehern und Beitragszahlern dann mit einer Zunahme von Sicherungsdefiziten bei den in den Ruhestand tretenden Jahrgängen einhergehen wird.

2. Untersuchungsanlage

Untersuchter Personenkreis ist die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik und Berlin (West) im Alter von 25 bis 60 Jahren. Zeitpunkt der Stichprobenerstellung und Beginn der Erhebungen war Ende 1980. Einbezogen sind also die Geburtsjahrgänge 1920 bis 1955. Die Ältesten dieser Jahrgänge dürften in der Zeit bis 1985 weitgehend in den Ruhestand getreten sein. Die Jüngsten erreichen das 60. Lebensjahr, also das wahrscheinliche Ruhestandsalter, im Jahr 2015.

Ergänzend kann eine Infratest-Untersuchung von 1982 herangezogen werden, die die Einkommenssituation der 61- bis 79jährigen Bevölkerung (Geburtsjahrgänge 1903-21) zum Gegenstand hatte.

Die Untersuchung stützt sich auf eine repräsentative Stichprobe von 9 100 Personen (netto). Es wurden drei Erhebungen durchgeführt, deren Ergebnisse in einem integrierten Datensatz verknüpft wurden:

- (a) Eine Befragung mit mündlichen Interviews, in der u.a. ein genauer Lebensverlauf erfragt wurde.
- (b) Eine Klärung der Versicherungskonten bei den Trägern der Gesetzlichen Rentenversicherung; eine Kopie der Rentenauskünfte und Versicherungsverläufe wurde Infratest mit Zustimmung der Befragungspersonen übermittelt.
- (c) Für Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft: eine Zusatzbefragung zur betrieblichen Altersversorgung (Arbeitgeberauskünfte).

Wesentliches Hilfsmittel der Analyse ist die Aufgliederung der 25- bis 60jährigen Bevölkerung nach Alterskohorten, d.h. zusammengefaßten Geburtsjahrgängen. Im Vergleich der Alterskohorten werden strukturelle Entwicklungen sichtbar, die für die Alterssicherung in der Bundesrepublik bedeutsam sind.

Grenzen der Aussagekraft ergeben sich daraus, daß die untersuchten Berufsbiographien noch nicht abgeschlossen sind und die Beobachtung im Jahr 1980 endet. Veränderungen des Berufsverlaufs in den späteren Phasen des Erwerbslebens und beim Übergang in den Ruhestand können in diesem Untersuchungsansatz nicht erfaßt werden und bleiben daher außer Betracht. Die Untersuchung

beschreibt nur bereits vollzogene Entwicklungen, also Vergangenheit - und was sich daraus für die Zukunft der Alterssicherung ergibt.

3. Untersuchungsergebnisse

In der wirtschaftlichen Aufschwungphase von 1950 bis 1975, in der die nächste Rentnergeneration wichtige Phasen ihres Berufslebens verbrachte, vollzog sich ein Strukturwandel der Erwerbsarbeit, der Auswirkungen auf die Alterssicherung hat: Rückgang der Arbeitertätigkeiten und in gleichem Maße Zunahme der Angestelltentätigkeiten; Rückgang der Tätigkeit als Selbständiger, insbesondere auch als mithelfender Familienangehöriger; Ausweitung der Tätigkeiten im öffentlichen Dienst; Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung.

Zurückgegangen sind also Formen der Erwerbsarbeit, die durch geringe oder gänzlich fehlende soziale Alterssicherung gekennzeichnet sind bzw. waren. Zugenommen haben Formen der Erwerbsarbeit, die mit einer besonders guten Alterssicherung (öffentlicher Dienst) und/oder mit stetigeren Beschäftigungsverläufen (Angestellte, Beamte) verbunden sind.

Diese Entwicklung wirkt sich auf die Alterssicherung der Frauen stärker aus als auf die der Männer. Im Vergleich zwischen der heutigen und der nächsten Rentnergeneration schlägt sich dies in drei Punkten nieder:

- (a) Rückgang der Frauen ohne eigene Alterssicherung. In der heutigen Rentnergeneration haben noch 43 v.H. der Frauen keine eigene Alterssicherung (in welcher Form auch immer). Dieser Anteil geht in der nächsten Rentnergeneration auf etwa 30 v.H. zurück.
- (b) Zunahme der Frauen mit einer Alterssicherung des öffentlichen Dienstes (Beamtenversorgung oder Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte).
In der heutigen Rentnergeneration haben 5 v.H. der Frauen eine Alterssicherung des öffentlichen Dienstes. Dieser Anteil steigt bei den nächsten Rentnerjahrgängen zunächst auf 10 v.H. und dann weiter auf 15 v.H.
- (c) Steigende Versicherungszeiten und - bei den nach 1935 geborenen Frauen - auch ein gestiegenes Verdienstniveau (trotz zunehmender Teilzeitbeschäftigung).
Damit verbessern sich die leistungsbestimmenden Faktoren für die Höhe der Rente.

In den einzelnen Systemen oder Formen der Alterssicherung zeigen sich folgende Entwicklungstendenzen:

3.1. Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

Bei den **M ä n n e r n** bleibt der Anteil der jeweiligen Altersgruppe, der eine Versichertenrente der GRV bezieht, stabil bei etwa 90 v.H. Die Höhe der erworbenen Rentenanwartschaften wird trotz zurückgehender Lebensarbeitszeit nicht sinken, sondern eher noch leicht ansteigen. Bei kontinuierlicher Fortentwicklung der Rentenanwartschaften und unter Berücksichtigung der zeitlich befristeten Regelungen (pauschale Ausfallzeit) ist bei den Rentnerjahrgängen, die im Zeitraum von 1990 bis 2005 in Rente gehen, gegenüber den Zugangsjahren der 80er Jahre mit etwas höheren Rentenanwartschaften zu rechnen.

Der Anteil der **F r a u e n**, die eine Versichertenrente der GRV beziehen, liegt in der heutigen Rentnergeneration bei etwa 55 v.H. Diese Quote dürfte in den nächsten Rentnerjahrgängen bereits auf etwa 65 v.H. ansteigen, wobei ein Teil des Zuwachses - im Zusammenhang mit der Senkung der Wartezeit von 15 auf 5 Jahre - auf Kleinrenten entfällt. Bei den Rentenzugangsjahrgängen 1995 bis 2005 wirkt sich vermindert der relativ hohe Umfang von Beitragserstattungen aus, der für diese Frauengeneration noch möglich war. Danach steigt die Versichertenquote der Frauen stark an und nähert sich der der Männer.

Die nachhaltige Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit schlägt sich zudem auch in deutlich steigenden Rentenanwartschaften nieder. Im Vergleich zu den Männern geht dieser Expansionsprozeß zwar von einem erheblich niedrigeren Niveau aus, ist dafür jedoch stärker. Im Vergleich zu den Frauen, die in den 80er Jahren in Rente gehen, werden die Zugangsjahrgänge nach 1995 deutlich höhere Rentenanwartschaften haben.

Die steigenden Anwartschaften werden sich in der Entwicklung der Rentenausgaben niederschlagen. Allerdings sind die hier aufgezeigten Tendenzen nur ein Teil der Faktoren, die die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung insgesamt bestimmen.

Zu betonen ist, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung sich auf eine relativ kleine Stichprobe von Versicherungsverläufen stützen und daher noch mit statistischen Unsicherheiten behaftet sind. Sie unterstreichen aber die Notwendigkeit, die Versicherungskontendaten auf breiterer Basis so aufzubereiten, daß die Entwicklung der Rentenanwartschaften erkennbar wird.

3.2. Beamtenversorgung

In der heutigen Rentnergeneration beziehen 11 v.H. der Männer und 1 v.H. der Frauen eine Pension aus der Tätigkeit als Beamter, Richter oder Berufssoldat. Dieser Anteil geht bei den Männern zunächst leicht zurück und steigt danach wieder an; bei den Frauen erhöht er sich in den jüngeren Jahrgängen auf 5 v.H.

Die von der Beamtenversorgung zu erbringenden Versorgungsleistungen werden in den 90er Jahren ansteigen. Grund ist in Verbindung mit demographischen Faktoren die Ausweitung des öffentlichen Dienstes in den 60er und frühen 70er Jahren. Die dadurch gestiegenen Besoldungsausgaben schlagen im Laufe der 90er Jahre zunehmend in den Bereich der Versorgungsausgaben durch. Dabei wirken zwei Entwicklungstendenzen zusammen:

Die Zahl der zugehenden Ruhegehaltsempfänger wird Ende der 90er Jahre fast um die Hälfte höher sein als Anfang der 80er Jahre. Die durchschnittliche Höhe der Pensionen steigt aufgrund der Besoldungsstrukturverbesserungen und der Verschiebung der Laufbahngruppenstruktur zugunsten des gehobenen und höheren Dienstes, wobei ein weiterer Bestimmungsfaktor für die Höhe der zukünftigen Pensionen auch die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst ist.

Die Versorgungsausgaben der öffentlichen Hand werden in den nächsten Jahren entlastet durch die Anrechnungsregelung nach § 55 BeamtVG, wonach ab 1982 teilweise die Pension um den Betrag der GRV-Rente vermindert wird, die ein Ruhegehaltsempfänger neben seiner Pension bezieht. In der heutigen Rentnergeneration beziehen gut 50 v.H. der Ruhegehaltsempfänger zusätzlich eine Rente der GRV. Bei den Zugangsjahrgängen ab 1990 werden Anteil und Höhe dieser zusätzlichen GRV-Renten und damit die Entlastung für die Träger der Beamtenversorgung stetig sinken.

3.3. Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes

Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes soll Arbeiter und Angestellte in ihrer Versorgungssituation im Alter den Beamten etwa gleichstellen. Dies geschieht durch eine Zusatzrente, die die Differenz zwischen dem Ruhegehalt eines Beamten und der Höhe der GRV-Rente ausgleichen soll.

In der heutigen Rentnergeneration beziehen 10 v.H. der Männer und 4 v.H. der Frauen zusätzlich zu ihrer GRV-Rente eine zweite Rente aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Dieser Anteil bleibt in der nächsten Rentnergeneration bei den Männern konstant, während er sich bei den Frauen etwa verdoppeln wird.

Die Zahl der Rentner mit einer Zusatzrente des öffentlichen Dienstes wird also steigen. Unter diesen Rentnern wird zusätzlich der Anteil derer steigen, die aufgrund langjähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst eine Gesamtversorgung mit dem vollen Ruhegehaltssatz von 75 v.H. erhalten. Daraus ergibt sich eine Tendenz zur Erhöhung der Zusatzrenten, die allerdings gebremst wird durch die bereits geltende, aber erst längerfristig wirksam werdende Tarifvereinbarung zur Begrenzung des Nettoversorgungsniveaus auf 90 v.H. des letzten (fiktiven) Nettoehalts.

3.4. Betriebliche Altersversorgung

Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung in der Privatwirtschaft werden anders als im öffentlichen Dienst nur an einen Teil der Arbeitnehmer gewährt und darüber hinaus mit sehr unterschiedlichen Anwartschaftsregelungen und in sehr unterschiedlicher Höhe. Der Großteil der Betriebsrenten beträgt zwischen 100 und 300 DM, die Beträge können aber auch - insbesondere für den Kreis der leitenden Angestellten - sehr viel höher sein.

Eine Analyse der Versorgungszusagen an Arbeitnehmer der Privatwirtschaft zum Zeitpunkt 1981 - spätere Entwicklungen können hier noch nicht berücksichtigt werden - läßt grundsätzlich ein etwa gleichbleibendes Leistungsniveau für die nächste Rentnergeneration erwarten. Dabei steigt aber die Quote der Leistungsbezieher an.

In der heutigen Rentnergeneration haben von allen Rentenbeziehern, die früher Arbeitnehmer der Privatwirtschaft waren, knapp 30 v.H. eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung. Dieser Anteil wird in der nächsten Rentnergeneration (Zugangsjahrgänge 1990-2005) etwa 40 v.H. betragen.

Der Beitrag der betrieblichen Altersversorgung zur Alterssicherung der Rentner nimmt also noch zu. Er bleibt insgesamt gesehen aber geringer, als vielfach angenommen wird. Ein Grund dafür ist die nach wie vor geringe Einbeziehung der Frauen. Während der Anteil der Betriebsrentenbezieher an den ehemaligen Arbeitnehmern der Privatwirtschaft bei den Männern etwa 60 v.H. erreichen wird, wird er bei den Frauen 20-25 v.H. nicht überschreiten.

Die betriebliche Altersversorgung ist ein Instrument finanzstärkerer Unternehmen, um qualifizierten und langjährig beschäftigten Mitarbeitern zusätzliche Leistungen zu bieten. Daraus ergeben sich sozialpolitisch zu beachtende Verteilungseffekte, die künftig nicht anders sein werden als bisher: Die Zusatzversorgung verbessert in erster Linie die Einkommenssituation für Rentner, die als Arbeitnehmer überdurchschnittlich gut verdient haben und daher auch eine gute Rente erhalten. Die betriebliche Altersversorgung ist keine Kompensation oder Aufbesserung niedriger Sozialrenten.

3.5. Alterssicherung der Selbständigen

Wegen der rückläufigen Zahl der Selbständigen in bestimmten Bereichen, insbesondere bei den Landwirten und selbständigen Handwerkern, nimmt auch die quantitative Bedeutung der entsprechenden Sicherungssysteme ab.

In anderen Teilbereichen, bei Freiberuflern und Gewerbetreibenden, gibt es eine eher steigende Zahl von Personen, die für ihre Alterssicherung als Selbständige sorgen müssen. Die Regelungen und Möglichkeiten sind dabei sehr unterschiedlich für einzelne Teilgruppen; im Rahmen dieser Untersuchung kann daher kein ausreichend differenziertes Bild gezeichnet werden. Die Daten zeigen immerhin zwei Punkte:

- (a) Die gesetzliche Rentenversicherung ist für die Alterssicherung der Selbständigen (hier: ohne Landwirte und Handwerker) von erstrangiger Bedeutung. Die Anteile der in der GRV gesicherten Selbständigen liegen nur wenig unter den entsprechenden An-

teilswerten der jeweiligen Altersgruppe insgesamt. Die Höhe der erworbenen Anwartschaften ist im Durchschnitt allerdings niedriger.

- (b) Die berufsständischen Versorgungswerke sind zahlenmäßig bisher noch für einen geringeren Teil der Selbständigen von Bedeutung (21 v.H. der Männer und 14 v.H. der Frauen). Die Anteile sind jedoch von den älteren zu jüngeren Alterskohorten steigend.

Daneben haben private Vorsorgeformen bei den Selbständigen größere Bedeutung als bei den abhängig Beschäftigten.

3.6. Frauen ohne eigene Alterssicherung

Der Anteil der Frauen ohne eigene Alterssicherung an allen 25- bis 60jährigen Frauen beträgt 28 v.H. und ist damit deutlich niedriger als in der heutigen Rentnergeneration.

Es handelt sich bei dieser Gruppe um Frauen, die stärker als die übrigen durch familiäre Aufgaben gebunden sind. Zumindest in der subjektiven Bewertung ihrer Situation sind diese Frauen keine Problemgruppe. Ihre Alterssicherung ist über den Ehepartner bzw. durch abgeleitete Sicherungsansprüche gewährleistet.

Die eigene Alterssicherung der Frauen ist vielfach verbunden mit dem Verzicht auf Kinder. Frauen mit eigener Alterssicherung haben im Durchschnitt weniger Kinder und zwar um so weniger, je besser ihre Alterssicherung ist.

3.7. Kumulation von Alterssicherungsansprüchen bei Ehepartnern

Die dargestellten Entwicklungstendenzen in bezug auf Alterssicherungsansprüche der einzelnen Personen schlagen sich, da die meisten Menschen verheiratet sind, als entsprechende Entwicklungstendenz auch bei der Betrachtung von Ehepaaren nieder. Im Vergleich zur heutigen wird es in der nächsten Rentnergeneration also mehr Ehepaare geben, in denen beide Partner eigene Alterssicherungsansprüche haben. Entsprechend wird auch in der Hinterbliebenenversorgung das Zusammentreffen von eigenen und abgeleiteten Sicherungsansprüchen häufiger.

Soweit dies auf eine Zunahme der Frauen mit kleinen eigenen Renten zurückzuführen ist, wird es sich finanziell nicht sehr auswirken. Überproportional steigt jedoch auch der Anteil der Ehepaare, bei denen beide Partner über eine gute Alterssicherung - insbesondere eine Alterssicherung des öffentlichen Dienstes - verfügen.

3.8. Private Vorsorge für das Alter

In die Untersuchung einbezogen wurden private Lebensversicherungen, Wohneigentum und - mit groben Schätzwerten - sonstiges Vermögen. Über die tatsächliche Verwendung dieser unterschiedlichen Vermögensformen zur späteren Alterssicherung sind Aussagen nicht möglich. Die Entwicklungstendenz jedoch ist eindeutig:

Der Beitrag der privaten Vorsorge zur Einkommenssicherung im Alter wird wachsen. Die heute im mittleren Lebensalter stehende Generation hatte zum Aufbau von Vermögen und Lebensversicherungsguthaben bessere Möglichkeiten als die Generation, die heute im oder kurz vor dem Rentenalter steht. Unter sozialpolitischen Gesichtspunkten ist allerdings zu beachten, daß diese Entwicklung auf den Teil der Bevölkerung begrenzt ist, der finanziell die Möglichkeit hat, Vermögensbestände oder eine private Altersvorsorge aufzubauen.

4. Resümee

Das Resümee der Untersuchung ist, daß ein zunehmend größerer Teil der Bevölkerung in Alterssicherungssystemen überhaupt und darüber hinaus auch in 'besseren' Formen der Alterssicherung einbezogen ist. Innerhalb der Systeme ist teilweise eine Tendenz zu höheren Anwartschaften, d.h. Ansprüchen auf höhere Leistungen erkennbar.

In bezug auf die individuelle Versorgung wirken diese Entwicklungstendenzen im Sinne einer zunehmend besseren Alterssicherung. Von der Ausgabe Seite her wirken sie expansiv im Sinne einer Verschärfung der Finanzierungsprobleme - und zwar nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern im Bereich der Alterssicherung insgesamt.

Diese Entwicklung vollzieht sich innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte. Sie wird die Dynamik im Gesamtbereich der Alterssicherung bereits in den 90er Jahren bestimmen - d.h. zu einem Zeitpunkt, an dem auch die Kurve der demographisch bedingten Belastungen für die Alterssicherungssysteme zu steigen beginnt.

In die Zukunft wird sich die Alterssicherung in zwei Richtungen entwickeln. Einerseits wird die Alterssicherung in der ersten Phase der Entwicklung durch die demographischen Veränderungen im Bereich der Alterssicherung bestimmt werden. Andererseits wird die Alterssicherung in der zweiten Phase der Entwicklung durch die demographischen Veränderungen im Bereich der Alterssicherung bestimmt werden. Die Alterssicherung wird sich in der Zukunft in zwei Richtungen entwickeln. Einerseits wird die Alterssicherung in der ersten Phase der Entwicklung durch die demographischen Veränderungen im Bereich der Alterssicherung bestimmt werden. Andererseits wird die Alterssicherung in der zweiten Phase der Entwicklung durch die demographischen Veränderungen im Bereich der Alterssicherung bestimmt werden.

KEINE MINDESTRENTE FÜR DIE ARMEN, WEIL SIE NICHTS GELEISTET HABEN?
ZUR FORDERUNG NACH EINER VERBESSERTEN GRUNDSICHERUNG IM ALTER

Ellen Kirner

Inhalt:

1. Vorschläge für eine Mindestrente
2. Warum reicht das bestehende System der Alterssicherung nicht aus?
3. Die gesellschaftlich bedingten Ursachen der Armut
4. Eine Mindestrente auch für die Faulen und Verantwortungslosen?
5. Finanzierungsaspekte: Bedarfsorientierte Mindestrente oder steuerfinanzierte Grundrente für alle?
6. Eine Möglichkeit zur Kostensenkung: Die Ausdehnung der Versicherungspflicht
7. Steigen die Chancen für die Akzeptanz des Mindestrentenvorschlags?

1. Vorschläge für die Mindestrente

Eine Mindestrente würde bedeuten, daß jedem Menschen im Alter ein bestimmter, für den Lebensunterhalt ausreichender Geldbetrag zur Verfügung steht. Die Vorschläge zur Verwirklichung dieses Ziels reichen von einer "bedarfsorientierten" Mindestrente bis zur Grundrente für alle. Im ersten Fall sollen lediglich Versorgungslücken bis zu einer bestimmten Höhe aufgefüllt werden. Bei der Grundrente würde jedem älteren Staatsbürger - unabhängig von seinen sonstigen Einkommensverhältnissen - der Geldbetrag für die Deckung des Grundbedarfs des Lebensunterhalts gezahlt. Auch darüber, ob die Mindestrente in der Nähe des Existenzminimums oder wesentlich darüber liegen sollte und von welchem Altersjahr an sie normalerweise gewährt werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen.

Aus der Diskussion wird deutlich, daß sich - trotz der weitgehenden Akzeptanz des bestehenden Alterssicherungssystems - die Stimmen mehren, die eine Mindestrente fordern. Nach allgemeiner Überzeugung ist gegenwärtig ohnehin eine "Strukturreform" der gesetzlichen Rentenversicherung notwendig. Aufgrund der absehbaren, langfristig ungünstigen Entwicklung der Relation zwischen der Anzahl von Rentnern einerseits und Beitragszahlern andererseits, werden Änderungen im Leistungsrecht und auf der Finanzierungsseite für unabdingbar gehalten, damit die künftig Erwerbstätigen nicht unzumutbar durch die steigenden Kosten der Alterssicherung belastet werden. Anlässlich der Diskussion um die ohnehin anstehende Rentenreform ist die Forderung wieder aktuell geworden, dabei auch den grundlegenden Mangel des bestehenden Systems zu beseitigen, daß es keineswegs eine ausreichende Altersversorgung für alle gewährleistet.

Die Idee einer Mindestsicherung ist nicht neu, sie wurde bereits diskutiert, als BISMARCK vor rund 100 Jahren den Grundstein für die soziale Alters- und Invalidenversicherung legte und auch später, als die große Rentenreform (1957) geplant war. Daß diese Idee gerade jetzt eine Renaissance erlebt, hat zum einen seinen Grund in der Befürchtung, die vorhersehbaren, demographisch bedingten Finanzierungsengpässe könnten zu Maßnahmen führen, die eine Senkung des Rentenniveaus zur Folge haben. Dadurch würde das Problem verschärft, daß beim bestehenden System der Alterssicherung Armut im Alter nicht verhindert werden kann. Zum anderen hat die gegenwärtige hohe Arbeitslosigkeit, die für die Betroffenen häufig ungünstige Voraussetzungen auch für die Altersversicherung schafft, die Probleme der Armut wieder stärker in den Vordergrund der sozialpolitischen Diskussion gerückt.

Es ist bemerkenswert, daß die Einführung eines Mindestsicherungssystems heute von Vertretern aller großen politischen Gruppen aus einem Kontext ganz unterschiedlicher ökonomischer und sozialer Wertungen und Ziele gefordert wird. Dementsprechend sind die Vorschläge, die meistens auf einem Gesamtkonzept zur Verbesserung der Grundsicherung in allen Lebenslagen basieren, was die Höhe der Versorgung betrifft und auch in wichtigen anderen Punkten, sehr unterschiedlich (KLANBERG/PRINZ 1986a: 230, 233). An dieser Stelle seien lediglich die folgenden Modelle einer Mindestsicherung skizziert, wobei hier ausschließlich auf die Frage der Grundversorgung im Alter eingegangen wird:

- Eine "bedarfsorientierte" Mindestrente: Dieser Vorschlag zielt darauf ab, das bestehende System der Altersversorgung zu erhalten, aber so zu ergänzen, daß für alle alten Menschen eine Mindestsicherung erreicht wird. Im Gegensatz zum Konzept der Grundrente erhält dabei jedoch nicht jeder den für den Grundbedarf vorgesehenen Geldbetrag. Die bereits bestehenden Rentenansprüche werden nur dann aufgestockt, wenn dafür ein "Bedarf" vorliegt. Wenn jemand neben der Rente über andere Einkommensquellen verfügt, zu denen auch Einkünfte der Ehepartner gehören, und aus denen er seinen Lebensunterhalt finanzieren kann, werden diese zur Berechnung der Versorgungslücke herangezogen, d.h. er erhält keine zusätzliche Rente, wenn die Summe aller Einkünfte das vorgegebene Sicherungsniveau erreicht. Dieser hier nur skizzierte Vorschlag ist detailliert dargestellt von BÄCKER (1987) und wird u.a. vertreten von der SPD (s. VORSTAND DER SPD 1986: 7). Als Bedarfssatz wird etwa ein Betrag von monatlich 1 000 DM für Alleinstehende und 1 600 DM für ein Rentnerehepaar vorgeschlagen (so z.B. BÄCKER 1987: 85). Die Partei DIE GRÜNEN fordert ebenfalls, daß eine bedarfsorientierte Grundsicherung eingeführt wird; das soll der erste Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des unten beschriebenen alternativen Rentenmodells sein.

Eine radikale Umstellung der Sozialversicherung schlagen die Vertreter der Idee einer Grundrente vor, dies allerdings vor dem Hintergrund gegensätzlicher gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Ziele. Mit einer Grundrente für das Alter würde eine Mindestsicherung dadurch erreicht, daß jeder Staatsbürger von einem bestimmten Lebensjahr an den vollen Geldbetrag für die Deckung des Grundbedarfs der Lebenshaltung erhält.

- So fordern MIEGEL/WAHL (1985), eine steuerfinanzierte Grundrente etwa auf dem Niveau der heutigen Sozialhilfe einzuführen und ansonsten die gesetzliche Rentenversicherung abzuschaffen. Jeder Einzelne soll in eigener Verantwortung darüber hinaus für sein Alter durch die verschiedenen Formen individueller Vermögensbildung vorsorgen können, statt zur Beitragszahlung verpflichtet zu sein. Auf diese Weise wäre sichergestellt, daß die dafür erforderlichen Beträge auch ökonomisch effizient eingesetzt werden. Der Staat soll sich aus der Reglementierung des Alterssicherungssystems weitgehend zurückziehen, weil die Zwangsversicherung im bisherigen Umfang nicht mehr notwendig sei und von den Beitragszahlern bei künftig steigender Belastung auch nicht mehr akzeptiert werde. Hinzu

- kommt, daß das Leistungssystem der Rentenversicherung zahlreiche Mängel aufweise. Die Fürsorgepflicht des Staates wird hinsichtlich des Ziels einer Existenzsicherung allerdings gegenüber der heutigen Regelung ausgeweitet, weil jeder Bürger einen Anspruch auf die Grundrente haben soll.
- Eine steuerfinanzierte Grundrente, ergänzt durch eine obligatorische Sozialversicherung, fordert die Partei DIE GRÜNEN (DEUTSCHER BUNDESTAG 1985: 2; SCHREYER/OPIELKA/FELSBURG 1985: 81). Der wichtigste Unterschied zu dem zuvor skizzierten Konzept besteht darin, daß bei MIEGEL/WAHL die Grundrente dazu dienen soll, der Fürsorgepflicht des Staates Genüge zu tun, damit er sich ansonsten aus der Regelung des Alterssicherungssystems zurückziehen und sie der privaten Initiative überlassen kann, während die GRÜNEN im Gegenteil die Verantwortlichkeit des Staates für die Alterssicherung erheblich ausdehnen wollen. Zum einen soll die Grundrente höher sein, sie soll deutlich über dem Existenzminimum liegen und den normalen, wenn auch bescheidenen Lebensunterhalt sichern. 1985 wurden 1 000 DM Grundrente monatlich je Person gefordert (DEUTSCHER BUNDESTAG 1985: 2). Zum anderen soll es zusätzlich zur Grundrente ein Altersversicherungssystem geben mit beitragsbezogenen Leistungen, in dem aber jeder Erwerbstätige nach einheitlichen Regelungen zur Beitragszahlung verpflichtet ist und drei Jahre der Erziehung eines Kindes als Beitragsleistung auf der Basis des durchschnittlichen Arbeitseinkommens gewertet werden. Mit dieser "obligatorischen Zusatzversicherung", die auch hohe Einkommen erfaßt, soll die Ausweitung der privaten Alterssicherung verhindert und gleichzeitig erreicht werden, daß die Alterseinkommen auch bei diesem Rentenmodell in Abhängigkeit von den Vorleistungen differieren.

Die verschiedenen Konzepte der Grundsicherung und ihr Für und Wider sind heute bereits ausführlich beschrieben (s. hierzu z.B. ROSENBERG 1985; KLANBERG/PRINZ 1986a, 1986b; BÄCKER 1987), insofern kann hier auf eine ins einzelne gehende Darstellung verzichtet werden. An dieser Stelle wird im wesentlichen auf die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz der Mindestrentenvorschläge eingegangen.

2. Warum reicht das bestehende System der Alterssicherung nicht aus?

Trotz aller Unterschiede zwischen den einzelnen Vorschlägen haben alle das Ziel, Armut im Alter zu verhindern oder wenigstens weitgehend zu mildern. Allen Vorschlägen gemeinsam ist das Prinzip, daß staatlich finanzierte Renten bis zu der vorgesehenen Höhe auch dann gezahlt werden, wenn der Empfänger hierfür keine Vorleistungen erbracht hat. Dies steht jedoch im Widerspruch zu dem im geltenden Recht des Alterssicherungssystems verankerten Grundsatz, daß die Renten von der Zahl und der Höhe der zuvor gezahlten Beiträge abhängen.

Mit dem so häufig zitierten Prinzip der "Leistungsgerechtigkeit" in der gesetzlichen Rentenversicherung wird eine Beziehung zwischen dem Erfolg im Erwerbsleben und der Altersversorgung eines Versicherten hergestellt: Weil die Beiträge proportional zum Arbeitsentgelt erhoben werden, ist auch die Rente von diesem abhängig. Jemand, der nicht erwerbstätig ist, kann sich im Prinzip freiwillig versichern. Tut er es nicht, erhält er im Alter auch keine Rente, es sei denn, er hat Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung. Denn mit seinen Beitragsleistungen erwirbt man auch für seinen Ehepartner für den Fall des eigenen Todes das Recht auf eine Witwen- oder Witwerrente, die bis zu 60 v.H. der eigenen Rente beträgt.

Die logische Konsequenz dieses Systems ist, daß derjenige, der in der Erwerbsphase "nichts geleistet", keine Beiträge gezahlt und kein Vermögen hat, im Alter arm sein muß. Man läßt diesen Menschen nicht verhungern. Diejenigen, denen es aus welchem Grund auch immer nicht gelungen ist, ausreichend für das Alter vorzusorgen, erhalten Sozialhilfe. Insofern braucht sich das soziale Gewissen mit dem Problem der Altersarmut nicht zu belasten, sondern kann sich auf die Sozialämter verlassen. Die Zahl der alten Menschen, die Fürsorgeleistungen empfangen, hält sich heute durchaus in Grenzen. 1985 erhielten 214 000 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (STATISTISCHES BUNDESAMT 1987: 37), das waren etwa zweieinhalb v.H. der gesamten Wohnbevölkerung in diesem Alter.

Man kann darüber streiten, ob diese Zahlen ein Beweis dafür sind, daß Unterversorgung im Alter bei uns nur ein Randproblem ist. Unumstritten ist jedoch, daß es Armut im Alter gibt (DEUTSCHER BUNDESTAG 1986a: 2). Das

Ausmaß ist allerdings unbekannt, und von offizieller Seite gibt es wenig Bemühungen, in dieser Richtung zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen. Unumstritten ist auch, daß man an der Zahl der Sozialhilfeempfänger die Armut nicht ablesen kann. Man weiß, daß der Kreis der Menschen, die einen Anspruch auf Sozialhilfe hätten, ihn jedoch nicht wahrnehmen, groß ist. Man kennt die Gründe hierfür, die im wesentlichen im System der Sozialhilfe liegen: Die Fürsorgeleistungen werden nur aufgrund von Bedürftigkeitsnachweisen zugeteilt; das Sozialamt zahlt nur dann, wenn nicht die näheren Familienangehörigen herangezogen werden können. Armut muß also offenbart werden. Und arm zu sein in unserem Land der Tüchtigen, muß für viele als Schande empfunden werden.

Gerade ältere Menschen, die ja ohnehin in dieser Gesellschaft leicht ins Abseits gedrängt werden, weil sie nicht mehr so viel "leisten", können den herrschenden Leistungs- und Gerechtigkeitsvorstellungen häufig nicht genug Selbstbewußtsein entgegenzusetzen. Die Knauserigkeit der Fürsorge ist beabsichtigt, die stigmatisierende Wirkung der Sozialhilfe kommt nicht ungelogen. Zumindest wird es als bedauerliche, aber unvermeidliche Konsequenz empfunden, daß derjenige, der im Erwerbsleben keine Beiträge erbringen wollte oder konnte, die Mißlichkeiten des Gangs zum Sozialamt hinnehmen muß, wird doch auf diese Weise dem Mißbrauch vorgebeugt. Wäre die Sozialhilfe reichlich und komfortabel, würde dann nicht ein Anreiz geschaffen, von vornherein auf Leistung und Vorsorge zu verzichten?

Die Vertreter der Mindestrente sind der Ansicht, daß die Sozialhilfe nicht das geeignete Instrument sei, alten Menschen ein Leben in Armut zu ersparen. Die Pflicht der Fürsorge des Staates soll ausgedehnt werden, auch um den Preis, daß dadurch das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit bis zu einem gewissen Grad verletzt wird. Die "Würde des Menschen" soll nicht nur - wie dies im Grundgesetz und daraus abgeleitet in § 1 des Bundessozialhilfegesetzes verankert ist - für das Niveau der Leistungen maßgeblich sein, sondern auch für die Modalitäten der Gewährung dieser staatlichen Mittel. Der alte Mensch, der kaum noch Chancen hat, seiner Armut - wodurch auch immer entstanden - aus eigener Kraft zu begegnen, muß Bedürftigkeitsprüfungen, die auch noch seine Verwandten einbeziehen, in vieler Hinsicht als entwürdigend empfinden.

Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß es nicht darum geht, eine Grundsicherung neu einzuführen. Denn ein Recht auf eine Mindestversorgung für alle Menschen ist ja bei uns durch das Bundessozialhilfegesetz bereits seit 1962 verankert. Sondern es geht darum, die Qualität des Rechtsanspruchs zu verbessern. Für den von Armut Betroffenen ist es ein grundlegender Unterschied, ob er ein Recht auf die Zahlung einer Rente hat, oder ob er Anträge auf "Fürsorge" stellen muß, was gerade für Ältere nicht selten technische Probleme mit sich bringt. Die Mindestrente soll alten Menschen diese Prozedur und das Gefühl ersparen, quasi um Almosen der Gesellschaft bitten zu müssen.

Im Grunde geht es bei der Forderung nach einer Mindestrente letztlich um moralische und ethische Prinzipien: Ein Gemeinwesen, noch dazu ein reiches, sollte es nicht zulassen, daß alte Menschen in Armut leben müssen. Insofern könnte man sich das Recht auf eine Mindestrente durchaus als ein Grundrecht vorstellen, abgeleitet aus dem Sozialstaatspostulat. Dazu bedarf es aber einer gesellschaftlichen Konvention. Obwohl aus dem allgemeinen Anspruch auf eine Mindestrente folgen würde, daß für den Einzelnen die Ursachen der Altersarmut ohne Bedeutung für die Versorgung bis zur vorgesehenen Grenze bleiben, spielen diese Ursachen für die Legitimation der Mindestrentenforderung eine große Rolle. Denn die Aufbesserung der Grundversorgung würde, wenn auch je nach Ausgestaltung in sehr unterschiedlichem Maße, zusätzliche von der Gesellschaft zu tragende Kosten mit sich bringen. Übereinstimmend sind die Befürworter einer Mindestrente der Ansicht, daß das Risiko der Altersarmut nicht auf Randgruppen beschränkt ist, also nicht nur Menschen mit außergewöhnlichem - womöglich selbst verschuldetem - Schicksal betrifft, sondern in der Mehrzahl aller Fälle auf Faktoren zurückzuführen ist, die im Verantwortungsbereich der Gesellschaft liegen.

3. Die gesellschaftlich bedingten Ursachen der Armut

Die Gefahr für das Auftreten von Versorgungslücken ist im System der Sozialversicherung angelegt, und das Risiko der Altersarmut wird künftig vermutlich wachsen. Defizite in der Altersversorgung vieler Menschen werden dadurch verursacht, daß die Basis der Versicherung grundsätzlich das Beschäftigungsverhältnis und der Arbeitslohn bildet. Vom Risiko der Alters-

armut bedroht sind deshalb alle Menschen, die während ihres Lebens

- nicht oder nicht ausreichend erwerbstätig sind, oder
- zwar am Erwerbsprozeß teilnehmen, aber nur ein geringes Einkommen erhalten und/oder nichtversicherte Tätigkeiten ausüben (wobei niedriger Lohn häufig mit kurzer Erwerbsdauer kombiniert ist),

sofern nicht durch Heirat Unterhaltsansprüche gegen Ehegatten bzw. auf Hinterbliebenenversorgung in ausreichender Höhe erworben werden.

Am ehesten ließe sich vermutlich ein gesellschaftlicher Konsens über eine Mindestrente erreichen, wenn es dabei nur um Menschen ginge, die aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsprozeß teilnehmen konnten. Als unverzichtbarer Beitrag zur Sozialpolitik läßt sich diese Forderung auch in Hinsicht auf die Folgen der Arbeitslosigkeit rechtfertigen. Es erscheint unvertretbar, daß die Nachteile der ungünstigen Beschäftigungssituation im heutigen Ausmaß individualisiert sind. Längere Zeiten der Arbeitslosigkeit werden nur teilweise als Versicherungszeit bei der Rente angerechnet. Dauerarbeitslosigkeit vermindert darüber hinaus die Chancen für das weitere Berufsleben der Betroffenen. Die anhaltende Unterbeschäftigung hat somit zur Folge, daß bei einem künftig wachsenden Kreis von Personen mit niedrigen Renten zu rechnen ist.

Niedrige Rentenanwartschaften ergeben sich von vornherein, wenn Erwerbstätige zu geringen Stundenlöhnen arbeiten. Der Einzelne hat häufig wenig Möglichkeiten, seine Stellung in der Berufshierarchie zu beeinflussen. Und die Arbeitsleistung ist - abgesehen von der Schwierigkeit, sie zu messen - nur eins unter vielen Kriterien für die Lohnhöhe. Die Lohnstruktur ist auch von gesamtwirtschaftlichen Prozessen, von "Unvollkommenheiten" des Marktes und von historisch vorgegebenen, nicht immer als gerecht empfundenen Wertvorstellungen bestimmt. So dürfte vermutlich darüber gesellschaftliches Einvernehmen herzustellen sein, demjenigen eine Mindestrente zu gewähren, der trotz langjähriger Beitragszahlung aufgrund schlecht bezahlter Erwerbstätigkeit Versorgungslücken hat.

Schwieriger ist es, die Forderung nach einer Mindestrente für diejenigen zu begründen, die während ihres Lebens zwar gearbeitet haben, deren Tätigkeit aber nicht vom Markt honoriert wurde, und die deshalb auch keine

Sicherheit für das Alter schaffen konnten. Hier fallen einem nicht nur Dichter und Denker ein - in unserem Land an sich hoch geschätzt -, deren Werke keineswegs immer und zu ihren Lebzeiten materiell belohnt werden. Handfestere Beispiele erfolgloser Bemühungen gibt es auch bei ökonomisch motivierten Tätigkeiten. So sind der "schöpferische" Unternehmer und der Erfinder tragende Leitbilder unseres Wirtschaftssystems. Ohne Risiko wäre ihre Tätigkeit nicht denkbar. Aber sie haben nicht immer Glück und das Talent, sich auf dem Markt zu behaupten (der Erfinder des Reißverschlusses z.B. ist im Armenhaus gestorben). Ist es ungerechtfertigt, wenn man Leistungsbereiten, aber Erfolglosen, im Alter eine Mindestrente gewährt? Nachdem aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktsituation wieder mehr Menschen als Selbständige ihr Glück versuchen, muß man auch aus den hier skizzierten Gründen damit rechnen, daß der Kreis der nicht ausreichend versicherten Menschen zunehmen wird.

Über die gesellschaftliche Bedeutung dieser Tätigkeiten wird man im Einzelfall streiten können, obwohl bei näherer Überlegung wohl niemand das Verschwinden dieser "unproduktiven" Leistungen wünschen würde. Aber es gibt auch Formen von Arbeit, die nicht zur Erwerbsarbeit gehören und trotzdem als gesellschaftlich wertvoll anerkannt werden. Als erstes sei hier die Kindererziehung genannt, und dies nicht nur, weil diese Leistung durch ihre Beziehung zur längerfristigen Finanzierung der Alterssicherung und die - wenn auch geringe und partielle - Anrechnung bei der Rente zu neuen Ehren gekommen ist (vgl. hierzu: DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1986). Am Beispiel der Kindererziehung wird auch besonders deutlich, wie problematisch der Leistungsbegriff und das Prinzip der "Leistungsgerechtigkeit" in der gesetzlichen Rentenversicherung ist.

Weil Frauen, der traditionellen Rollenverteilung entsprechend, auch heute noch überwiegend die Aufgaben der Kindererziehung und sonstiger Arbeiten für die Familie übernehmen und damit keine vom Markt bewerteten Leistungen erbringen, haben die meisten von ihnen kein "erfülltes Versicherungsleben" im Alter aufzuweisen. Für die weibliche Bevölkerung ist nach wie vor typisch, daß die Erwerbstätigkeit früh beendet, unterbrochen oder stark eingeschränkt wird zugunsten der Kindererziehung oder sonstiger häuslicher Aufgaben.

Unvollständige Erwerbsverläufe bringen in der Regel mit sich, daß während der Berufstätigkeit nur ein vergleichsweise geringes Arbeitsentgelt erworben wird, weil ein Aufstieg in der Einkommenshierarchie kaum möglich ist. Die Chancen der Frauen im Berufsleben sind nicht nur durch die faktische Belastung mit Familienaufgaben beeinträchtigt, sondern auch dadurch, daß die Rollenverteilung in vieler Hinsicht von vornherein ungünstige Voraussetzungen für die Berufskarriere mit sich bringt. Dies gilt sowohl im Hinblick auf das Urteil vieler Arbeitgeber über die Eignung und die Einsatzbereitschaft als auch für solche Faktoren, die tatsächlich die Fähigkeiten und Einstellungen der Frauen selbst prägen, wie Erziehung, Ausbildung, Berufswahl etc. Dies erklärt, warum selbst Frauen ohne Kinder mit vollständiger Teilnahme am Erwerbsleben nur selten in den oberen Klassen der Berufshierarchie anzutreffen sind.

Die Statistik über die durch eigene Versicherung erworbenen Renten, in der sich der gemeinsame Einfluß von kurzen Erwerbsverläufen und ungünstigem Lohn niederschlagen, zeigt deutlich, daß Frauen im Durchschnitt viel geringere Versicherungsansprüche erwerben als Männer. Im Januar 1987 hatten 66 v.H. der weiblichen, aber nur 15 v.H. der männlichen Altersruhegeldempfänger in der gesetzlichen Rentenversicherung eine monatliche Rente von unter 800 DM (VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER 1987: 28, 32).

Im System der Faktoren, die für die Verteilung der Erwerbs- und Renteneinkommen maßgeblich sind, ist zwar angelegt, daß Frauen, sofern sie heiraten, ihren Unterhalt aus dem Einkommen des Mannes beziehen bzw. einen Anspruch auf Ersatz dieses Unterhalts - die Hinterbliebenenversorgung - haben. War jedoch die Rente des Ehemannes selbst klein, erreichen die daraus abgeleiteten Witwenrenten häufig nicht das Sozialhilfe-Niveau. Außerdem werden die Unterhaltsansprüche geschmälert, wenn die Ehe geschieden wird, was bekanntlich nicht selten der Fall ist. Im Januar 1987 lagen 47 v.H. - das waren fast zwei Millionen der sogenannten großen Witwenrenten (solche an Frauen, die mindestens ein Kind erziehen und/oder mindestens 45 Jahre alt sind) - in der gesetzlichen Rentenversicherung unter 800 DM (VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER 1987: 72).

Im Recht der Rentenversicherung ist es somit angelegt, daß der typische Lebensweg von Frauen das Risiko birgt, im Alter arm zu sein, und dies, ob-

wohl die durch eigene Berufstätigkeit und die durch die Ehe erworbenen Ansprüche sich häufig kumulieren. Solange Frauen überwiegend die Aufgabe der Kindererziehung übernehmen, ist auch, trotz des veränderten Bildungs- und Erwerbsverhaltens, nicht damit zu rechnen, daß der daraus resultierende Nachteil für ihre Stellung im Berufsleben abgebaut wird. Hinzu kommt, daß die ungünstige Arbeitsmarktsituation ihre Möglichkeiten, ein "erfülltes Versicherungsleben" durch bezahlte Beschäftigung zu erreichen, noch verringert. Die traditionelle Arbeitsteilung ist von einem großen Teil der Gesellschaft gewollt und wird politisch gefördert. So leisten wir es uns u.a., die Ehe und damit die Nichterwerbstätigkeit der häufig nicht (mehr) Kinder erziehenden Ehefrauen mit großen Summen zu subventionieren. (Allein die Steuerausfälle durch das Ehegatten-Splitting sind für 1986 auf rund 28 Mrd. DM zu beziffern. Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 1986b: 103). Es ist wohl unbestreitbar, daß die Gesellschaft in hohem Maße für die Rahmenbedingungen des Lebenswegs von Frauen verantwortlich zu machen ist, und es wäre gerecht, wenn sie das daraus folgende Risiko der Altersarmut wenigstens bis zur Höhe der Grundversorgung ausgleichen würde.

Man besinnt sich heute auf den Wert weiterer, bisher un- oder unterbezahlter Leistungen, z.B. derjenigen, die mit der Betreuung Pflegebedürftiger in der Familie verbunden sind. Und wahrscheinlich würde die Forderung nach einer Mindestrente auch eher gesellschaftliche Akzeptanz finden - vorausgesetzt, die Diskussion würde offen und nicht allein unter den glühenden Anhängern der bisherigen Prinzipien in der Rentenversicherung geführt - wenn man der Öffentlichkeit stärker bewußt machen würde, wie der Lebensweg von Menschen, die im Alter arm sind, verlaufen ist und wie fragwürdig die "Gerechtigkeit" der aus dem Leistungsprinzip abgeleiteten Verteilung der Altersrenten und -pensionen insgesamt ist.

4. Eine Mindestrente auch für die Faulen und Verantwortungslosen?

Die Gegner einer Mindestrente berufen sich auf die ungerechten und ökonomisch unerwünschten Folgen einer verbesserten Grundversorgung. Bekäme jeder im Alter eine ausreichende Rente, würde die Einkommensverteilung zugunsten derjenigen verändert, die keine Beiträge leisten. Die Sorge, daß eine Mindestrente das Gerechtigkeitsgefühl der Fleißigen verletzt und deshalb die

Bereitschaft zur Beitragszahlung sinken könnte, dürfte der wichtigste Grund für die Ablehnung dieser Vorschläge im politischen Raum sein. Jedes Alterssicherungssystem ist darauf angewiesen, daß die Erwerbstätigen es im großen und ganzen akzeptieren und zu seiner Finanzierung beitragen. Diese Sorge um die Akzeptanz des Alterssicherungssystems erscheint zunächst berechtigt. Diejenigen, die immer harte Arbeit geleistet und vom sauer verdienten Lohn relativ hohe Abgaben für die Altersvorsorge gezahlt haben, werden es als gerechter empfinden, wenn derjenige, der sein Leben träumend unter dem Apfelbaum verbracht hat, im Alter zum Sozialamt gehen muß, statt durch eine Mindestrente wohlversorgt zu leben.

Wie soll beispielsweise ein Arbeiter, der 40 Jahre lang Beiträge gezahlt hat und dafür 1 000 DM Altersruhegeld erhält, eine Rente von 1 000 DM für den Nichtsteuer akzeptieren? Eine Mindestrente würde nicht nur den Faulen, sondern auch den Verantwortungslosen entlohnen. Dies gilt auch für Selbständige, die nicht selbst vorzusorgen brauchen, wenn sie die Sicherheit haben, im Alter auf Kosten der Allgemeinheit leben zu können. Ein System einer bedarfsorientierten Mindestrente, das ansonsten das Prinzip der beitragsbezogenen Altersversorgung aufrecht erhält, kann also tatsächlich zu Ungerechtigkeiten und Akzeptanzproblemen führen, falls nicht gleichzeitig eine allgemeine Versicherungspflicht für alle Leistungsfähigen eingeführt wird.

Außerdem wird befürchtet, daß durch die "Aushöhlung" des Versicherungsprinzips die materiellen Anreize für die Leistung im Erwerbsprozeß abgeschwächt werden. Der Tagedieb hätte nicht einmal mehr den Zwang, wenigstens aus Angst vor der späteren Armut zu arbeiten. Auch die Erwerbstätigen könnten ihre Leistungen in dem Maße einschränken, wie der Staat die Verantwortung für die Daseinsvorsorge übernimmt.

Was haben die Vertreter des Mindestsicherungskonzepts darauf für eine Antwort? Sie schätzen offenbar die Gefahr geringer ein, daß der Leistungswille der Erwerbsfähigen nennenswert geschwächt werden könnte. In Nachbarländern wie Schweden und den Niederlanden, in denen es eine Mindestsicherung gibt, lassen sich keine Anhaltspunkte für eine derartige Befürchtung finden. Immerhin kann man darauf verweisen, daß es in der Bundesrepublik bereits für Beamte nach nur fünf Dienstjahren eine reichliche Mindestversorgung gibt.

Vieles spricht dafür, daß die Arbeitsleistung vorwiegend durch das Streben nach Einkommen während der Erwerbsphase, evtl. auch durch nichtgeldliche Vorteile der Berufstätigkeit, motiviert wird. Dies ist sicherlich eine Frage des Menschenbildes, aber man kann sich kaum vorstellen, daß es einen ins Gewicht fallenden Kreis von Erwerbstätigen gibt, die ihre Leistungen bei der Aussicht auf eine Mindestrente einschränken würden. Menschen, die sich vor der Arbeit drücken, gibt es in jedem System, und ihr Anteil an der Bevölkerung hängt ganz gewiß auch davon ab, in welchem Maße die gesellschaftliche Ordnung, von der das System der Sozialversicherung nur ein Element ist, akzeptiert wird. Wer weiß denn, ob eine Alterssicherungspolitik, die die Solidarität der besser Situierten mit den Armen in einem etwas stärkeren Maß als bisher vor das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit stellt, nicht auch die Akzeptanz der Pflichten zur Arbeit und zur Beteiligung an den gesellschaftlichen Kosten erhöhen würde?

Hier geht es wohlgemerkt jedoch um den Vorschlag einer Mindestrente für das Alter, d.h. für eine Lebensphase, in der nach allgemeiner gesellschaftlicher Konvention ohnehin keine Arbeitsleistung gefordert wird. Das Problem, daß durch eine allgemeine Einkommenssicherung in allen Lebensphasen negative Arbeitsanreize entstehen würden, muß bei den umfassenden Vorschlägen gesehen werden (siehe z.B. KLANBERG/PRINZ 1986a, 1986b). Es erscheint daher unbedingt angebracht, die Forderung nach einer Mindestsicherung im Alter zunächst aus dem Konzept einer allgemeinen Grundsicherung herauszulösen und gesondert zu diskutieren.

Der Verweis auf solche Gruppen von Armen, die ihr Schicksal letztlich selbst zu verantworten haben, wird immer wieder in den Vordergrund der Diskussion um die Mindestrente gestellt. Dies könnte den Blick darauf verstellen - mitunter gewinnt man den Eindruck, dies sei beabsichtigt -, daß die Armut sehr häufig auf solche Faktoren zurückzuführen ist, die nicht allein dem Individuum angelastet werden können, sondern im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung liegen. Übereinstimmend sind die Befürworter einer Mindestrente der Ansicht, daß dies für das Gros aller Fälle von Armut zutrifft, und daß man die Begünstigung der wenigen wirklich Faulen und Verantwortungslosen um den Preis der größeren sozialen Gerechtigkeit hinnehmen kann.

5. Finanzierungsaspekte: Bedarfsorientierte Mindestrente oder steuerfinanzierte Grundrente für alle?

Für die Frage der Akzeptanz eines Grundsicherungskonzepts spielt seine Ausgestaltung eine große Rolle. Eine steuerfinanzierte Grundrente hätte vor allem folgende Vorteile:

- Die entwürdigenden Umstände, die mit der Prüfung der Einkommensverhältnisse bei der Gewährung von Sozialhilfe einhergehen, könnten vermieden werden. Damit wäre die Grundrente in diesem Punkt allen Konzepten überlegen, die darauf abzielen, das bestehende System der Fürsorge auszubauen, bei dem der Staat lediglich die Lücken auffüllt, die sich bei der heutigen sozialen Alterssicherung ergeben können.
- Es würde wenigstens für den Grundbedarf eine eigenständige, d.h. von den Lebensumständen in der Familie unabhängige soziale Sicherung aller Menschen - nicht nur der Frauen - erreicht.
- Die Regelungen der Grundsicherung wären einheitlich und für die Betroffenen durchschaubar sowie verwaltungstechnisch leicht durchführbar.
- Die Chancen, die Kosten der Grundsicherung sozialpolitisch zielgerecht zu verteilen, sind theoretisch größer als bei der Beitragsfinanzierung.

Diesen Vorteilen stehen erhebliche Probleme gegenüber: Erstens scheint eine ausreichend hohe Grundrente für alle älteren Menschen unerschwinglich teuer zu sein; würde jeder Einwohner im Alter von 63 und mehr Jahren (zu der Wohnbevölkerung in dieser Altersgruppe gehören 1987 etwa 10,6 Millionen Personen) beispielsweise eine monatliche Rente von 1 000 DM aus Steuermitteln erhalten, so würde dies fast 130 Mrd. DM kosten. Mit Summen dieser Größenordnung ist es leicht, den Grundrentenvorschlag als "nicht finanzierbar" in den Bereich der Utopie zu verweisen und in der öffentlichen Diskussion zu suggerieren, daß eine ausreichende Grundsicherung für alle überhaupt "zu teuer" sei.

Dieser Schluß ist nicht richtig. Denn abgesehen von den zusätzlichen Kosten für eine Aufstockung der staatlichen Transfers an die Armen ist das heutige System, das ja bereits allen anderen alten Menschen mindestens die Grundversorgung gewährleistet, gesamtwirtschaftlich ebenso teuer, wie die Grundrente. Denn auch heute muß - wie bei jedem anderen System - der Auf-

wand für den Verbrauch der Alten aus dem Einkommen der Erwerbstätigen finanziert werden: Beiträge der unselbständig Beschäftigten finanzieren das Altersruhegeld der Rentenversicherung; aus den Vermögenserträgen fließen Zinsen, Pachten, "Altenteile" etc. an diejenigen, die sich ihre Anrechte auf das heutige Sozialprodukt durch die verschiedensten Formen der privaten Kapitalanlagen gesichert haben.

Insofern müssen auch aus den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die finanziellen Mittel für die Alterssicherung abgezweigt werden, und lediglich der Verteilungsmodus ist ein anderer als bei der steuerfinanzierten Grundrente. Da jetzt nicht alle Personen im Erwerbsalter Beiträge zur Rentenversicherung zahlen und andererseits die Leistungen der bestehenden Sozialversicherung überwiegend durch Beiträge finanziert werden, liegt es auf der Hand, daß bei einer steuerfinanzierten Grundrente die Organisation der Alterssicherung geändert werden müßte. Beiträge zur Rentenversicherung und andere Aufwendungen der Altersvorsorge für Leistungen in Höhe der Grundsicherung könnten entfallen, und die entsprechenden Mittel wären stattdessen vom Fiskus zu tragen. Zwar wird bereits heute der Lebensunterhalt der Rentnerbevölkerung zu einem wesentlichen Teil aus Steuermitteln finanziert. Aber selbst wenn man einen hypothetischen Zustand betrachtet, in dem es die heutigen Ansprüche an die Altersversorgungssysteme nicht mehr gibt, sondern alle aus Steuermitteln eine Grundrente erhalten, zeigt sich, daß die Steuerquote erheblich erhöht werden müßte, um dieses System zu finanzieren (siehe DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1985). Dieser Erhöhung der Steuerquote steht jedoch eine Senkung der Abgabenquote für die bisherigen Formen der Alterssicherung gegenüber.

Hinzu kämen zweitens die Probleme des Übergangs zu einem Grundrentensystem (siehe z.B. SCHMÄHL 1986). Es wäre notwendig, die Finanzierung des für die Grundversorgung benötigten Teils der gesamten Rentenlast sukzessive umzustellen, indem die Beiträge und sonstige Vorsorgeaufwendungen entsprechend verringert und die Steuern erhöht würden.

Die ohne Zweifel schwierigen Fragen der Finanzierung wären vermutlich - auch für die Übergangszeit - lösbar, wenn das System der steuerfinanzierten Grundrente im Grundsatz akzeptiert würde. Diese fundamentale Voraussetzung für die faktische Durchführbarkeit eines solchen Konzepts scheint

jedoch in der Bundesrepublik nicht gegeben zu sein. Selbst diejenigen, die ansonsten die steuerfinanzierte Grundrente theoretisch als den besten Weg einer Mindestsicherung ansehen, wenden dagegen ein, daß die Gefahr staatlicher Übergriffe auf die Rentenkassen groß wäre, wenn sich ein so wesentlicher Teil der Altersversorgung in der finanziellen Regie des Fiskus befinden würde. In der Konvention, die eingezahlten Beiträge der Versicherten als verfassungsrechtlich geschütztes Eigentum zu betrachten, liegen vermutlich wirksamere Barrieren gegen den möglichen Leistungsabbau, als man sie im Haushaltsrecht errichten könnte. Dies spricht in der Tat gegen die Steuerfinanzierung. Eine andere Gefahr liegt darin, daß bei einer großen Belastung des öffentlichen Haushalts Wege der Besteuerung gewählt werden könnten, die die Einkommensverteilung gerade im sozialpolitisch unerwünschten Sinne beeinflussen.

Außerdem ist die allgemeine Akzeptanz des bestehenden Systems und damit die Bereitschaft der Versicherten, sich an den Kosten der Alterssicherung zu beteiligen, offensichtlich groß. Die Einstellung der Bevölkerung ist historisch bedingt stark durch das Prinzip der Äquivalenz von (monetär bewerteter) Leistung und Gegenleistung bestimmt, ein Resultat der vorherrschenden Wertordnung ("Leistungsgesellschaft"). Die Widerstände gegen die bei der steuerfinanzierten Grundrente notwendigen politischen Eingriffe mit dem Ziel, die Sozialversicherung institutional vollständig neu zu reformieren und die Renten in einem wesentlichen Teil von der Beitragsleistung abzukoppeln, wären vermutlich unüberwindbar groß. Das spricht für die bedarfsorientierte Mindestrente, bei der das bestehende System der Alterssicherung und die Beitragsfinanzierung im wesentlichen erhalten bliebe. Vermutlich ist es richtig, daß man den Menschen, die heute arm sind, keinen Gefallen damit tut, wenn man theoretisch zwar zielgerechte, aber politisch nicht durchsetzbare Reformen fordert, und daß die Chancen einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in dieser Hinsicht größer sind als die einer Grundrente (siehe z.B. BÄCKER 1987).

Pragmatisch gesehen ist es auch gleichgültig, welcher Träger des Alterssicherungssystems die Renten für den Grundbedarf auszahlt. Das wichtigste ist die Aufbesserung der Versorgung für die Armen. Man muß wohl einsehen, daß die Beibehaltung des von vielen so hoch geschätzten gegliederten Alterssicherungssystems dem Ziel einer verbesserten Grundsicherung politisch

weniger im Weg steht als die Forderung nach einer institutionellen Vereinheitlichung. Wenn man aber das Nebeneinander verschiedener Sicherungssysteme als praktisch unveränderbar ansehen muß - ebenso wie die in allen diesen Systemen enthaltene Witwenversorgung -, kann man eine Anrechnung der bereits vorhandenen Ansprüche des Einzelnen gegen die verschiedenen Träger der Sozialversicherung bei der Ermittlung eines Bedarfs für eine Aufstockung nicht ablehnen. Überlegungen über die politische Durchsetzbarkeit führen also dazu, dem Konzept der bedarfsorientierten Mindestrente den Vorzug vor dem einer steuerfinanzierten Grundrente zu geben.

Die gesamtwirtschaftlich zu tragenden Kosten für die Verbesserung der Grundsicherung wären - wie bereits oben bemerkt - bei der bedarfsorientierten Mindestrente und bei der Grundrente gleich hoch. Es ist gegenwärtig allerdings nicht möglich, diese Kosten exakt zu berechnen, weil man weder die Zahl der Bedürftigen kennt noch ihre Einkommenssituation. Schon eine grobe Schätzung zeigt aber, daß es sich bei dem zusätzlichen Finanzierungsbedarf um begrenzte Summen handelt. Wenn man die Mindestrente von der Vollendung des 60. Lebensjahres an gewähren und den Betrag der Grundsicherung auf 1 000 DM monatlich für jede Person ansetzen würde und annimmt, daß die Zahl der Bedürftigen in diesem Alter etwa das Doppelte der Zahl der mindestens 60 Jahre alten Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt beträgt, so müßte an rund 530 000 Personen jeweils 1 000 DM Mindestrente monatlich bezahlt werden. Das ergibt auf Jahresbasis einen Betrag von 6,4 Mrd. DM. Dieser Personenkreis erhält jedoch wenigstens teilweise Sozialhilfe, die bereits heute aus Steuermitteln finanziert wird. Der entsprechende Aufwand - im Jahr 1982 waren das etwa 4 Mrd. DM (DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1985: 38, 39) - muß von dem oben geschätzten Gesamtbetrag abgezogen werden, ebenso wie das sonstige Einkommen der Bedürftigen. Hinzu käme allerdings noch ein vermutlich nicht sehr hoher Betrag für die Aufstockung von Einkommen, die zwischen der Sozialhilfegrenze und 1 000 DM monatlich liegen. Insgesamt würden die zusätzlichen Kosten der Mindestrente nach dieser Rechnung auf 2 bis 3 Mrd. DM zu veranschlagen sein.

6. Eine Möglichkeit zur Kostensenkung: Die Ausdehnung der Versicherungspflicht

Ein System, das nach dem Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit organisiert ist, aber eine Grundsicherung für alle vorsieht, würde von den Beitragszahlern sicherlich eher akzeptiert werden, wenn die Versicherungspflicht ausgedehnt würde. Einen Mindestbeitrag zur Rentenversicherung könnten vermutlich, ohne daß soziale Härten auftreten, die meisten Selbständigen und die Ehepartner von freiwillig nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätigen Frauen aufbringen. Hausfrauen sind, wie die Selbständigen heute, nicht versicherungspflichtig, obwohl bei ihnen, wie oben ausgeführt, das Risiko der Altersarmut vorhanden ist. Während der Zeit der Kindererziehung könnte der Staat die Beitragspflicht der Eltern (auch der Alleinerziehenden!) einschränken und die Beiträge teilweise im Rahmen des Familienlastenausgleichs übernehmen. Möglich wäre auch, die durch Kindererziehung entstandenen Lücken im gesamten "Versicherungsleben" von Eltern im nachhinein bei deren Renten bis zu einem gewissen Grad aufzufüllen. Wenn den Versicherten klar wäre, daß durch eine solche Maßnahme die Beitragslasten und die Kosten der Mindestsicherung zugunsten der Kindererziehenden und der Alleinstehenden umverteilt würden, könnte man wohl auch mit einer Zustimmung zu diesem Vorschlag rechnen. (Auf den Vorschlag einer Mindestsicherung, die durch eine umfassende Versicherungspflicht für die Bevölkerung mit teilweiser Subventionierung der Beitragsleistung durch den Staat erreicht werden soll, soll hier nicht weiter eingegangen werden; vgl. dazu z.B. WAGNER 1986.)

Größerer Widerstand gegen eine Versicherungspflicht ist von der Gruppe der Selbständigen zu erwarten, obwohl das Ziel, auch diesen Personen eine ausreichende Grundsicherung zu gewährleisten, vermutlich von jedem akzeptiert wird. Selbständige ziehen jedoch im großen und ganzen die private Vermögensanlage dem Beitritt zur Sozialversicherung vor. Sie erwarten offensichtlich, daß der Ertrag größer ist, wenn sie andere Anlageformen der (privaten) Vorsorge wählen, anstatt die entsprechende Summe zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen zu verwenden. Diese Erwartung mag zwar für einzelne Unternehmer zutreffen, nicht jedoch für die Gesamtheit.

Abgesehen von dem Aufstockungsbedarf für die Armen können die Kosten der Grundversorgung für die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei einer Mindestrente insgesamt nicht höher sein als bei der privaten Fürsorge. Der Grundsatz, daß die erwerbstätige Generation immer für den Konsum der Älteren aufkommen muß, gilt selbstverständlich auch hier. Diese Zusammenhänge lassen sich am besten verdeutlichen, wenn über längere Zeit ein Familienbetrieb betrachtet wird, bei dem jeweils die aktive Generation die nicht mehr arbeitenden Familienmitglieder unterhält. Früher mußte der junge Landwirt für seine auf dem "Altenteil" lebenden Eltern sorgen; der Pächter muß noch heute die Pacht an den alten Eigentümer eines Grundstücks zahlen; die Kapitalgesellschaft schüttet Dividende an Aktionäre im Pensionsalter aus, die daraus ihren Lebensunterhalt bestreiten. In jeder Periode muß von diesen Erträgen der Verbrauch der früheren Unternehmer bestritten werden.

Wenn alle früher Selbständigen aufgrund privater Vorsorge mindestens Vermögenserträge in Höhe ihres Grundbedarfs erhalten, entspricht die Summe dieser Ansprüche genau den Aufwendungen, die in einem staatlich organisierten Mindestrentensystem durch die Beiträge der aktiven Selbständigen finanziert werden müßten. Billiger als es die Beitragsfinanzierung wäre, ist der heutige Zustand für die Selbständigen in der Summe jedoch deshalb, weil die "schlechten" Risiken, d.h. diejenigen unter ihnen, die sich keine ausreichende Altersversorgung verschaffen konnten - z.B. weil sie unternehmerische Fehlentscheidungen getroffen haben - heute der Sozialhilfe und damit der Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln überlassen werden.

7. Steigen die Chancen für die Akzeptanz des Mindestrentenvorschlags?

Verfolgt man die Diskussion um die Strukturreform der Rentenversicherung, so gewinnt man den Eindruck, daß zwar immer mehr, aber noch nicht genug Stimmen die Einführung einer Mindestrente fordern. Das liegt sicherlich auch daran, daß diejenigen Bevölkerungsgruppen, die von einem Grundrentensystem profitieren würden, an der öffentlichen Diskussion um dieses Thema kaum beteiligt sind, wohl aber die zahlreichen Vertreter von Trägern unseres gegliederten Alterssicherungssystems. Die Akzeptanz des bestehenden Systems wird gefördert durch Proklamationen, die die Grundsätze der Lohnbe-

zogenheit der Renten und der Beitragsäquivalenz betonen. Wenn jedoch die Rentenversicherung trotz hoher und steigender Beitragslasten künftig nicht mehr in der Lage sein wird, für größere Teile der Bevölkerung Armut im Alter zu verhindern, werden diese Grundsätze an Überzeugungskraft verlieren. Schon aus diesem Grunde wäre es für die Verantwortlichen der Rentenpolitik an der Zeit, das Bewußtsein der Öffentlichkeit auf diesen Sachverhalt zu lenken und damit zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Mindestrentenforderung beizutragen.

GRAUE GESELLSCHAFT - ROSA ZEITEN? ZUR ZUKUNFT DER ALTENHILFE

von Christoph Behrend, Margret Dieck, Hans-Joachim von Kondratowitz,
Roland Schmidt

Inhalt:

1. Vom Underdog zur Wachstumsbranche: Zukunft in der Altenhilfediskussion
2. Des eigenen Glückes Schmied? Zur Abhängigkeit von Altenhilfe
3. Zukunftsthesen und ihre Plausibilität
 - 3.1. Altenhilfe erhält einen qualitativen Bedeutungsschub (These 1)
 - 3.2. Altenhilfeentwicklung als angepaßte Bestandsfortschreibung (These 2)
 - 3.3. Konzentration und Reduktion der Altenhilfe (These 3)
4. Fazit

1. Vom Underdog zur Wachstumsbranche: Zukunft in der Altenhilfediskussion

Die Konturen einer möglicherweise ergrauten Gesellschaft sind heute weniger in ihren Ansätzen vorgezeichnet, als in der Antizipation vorempfunden. Sich von morgen - in diesem Falle wohl eher von Übermorgen - ein Bild zu machen, ist üblicherweise als ein Akt der Vorsorge anzusehen. Das Bestreben, sich abzeichnende oder angenommene Entwicklungen bereits auszumalen, dient, soweit dies seriös vorgenommen werden kann, idealerweise immer auch der Erhaltung der Chance, Einfluß zu nehmen: Negatives, Unerwünschtes soll rechtzeitig, dann, wenn noch Optionen bestehen, abgebogen, durch Gegensteuerung gemindert, am besten: verhindert werden. Doch schon die präsentierten Zukunftsbilder zeigen i.d.R. Unterschiedliches. Und erst recht wird solche Heterogenität die Interpretationen kennzeichnen - was als wünschenswert, was als unerwünscht definiert wird, ist interessenabhängig.

Das Morgen spielt sich bereits im Heute ab. Für die Gestaltung der Zukunft ist das Terrain bereits heute abgesteckt. Zukunft wird - nun nicht länger auf der distanzierten Ebene, auf der sich wissenschaftliche Analyse bewegen sollte - argumentativ eingebunden in die Tagespolitik, in fachliche Zielfindung und Durchsetzungsstrategien in Instituten: sei es mit defensivem Vorzeichen, dann der Bestandserhaltung dienend (wie z.B. im Bildungswesen), sei es verbunden mit der Erwartung einer nunmehr bevorstehenden Blütezeit (wie im Falle der Altenarbeit).

Anpassung an veränderte demographische Rahmenbedingungen wird dabei als gleichsam "naiver Reflex" auf die rein quantitative Entwicklung von Zielgruppen und Leistungsempfänger verstanden. Als Nutznießer einer demographisch determinierten Sicht auf die Zukunft wännen sich diejenigen, deren Handlungen auf Personen gerichtet sind, die sich in den Endphasen des Lebenszyklus befinden: Die Prognose von mehr älteren und alten Menschen und deren wachsendes Gewicht an der Gesamtpopulation wertet man als Garant für konjunkturelle Belebung und nachfolgende Hausse. Solche Aussichten, gewonnen aufgrund der Verabsolutierung eines Entwicklungsfaktors, erhalten mitunter gar die Macht einer selbstverständlichen Wirklichkeit. Und diese Ver selbständigung wird nicht zuletzt gestärkt durch gängige und allenthalben akzeptierte Muster der Sozialplanung für Ältere und nachwachsende Altengenerationen: Das Hochrechnen heute geltender Richtwerte und Auslastungsquoten auf eine größere Grundgesamtheit bedeutet zwangsläufig dann mehr Altenhilfe. Jedes Verharren im Status quo, das sich der Überzeugungskraft demographischer Argumentationen widersetzen wollte, erscheint nicht nur nicht legitimierbar, sondern zudem als sozial zutiefst inhuman: Angesichts bescheidener, heute realisierter Leistungsniveaus - jedenfalls verglichen mit dem, was fachliches Know-how zu bieten hätte und im Einzelfall bereits zu bieten vermag - würde das Verlängern dieser Scherenbewegung in die Zukunft hinein nur deren beschleunigtes Auseinanderdriften bedeuten.

Kritik heutiger Leistungsstandards und fachlich ausgewiesene Reformüberhänge werden in der skizzierten Argumentationslinie verbunden mit einer Perspektive auf das Morgen, die Kontinuität der normativen Grundlagen unterstellt. Um den Mangel an Angemessenheit der Altenhilfe heute zu prononcieren, wird die offensichtliche Unangemessenheit morgen zur Überhöhung und Dramatisierung einbezogen: Verstärkte Lückendiagnosen und das Unterstrei-

chen der Berechtigung aktueller Forderungen stellen eine allerdings weitverbreitete Verwendungsweise von Zukunftsprojektionen in der Altenhilfediskussion dar.¹⁾

Neben der beabsichtigten Außenwirkung - daß ein fachlich festgestellter zu einem sozialpolitischen Handlungsbedarf mutieren möge -, ist auch eine nach innen gerichtete parallel zu konstatieren: Unzufriedenheit über die Behäbigkeit oder das Ausbleiben langjährig diskutierter und verbreiteter, mit wissenschaftlicher Analyse beglaubigter Forderungen, diese Frustration, die in demotivierende Ohnmachtsgefühle überzugehen droht, ist dann eher wegzustecken, wenn man sich als Prophet, der im Kräftespiel des eigenen Landes heute (noch!) nichts oder wenig gilt, doch darüber "Gewißheit" verschaffen kann, daß die kommende ergraute Gesellschaft andere Prioritäten setzen wird, ja setzen muß. Dabei birgt das auf die Zukunft gerichtete Denken auch eine Dimension psychologischer Selbst-Aufrüstung: Es gewährt den Trost, daß die augenblickliche Randständigkeit (DENNEBAUM 1986: 65) - eine Randständigkeit im übrigen, die selbst innerhalb der Aufgabenfelder sozialer Arbeit die geringe gesellschaftliche Reputation erneut reproduziert -, demnächst überwunden werden könnte.²⁾ Die Hoffnung lautet dann: Altenhilfe entwickelt sich in eine moderne Institution, zeitgemäß in ihren Leistungen und Arbeitsplätzen. Sie wird auf diesen Weg endlich gebracht durch die Früchte des erwarteten steigenden Ansehens und der wachsenden Wertschätzung, die das Alter oder nachberufliche Lebensphasen unter den angekündigten Zahlenrelationen auf ihrem Positiv-Konto verbuchen werden können.

Der Optimismus am Horizont, so sehr er in der Praxis heute noch durch gegensätzliche Erfahrung gebrochen ist, wird auch von denjenigen geteilt, die auf verschiedenen Ebenen des Systems sozialer Berufe an der Professionalisierung der Altenhilfe arbeiten.³⁾ Die Altenhilfe auf Entwicklungsländerniveau, so eine polemisch zugespitzte Charakterisierung der vorherrschenden Befindlichkeit, kann nur dann die "Industrialisierungsstufen" durchlaufen, wenn es qualifiziertes Personal mit Anstellungschancen gibt, das in der Lage ist, ein mutmaßlich günstigeres Klima zu nutzen: Menschen, die dafür qualifiziert sind, der ergraute Gesellschaft vom Kopf auf die Füße zu verhelfen, die nicht länger in den Schablonen defizitorientierter Konzeptionen verhaftet bleiben, sondern auf fachlich je unterschiedliche Art Geburtshilfe leisten für ein "produktives Altern", das selbstbewußt die Handlungsräume zu

nutzen versteht, die dem zugefallenen Majoritäten-Status angemessen sind. Demographische Argumente werden in diesem Verwendungskontext verbunden mit erwarteten - und später gegenüber der Altenhilfe auch eingeklagten - wachsenden Anforderungen an die Leistungsqualitäten (NAEGELE 1987: 450f.). Plädoyers für Innovationen heute erhalten erst dadurch zusätzlich Plausibilitätsbonus, daß sie ihre 'Message' als Vorboten einer gesellschaftlichen Situation gerieren, in der die Quantität der Altenbevölkerung sich verbindet mit weiterer sozialer Dynamik hin zu einem qualitativen Umschlag: Wertwandel, verändertes Bewußtsein gerade auch von Frauen, demokratische Rahmenbedingungen individueller Biographien u.a.m. verdichten sich zu Vorstellungen neuartiger Alterskultur mit gesellschaftsprägender Kraft. Es sind die "neuen Alten" der Zukunft, die bereits heute helfen, ihre heimliche Avantgarde, die modernisierungs-orientierten Professionellen, auf erweiterter Front durchzusetzen.

Auf Zukunft wird auch dort gebaut, wo aktuell Konkurrenzen ausgefochten werden. Selbst wenn Kooperation und Vernetzung von Altenhilfediensten als Zukunftserfordernis angesehen werden, ist doch die Hierarchie einzelner Netzteile zueinander auszuhandeln. Argumentative Vorteile - zumeist identisch mit Kostenvorteilen bezogen auf bestimmte Leistungsarten - können, wie im Falle ambulanter versus stationärer Dienste, taktisch an Überzeugung gewinnen, wenn der hochgerechnete morgige Bedarf einbezogen wird.⁴⁾ Wer die Zukunft auf seiner Seite weiß, stellt sich besser dar. Diese Formel wird beherzigt sowohl beim Austragen inner-institutioneller Konkurrenzen als auch in denen zu anderen Bereichen sozialer Arbeit. Geht es um die Verteilung spärlicher freier Mittel, geht es um die Reduzierung von Überkapazitäten anderswo, kann der Hinweis auf real mehr Nachfrage nach Altenhilfeleistungen oder auf plausibel belegbare Nachfrageerwartung demnächst Finanzströme beeinflussen. Daß weniger Jugendliche die Jugendarbeit schrumpfen und mehr Alte die Altenarbeit expandieren lassen, ist, wenn auch nicht im exakten Verhältnis, allgemein die Erwartung derjenigen, die auf der Sonnenseite der Demographie stehen.

Solche Rechnungen auf die Zukunft sind verbreitet. Sie finden sich in eloquenter Form im Schrifttum, werden auf Konferenzen oder Fortbildungen in Diskussionsbeiträgen oder Visionen bei gemütlicher Runde kolportiert, sie werden im Planungskontext ebenso berührt wie auch in berufsständischen Ver-

einigungen und politischen Debatten. Die sprichwörtliche Frage nach dem Wirt hingegen ist bei dieser Rechnung offen. Und dies um so mehr, je nachhaltiger das Dornröschen Altenhilfe angewiesen ist auf Anstoß von außen, auf den Märchenprinz, der es zu neuem Leben erweckt und ins Glück heimführt. Oder sachgerechter formuliert: Wieweit ist Altenhilfe Herr der eigenen Entwicklung? Ist der bezeichnete Optimismus selbsttätig einzuholen?

2. Des eigenen Glückes Schmied? Zur Abhängigkeit von Altenhilfe

Das breite Interesse, auf das demographische Argumentationen derzeit gerade in der Altenhilfe stoßen, ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, daß deren Präsentation unmittelbar Relevanz für die Kennzeichnung allgemeiner und detaillierter Entwicklungen der Zielgruppe(n) hat. Selbst wenn es zutrifft, daß die Voraussetzungen, auf denen Bevölkerungsfortschreibung und Modellrechnungen beruhen, kritisch gewürdigt werden müssen (so in der Altenhilfediskussion GROSSJOHANN/RÜCKERT 1984), Nachbesserungen infolge der Volkszählungsergebnisse zu erwarten sind, so bleibt das Gewicht von Trends wie die Zunahme der Einpersonenhaushalte, die Feminisierung des Alters, die steigende Hochaltrigkeit, der Rückgang von potentiellen Helfern im privaten Umfeld u.a.m. doch, jenseits exakter Zahlenkolonnen, gravierend genug, um "Praxisdruck" auch außerhalb spezieller Planungsstäbe zu produzieren.

Ist das flächendeckend ausgeworfene Netz an ambulanten Diensten auch zukünftig feinmaschig genug geknüpft? Brauchen wir nicht weit mehr vorgehaltene Pflegebetten? - Solche Fragestellungen leiten unmittelbar in die Rezeption demographischer Erkenntnisse über. Antworten, die gegeben werden, bleiben dabei den eingangs skizzierten Hochrechnungsmustern verhaftet. Die unterstellte Kontinuität bei den Rahmenbedingungen der Altenhilfe gerät jedoch dann in Zweifel, wenn sich die Zukunftsdiskussion auf mittel- oder längerfristige Entwicklungen erstreckt. Es ist wenig überzeugend, anzunehmen, daß z.B. im Jahre 2010 Altenhilfe noch auf der heutigen Geschäftsgrundlage fußt, wenn große Reformvorhaben - die anstehende Rentenstrukturreform, die Reform des Gesundheitswesens - als dringlich terminiert sind und in ihren Eckwerten bereits diskutiert werden.

Die gesetzliche Grundlage für Altenhilfe wird durch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gegeben; Altenhilfe im engeren Sinn und andere für Ältere relevante Leistungen (Hilfe zur Pflege, Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts u.a.m.) unterliegen den allgemeinen Grundsätzen des Sozialhilferechts. Die Nachrangigkeit von Sozialhilfe, ihr Ziel der Abwendung individueller Notlagen, dann wenn eigenes Einkommen oder Vermögen oder Ansprüche gegen Dritte (andere Sozialleistungsträger) fehlen, bewirkt ihren reaktiven Charakter. Selbst im Falle präventiver Maßnahmen innerhalb der Sozialhilfe sind deren Zielgruppen definiert durch die Nichtzuständigkeit anderer gesellschaftlicher Instanzen. Auch dort, wo Sozialhilfeleistungen quasi zum Regelfall werden (Pflegefallrisiko), ist die Forderung nach Beendigung dieses Regelungsdefizits u.a. begründet mit dem Hinweis auf das "Wesensfremde", einem allgemeinen Lebensrisiko durch den Verweis auf Sozialhilfe zu begegnen.

Das Prinzip der Nachrangigkeit von Sozialhilfe bedeutet für die Zukunft von Altenhilfe, daß die Entwicklung ihrer Aufgabenstellungen von der anderer Teilsysteme der Sozialen Sicherung abhängig ist. Und auch das Finanzvolumen, das für die (dann veränderten) Aufgaben bereitsteht, ist, durch die überwiegend kommunale Zuständigkeit für das Erbringen der Leistungen, zudem - je nach Ausgestaltung des Rechtsanspruchs auf einzelne Hilfearten mehr oder weniger durchschlagend - bestimmt von der Zukunft kommunaler Finanzen.

Die besondere Schwierigkeit, Prognosen über die Zukunft der Altenhilfe abgeben zu wollen, ist ihrer hochgradigen Abhängigkeit von Regelungen zuzuschreiben, die außerhalb ihrer Handlungsreichweite liegen. Eine innere Entwicklungsdynamik der Altenhilfe kann nur in Zeiten zukunftsprägend sein, in denen äußere Einflüsse unverändert wirken. Daß solche "äußere Statik" nicht unterstellt werden kann, sei hier nur schlaglichtartig beschrieben:

- * Heute nicht absehbar ist die weitere Entwicklung der Ruhestandsgrenzen. Maßnahmen, die der Entlastung der Rentenfinanzen dienen (veränderte Zugangsvoraussetzungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, Teilrentenmodelle mit Anreizen zur weiteren Erwerbstätigkeit in reduziertem zeitlichen Umfang), indem sie dem Trend zur Frühverrentung entgegenwirken, stehen durchaus im Gegensatz zur mittelfristig erwarteten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der innerbetrieblichen Arbeitsorganisation. Werden z.B. nach dem Jahr 2000 verstärkt ältere Arbeitnehmer nachgefragt oder sind "Freisetzungsstrategien" ungebrochen wirksam? Ist dies dann eine Frage des schrumpfenden Arbeitskräftepotentials oder auch der nachgefragten Qualifikation? Je nachdem, wie hier die weitere Entwicklung verläuft, wird die Zielgruppenausrichtung der offenen Altenhilfe und anderer Träger, die sich der Altenarbeit zuwenden, neu zu bedenken sein.

- * Der Gesundheitszustand alter Menschen wird, folgt man den Erkenntnissen der Götterberger Längsschnittstudie (SVANBORG 1987), nicht als Konstante angesehen werden können. Als Gesamtergebnis ihrer bisherigen Analysen wird ein dynamischer Verlauf der Alterungsprozesse betont. Zwischen den untersuchten drei Kohorten von 70jährigen (Geburtsjahrgänge 1901/02, 1906/07 und 1911/12) ließen sich deutliche Unterschiede feststellen: Der Gesundheitszustand verbesserte sich, ebenso das intellektuelle Leistungsvermögen. Beides geht einher mit einer wachsenden Lebenserwartung. Diese Befunde geben jedoch noch keinen Grund dafür ab, eine Entwarnung bezogen auf zukünftige Altersprobleme zu geben. Weder ist zu erwarten, daß die Zahl der pflegebedürftigen Älteren insgesamt sinken wird, noch, daß sich die Zeitspanne reduziert, die durchschnittlich das von Pflege abhängige Alter umfaßt. Erwartet wird ein Prozeß weiteren Hinausschiebens der "Pflegephase" im Lebenslauf und eine veränderte Zusammensetzung in den relevanten Krankheitsbildern; wobei sich ein Rückgang psychischer Erkrankungen nach heutigem Wissen nicht einstellt. Lebensgeschichtlich später eintretende und veränderte Krankheitsbilder werden, falls sie sich bewahrheiten, auch andere Anforderungen an die Gesundheits- und Pflegedienste stellen. Eine Veränderung heutiger Praxis mit allein angepaßten Bettenzahlen würde dieser Dynamik nicht gerecht.

- * Nicht absehbar ist auch, ob Umdefinitionen der Zuständigkeit für bestimmte Patienten- oder Problemgruppen größeren Ausmaßes erfolgen werden. Ähnlich wie die Akzentverlagerung der Psychiatrischen Kliniken von der Versorgung von Langzeitpatienten (Anstalten) hin zu Formen ambulanter und nur temporär stationärer Behandlung - mit erheblichen Auswirkungen auf den Prozeß der Psychiatrisierung der Pflegeheime -, können zukünftig analoge Vorgänge der Verschiebung von Patientengruppen zwischen dem Sozial- und Gesundheitswesen mit wechselndem Vorzeichen nicht ausgeschlossen werden. Infolge des Bettenüberhangs in Krankenhäusern (vielleicht gefördert auch durch eine steigende Durchlässigkeit der Abgrenzung vom Krankheits- zum Pflegefall, soweit diese durch die ärztliche Begutachtungspraxis nicht schon interessengebunden modifiziert wird) ist eine Entwicklung denkbar, daß man sich in Einrichtungen des Gesundheitswesens verstärkt um die Versorgung pflegebedürftiger bemühen wird.⁵⁾ Funktionen, die heute dem Sozialwesen überantwortet sind, könnten im Sinne "exterritorialer Aneignung" umgeleitet werden. Auch ist anzunehmen, daß in einer ergrauten Gesellschaft der Geriatrie und Rehabilitation Älterer irgendwann auch hierzulande die Bedeutung zufällt, die sie in anderen westeuropäischen Ländern heute schon innehat. Prognosen, die einen drohenden gravierenden Mangel an Pflegebetten in den Einrichtungen der Altenhilfe kommen sehen, könnten sich dann als voreilig erweisen: Die gültige Aufgabenteilung zwischen Sozial- und Gesundheitswesen, auf der die Fortschreibungspraxis der Planung beruht, muß keineswegs auch morgen Bestand haben; Altenhilfe ist hier nicht mit Zwangsläufigkeit an einem Quantitätszuwachs zentral beteiligt.

Die optimistische Rechnung auf die Zukunft der Altenhilfe - das ausschließlich demographisch orientierte Fortschreibungsmodell - läuft Gefahr, die Wandelbarkeit der Systeme der sozialen Sicherung in ihren Berührungspunkten zu unterschätzen und gleichzeitig zu vergessen, daß Altenhilfe als Sozialhilfeleistung hier nur eine abgeleitete Funktion einnehmen kann. Es wird vielmehr die Korrespondenz zwischen verschiedenen Entwicklungen, Teil-

systemen und Interessen sein, die für die Zukunftsausgestaltung maßgeblich ist.

Solche Komplexität - noch jenseits von Fragen der Wirtschafts- und Einnahmenentwicklung öffentlicher Haushalte, der politischen Prioritätensetzung und der Finanztransfers - fällt jedoch auch zurück auf den Versuch, Zukunftserwartungen antizipierend zu "überprüfen".

3. Zukunftsthesen und ihre Plausibilität

Es kann im folgenden nicht darum gehen, ein Gegenmodell zu entwerfen, das der Eindimensionalität demographisch verkürzter Bedarfsannahmen eine komplexere Zukunftssicht gegenüberstellt. Ein solches gefordertes Unterfangen wäre schon deshalb nicht besonders realistisch, da die finanziellen Spielräume zur Erfüllung sozialpolitischer Optionen morgen aus heutiger Sicht nicht solide zu antizipieren sind. Im Gegenteil, bereits die wissenschaftliche Prognose für das nächste Wirtschaftsjahr wird zunehmend zum schwierigen Unterfangen.⁶⁾ Bund, Länder und Gemeinden können heute ihre Finanzplanung mit weniger Gewißheit denn je auf zu erwartende Steuereinnahmen ausrichten, bzw. sie unterliegen dem ständigen Zwang, Prognosekorrekturen vorzunehmen, durch Nachtragshaushalte "nachzubessern", sie an andere Entwicklungsverläufe, als zunächst gedacht, anzupassen.

Ist ein Modell für morgen immer nur mit einschneidenden Vorbehalten zu beschreiben, so bleibt jede positive Wendung unserer Kritik an dem demographiegeleiteten Denken, trotz aller impliziten Ambitionen, letztlich doch dem gleichen Fundament verhaftet. Auch sie wäre außerstande, die Korrespondenzen zwischen diversen Entwicklungsfaktoren in ihrem möglichen Niederschlag auf soziale Prozesse "vorauszuahnen". Vor allem und erst recht, wenn die Deutungsmuster der gesellschaftlich relevanten Akteure morgen im Heute noch gar nicht zu antizipieren sind, einmal unterstellt, daß Zeitgeisteströme auch zukünftig prägend und raschen Änderungen unterworfen bleiben. Wir beschränken uns daher auf die kritische Würdigung - zugegebenermaßen - globaler Thesen zur Weiterentwicklung der Altenhilfe. Basis dieser Diskussion sind sich heute abzeichnende mögliche Entwicklungen und Wandlungen, denen wir ein Gewicht für die Zukunft der Altenhilfe aufgrund deren heuti-

ger Befindlichkeit und der aktuell gültigen Regelungen zuschreiben. Uns beschäftigt also eine Frage "bescheidener Tragweite": Was spricht derzeit für oder gegen die jeweilige These?

3.1. Altenhilfe erhält einen qualitativen Bedeutungsschub (These 1)

Die Auffassung, Altenhilfe würde zukünftig sowohl in der Breite ihrer Leistungspalette als auch in den Standards einen kräftigen An Schub zu mehr Qualität verzeichnen, stützt sich zentral auf die Annahme, daß die veränderte Bevölkerungszusammensetzung zu einer Neubewertung des Alters beitragen wird, ja - und nun fast beschwörend - beitragen muß. Zwei Argumente "belegen" diese Annahme:

- * Es findet sich zum einen der Hinweis, daß - selbst wenn aus den engeren Sphären traditioneller Altenpolitikzuständigkeit auch weiterhin keine innovativen Impulse oder vorwärtsgerichtete Thematisierung der Folgen einer ergrauenden Gesellschaft herrühren - Politik insgesamt gar nicht umhin können wird, den Bedingungen des Altwerdens und den Altersproblemen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Machterhaltung oder Machtgewinnung in der parlamentarischen Demokratie, die Suche nach Zustimmung beim Wahlvolk, müsse zwangsläufig die grauen Wählerschichten stärker ins politische Kalkül fassen. Oder aber, vielleicht auch mit parallelem An Schub, der "graue Protest" nachwachsender und demokratisch-selbstbewußter Alters-Kohorten werde durch altenpolitische Zurückhaltung riskiert bzw. genährt. Loyalitätssicherung wäre somit der Motor, der Altenpolitik und die Facette Altenhilfepolitik dynamisiert.
- * Zum anderen wird angeführt, daß eine Art Transfer von Aufwendungen für die schrumpfende Kindheit/Jugend hin zum Alter stattfinden werde. Die Finanzierung von zusätzlichen Altenhilfeleistungen müsse nicht unausweichlich allein durch ein Aufstocken der Sozialbudgets erfolgen, sondern könne zu einem gewissen Maße im intergenerationalen Transfer kompensiert werden. Die Verschiebung der Mittel vom einen Ende des "unproduktiven" Lebenszyklus zum anderen erweitere die Handlungsräume der politischen Entscheidungsträger auch dann, wenn Steuereinnahmen ein Wachstum des Sozialbereichs insgesamt nicht politisch nahelegen sollten.

Die Wachstums-These begründet sich weniger durch inner-institutionelle Erwartungen: Nicht die dynamischen Potentiale der Alten(hilfe)politik werden als Zukunftsgarant zitiert, vielmehr handelt es sich um einen Optimismus, der den Machtfaktor Alter mit einer eingeschlossenen Perspektive intergenerationaler Prioritätenverlagerung in Betracht zieht. Es wird darauf vertraut, daß unter gegebenen systemischen Bedingungen ein gewisser Automatis-

mus mittels der demographischen Prozesse in Gang gesetzt wird, der - von außen kommend - auch die Altenhilfe-Szenerie befruchtet und sie zu einer Wachstumsbranche im Dienstleistungssektor befördert.

Wir wollen bei der kritischen Würdigung dieser These die Argumentation zum Machtfaktor Alter, wie sie TEWS (in diesem Band) vornimmt, nicht nochmals ausbreiten. Wir stimmen der Einschätzung zu, daß weniger das selbstbewußte und solidarische politische Handeln Älterer als wahrscheinlichste Entwicklung anzusehen ist, sondern man wohl auszugehen hat von einer latenten Wirkung der Altenmacht: im Sinne einer präventiv eingebundenen Kalkulationsgröße innerhalb der Strategiefindung politischer Parteien. Um zu vermeiden, daß sich quantitativ relevante ältere Wählerschichten dem politischen Gegner zuwenden könnten, ist vorstellbar, daß die konkurrierenden Parteien das Bemühen eint, die jeweilige Altenpolitik über die vorherrschende Vagheit hinaus politisch zu profilieren. Programmatik und politische Praxis könnte zukünftig durchaus stärker darauf orientiert sein, ergraute Traditionswähler zu halten und grauen Wechselwählern ein auch altenpolitisch abgefedertes Paket zu offerieren.

Daß die so motivierte "neue Sensibilität" gegenüber dem Alter sich jedoch verbindet mit qualitativ gesteigerten Maßnahmen zur Kompensation von Altersproblemen auf dem Niveau von Altenhilfe erscheint uns weder zwingend noch gedanklich überzeugend. Gegen eine solche Entwicklung spricht, daß

- mit dem Notfall - mit der Krisensituation im Alter - keine positiv assoziierte Politik verbunden sein kann: Man müßte schon unterstellen, daß sich sowohl die Logik der politischen PR-Strategie als auch die Wählerreaktionen grundsätzlich wandeln würden, um annehmen zu können, daß nicht auch morgen das Bild vom autonomen, aktiven Alter - jenseits des Angewiesenseins auf Hilfe - prägend sein dürfte.
- solange Sozialhilfe (und die auf ihr gründende Altenhilfe) als "letztes Netz sozialer Sicherheit" verstanden wird, um in Notlagen Geratene "aufzufangen", ein Mehr an entsprechenden Leistungen und ein Mehr an Inanspruchnahme politisch nur kontraproduktiv wirken kann: Als Beleg dafür, daß vorgelagerte Sicherungssysteme versagen oder auf ihrem Niveau gravierende Versorgungslücken aufweisen. Eine Leistungsbilanz einer Regierung, die Sozialhilfezuwächse aufweist, birgt generell den Vorwurf des sozialpolitischen Scheiterns in sich.

- der Differenzierungsprozeß, der die Lebensstufen des Alters erfaßt hat, wahrscheinlich in der Zukunft seine Wirksamkeit weiter entfaltet: Jede gewünschte und angestrebte Individualisierung der Alterssituation beinhaltet auch den Effekt, daß eine die gesamte Lebensstufe umspannende integrierende Altenhilfepolitik (Entdifferenzierung) den Charakter einer Donquichotterie annehmen muß. Eine Politik für ältere Menschen, die werbewirksam sein will, wird zukünftig nur um so mehr darauf achten müssen, den Teilaspekt der Hilfe nicht in den Vordergrund zu rücken, um der Gefahr zu begegnen, der Nivellierung verdächtigt zu werden.

Treffen diese Einwände zu, so bedeutet die konstatierte latente Altenmacht keinesfalls "automatisch" eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die Probleme der Altenhilfe. Im Gegenteil, es ist denkbar, daß ein verstärktes Ringen um politische Mehrheiten gerade andere Teilpopulationen der Alten ins Visier nimmt - gerade weil es um Wählerpotentiale geht, wird man dieses eher unter den Mobilien, Aktiven, u.U. auch politisch als Multiplikatoren fungierenden vermuten und suchen.

Das zweite Teilargument, der intergenerationelle Transfer, könnte schon dadurch an Überzeugungskraft einbüßen, daß - trifft das oben Skizzierte zu - es an Motivation politischer Akteure mangelt, diesen in Gang zu setzen. Aber auch auf anderen Ebenen ist Zweifel anzumelden:

- * Bewahrheitet es sich, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft sich in eine "ergraute" wandelt, so liegt angesichts der nach wie vor gültigen negativen Konnotation, die mit der "Überalterung" verbunden ist, eher das Bemühen nahe, eine staatlich aktivierte Bevölkerungspolitik erweiterten Maßes zu initiieren, die sich als solche bekennt. Auch wenn bisherige Resultate nicht überzeugen, die der Versuch brachte, Kinderfreundlichkeit und generatives Verhalten zu beeinflussen, wäre die naheliegende Konsequenz, diese Politik ihrerseits zu qualifizieren: Hausfrauenrente, Familiengeld, Kindergeld - um nur wenig zu nennen - wären denkbare Instrumentarien, die auf der Leistungsseite versuchsweise institutionalisiert und intensiviert werden könnten. D.h., Maßnahmen würden konjunktur verzeichnen, die als Frauenpolitik zur Aufwertung und Sicherung des Status der nichterwerbstätigen "Familienfrauen" ihren Niederschlag fänden.
- * Für eine Intensivierung der Leistungen bestehender Institutionen als naheliegendster erster Reaktion sprechen die bisherigen Erfahrungen, die im Schulsystem gewonnen wurden: Senkungen der Richtfrequenzen, stärkere Förderung durch Teilungsunterricht, Differenzierung des Lehrangebots durch (freiwillige) Arbeitsgruppen seien als Stichwörter angeführt. Solche Prozesse können nicht allein durch das Beharrungsvermögen von Instituten und die Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst erklärt werden (passive Faktoren), sondern sie sind auch Produkt pädagogischer Reformen, die zu früheren Zeiten nicht durchsetzbar waren, weil damals zusätzliches Personal die Haushalte belastet hätte. Es ist davon auszu-

gehen, daß jeder gesellschaftliche Teilbereich quasi einen Überhang an Reformbedarf geltend machen kann, der im demographisch bedingten Entlastungsfall zunächst und mittelfristig befriedigt werden soll (aktiver Faktor).

- * Gegen die Annahme des intergenerationellen Transfers sprechen auch Überlegungen, die heutzutage sicherlich noch mit dem Odium des Spekulativen behaftet sind: Auch wenn nicht klar auszumachen ist, wo der "kritische Punkt" des Umkippen einmal liegen würde, so ist zu bedenken, daß Gegenpositionen "proviziert" werden könnten, wenn eine, wie immer definierte, Generationenbalance durch Ressourcenanhäufung bei den Alterskohorten scheinbar aus dem Gleichgewicht zu geraten droht. Argumentationsmuster, die Investitionen in die "unproduktiven" Lebensphasen am Lebenszyklusbeginn als Zukunftsinvestitionen definieren, solche in die am Ende des Lebenszyklus hingegen als soziale Verpflichtung, können leicht umschlagen; dann, wenn die Pflicht als Last für die Gesellschaft uminterpretiert wird. Geht man davon aus, daß dieses Denkmuster weiterhin existiert, so wären dem beabsichtigten Transfer auch subjektiv gespeiste Grenzen gesetzt - selbst wenn man sie heute nicht exakt verorten kann.

Aus heutiger Sicht kann die Qualitätsthese nicht überzeugen. Sie ist als naive Form der Rezeption demographischer Diskussionen zu bezeichnen, als Überhöhen einer Dimension bei parallelem Ausblenden anderer. Auch dort, wo sie insgeheim aufgeklärt ist, wo sie sich primär taktisch geriert im Bestreben, auf aktuelle Mängel drastisch hinzuweisen, ist ihre Wirkung hoch problematisch. Denn die Optimismus-These gewinnt gerade in praktischen Kontexten an "sich selbsterzeugender" Plausibilität. Die erwartungsfrohe Hoffnung, die ihre dann un-aufgeklärte Übernahme gebiert, kann, nach heutigem Wissen, nur enttäuscht werden.

3.2. Altenhilfeentwicklung als angepaßte Bestandsfortschreibung (These 2)

Gegenüber der hohen Erwartungshaltung, die die erste These charakterisiert, nimmt sich die zweite recht bescheiden aus. In gewisser Weise kann sie geradezu als Anti-These begriffen werden, als Reaktion auf die gesellschaftspolitische Unschuld der erstgenannten. Werden dort die Mechanismen, die den politischen Verteilungskampf regeln, übersehen oder zumindest als gering veranschlagt, so insistiert die Bestandsfortschreibungsthese geradezu auf in der Moderne sich vollends entfaltende, beschreibbare Begrenzungen des Einflusses der Älteren. Ebenfalls wird eine mangelnde Durchschlagskraft all derer konstatiert, die sich bis dato in Wissenschaft und Praxis mit Altersproblemen und Altenhilfe/-politik/-beratung befassen. Der spekulative Opti-

mismus sieht sich hier konfrontiert mit dem empirisch orientierten Versuch des Nachweises, daß es keine Trends zu verzeichnen gebe, die Anlaß dafür bieten könnten, irgendwo die Vorboten einer ergrauten Gesellschaft mit neu gemischten Prioritäten zu identifizieren. Zusammenfassend wird geltend gemacht:

- Politikfähigkeit des Alters, sein ökonomischer Status, Generationseffekte und Wertewandel, das Disengagement der Hochaltrigen, das Know-how-Gefälle zwischen produktiven und nach-produktiven Generationen - um nur einzelne Stichwörter zu nennen - werden sich in ihrer Entwicklungskontinuität eher als Modifikationen des Bestehenden niederschlagen, nicht aber als Antrieb hin zu qualitativen Sprüngen präsentieren können. - Und wenn im Einzelfall dennoch, dann nur mit der begrenzten Wirkung für Teilpopulationen (vgl. hierzu auch TEWS in diesem Band).
- Als geradezu paradigmatisch für den marginalen Stellenwert von Altersfragen wird die Hochschulkarriere der Gerontologie als Wissenschaft vorgestellt. Ihr geringer Institutionalisierungsgrad, die ungesicherte Existenz als - in weiten Teilen - drittmittelforschungsabhängigem Element sozialpolitischer Konjunkturen, die berufliche Einbahnstraße für sich spezialisierende akademische Ausbildungsabsolventen u.a. Facetten mehr werden, ohne Änderungsaussicht, im Detail beschrieben (vgl. BEHREND/DIECK/v. KONDRATOWITZ 1984; DIECK/FALCK/LINDNER 1986).
- Inhaltliche Forderungen nach einer sich fachlich qualifizierenden Altenhilfe stoßen sich - wie NAEGELE (1987) diskutiert - an den überkommenen Arbeitsformen, die in der Träger- und Organisationsstruktur wurzeln, und der als fast aussichtslos bewerteten Finanzkrise kommunaler Haushalte. So detailliert und so begründet die Blindstellenanalyse der Altenhilfe auch immer vorgenommen werden kann, wie konsensfähig die daraus abgeleiteten Forderungen im Fachkreis auch immer sein mögen, so hilflos gerät unweigerlich die Debatte über realistische Chancen der Politikbeeinflussung. Sind die Spielräume eng bemessen, um den Leistungsstandard zu verbessern, sind die via Subsidiaritätsprinzip verankerten Konkurrenzen der Träger untereinander und auch hin zum öffentlichen Sektor in den mageren Jahren nur um so profiliert, so müssen auch Rationalisierungsstrategien, die sich an den Begriffen Koordination und Kooperation orientieren, die vielfältigen Einzelinteressen berücksichtigen. Es ist dies ein diplomatischer Drahtseilakt, der praktisch und regelmäßig zu Lasten der Strategie selbst in einem Gewirr an lokalen Rücksichtnahmen, Intrigen und Machtbeweisen endet. Die Sicherung des Status quo im Netzwerk verbands-innerer wie äußerer Loyalitäten bewirkt eher die Verankerung in den traditionellen Gleisen als daß sie zur phantasievollen Verwaltung des Mangels gerät.

Der Bestandsfortschreibungstheorie wohnt ein eigentümlich konservatives Element inne. Sie kritisiert die versteinerten Verhältnisse und bestätigt doch gerade durch das Insistieren auf dieser Bewertung deren ungebrochene Macht. Im sorgfältigen Ausbreiten ihrer Teilargumente bleibt sie dürre, ernüchternde Bilanz; der Verzicht auf das Zukunftsgemälde, mitunter der verlegene Ver-

such, doch eine Melodie zu skizzieren, die die Verhältnisse zum Tanzen bringen könnte, hält deren Verfechter in der Wahrnehmung anderer nur allzu leicht in der Position des Nörglers gefangen, der jeden utopischen Rest der Kritik unterzieht. Selbsthilfebewegung, die postulierten "neuen Alten", die Vervielfältigung der Seniorenbeiräte, der Mitarbeiterprotest auf der Straße und andere Belege einer Bewegung hin zu besserer Zukunft sehen sich mit wissenschaftlicher Akribie entzaubert - ebenso wie die in ihnen transportierten und geborgenen Hoffnungen. Ohne den qualitativen Schub ist Altenhilfe morgen bestenfalls als angepaßte Bestandsfortschreibung vorstellbar, wobei der Abrechenbarkeit von Leistungen als Orientierung für Anpassungsprozesse gegenüber rein fachlichen Diagnosen auch weiterhin ein Übergewicht einzuräumen wäre (v. KONDRATOWITZ/SCHMIDT 1986).

3.3. Konzentration und Reduktion der Altenhilfe (These 3)

Unsere Bemerkungen zu den Rezeptionsschwierigkeiten der Bestandsfortschreibungsthese lassen den sachlichen Gehalt ihrer Argumente zunächst unberührt. Sie verweisen vielmehr auf denkbare subjektive Widerstände, die die Bereitschaft negativ beeinflussen könnten, sich mit dem empirisch begründeten Skeptizismus einer solchen Perspektive auseinanderzusetzen geschweige denn anzufreunden.

Unsere fachliche Kritik an dieser These greift zurück auf die bereits eingangs getroffene Aussage, daß Altenhilfe infolge ihrer Nachrangigkeit abhängig ist von der Entwicklung des Systems Sozialer Sicherheit insgesamt sowie von Anstrengungen anderer gesellschaftlicher Instanzen, Dienstleistungen außerhalb des Sozialwesens und kommerziell anzubieten. Es ist das Manko auch der Perspektive der Bestandsfortschreibung, daß sie Zukunft in den Strukturen von heute gefangen hält - eine implizit getroffene Entscheidung, der wir uns nicht anschließen mögen. Wir halten dagegen: Berücksichtigt man ein allgemein wachsendes Interesse für den Altenmarkt, so wäre der Blick auf mögliche Entwicklungen zu lenken, die ein verschärftes Konkurrieren um Marktanteile zur Folge hätten. Die Zukunft der Altenhilfe kann dann wesentlich davon abhängen, wie es um ihre Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit bestellt sein wird.

Trifft es zu, daß (1) die nachberufliche Lebensphase nach wie vor von Prozessen sozialer Differenzierung und Individualisierung geprägt ist, und (2) das Zielgruppenspektrum heute bereits faktisch - nicht unbedingt dem Anspruch nach - auf die Betreuung und Versorgung Hochaltriger, vor allem Hilfe- und Pflegebedürftiger konzentriert ist, so bedeutete der Versuch, die Alterssituationen insgesamt in den Handlungs- und Zuständigkeitsbereich der Altenhilfe zu (re-)integrieren, eine nachhaltige Kurskorrektur in Richtung auf einen erheblichen Ausbau der (gerade freiwilligen) Sozialhilfeleistungen im offenen Bereich. Hierfür gibt es aktuell weder Anzeichen, noch läßt die Haushaltslage der Kommunen eine entsprechende Perspektiverweiterung als wahrscheinlich erscheinen.

Man kann darüber Streit führen, ob die von v. ROSENBLADT (in diesem Band) ermittelten Befunde einer - unter gewissen Voraussetzungen - zu erwartenden ökonomischen Besserstellung nachwachsender Alterskohorten auch tatsächlich eintreten wird. Die Erfahrung lehrt, daß die sozialpolitische Maxime, Ausgabensteigerungen zu kontrollieren bzw. zu begrenzen (vgl. z.B. die Debatte um den angemessenen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner), in der Lage ist, projektierte Rentenansprüche - in der später auszuzahlenden Höhe und im Vergleich zur allgemeinen Einkommensentwicklung - nach unten zu "berichtigen". Zudem ist es nicht unrealistisch, zu erwarten, daß die Anteilspunkte der Renten- und Krankenkassenbeiträge, die Erwerbstätige vom Brutto-lohn morgen zu entrichten haben, nicht unbegrenzten Steigerungsmargen unterliegen dürfen, wenn nicht zentrale Werte der Leistungsgesellschaft dadurch tangiert werden sollen. Eine Politik weiterer staatlicher Interventionen in Rentensystem und -anpassung ist wahrscheinlich. Wir vermuten daher eher eine wachsende Disparität von guten und geringen Renteneinkommen, gemessen an dem potentiell realisierbaren Konsumniveau.

Aber auch wenn solche Imponderabilien derzeit nicht kalkulierbar sind, kann man dessen ungeachtet beobachten, daß vor allem die Produktberatung und -werbung fest mit einer zunehmenden Zahl an "neuen Alten" à la OPASCHOWSKI/NEUBAUER (1984) rechnet und eine frühzeitige Anpassung an den durch Demographie und Alterssituationen veränderten "grauen" Freizeit- und Konsummarkt anempfiehlt.⁷⁾ Im Vergleich zu den bereits heute vorhandenen Gütern der Freizeit- und Konsumindustrie, im Vergleich zu Anstrengungen früher eher alten-abstinenter Institutionen im Bildungssektor, werden sich die Angebote der offenen Altenhilfe im Bereich von Kontemplation, Unterhaltung, Zerstreu-

ung und Bildung viel eher wie Second-hand-Waren einer alterskulturell bemühten Animation ausmachen, denn als potente Mitbieter im Ringen um mobile, anspruchsvolle, aktive ältere und alte Menschen mit konsum-ermöglichenden Einkommen verschiedener Niveaus.

Diese mangelnde Konkurrenzfähigkeit, ein Ausfluß der Sozialhilfe-abhängigen Finanzierung, könnte die offene Altenhilfe morgen nur dann "ausgleichen", wenn sie sich in Marktnischen einrichtet, die kommerziell uninteressant bleiben: Sie müßte sich primär auf diejenigen Personen kaprizieren, die mit geringen Alterseinkommen und z.T. lebenslang kumulierenden Benachteiligungen am Rande der offiziellen Armutsdefinitionen und am Rande des "Seniorenbooms" leben werden. Daß diese Zielgruppe heute kaum erreicht wird, verweist nur auf den Umstand, daß auch das Einrichten in unattraktiven Alterszonen seinerseits qualifizierte Anforderungen voraussetzt.

Wir erwarten eine verschärfte Konkurrenz um das "autonome Alter", verbunden mit systemisch begründeten Standortnachteilen des Sozialbereichs. Diese wären zu umgehen, wenn der Sozialhilfecharakter der Altenhilfe wieder explizit ins Bewußtsein und Handeln dringt. Nimmt man die Nachrangigkeit von Sozialhilfe ernst und erinnert man sich ihrer stigmatisierenden Effekte, die bereits früher eine Verbreitung in präventive Bereiche hinein hemmten, so müßte eine Bescheidung der Reichweite, ein tendenzielles Überflüssigsein herkömmlich zugeschnittener Angebote im sozial-kulturellen Feld nicht unbedingt ein Anlaß zur Klage sein. Bei der heutigen Verfassung der Angebote und bei den allgegenwärtigen konzeptionellen Suchbewegungen (SCHMIDT/ZEMAN 1988) läuft zudem das kritische Argument, das freizeitkulturellen Kommerz seit ADORNO regelmäßig begleitet, ins Leere. Es würde schwerfallen, ein spezifisches Qualitätsmerkmal dieser Hilfe zu benennen, das unter den skizzierten Zukunftserwartungen nicht mehr zu realisieren wäre.⁸⁾

Auch wird die freizeitindustrielle Indienstnahme des Alters keine totale sein. Mit dem "natürlichen Altern" der auf die Erwachsenenbevölkerung ausgerichteten Institutionen (Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Besucherorganisationen im kulturellen Milieu u.a.m.), ist auch dort eine Schärfung des Blicks für Interessen und Erwartungen älterer Nutzer und Mitglieder leicht vorhersehbar. Es zeichnet sich also eine Anbieter-Pluralität ab, die das aktuelle Maß weit übersteigen dürfte.

Unser erstes Konzentrationsargument lautet daher zusammengefaßt: Die Konkurrenz um die bessergestellten Altenpopulationen wird eine insgesamt positive Entwicklung hin zur Differenzierung der Angebote bewirken. Offene Altenhilfe, will sie ihre Existenzberechtigung nach dem BSHG nicht einbüßen, wird sich re-orientieren müssen auf Zielgruppen der "armen" und "verschämt-armen" Alten im höheren Lebensalter. Es wird ihr überantwortet sein, einen Weg zu finden, der eine gewünschte bessere Leistungsqualität für diese Personenkreise ermöglichen kann als es die bloße Reaktualisierung des Wärmestuben-Gedankens bedeuten würde.

Wir haben auf Bestrebungen des Gesundheitswesens bereits verwiesen, als Anbieter auf dem Pflegemarkt aufzutreten. Damit wird das hoch-interpretative Verhältnis von Krankheits- zu Betreuungsfällen nicht notwendigerweise aufgehoben. Eine Umwidmung überschüssiger Bettenkapazität, eine Ausweitung der Klientel hinein in Leistungsempfänger des Sozialwesens bei erhaltenen Kostenträgerschaften würde de facto eine indirekte Art der Subventionierung von Einrichtungen des Gesundheitswesens aus Sozialhilfehaushalten implizieren. Soweit solche Bestrebungen - heute noch mehr im Erwägungsstadium⁹⁾ - erkennbar sind, zielen sie auf zeitlich begrenzte Pflegefälle, schon um die Bestimmungen des Heimgesetzes zu umgehen; also auf Personen, die man nicht zu den Schwerstpflegefällen des Pflegeheims zählen kann. Unterstellt, diese Bestandserhaltungsstrategien im Krankenhaussektor würden greifen, so wäre eine erste Konsequenz, daß der institutionellen Pflege der Altenhilfe bei denjenigen Patientengruppen Konkurrenz erwächst, die unter den restriktiven Bedingungen eher noch eine (quantitative) Entlastung darstellen. Eine zweite Konsequenz ist verbunden mit der Überlegung, daß bei gegebenen oder durch eine Pflegekostenregelung nicht grundsätzlich veränderten Finanzierungsproblemen ambulanter Dienste und bei einer Zunahme von alleinlebenden Leistungsempfängern, unter dann ungünstigen Bedingungen der Pflege ohne Mitwirkung naher Angehöriger, ambulante Versorgung - allen politischen Präferenzen heute zum Trotz - an ihre Grenzen gerät. Grenzen finanzieller Art, durch den zeitlichen Aufwand kombinierter Leistungstypen, solche pflegerischer Art, durch dann immer noch denkbare Versorgungslücken. Das systemische Problem lautete somit u.U. nicht länger, wie eine flexibel zu handhabende Verzahnung ambulanter und stationärer Altenhilfe erreicht werden könne, sondern eine dritte, systemfremde Instanz reklamierte den Zwischenraum für sich, mit dann eigener Dynamik und Logik der Aufnahme und Abgabe von Patientengruppen.

Das zweite Konzentrationsargument: Das Gesundheitswesen wird sich darum bemühen, ihm genehme Patienten im Pflegestatus zu halten oder zu gewinnen. Das bewirkt, tritt dies ein, eine verschärfte Konkurrenz um zu Pflegende: Mit der Folge, daß das Pflegeheim der Altenhilfe fortschreitend auf die Versorgung Schwerstpflegebedürftiger und Sterbender reduziert wird. Zudem ist ein Profitieren von bestehenden und in die Zukunft verlängerten Regelungsdefiziten im ambulanten Sektor denkbar.

Und auch hier die Frage an skeptische Kritiker: Wenn es zutrifft, daß in stationären wie ambulanten Diensten die sozialpflegerischen Anteile aus Gründen mangelnder Abrechenbarkeit zusehends ausgeblendet werden, bestenfalls der Ehrenamtlichkeit zudefiniert, aber nicht überall garantiert sind, wenn ganzheitliche Konzepte der Arbeit die Theorie, nicht aber die Praxis leiten, Krankenpflege, sei es häuslich, sei es stationär, die Essenz bildet, dann greift die denkbare Vorhaltung zu kurz, die bei einer Krankenhausversorgung Pflegebedürftiger eine medizin-dominierte, nicht aber ganzheitliche Versorgung vermutet. Der prospektive Qualitätsvergleich ist nicht vorab schon entschieden.

Unsere These richtet sich gegen die Bestandsfortschreibung, weil aus unserer Sicht der Bestandserhalt noch gar nicht ausgemacht ist. Wir gelangen bei unseren Überlegungen zur Altenhilfezukunft stattdessen zu der Auffassung, daß ein Konzentrationsprozeß obsiegen könnte, der von zwei Seiten das Terrain der Altenhilfe erfaßt und immer deutlicher hin auf fest umgrenzte Zielgruppen reduziert: im offenen Bereich hin zu den armen Alten, im stationären hin zur Begleitung Schwerstpflegebedürftiger und Sterbender.

4. Fazit

Graue Gesellschaft - rosa Zeiten? Für die Altenhilfe keinesfalls zwangsläufig, sondern, greifen unsere Überlegungen, wahrscheinlich nicht. Viele werden sich um das Alter bemühen, manchen mag dies vielleicht sogar zu weit gehen. Wir identifizieren ökonomische Erwartungen und Interessen anderer Teilsysteme an der Bestandserhaltung als maßgebliche Motive ihrer Hinwendung zum Alter. Gründe, die zumindest berechenbar sind.

Ob diese mögliche Entwicklung gewünscht oder unlieb ist, wird sehr vom Standpunkt des Bewerter abhängen. Für die alten Menschen selbst kann dies durchaus auch positive Effekte zeitigen: Angebotsvielfalt unter der Bedingung von Wahlfreiheit, Angebotsdifferenzierung mit stärker individueller Ausrichtung, Marktverhalten unter Verzicht auf Dankbarkeitsbeweise seitens der Konsumenten, Qualitätsverbesserungen in Teilen der Dienstleistungspalette zur Angebotsprofilierung, vielleicht auch mehr Transparenz bei den Preisen.

Auch eine sich zweifach konzentrierende Altenhilfe wäre für ihre Zielgruppen dann nicht zwingend nur als Restgröße am Rand denkbar. Sie könnte bedeuten: Konzentration der Mittel, geschärfte Zielgruppenausrichtung durch spezifisch ausgerichtete Maßnahmen, mehr Möglichkeiten des Eingehens auf qualitative Ziele im offenen Bereich, Selbstbegrenzung in tendenziell überforderten Leistungsbereichen und Entlastung von (selbstgewählten) Ansprüchen, die sich als nicht einholbar erweisen.

Dies alles wären Chancen, nicht automatische Folgen. Es wird auch an der Altenhilfe liegen, sie zu ergreifen oder auszuschlagen.

ANMERKUNGEN:

- 1) So exemplarisch vorgetragen in der Einleitung eines Sammelbandes zur Altenhilfe im Umbruch: "Die globale Schiefelage der Altenhilfe, in der mangels einer grundständigen Sicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit die Nutzer ambulanter und stationärer Hilfen in wachsender Zahl von der Sozialhilfe abhängig werden, wird durch die demographische Entwicklung nur noch unterstrichen" (ARTICUS 1986: 1).
- 2) Eine PROGNOSE-Studie zur Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000 vermutet: "Rückläufig sein werden voraussichtlich neben dem Krankenhausbereich vor allem erhebliche Teile der Jugend- und Familienhilfe. Wachsen wird voraussichtlich der Altenhilfebereich... Obwohl über Ausmaß von Rückgang oder Ausweitung nichts gesagt ist (und nichts gesagt werden kann), zeigen diese Überlegungen doch, daß die Arbeit der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vor erheblichen Umstrukturierungserfordernissen steht" (PROGNOS 1984: 87f.).
- 3) Mit Blick auf die Berufsgruppe Sozialarbeiter/Sozialpädagogen fat PRESSEL rückblickend die Entwicklung zusammen: "Altenarbeit und Altenhilfe haben seit Jahren ihren Platz im Berufsfeld von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen, auch wenn man sie - seitens der Öffentlichkeit wie auch der Professionellen selbst - lange Zeit nur als Randgebiet wahr-

genommen hat. Die zunehmende Beachtung (Hervorhebung der Autoren), die dieses Arbeitsfeld in Ausbildungsstätten und Praxiseinrichtungen findet, hat ihren Ursprung in:

- der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung,
- einer verstärkten Wahrnehmung und Sensibilität für die individuelle und die soziale Lebenssituation älterer und alter Menschen in unserer Gesellschaft und
- der Hoffnung der Ausbildungsstätten und Absolventen, in diesem Berufsfeld noch Arbeitsplätze zu finden, die in anderen Bereichen nicht mehr zu erlangen sind" (PRESSEL 1986: 79).

- 4) Ein Beispiel hierzu: Der Bundesverband privater Alten- und Pflegeheime e.V. (BPA) versendet - unangefordert - die Kurzfassung einer Studie zum Kosten- und Leistungsvergleich zwischen stationärer und ambulanter Altenhilfe (JENKE/BESKE 1987), versehen mit einem Begleitschreiben. In diesem wird einleitend auf die steigende Zahl der Hochbetagten aufmerksam gemacht, die das Potential pflegebedürftiger Menschen erhöhten. In der knappen nun folgenden Vorstellung der Studie wird das Ergebnis hervorgehoben, "daß - bei einem täglichen Besuch einer fest angestellten qualifizierten Pflegekraft einer Sozialstation an 6 Tagen in der Woche - die kritische Grenze, von der an ein Übergang in eine stationäre Betreuung allein aus Kostengründen zu empfehlen wäre, bei einem Einsatz von einer Stunde täglich liegt." Das Schreiben schließt mit dem Resümee: "Die Untersuchung des Kieler Instituts könnte somit einen wertvollen Beitrag zur angestrebten Kostendämpfung leisten, wenn sie von Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung gebührend berücksichtigt würde" (Begleitschreiben BPA vom 5.10.1987).
- 5) Das Jahresgutachten des SACHVERSTÄNDIGENRATS FÜR DIE KONZERTIERTE AKTION IM GESUNDHEITSWESEN (1987, Ziff. 306) diskutiert im Einklang mit dem 89. DEUTSCHEN ÄRZTETAG (1986: 29) die Umwidmung von nicht benötigten Krankenhausbetten der bisherigen Akutversorgung zu Pflegebetten. Es dokumentiert sich hierin die Vorbereitung einer Verhandlungsposition in der Konkurrenz um bettenfüllende Langzeitpatienten ohne den Status der Behandlungsbedürftigkeit - und zwar unter Umgehung oder Ausklammerung einer wie auch immer gearteten Anerkennung der spezifischen Behandlungserfordernisse dieses Personenkreises via Anerkennung der Notwendigkeit geriatrischer Spezialisierungen (DIECK 1987).
- 6) Das wird nicht zuletzt deutlich in der Diskussion über die Aussagekraft und Korrekturbedürftigkeit wirtschaftswissenschaftlicher Jahresgutachten. Die Ausdifferenzierung der Märkte und die Beobachtung einer gespaltenen Konjunktur tragen zum Verschwimmen traditioneller Konjunkturphänomene bei. Ausschläge, Anfang und Ende von Zyklen verlieren an Prägnanz: "So stellt sich heute die Frage: Befinden wir uns weiterhin im Aufschwung, der sich nur vorübergehend abgeschwächt hat, oder bereits auf der konjunkturellen Talfahrt? Eine wissenschaftlich belegbare Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Sie kann erst nach geliefert (Hervorhebung: die Autoren) werden, wenn wir ein bis zwei Jahre älter und entsprechend klüger sind. Es ist nicht möglich, wissenschaftlich fundierte Berechnungen zu liefern. Solche Berechnungen benötigen nun einmal Vorgaben, die selbst nicht wissenschaftlich zu begründen sind" (HELMSTÄDTER 1987).

- 7) "'Graying World' in der BRD muß nicht heißen: Graue(nvolle) Zeiten für Märkte und Marketing (...) 'Graying World' bietet vielmehr Chancen, wenn gesellschaftliche Altersbilder korrigiert, Bedürfnisse älterer Verbraucher erkannt und ernst genommen werden. 'Graying World' ist der Abschied von den heutigen Senioren, für die im Marktgeschehen nur eine kleine Ecke vorgesehen ist. In nur 14 Jahren - im Jahr 2000 - dominiert der Konsument im Silberhaar. Wer dann diesen ungeheuer gewachsenen Markt für sich haben will, muß sich schon heute damit auseinandersetzen." - So die einleitende Absichtserklärung der Studie "Oldies but Goldies. Der Markt mit Zukunft" der Verlagsgruppe Bauer (MEIER/LAKASCHUS/DUMPERT o.J.: 1).
- 8) Wir weisen in diesem Kontext auf die Ergebnisse teilnehmender Beobachtung in Seniorenfreizeitstätten hin: Die besondere Qualität der Einrichtungen für ihre Nutzerkreise, die vertraute Alten-Peer-group, muß, paßt man sich nicht dem offiziellen aktivierenden Programm an, erst quasi subversiv gegen dessen Intentionen "durchgesetzt" werden (AG INTERPRETATIVE ALTERSFORSCHUNG 1983).
- 9) Vgl. die in Anm. 5 genannten Diskussionsforen.

Kapitel V

PRODUZENT - KONSUMENT.

DIE ÖKONOMISCHE BEDEUTUNG DES ALTERS

* DIE BEDEUTUNG DER ÄLTEREN FÜR DIE REGIONALVERTEILUNG UND REGIONALWIRKUNG
DER SOZIALTRANSFERS

Albrecht Goeschel

Inhalt:

1. Paradigmenwechsel in der Sozialökonomie
2. Diskussionsbeiträge der Regionalökonomie
3. Die Älteren als vorrangige Empfänger von Monetärtransfers und als wichtige Empfänger von Realtransfers
4. Die Älteren als Faktor der Regionalverteilung und Regionalwirkung der Sozialtransfers
 - 4.1. Die Leistungserfordernisse der Älteren in der Rentenversicherung und in der Rentnerkrankenversicherung als Faktoren der Finanzverflechtung zwischen regionalen und nationalen Sozialversicherungsträgern
 - 4.2. Der Leistungsbedarf der Älteren als Faktor der Finanzverflechtung zwischen Sozialhilfeträgern und Sozialversicherungsträgern
 - 4.3. Die Versicherungszugehörigkeiten und die Wohnortwanderungen der Älteren als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialversicherungstransfers
 - 4.4. Der gesundheitsbezogene Verbrauch der Älteren und der altersbezogene Umsatz der Gesundheitswirtschaft als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialversicherungstransfers
 - 4.5. Exkurs: Der Arzneimittelverbrauch der Älteren und der altersbezogene Arzneimittelumsatz als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialversicherungstransfers
 - 4.6. Die Hilfebedürftigkeit und die Anstaltspflege der Älteren als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialhilfetransfers
 - 4.7. Die Lebenserwartung der Älteren als Faktor der Regionalverteilung der Sozialtransfers
5. Die Bedeutung der Älteren für die regionalen Sozialbudgets als Forschungsaufgabe der Regionalökonomie

In der sozialökonomischen und in der sozialpolitischen Diskussion wurden in den zurückliegenden Jahren vor allem die einzel- und gesamtwirtschaftlichen Kosten der Sozialversicherung und insbesondere der Gesundheitsversorgung hervorgehoben (GESELLSCHAFT FÜR VERSICHERUNGSWISSENSCHAFT 1982). Demgegenüber wird in der regionalökonomischen und regionalpolitischen Diskussion seit einiger Zeit der gebietswirtschaftliche Nutzen der Sozialversicherung und insbesondere auch der Gesundheitswirtschaft betont (BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR RAUMORDNUNG 1985; STUDIENGRUPPE FÜR SOZIALFORSCHUNG 1986).

Man kann also davon ausgehen, daß die bislang vorherrschende einseitige Betrachtung der Sozialtransfers als unproduktiver Konsum heute durch eine ausgewogene Sichtweise der Sozialtransfers auch als produktivitätserhaltende und produktivitätsverbessernde Investitionen und Infrastruktur abgelöst worden ist.

1. Paradigmenwechsel in der Sozialökonomie

Dementsprechend hat sich mittlerweile auch in der sozialökonomischen und sozialpolitischen Diskussion ein Paradigmenwechsel vollzogen. So gehen inzwischen sowohl die Ortskrankenkassen (AOK-BUNDESVERBAND 1986) wie auch die Ärzteschaft (ZENTRALINSTITUT 1984) und auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1985) davon aus, daß der Bereich der sozialfinanzierten Gesundheitsversorgung ein wachsender Wirtschaftszweig mit hoher regionalökonomischer und regionalpolitischer Bedeutung ist.

Auch die Gesamtheit der Sozialtransfers wird inzwischen nicht nur als gesellschaftlicher Gleichgewichtsfaktor, sondern auch als gesamtwirtschaftliches Wachstumspotential erörtert (GOESCHEL 1986a). Dem Dogma, daß Sozialtransfers ausschließlich Kosten eines unproduktiven Konsums sind, wird demnach zunehmend weniger gefolgt.

2. Diskussionsbeiträge der Regionalökonomie

Anstöße zu diesem Paradigmenwechsel in der sozialökonomischen und sozialpolitischen Diskussion kommen vor allem aus dem Bereich der Regionalforschung (GOESCHEL 1982; 1984a; 1984b; 1984c). Dort wird grundsätzlich von einer wechselseitigen Ergänzung der auf individuelle Leistungsgewährung ausgerichteten Sozialsicherung und der auf kollektiv-infrastrukturelle Rahmensetzung ausgerichteten Raumordnung ausgegangen, die eine Verdeutlichung der tatsächlichen Wechselwirkungen von Sozialtransfers und Regionalwirtschaft erforderlich macht (GOESCHEL 1986b).

Bislang hat dabei die Frage im Vordergrund gestanden, welche regionalen Investiv-, Beschäftigungs-, Einkommens- und Infrastruktureffekte der Transformationsbereich der Gesundheitswirtschaft, d.h. die Transfersachleistungen der Gesundheitsversorgung bewirken.

Nunmehr gewinnt die Frage an Bedeutung, welche regionalen Positiv- und Negativeffekte der Konsumtions- und Produktionsbereich der Privathaushalte als Empfänger von Transfersachleistungen und Transfergeldleistungen bewirkt.

Es interessiert also zunehmend, welche sozialdemographischen Gruppen als Empfänger der Sozialtransfers die hauptsächlichen Träger oder Zwischenträger der regionalökonomischen Nutzenwirkungen dieser Transfers sind. Diese Betonung der regionalökonomischen Nutzenwirkungen ist allein schon deshalb notwendig, weil in den zurückliegenden Jahren auch in der Wissenschaft eine Tendenz auszumachen war, die Transferempfänger einseitig als Träger bzw. Zwischenträger einzel- bzw. gesamtwirtschaftlicher Kostenwirkungen zu betrachten (TRANSFER-ENQUETE-KOMMISSION 1981: 20).

Die Gruppe der Älteren bietet sich dabei wegen der Bedeutung ihrer Transfereinkommen für das gesamte Verfügungseinkommen der Privathaushalte und wegen ihrer Bedeutung innerhalb der Transfereinkommen als Untersuchungsgegenstand für derartige Untersuchungen der Regionalverteilung und Regionalwirkung der Sozialtransfers an.

3. Die Älteren als vorrangige Empfänger von Monetärtransfers und als wichtige Empfänger von Realtransfers

Die Transferforschung unterscheidet zwischen monetären und realen Übertragungen aus den öffentlichen Haushalten in die privaten Haushalte, d.h. zwischen öffentlichen Geldleistungen und öffentlichen Sachleistungen. Solche öffentlichen Geldleistungen sind beispielsweise die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung; solche öffentlichen Leistungen sind beispielsweise die Arztpraxis- oder Krankenhausleistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (TRANSFER-ENQUETE-KOMMISSION 1981: 38, 62 und 74).

Betrachtet man zunächst den Anteil der Sozialtransfers an den verfügbaren Einkommen der Privathaushalte, so zeigt sich, daß die Übertragungen zur Altersversorgung hieran einen wesentlichen Anteil haben. Etwa 20 v.H. der Verfügungseinkommen der Privathaushalte werden durch Privathaushalte gestellt, die diese über die Altersversorgung beziehen (siehe TABELLE 1).

Betrachtet man sodann die Verteilung der Gesamtheit der Monetär- und Realtransfers auf die verschiedenen sozialdemographischen Gruppen, so nehmen hier die Älteren, d.h. vor allem die Gruppe der 60 und mehr Jahre alten Personen eine vorrangige bzw. wichtige Stellung ein (siehe TABELLE 2).

Rund 70 v.H. aller Transfergeldleistungen gehen an Haushalte von Rentnern oder Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes und weit über 30 v.H. der Transfersachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für Gesundheit gehen an Rentnerhaushalte.

Auch wenn die Haushaltsvorstände der Rentnerhaushalte nicht restlos deckungsgleich mit der Gruppe der 60 und mehr Jahre alten Personen sind, zeigen diese Zahlen doch die entscheidende Bedeutung der Älteren als Empfänger von sozialen Monetär- und Realtransferleistungen und dabei für das verfügbare Einkommen der Privathaushalte.

Es ist daher für die Zusammensetzung und die Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftskreisläufe von erheblicher Bedeutung, wie sich die Älteren als Transferempfänger regional verteilen. Ebenso ist es für die regionalen

TABELLE 1: ANTEIL DER TRANSFERS AN ALTERSVERSORGUNGSHAUSHALTE^{*)} AM VERFÜGBAREN EINKOMMEN DER PRIVATHAUSHALTE IM VERGLEICH 1970 - 1985

Einkommen/Transfers	J a h r e			
	1970	1975	1980	1985
Verfügbares Einkommen der Privathaushalte Mrd. D-Mark	449	743	1 040	1 261
Transfers an Privathaushalte insgesamt Mrd. D-Mark	131	261	364	435
Transfers für Altersversorgung an Privathaushalte Mrd. D-Mark	87	160	234	283
Anteil der Altersversorgungstransfers (1) am verfügbaren Einkommen in v.H.	19,4	21,5	22,5	22,4

*) Private Haushalte, an die Transfers zur Altersversorgung erfolgen

1) Einschließlich Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung der Rentner

Quelle: DIW 1986a: 399

TABELLE 2: RENTNERHAUSHALTE ALS EMPFÄNGER VON TRANSFERGELDLEISTUNGEN UND TRANSFERSACHLEISTUNGEN IM VERGLEICH 1978 IN V.H.

Anteil der Transfergeldleistungen (1) am Sozialbudget	73,4
Anteil der Rentnerhaushalte (2) an den Transfergeldleistungen	70,0
Anteil der Transfersachleistungen (3) für Gesundheit am Sozialbudget	15,4
Anteil der Rentnerhaushalte an den Transfersachleistungen für Gesundheit	33,8

1) Zahlungen, Ermäßigungen, Prämien, sonstiges

2) Haushalte mit Rentnern oder Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes als Haushaltsvorstand

3) Nur Transfersachleistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung

Quelle: SOZIALBERICHT 1980: 74,62; TRANSFER-ENQUETE-KOMMISSION 1981: 39; BMA 1980: 13 ff.

Wirtschaftskreisläufe bedeutsam, wie die Transferleistungen an die Älteren regional entstehen, sich verteilen und fortwirken.

4. Die Älteren als Faktor der Regionalverteilung und Regionalwirkung der Sozialtransfers

Bei den für die Älteren vorgesehenen Sozialtransfers und deren Regionalverteilung und Regionalwirkung sind Betrachtungen auf der Ebene der Zuständigkeitsräume der gebietsbeschränkten, d.h. regionalen bzw. der bundesweiten, d.h. nationalen Finanzierungsträger dieser Sozialtransfers möglich. Möglich sind aber auch Betrachtungen auf der Ebene der Gebietseinheiten der Raumordnung, d.h. der Raumordnungsregionen. Die Verteilung und Weiterwirkung der Sozialtransfers zwischen diesen Zuständigkeitsräumen der regionalen bzw. nationalen Finanzierungsträger der Sozialtransfers bzw. zwischen den Raumordnungsregionen können dabei für ein Untersuchungsjahr oder im Zeitverlauf betrachtet werden.

4.1. Die Leistungserfordernisse der Älteren in der Rentenversicherung und in der Rentnerkrankenversicherung als Faktoren der Finanzverflechtung zwischen regionalen und nationalen Sozialversicherungsträgern

Bei zahlreichen regionalen Rentenversicherungsträgern und auch regionalen Trägern der Rentnerkrankenversicherung sind die Leistungserfordernisse für die Rentner, d.h. für die Älteren deutlich höher als die Beitragsaufkommen der Erwerbstätigen und auch der beitragszahlenden Rentner.

Diese Unterschiede werden durch Verfahren der Gemeinlastbildung bzw. der Finanzierungsanteilsbildung zwischen den regionalen und teilweise auch zwischen den nationalen Rentenversicherungsträgern bzw. Trägern der Rentnerkrankenversicherung ausgeglichen (BLUM 1984; MATHEW 1986).

Für die darüber hinaus verbleibenden ebenfalls noch erheblichen Unterschiede zwischen den Beitragsaufkommen und den Leistungserfordernissen besteht in der Rentenversicherung ein Unterdeckungsungleich vor allem zwischen den regionalen und den nationalen Rentenversicherungsträgern und

in der Rentnerkrankenversicherung ein Finanzausgleich ebenfalls vor allem zwischen den regionalen und den nationalen Trägern der Rentnerkrankenversicherung.

Besonders weit über den Beitragsaufkommen liegen dabei die Leistungserfordernisse für die Rentner bei den regionalen Rentenversicherungsträgern und regionalen Trägern der Rentnerkrankenversicherung in Berlin, dessen regionale Sozialversicherungsträger daher besonders hohe Ausgleichszuführungen von allen anderen regionalen und auch nationalen Versicherungsträgern beziehen. Vor allem die regionalen Rentenversicherungsträger und regionalen Träger der Rentnerkrankenversicherung in Baden-Württemberg leisten hier hohe Zahlungen bzw. erhalten von den anderen regionalen und auch nationalen Sozialversicherungsträgern keine oder nur geringe Ausgleichszuführungen (siehe TABELLEN 3 und 4).

Die bei zahlreichen regionalen Rentenversicherungsträgern und regionalen Trägern der Rentnerkrankenversicherung bestehende Lücke zwischen den Leistungserfordernissen der Rentner und den Beitragsaufkommen der Erwerbstätigen bewirkt demnach auf dem Wege über das beschriebene zweistufige Ausgleichsverfahren eine Mitbeanspruchung der Budgets vor allem auch der nationalen Sozialversicherungsträger für die finanzielle Leistungsfähigkeit der regionalen Sozialversicherungsträger. Von dieser wiederum hängt wegen der Bedeutung der Sozialtransfers der Älteren für die Verfügungseinkommen der Privathaushalte auch die wirtschaftliche Stabilität in vielen Regionen ab.

4.2. Der Leistungsbedarf der Älteren als Faktor der Finanzverflechtung zwischen Sozialhilfeträgern und Sozialversicherungsträgern

Leistungen der Sozialhilfe werden überproportional durch die betagte Wohnbevölkerung benötigt (TESIC 1983: 287 und 289). Die örtlichen und die überörtlichen Träger der Sozialhilfe gleichen Ausgaben der Sozialhilfe durch Einnahmen von den Sozialhilfeempfängern selbst, ihren Unterhaltspflichtigen und ihren Sozialversicherungsgemeinschaften aus (TESIC 1983: 260).

Dabei machen die Einnahmen der Sozialhilfeträger von den Sozialversiche-

TABELLE 3: FINANZAUSGEGLICHENE BILANZSALDEN BEI DEN REGIONALEN TRÄGERN DER RENTENVERSICHERUNG*) NACH BUNDESLÄNDERN 1982

Bundesländer	Bilanzsalden	Salden aller Einnahmen und Ausgaben in der Rentenversicherung **)
		DM je Einwohner
Berlin		1 177,20
Schleswig-Holstein		523,20
Rheinland-Pfalz		440,80
Niedersachsen und Bremen		408,80
Hessen		357,10
Bayern		348,10
Nordrhein-Westfalen		332,90
Saarland		191,90
Hamburg		139,70
Baden-Württemberg		49,10
Bundesgebiet		337,50

*) Landesversicherungsanstalten

**) Einschließlich Gemeinlastbildung, Unterdeckungsausgleich und Bundeszuschuß

Quelle: BLUM 1984 sowie eigene Berechnungen

TABELLE 4: SALDIERTE FINANZAUSGLEICHSZAHLUNGEN BEI DEN REGIONALEN TRÄGERN DER RENTNERKRANKENVERSICHERUNG NACH BUNDESLÄNDERN 1983

Bundesländer	Ausgleichs- zahlungen	Finanzausgleichszahlungen in der Krankenversicherung der Rentner *)
	DM je Einwohner	
Berlin		9,70
Niedersachsen und Bremen		9,40
Schleswig-Holstein		6,50
Hessen		5,90
Saarland		5,20
Bayern		3,30
Rheinland-Pfalz		2,10
Nordrhein-Westfalen		1,10
Hamburg		0,20
Baden-Württemberg	-	2,00
Bundesgebiet		3,00

*) KVdR-Abgrenzungsbetrag und KVdR-Schlußausgleich bei den Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen in den Ländern, Innungskrankenkassen.

Quelle: BMA 1983 und eigene Berechnungen

Trägern, d.h. Finanzverflechtungen zwischen den örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern einerseits und den regionalen und nationalen Sozialversicherungsträgern andererseits die Sozialhilfeträger von der Einkommens- und Vermögenslage der Sozialhilfeempfänger und ihrer Unterhaltspflichtigen, d.h. der Einkommens- und Vermögenslage der Privathaushalte vergleichsweise unabhängig.

In Berlin mit dem höchsten Anteil an Sozialhilfeausgaben am Bruttoinlandsprodukt trägt ein besonders hoher Anteil der Einnahmen der Sozialhilfeträger von den Sozialversicherungsträgern dazu bei, daß die Nettoausgabenquote für Sozialhilfe gleichwohl unter dem Bundesdurchschnitt bleibt. In Baden-Württemberg erlaubt auch ein besonders niedriger Anteil der Einnahmen der Sozialhilfeträger von den Sozialversicherungsträgern dennoch eine unter dem Bundesdurchschnitt liegende Nettoausgabenquote. Der besonders niedrige Anteil der Sozialhilfeausgaben in Baden-Württemberg deutet dabei darauf hin, daß die Einkommen der Privathaushalte nicht nur geringe Sozialhilfeauswendungen erforderlich machen, sondern auch erhebliche Einnahmen der Sozialhilfeträger von den Privathaushalten ermöglichen (siehe TABELLE 5).

4.3. Die Versicherungszugehörigkeiten und die Wohnortwanderungen der Älteren als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialversicherungstransfers

Für die tatsächliche Verteilung der altersbezogenen Sozialtransfers auf die Gebietseinheiten der Raumordnung, d.h. auf die Raumordnungsregionen, sind die Versicherungszugehörigkeiten der Älteren beachtlich. Die resultierenden Monetär- und Realtransfers der nationalen Sozialversicherungsträger sind bislang nicht oder nur ansatzweise regionalisiert dargestellt.

In den nationalen Sozialversicherungsgemeinschaften sind vorrangig früher als Angestellte tätige Rentner renten- bzw. rentnerkrankenversichert, die höhere Rentenzahlungen beziehen (VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER 1984: 14). Überproportionale Anteile von nationalen Rentenversicherungsgemeinschaften angehörenden Rentnern in bestimmten Regionen bedeuten dann auch überproportionale Anteile dieser Räume an den Rentenzahlungen insgesamt.

TABELLE 5: FINANZVERFLOCHTENE NETTOAUSGABENQUOTEN DER SOZIALHILFE NACH BUNDESLÄNDERN 1983

Sozialhilfe Bundesländer	Einnahmenquote der Sozialver- sicherungsträger 1980 (1)	Nettoausgaben- quote der Sozialhilfe 1980 (2)	Sozialhilfe- quote 1980 (3)
	i n v. H.		
Berlin	77,7	76,1	1,8
Bremen	76,9	76,2	1,1
Saarland	75,1	78,4	1,0
Hessen	64,8	77,7	0,9
Nordrhein-Westfalen	54,8	76,0	1,0
Rheinland-Pfalz	37,0	75,0	0,7
Hamburg	36,0	78,4	0,8
Bayern	33,6	76,6	0,6
Schleswig-Holstein	30,4	75,0	1,2
Niedersachsen	16,7	80,0	1,2
Baden-Württemberg	14,5	73,7	0,6
Bundesgebiet	44,8	76,7	0,9

- 1) Anteil der Sozialhilfeeinnahmen aus Ersatzleistungen der Sozialversicherungsträger an allen Sozialhilfeeinnahmen
- 2) Anteil der Sozialhilfe-Nettoausgaben an den Sozialhilfe-Bruttoausgaben
- 3) Anteil der Sozialhilfe-Bruttoausgaben am Bruttoinlandsprodukt

Quelle: TESIC 1983: 31 f., 324 f., 327

In Berlin scheint dabei der Anteil von nationalen Versicherungsgemeinschaften, insbesondere von der Angestelltenversicherung angehörenden Rentnern, besonders niedrig zu sein, da dort umgekehrt der Anteil der bei der regionalen Landesversicherungsanstalt geführten Renten an der älteren Wohnbevölkerung besonders hoch ist, während er etwa in Baden-Württemberg dem Bundesdurchschnitt entspricht (siehe TABELLE 6).

Dabei ist zu bedenken, daß der Anteil der bei den regionalen Landesversicherungsanstalten geführten Renten im Bundesdurchschnitt und in einzelnen Bundesländern wie etwa dem Saarland und Nordrhein-Westfalen deutlich höher liegen würde, wenn die letztlich auch als regionaler Rentenversicherungsträger zu betrachtende Bundesknappschaft herausgerechnet wäre.

Für die tatsächliche Verteilung der altersbezogenen Sozialtransfers auf die Raumordnungsregionen beachtlich sind umgekehrt auch noch bei den regionalen Rentenversicherungsträgern die Wohnortwanderungen der Älteren, wenn diese zwar ihre Rente im Gebiet des für ihren vormaligen Wohnort zuständigen regionalen Sozialversicherungsträgers beantragt haben und die Rentenzahlungen daher auch von dort erhalten, zwischenzeitlich aber in eine andere Region abgewandert sind und dorthin ihre Rente beziehen (BLUM 1984: 4; ZIMMERMANN 1981: 172). Solche Wanderungen können dann das tatsächliche Anteilsverhältnis der in regionalen bzw. nationalen Sozialversicherungsgemeinschaften geführten Renten und die damit verbundenen Rentenzahlungsstrukturen und Rentenzahlungsvolumina in den einzelnen Raumordnungsregionen gegenüber den auf der Ebene der Zuständigkeitsräume der regionalen bzw. nationalen Sozialversicherungsträger gegebenen Verhältnissen erheblich verändern.

4.4. Der gesundheitsbezogene Verbrauch der Älteren und der altersbezogene Umsatz der Gesundheitswirtschaft als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialversicherungstransfers

Wie sich die Sozialversicherungstransfers auf die Raumordnungsregionen tatsächlich verteilen, hängt wesentlich auch davon ab, ob die für die Rentner in einem Gebiet abgerechneten gesundheitswirtschaftlichen Realtransfers die von der Gesundheitswirtschaft in diesem Gebiet für Rentner abgerech-

**TABELLE 6: ANTEILE DER RENTEN IN REGIONALEN VERSICHERTENGEMEINSCHAFTEN*)
NACH BUNDESLÄNDERN 1984**

Bundesländer	Versicherten- gemeinschaft	Anteile der Landesversicherungs- anstaltsrenten an der Wohnbe- völkerung mit 60 und mehr Jahren (1)
		i n v. H.
Berlin		78
Bayern		75
Hamburg		74
Baden-Württemberg		65
Rheinland-Pfalz		63
Niedersachsen und Bremen		62
Nordrhein-Westfalen		62
Schleswig-Holstein		60
Hessen		57
Saarland		42
Bundesgebiet		65

*) Landesversicherungsanstalten im Unterschied zu Bundesbahnversicherungsanstalt, Seekasse, Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und Bundesknappschaft

1) Versichertenrenten und Hinterbliebenenrenten ohne Waisenrente

Quelle: Eigene Berechnungen und VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGS-TRÄGER 1984

neten Sachleistungen unterschreiten bzw. überschreiten oder diesen entsprechen. Starke Unterschreitungen deuten darauf hin, daß die jeweilige Raumordnungsregion bzw. ihre Gesundheitswirtschaft noch Sozialtransfers, die für die Gesundheitsversorgung der Älteren bestimmt sind, aus anderen Räumen anzieht. Starke Überschreitungen deuten darauf hin, daß die für die Gesundheitsversorgung der Älteren in der jeweiligen Region bestimmten Sozialtransfers von der dortigen Gesundheitswirtschaft nicht realisiert werden können und an die Gesundheitswirtschaft in anderen Regionen abfließen. (Beispielhaft zum realen Gesundheitsverbrauch der Älteren in einem Bundesland siehe TABELLE 7.)

Für das Deckungsverhältnis zwischen dem gesundheitsbezogenen Verbrauch der Älteren und dem altersbezogenen Umsatz der Gesundheitswirtschaft in den Raumordnungsregionen spielen dabei vor allem die Kernstadt-Umlandbeziehungen eine wesentliche Rolle. Vor allem im hochverdichteten und ländlichen Umland von Regionen mit großen Verdichtungsräumen ist eine besonders starke Zuwanderung der 60 und mehr Jahre alten Personen aus den Kernstädten der Verdichtungsräume zu erwarten. Dem entsprechend wachsenden Gesundheitsverbrauch im Umland stehen dort häufig noch nicht ausreichende Umsatzkapazitäten der Gesundheitswirtschaft gegenüber (GATZWEILER 1985: 211; MONHEIM 1985: 165).

4.5. Exkurs: Der Arzneimittelverbrauch der Älteren und der altersbezogene Arzneimittelumsatz als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialversicherungstransfers

Für die tatsächliche Verteilung der Sozialversicherungstransfers auf die Raumordnungsregionen ist entscheidend, ob und wie die für die Rentner in einem Gebiet abgerechneten gesundheitswirtschaftlichen Transfers die von der Gesundheitswirtschaft in diesem Gebiet für Rentner abgerechneten Sachleistungen unterschreiten bzw. überschreiten. Im Bereich des Arzneimittelverbrauchs der Älteren bzw. des altersbezogenen Arzneimittelumsatzes stellen sich hier besondere Probleme.

So liegt zunächst das Arzneimittelverbrauchsniveau bei den Rentnermitgliedern der nationalen Träger der Rentnerkrankenversicherung deutlich

TABELLE 7: DER GESUNDHEITSVERBRAUCH DER ÄLTEREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG NACH SACHLEISTUNGSARTEN 1983

Sachleistungs- ausgaben	Gesundheits- verbrauch	Ausgaben für 65 und mehr Jahre alte Personen
		DM je Einwohner
Ambulante Behandlung und Zahnersatz		1 775,--
Stationäre Behandlung		1 310,--
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel		1 019,--
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen		411,--
Verwaltung		158,--
Krankheitsfolgeleistungen		154,--
Stationäre Kurzbehandlung		62,--
Ausbildung und Forschung		45,--
Insgesamt		4 934,--

Quelle: LINDER 1985: 32

über dem der Rentnermitglieder der regionalen Träger der Rentnerkrankenversicherung (siehe TABELLE 8). Regionen mit einem vergleichsweise höheren Anteil von Rentnern, die nationalen Sozialversicherungsgemeinschaften angehören, haben damit einen höheren Arzneimitteltransfer als Regionen mit niedrigeren Anteilen von Rentnern in nationalen Sozialversicherungsgemeinschaften.

Gleichzeitig sind aber die Arzneimittelumsätze nur in Höhe der Anteile der Apotheken und des Großhandels den Raumordnungsregionen zurechenbar, während die Anteile der Arzneimittelhersteller in wenigen Unternehmensstandortregionen abfließen. Wie weit der Arzneimittelverbrauch der Älteren in einer Region als gesundheitswirtschaftlicher Realtransfer dort auch tatsächlich als altersbezogener Arzneimittelumsatz der Gesundheitswirtschaft realisiert wird, ist nur für den Bereich der Apotheken und des Großhandels feststellbar. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß aus Regionen mit sehr hohen Anteilen von nationalen Sozialversicherungsgemeinschaften angehörenden Rentnern wegen des spezifisch hohen Arzneimittelverbrauchs dieser Gruppe vergleichsweise höhere Anteil der gesundheitswirtschaftlichen Realtransfers in die Unternehmensstandortregionen der Arzneimittelwirtschaft abfließen. (Zu den Arzneimitteln mit überdurchschnittlichem Umsatz in der Rentnerkrankenversicherung 1981 siehe TABELLE 9.)

4.6. Die Hilfebedürftigkeit und die Anstaltspflege der Älteren als Faktoren der Regionalverteilung der Sozialhilfetransfers

Die tatsächliche Verteilung der Sozialhilfeübertragungen an die Älteren auf die Raumordnungsregionen ist zunächst dadurch gekennzeichnet, daß von den norddeutschen Stadtstaaten über die norddeutschen Flächenländer zu den süddeutschen und südwestdeutschen Flächenländern ein deutliches Nord-Süd-Gefälle in der Sozialausgabendichte feststellbar ist (HINSCHÜTZER/MOMBER 1984: 280; TESIC 1983: 195). Ein derartiges Gefälle besteht auch von den Großstädten zu den agrarisch geprägten Landkreisen (KRUG 1986: 245). Dabei zeigt sich, daß der Anteil betagter Hilfebedürftiger an der Wohnbevölkerung vor allem in den norddeutschen Stadtstaaten deutlich höher liegt als in den Vergleichsgebieten (TABELLE 10).

TABELLE 8: ARZNEIMITTELAUSGABEN ^{*)} DER REGIONAL FINANZIERTEN UND DER ÜBERREGIONAL FINANZIERTEN KRANKENKASSEN IN DER RENTNERKRANKENVERSICHERUNG 1967 - 1983

Kassen	Jahre	1967	1976	1983
	DM je Mitglied			
Regional finanzierte Krankenkassen (1)		153,--	474,--	714,--
Überregional finanzierte Krankenkassen (2)		172,--	559,--	799,--

*) Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken für Rentner und ihre Familienangehörigen je Rentner bzw. Rentenantragsteller.

- 1) Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen in den Bundesländern, Innungskrankenkassen, Landkrankenkassen/Landwirtschaftliche Krankenkassen, Knappschaftliche Krankenkassen (bis 1969)
- 2) Ersatzkassen für Angestellte, Ersatzkassen für Arbeiter, Betriebskrankenkassen des Bundes, Seekasse, Bundesknappschaft (seit 1969)

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Statistik der Gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland

TABELLE 9: ARZNEIMITTEL MIT ÜBERDURCHSCHNITTLICHEM UMSATZ IN DER RENTNERKRANKENVERSICHERUNG 1981

Geordnet nach der Rangfolge der Höhe des Indikationsgruppenumsatzes
- Analgetika/Antirheumatika
- Psychopharmaka
- Durchblutungsfördernde Mittel
- Antihypertonika
- Koronarmittel
- Antidiabetika
- Kardiaka
- Venenmittel
- Bronchosp./Antiasthmatica
- Beta-Rezeptorenblocker

Quelle: KASSENÄRZTLICHE BUNDESVEREINIGUNG 1983: Darstellung 4

TABELLE 10: ANTEILE DER BETAGTEN SOZIALHILFEEMPFÄNGER AN DER WOHN-
BEVÖLKERUNG UND ANTEILE DER BRUTTO-SOZIALHILFEAUSGABEN
AM BRUTTO-INLANDSPRODUKT NACH BUNDESLÄNDERN 1980

Sozialhilfe Bundesländer	Betagtenquote (1)	Sozialhilfequote (2)
	i n v. H.	
Berlin	2,2	1,8
Hamburg	1,7	0,8
Bremen	1,4	1,1
Schleswig-Holstein	1,1	1,2
Nordrhein-Westfalen	1,1	1,0
Hessen	1,1	0,9
Niedersachsen	1,0	1,2
Rheinland-Pfalz	0,9	0,7
Saarland	0,9	1,0
Bayern	0,7	0,6
Baden-Württemberg	0,6	0,6
Bundesgebiet	1,0	0,9

- 1) Anteil der 65 und mehr Jahre alten Sozialhilfeempfänger an der Wohnbevölkerung
- 2) Anteil der Brutto-Sozialhilfeausgaben am Brutto-Inlandsprodukt

Quelle: TESIC 1983: 311, 317 f.

Damit kann von einer Häufung der Brutto-Sozialhilfeausgaben für die Älteren in den norddeutschen Ballungsräumen ausgegangen werden der - wenn auch mit Gewichtsverschiebungen - eine Häufung der Netto-Sozialhilfeausgaben entspricht (TESIC 1983: 325).

Die Erbringung der Sozialhilfe ist zwischen den örtlichen und den überörtlichen Sozialhilfeträgern aufgeteilt.

Inbesondere im Falle der Anstaltspflege werden die entsprechenden Ausgaben von den überörtlichen Sozialhilfeträgern getätigt. Diese Ausgaben für Anstaltspflege machen im Bundesdurchschnitt 1980 etwa ein Drittel aller Sozialhilfeausgaben aus und werden zu zwei Dritteln von betagten Sozialhilfeempfängern beansprucht (TESIC 1983: 27, 30, 319). Insgesamt sind dabei die Anteile der Sozialhilfeausgaben für Anstaltspflege überproportional höher als die Anteile der Sozialhilfeempfänger mit Anstaltspflege an allen Sozialhilfeempfängern (TESIC 1983: 312).

Für die tatsächliche regionale Verteilung der Sozialhilfeübertragungen an die Älteren ist demnach neben der Anzahl betagter Empfänger von Sozialhilfeleistungen in einer Region vor allem auch die Anzahl von betagten Empfängern von Sozialhilfe zur Anstaltspflege entscheidend, da diese überproportionale Anteile der Sozialhilfeleistungen beziehen (TABELLE 11).

4.7. Die Lebenserwartung der Älteren als Faktor der Regionalverteilung der Sozialtransfers

Für die tatsächliche Verteilung der Sozialtransfers auf die Raumordnungsregionen hat die unterschiedliche Lebenserwartung der Älteren in diesen Regionen eine erhebliche Bedeutung (HEINS/STIENS 1984: 1).

Je kürzer bzw. je länger die Lebenserwartung der Älteren in den verschiedenen Raumordnungsregionen ist, um so kürzer bzw. länger sind diese Älteren Sozialtransferempfänger und um so niedriger oder höher ist die Zahl von Empfängern altersbezogener Sozialtransfers in einer Region zu einem bestimmten Zeitpunkt (siehe TABELLE 12).

TABELLE 11: ANTEILE DER ANSTALTPFLEGEEMPFÄNGER UND DER ANSTALTS-
PFLEGEAUSGABEN DER SOZIALHILFE NACH BUNDESLÄNDERN 1980

Sozialhilfe Bundesländer	Anstaltspflege- empfängerquote 1980 (1)	Anstaltspflege- ausgabenquote 1980 (2)
	in v.H.	
Baden-Württemberg	14,4	41,0
Hamburg	13,5	33,1
Schleswig-Holstein	13,4	40,2
Hessen	12,4	33,6
Rheinland-Pfalz	12,3	34,2
Berlin	11,3	33,1
Bremen	11,1	31,9
Bayern	11,0	30,0
Nordrhein-Westfalen	9,5	31,8
Niedersachsen	9,1	25,0
Saarland	8,7	26,5
Bundesgebiet	11,0	32,4

- 1) Anteil der Empfänger von Sozialhilfe zur Anstaltspflege an allen Sozialhilfeempfängern
- 2) Anteil der Ausgaben für Sozialhilfe zur Anstaltspflege an allen Brutto-Sozialhilfeausgaben

Quelle: TESIC 1983: 312 f., 319

TABELLE 12: DURCHSCHNITTLICHE LEBENSERWARTUNG DER 50JÄHRIGEN MÄNNER
UND FRAUEN NACH BUNDESLÄNDERN 1970/1972

Bundesländer	Lebenserwartung	
	Männer	Frauen
i n J a h r e n		
Baden-Württemberg	23,74	28,01
Hessen	23,65	27,90
Schleswig-Holstein	23,50	27,91
Bayern	23,38	27,76
Niedersachsen	23,27	27,82
Hamburg	22,98	28,00
Rheinland-Pfalz	22,94	27,42
Bremen	22,88	27,85
Nordrhein-Westfalen	22,43	27,36
Saarland	22,12	26,80
Berlin	22,05	27,06
Bundesgebiet	23,05	27,65

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1976: 29

Aus dieser Sicht kann Baden-Württemberg mit seiner überdurchschnittlichen Lebenserwartung der 50jährigen Männer und Frauen mit einer Tendenz zu hohen Anteilen an den altersbezogenen Sozialtransfers rechnen, während Berlin mit seiner unterdurchschnittlichen Lebenserwartung der 50jährigen Männer und Frauen von einer vergleichweisen Verringerung seines Anteils an den altersbezogenen Sozialtransfers ausgehen muß.

In dieser Überlegung bleibt das "Zugangsalter" der Sozialtransferempfänger und die Entwicklung des "Zugangsrisikos" unberücksichtigt.

5. Die Bedeutung der Älteren für die regionalen Sozialbudgets als Forschungsaufgabe der Regionalökonomie

Die von der Politik angekündigten Neuordnungen der Renten- und der Krankenversicherung und die dazu seit einer ganzen Reihe von Jahren geführte sozialökonomische und sozialpolitische Diskussion leiden am Mangel einer ungenügenden Verdeutlichung der gesamtwirtschaftlichen und der gebietswirtschaftlichen Wirkungen, insbesondere Nutzenwirkungen der Sozialtransfers (GOESCHEL 1986b).

Es ist daher eine vorrangig wichtige Forschungsaufgabe der Regionalökonomie, diese Nutzenwirkungen der Sozialtransfers zu verdeutlichen, um mögliche Schadwirkungen von zu einseitig oder zu kurzschlüssig angelegten Neuordnungsmaßnahmen aufzuzeigen.

Da sich bei der wachsenden Gruppe der Älteren Probleme der Rentenversicherung, der Rentnerkrankenversicherung und der Sozialhilfe kumulieren, ist vor allem eine Untersuchung der Bedeutung der Älteren für die regionalen Sozialbudgets vorrangig erforderlich.

+ DREI THESEN ZUR ÖKONOMISCHEN BEDEUTUNG VON DIENSTLEISTUNGEN IN EINER
DEMOGRAPHISCH ALTERNDEN GESELLSCHAFT*)

Gert Wagner

Inhalt:

1. Gang der Untersuchung
2. Das gegenwärtig niedrige Rentenzugangsalter ist keine optimale Lösung (These 1)
3. Freizeit und Eigenproduktion sind nur bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit viel wert (These 2)
4. Soziale Dienstleistungen können zu einer Produktivkraft werden, ohne daß eine Erhöhung des sogenannten Staatsanteils notwendig wäre (These 3)
5. Schlußfolgerungen

Im folgenden soll es nicht darum gehen, die konkrete Struktur der künftigen Dienstleistungen von älteren Menschen bzw. für diese Gruppe zu untersuchen. Dies ist zum einen eine gerontologische Aufgabe, die in vielen anderen Beiträgen dieses Bandes diskutiert wird. Aus ökonomischer Sicht wäre die konkrete Analyse der Dienstleistungen von und für Ältere eine weitgehend betriebswirtschaftliche Aufgabe (vgl. z.B. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 1987; SCHNORBUS 1987). Hier sollen vielmehr die ökonomischen Rahmenbedingungen für den Wandel der Dienstleistungsstrukturen thesenartig umrissen werden, um nicht zuletzt auch auf weiteren Forschungsbedarf aufmerksam zu machen.

*) Der Autor dankt Christa Fricke und Reinhold Thiede für Diskussionen und Anregungen, denen freilich nicht allen gefolgt wurde.

1. Gang der Untersuchung

Da die gegenwärtige Altersgrenze bzw. das gegenwärtige Rentenzugangsalter nicht einer systematischen Zieldiskussion entspringt, gilt es, als erstes zu klären, mit welchem Alter die Phase jenseits der Erwerbstätigkeit in Zukunft beginnen wird bzw. - gemessen an zu explizierenden Zielen - beginnen sollte. Dabei wird nicht von der Seite der Arbeitsnachfrage ausgegangen, sondern von der Seite des Arbeitsangebotes (These 1).

Die Überlegungen, die für die theoretisch optimale Bestimmung der Altersgrenze angewandt werden, werden auch für die Diskussion der Bedeutung des informellen Sektors, der "Bedarfsarbeit (Gebrauchsarbeit)", Selbstversorgung und des sogenannten geldfreien Dienstleistungsaustausches benutzt. Aufgrund der in These 2 theoretisch und empirisch aufgezeigten Komplementarität von effizienter Haushaltsproduktion und Erwerbsarbeit wird die These aufgestellt, daß ein höheres Rentenzugangsalter - zumindest für gesundheitlich nicht wesentlich Beeinträchtigte - in Zukunft dem jetzigen niedrigen Rentenzugangsalter vorgezogen werden wird, wodurch sich u.a. neue Konsumstrukturen ergeben werden. Freilich gilt es, dies sei an dieser Stelle angemerkt, für das Ziel eines höheren Rentenzugangsalters wirtschaftspolitisch zu arbeiten, da nicht damit gerechnet werden kann, daß das Rentenzugangsalter aufgrund der Arbeitsmarktsituation gewissermaßen automatisch nach oben gehen wird (vgl. WAGNER 1986a).

Auf der Basis dieser Vorklärungen wird in These 3 auf die Möglichkeiten der Befriedigung spezifischer Dienstleistungsnachfrage älterer (nicht erwerbstätiger) Menschen eingegangen. Die empirische Basis dieser Überlegungen bezieht sich im wesentlichen auf REIN (1985); die strategischen Überlegungen folgen im wesentlichen KRUPP (1986).

2. Das gegenwärtig niedrige Rentenzugangsalter ist keine optimale Lösung

Sieht man von gesundheitlichen Problemen ab, die mit dem Alter einhergehen (können), gibt es an sich nur deswegen das ökonomische Problem "einer" Phase "jenseits" der Erwerbstätigkeit, weil durch die Gestaltung der Rentenversicherung und ähnlicher Systeme eine geplante Phase der völligen

Nicht-Erwerbstätigkeit geschaffen wird. Es wird oft übersehen, daß eine derartig regulierte Altersgrenze sicherlich Unternehmungen große Produktivitäts- und Planungsvorteile bringt (vgl. WAGNER 1986b: 19 ff.), während für die betroffenen Versicherten bzw. Rentner flexible Lösungen für den Übergang in den Ruhestand ("freie Wahl des Rentenzugangsalters") und gleitende Übergänge von der Vollerwerbstätigkeit über Teilerwerbstätigkeit hin zur völligen Nicht-Erwerbstätigkeit wahrscheinlich mehr Nutzen bringen würden. (Zur Darstellung von "Gleitmodellen" und deren Diskussion siehe REIMANN 1987.)

Es soll natürlich nicht behauptet werden, daß es keine Gruppen gäbe, die bedingt durch hohe Belastungen während der Erwerbstätigkeit so früh wie möglich in Rente gehen möchten. Empirische Untersuchungen zeigen aber seit langem, daß es auch Gruppen gibt, die ein höheres Rentenzugangsalter vorziehen würden, zumal man sich ja wie gesagt auch Lösungen wie Teil-Erwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Teil-Rente vorstellen kann (vgl. z.B. BRÜCKNER/MAYER 1987). Ohne auf entsprechende gerontologische Befunde eingehen zu müssen, die für eine kürzere Ruhestandsphase sprechen, wird bereits anhand einer einfachen demographischen Überlegung deutlich, daß die gegenwärtige Altersgrenze bzw. Ruhestandsdauer diskussionswürdig ist, weil bei einer steigenden Lebenserwartung der Anteil des Ruhestandes an der gesamten Lebenszeit ständig zunimmt.

Es wurde vom Autor bereits an anderer Stelle gezeigt (vgl. WAGNER 1986b: 60 ff.), daß eine Erhöhung und insbesondere eine Flexibilisierung des Rentenzuganges eine ganze Reihe sehr ernst zu nehmender Arbeitsmarktprobleme mit sich bringen würde, beispielsweise die Gefahr einer stärkeren Individualisierung des Arbeitslosigkeitsrisikos für ältere Arbeitnehmer. Aber von einer streng personenbezogenen Betrachtung ausgehend liegt es nahe, daß durch gleitendes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und eine damit verbundene Flexibilisierung und Erhöhung des Rentenzugangsalters die "Ergrauung" einer ganzen Gesellschaft (vgl. auch HONDRICH 1986) wirksam "bekämpft" werden könnte. Insofern liegt darin auch die in diesem Band thematisierte "produktive Wendung des Alterns" einer Bevölkerung (vgl. die Beiträge von MÜLLER und ROSENMAYR). Nach Ansicht des Autors muß entsprechend daran gearbeitet werden, um damit möglicherweise verbundene Arbeitsmarktprobleme zu vermeiden (vgl. WAGNER 1986a).

Eine allgemeine, produktivitätsorientierte Arbeitszeitverkürzung auf etwa 30 Wochenstunden gehört aus verschiedenen Gründen zur Arbeitsmarktstrategie, die für eine Erhöhung des Rentenzugangsalters sorgen kann: neben einer "Verknappung" der Arbeit bietet eine kürzere Wochen- und Jahresarbeitszeit die Chance, den gesundheitlichen Verschleiß von Arbeitnehmern zu bremsen und damit die Attraktivität von Erwerbstätigkeit im Alter zu erhöhen. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, verbunden mit einer flexibleren Gestaltung des Arbeitslebens würde im übrigen nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch Familien mit pflegebedürftigen älteren Menschen zugute kommen (vgl. KANNENGIESSER 1986). Allerdings kann es mittel- und langfristig nur um Arbeitszeitverkürzungen gehen, die aus dem Produktivitätsfortschritt finanziert werden.

Aber selbst wenn man zum Ergebnis kommt, daß eine längere "Aktivenphase" anzustreben ist, kann man in einem zweiten Schritt fragen, ob es sinnvoll ist, die Produktivkraft des Alters innerhalb einer formalen Erwerbstätigkeit und den Marktgesetzen unterworfen zu nutzen. Darauf wird in der folgenden These eingegangen.

3. Freizeit und Eigenproduktion sind nur bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit viel wert

Bereits einfache psychologische wie ökonomische Modelle machen deutlich, daß für ein Individuum Freizeit einen höheren Wert hat, wenn sie durch Verzicht auf an sich mögliche Erwerbstätigkeit erkaufte wird. Dies wird am Beispiel von Arbeitslosen in extremer Weise deutlich, die ihren großen Freizeitgewinn i.d.R. keineswegs als "wohlstandssteigernd" empfinden. Durch den heute üblichen "Ruhestand" (der für Hausfrauen im übrigen kein Ruhestand ist), besteht für die meisten Rentner keine "Spannung" mehr zwischen Freizeit und Erwerbstätigkeit, da die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit noch nicht einmal mehr zum Möglichkeitsraum von Rentnern gehört. Gerade ein Teil-Ruhestand würde im Zweifel den Wert der Freizeit erhöhen.

Es wird in der Diskussion über die Vorzüge des Ruhestandes oft übersehen, daß trotz der vielzitierten Lebensstandardsicherung, die die gesetzliche Rentenversicherung bieten will, das absolute Niveau des Lebensstandards

aus der Phase der Erwerbstätigkeit beim Rentenzugang nur in Ausnahmefällen erhalten wird. In der Regel wird lediglich die relative Einkommensposition erhalten. Das heißt, daß Ruhestand im allgemeinen mit Konsumeinschränkungen verbunden ist. Auch aus diesem Grunde sollte man die Höhe des Rentenzugangsalters überdenken, da offensichtlich ceteris paribus mit höherem Zugangsalter das Rentenniveau erhöht werden kann. Nun gibt es aber auch viele Stimmen, die das Rentenniveau als nicht so wichtig ansehen und auf die Möglichkeit der Eigenarbeit, Gebrauchsarbeit und Selbstversorgung für Rentner hinweisen.

Theoretische Überlegungen führen auch hier zu dem Schluß, daß durch völlige Nicht-Erwerbstätigkeit die Effizienz von Eigenarbeit im allgemeinen gesenkt werden dürfte, da mit der Erwerbstätigkeit auch eine ganze Reihe materieller und insbesondere auch sozialer Ressourcen wegfallen, die als Input für Eigenarbeit nützlich sind. Es liegen bislang keine ausgereiften empirischen Untersuchungen über die Möglichkeiten und Grenzen von Eigenarbeit bei Rentnern vor, jedoch deuten die vorliegenden Ergebnisse für die eigenarbeits- und nebenerwerbswirtschaftlichen Aktivitäten von Arbeitslosen darauf hin (vgl. HELBERGER/SCHWARZE 1986; MERZ/WOLFF 1986), daß Nicht-Erwerbstätigkeit die Möglichkeiten für Eigenarbeit nicht generell verbessert. Freilich wird in den angeführten Studien nicht kontrolliert, ob es sich bei Arbeitslosen nicht um eine Gruppe handelt, die auch während der Erwerbstätigkeit bereits weniger eigen- und nebenerwerbswirtschaftlich tätig war.

Auch die von vielen Autoren betonten Möglichkeiten der altersangemessenen Produktion in Form "ehrenamtlicher Tätigkeiten" werden eher von Personen ausgeübt, die gleichzeitig erwerbstätig sind. Letztlich dürfte dafür ausschlaggebend sein, daß durch die Erwerbstätigkeit, insbesondere höherqualifizierte Erwerbstätigkeit, Ressourcen zur Verfügung stehen, die für Ehrenämter wichtig sind. Darin dürfte auch einer der Gründe für das generell niedrige Engagement von Frauen in (sozial goutierten) ehrenamtlichen Beschäftigungen liegen. Deswegen erfolgen die differenzierten Auswertungen für TABELLE 1 nur für Männer. Es fällt auf, daß Angestellte und insbesondere Beamte deutlich mehr Ehrenämter ausüben als Arbeiter und Selbständige, wobei jedoch Selbständige trotz einer im Durchschnitt höheren Arbeits-

TABELLE 1: EHRENAMTLICHE BETÄTIGUNG DER WOHNBEVÖLKERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1985
(Deutsche und Ausländer) IN V.H.

Frage: Welche der folgenden Tätigkeiten¹⁾ üben Sie in Ihrer freien Zeit aus?
Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen:

Gruppe Aktivität (Spaltenprozent)	Alle		Männer				
	Männer	Frauen	Selbst- ständig.	Arbeiter	Angest. Beamter	51 bis 60 Jahre Erwerbst. Nicht-Erw.	60 bis 70 Jahre Erwerbst. Nicht-Erw.
"Ehrenamtliche Tätigkeit in Ver- einen u. Verbänden oder sozialen Diensten"							
Jede Woche	10,2	4,6	10,3	7,0	14,2	9,2	11,8
Jeden Monat	7,7	3,9	13,5	5,6	11,9	10,0	6,9
Seltener	8,8	6,9	13,5	6,7	10,4	8,7	11,8
Nie	73,3	84,5	62,6	80,7	63,5	72,1	69,6
Fälle	5 110	5 306	348	1 982	934	642	102

1) Bereiche der Antwortvorgaben: Besuch kultureller Veranstaltungen; Kinobesuch u.ä.; Aktiver Sport; Geselligkeit; Ehrenamtliche Tätigkeit; Mithelfen; Politische Aktivität.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, vorläufige Daten der 2. Welle; Auswertung durch Monika Ardel

zeit noch mehr ehrenamtlich tätig sind als Arbeiter. Betrachtet man ältere Personen, fällt wiederum auf, daß diejenigen, die noch erwerbstätig sind, in deutlich höherem Maße Ehrenämter ausüben als die Nicht-Erwerbstätigen. Auch für die Auswertungen in TABELLE 1 gilt wie für die zitierten Untersuchungen über Nebenerwerbstätigkeit und Eigenarbeit (HELBERGER/SCHWARZE 1986; MERZ/WOLFF 1986), daß sie noch daraufhin überprüft werden müssen, inwieweit beim Übergang von Erwerbstätigkeit in den Ruhestand ehrenamtliche Arbeit aufgegeben wird. Im hier diskutierten Zusammenhang dürfte es jedoch am wichtigsten sein, daß deutlich wird, daß ehrenamtliche Arbeit von Ressourcen abhängig ist, die durch Erwerbstätigkeit gegeben werden. Das heißt, daß Teil-Renten, die mit Teilzeitbeschäftigung verbunden sind, am ehesten eine optimale Allokation der individuellen Ressourcen für Ältere zu erlauben vermögen. Dadurch würde im Zweifel auch die Pflege der "alten Alten" durch "junge Alte" in geeigneter "ehrenamtlicher" Form am besten zu verwirklichen sein (siehe hierzu kontrovers DIECK in diesem Band).

Abschließend soll zum Thema "Erwerbstätigkeit von Älteren" festgestellt werden, daß es hier nicht darum geht, die Erwerbsarbeit im Sinne der "protestantischen Ethik" als allein selig machend zu verherrlichen. Vielmehr wird der Standpunkt vertreten, daß - solange Erwerbsarbeit noch eine nennenswerte Rolle in unserer Gesellschaft spielt - allen Menschen, ob jungen oder alten oder Männern bzw. Frauen - eine gleiche Zugangschance zur Erwerbsarbeit gegeben werden sollte.

Nach Ansicht des Autors spricht auch nur wenig dafür, daß in einer Gesellschaft, in der die meisten Ressourcen nach wie vor knapp sein werden, Haushaltsgegenstände und ähnliches in ineffizienter Art und Weise ausschließlich in Eigenarbeit erstellt werden sollten. Hier bieten Arbeitsteilung und der Markt sicherlich effizientere Produktionsmechanismen, zumal Genossenschaften u.ä. ja durchaus als ergänzende Elemente auf den Markt treten können (vgl. z.B. PLASCHKE 1987; auch OFFE/HEINZE in diesem Band).

Es ist nun in einem weiteren Schritt zu fragen, ob es sich bei den Produkten und insbesondere Dienstleistungen, die von Rentnern gegenwärtig nachgefragt werden bzw. in der Zukunft nachgefragt werden könnten, um Produkte und Dienstleistungen handelt, die durch den Markt nicht effektiv und/oder effizient bereitgestellt werden könnten und von denen deshalb erwartet

werden kann, daß sie in Eigenarbeit oder, falls dies nicht in einem befriedigenden Maße möglich ist, durch den Staat produziert werden.

Die meisten der Produkte, die in Haushalten als Input für Haushaltsproduktion benutzt werden, haben sicherlich keinerlei öffentlichen Gut-Charakter und sind auch keine sogenannten meritorischen Güter, die der Staat bereitstellen muß, da sie ansonsten "zu wenig" nachgefragt würden. Auch insoweit medizinischen Dienstleistungen meritorischen Charakter haben, sind sie doch prinzipiell marktfähig.

Daß die sogenannten humanen Dienstleistungen in der Bundesrepublik typischerweise nicht durch den Markt geregelt sind, hat nichts damit zu tun, daß es sich hier vorwiegend um die Qualität von öffentlichen Gütern handelt, sondern im Kern geht es nur darum, für die Produktion dieser Dienstleistungen Mindeststandards zu setzen (vgl. KRUPP 1986: 155). Durch direkte staatliche (oder staatlich kontrollierte) Produktion wird zudem nicht verhindert, sondern geradezu provoziert, daß teilweise sehr hohe Einkommen und Gewinne in diesem Bereich entstehen.

Ein marktwirtschaftlich organisierter Dienstleistungssektor bietet im Zweifel auch bessere Voraussetzungen, in einem freien Suchprozeß das jeweilige Optimum zwischen professionell erbrachten Dienstleistungen einerseits und Selbsthilfe und ehrenamtlichem sozialen Engagement andererseits zu finden. Gegenwärtig kann man die Tendenz beobachten, daß der Wunsch nach mehr Selbsthilfe und ehrenamtlichem sozialen Engagement von den kollektiv organisierten Beschäftigungsinteressen der medizinischen und sozialen Dienstleistungsberufe "überlagert" wird (vgl. FERBER 1986: 266). Auch das von GRONEMEYER (in diesem Band) skizzierte Problem einer "Verschulung des Alters" durch staatlich bestellte Pädagogen und Experten ließe sich m.E. am freien Markt leichter lösen.

Insgesamt spricht aus ökonomischer Sicht vieles dafür, auch humane Dienstleistungen wie Erziehung, Pflege und Medizin weit stärker den Gesetzen des Marktes auszusetzen, als dies in der Bundesrepublik gegenwärtig der Fall ist. Bei zentralen Entscheidungen werden zwangsläufig große Fehler gemacht, während dezentrale Entscheidungen im allgemeinen nur kleine Fehler zulassen (vgl. KÜLP 1984). Das Problem von Rationalitätenfallen tritt sowohl bei zentralen wie dezentralen Entscheidungen auf.

Durch die bei marktgängigen humanen Dienstleistungen natürlich notwendige staatliche Setzung von Mindeststandards kann verhindert werden, daß diese Dienstleistungen in inhumaner Art und Weise schlecht erbracht werden.

Damit soll auf die Möglichkeiten der Ausweitung marktgängiger sozialer Dienstleistungen eingegangen werden.

4. Soziale Dienstleistungen können zu einer Produktivkraft werden, ohne daß eine Erhöhung des sogenannten Staatsanteils notwendig wäre

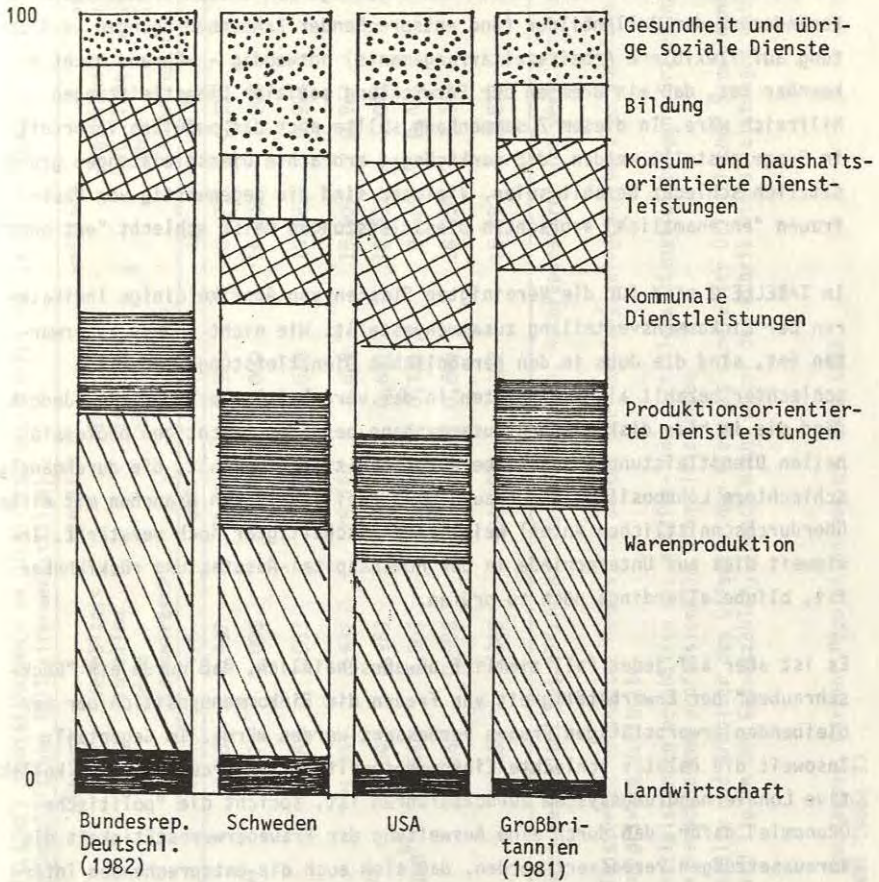
Trotz der in der ersten These skizzierten Möglichkeiten einer Erhöhung der Altersgrenze, die zur Verringerung der Probleme in der Phase nach der Erwerbstätigkeit beitragen kann (vgl. auch LEHR 1985), wird es aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten sicherlich doch zu einem steigenden Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen durch alte Menschen kommen. Es soll deswegen abschließend der Frage nachgegangen werden, ob dieser Bedarf gedeckt werden kann.

Im ehrenamtlichen Bereich gibt es sicherlich noch große Angebots-Potentiale (vgl. TABELLE 1); wahrscheinlich können diese um so mehr genutzt werden, je länger ältere Menschen (teil)erwerbstätig sind (vgl. These 2).

Ausgangspunkt der Überlegungen zu marktgängigen Dienstleistungen ist die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die personenbezogene Dienstleistungen erbringen, an allen Erwerbstätigen relativ gering ist (vgl. SCHAUBILD 1); insbesondere dann, wenn man die Situation der Bundesrepublik mit der Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika und Schweden vergleicht (vgl. dafür und für das folgende: REIN 1985; KRUPP 1986). Von daher gesehen gibt es durchaus noch Entwicklungsmöglichkeiten für den Ausbau sozialer Dienste, zumal auch die Qualifikationsstruktur jüngerer Erwerbskohorten, insbesondere die der zukünftigen Erwerbstätigenkohorten, eine gute Voraussetzung für die Erbringung sozialer Dienstleistungen darstellen.

Es mag angesichts der Diskussion um die Emanzipation der Frau zynisch klingen, darauf hinzuweisen, daß die Expansion sozialer Dienstleistungen in der

SCHAUBILD I: STRUKTUR DER BESCHÄFTIGUNG IM JAHRE 1983



Quelle: REIN 1985: 155-158, Tabelle 4, entnommen KRUPP 1986

Bundesrepublik dadurch begünstigt werden wird, daß die Frauenerwerbsquote hier gegenwärtig noch sehr niedrig ist; was jedoch den Vorzug hat, daß die gewünschte Erhöhung der bislang typischerweise von Frauen erbrachten sozialen Dienstleistungen durch die absehbare Erhöhung der Frauenerwerbsquote am Arbeitsmarkt realisiert werden kann. Beklagt man diesen Trend, ist eine Veränderung der Rollenbilder (und entsprechender Rahmenbedingungen in Richtung auf flexiblere Arbeitszeitarangements) notwendig - während nicht erkennbar ist, daß ein Bremsen der Entwicklung sozialer Dienstleistungen hilfreich wäre. In diesem Zusammenhang sollte auch das populäre Vorurteil in Frage gestellt werden, daß marktgängig erbrachte Dienstleistungen grundsätzlich schlecht bezahlt seien. Vielmehr sind die gegenwärtig von Hausfrauen "ehrenamtlich" erbrachten Dienstleistungen meist schlecht "entlohnt".

In TABELLE 2 sind für die Vereinigten Staaten von Amerika einige Indikatoren der Einkommensverteilung zusammengestellt. Wie nicht anders zu erwarten ist, sind die Jobs in den persönlichen Dienstleistungen deutlich schlechter bezahlt als Tätigkeiten in der verarbeitenden Industrie. Jedoch sind die im hier diskutierten Zusammenhang besonders wichtigen professionellen Dienstleistungen sogar überdurchschnittlich bezahlt; die durchgängig schlechtere Lohnposition von Frauen wird freilich in den Branchen mit einem überdurchschnittlichen Anteil weiblicher Beschäftigter noch verstärkt. Inwieweit dies auf Unterschiede in der Humankapital-Ausstattung rückführbar ist, bliebe allerdings noch zu prüfen.

Es ist aber auf jeden Fall ziemlich unwahrscheinlich, daß durch ein "Rückschrauben" der Erwerbstätigkeit von Frauen die Einkommensposition der verbleibenden erwerbstätigen Frauen verbessert werden würde. Im Gegenteil: Insoweit die relativ schlechte Einkommensposition von Frauen auf das kollektive Lohnverhandlungssystem zurückzuführen ist, spricht die "politische Ökonomie" dafür, daß durch eine Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit die Voraussetzungen verbessert werden, daß sich auch die entsprechenden Interessen bei Lohnverhandlungen besser durchsetzen können.

Zumindest gegenwärtig scheint es so zu sein, daß die Akzeptanz der Ausweitung des Dienstleistungssektors nur gegeben sein wird, wenn die Steigerung humaner Dienste nicht mit einer Ausweitung des sogenannten Staatsanteils

TABELLE 2: DURCHSCHNITTLICHES JAHRESEINKOMMEN IN DIENSTLEISTUNGSBERUFEN UND IN DER PRODUKTION 1984 IN DEN USA
(ganzjährig beschäftigte Vollerwerbstätige)

	Gesamt		männlich		weiblich		weibl. Erwerbst. als Anteil an Gesamtzahl der Erwerbstätigen
	\$	Verhältnis zu allen ohne Landwirtsch.	\$	Verhältnis zu allen ohne Landwirtsch.	\$	Verhältnis zu allen ohne Landwirtsch.	
Alle Branchen	22.184	0,987	25.868	0,980	16.071	0,996	37,6
Alle ohne Landwirtschaft	22.470	1,000	26.402	1,000	16.131	1,000	38,3
Produktion	23.668	1,053	26.882	1,018	15.869	0,984	29,2
Dienstleistungsberufe	21.731	0,937	28.190	1,068	15.602	0,967	51,3
Handel u. Reparaturen ^{a)}	21.645	0,963	23.518	0,891	16.893	1,047	28,3
Persönl.Dienstleistungen ^{b)}	13.548	0,603	19.288	0,731	9.609	0,596	59,3
Unterhaltung	20,355	0,906	21.263	0,805	18.450	1,144	32,3
Professionelle Dienstleistungen ^{c)}	23.560	1,049	34.387	1,302	16.492	1,022	60,5

a) Handel und Reparaturen beinhaltet geschäftliche Dienstleistungen, Autoreparaturen und verschiedene Reparaturdienste

b) Persönliche Dienstleistungen beinhaltet Hotels und andere Übernachtungsgelegenheiten, persönliche Dienstleistungen und private Haushalte

c) Professionelle Dienstleistungen beinhalten Gesundheits- und rechtliche Dienstleistungen, Erziehung, Sozialdienste sowie verschiedene professionelle Dienstleistungen

Man beachte: Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes sind unter öffentlicher Verwaltung enthalten. Somit sind sie in den Gesamtzahlen, jedoch nicht unter der Rubrik Dienstleistungen enthalten.

Quelle: U.S. Bureau of the Census, Current Population Survey, März 1985
entnommen: BROWNE 1986: 23

(am Sozialprodukt) verbunden sein wird. Insofern ist der ursprünglich nur vom Bedarf der älteren Generation her motivierte Wunsch nach einer Ausweitung sozialer Dienstleistungen nicht von der allgemeinen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik zu trennen. Es wurde oben bereits darauf hingewiesen, daß eine ganze Reihe humaner Dienstleistungen auch auf privatwirtschaftlicher Basis erbracht werden kann. Geschieht dies im Rahmen staatlich gesetzter Mindeststandards, hätten privatwirtschaftliche Lösungen auch den Vorteil, daß durch Wettbewerb im Zweifel zunehmend als unangemessen eingeschätzte Einkommensunterschiede abgebaut werden würden.

Insbesondere KRUPP weist seit einiger Zeit darauf hin, daß eine Steigerung der Beschäftigtenzahl im Bereich der sozialen Dienste auch im Bereich der staatlichen Beschäftigung (mit den hoch positiv bewerteten Beschäftigungsgarantien) möglich ist, ohne ceteris paribus die Staatsquote zu erhöhen, indem nämlich die Einkommen spezifischer Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst gesenkt werden; hier ist vor allem an Studienräte u.ä. zu denken. Die in der privaten Wirtschaft längst vollzogene Absenkung der Einkommen für die Durchschnittsakademiker ist im Bereich des öffentlichen Dienstes nicht konsequent nachvollzogen worden. Die Absenkung der Eingangsstufen kann man auf der einen Seite in diesem Zusammenhang nur als "Einstieg" in die - zu pauschale - Korrektur der Einkommensverteilung des öffentlichen Dienstes bezeichnen, wo auf der anderen Seite die Einkommensposition der Angehörigen von Pflegeberufen (Krankenschwestern, Altenpfleger u.ä.) sicherlich zu den Verbesserungsbedürftigen gehört.

Bei der These, daß durch die Absenkung der Akademikergehälter im öffentlichen Dienst Beschäftigungseffekte möglich wären, geht es nicht darum, generell von einer zu hohen Lohnquote auszugehen. "Von der üblichen Lohnstrukturdiskussion unterscheidet sich diese Diskussion dadurch, daß hier über die Frage der Angemessenheit sehr hoher Einkommen diskutiert wird, während die traditionelle Lohnstrukturdiskussion darüber nachdenkt, ob nicht gerade die niedrigen Einkommen noch zu hoch sind" (KRUPP 1986: 154). Eine Absenkung der Akademikergehälter im öffentlichen Dienst hätte also nicht den Nachteil, daß dadurch der technische Fortschritt verlangsamt wird, wie man dies in den USA für den Bereich der schlecht bezahlten Jobs vermuten kann.

5. Schlußfolgerungen

Faßt man zusammen, kommt man zum Ergebnis, daß durch entsprechenden Strukturwandel - der sicherlich nicht einfach zu vollziehen ist und der auch mit einer Reihe von noch nicht erwartbaren negativen Nebenwirkungen einhergehen wird - das Altern der Bevölkerung durchaus produktiv gewendet werden kann. Dienstleistungen in vielfältigen Formen werden dabei eine große Rolle spielen. Um die Chancen einer "ergrauenden Gesellschaft" zu nutzen, bedarf es aus ökonomischer Sicht insbesondere einer systematischen Verknüpfung von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (WAGNER 1986a).

+ DIE ALTERSPOPULATION: UNVERZICHTBAR ALS KONSUMENTENGRUPPE ABER EINE UNTRAGBARE LAST FÜR DAS SOZIALLEISTUNGSSYSTEM?

Margret Dieck

Inhalt:

1. Ein Zitat: "Die Last der teuren Alten"
2. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Alterspopulation wächst, als Konsumentengruppe wird sie unverzichtbar
3. Modelle zur Integration der Alterspopulation als Träger unentgeltlicher, aus Nächstenliebe motivierten Leistungen
4. Die extra-ordinären Charakteristika der Schattenarbeit aus Nächstenliebe
5. Wie weit reichen die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Argumente gegen die Schattenwirtschaft?
6. Warum sollten Leistungen aus Nächstenliebe nicht monetarisiert werden?
7. Wie hoch ist die Bereitschaft der Älteren, unentgeltliche Leistungen für Dritte im Sozialbereich zu erbringen?
8. Aufgabenzuweisungen im wohlfahrtsstaatlichen Kontext
9. Ist gleichberechtigtes Verhalten der Alterspopulation systemwidrig und eine zukünftig untragbare gesellschaftliche Last?

1. Ein Zitat: "Die Last der teuren Alten"

Unter dem Titel "Die Last der teuren Alten" erschien im Frühjahr 1987 ein Kommentar von FORSTER (1987) in der Süddeutschen Zeitung. Anlaß war die Diskussion um die Finanzierungsprobleme der Krankenversicherung der Rentner, die aus vielfältigen Gründen auf Seiten der Träger der Gesetzlichen

Krankenversicherung in Hinblick auf das Ziel geführt wird, die Erwerbstätigen verstärkt von den auf sie bisher entfallenden Finanzierungslasten zu befreien und die höheren Kosten der Alterspopulation selbst aufzubürden. Wir zitieren:

"In der Bundesrepublik hat eine ebenso erschreckende wie folgenreiche neue Diskussion begonnen. Das Generalthema heißt Entsolidarisierung der Gesellschaft, und Zielscheibe von Initiativen sind die Alten, genauer: jene Alten, zu deren Schicksal es gehört, krank und auf ein Sozialversicherungssystem angewiesen zu sein, in dem sie mehr Kosten verursachen, als sie an Beiträgen selber einzahlen. In diesem Land, in dem Effizienz und Leistung als hohe Werte gelten und in dem ökonomische Kriterien ein wichtiger Maßstab sind, wird eine Frage zunehmend unverblümt gestellt: Sind die Jungen, die Gesunden, die versicherten Berufstätigen, die aktiven Beitragszahler wirklich verpflichtet, für die teuren Kranken im Rentenalter aufzukommen. In Kreisen, in denen man diese Frage zu verneinen geneigt ist, hält man die Zeit offensichtlich für reif zur breiten Erörterung des Themas, und man vertraut wohl darauf, daß der Zeitgeist das Seine zur Meinungsbildung beiträgt."

Der Kommentar befürchtet eine Aufkündigung des Solidarprinzips JUNG FÜR ALT auf längere Frist. Betroffen wäre das Ausmaß der Umverteilung ökonomischer Ressourcen zugunsten der Alterspopulation. Würde auch auf der Dienstebene dieses Solidaritätsprinzip aufgekündigt, so müßte es durch eines ersetzt werden, das sich auf die Basis ALT FÜR ALT stützte.

Wir versuchen im folgenden, diese negativen Zukunftsvisionen auf ihre faktische und argumentative Stichhaltigkeit hin zu überprüfen. Dabei geht es uns um die Bedeutung der Alterspopulation in ihrer Konsumentenrolle und um Argumente und Bewertungen bezogen auf die Erbringung der spezifischen Dienstleistungen, die Ältere benötigen. Die Überlegungen führen uns zu dem Ergebnis, daß eine Einengung der Diskussion auf die Alterspopulation, ihre spezifischen Bedarfslagen und die besonderen Probleme der Bedarfsdeckung, eher problemüberzeichnend wirkt. Breiter angelegte Überlegungen erhellen eher die gesamtwirtschaftlich hohe Bedeutung der Alterspopulation, die ihren Interessen als Gesamtheit - nicht notwendigerweise als Individuen - einen unübersehbaren Stellenwert verschafft. Sie verdeutlichen auch - aus unserer Sicht - die Argumentationsschwäche und den geringen gesellschaftlichen Rückhalt jener Bestrebungen, die das Solidaritätsprinzip ALT FÜR ALT in die Diskussion einzuführen suchen.

2. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Alterspopulation wächst, als Konsumentengruppe wird sie unverzichtbar

Im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahre 1982 wurde die Entscheidung getroffen, u.a. die Haushalte von Rentnern bzw. Pensionären gesondert auszuweisen innerhalb der Gesamtgruppe der Nichterwerbstätigenhaushalte. TABELLE 1 gibt die Ergebnisse eines nun möglichen Vergleichs der Daten zu diesen Haushalten von Rentnern/Pensionären bezogen auf die Jahre 1972 und 1982 wieder. Es zeigt sich, daß die Bedeutung dieser Haushalte rein anteilmäßig wächst (1982: 34,3 v.H. aller Haushalte). Die wirtschaftliche Bedeutung der Rentner/Pensionäre übersteigt ihren rein zahlenmäßigen Anteil, denn die Einkommen aus Renten/Pensionen erreichen inzwischen annähernd ein Viertel aller Einkommen privater Haushalte (1982: 23,5 v.H. des verfügbaren privaten Einkommens).

Dabei gilt es zu beachten, daß die Alterseinkommen niedriger liegen als die durchschnittlichen Einkommen (bezogen auf Haushaltstypen erreichen die Haushalte von Rentnern/Pensionären 1982 68,6 v.H. aller Haushaltseinkommen im Durchschnitt), und daß sie zudem in hohem Maße streuen - siehe die Zahl von zwischen 1 Million und 2 Millionen von über 60jährigen, die unterhalb, an der Schwelle oder kurz oberhalb der Sozialhilfemarge liegen (Angaben auf der Basis von INFRATEST 1982). Hohe Einkommensanteile der Älteren werden zur Deckung des Grundbedarfs eingesetzt. Nur bei höheren Einkommen erhalten sogenannte Wahlbedarfsgüter einen Stellenwert (NAEGELE 1978: 349). Auf dieses frei disponible Einkommen der Alterspopulation der Zukunft setzt u.a. die Wirtschaft.

Unternehmensberater wollen aufgrund eigener Untersuchungen ermittelt haben, daß sich das Nachfragepotential in Westeuropa bis zum Jahre 2025 zunehmend von dem Jugend-Markt zum Alten-Markt verlagert haben wird. Fünf neue und einkommensstarke Verbrauchergruppen wurden in den Ländern Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien ausgemacht (siehe TABELLE 2), darunter die als "Jugendliche Sechziger" und als "Aktive Siebziger" charakterisierten Altersgruppen. Wenigstens auf dem Teil der Alterspopulation, der gesundheitlich nicht beeinträchtigt ist, und der zudem über gute Alterseinkommen verfügt, ruht ein Teil der Hoffnungen der Wirtschaft - in ihrer Rolle als Verbraucher (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 1987a). Konse-

TABELLE 1: BEVÖLKERUNGSDATEN¹⁾ SOWIE DATEN ZUR EINKOMMENSVERTEILUNG PRIVATER HAUSHALTE²⁾ 1972 UND 1982

	1972		1982	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Gesamtbevölkerung Bundesrepublik (Mio.)	61,6		61,6	
- Zahl der über 65jährigen (Mio.)	8,4		9,3	
o Anteil an Gesamtbevölkerung (v.H.)		13,6		15,0
- Zahl der über 60jährigen (Mio.)	12,1		12,2	
o Anteil an Gesamtbevölkerung (v.H.)		19,6		19,8
Haushalte Bundesrepublik (Mio.)	22,7		24,7	
- Zahl der Haushalte von Empfängern von Renten/Pensionen (Mio.)	6,9		8,5	
o Anteil an Gesamthaushalten (v.H.)		30,5		34,3
Haushaltsmitglieder Bundesrepublik (Mio.)	60,2		60,7	
- Zahl der Haushaltsmitglieder, die Empfänger von Renten/Pensionen sind (Mio.)	8,2		10,3	
o Anteil an allen Haushaltsmitgliedern (v.H.)		13,7		17,0
- Zahl der Haushaltsmitglieder in Haushalten von Rentnern/Pensionären (Mio.)	11,9		14,1	
o Anteil an allen Haushaltsmitgliedern (v.H.)		19,8		23,3
- Darunter Zahl der Haushaltsmitglieder, die Empfänger von Renten/Pensionen sind (Mio.)	7,4		9,5	
o Anteil der Empfänger von Renten/Pensionen an Haushaltsmitgliedern von Haushalten von Rentnern/Pensionären (v.H.)				
Verfügbares Einkommen Privathaushalte insgesamt (Mio. DM/Jahr)	510.646		973.009	
- Einkommen aus Renten/Pensionen (Mio. DM/Jahr)	99.539		228.907	
o Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen privater Haushalte (v.H.)		19,5		23,5
Verfügbares Einkommen Privathaushalte im Durchschnitt (DM/Monat)	22.548		39.355	
- Verfügbares Einkommen Privathaushalte von Rentnern/Pensionären im Durchschnitt (DM/Monat)	14.394		27.003	
o Anteil an Durchschnittseinkommen (v.H.)		63,8		68,6

Quelle: 1) STATISTISCHES BUNDESAMT 1974: 44; STATISTISCHES BUNDESAMT 1984: 61

2) SCHÜLER 1984, inkl. Statistikanhang

TABELLE 2: VERBRAUCHER-ZIELGRUPPEN DER ZUKUNFT IN FÜNF EUROPÄISCHEN LÄNDERN

Kurzbezeichnung	Kurzcharakterisierung	1985	Nachfragepotential im Jahr 2025
Euro-Yuppies	Aufsteiger in Städten zwischen 20 und 39 Jahren, hohes Bildungsniveau und gutes Einkommen (in der Zahl zurückgehend)	40 Mrd. DM	34 Mrd. DM
Perspektiven-Sucher	Kontakt- und erlebnisfreudig, im Alter zwischen 45 und 59 Jahren, in der Regel verheiratet (in der Zahl steigend)	330 Mrd. DM	384 Mrd. DM
Nach-Karrieristen	Vorzeitig aus dem Berufsleben ausgeschiedene, zwischen 55 und 64 Jahren (in der Zahl steigend)	177 Mrd. DM	235 Mrd. DM
Jugendliche Sechziger	Im Alter zwischen 60 und 69 Jahren, mit hohen Ausgaben für exclusive Markenartikel in Sport, Freizeit, Gesundheit, Reisen und Ernährung (in der Zahl steigend)	192 Mrd. DM	282 Mrd. DM
Aktive Siebziger	Über 70jährige Ruheständler aus gehobenen Berufen, die über genügend Geld verfügen und dies auch für sich - nicht die Enkel - ausgeben wollen	keine Angabe	keine Angabe

Quelle: SÜBDEUTSCHE ZEITUNG 1987a

quenterweise zeichnet die Werbung im Vergleich der Jahre 1975 und 1985 ein zunehmend positives Altersbild, wobei es allerdings zwischen dem Einsatz älterer Werbeträger zur Vertrauenswerbung für ein Produkt und der Werbung um den älteren Konsumenten zu unterscheiden gilt. Ältere Menschen werden direkt z.B. als Konsumenten medizinischer Erzeugnisse, als Zielgruppe von Urlauben und Kuren angesprochen (DENNERSMANN/LUDWIG 1986). Nicht nur als Konsumenten aufgrund privaten Einkommens läßt sich allerdings der wirtschaftliche Bedeutungszuwachs der Alterspopulation für die Gesamtwirtschaft nachweisen. Auf der Basis reiner Zahlenentwicklungen und Anteilsentwicklungen stellen die Älteren heute eine unverzichtbare Gruppe von krankenversicherungsfinanzierten Gesundheitsleistungen dar. Dies sei anhand der Zahlen der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) angeführt:

	1972		1982		1985	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Leistungsaufwendungen Gesetzliche Krankenversicherung (Mrd. DM - ohne freiwillige Mitglieder)	34,6		92,7		108,7	
KVdR-Leistungsaufwendungen (Mrd. DM)	10,0		34,0		43,3	
Anteil der KVdR-Leistungsaufwendungen (v.H.)		29,0		36,7		32,8

Quelle: BMA 1972; BMA 1982; BMA 1985

Nimmt man die in TABELLE 1 angeführte Zahl der Bezieher von Renten/Pensionen als Beurteilungshintergrund, so verdoppelt sich ihre relative Bedeutung als Verursacher von Gesundheitsausgaben der Krankenkassen - und somit auch als letztliche Finanzierungsquelle für die Anbieter von Gesundheitsleistungen. Die Durchschnittsangaben verdecken die sehr viel höhere Bedeutung, die die älteren Gesundheitsgut-Konsumenten für einzelne Anbieter haben. Allein im Bereich der Akutkrankenhausbetten sind die Mitglieder der Krankenversicherung der Rentner eine nicht fortzudenkende Patientengruppe unter dem Gesichtspunkt der Bettenauslastung und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir wählen die Altersgruppe der 60jährigen und älteren angesichts eines realen Verrentungsalters, das heute bei etwa 58 Jahren im Durchschnitt liegt (MÜLLER 1986a; MÜLLER 1986b):

	1983	1984	1985
Anteil 60jährige und ältere an der Gesamtbevölkerung	20,1	20,3	20,4
Anteil an den Patienten von Akutkrankenhäusern	29,6	30,7	31,8
Anteil an den Pflegeetagen in Akutkrankenhäusern	45,2	43,7	45,5

Argumentieren die Krankenkassenträger in Hinblick auf die Probleme der Finanzierung dieser hohen Leistungsanspruchnahme, so ist doch der Beschäftigungseffekt der Leistungsanspruchnahme der Älteren nur erkennbar. Dies gilt für den Gesundheitsbereich ebenso wie für den Bereich der Sozialen Dienste, für die wir zwar insgesamt keine Anteilszahlen der Alterspopulation an der Dienstleistungsanspruchnahme nennen können, für die jedoch mit Gewißheit ein hoher Inanspruchnahmeanteil unterstellt werden kann. Beide Dienstleistungsbereiche verzeichnen hohe Zuwachszahlen an Beschäftigten, darunter insbesondere Frauen - ein Umstand, der unter Aspekten der Frauenpolitik, die Beschäftigungspolitik einschließt, begrüßenswert erscheinen mag. Im Zeitraum von 1979 bis 1984, also in einer Spanne von fünf Jahren, und zwar in einer Zeit der Unterbeschäftigung und der hohen Arbeitslosigkeit insgesamt in der Bundesrepublik, waren folgende Entwicklungen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in personenbezogenen Dienstleistungen zu verzeichnen (v. EINEM 1986: 34):

	1979 abs.	1984 abs.	v.H.
Gesundheitsdienste			
- Beschäftigte (absolut)	811.305	992.594	
- Veränderung insgesamt (v.H.)			+ 22,3
- Veränderung Beschäftigung Frauen (v.H.)			+ 22,6
Soziale Dienste			
- Beschäftigte (absolut)	298.889	351.164	
- Veränderung insgesamt (v.H.)			+ 21,1
- Veränderung Beschäftigung Frauen (v.H.)			+ 21,0

Die zitierte Analyse kommt zu dem Schluß, daß im Zeitraum 1979 bis 1984 der Gesundheitssektor der größte Einzelbereich war, in dem noch Beschäftigungszuwächse zu registrieren waren. Zusammen mit dem Bildungssektor und den Sozialen Diensten wies er die höchsten Zuwachsraten an Beschäftigten auf. Die Gründe sind zu sehen in (v. EINEM 1986: 32 ff.):

- der demographischen Entwicklung;

- einem veränderten Konsumverhalten, das in Richtung höherer und zugleich quantitativ ausgeweiteter Ansprüche tendiert;
- der geringen Eignung der personalintensiven Dienstleistungsbereiche, die hier benannt sind, für eine Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch Kapital;
- der Entkoppelung von Konsum und Kostentragung in einem wichtigen Nachfragebereich;
- der Eigendynamik des politisch-administrativen Systems, in dem verbesserte Sozialprogramme auch als Mittel zur Stimmenwerbung in politischen Wahlen eingesetzt werden.

Die Beschäftigungseffekte sind heute in einem Teilbereich der Politik bereits gewollt. Sie werden möglicherweise auch zukünftig nicht unbedeutend sein in der Beurteilung der Gesamtwirkungen, die von der Alterspopulation auf die Volkswirtschaft ausgehen.

3. Modelle zur Integration der Alterspopulation als Träger unentgeltlicher, aus Nächstenliebe motivierter Leistungen

Experten glauben einen Bedarf zu erkennen - einen Bedarf der weiterreichenden Sozialen Integration der Älteren, der durch ihren vermehrten Einsatz als Träger ehrenamtlicher und nebenamtlicher Tätigkeiten gedeckt werden kann. Die Definition des Bedarfs geht aus von dem Einsatz, wenn z.B. der Altenplan der STADT KONSTANZ (1984: 198) den Mangel entsprechender Einsatzangebote kritisiert. Die Ausführungen nehmen dann allerdings eine Wendung, auf die es uns hier zentral - da es diesen Denkansatz zu behandeln gilt - ankommt:

Es gibt "außer den armen Alten auch eine ganze Reihe gutgestellter, körperlich und geistig rüstiger junger und alter Alter. Es ist nicht einzusehen, daß ein rüstiger 60jähriger mit hoher Rente sich jeder gesellschaftlichen Verpflichtung ledig erklärt, sich vollständig zurückzieht und auf seine Ansprüche pocht. Die Aufstellung eines Behindertenwegeplans der Stadt, die Herausgabe einer Seniorenzeitung (oder die Veranstaltung von Sprachkursen für Senioren) könnte z.B. durchaus die Arbeit von solchen Gruppen von Pensionären oder Rentnern sein" (STADT KONSTANZ 1984: 198).

Die wachsende "Alterslast" ist, so Zukunftsprojektionen, auch mit einer Zunahme der Personen verbunden, die im Alter auf Hilfe und Pflege angewiesen

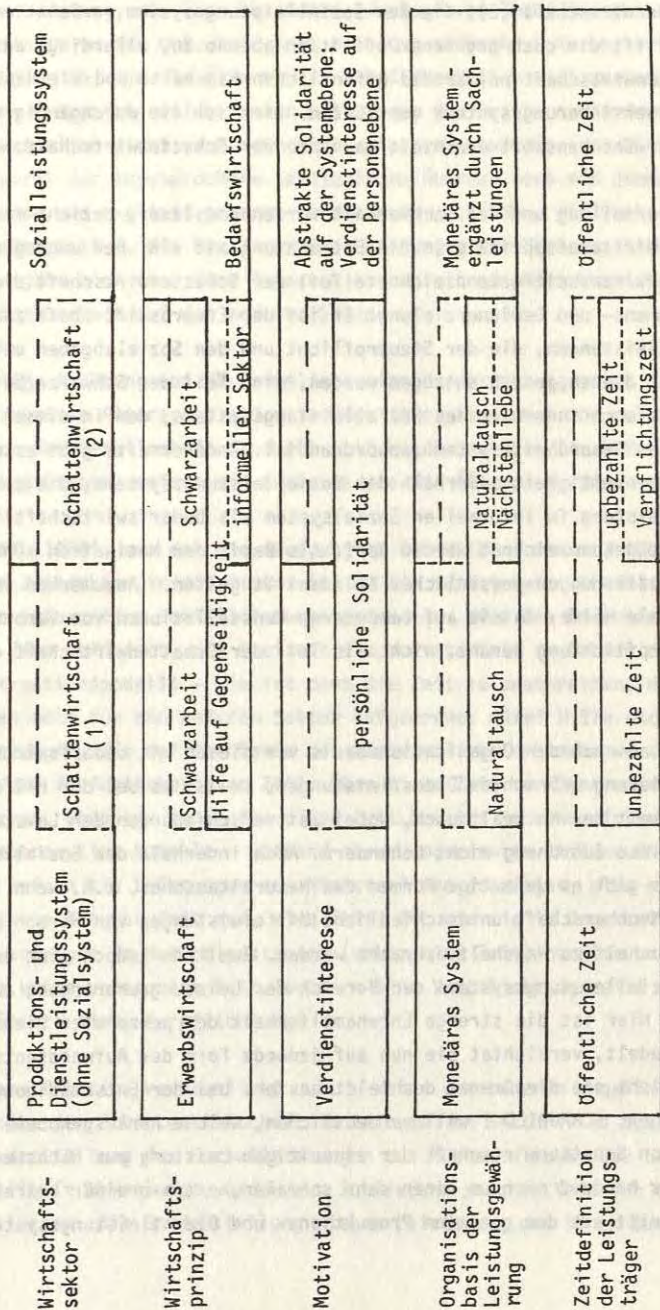
sein werden. Da es immer weniger jüngere Menschen geben wird, die im familialen und nachbarschaftlichen Kontext diese Dienste werden erbringen können und da die Finanzierung dieser Dienste bereits heute die Leistungsfähigkeit der Sozialen Sicherungssysteme strapaziert (siehe die Diskussion zur Neuregelung der Finanzierung von Pflegebedürftigkeit), liegt der Gedanke nahe, ein Hilfepotential bei den rüstigen Alten zu suchen. Sie stellen, wenigstens theoretisch, ohne zusätzliche finanzielle Belastungen der öffentlichen Haushalte und der Sozialen Sicherungssysteme verfügbare Ressourcen, die als ehrenamtliche Kräfte angeworben werden können. Da es sich vielfach um Frauen handelt, können sie auch im Bereich der personalen Dienstleistungen eingesetzt werden - bis hin zur Übernahme von Pflegediensten. Derartige Überlegungen kommen dem eingangs angesprochenen Solidaritätsprinzip ALT FÜR JUNG sehr nahe. (WAGNER - siehe seinen Beitrag in diesem Band - spricht sich u.a. für die Pflege "alter Alte" durch "junge Alte" aus.)

Derartige Zukunftsvisionen von Sozialplanern entspringen u.W. der eingegangenen Befassung mit heutigen und zukünftigen Alterslasten. Wir wollen sie kontrastieren mit dem breiteren Kontext ökonomischer Diskussionen (bezogen auf die Schattenwirtschaft) und mit dem Wissen über Bevölkerungseinstellungen, das empirische Befragungen erbracht haben. Hier muß sich ihr heute nachvollziehbarer Realitätsbezug erweisen.

4. Die extra-ordinären Charakteristika der Schattenarbeit aus Nächstenliebe

Der Begriff der Schattenwirtschaft deckt im deutschen Sprachgebrauch Arbeitsleistungen ab, die sich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Besteuerung und der Belegung mit Sozialabgaben entziehen. Diese Leistungen werden quasi unterhalb der Schwelle offizieller Leistungserfassung erbracht - im "unterirdischen Bereich", im englischen daher auch konsequent "subterranean economy" genannt (GRETSCHMANN/METTELSIEFEN 1984). In der gängigen Begrifflichkeit umfaßt die Schattenwirtschaft allerdings unterschiedliche Typen - siehe SCHAUBILD I. Die Schattenwirtschaft (1) ist dem Produktions- und Dienstleistungssektor exklusive Sozialleistungssystem zugeordnet. Sie entlastet die privaten Einkommen, da ihre Dienstleistungen zu Preisen erbracht werden, die unterhalb des Marktniveaus liegen. Daneben gibt es die

SCHAUBILD I : SCHEMATISCHE DEFINITION DER SCHATTENARBEIT UND IHRER CHARAKTERISTIKA - ZUR POSITIONSBESTIMMUNG INFORMELLER NICHT-ENTLOHNER DIENSTLEISTUNGEN IM SOZIALLEISTUNGSSYSTEM MIT BEZUG ZU ÄLTEREN MENSCHEN



Schattenwirtschaft (2), die dem Sozialleistungssystem vorbehalten ist. Auf sie trifft die oben gegebene Definition ebenso zu, allerdings entlastet diese Schattenwirtschaft primär die öffentlichen Haushalte und die Haushalte der Sozialversicherungssysteme von Kosten. Dies ist die durchgängig tolerierte, ja als wünschenswert erachtete Variante der Schattenwirtschaft.

Die Beurteilung und der Sachverhalt werden komplexer, bezieht man das geltende Wirtschaftsprinzip in die Betrachtung mit ein. Der umgangssprachlich als Schwarzarbeit gekennzeichnete Teil der Schattenwirtschaft dient der Einkommens- und Gewinnerzielung. Er ist der Erwerbswirtschaft zuzuordnen. Dienstleistungen, die der Steuerpflicht und den Sozialabgaben unterliegen würden, diesen jedoch entzogen werden, sind Teil der Schwarzarbeit. Diese gibt es auch innerhalb des Sozialleistungssystems, dem in dieser Nomenklatur auch das Gesundheitssystem zuzuordnen ist. Andererseits gibt es die Hilfe auf Gegenseitigkeit außerhalb des Sozialleistungssystems, die ebenso wie die Hilfeleistung im informellen Sozialsystem als bedarfswirtschaftlich ausgerichtet gekennzeichnet werden darf. Als Basis der Motivation können vielfältige Ausformungen persönlicher Solidarität gelten. (Anzumerken ist, daß die familiäre Hilfe, da sie auf besonderen Konstellationen von Verbundenheit und Verpflichtung beruht, nicht als Teil der Schattenwirtschaft diskutiert wird.)

Fragt man nach der Organisationsbasis von diesen mit bedarfswirtschaftlicher Orientierung erbrachten Dienstleistungen, so ist es bei der Hilfe auf Gegenseitigkeit der Naturaltausch, wobei Zeitverschiebungen der Leistungserbringung diese Zuordnung nicht behindern. Auch innerhalb des Sozialleistungssystems gibt es derartige Formen des Naturaltausches, z.B. wenn innerhalb einer Nachbarschaft unterschiedliche Hilfeleistungen von Person zu Person, von Haushalt zu Haushalt erbracht werden. Zweitens jedoch gibt es innerhalb des Sozialleistungssystems den Bereich der Leistungserbringung aus Nächstenliebe. Hier ist die strenge Ehrenamtlichkeit der personalen Dienstleistung angesiedelt, verzichtet sie nun auf jedwede Form der Aufwandsentschädigung oder zieht sie die Grenze des Geldtransfers bei der Entschädigung für Aufwendungen. SCHAUBILD I will verdeutlichen, welche herausgehobene Ausprägungsform von Schattenwirtschaft der einseitigen Leistung aus Nächstenliebe eigen ist. Es handelt sich um einen sehr schmalen, extra-ordinär charakterisierten Ausschnitt aus dem gesamten Produktions- und Dienstleistungssystem und inso-

weit um eine Leistung, die über besondere ideologische Überformungen gefordert und gestützt werden muß. Auf genau diese spezifische Leistungserbringung zielen jene ab, die die Älteren als Mitglieder einer einkommensmäßig abgesicherten Gruppe zu solidarischen Leistungen für Dritte auffordern, mit denen sie persönlich nicht verbunden sind. Diskussionswürdig ist allerdings, inwieweit der angesprochene ideologische Überbau auch von jenen akzeptiert werden und explizit gemacht werden muß - z.B. über die Verbalisierung von Dankbarkeit -, die Empfänger der Leistungen aus Nächstenliebe werden. Es ergäbe sich dann eine Tauschrelation zwischen Nächstenliebe auf der einen, Dankbarkeit auf der anderen Seite.

Kann die tätige Ausübung von Nächstenliebe eine Verpflichtung sein, die der quasi unproduktiven Alterspopulation im Zuge ihres absoluten und relativen Wachstums von der Gesellschaft "aufgebürdet" wird? Wie wäre diese Verpflichtung begründbar, sofern sie insbesondere die Älteren treffen soll?

Helga NOWOTNY (1986), von der die Anregung zu SCHAUBILD I stammt, führt zusätzlich den Zeitfaktor in die Diskussion um die schattenwirtschaftliche Tätigkeit im informellen Sozialleistungssystem ein. Wird die Erwerbsarbeit als öffentliche Zeit definiert, die Freizeit als private Zeit im Rahmen des Produktions-Rekreativitätsmodells - wie ist dann die Zeit zu umschreiben, die weder für den einen noch für den anderen Sektor aufgewendet wird? Hilfe und Versorgungsleistungen, die auf der Basis der Nächstenliebe erbracht werden, beruhen auf der Verfügbarkeit von Zeit. Über diese Zeit verfügen unter anderem die Älteren, doch sie haben für diese Zeit bereits in einer früheren Phase des Lebenszyklus bezahlt - während ihrer sogenannten aktiven Phase. Wenden sie, sofern sie Leistungen aus Nächstenliebe erbringen, also eine sehr spezifische Art von Zeit auf, eine Zeit, für die sie im Gegensatz zu den Zeitaufwendungen im Naturalaustausch (unbezahlte Zeit) bereits bezahlt haben - also keine unbezahlte Zeit, sondern eine Verpflichtungszeit? Aber woraus resultiert diese Verpflichtung?

Die Zeit-Klassifikation verdeutlicht u.E. - neben den anderen angeführten Charakteristika der Schattenwirtschaft im informellen Sektor - in besonderem Maße die Sonderstellung der Sozialleistungen aus Nächstenliebe, die den Älteren modellhaft abverlangt werden zur Schließung prognostizierter Bedarfsdeckenslücken. Die Sonderstellung dieser Leistungen und ihrer Gewähr-

rungsbedingungen bürden denjenigen, die diese Leistungen als unabdingbar ansehen zur Lösung zukünftiger Versorgungsprobleme im Alter, ein besonders hohes Maß an Begründungsverpflichtungen auf. Darüber hinaus muß damit gerechnet werden, daß Begründungen eine Vielzahl von Individuen nicht zu Änderungen ihrer Lebensweise und ihrer selbstgewählten Zeitverwendung ohne flankierende Steuerungsmaßnahmen bewegen können. Diese Steuerungsmaßnahmen müßten das Modell der von Alten in vorangegangenen Lebensphasen vor-bezahlten Zeit aussetzen und damit auch den Generationenvertrag, auf dem unser Soziales Sicherungssystem beruht.

5. Wie weit reichen die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Argumente gegen die Schattenwirtschaft?

Wir gehen von folgenden Grundannahmen aus: Das höhere Alter eines Individuums verwehrt ihm nicht grundsätzlich Möglichkeiten des Einkommenserwerbs. Alterseinkommen, das auf eigenen Finanzierungsleistungen beruht, genießt Eigentumsschutz. Marktfähige Leistungen können von Jüngeren ebenso wie von Älteren erbracht werden.

Teilt man diese Grundannahme, so gelten die Überlegungen bezogen auf die volkswirtschaftlichen und insbesondere sozialpolitischen Effekte der Schattenwirtschaft vom Grundsatz her auch für theoretisch marktfähige, real unentgeltlich erbrachte Leistungen des informellen Sektors der Schattenwirtschaft. SCHMÄHL (1985) faßt die Überlegungen zusammen. Sie seien kurz referiert:

- Das Aufkommen an direkten Steuern wird gemindert;
- Transferzahlungen - wie z.B. das Wohngeld - werden auf dem Umweg über ein Einkommen, das unterhalb der realen Marge angegeben wird, tendenziell erhöht und belasten somit den Staatshaushalt;
- die Auswirkungen auf die Arbeitslosenversicherung sind nicht eindeutig zu bestimmen. Die Arbeitsmarktbedingungen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Frage geht, ob die Zahlung von Arbeitslosengeld/-hilfe die Bereitschaft zur Übernahme offiziell registrierter Arbeit erhöht oder nicht;
- die Existenz eines Krankenversicherungsschutzes in der Gesetzlichen Krankenversicherung aus anderem Grunde erlaubt einen von diesen Kosten

nicht belasteten Schattenlohn. Der Krankenversicherung können aufgrund der Schattenwirtschaft Beiträge entgehen, unter Umständen werden ihr aber auch Kosten erspart, z.B. über die kostenlose Erbringung von häuslichen Pflegeleistungen;

- bei rentenversicherungspflichtigen jüngeren Leistungsträgern entgehen der Gesetzlichen Rentenversicherung Einnahmen. Mindert eine florierende Schattenwirtschaft das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt, so wirkt sich dies vermindern auf die zukünftigen Rentenzahlungen aus (über den Modus der Rentenberechnung), aber auch auf die aktuellen Rentenzahlungen, da diese an die Lohnentwicklung gekoppelt sind. Das Rentengefüge kann sich verändern, indem die während der Erwerbstätigkeit gut Verdienenden ihre relativen Rentenansprüche übermäßig steigern. Dehnt sich die Schattenwirtschaft aus, so belasten in früheren Zeiten erworbene Rentenansprüche die Rentenversicherung zu einem späteren Zeitpunkt, zu dem ihre Einnahmen infolge der Schattenwirtschaft relativ zurückgehen;
- die Sozialhilfe wird belastet mit ungerechtfertigten Zahlungen, sofern das verfügbare Einkommen über Schattenarbeit erhöht wird;
- sofern schattenwirtschaftliche Aktivität das allgemeine Einkommenswachstum im offiziellen Bereich vermindert, werden Umverteilungsprozesse erschwert.

Wenn es also trotz der skizzierten, gesamtwirtschaftlich und sozialpolitisch problematischen Gesamfolgen eines größeren schattenwirtschaftlichen Sektors einen politisch/sozialpolitisch in offizieller Argumentation erwünschten Bereich schattenwirtschaftlicher Aktivität gibt, so ist der Bezugspunkt zu klären. Aller schattenwirtschaftlichen Aktivität ist gemein, daß die Leistungsempfänger diese Leistungsform wählen, weil sie ihnen finanzielle und/oder qualitative Vorteile gegenüber den Leistungen auf dem offiziellen Markt verspricht. Dies kann also nicht der Bezugspunkt für eine Unterscheidung zwischen offiziell erwünschter und nicht erwünschter Schattenwirtschaft sein. Auch wenn die besondere Qualität der Leistungen aus Nächstenliebe nicht bestritten werden soll, so wird sie doch somit zu unrecht als Unterscheidungsmerkmal oder als Begründungsmerkmal angeführt. Der Bezugspunkt muß auf der gesamtwirtschaftlichen/gesamtgesellschaftlichen Ebene gesucht werden. Die Hilfe auf Gegenseitigkeit im wirtschaftlichen Bereich stabilisiert wirtschaftliche Situationen der Betroffenen, sie schafft zum Teil Vermögenswerte. In dieser gesamtwirtschaftlich gewünschten Wirkung,

zusammen mit der zum Ausdruck kommenden gesamtgesellschaftlich erwünschten Gruppensolidarität, mag der Grund für die höhere Toleranz ihr gegenüber - im Vergleich zur Schwarzarbeit - liegen. Das gesellschaftsbezogene Argument ist auch für die Hilfe auf Gegenseitigkeit innerhalb des Sozialleistungssystems anzuführen. Hinzu kommt allerdings ganz entscheidend das Argument "unsichtbarer Kosten" innerhalb dieses Teiles der "unsichtbaren Wirtschaft", d.h. von Kosten, die eine wie auch immer umschriebene Allgemeinheit nicht belasten. Dieses Argument steht auch entscheidend hinter der Erwünschtheit von unentgeltlichen schattenwirtschaftlichen Leistungen innerhalb des Sozialsystems, den Leistungen aus Nächstenliebe.

Es gilt also abzuwägen zwischen diesem Aspekt volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Erwünschtheit und den angeführten umfassenderen und weiterreichenden Gegenargumenten.

6. Warum sollten Leistungen aus Nächstenliebe nicht monetarisiert werden?

Kostenargumente, auf den sozialen Bereich angewendet, sind schillernd. Monetär gefaßte Kosten auf der Seite des Leistungsträgers ebenso wie des Leistungsempfängers werden auf beiden Seiten durch nicht-monetär gefaßte, "soziale Kosten" nicht selten ergänzt, und auf der Seite des Leistungsempfängers schlagen in hohem Maße immaterielle, "soziale Erträge" zu Buche. Die "sozialen" Erträge der Leistungen sind nur deswegen von so großer Bedeutung, weil der Leistungsbedarf besonders ausgeprägt ist, ja oftmals ohne erhebliche Schädigungsfolge als nicht aufschiebbar gelten muß. Man denke an den Bedarf an Einkommenssicherung, an ärztlicher Behandlung, an Pflege etc.

Die hohen immateriellen Anteile auf beiden Seiten der Tauschbeziehung prägen den Sozialleistungsmarkt. In ihnen sehen wir einen zentralen Ansatzpunkt für die Leistungsgewährung aus Nächstenliebe, mit oder ohne zusätzliches Entgelt. Die Entgelthöhen haben sich in der historischen Entwicklung (man denke an das früher hohe Maß an ehrenamtlicher Sozialarbeit) und in dem Entgeltgefälle zwischen Berufs- und Leistungsgruppen (man denke an die Einkommenshöhe der Ärzte auf der einen und an den immer noch unentgeltlichen Leistungsbereich der klassischen Ehrenamtlichen auf der anderen Seite) als außerordentlich entwicklungs- und differenzierungsfähig erwiesen. Es gibt

Hinweise darauf, daß auch die Bezieher von normalen bis guten materiellen Entgelten für unentgeltliche Zusatzleistungen ansprechbar bleiben (die auf ihr "soziales Kosten-Konto" gehen). Außerdem gibt es weiterhin Leistungsträger, die einen normalen bis guten Lohn bisher nicht durchsetzen konnten - und es gibt solche, die sich mit einem Minimallohn begnügen. Bei den letzteren sind die "sozialen Kosten" besonders hoch. Im Extremfall tragen die Leistungsträger auch monetäre Kosten, die im Zusammenhang mit ihrer Leistungserbringung anfallen.

Der Hinweis auf die Diskussion um die "richtigen" und die weniger lupenreinen ehrenamtlichen Kräfte weist darauf hin, daß es ein breites Spektrum der monetären Zuwendungen an Ehrenamtliche gibt, das von dem Verzicht auf jede Geldleistung über Aufwandsentschädigungen bis zu Minimallöhnen reicht. Die Tendenz zur Monetarisierung dennoch als "ehrenamtlich" qualifizierter Leistungen ist unverkennbar, wenn auch auf einem sehr niedrigen Entgeltniveau. Gibt es Gründe anzunehmen, daß dieser Prozeß nicht weiter fortschreiten wird? Wir meinen nein. Denn das Mitte der 80er Jahre vorhandene Potential an Ehrenamtlichen speist sich u.a. aus der hohen Arbeitslosigkeit, aus der Suche nach Aufbesserung des Einkommens durch Minimalverdienst und aus der Hoffnung auf einen späteren Arbeitsplatz. Daneben gibt es jene, die sich das "reine Ehrenamt" rein finanziell leisten können.

Im Zuge einer allmählichen Monetarisierung der bisher unentgeltlichen Leistungen aus Nächstenliebe würden zwar einerseits erhöhte monetär gefaßte Kosten anfallen, aber auch Einkommen erzielt werden. Es geht also weniger, ein allmählicher Prozeß vorausgesetzt, um die "Unfinanzierbarkeit" der Leistungen in der letzten unentgeltlichen Ecke des Sozialleistungssystems in der Diskussion, sondern sie dreht sich - offen oder versteckt - um die schwer kalkulierbare Kostenträgerschaft. Problem sind die mit der Monetarisierung verbundenen Verteilungseffekte, nicht die Monetarisierung selbst.

7. Wie hoch ist die Bereitschaft der Älteren, unentgeltliche Leistungen für Dritte im Sozialbereich zu erbringen?

Das Forschungsinstitut der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer hat eine breit angelegte Studie zum Sozialen Engagement und zur Selbsthilfe

durchgeführt (siehe zusammenfassend BRAUN 1987). Die vielfältigen Formen von Selbsthilfe und ehrenamtlichem Engagement im Sozial- und Gesundheitsbereich wurden in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage untersucht (wobei auf eine systematische Unterscheidung zwischen beiden Bereichen verzichtet wird). Die familiäre Eigenhilfe wird beiden Bereichen nicht subsumiert, entsprechend der ermittelten Auffassung von zwei Dritteln der Befragten.

Es ergibt sich ein Anteil von 18 v.H. der befragten Erwachsenen, die sich im Sozial- und Gesundheitsbereich engagieren, darunter auch in der Hilfe für alte Menschen. In diesem Bereich findet sich eine hohe Zahl von intensiv Engagierten, die ihre Aktivitäten auch in anderen Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit entfalten. Die 18 v.H., die wir genannt haben, teilen sich wie folgt auf:

- 55 v.H. sind nur sporadisch tätig mit einem Zeitaufwand von 1 bis 2 Stunden pro Woche
- 45 v.H. sind intensiver engagiert und wenden 3 und mehr Stunden pro Woche auf. Der Zeitaufwand kann sich bis zu 50 Stunden pro Woche ausdehnen.

Von den im Altenhilfebereich ehrenamtlich Tätigen sind:

- 37 v.H. Männer
- 63 v.H. Frauen.

Der Frauenanteil ist in diesem Bereich besonders hoch. Hilfe für und Pflege von Alten ist nicht nur in der Familie primär eine Frauenaufgabe geblieben. Es ist ergänzend zu berücksichtigen, daß der Anteil organisatorisch/leitender Tätigkeiten im gesamten Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens vergleichsweise gering ist (33 v.H.) - und es sind diese Tätigkeiten, die vor allem von Männern wahrgenommen werden als Ehrenamt.

Höheres Alter prädestiniert nicht für die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit. Ausschlaggebend sind höhere Bildung, ein hohes Haushaltseinkommen zusammen mit dem Leben in einem Mehrpersonenhaushalt, dazu starke Kirchenbindung und eine hohe Bedeutungszumessung zu Selbstentfaltungswerten. Der Autor faßt nachweisbare Tendenzen wie folgt zusammen (BRAUN 1987: 24):

"Die Bereitschaft für traditionelle ehrenamtliche Mitarbeit, die auf Pflicht und Akzeptanzwerten basierte, hat abgenommen. Neu entstanden ist das Interesse an Engagementformen, die für die

Träger von Selbstentfaltungswerten typisch sind. Das Engagement wendet sich zunehmend Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen zu und zielt über die Grenzen konventioneller Organisations- und Betätigungsformen hinaus."

Soziales Engagement ist an Bedingungen geknüpft, die den persönlichen Zeitaufwand persönlich lohnend erscheinen lassen. Innerhalb des Opportunitätskostenmodells heißt dies, daß frei verfügbare Zeit nicht in beliebige, gesellschaftlich bedeutsame Tätigkeit eingebracht, den individuellen Nutzen des Betroffenen maximiert. Diese Nutzenmaximierung wird nur unter engen Bedingungen erreicht (siehe WECK-HANNEMANN 1984: 175 f.; SCHETTKAT 1984: 158 ff.). Für den überwiegenden Teil der Angehörigen der Alterspopulation scheint zu gelten, daß sie ihre frei verfügbare Zeit (für deren Nutzung sie nicht rechenschaftspflichtig sind, da es sich um bereits "bezahlte Zeit" handelt - siehe oben) nicht in unentgeltliche Leistungen für ihnen nicht persönlich verbundene andere Alte zu investieren wünschen. Im übrigen scheint für die Alterspopulation wie für die Bevölkerung generell zu gelten, daß ehrenamtlich zwar Hilfestellung, aber keine harte und belastende Pflege übernommen wird. Es steht zu vermuten, daß gerade Ältere sich außerhalb des engen Bereichs familialer/partnerschaftlicher Verpflichtung diesen Leistungen noch eher entziehen als andere Bevölkerungsgruppen, da sie sich unmittelbar mit einem möglichen eigenen, als erschreckend empfundenen Schicksal konfrontiert sähen. Dieser u.E. wichtige Aspekt der Diskussion ist allerdings noch nicht ausreichend erforscht.

8. Aufgabenzuweisungen im wohlfahrtsstaatlichen Kontext

Die Bevölkerung insgesamt erwartet nun auch keineswegs die "Altenhilfe durch die Alten". TABELLE 3 zeigt die Aufgabenzuweisungen, die die zitierte Untersuchung zum sozialen Engagement ergeben hat. Im Verhältnis zu den nachfolgend behandelten Ergebnissen des Wohlfahrtssurveys 1984 müssen die Vorgaben der Forscher beachtet werden, die explizit Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Mitarbeiter in den Katalog möglicher Nennungen aufnahmen und die nach der Problemlösungsinstanz, nicht nach der globalen Zuständigkeit im wohlfahrtsstaatlichen Kontext fragten. Es fällt auf, wie niedrig der notwendige Grad der Professionalität in der Pflege und Hilfe für alte Menschen bewertet wird - ganz im Gegensatz zu der Einordnung der Hilferfordernisse bei chro-

TABELLE 3: PROBLEMLÖSUNGSINSTANZEN BEZOGEN AUF AUSGEWÄHLTE GESUNDHEITSBEZOGENE PROBLEME AUS DER SICHT DER ERWACHSENENPOPULATION DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*)

Gesundheitsbezogene Problemfelder Problemlösungsinstanzen	Einsamkeit und Isolation		Pflege und Hilfsbedürf- tigkeit älter Menschen		Chronische Krankheit	
	v.H.	v.H.	v.H.	v.H.	v.H.	v.H.
Betroffene und ihre Familien	54	50	46			
Selbsthilfegruppen	67	26	57			
Ehrenamtliche Mitarbeiter	39	47	26			
Professionelle Helfer	20	34	68			
Wohlfahrtsverbände/Kirchen	52	60	26			
Städtische Ämter	10	33	19			

*) Mehrfachnennungen

Quelle: BRAUN 1987: 28

nischer Krankheit (obwohl fachlich angemerkt werden muß, das Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im hohen Alter zu einem hohen Grad auf chronischer Krankheit beruht). Je "weicher" die Problemlage beurteilt wird, um so eher wird die Lösungszuständigkeit bei den Familien und den Betroffenen selbst, bei den Selbsthilfegruppen und den Ehrenamtlichen gesehen. Je "härter" die Problemlage eingeschätzt wird, um so eher werden professionelle Helfer, Wohlfahrtsverbände und Kirchen sowie städtische Ämter als zuständig erachtet. Trifft diese Interpretation der Ergebnisse zu, so liegen Diskrepanzen in der Problembewertung, nicht in den Ergebnissen zwischen der Selbsthilfeuntersuchung und dem Wohlfahrtssurvey 1984.

Auswertungen des Wohlfahrtssurveys 1984 haben einen hohen Grad der Zuweisung klassischer wohlfahrtsstaatlicher Leistungen im Bereich der Sozialen Sicherheit inklusive der öffentlichen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen in diesem Rahmen an den Staat auf seiten der wahlberechtigten Bürger der Bundesrepublik ergeben (ROLLER/WESTLE 1987: 237). TABELLE 4 enthält in dem ersten vier Positionen eine Auswahl aus einer größeren Zahl so zu bezeichnender Aufgaben (darunter des weiteren finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Versorgung und Entsorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Umweltschutz). Im Vergleich zwischen der Verteilung der wahrgenommenen Zuständigkeit (IST-Zustand) und der gewünschten Zuständigkeitsverteilung (SOLL-Zustand) ergeben sich zwar Verschiebungen, doch sie bleiben geringfügig. Da das aggregierte Gesamtergebnis Verschiebungen individueller Differenzen verdecken kann, ist in Rubrik drei dieser Tabelle angegeben, inwieweit Veränderungswünsche entweder in Richtung einer stärkeren Staatszuweisung der Aufgaben (Politisierung) oder einer stärkeren Aufgabenzuweisung an gesellschaftliche Gruppen oder private Kräfte (Depolitisierung) angegeben wurden. Der Veränderungswunsch bleibt gering. Bestätigt wird der status quo von 90 v.H. und mehr der Befragten.

Dieser Darstellungsteil ist in unserem Zusammenhang quasi Vorspann zu der näheren Erörterung der Aufgabenzuweisung, die bezogen auf die Betreuung und Hilfe für alte Menschen vorgenommen wird. Als Ergänzung geben wir in TABELLE 4 die Bewertung der Zuständigkeiten für die Betreuung und Hilfe für kranke Menschen wieder. Beide Aufgabenbereiche werden nicht als "klassische Zuständigkeitsbereiche" des Staates wahrgenommen, wie die fast gleichmäßige IST- und SOLL-Aufgabenzuweisung an den Staat auf der einen Seite, an die

TABELLE 4: WAHGENOMMENE UND GEWÜNSCHTE VERTEILUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN FÜR AUSGEWÄHLTE AUFGABEN IM WOHLFAHRTS-STAATLICHEN KONTEXT

Zuständigkeit	Wahrgenommene Zuständigkeit		Gewünschte Zuständigkeit		Individuelle Präferenzen				
	Staat	Ges. Gruppen	Privat	Staat	Ges. Gruppen	Privat			
Aufgaben	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.			
1. Finanzielle Absicherung im Alter	91,0	5,9	3,2	89,2	6,0	4,8	2,4	4,3	
2. Finanzielle Hilfe für sozial Schwache	90,4	8,5	1,1	87,5	10,5	1,9		3,5	6,3
3. Medizinische Versorgung für alle	78,3	14,6	7,1	78,4	14,5	7,1		4,4	4,0
4. Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	76,1	18,6	5,3	77,6	16,7	5,7		4,7	3,2
5. Betreuung und Hilfe für kranke Menschen	51,4	43,1	5,5	53,2	39,5	7,3		9,6	7,6
6. Betreuung und Hilfe für alte Menschen	48,4	44,7	7,0	50,4	39,5	10,1		10,4	8,4

Legende: Staat - Bund, Länder, Gemeinden; Regierung, Gesetzgeber, staatliche und staatlich kontrollierte Einrichtungen, Ämter und Behörden
 Gesellschaftl. Gruppen u. Einr. - Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Massenmedien
 Private Kräfte - Marktwirtschaft, private Unternehmen, Privatkreise, jeder selbst
 Politisierung - Vermehrte Aufgabenschreibung an den Staat
 Depolitisierung - Vermehrte Aufgabenschreibung an gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen sowie private Kräfte

Quelle: ROLLER/WESTLE 1987, Tabellen 1, 2 und 3 (Wohlfahrtssurvey 1984)

gesellschaftlichen Gruppen und privaten Kräfte auf der anderen Seite deutlich zeigt. Bezogen auf diese beiden Aufgaben gibt es Veränderungswünsche bezogen auf den status quo von 15 bis fast 20 v.H. der Befragten (siehe Rubrik 3). Zwar schlägt das Pendel stärker zugunsten von einem Mehr an Politisierung - sprich staatlicher Verantwortung - aus, doch gibt es auch nicht unbeachtliche gegenläufige Meinungen.

TABELLE 5 verdeutlicht gruppenspezifische Wahrnehmungen der Zuständigkeit des Staates bezogen auf die Betreuung und Hilfe für alte Menschen. Insgesamt wird ein Mehr an staatlicher Zuständigkeit gewünscht, aber die Differenz zwischen dem IST- und dem SOLL-Zustand ist bei dieser allgemeinen Ergebniszusammenfassung minimal (nur 2 v.H.). Je niedriger die formale Bildung und je niedriger das Haushaltseinkommen, um so eher wird eine erhöhte Staatszuständigkeit gegenüber dem IST-Zustand und im Vergleich zu der Gesamtheit der Bewertung gewünscht. Die subjektive Schichtestufung wirkt parallel zu Bildung und Haushaltseinkommen auf die Bewertung ein. Die Arbeiterschicht weist dem Staat deutlich größere Aufgabenanteile zu, als dies etwa für die obere Mittelschicht/Oberschicht gilt. Nimmt man die Angaben zu den individuellen Präferenzen hinzu, die das ganze Ausmaß der Änderungswünsche offenbaren, so zeigt sich ein größerer Änderungswillen insgesamt gegenüber dem IST-Zustand bei denjenigen mit der höheren formalen Bildung, mit dem höheren Einkommen und mit der höheren subjektiven Schichtestufung. Sie tendieren, wie oben angeführt, eher in Richtung einer Verringerung der Staatszuständigkeit für die Betreuung und Hilfe für alte Menschen, wobei die Ergebnisse auch in den aufgezeigten individuellen Präferenzen in ihrer Abhängigkeit von Haushaltseinkommen und der subjektiven Schichtestufung konsistenter sind, als dies bezogen auf die formale Bildung gilt.

Es erscheint durchaus von Bedeutung, daß die in der politischen Diskussion hervortretenden Befürworter einer stärkeren Privatisierung der Betreuung und Hilfe für ältere Menschen sowohl den höheren Einkommensschichten als auch den höheren Gesellschaftsschichten angehören (Wissenschaftler, Politiker) und insofern, wie TABELLE 5 ausweist, auch als die Wortführer einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppierung - keineswegs aller gesellschaftlichen Gruppen - eingeordnet werden müssen.

TABELLE 5: BETREUUNG UND HILFE FÜR ALTE MENSCHEN GEMÄSS DER AUFGABENWAHRNEHMUNG VERSCHIEDENER GESELLSCHAFTLICHER GRUPPEN

Zuständigkeit	Wahrgenommene Zuständigkeit des Staates		Gewünschte Zuständigkeit des Staates		Individuelle Präferenzen	
	v.H.	v.H.	v.H.	v.H.	Politisierung	Depolitisierung
Gesellschaftliche Gruppen						
Alle	48,4	50,4	10,4	8,4		
Bildung						
- Volks(Haupt)schule	53,2	56,6	10,5		7,1	
- Mittlere Reife	42,2	39,6	8,3		11,3	
- Fachhochschulreife	44,4	54,8	16,7		6,9	
- Abitur	35,8	36,5	11,4		10,0	
Haushaltseinkommen						
- 1. Quintil	48,8	53,6	10,4		4,8	
- 2. Quintil	51,0	55,0	10,0		6,2	
- 3. Quintil	51,5	51,3	8,0		7,6	
- 4. Quintil	49,8	50,9	11,7		10,9	
- 5. Quintil	43,5	39,0	7,2		11,8	
Subjektive SchichtEinstufung						
- Arbeiterschicht	52,9	59,3	12,0		6,0	
- Mittelschicht	47,2	47,7	9,6		9,0	
- Obere Mittelschicht/Oberschicht	39,9	38,3	9,2		10,3	
Materialismus/Postmaterialismus						
- Materialisten	55,6	55,2	7,2		7,6	
- Eher Materialisten	49,9	52,8	12,2		9,2	
- Eher Postmaterialisten	40,5	44,1	10,9		7,2	
- Postmaterialisten	36,9	41,3	13,6		10,9	
Parteiidentifikation						
- GRÜNE	41,3	50,5	18,7		9,3	
- SPD	47,9	49,9	10,4		8,5	
- FDP	47,6	42,9	7,3		9,8	
- CDU/CSU	48,4	49,0	10,0		9,0	

Legende: siehe TABELLE 4

QUELLE: ROLLER/WESTLE 1987: Tabellen 4, 6 und 7 (Wohlfahrtssurvey 1984)

Betrachtet man das Spektrum der Wertorientierungen (Materialismus bis Postmaterialismus) und der Parteienpräferenzen der Befragten, so ist das Ausmaß der aufgezeigten individuellen Veränderungswünsche bei den Postmaterialisten und bei den Anhängern der Partei der GRÜNEN am höchsten. Die Veränderungswünsche weisen in Richtung einer stärkeren Aufgabenzuweisung an den Staat in dem hier behandelten Punkt. Von diesen Gruppen wird das Ausmaß der realisierten Staatszuständigkeit geringer eingeschätzt als von den anderen. Insofern ist der Veränderungswille und seine Richtung auch gebunden an eine andere Bewertung des IST-Zustandes. Dies zeigen Quervergleiche deutlich: Die Anhänger der GRÜNEN nehmen eine Staatszuständigkeit von 41,3 v.H. wahr und wünschen sich 50,5 v.H. im Durchschnitt; die Anhänger der CDU/CSU nehmen eine höhere realisierte Staatszuständigkeit wahr (48,4 v.H.) und wünschen sich einen geringfügig höheren Anteil im Durchschnitt (49,0 v.H.). Nur die Anhänger der FDP sprechen sich in diesem Parteienspektrum bezogen auf die Betreuung und Hilfe für alte Menschen für eine im Durchschnitt geringfügig niedrigere Staatszuständigkeit aus (Differenz von minus 4,7 v.H.). ROLLER/WESTLE (1987: 247) führen den sog. "Decken-Effekt" an, der besagt, wenn eine Gruppierung bereits ein sehr großes Ausmaß der Staatszuständigkeit als gegeben ansieht, so wird keine weitere Politisierung im Sinne der staatlichen Einbindung mehr als möglich erachtet. Da die Anhänger der SPD traditionell von einem hohen Maß von Staatszuständigkeit im sozialen Sektor ausgehen, ist das gewünschte Ausmaß der zusätzlichen Veränderung in diese Richtung gering.

Quer durch alle Gruppierungen des sozio-ökonomischen und gesellschaftsstrukturellen Spektrums können sich zwar einzelne Gruppen ein geringfügig höheres Maß der Aufgabenzuweisung an private Kräfte - d.h. an private Unternehmen, informelle Netze, an jeden selbst - durchaus vorstellen, doch bleibt das Ausmaß der gewünschten Änderung in diese Richtung gering und übersteigt bei der Untersuchung, auf die wir uns hier beziehen, und bei der von ihr vorgenommenen Aggregation von Gruppen in keinem Falle 11 v.H. der befragten Wahlberechtigten (TABELLE 5, Rubrik 3). Die Gesamtheit der Befragten kann sich einen Anteil der privaten Kräfte von 10,1 v.H. vorstellen (SOLL-Zustand) gegenüber einem realisierten Anteil von 7,0 v.H. (IST-Zustand) nach eigener Einschätzung.

Die Interpretation dieser Befragungsergebnisse erlaubt u.E. den Schluß, daß die weit überwiegende Mehrheit der Bundesbürger heute nach wie vor an dem Solidaritätsprinzip JUNG FÜR ALT festhält. Die Befunde erlauben selbstverständlich nicht den Schluß, diese Überzeugungen würden und könnten sich nicht zukünftig ändern. Sie prägen jedoch unser heutiges Bewußtsein. Dies gilt es bezogen auf die Hilfe für alte Menschen festzuhalten.

9. Ist gleichberechtigtes Verhalten der Alterspopulation systemwidrig und eine zukünftig untragbare gesellschaftliche Last?

Unsere Erörterungen mögen eines gezeigt haben: Die Alterspopulation verfügt über einen wichtigen Anteil am privaten Einkommen innerhalb der Volkswirtschaft und sie ist ein bedeutender Faktor im Gesamtspektrum der Konsumenten von Produktions- und Dienstleistungen innerhalb und außerhalb des Sozialleistungssystems. Innerhalb der gesetzlichen Bedingungen des Erwerbs von Sozialleistungen und der Nutzung des Produkt- und Dienstleistungsangebotes bewegen sich die Älteren so wie Jüngere, gleichberechtigt.

Überlegungen, die abzielen auf Verpflichtungsleistungen der Alterspopulation als gesellschaftliche Aufgabe sprengen den Rahmen, der in der Gesellschaft insgesamt für derartige Leistungsverpflichtungen gezogen ist. Es muß eine Sondersituation der Älteren konstruiert werden, aus der gerade ihnen besondere Verpflichtungen erwachsen. Dies heißt aber auch, es werden Werte und aus ihnen abgeleitete Verhaltensweisen propagiert oder gefördert, die insbesondere für die Alterspopulation Geltung haben sollen. Vergleichbar ist die Propagierung der Hausfrauen- und Mutterrolle als arbeitsmarktpolitisches Instrument. Die Zuweisung einer mit Verpflichtungen verbundenen Sonderrolle interpretieren wir als eine Werthaltung bezogen auf die Alterspopulation, die ihr die Gleichberechtigung mit anderen Bevölkerungsgruppen tendentiell abspricht.

Unsere Argumentation zielt ab auf die Einstellungsebene. Sie bezieht sich nicht auf Probleme unzureichender materieller Ausstattung eines nicht geringen Teiles der Alterspopulation und negiert nicht Minderleistungen für Ältere etwa innerhalb des Gesundheitsversorgungssystems, hier insbesondere bezogen auf die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit. Allerdings sind vorge-

tragenen Begründungen für gewünschte bzw. als notwendig erachtete Verhaltensänderungen der Alterspopulation auf eine mittlere Wertebene bezogen, auf der auch die Ziele des Sozialen Sicherungssystems angesiedelt sind. Sie stellen dezidiert ab auf jene Ziele, die im Interesse der erwerbstätigen Bevölkerung und der Kontrolle von ihr zu tragender Soziallasten verfolgt werden, nicht auf die Alterspopulation selbst. COLE (1985b) in Anlehnung an MYLES (1984) argumentiert angesichts demographischer Umschichtungen und ihrer ökonomischen Wirkungen gegen die Annahme eines zukünftig alarmierend hohen Alterslastkoeffizienten. Die Alterung der Gesellschaft wird nicht zum Bankrott der Nationalbank führen, sondern vielmehr die Zusammensetzung der Eigentümer und die Struktur der Kontrollmechanismen verändern. In westlichen Industriegesellschaften reduziert die öffentliche Kontrolle über die Einkommensverteilung im Zuge der Gesellschaftsalterung den Anteil am Bruttosozialprodukt, der für private Investitionen verfügbar ist. Das Kernproblem scheint beiden Autoren nicht in der Kontrolle auf seiten des Staates, sondern viel eher in der demokratischen Kontrolle des Staates selbst zu liegen. Eine staatliche Politik, die Ressourcen in Hinblick auf Bedarfslagen und das Postulat der sozialen Gleichheit verteilt, unterminiert tendenziell das System der Ressourcenverteilung auf der Grundlage von Vermögenswerten und Marktpreisen. Die Soziale Sicherung der Alterspopulation ist primär ein Problem des demokratischen Verhaltens, nicht der demographischen Entwicklung und verbundener ökonomischer Belastungen.

Kapitel VI

KLEINRÄUMIGE ALTERNATIVEN: EIGENARBEIT UND NACHBARSCHAFTSORIENTIERUNG

AM ARBEITSMARKT VORBEI. SOZIALÖKONOMISCHE FAKTOREN EINER REORGANISATION
"HAUSWIRTSCHAFTLICHER" WOHLFARTSPRODUKTION

Claus Offe; Rolf G. Heinze *)

Inhalt:

1. Strukturelle Engpässe der Wohlfahrtsproduktion
2. Neue Quellen der Wohlfahrtsproduktion durch Kombination von Steuerungsprinzipien?

1. Strukturelle Engpässe der Wohlfahrtsproduktion

Die Nachkriegsgeschichte der westeuropäischen Industriegesellschaften war - jedenfalls bis zum Ende der beispiellos langen Prosperitätsperiode, die Mitte der 70er Jahre eintrat - sozialstrukturell dadurch gekennzeichnet, daß die formelle, über Arbeitsmärkte vermittelte Lohn- bzw. Erwerbsarbeit absolut und relativ anstieg und sich auf Kosten der noch nicht modernisierten Sektoren und Arbeitsformen ausdehnte. Zwar sank das zeitliche Volumen der pro Arbeitskraft eingesetzten Erwerbsarbeit aufgrund verschiedener Formen der Arbeitszeitverkürzung, aber dieser Effekt wurde, vor allem aufgrund wachsender Teilzeitarbeit, mehr als kompensiert: es ergab sich ein Netto-Wachstum der pro Haushalt angebotenen Zeit für Erwerbsarbeit. Die Haushalte sind also im wachsenden Umfang in den Arbeitsmarkt integriert, um ihren Bedarf an Geldeinkommen zu decken. Folge und zugleich Voraussetzung für diese wachsende "Kommodifizierung" der Arbeit ist, daß viele der bisher in haus-haltlicher Eigenarbeit erzeugten Güter und Leistungen nun unter Verwendung dieses Geldeinkommens über entsprechende Güter- und Dienstleistungsmärkte bzw. von staatlichen und kommunalen Einrichtungen bezogen werden. Diese Zu-

*) Überarbeitete und gekürzte Fassung eines Aufsatzes aus LEVIATHAN, Heft 4, 1986, S. 471-495. Wir danken dem Westdeutschen Verlag für die Genehmigung des Nachdrucks.

sammenhänge lassen sich als eine zweispurige Ankoppelung der Haushalte an Märkte charakterisieren. Uns interessieren hier einige unintendierte und weniger offensichtliche Folgen und Folgeprobleme dieser Ankoppelung. Darunter vermuten wir Phänomene wie

- die weitgehende Dequalifizierung der Haushaltsangehörigen im Hinblick auf jene Fähigkeiten, Fertigkeiten, Kenntnisse und Motive, die für eine haushaltliche, auf Eigenarbeit und Selbstversorgung beruhende Bedarfsdeckung außerhalb von (oder in relativer Distanz zu) Marktbeziehungen erforderlich sind;
- die allmähliche Umwandlung der Haushaltssphäre in eine von produktiven Funktionen weitgehend bereinigte Konsumsphäre, sowie
- eine dementsprechende Veränderung von Haushaltsstrukturen, wobei insbesondere eine Rolle spielen dürfte, daß ökonomische Anreize zur Bildung "größerer" Haushaltseinheiten an Gewicht verlieren und insbesondere der "Familienhaushalt" als vorherrschende haushaltliche Lebensform seine positiven ökonomischen Funktionen verliert.

Solche Tendenzen zu einer langfristigen sozialen "Modernisierung" des privaten Haushaltes brechen sich allerdings an zwei Gegenteilstendenzen, die seit Mitte der 70er Jahre in aller Deutlichkeit hervortreten. Einerseits sind durch die Bedingungen der anhaltenden Beschäftigungskrise den Chancen Grenzen gesetzt, am Arbeitsmarkt Erwerbseinkommen zu beziehen. Andererseits trifft die dadurch begrenzte Zahlungsfähigkeit der privaten Haushalte auf ein (im Verhältnis zum Niveau der Preise für Güter) relativ wachsendes Preisniveau für Dienstleistungen. Aus beiden Gründen ergibt sich eine Gegenbewegung in Richtung auf eine zumindest "objektiv" wachsende Attraktivität und ökonomische Rationalität des Bedarfsausgleichs durch haushaltliche Selbstversorgung und "Selbstbedienung". Für derartige Tätigkeiten steht nun (aufgrund insgesamt sinkender Anteile der Erwerbszeit an der Lebenszeit und aufgrund der anhaltenden Beschäftigungskrise) einerseits die Ressource "Zeit" vermehrt zur Verfügung, andererseits müßte, so wäre zu vermuten, von den komparativen Kostenvorteilen der Selbstversorgung bei relativ steigenden Preisniveaus gerade für "haushaltsnahe" Dienstleistungen ein ökonomischer Motivationseffekt ausgehen.

Neben Kostenerwägungen sprechen auch qualitative Gesichtspunkte für eine Rückverlagerung bestimmter Zweige der Wohlfahrtsproduktion in die Sphäre

haushaltlicher Selbstversorgung. Hierbei gehören nicht nur die Qualitätsvorteile haushaltlich zubereiteter Nahrungsmittel gegenüber Fertiggerichten etc., sondern auch die markanten Qualitätsnachteile und Versorgungsdefizite im Bereich psycho-sozialer, pädagogischer und pflegerischer Dienstleistungen, die häufig mit der bürokratisch-professionellen Form ihrer Verabreichung einhergehen.

Diese zeitlichen, preislichen und qualitativen Anlässe zu einer Reaktivierung haushaltlicher Selbstversorgung mit einigen Gütern und zahlreichen Dienstleistungen setzen sich jedoch nicht ungehindert durch, weil einer solchen "Trendumkehr" einige der in der Vergangenheit durchgemachten Strukturveränderungen des privaten Haushaltes im Wege stehen. Man könnte davon sprechen, daß der private Haushalt in eine Modernisierungs- bzw. Kommerzialisierungsfalle geraten ist, aus der ihm der Rückweg in Richtung auf mehr Selbstversorgung durch eine Reihe von Hindernissen verlegt ist. Zu diesen Hindernissen zählen vor allem der Verlust der kulturellen und motivationalen Grundlagen haushaltlicher Selbstversorgung, die Dequalifizierung haushaltlicher Eigenarbeit, d.h. der Verfall des für diese erforderlichen "Humankapitals", sowie die geringe Größe privater Haushalte. Ein wichtiger Unterschied zwischen den älteren Formen haushaltlicher Selbstversorgung und Eigenarbeit (z.B. bei der Züchtung, Konservierung und Zubereitung von Nahrungsmitteln) und den neueren Phänomenen der Selbstbedienung besteht ja darin, daß im einen Falle haushaltseigene Planungen, Ressourcen, Kenntnisse und Fertigkeiten Grundlage der Tätigkeit waren, während im anderen Falle lediglich (meist sehr einfache) Verrichtungen der Haushaltsangehörigen von haushaltsexternen Anbietern eingeplant sind und von ihnen zum Zwecke eigener Kostensenkung abgerufen werden (Beispiel: Selbstmontage von Billigmöbeln). Ein Grund für den Rückgang der selbstgeplanten Eigenarbeit des ersten Typus dürfte in der abnehmenden durchschnittlichen Haushaltsgröße zu sehen sein. Diese "Kleinformatigkeit" des privaten Haushaltes geht mit z.T. dramatischen negativen Skaleneffekten einher, bei denen sich größere Selbstversorgungsaktivitäten einfach "nicht mehr lohnen".

In Reaktion auf dieses widersprüchliche Verhältnis von Rationalität einer vermehrten Selbstversorgung und begrenzten strukturellen Kapazitäten, diese Rationalität zu nutzen, haben sich jedoch eine Vielzahl von partiellen Lösungsmustern herausgebildet, die in einer Grauzone zwischen dem marktli-

chen bzw. staatlich-administrativen Bedarfsausgleich und der haushaltlichen Selbstversorgung liegen (Do-it-yourself, Schwarzarbeit, Nachbarschafts- und Selbsthilfe etc.). Zumindest bei vielen dieser mehr oder weniger "informellen" Arrangements des Bedarfsausgleichs lassen sich jedoch Suboptimalitäten konstatieren, - sei es im Hinblick auf Kosten und Qualität der so erzeugten Güter und Leistungen, sei es im Hinblick auf kollektiv negative Effekte. Diese haben mit der Beengtheit ihrer sachlichen Zuständigkeitsbereiche, ihrer Abhängigkeit von sozialen Voraussetzungen, der Unzulänglichkeit der Qualität ihrer Leistungen, schädlichen Drittwirkungen und zeitlichen Instabilitäten zu tun. Die Unzulänglichkeit solcher spontan sich entwickelnden Bedarfsausgleichssysteme zwischen Markt, Staat und Haushalt wird überdies dann deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gering der Anteil der "produktiven" Funktionen des privaten Haushaltes (Beschaffungsleistungen, Zubereitung und Konservierung von Nahrungsmitteln, Reinigung, Pflege, Betreuung und Erziehung usw.) ist, der auf solche "Zwischen-Arrangements" übertragen werden kann. In den meisten dieser Handlungsfelder bleibt der private Haushalt deswegen auf die Alternative zwischen strikter Selbstversorgung einerseits und dem Fremdbezug über den Markt (bzw. staatlich bereitgestellte öffentliche Dienstleistungen) verwiesen.

2. Neue Quellen der Wohlfahrtsproduktion durch Kombination von Steuerungsprinzipien?

Wir haben oben kurz zu zeigen versucht, daß krisenhafte Entwicklungen von Arbeitsmarkt und Beschäftigung sowie qualitative und quantitative Engpässe und Versorgungslücken des Wohlfahrtsstaates einen strukturellen Bedarf an der Erschließung neuer Quellen der Wohlfahrtsproduktion erzeugen und daß dieser Bedarf durch "spontane" Strukturbildungen und kompensatorische Arrangements nur in höchst unzulänglichem Maße gedeckt wird. Andererseits besteht jedoch angesichts der skizzierten Problemlage und der qualitativen und quantitativen Unzulänglichkeit der "spontanen" Lösungen und Notbehelfe kein Anlaß, die Suche nach konstruktiven und innovativen Lösungen jenes Problems einfach abzubrechen, das in der - empirisch und normativ, quantitativ und qualitativ - unzulänglichen Kapazität privater Haushalte für Selbstversorgung besteht.

Die fortbestehende und eher zunehmende Dringlichkeit dieses Problems kann auch an der Tatsache abgelesen werden, daß eine Fülle von sozial- und gesellschaftspolitischen Tendenzen und Reformvorschlägen heute - oft unter der vielfältig ausdeutbaren Parole "from Welfare State to Welfare Society" - mit Chancen für eine verstärkte Nutzung haushaltlicher, freiwilliger, solidarischer, ehrenamtlicher usw. Tätigkeitsformen explizit oder implizit rechnen. So kann man in den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Debatten, wie sie in den letzten 10 Jahren in der Bundesrepublik auf politischer und wissenschaftlicher Ebene geführt sind, ohne weiteres drei aufeinanderfolgende Zyklen konstatieren:

Dabei handelt es sich erstens um den vergleichsweise engen Steuerungsbe- reich, in dem es lediglich um die sozialpolitische bzw. steuerliche Zuteil- lung und Umverteilung von Einkommen, Lohnersatzleistungen und betrieblichen Kosten geht; im zweiten Zyklus wird der Horizont insoweit ausgeweitet, als es jetzt zusätzlich um die Umverteilung von Erwerbsmöglichkeiten, und zwar vorwiegend durch arbeitszeitpolitische Maßnahmen und die von ihnen erwarteten beschäftigungspolitischen Effekte, geht; in einem dritten Schritt kommt dann eine Debatte auf, bei der es nicht mehr lediglich um das Verteilungs- muster von Einkommen und auch nicht mehr lediglich um das zeitlich gesteu- erte Verteilungsmuster von Erwerbchancen, sondern zusätzlich um das Vertei- lungsmuster von "nützlichen Tätigkeiten" geht, von denen ja, wie wiederum die feministische Kritik mit aller Deutlichkeit herausgestellt hat, die förmliche Erwerbsarbeit nur eine Teilmenge darstellt. Zumindest für die Bun- desrepublik, vermutlich aber auch für so verschiedenartige Länder wie die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien kann man konstatieren, daß die sozial- und gesellschaftspolitische Debatte mittlerweile in dieser dritten "Runde" angekommen ist, und angesichts der begründeten Zweifel daran, ob die Wiederherstellung von "Vollbeschäftigung" ein realistisches (oder auch nur wünschbares) Ziel sein könne, ist nicht zu erwarten, daß das theoretische und praktische Interesse an einem Neuzuschnitt des Verteilungsmusters zw- ischen formeller Erwerbsarbeit und informeller, d.h. nicht durch Marktmecha- nismen zugewiesener und entgoltenener "nützlicher Tätigkeit" alsbald erlöschen wird.

In Reaktion auf die qualitativen und quantitativen Probleme der Lohnarbeit, d.h. in Reaktion auf ihre prekäre Beschäftigungslage sowie auf die in den

Betrieben und Behörden anzutreffenden Herrschaftsverhältnisse und Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten 10 Jahren zahlreiche praktische Versuche und theoretische Begründungen "alternativökonomischer" Art entwickelt. Sie knüpfen an den Genossenschaftsgedanken, an Traditionen des "Municipal-sozialismus" sowie an Visionen von einer "neuen Selbständigkeit" an und konvergieren in dem Ziel, gesicherte Beschäftigung unter qualitativ befriedigenden, am Inhalt und Eigenwert der Arbeit orientierten, demokratisierten Arbeits- und Leistungsbedingungen zu gewährleisten. Man kann sagen, daß derartige "alternativökonomische" Ansätze auf eine "Verhaushaltlichung" der betrieblichen Arbeit hinauslaufen, insofern die für "moderne" Gesellschaften charakteristische Trennung von Betriebs- und Haushaltssphäre in Richtung auf eine Reintegration haushaltstypischer Sozialbeziehungen (Solidarität und Reziprozität, ungeschiedenes Nebeneinander von produktiven und konsumtiven Funktionen) in den Betrieb hinauslaufen. Der Betrieb würde auf diese Weise, so jedenfalls die Erwartung der theoretischen und praktischen Protagonisten der "Alternativökonomie", zu einem sozialen Ort, an dem die dort immer schon geltenden Beziehungsformen der formalen Herrschaft und des marktvermittelten Austausches durch die Beziehung der Solidarität und Reziprozität ergänzt und relativiert würden. Für diese Logik der Reintegration bietet der "alternativ-ökonomische" Ansatz jedoch nur einen von zwei denkbaren Anwendungsfällen. Außer einer "Verhaushaltlichung" von Betrieben könnte man auch eine "Verbetrieblichung" von Haushalten anstreben und als Lösungsstrategie weiter verfolgen.

Im folgenden soll auf der Grundlage der zuvor angestellten Überlegungen und in konstruktiver Verfolgung des Denkmodells einer "Verbetrieblichung der privaten Haushaltssphäre" ein institutionelles Modell vorgestellt werden, das wir als Kooperationsring bezeichnen wollen. Diese Darstellung dient dem Ziel, die Leistungsfähigkeit des Modells des Kooperationsringes der theoretischen und der politisch-normativen Kritik auszusetzen und weitere gedankliche Vorarbeiten für eine ggf. anschließende praktische Erprobung und empirische Evaluation dieses Modells (z.B. in Gestalt eines Versuchsprogramms mit Begleitforschung) zu leisten bzw. anzuregen. Kriterium für die Leistungsfähigkeit von Kooperationsringen soll ihre Eignung sein, die Selbstversorgungsfähigkeit privater Haushalte qualitativ und quantitativ zu steigern, ohne daß dabei die oben eingeführten normativen Kriterien der Reziprozität, der Freiheit und der Gleichheit (bzw. der stabilen Generalisierung) insgesamt verletzt oder miteinander in Konflikt gebracht werden.

Eines der Hauptprobleme produktiver Selbstversorgung mit Gütern und Leistungen in Haushalten, so hatten wir oben argumentiert, ist die geringe Größe der Haushalte selbst. In geradezu hoffnungslosem Maße leidet betriebswirtschaftlich betrachtet der moderne (häufig: Ein-Personen-)Haushalt an seinen "diseconomies of small scale". Diese größenbedingte strukturelle Entmutigung von Selbstversorgungsaktivitäten läßt es dann als rational erscheinen, daß sich der Haushalt nahezu ausschließlich als Konsumeinheit verhält, Güter und Leistungen über externe Märkte oder Leistungsverwaltungen bezieht und im übrigen bestrebt ist, durch Steigerung des Erwerbseinkommens der Mitglieder die haushaltliche Konsumtionsfähigkeit zu maximieren. Diese betriebswirtschaftlichen Nachteile der geringen Haushaltsgröße beruhen vor allem auf zwei Sachverhalten: Erstens lohnt sich häufig aus Kostengründen die Anschaffung von haushaltlichen Kapitalgütern (Tiefkühltruhe, Heimwerkergeräte etc.) nicht, weil die Nutzungsintensität zu gering und mithin die Stückkosten der selbsterzeugten Leistungen zu hoch sein würden. Zweitens ergeben sich analoge Engpässe auf der Seite des Humankapitals, weil kleine Haushalte keine Spezialisierungsmöglichkeiten zulassen und der förmliche Erwerb von einschlägigen Kenntnissen und Fertigkeiten sich aus dem zuvor genannten Grunde allenfalls dann lohnt, wenn es sich nicht primär um Selbstversorgungs-, sondern um eher konsumtive Selbstdarstellungs- und Selbstverwirklichungsaktivitäten (Beispiel: Töpferarbeiten, Hausmusik etc.) handelt. Dieses zentrale betriebswirtschaftliche Problem des größenbedingten Effizienznachteils privater Haushalte könnte nun vermutlich auf dem Wege der Maßstabsvergrößerung bzw. durch Einrichtung von Verbundsystemen zwischen Haushalten überwunden werden. Beispiele hierfür sind die auf stabilen Reziprozitätserwartungen beruhenden Formen der Nachbarschaftshilfe einerseits, die anstaltliche Kollektivierung bestimmter Kapitalgüter (z.B. Waschmaschinen u.ä.) für die gemeinsame Nutzung durch mehrere Haushalte. Anspruchsvollere Varianten der ersten Alternative sind vereinsähnliche Initiativen und Klubs zur Betreuung von Kleinkindern, Schülern und älteren Menschen; aufwendige Beispiele für die zweite Alternative sind aus den Wohnungsbauprojekten des "roten Wien" der zwanziger Jahre bekannt, bei denen die im einzelnen Haushalt verbleibenden Versorgungsfunktionen minimiert und zum überwiegenden Teil in wohnbereichsnahen Kollektiveinrichtungen zusammengefaßt werden sollten.

Beide Ansätze zur Lösung des Größenproblems, sowohl die gemeinschaftlichen wie die anstaltlichen, weisen charakteristische Schwächen auf. Die gemeinschaftlichen Organisationsformen haben einen außerordentlich hohen Bedarf an "Reziprozitätsvertrauen" bei den Beteiligten und sind deshalb sehr störungsanfällig, wenn dieses Vertrauen nicht laufend durch die Motive und Wahrnehmungen der Beteiligten regeneriert wird. Demgegenüber besteht die Schwierigkeit der "anstaltlichen" Kollektivierungsvariante darin, daß auf "gemeinschaftlichen" Bedarfsausgleich weitgehend verzichtet wird und stattdessen durch formale Regeln (Gebühren, Benutzungsordnungen und -zeitpläne usw.) ein individuell zu nutzendes Standard-Angebot normiert wird. Damit tendiert jedoch das Angebot dahin, lediglich qualitativen Minimalstandards zu genügen und - ähnlich wie beim Spannungsverhältnis zwischen Pflichtversicherung und privater Versicherung - jedenfalls den bessergestellten Mitgliedern des Nutzerkreises den Ausweg in die qualitativ in aller Regel bessere "private", d.h. haushaltsindividuelle Versorgungsform nahezu legen. Wegen dieser Schwierigkeiten ist in unserem Modell des "Kooperationsringes" vorgesehen, die überhaushaltliche Kollektivierung von Selbstversorgungseinrichtungen weder gemeinschaftlich noch administrativ, sondern marktförmig zu organisieren, allerdings mit den beiden Besonderheiten, daß

(a) der Leistungsaustausch nicht über das allgemeine Medium des Geldes, sondern über Leistungsgutscheine läuft, welche nur im Kreis der Teilnehmer und nur für den Zweck des Leistungsverkehrs zwischen einer lokal abgegrenzten Zahl von Haushalten Geltung haben, und daß

(b) das Zustandekommen und der Bestand eines derartigen, durch eine nicht-convertible Eigenwährung ausgegrenzten Marktes öffentlich subventioniert wird, und zwar ebenfalls nicht monetär, sondern durch die Bereitstellung von Räumen, Geräten, Sachleistungen und Humankapital. Dies hätte den Vorteil, derartige überhaushaltliche Arrangements von der Voraussetzung begrenzt wirksamer und immer anfälliger Solidaritäts- und Reziprozitätsbeziehungen abzukoppeln, aber andererseits auch den Ausweg einer schematisierenden und standardisierenden Kollektivversorgung mit ihren qualitativen Mängeln zu vermeiden. Anders gesagt: Teilnahme- und Leistungsmotiv der Beteiligten wäre damit weder die unbestimmte Aussicht darauf, daß die jetzt Begünstigten die empfangene Hilfe irgendwann einmal erwidern würden, und ebensowenig der Umstand, daß man sich etwas "Besseres" (einstweilen) nicht leisten kann, sondern das rationale Kalkül eines möglichst effizienten Bedarfsausgleichs.

Gleichzeitig wäre ein solcher zwischenhaushaltlicher Markt für Güter und Dienstleistungen der Selbstversorgung vom allgemeinen Markt durch die Tatsache abgekoppelt, daß hier nicht mit Geld, sondern mit Gutscheinen gezahlt wird. Deren Einführung hat den Sinn, daß Leistungen von anderen Haushalten nur aufgrund vorausgegangener Leistungen an andere Haushalte bezogen werden können (und nicht aufgrund von Markteinkommen), und daß das Tauschmittel nicht zum Ausgangspunkt von Akkumulationsprozessen und Ausbeutungsverhältnissen werden kann: Man kann mit den für eigene Leistungen bezogenen Gutscheinen nichts anderes machen, als sie wiederum für Leistungen anderer auszugeben. In diesem Zusammenhang wäre zur Stimulierung kontinuierlicher Transaktionen und zur Vermeidung des Hortens der Gedanke eines zeitabhängigen Wertverfalls der Gutscheine aufzunehmen; eine entsprechende Bestimmung könnte z.B. vorsehen, daß die Gutscheine nach dreimonatiger Nicht-Benutzung ihren Wert verlieren. Von einem regulären, monetär vermittelten Markt würde sich ein solches Arrangement ferner dadurch unterscheiden, daß keine freie Preisbildung stattfindet und immer nur "ganze" Einheiten von Gutscheinen ausgegeben bzw. eingenommen werden könnten. Man könnte sich dies in der Praxis so vorstellen, daß aufgrund jährlich revidierbarer Vereinbarungen zwei oder höchstens drei Leistungsklassen für Güter und Dienstleistungen des zwischenhaushaltlichen Verkehrs definiert würden (differenziert z.B. nach Reinigungs- und Transportleistungen - Sachgüter- und Reparaturleistungen - personale soziale Dienste wie Personalbetreuung), wobei jeweils die eingesetzte Stunde mit einer, zwei oder drei Werteinheiten bewertet würde.

Der strukturelle Vorteil eines solchen Arrangements ist vor allem darin zu vermuten, daß es Spezialisierung erlaubt und anregt, sowie darin, daß entsprechende Kapitalinvestitionen für haushaltliche Selbstversorgung nun anfangen, sich zu lohnen. Den letzteren Effekt könnte man, wie erwähnt, durch eine Sachkostenübernahme für derartige Kooperationsringe durch die öffentliche Hand verstärken. Diese Vorteile beruhen darauf, daß zwischen die beiden heute verfügbaren Alternativen der einzelhaushaltlichen Selbstversorgung und der marktlichen bzw. administrativen Fremdversorgung eine dritte Ebene eingeführt und zur Option gestellt würde, auf der sich solidarische, marktliche und administrativ-subventionierende Versorgungsformen mischen. Der prinzipiell freie Zugang zu bzw. Austritt aus diesem kooperativen System des Bedarfsausgleichs würde gleichzeitig das Niveau der anfallenden Transaktionskosten in engen Grenzen halten: Jede Interaktion, die zustandekommt, kommt

ausschließlich aufgrund freier Vereinbarung und "einzelwirtschaftlicher" Nutzenschätzung zustande; Zwangskonsum und von interessierten Anbietern durchgesetzte Bedarfsoktroierung sind ausgeschlossen. Bei kleinräumiger Auslegung eines solchen Kooperationsringes - zu denken wäre etwa an eine Größenordnung von zwischen 100 und 500 räumlich benachbarten Haushalten - wären auch die erforderlichen Informations- und Transportkosten unerheblich. Für das Entstehen eines ausgeprägten Vereinslebens oder eines administrativen Apparates für die Zuteilung und Überwachung von Leistungen oder die Adjudikation von Konflikten bestünde kein immanenter Bedarf oder Anlaß.

Trotz dieser vermuteten (und nach ihrem Umfang bzw. ihren Voraussetzungen relativ leicht durch empirische Begleitforschung überprüfbarer) Vorteile sind eine Reihe von Schwierigkeiten und Problemen zu antizipieren, die abschließend genannt seien. Solche Schwierigkeiten dürften zunächst bei der Konstitution eines Kooperationsringes auftreten: Es muß ein "Anfangskapital" von nachbarschaftlichen Vertrauensbeziehungen wie an haushaltlichen Leistungskapazitäten vorhanden sein, damit ein solches Arrangement entstehen kann; es ist jedoch vorstellbar, daß günstige Entstehungsvoraussetzungen auch durch die Vorbildwirkung schon laufender Projekte, durch die Aussichten auf öffentliche Subventionen, durch Werbung und eine entsprechende kommunalpolitische Mobilisierung zustandegebracht werden können. Ferner ist unter Umständen mit sehr stark ausgeprägten Präferenzen derart zu rechnen, daß die präsumtiven Teilnehmer sich auf Fremdversorgung oder auf individuelle haushaltliche Selbstversorgung beschränken wollen und allen Zwischenformen, zu denen auch das Modell des Kooperationsringes gehört, im Namen von Werten wie Anonymität, Schutz der Privatsphäre usw. mit Mißtrauen und Argwohn begegnen. Über Intensität und Verbreitung solcher anti-kooperativer Vorbehalte könnte man ebenfalls nur mit den Mitteln empirischer Forschung Aufschluß erhalten, wobei auch hier Wandlungspotentiale zu unterstellen sind. Schließlich ist damit zu rechnen, daß vehemente Einsprüche und Gegeninitiativen von seiten einzelner Anbietergruppen aus der formellen Ökonomie einsetzen würden, sobald zwischenhaushaltliche Kooperationsbeziehungen beginnen würden, nennenswerte Anteile ihrer Märkte zu übernehmen; wirtschafts- und sozialpolitische Einwände dieser Art sind gleichermaßen von Einzelhandel und Handwerk wie von gewerkschaftlichen und Berufsverbänden zu erwarten, wobei die Fragen der Kräfteverhältnisse der konfligierenden Interessen, ihrer Strategien und Legitimationen wiederum ein lohnendes Feld der empirischen Analyse abgeben dürften.

X SELBSTÄNDIGKEIT IM ALTER - SELBSTORGANISATION IN DER NACHBARSCHAFT

Zur Konzeption des Projekts "Nachbarschaft Georgenschwaige"

Richard Pieper

1. Die Nachbarschaft als kleinräumiges, soziales Unterstützungssystem
2. Zur Institutionalisierung von Nachbarschaft
3. Das Projekt "Nachbarschaft Georgenschwaige"
4. Fazit

Die demographische Entwicklung gehört zu den wenigen gesellschaftlichen Prozessen, die recht genaue, langfristige Prognosen gestatten. Demnach steht fest, daß wir bis zum Jahr 2030 mit einer wachsenden Zahl und steigendem Anteil alter Menschen zu rechnen haben - mit einer Entwicklung zur "ergrauten Gesellschaft". Typischerweise, wenn auch nicht völlig selbstverständlich, werden solche Einsichten mit dem Unterton einer nahenden Krise vorgetragen. Alte Menschen sind offenbar ein Problem, insbesondere wenn sie in Massen auftreten.

Nun gibt es sicherlich eine Reihe von Anpassungsproblemen, die ihre Ursachen in einer veränderten Bevölkerungsstruktur haben. Dennoch ist die besorgte Haltung vieler Kommentatoren nicht verständlich, wenn man nicht die Haltung unserer Gesellschaft insgesamt gegenüber dem Alter berücksichtigt. Unsere Gesellschaft ist auf Jugendlichkeit und Arbeitswelt orientiert: das Alter ist ein Problem, weil schon das Altern und das Ausscheiden aus dem Berufsleben als Problem erlebt werden. Mit dem Alter muß man befürchten, an den Rand dieser Arbeitsgesellschaft gedrückt zu werden.

Ein beliebtes Zahlenspiel wird auch mit der Relation der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter und den Personen über 60 Jahren getrieben, weil ins-

besondere mit dem wachsenden Anteil der Hochbetagten über 75 Jahren das Risiko der Pflegebedürftigkeit zunimmt (vgl. FINK 1987). Nun ist es richtig, daß der Anteil der Alten sich bis zum Jahr 2030 nahezu verdoppelt, aber im gleichen Zeitraum wird sich die Zahl der Kinder (bzw. der Personen unter 20 Jahren) in etwa halbieren und damit der Anteil der Bevölkerung in mittleren Jahren annähernd konstant bleiben. Die "Bevölkerungsrelation" im Verhältnis der Generationen ändert sich also nicht wesentlich. Muß man aber davon ausgehen, daß alte Menschen die Gesellschaft sozialpolitisch mehr belasten als Kinder? Oder wehren wir uns dagegen, nachdem der Betreuungsaufwand für Kinder zumindest quantitativ durch die sinkenden Geburtenraten eingeschränkt wurde, stattdessen für deren Großeltern sorgen zu müssen?

Die Fragen sind sicherlich polemisch, sie machen aber darauf aufmerksam, daß mit Hinweisen auf demographische Veränderungen die eigentlichen Probleme noch nicht erfaßt sind. Was vordergründig als Problem der Kosten und der Finanzierbarkeit einer Sozialpolitik für alte Menschen diskutiert wird, ist zunächst die Frage, wie und mit wem wir zusammen leben wollen, d.h. der Bedürfnisgerechtigkeit unserer Lebensformen und der Verantwortlichkeiten füreinander. Ein wichtiger Unterschied zwischen Kindern und Alten ist nicht zuletzt, daß die Verantwortlichkeit im Falle einer Hilfsbedürftigkeit wesentlich klarer geregelt ist: Eltern haften für ihre Kinder, aber nicht für ihre Eltern! Die Verantwortlichkeit ist bis hinein in das Grundgesetz durch die immer noch stabile Institution der Familie festgeschrieben. Ein weiterer Unterschied liegt in der Art der Bedürftigkeit: Erziehung und Freizeitgestaltung sind Sache der Familie, für die Behandlung von Krankheit und Tod hat diese Gesellschaft andere Institutionen entwickelt, hier ist das Sozial- und Gesundheitswesen zuständig.

Das Problem der Alten resultiert somit ganz wesentlich aus einem institutionellen Defizit unserer Gesellschaft. Das Projekt "Nachbarschaft Georgenschwainge" verfolgt deshalb, wie noch zu erläutern ist, einen "institutionellen Ansatz" im Versuch, eine Strategie für die Selbstorganisation in der Nachbarschaft zu entwickeln.

1. Die Nachbarschaft als kleinräumiges, soziales Unterstützungssystem

Die Diskussion über die sozialpolitische Bedeutung subsidiärer, sozialer Unterstützungssysteme - wie Familie, Verwandtschaft, Freundeskreis, Nachbarschaft oder Selbsthilfe - wurde bis in die jüngste Zeit allzu sehr auf die Fragen der sozialen Bedürftigkeit eingeschränkt. Einig ist man sich weitgehend über drei Feststellungen:

Erstens, die Tendenzen zur Individualisierung in der modernen Industriegesellschaft haben einen Strukturwandel von Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft herbeigeführt, der die Tragfähigkeit dieser sozialen Netzwerke beeinträchtigt. Zur empirischen Stützung dieses Sachverhalts wird auf das Ansteigen der Häufigkeit von Einpersonenhaushalten, auf hohe Scheidungsquoten, abnehmende Eheschließungen und steigende Anteile alleinerziehender Mütter oder Väter hingewiesen. Zusätzlich zehrt eine hohe räumliche Mobilität an der Tragfähigkeit sozialer Beziehungen (vgl. GRIMM 1985; OFFE/HEINZE 1986). Moderne Kleinfamilien und Kleinhaushalte sind deshalb in ihrer Leistungsfähigkeit sehr schnell überfordert, wenn sie die Pflege und Versorgung alter Menschen übernehmen müssen. Wer hier mehr Verantwortlichkeit der Familien fordert, übersieht, daß Familien in früheren Zeiten stärker in ein Netzwerk von Verwandten, Nachbarn und insbesondere von Verwandten in der Nachbarschaft eingebunden waren und daß die Belastung mit steigender Lebenserwartung, auch und gerade bei intensiver Pflegebedürftigkeit, zugenommen haben (vgl. NAEGELE 1985). Die Familien leisten schon jetzt mehr als noch vor dreißig Jahren.

Das Problem der Pflegebedürftigkeit ist insofern ein wichtiger Aspekt in der Diskussion, als er deutlich macht, daß die Forderung einer verstärkten Verlagerung der Pflegeleistungen - unter dem Schlagwort der Subsidiarität - in die Familien nicht nur an den Bedürfnissen alter Menschen vorbeigeht, sondern auch nicht unbedingt billiger ist, sofern die Qualität der Pflege nicht gesenkt werden soll. Gerade in den schweren und chronischen Fällen sind die Familien nicht nur überlastet, sondern auch fachlich und von den medizinischen Ausrüstungen her nicht in der Lage, eine Pflege nach den heutigen Ansprüchen der Bedürftigen zu leisten (vgl. NAEGELE 1985). Fachlich ausgebildetes Personal und spezielle Pflegeeinrichtungen sind allemal billiger anzubieten, wenn sie in Pflege- und Altenheimen zentralisiert werden können. Die Diskussion über eine stärkere Dezentralisierung im Sozial- und Gesundheitswesen sollte deshalb

nicht primär unter dem Aspekt der Kosten, sondern dem der Bedürfnisgerechtigkeit geführt werden.

Zweitens, die informellen Netzwerke weisen somit nicht die erforderliche Kapazität, Verlässlichkeit und allgemeine Verfügbarkeit auf, um sozialstaatliche Unterstützung überflüssig machen zu können. Sie sind überdies verteilungspolitisch fragwürdig, weil sie in der Regel sehr selektiv - nach Verwandtschaftsgrad, Interessen, Schichtzugehörigkeit, Wertorientierungen etc. - in der Wahl ihrer Mitglieder sind. Hinzu kommt, daß gerade im sozialen Bereich die Gruppe mit erklärten Hilfsbereitschaften in der Regel die Hilfeleistungen selbst nicht benötigt, so daß als Basis häufig nur ein "Mittelschichts-Altruismus" mit geringer Organisationskraft bleibt. Jeder Versuch, das Problem der Sorge und Versorgung für alte Menschen zu lösen, muß also von einer Verknüpfung von informellen Netzwerken mit dem System sozialer Sicherung ausgehen, auch wenn sich an der Aufgabenstellung manches ändern muß.

Drittens gilt allerdings auch, daß das faktische Ausmaß und die Verbreitung von Hilfeleistungen über subsidiäre soziale Unterstützungssysteme größer ist, als es das Selbstverständnis unserer modernen Gesellschaft mit ihren Prozessen der Individualisierung und die Auflösung tradierter Beziehungsmuster erwarten läßt (vgl. STROHMEIER 1983; DIEWALD 1986; WENDT 1986). Tatsächlich findet nur ein kleiner Anteil von etwa 10 Prozent der Pflegeleistungen außerhalb der privaten Haushalte statt. Auch in dieser Hinsicht geht die Rede von einer Rückverlagerung der Pflege in die Familie am Problem vorbei (vgl. NAEGELE 1985).

Es ist zudem nicht sinnvoll, die Probleme des Alters und alter Menschen auf die sicherlich drängenden Probleme der chronischen Krankheit und Pflegebedürftigkeit insbesondere der Hochbetagten zu reduzieren. Die Probleme des Alter(n)s beginnen für viele schon mit 40 oder 50 Jahren, dann nämlich, wenn ihre Kinder volljährig und sie selbst arbeitslos werden und ihren Lebensgefährten durch Scheidung, Trennung oder Tod verlieren. Solche Situationen beschleunigen den physischen Alterungsprozeß und machen darauf aufmerksam, daß Alter eine gesellschaftlich produzierte und definierte Lebensphase ist. Das Problem liegt deshalb weniger in der demographischen Entwicklung als darin, daß viele Lebensverhältnisse im Alter für viele den Weg in die Bedürftigkeit und in die Abhängigkeit von den teuren Leistungen des Systems sozialer Sicherung beschleunigen.

Selbständigkeit (nicht nur) im Alter ist davon abhängig, daß man diese Selbständigkeit doch ausüben kann und daß es sich lohnt, selbständig zu sein. Dafür ist ein Kontext von sozialen Beziehungen und sinnvollen Aufgaben erforderlich, der den Willen zur aktiven Auseinandersetzung mit der Umwelt aufrechterhält. Dieser Kontext geht verloren, sobald sich die Familie mit dem Auszug der Kinder als gemeinsamer Haushalt auflöst und der Bezug zur Arbeitswelt durch Arbeitslosigkeit oder Pensionierung verlorengeht.

Zudem wird allgemein eine Bereitschaft zur freiwilligen und ehrenamtlichen (Selbst-)Hilfe angenommen, die die Häufigkeit tatsächlichen Engagements weit übertrifft und nicht nur auf die bekannte Differenz zwischen Absichtsbekundungen und Verhalten zurückgeführt werden kann. Dem Bedarf entspricht somit ein wenn auch ungewisses Potential an Angeboten und Bereitschaften. Es fehlt aber an geeigneten Rahmenbedingungen und sozialen Strukturen, in denen sich die Bereitschaften zu Hilfe und Selbsthilfe artikulieren können. Es fehlt an sozialen Einheiten,

- die erstens größer sind als die relativ isolierten Kleinhaushalte und Familien und damit leistungsfähig genug, um Funktionen der Selbsthilfe, Selbstversorgung und Selbstverwaltung übernehmen zu können,
- die zweitens klein und überschaubar genug sind, so daß sich in ihnen die Motivationen und Identifikationen eines gemeinschaftlichen Handelns entwickeln können, ohne durch bürokratische Regelungen ausgetrocknet zu werden und
- die drittens auf einem Kriterium der Mitgliedschaft bzw. für die wechselseitige Verantwortlichkeit beruhen, das von den Willkürlichkeiten persönlicher Neigungen und Zuneigungen weitgehend unabhängig ist und "flächendeckend" bzw. "bevölkerungsdeckend" angewendet werden kann, um zumindest im Prinzip alle Individuen zu erfassen.

Ein traditionelles Kriterium dieser Art ist die Verwandtschaft oder Sippe als Sozialverband. Es ist fraglich, ob sich diese Tradition wiederbeleben läßt. Ein anderes Kriterium ist der räumlich definierte Zusammenhang der Nachbarschaft, in der sich die Aktivitäten des alltäglichen Lebens vollziehen. Die Existenz eines objektiven Bedarfs an sozialen Unterstützungssystemen ist allerdings kein hinreichender Grund für die Annahme, daß gerade nachbarschaftliche Beziehungsnetze sich entwickeln und diesen Bedarf befriedigen werden. Andere Entwicklungspfade sind denkbar, nicht zuletzt ist auch die fortge-

setzte und weitgehende Nichtbefriedigung eines Bedarfs eine oft geübte gesellschaftliche Praxis.

Räumliche Entfernungen werden zudem durch die verfügbaren Transport- und Kommunikationsmittel relativiert, so daß die sozialen Netze und Aktivitätsräume der meisten Individuen und Haushalte über die Nachbarschaft hinausreichen und den Begriff der Nachbarschaft unscharf werden lassen: Es gibt gerade in städtischen Situationen nachbarschaftliche Beziehungen, aber keine Nachbarschaft als abgrenzbare räumliche und soziale Gemeinschaft. In jedem Falle ist die räumliche Nähe zwar eine gewisse Voraussetzung für soziale Kontakte, letztlich sind aber relevante Anlässe und Funktionen für die Aufnahme und Stabilisierung von Beziehungen entscheidend.

Offene Netzwerke von persönlichen Beziehungen sind zwar geeignet, Informationen zu verbreiten und Ressourcen zugänglich zu machen, sie generieren aber nur wenig solidarische Verantwortlichkeit jenseits der jeweils persönlichen bilateralen Verpflichtungen. Altruistisches Verhalten wird in offenen Netzwerken, an denen jedermann teilhaben kann, zu leicht ausgebeutet. Diese Gefahr besteht insbesondere im Bereich informeller Austauschbeziehungen, die nicht von formellen Prinzipien des "fairen" Tausches ("Markt") oder des "gerechten" Ausgleichs ("Staat") bestimmt werden, sondern vom Prinzip solidarischer Hilfe. Auch und gerade wenn keine Gegenleistungen erwartet werden, muß der Kreis derer beschränkt sein, die auf meine Hilfsbereitschaft rechnen können. Deshalb ist die Rede von sozialen Netzen als Unterstützungssystemen fragwürdig, insofern sie suggeriert, daß Netzwerke die Rolle von Gemeinschaften übernehmen können. Die Logik der Entwicklung personensorientierter Netzwerke kann zudem nicht garantieren, daß jedermann über eine hinreichende Zahl von sozialen Beziehungen verfügt. Das Besondere an verwandtschaftlichen Beziehungen ist, daß man sie sich nicht aussuchen kann und daß die meisten Menschen eine gewisse Zahl naher Verwandten besitzen.

Nachbarliche Beziehungen werden allerdings nur in dem Maße an Bedeutung gewinnen und eine die Familie ergänzende Rolle übernehmen können, wie ihnen wichtige Funktionen zuwachsen. Für den Bereich der Sozialpolitik begünstigen eine Reihe von Entwicklungen kleinräumige soziale Unterstützungssysteme. Das System der sozialen Sicherung stößt aufgrund von Kostensteigerungen, Verrechtlichung und Bürokratisierung, Professionalisierung, Technisierung und der

Spezialisierung in zentralen Einrichtungen auf seine Grenzen. Das gilt insbesondere im Bereich personenbezogener und auf persönlichen Kontakt angewiesener Dienstleistungen, wie sie in der Altenhilfe charakteristisch sind.

Das Gesundheits- und Sozialwesen reagiert inzwischen mit einer Verlagerung des Schwergewichts auf Dezentralisierung, Unterstützung subsidiärer Systeme und Prävention als Grundsätze einer "ökologischen Sozialpolitik" (MÜHLUM et al. 1986). Angestrebt wird ein dezentrales Beratungsnetz und eine kostengünstigere und bedürfnisgerechtere Versorgung mit ambulanten Diensten. Zu diesem Zweck wird ein flächendeckendes System von Sozialstationen eingerichtet, in dem diese Dienstleistungen koordiniert werden sollen (GRUNOW/HEGNER 1981; HEINEMANN-KNOCH et al. 1982; HARTMANN et al. 1983). In München wird für die Altenhilfe ergänzend die Einrichtung von Alten- und Service-Zentren betrieben (LH München 1986). Diese Dezentralisierung erreicht zwar erst die Ebene des Stadtteils (etwa 20-50 000 Einwohner als Einzugsbereich einer Sozialstation), sie ermöglicht aber neue Formen der Kooperation mit Nachbarschaftshilfen. Eine weitere Dezentralisierung erscheint durchaus möglich, allerdings nur in Zusammenarbeit mit den Sozialstationen, in denen der Einsatz von Fachpersonal koordiniert werden kann.

Ein zweiter Trend, der in diesem Zusammenhang Beachtung verdient, ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Produktivitätssteigerungen aufgrund von Rationalisierungsstrategien und neuen Technologien lassen im sog. ersten Arbeitsmarkt die Arbeit knapp werden. Zunehmende Arbeitslosigkeit und ein Wachstum von Selbsthilfe und Eigenarbeit sind das Resultat dieses Strukturwandels, der eine neue Arbeitsteilung zwischen formeller ("Markt" und "Staat") und informeller Ökonomie (Schattenwirtschaft, Eigenarbeit, Gemeinwirtschaft) herbeiführt (vgl. GRETSCHMANN/HEINZE/METTELSIEFEN 1984; SIEBEL 1986).

Der einzelne Haushalt ist aber für Eigenarbeit, nicht nur im Bereich sozialer Leistungen, keine günstige Einheit, weil er für viele Aufgaben zu wenig Personal, Qualifikationen und Einrichtungen zur Verfügung hat (OFFE/HEINZE 1986). Im ländlichen Bereich ist daraus schon immer die Konsequenz gezogen und eine ausgedehnte Verwandtschafts- und Nachbarschaftshilfe praktiziert worden. Aber auch in der Stadt ändern sich mit der Arbeitslosigkeit für die einen und mit wachsender Freizeit für die anderen die Bedingungen für Eigenarbeit (JESSEN et al. 1985; OLLMANN et al. 1985). Die gute Ausstattung vieler

Haushalte mit Werkzeuggeräten im Zuge der Entwicklung zum Do-it-yourself erhöht das produktive Potential, und die Arbeitszeitverkürzungen erhöhen die Präsenz wertvoller Arbeitskraft in der Nachbarschaft. In die gleiche Richtung weist die Möglichkeit der Dezentralisierung von Arbeitsplätzen mit Hilfe der neuen Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechniken, auch wenn dieser Trend gegenwärtig noch kaum spürbar ist. Außerdem beobachten wir einen allgemeinen Wertwandel, in dem Familie und Freizeit gegenüber der Arbeitswelt an Bedeutung gewinnen, auch wenn nach wie vor Arbeit und Beruf einen zentralen Stellenwert für den sozialen Status und den Lebensstandard haben (vgl. DIERKES/STRÜMPPEL 1985).

Darüber hinaus ist auch der Effekt einer Dezentralisierung und Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik zu berücksichtigen. Durch die Einrichtung von "Zweiten Arbeitsmärkten" und eine wachsende Zahl von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhalten auch lokale Initiativen eine Unterstützung. Die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), die eine Konkurrenz von ABM für den ersten Arbeitsmarkt ausschließen sollen, drängen die Kommunen dazu, Initiativen insbesondere im sozialen Bereich zu fördern, da sie leichter als "zusätzlich" im Sinne des Gesetzes zu begründen sind. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden auf kommunaler Ebene dadurch verstärkt und ermöglichen eine Förderung von Selbsthilfe-Initiativen, die auch die Bedingungen für Nachbarschaftshilfen verbessert (vgl. BLANKE/EVERS/WOLLMANN 1986).

Steigende Grundstücks-, Bau-, Reparatur- und Mietkosten begünstigen inzwischen Selbsthilfe-Initiativen in Wohnungsbau und -modernisierung nicht nur auf dem Land, sondern auch in der Stadt. Eine Reihe von Kommunen haben Mietermodernisierungsprogramme beschlossen, die - wie z.B. in München - die Modernisierung durch Hausgemeinschaften besonders fördern. Immer häufiger finden sich Mieter zu Initiativen zusammen, die sich für die Erhaltung und Instandsetzung billigen Wohnraums einsetzen. Zudem steigen mit der Orientierung auf Familie und Freizeit auch die Ansprüche an die Wohnung und das Wohnumfeld und führen zu einer Vielzahl von Initiativen der gemeinsamen Gestaltung des Wohnumfelds (z.B. Kinderspielplätze, Hinterhofbegrünungen). In den unattraktiven Großsiedlungen der 60er und frühen 70er Jahre gehen Wohnbaugesellschaften dazu über, durch die Nachrüstung von Gemeinschaftseinrichtungen und die Einführung von Mieter selbstverwaltung und die Unterstützung von Mieterinitiativen um die Mieter zu werben (vgl. HAMACHER 1985; SRL 1986). Auch in der Wohnungspolitik

beobachten wir somit einen Trend, der gemeinschaftliches Handeln in der Nachbarschaft fördert.

Schließlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen wohnungs- und umweltpolitischen Problemen und Aktivitäten, dem die Stadtplanung mit dem Leitbild einer "ökologischen Stadterneuerung" gerecht zu werden versucht (HAHN 1982). Viele Probleme im Umweltschutz setzen ein verändertes Verhalten der Individuen und Haushalte im Wohnbereich voraus. Das gilt etwa für die Abfallvermeidung und -beseitigung, die durch getrennte Mülltonnen, Kompostierung im eigenen Garten und Sammelstellen in der Nachbarschaft verbessert werden soll (vgl. KOCH/SEEGER 1984). Außerdem ist eine wirksame Umweltpolitik auf Investitionen der einzelnen Hausbesitzer und Mieter in energie- und rohstoffsparende Maßnahmen (z.B. Wärmedämmung, Heizungsanlagen) angewiesen. Die Kosten solcher Maßnahmen und ihre Durchführung erfordern eine intensive Beratung und Koordination, die sich effektiver im Rahmen von Hausgemeinschaften und Wohnsiedlungen mit einem einheitlichen Träger (-verein, -gesellschaft) organisieren lassen (vgl. DÜTZ/MÄRTIN 1982; KLIEN et al. 1985; FEIST et al. 1986). Das gilt insbesondere für ambitionierte, innovative ökologische Gemeinschaftseinrichtungen, wie ein Blockheizkraftwerk oder ein Recycling-Center, aber auch schon für das Anlegen von Mietergärten oder die (Tolerierung von) Kleintierzucht in städtischen Wohnblocks (vgl. KÜENZLEN 1984). Zweifellos sind die meisten Umweltprobleme nicht auf der Ebene der Nachbarschaft zu lösen, dazu sind sie zu eng mit der Struktur der Industriegesellschaft verknüpft. Aber die Umweltpolitik wird nur dann Erfolg haben, wenn sie die Berücksichtigung ökologischer Belange auch in den sozialen Netzwerken des Alltags und ihrer Infrastruktur verankern kann - d.h. auch in der Nachbarschaft.

Diese sozial-, arbeitsmarkt-, wohnungs- und umweltpolitischen Trends fördern gemeinschaftliches Handeln im Bereich der Nachbarschaft, sie führen aber nicht notwendig auf ein bestimmtes Muster nachbarlicher Beziehungen. Sie weisen zunächst nur darauf hin, daß ein objektiver Bedarf an gemeinschaftlichen Beziehungen besteht. Wenn diese nachbarlichen Beziehungen eine bedeutsame sozialpolitische Funktion übernehmen sollen, so muß die Nachbarschaft im normalen Alltagsleben institutionalisiert werden. Die Förderung dieser Entwicklung ist die Konsequenz aus einer Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in Verbindung mit der Prämisse, daß private (Familien-)Haushalte als subsidiäre Institutionen überfordert sind.

2. Zur Institutionalisierung von Nachbarschaft

Eine Selbstorganisation der Nachbarschaft ist nur zu erwarten, sofern sie wichtige Funktionen zu erfüllen hat und über eine entsprechende Infrastruktur verfügt. Dafür sind staatlich-kommunale Programme erforderlich, die sie institutionell abstützen. Für den Erfolg solcher Programme sind eine Reihe von Grundsätzen entscheidend:

1. Subsidiarität: Die Eigenständigkeit von Selbstorganisation, Selbstversorgung und Selbstverwaltung muß respektiert und diese intermediären Systeme als Verhandlungs- und Kooperationspartner in bestimmten Aufgabenbereichen akzeptiert werden. Nur unter dieser Voraussetzung kann sich ihre spezifische Leistungsfähigkeit entwickeln.
2. Dezentralisierung: Gegenüber einer zentralisierten Verwaltung können sich auch nur zentralisierte Verbände behaupten. Subsidiäre Systeme haben nur dann eine Chance zur gleichberechtigten Kooperation, wenn das politisch-administrative System weitgehend dezentralisiert und ein kommunaler Ansprechpartner "vor Ort" vorhanden ist.
3. Institutionalisierung: Die politisch-administrative Schnittstelle zu den subsidiären Sozialsystemen muß ausgebaut und auf Dauer gestellt werden. Darüber hinaus sind gesetzliche Regulierungen und Verwaltungsrichtlinien so zu verändern, daß die gesellschaftliche Bedeutung und Funktion von Nachbarschaftsorganisationen anerkannt und ihre Förderung als gemeinnützig erleichtert wird. Ein Beispiel, wenn auch aufgrund von Tendenzen zur bürokratischen Zentralisierung kein Vorbild, sind die Wohlfahrtsverbände und ihre Zusammenarbeit mit den Kommunen.
4. Vernetzung von Funktionen: Die Vorteile von Selbsthilfe und Eigenarbeit ergeben sich nicht primär aus einer arbeitsteiligen Spezialisierung, wenngleich Arbeitsteilung natürlich auch in diesem Bereich die Produktivität erhöht, sondern aus der Integration in einen vielschichtigen Lebenszusammenhang. Die Überforderung der Einzelhaushalte liegt ja nicht primär in der Unfähigkeit, eine spezialisierte Leistung anzubieten - das tun Haushalte über den Beruf ihrer Erwerbstätigen mit mehr oder minder großem Erfolg -, sondern vielmehr in der Koordination vielfältiger Anforderungen (Anpassung der Wohnverhältnisse in Selbsthilfe, Hausarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege, Informationsbeschaffung, Behördenkontakte, Freizeitgestaltung etc.).

Die Vernetzung der Funktionen über eine Kooperation steigert nicht nur die Produktivität und vermeidet die Überforderung einzelner Haushalte durch besondere Belastungen. Vielmehr ist die Vernetzung eine Voraussetzung für die Entwicklung einer verallgemeinerten Kooperationsbereitschaft. Nur eine Vielzahl von nicht strikt arbeitsteilig geregelten Anlässen zu Kooperation und Austausch generiert eine Hilfsbereitschaft, die nicht (nur) durch die Erwartung von Gegenleistungen motiviert wird. Von spezialisierten Nachbarschaftsinitiativen, d.h. von Interessengruppen, ist dieser Effekt nicht zu erwarten.

5. Verräumlichung: Unter Verräumlichung ist die Einführung räumlicher Kriterien (z.B. Wohnsitz, Nachbarschaft, Gemeinde) in die Struktur der sozialen Beziehungen, der Rechte und Pflichten der Bürger zu verstehen. Die Verräumlichung hat besondere Vorteile: sie ist ein flächendeckendes Prinzip, erfaßt alle Individuen und liegt quer zu sozialen Differenzierungen wie Alter, Geschlecht, Schicht oder ethnische Herkunft. Damit kann sie zur Basis einer Politik des sozialen Ausgleichs werden, sobald die wechselseitige Verantwortung der Bürger eines Raumes füreinander akzeptiert wird. Das setzt eine Identifikation der Individuen mit der räumlichen Einheit voraus und diese Einheit wird natürlich nicht durch rein räumliche Strukturen, sondern durch soziale Zusammenhänge gestiftet.

Raumbezogene Identifikationen setzen ihrerseits eine gewisse räumliche Immobilität voraus. Der enge Zusammenhang zwischen räumlicher Immobilität und Gemeinschaftsbildung wird oft hervorgehoben, während der Zusammenhang mit politischem Engagement und mit der Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit häufig übersehen wird. Verräumlichung bedeutet somit, daß staatliche Politik dem Trend zur "mobilen Gesellschaft" entgegenwirkt und auf allen Ebenen durch entsprechende Infrastruktureinrichtungen und politisch-administrative Zuständigkeiten die Entwicklung sozialer Einheiten nach räumlichen Kriterien fördert.

Um Mißverständnissen vorzubeugen sei betont, daß dieses Prinzip keine Einschränkung der Information und Kommunikation bedeutet und auch dem Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes oder der Reiselust keine Grenzen setzt. Vielmehr geht es darum, daß ein gesellschaftspolitisches Engagement der Bürger auf lokaler Ebene eine gewisse Stabilität und Kontinuität in den sozialen Beziehungen voraussetzt, die ihrerseits durch eine Dezentralisierung des

politisch-administrativen Systems und eine raumgliedernde Infrastruktur begünstigt werden kann.

Für die Institutionalisierung der Nachbarschaft erscheinen somit neben finanziellen Hilfen insbesondere "persuasive" Programme, die sich mit Kooperations- und Beratungsangeboten an ortsbezogene Initiativen wenden, und "ökologische" Infrastrukturprogramme, die die Nachbarschaft als Einzugsbereich von Gemeinschaftseinrichtungen konstituieren, in besonderer Weise geeignet. Während ökologische Programme für eine geeignete Infrastruktur sorgen, sprechen persuasive Interventionsprogramme spezielle Zielgruppen über Schlüsselpersonen oder Multiplikatoren an. Ihre Effektivität steigt mit der Leistungsfähigkeit und der Vernetzung intermediärer Systeme, die als Vermittler auftreten und das Problem der Glaubwürdigkeit von Überzeugungsstrategien in ihrem Einflußbereich durch intensive, persönliche Kontakte lösen (vgl. MAYNTZ 1983). Im übrigen zeichnet sich in der Theorie und Praxis staatlicher Intervention ein Bedarf an intermediären Systemen wie der Nachbarschaft ab und dies besonders im Falle komplexer Probleme, die in den Alltag hineinreichen und deren Lösung eine tiefgreifende Veränderung von individuellen Lebensstilen und kollektiven Lebensformen implizieren.

3. Das Projekt "Nachbarschaft Georgenschwaige"

Das Projekt "Nachbarschaft Georgenschwaige" des Wissenschaftszentrums München e.V. (WZM) im "Zweiten Arbeitsmarkt" der Stadt München versteht sich als ein Modellvorhaben mit dem Ziel, eine Strategie für die Selbstorganisation in der Nachbarschaft zu entwickeln. Aus den Erfahrungen des Projekts sollen Empfehlungen für die Kommunen gewonnen werden, wie Nachbarschaftsinitiativen auf Dauer gestellt und gefördert werden können. Ziel des Projekts ist es, aus vielfältigen Initiativen ein praktikables Bündel von Maßnahmen herauszufiltern, das möglichst auf andere städtebauliche und soziale Situationen (z.B. Nachbesserung, Nachverdichtung, Neubau) übertragbar ist und sich für eine Übernahme in die Planung und Förderung der Kommunen eignet.

Eine wichtige Vorentscheidung der Konzeption besteht darin, daß sie ein Modell für die Zukunft einer "normalen" Nachbarschaft anstrebt. Diese Vorgabe hat eine große Rolle bei der Auswahl des Gebiets gespielt. Einerseits

wurde keine sog. Problemsiedlung gewählt, weil das Projekt durch eine Häufung sozialer Probleme überfordert wäre und die Anwendung von Selbsthilfekonzepten und Subsidiaritätsprinzip auf solche Siedlungen leicht zum Alibi für einen Rückzug der Kommune aus der Verantwortung gerät. Andererseits findet das Projekt auch nicht in einem Wohngebiet der gehobenen Mittelschicht oder in einer Neubausiedlung statt, obwohl solche Situationen sich durchaus anbieten und dem innovativen Charakter des Projekts in mancher Hinsicht entgegenkommen. Vielmehr wurde ein Gebiet ausgewählt, daß nach stadtplanerischer Einschätzung Entwicklungsimpulse und Stadterneuerungsmaßnahmen benötigt, um negativen Entwicklungen frühzeitig zu begegnen.

Die praxis- und forschungsleitende These ist, daß der Nachbarschaft als subsidiärer, multifunktionaler Einheit sozialer Organisation in Zukunft eine größere Bedeutung zuwächst. Die Arbeit in der Praxis hat gerade erst begonnen. Deshalb kann an dieser Stelle noch kein Erfahrungsbericht vorgelegt, sondern nur der "institutionelle Ansatz" des Modellvorhabens in einigen wichtigen Punkten dargestellt und erste Aktionen und Initiativen beschrieben werden.

1.a Die räumliche und soziale Eingrenzung des Projekts auf eine überschaubare Nachbarschaft - ca. 900 Haushalte bzw. 5 Wohnblocks in einem Mischgebiet im Münchner Norden - soll gewährleisten, daß sich gemeinschaftliche Strukturen und ortsbezogene Identifikationen entwickeln können.

2.a Das üblicherweise enge Spektrum der Problemstellungen und Initiativen wird ausgeweitet auf die Bereiche der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wohnungs- und Umweltpolitik. Zugleich werden Schwerpunkte gebildet und die Initiativen auf möglichst wenige und konkrete Maßnahmen beschränkt. Die Bereiche und ihre Maßnahmen bilden einen "Baustein"; die Bausteine und ihre Beziehungen sollen dem Projekt eine klare programmatische und organisatorische Struktur geben und die Fülle möglicher und im Projektalltag sich aufdrängender Problemstellungen auf ein praktisches Maß reduzieren. Die einzelnen Bausteine sind als Kristallisationskerne für Initiativen der Bewohner zu verstehen, die über diese Angebote hinaus eigene Aktivitäten entfalten können und sollen. Im Vordergrund steht die Beratung, Unterstützung und Koordination gemeinsamer Aktivitäten, nicht die direkte Hilfeleistung an Einzelne.

3.a Eine zentrale Rolle spielt der Grundsatz der Vernetzung. Zum einen sollen die Maßnahmen und Initiativen danach ausgewählt werden, ob sie "synergeti-

sche Effekte" oder Beziehungen zwischen den Bausteinen begünstigen. Zum anderen ist es die Aufgabe des Projekts, Verfahren und organisatorische Konzepte zu entwickeln, die eine Vernetzung von Aktivitäten aus den verschiedenen Bereichen, zwischen den Bewohnern und mit den Angeboten und Programmen der Stadt(teil)ebene ermöglichen. Schwerpunkt ist hier die Einrichtung einer rechnergestützten Buchführung, einer "Aktivitätenbörse", die einen möglichst bargeldlosen Austausch von Gütern und Dienstleistungen koordinieren soll. Dieses System hat den Vorteil, daß es zugleich das Informationsproblem löst und die Identifikation aller Beteiligten mit der Nachbarschaft stärkt. Außerdem bietet diese Börse die Möglichkeit, Leistungen auf Vorrat zu erbringen bzw. auf Kredit zu beanspruchen, wodurch die Flexibilität des Austauschsystems beträchtlich erhöht wird. Sicherlich sind viele Maßnahmen, wie eine aufwendige Mietermodernisierung, dafür nicht geeignet. Dennoch scheint die Annahme gerechtfertigt, daß viele mögliche Transaktionen an einer mangelnden Transparenz scheitern, die durch das Nachbarschaftsbüro hergestellt werden kann.

4.c Der Grundsatz der Institutionalisierung bedeutet im Binnenverhältnis die Schaffung dauerhafter neuer Strukturen. Die "Keimzelle" dafür ist das Nachbarschaftsbüro, in dem unter der Betreuung durch das WZM die acht ABM-Kräfte beschäftigt sind (ein Architekt, ein Sozialpädagoge, eine Stadtplanerin, eine Volkswirtschaftlerin, drei Handwerker, eine Büroangestellte). Organisatorisches Ziel ist die Gründung eines Vereins, der die Aktivitäten des Projekts in eigener Regie weiterführt, evtl. unterstützt durch ein bis zwei ABM-Kräfte eines zukünftigen städtischen Förderungsprogramms.

Im Außenverhältnis zur Kommune und zu anderen Einrichtungen und Initiativen im Stadtteil bedeutet Institutionalisierung, daß eine enge Kooperation und die Ausdifferenzierung eines öffentlich anerkannten, eigenen Aufgabenbereichs angestrebt wird. Der Ansatz impliziert, daß eine Einbindung in kommunale Programme gesucht wird, soweit sie den Grundsätzen nicht zuwiderlaufen. Dazu gehören in München der "Zweite Arbeitsmarkt", das Mietermodernisierungsprogramm, die Förderung der alten- und behindertengerechten Anpassung von Wohnungen, das Programm zur Begünung von Hinterhöfen und der Ausbau der ambulanten Dienste.

Die Einbindung in kommunale Programme ist allerdings nicht nur eine Chance - insbesondere als Finanzierungsquelle -, sondern wirft handfeste Probleme

für die Konzeption und die Praxis auf. Geld ist ohne Kontrollen und Anpassung an Vergabekriterien nicht zu haben. Darüber hinaus ist der "Zweite Arbeitsmarkt" ein Beispiel für die internen administrativen und politischen Probleme der Kommunen, die zumal mit einem neuen und umstrittenen Förderungsinstrument verbunden sind und die Zusammenarbeit mit freien Trägern erheblich beeinträchtigen.

Der "Zweite Arbeitsmarkt" zeigt aber auch beispielhaft den Bedarf an neuen Formen der Kooperation zwischen der Kommune, anderen Instanzen des Wohlfahrtsstaates, dem ersten Arbeitsmarkt und der privaten Wirtschaft, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Bürgerinitiativen. Selbst wenn es im Projekt gelingt, das gesteckte Ziel einer Nachbarschaftsorganisation zu verwirklichen, wird hier deutlich, daß der "institutionelle Ansatz" des Projekts ein Programm beinhaltet, das sich letztlich nur im Kontext eines gesellschaftlichen Strukturwandels realisieren läßt. Die Institutionalisierung der Nachbarschaft als tragfähiges, kleinräumiges soziales Unterstützungssystem ist nicht mit einem Projekt zu erreichen.

5. Die vier Bausteine und ihre Schwerpunkte sind: die "Gemeinschaftswerkstatt", die "ökologische Gestaltung", das "Gemeinschaftsbüro" und das "Soziale Netz". In jedem Baustein leistet das Projekt eine personelle, finanzielle und sachliche Unterstützung:

Gemeinschaftswerkstätte: Die Eigenarbeit wird durch eine kleine offene Werkstatt unterstützt. Im handwerklichen Bereich beraten drei Handwerker und führen Kurse durch (z.B. Holzarbeiten für Hausfrauen), um Fähigkeiten zur Eigenarbeit zu vermitteln und Hemmungen überwinden zu helfen. Problematisch ist hier, daß nach den Bestimmungen des AFG keine Konkurrenz für Handwerksbetriebe entstehen darf. Dieser Schwierigkeit wird durch dadurch die Spitze genommen, daß die Handwerker sich weitgehend auf eine beratende Rolle beschränken und das Projekt insgesamt das örtliche Gewerbe einbezieht und Angebote zur Kooperation macht. Schließlich liegen in der Zusammenarbeit nachweislich Chancen für das Handwerk, weil Selbsthilfe eine Nachfrage nach qualifizierteren Leistungen im Rahmen von Maßnahmen schafft, die ansonsten nicht durchgeführt würden.

Ein Schwerpunkt in diesem Baustein ist die Mietermodernisierung und die alten- und behindertengerechte Anpassung von Wohnraum. Das Projekt beschäftigt hierfür einen Architekten, der die Selbsthelfer berät und in der

Beantragung finanzieller Hilfen durch die Stadt unterstützt. Das Mietermodernisierungsprogramm ist ein typisches Beispiel für ein Angebot der Stadt mit einem Bedarf an Beratung und Koordination vor Ort, der durch die Stadt selbst nicht in ausreichendem Maße gedeckt werden kann. Das Problem droht durch die Schwerfälligkeit und Restriktivität des Verfahrens zu einem "Fiasko" zu werden (Süddeutsche Zeitung vom 10.6.87). Außerdem sperren sich die Vermieter, wodurch auch eine Initiative des Projekts zur Zeit noch in Frage steht.

Ökologische Gestaltung: Ökologische Belange reichen einerseits in die Modernisierungsmaßnahmen hinein, etwa in der Berücksichtigung energiesparender Maßnahmen und der Wohnumfeldgestaltung. Andererseits geht es um die Förderung des Umweltbewußtseins in Fragen der Wiederverwertung und Beseitigung von Abfall. Eine Stadtplanerin ist im Projekt für die Informationsarbeit und die Koordination von Initiativen verantwortlich. Schwerpunkte sind einfache Begrünungsmaßnahmen und die Einrichtung einer "Recycling-Börse".

Gemeinschaftsbüro: Dieser "Baustein" greift das Arbeitslosenproblem auf und versucht, einerseits den Tendenzen zur Entstehung einer neuen Heimarbeit am Mikrocomputer mit einem alternativen Modell für wohnungsnahes Arbeiten zu begegnen und andererseits, ein Angebot zur Zusammenarbeit mit dem örtlichen Gewerbe zu entwickeln. Kernstück ist die Einrichtung eines Büros für Schreib- und Büroarbeiten, evtl. auch Buchhaltung und Datenverarbeitung, über eine gemeinschaftliche Initiative von (Teilzeit-)Arbeitsuchenden in der Nachbarschaft. Das Vorhaben wird beraten von einer Volkswirtschaftlerin und unterstützt durch Sachmittel in Form von Personalcomputern. Die Interessenten haben einen eigenen Verein gegründet, der sich über seine Satzung auf die Förderung von und die enge Kooperation mit der "Nachbarschaft Georgenschwaige" verpflichtet.

Soziales Netz: Ein wichtiger Bereich ist der Aufbau einer Nachbarschaftshilfe für die Betreuung von Kindern und Kranken und der Hilfe und Pflege für alte Menschen. Diese sozialen Gruppen bzw. die sie betreuenden Personen sind mit ihren Bedürfnissen und Aktivitäten auf den engeren Wohnbereich angewiesen und deshalb in besonderer Weise Zielgruppen des Projekts. Zudem sind vielen Bedürftigen die sozialen Angebote im Stadtviertel nicht bekannt oder es bestehen Hemmungen der Inanspruchnahme. Ein Sozialpädagoge hat hier einerseits die Aufgabe der Beratung und Vermittlung, andererseits der Organisation von Selbsthilfeinitiativen. Die Erfahrungen mit den Sozialstationen

zeigen, daß diese Einrichtungen zumindest insofern noch zu bürgerfern sind, als ihr Angebot nicht alle Bedürftigen erreicht und sie nicht genügend ehrenamtliches Engagement in ihrem Zuständigkeitsbereich wecken können. Die Nachbarschaft übernimmt hier eine Vermittlerrolle, wobei sie zugleich durch die Vielzahl ihrer Aktivitäten über größere Spielräume für die Motivierung zur Hilfeleistung verfügt.

An einer Reihe von Initiativen im Bereich der Altenhilfe läßt sich auch das Prinzip der Vernetzung aufzeigen, das in der Konzeption, wie schon erläutert, eine zentrale Rolle spielt. Ein Schwerpunkt ist die behinderten- und altengerechte Anpassung von Wohnraum, um Selbständigkeit im Alter zu unterstützen. Hier hat das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Altenhilfe des Stadtteils und dem Kuratorium Deutsche Altershilfe begonnen, ein Bündel von baulichen Maßnahmen zusammenzustellen. Geplant ist, diese Maßnahmen in Wohnungen alter Menschen in der Nachbarschaft zu realisieren und die Ergebnisse auf einer Ausstellung im Rahmen einer "Seniorenwoche" für ein breiteres Publikum zu dokumentieren. In diese Initiative ist die "Gemeinschaftswerkstatt" einbezogen und es wird versucht, die baulichen Maßnahmen weitgehend in Selbsthilfe durchzuführen.

Eine andere Initiative verknüpft die Altenhilfe mit "ökologischer Gestaltung". Am Rande des Projektgebiets liegt ein Altenheim aus den 60er Jahren, eine Selbsthilfeeinrichtung katholischer Hausgehilfinnen. Das Projekt versucht einerseits, das Heim bei der Entwicklung neuer Konzepte für die Nutzung der Räumlichkeiten - wie ambulante Pflege, Kurzzeitpflege, Krankenwohnung und Altenwohngemeinschaft - zu unterstützen. Darüber hinaus hat das Projekt aber einen Begrünungsplan erarbeitet, um eine bessere Nutzung des jetzigen Abstandsgrüns und des kargen Dachgartens zu erreichen. Auch hier ist an eine Selbsthilfe-Initiative unter Einbeziehung der Nachbarschaft gedacht.

Noch im Stadium der konzeptionellen Überlegung ist schließlich eine Verknüpfung des Nachbarschafts- bzw. Gemeinschaftsbüros mit der Altenhilfe durch die Verwendung von Telefon und Personalcomputern in der Versorgung von und der Kommunikation zwischen alten Menschen. Zum einen sollen die Möglichkeiten eines Hilfs- und Notrufnetzes erprobt werden, zum anderen sollen durch die Vermittlung über das zentrale Büro auch Verabredungen ge-

treffen und gemeinsame Aktivitäten geplant werden können. Selbsthilfe könnte hier auch heißen, daß sich einige Senioren mit dem Personalcomputer anfreunden und seine Möglichkeiten für die Bedürfnisse alter Menschen nutzbar machen.

In diesem Zusammenhang ist an die einführende Bemerkung zu erinnern, daß es nicht (nur) um spezifische Hilfen für einen besonders bedürftigen Personenkreis gehen kann. Vielmehr sollen die alten Menschen in alle Aktivitäten und Initiativen der Nachbarschaft integriert und aus ihrer Isolation gelöst werden. Eine Aufgabe der "Aktivitätenbörse" ist deshalb auch darin zu sehen, systematisch die Möglichkeiten für alte Menschen auszuloten, sich mit eigenen Angeboten an die Nachbarn zu wenden, um im Austausch der Güter und Dienste in der Nachbarschaft nicht nur in der Rolle des Bedürftigen aufzutreten.

4. Fazit

Das Projekt "Nachbarschaft Georgenschwaige" unterscheidet sich in seinen einzelnen Aktivitäten nicht von anderen Initiativen. Es bündelt aber eine Reihe von Aktivitäten und Maßnahmen in besonderer Weise und unterscheidet sich von anderen Modellen nicht zuletzt in dem Versuch, die Nachbarschaft als eine "feste Institution" ähnlich den anerkannten freien Trägern der Wohlfahrtspflege zu entwickeln.

Ob dieser Versuch gelingt, ist offen, aber eine Reihe von gesellschaftlichen Trends deuten darauf hin, daß auch moderne Industriegesellschaften nicht auf gemeinschaftliche Bindungen verzichten können und daß auf der Ebene der Nachbarschaften günstigere Rahmenbedingungen für Selbsthilfe und Selbstorganisation entstehen. Mit jeder Selbsthilfeorganisation wird auch ein Stück Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Selbständigkeit zurückgewonnen - das gilt auch für alte Menschen.

X ENTFALTUNGSRAUM ODER IDYLLE IM KIEZ?
ZUR BEDEUTUNG RÄUMLICH-SOZIALER VERANKERUNG ALTER MENSCHEN

Vjenka Garms-Homolová

Inhalt:

1. Zunehmende Abhängigkeit von Umweltbedingungen?
2. Ideale Umweltbedingungen?
3. Wegweiser in die Privatsphäre
4. Selbstversorgung und Gütertausch
5. Das Bild der alten Menschen in den Entwürfen des kleinräumigen Zusammenlebens
6. Sozio-kultureller Entfaltungsraum
7. Was wir uns fragen sollen

Anmerkungen

1. Zunehmende Abhängigkeit von Umweltbedingungen?

Diskutiert man die künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen unter dem Vorzeichen der sich verändernden Altersstruktur, scheint es sinnvoll, die ökologische oder präziser sozio-ökologische Perspektive nicht zu vernachlässigen. Denn bei alten Menschen - um deren wachsenden Anteil an der Bevölkerung es geht, wenn von der "Ergrauung der Gesellschaft" die Rede ist - wird eine zunehmende Abhängigkeit von physikalischen und besonders von räumlich-sozialen Umweltbedingungen unterstellt. Für die These, daß Organismen und speziell auch der Mensch mit steigendem Alter von der Umwelt immer stärker abhängig werden, sprechen Argumente der biomedizinischen wie auch sozialwissenschaftlichen Disziplinen.¹⁾ Diese These ist ein konstitutiver Bestandteil anerkannter Alterstheorien und Altersbegriffe.²⁾

In der sozialwissenschaftlich geleiteten Interpretation der Lebenssituation und Lebensweisen alter Menschen finden sich zahlreiche Ansätze zur Konkretisierung dieser These (für Übersicht: LAWTON 1977; CARP 1976; WINDLEY/SCHEIDT 1980). Es fehlt nicht an empirischen Befunden, die sich dahingehend interpretieren lassen, daß die Qualität des Erlebens, das Verhaltensrepertoire im Alter, der Gesundheitsstatus und die Funktionsfähigkeit, ja gar die Länge der Lebenserwartung alter Menschen durch "ungünstige" Bedingungen der räumlich-sozialen Umwelt erheblich beschnitten werden können (Beispiele bei HÄFNER/REIMANN 1965; PALMORE/JEFFERS 1971; KASL 1972; BRAND/SMITH 1974; PALMORE 1974; THOMAE 1976; BORUP et al. 1980; SOMERS/FABIAN 1981). Das gilt speziell dann, wenn die Entfaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten der Älteren und Alten und generell ihre "Kontrolle" und "Nutzung" der Umwelt zusätzlich durch andere restriktive Entwicklungen und persönliche Krisensituationen beeinträchtigt werden. Zu solchen "anderen" Entwicklungen zählen beispielsweise das Ausscheiden aus dem Berufsleben sowie Erkrankungen und Behinderungen.

2. Ideale Umweltbedingungen?

Die Bemühungen um die Identifizierung "günstiger" Umweltbedingungen scheinen daher plausibel zu sein. Doch zeigt es sich, daß die Suche nach solchen räumlich-sozialen Umwelten für die Alten, in denen die "günstigen" Bedingungen vorhanden oder wiederherstellbar wären, besonders schwierig und selten mit befriedigendem Erfolg gekrönt ist. Speziell Fragen von Praktikern - Architekten, Klinikern, klinischen Psychologen, Planern etc. - nach sinnvollen Maßnahmen der Umweltgestaltung lassen sich meist nicht eindeutig beantworten. Die Bedeutung der Zusammenhänge zwischen Umwelteinflüssen und dem Gesundheitszustand der Älteren sowie zwischen Umwelteinflüssen und dem Verhalten im Alter wird zwar allgemein anerkannt, doch bleibt der Charakter und die Beschaffenheit solcher Relationen weitgehend unerschlossen. Das liegt vor allem daran, daß es schwierig ist, die überaus komplexen Umwelteinflüsse auf handhabbare Dimensionen zu reduzieren, sie zu klassifizieren und zu konzeptualisieren. Allzuoft werden einzelne Einflußfaktoren herausgegriffen, ihre Wirkungsweise gemessen und analysiert, wobei die so erzielten empirischen Aussagen häufig widersprüchlich sind und nicht ohne weiteres verallgemeinert werden dürfen. Die deterministische Denkweise, von der sich

bereits die ausgereiften Vorläufer der heutigen sozio-ökologischen und stadtökologischen Studien nicht gänzlich befreien konnten (zur Orientierung siehe KURTZ 1984), haftet den aktuellen Untersuchungen, aus denen entsprechende Aussagen stammen, vielfach an.

Im Hinblick auf die "günstigen" räumlich-sozialen Umwelten für alternde und alte Menschen zielt die Blickrichtung auf den gewachsenen Stadtteil, Wohnquartier, Kiez. Dort - so wird idealtypisch oder idealisierend angenommen - gibt es

- Entfaltungsraum für die Alten und für jedermann, der den Kriterien der ökonomischen Sphäre nicht (mehr) standhalten kann;
- intakte soziale Beziehungen als Quelle emotional-affektiver Unterstützung sowie konkrete Hilfen im Bedarfsfalle;
- Partizipationsrahmen für die Teilhabe an gemeinschaftlichen Belangen;
- intergenerationelle Erlebnisswelt;
- Rahmen für die Erhaltung lebensgeschichtlicher und biographischer Kontinuität;
- Überschaubarkeit räumlicher Gegebenheiten und sozialer Beziehungen.

Diesen Annahmen, die stärker auf verwissenschaftlichten Alltagsinterpretationen und Common-Sense-Konzepten als auf überprüfbaren empirischen Abbildungen der Realität fußen, begegnen wir in der populären Diskussion und in Medien. Sie spiegeln sich in Entwürfen zur Wiederbelebung des städtischen Zusammenlebens wider, die auf stadtplanerischen und regionalsoziologischen Überlegungen basieren (WISSENSCHAFTSZENTRUM MÜNCHEN 1986). Auf solche Entwürfe, die auch im vorliegenden Band vorgestellt werden, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen.

3. Wegweiser in die Privatsphäre

Der Gedanke, daß reaktivierte Gemeinschaften brennende soziale Probleme - Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und viele andere mehr - auffangen können, findet zunehmend Zuspruch der Repräsentanten der Sozialpolitik und sozialen Verwaltungsbürokratie. Diese Tendenz ist nicht neu. Neu sind

allenfalls die Mittel, mit denen der informelle Sektor und seine Leistungsfähigkeit immer mehr zum kalkulierbaren Faktor der sozialpolitischen Maßnahmen gemacht werden. Dabei bleibt die Tatsache außer acht, daß die Kenntnis der realen Tragfähigkeit lokaler informeller sozialer Gruppen und insbesondere auch der Familie relativ gering ist (GARMS-HOMOLOVA et al. 1985). Die Kenntnislücken werden jedoch durch bestimmte sozialwissenschaftliche Interpretationen (psychologisierende Deutungen, geschichtslose Erklärungen und Modelle, die sich von harter Realität distanzieren) überdeckt. Die "sanften Bürokraten"³⁾ verweisen den Bürger in die Privatsphäre, wo er seine Probleme unter vermeintlich humaneren - weil unbürokratischen und nicht entfremdeten - Bedingungen verarbeiten und lösen kann. Der Wegweiser zeigt geradewegs in den Kiez: dort können sich die Alten noch nützlich machen und sie werden Pflege finden, "wenn es mal so weit ist". Dort werden sich auch die Arbeitslosen eine Existenz aufbauen können, und sei es denn beim Anstreichen von alten Möbeln, die für andere Sozialschwache noch gut genug sind...

Solche Strategien können im Hinblick auf die im Zuge der Ergrauung der Gesellschaft aufkommenden sozialen Probleme fatale Folgen haben. Wenn an die Sicherstellung der Versorgung wachsender Zahl behinderter und pflegebedürftiger Alter gedacht wird (RÜCKERT 1985), so muß festgehalten werden, daß die künftige Tragfähigkeit der kleinen sozialen Netze allein aus Gründen der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur schwer einzuschätzen ist. Geht es jedoch primär um die Erhaltung und Schaffung von Entfaltungs- und Erlebnisräumen für Heere "freigesetzter" Alter (DIECK et al. 1985), so steht die Frage an, welche Relevanz die räumlich-sozialen Bindungen der nachalternden Kohorten angesichts der wachsenden Mobilität der Alten in der Zukunft noch besitzen werden.

4. Selbstversorgung und Gütertausch

Konzepte, die hier konkret kritisch angesprochen wurden, haben die Selbstorganisation und Reaktivierung nachbarschaftlicher Selbsthilfe in überschaubaren großstädtischen Umwelten zum Gegenstand (WISSENSCHAFTSZENTRUM MÜNCHEN 1986). Theoretisch werden sie gespeist aus der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen der "Krise der Arbeits-

gesellschaft" und des Wohlfahrtsstaates (vgl. insbesondere MATTHES 1983) und speziell aus den Betrachtungen der neu aufkommenden "Arbeit in der Grauzone", "Alternativwirtschaft", "Selbstbedienungsgesellschaft" etc. (GERSHUNY 1983; SCHLEGELMILCH 1983; GROTTIAN 1983; NELLES/BEYWL 1984; OFFE/HEINZE 1986 etc.). Das Ziel ist es, über eine Neuverteilung von Kompetenzen und Funktionen zugunsten dieser Schattenwirtschaft von Vereinigungen und Initiativen dort nachzudenken, wo der institutionalisierte Sektor versagt hat oder lückenhaft ist.

Darüber hinaus ist die Idee der Revitalisierung großstädtischer Umwelten leitend (NELLES/BEYWL 1984; WISSENSCHAFTSZENTRUM MÜNCHEN 1986), ein Anliegen, das eine Beziehung zur gegenwärtigen stadtsoziologischen Diskussion aufweist, ohne daß der Versuch befriedigend gelingt, die auf lokale Problematik gerichtete Denkweise auch auf allgemeine gesellschaftliche Prozesse zu beziehen. Die Aufgabenstellung - die Aktivierung der Gemeinschaft in regional abgegrenzten großstädtischen Umwelten - konfrontiert die Sozialwissenschaftler mit hochkomplexen Problemen, die darüber hinaus neu sind und deren Lösung die Überbrückung der Distanz zwischen der stadtsoziologischen Denkweise und den Denkweisen anderer soziologischer bzw. sozialwissenschaftlicher Subdisziplinen erfordert (MINGIONE 1986). Wenn dies unterbleibt und auch der empirische Kenntnisstand der relevanten sozialwissenschaftlichen Subdisziplinen nur unzureichend berücksichtigt wird, so entsteht, wie hier im Falle des vom WISSENSCHAFTSZENTRUM MÜNCHEN (1986) konzipierten Modells, leicht der Eindruck, daß sich die Autoren der Entwürfe des künftigen Zusammenlebens durch vulgär-ökonomische Interpretation und durch die Verklärung der nachbarschaftlichen Lebenswelt verleiten lassen. Die kleinräumige Idylle, die so entworfen wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein Lebensraum zweiter Klasse für Benachteiligte. Der Fortbestand der politisch-wirtschaftlichen Bedingungen "außerhalb" wird nicht in Frage gestellt (PIEPER 1986). Im Gegenteil: diese werden durch Abgaben und Leistungen aller jener Kiezbewohner weiter getragen, die ihre Arbeitskraft "noch" verkaufen können (PIEPER 1986). Zusätzlich werden diese und alle anderen Bewohner des Kleinraums noch die Lasten der Selbstversorgung und des Gütertauschs tragen müssen. Ein Schonraum für Aussteiger, also für Menschen, die für die Gemeinschaft nichts leisten wollen, wird es nicht geben, denn "Trittbrettfahrer" werden nicht geduldet (PIEPER 1986: 9).

5. Das Bild der alten Menschen in den Entwürfen des kleinräumigen Zusammenlebens

Auffallend ist, daß diese Entwürfe keine konkreten Überlegungen zum Zusammenleben verschiedener Altersgruppen beinhalten. Alte Menschen werden allenfalls als Hilfe- und Pflegeempfänger dargestellt. In dieser Eigenschaft der Bedürftigen bieten sie die Möglichkeit, die wirtschaftliche Überlegenheit dieser Modelle gegenüber dem institutionalisierten Versorgungssystem zu dokumentieren (WALTER 1986). Dabei wird die Frage der qualifizierten Versorgung vernachlässigt; möglicherweise deshalb, weil die in anderen Zusammenhängen ausgegebene Devise vom Akzeptieren niedrigerer Standards auch in diesem Bereich gelten soll (WALTER 1986: 16).

Einer der Bereiche, in dem "niedrigere Standards" aus Kostengründen akzeptabel erscheinen, ist das Wohnen (WILL 1986: 13). Doch gerade hier wird deutlich, wie wenig Beachtung den Bedürfnissen und spezifischen Problemen alter Menschen geschenkt wird, für welche aufgrund der zunehmenden Vulnerabilität gegenüber Umweltbedingungen die optimale Gestaltung des Wohn- und unmittelbaren Lebensbereichs gefordert werden müßte. Wir zeigten an einer anderen Stelle, daß gute und zeitgemäße Ausstattung von Wohnungen vielfach die wichtigste Voraussetzung der Erhaltung elementarer Selbständigkeit darstellt (GARMS-HOMOLOVA et al. 1982).

Eine reduzierte Sichtweise konnten wir auch im Hinblick auf die quantitativen Aspekte des für diese Konzepte so relevanten Versorgungsanliegens identifizieren: die Frage, ob die in Betracht kommenden "Pfleger und Helfer" genügend Kapazität haben werden, sollte ihnen doch neben der Betreuung der wahrscheinlich zunehmenden Anzahl alter Betreuungsbedürftiger noch eine Reihe anderer Aufgaben (Begrünung der Hinterhöfe, Innenausbau von Wohnungen, Babysitting etc.) obliegen. Diese Frage ist im Hinblick auf die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung keineswegs irrelevant.

6. Sozio-kultureller Entfaltungsraum

Mit den negativen Altersbildern geht eine reduktionistische Sichtweise zwischenmenschlicher Beziehungen in kleinräumigen Umwelten einher. Die psychosoziale und soziale Verankerung der Mitglieder in ihrer Gemeinschaft wird vorausgesetzt, doch die Belege dafür fehlen. Argumentiert wird lediglich mit Hilfen, sichtbaren Leistungen, Pfllegetätigkeit, Renovierungsarbeiten etc. Es hat den Anschein, daß immaterielle Leistungen für die Gemeinschaft, kultureller und emotionaler Beitrag der Gemeinschaftsmitglieder gering bewertet werden. Statt dessen treten quasi-ökonomische Beziehungen in den Vordergrund: im Modell "Kooperationsring" wird dies in der Form eines "zwischenhaushaltlichen Marktes" konkretisiert. Dieser erhebt Leistungen (Reinigungs- und Transportleistungen, Sachgüter- und Reparaturleistungen, personale soziale Dienste wie Personenbetreuung) von Haushalten an andere Haushalte zum wesentlichen Prinzip der Gemeinschaft (vgl. OFFE/HEINZE 1986).

Es muß gefragt werden, ob hier die Möglichkeit nach Rückzug, temporärer Distanz, ob die Freiwilligkeit der Beziehungen - Merkmale, die nachbarschaftliche Beziehungen kennzeichnen und in der Regel als besonders positiv empfunden werden - genügend Beachtung finden. Es ist zu befürchten, daß die Organisation, die man den Nachbarschaften seitens selbsternannter Gemeinschaftsmanager und Animatoure angeideihen lassen will (vgl. WISSENSCHAFTSZENTRUM MÜNCHEN 1986), keine solchen Spielräume zulassen wird.

7. Was wir uns fragen sollen

Eins wird deutlich: angesichts der zunehmenden "Ergrauung" der Gesellschaft gewinnt die Diskussion über künftige Formen und Qualitäten der kleinräumigen Gemeinschaften an Bedeutung. Zweifelsohne wird diese Auseinandersetzung mit der Entwicklung und Etablierung neuer Modelle mit dem Ziel einer Reaktivierung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens vorangetrieben.

Zugleich wird sichtbar, daß weder einseitig ökonomische, noch stadtplanerische oder sozialpolitische Annährungsweisen der Problematik gerecht werden. Doch auf welche Fakten, welche plausiblen und umsetzbaren Hypothesen im Hin-

blick auf räumlich bezogene Bindungen sowie die sozial-ökologische Verankerung verschiedener Altersgruppen (vor allem der künftigen Alten) können wir zurückgreifen?

Sind wir nicht dabei, die Bedeutung der informellen sozialen Netze in Stadtteilen und Nachbarschaften romantisch zu verklären? Dies geschah jahrzehntelang mit der sozialwissenschaftlichen Deutung des familialen Zusammenlebens. Unterliegen wir nicht jetzt dem Irrtum, im Zuge der Erhaltung sanierungsbedrohter Stadtteile und alter Bausubstanzen auch überkommene Formen sozialer Beziehungen, Versorgungsverpflichtungen und -abhängigkeiten konservieren zu wollen?

Wenn wir zugeben, daß unsere sozialwissenschaftlichen Konzepte der "Alter-Mensch-Umwelt-Beziehung" noch beträchtliche Defizite aufweisen und daß unser empirischer Kenntnisstand der gegenwärtigen Situation lückenhaft ist, so sollen wir nicht vergessen, daß wir bereits mit neuen Problemen und geschichtlich neuen Formen des kleinräumigen Zusammenlebens konfrontiert werden: wir denken beispielsweise an die gleichzeitige Alterung der Bewohner von Neubausiedlungen der frühen sechziger Jahre, an naturwüchsig wie auch artifiziell entstandener "retirement-communities". Wir haben die zunehmende Reisefreudigkeit und Ruhestandsmobilität der Älteren im Sinn sowie den Einfluß technologischer Veränderungen und neuer Kommunikationsmittel auf die soziale Verankerung alter Menschen. Hier lohnt sich sowohl ein Blick in die Vergangenheit als auch das Einnehmen einer längerfristigen Perspektive der Zukunftsbetrachtung, die es uns ermöglicht, den aufkommenden Wandel zu antizipieren.

ANMERKUNGEN

- 1) Der Charakter der Wechselbeziehung zwischen dem Organismus bzw. dem Menschen und seiner Umwelt verändert sich: der Organismus bzw. der Mensch verliert im Zuge der Alterung zunehmend die Fähigkeit, Einwirkungen bestimmter Umweltfaktoren auszugleichen und aufzufangen. Damit einher geht eine restriktive Entwicklung der Anpassungs- und Kompensationspotentiale alter Individuen und schließlich auch die Abnahme der Möglichkeiten, auf die Umwelt gestaltend einzuwirken. (Margret M. BALTES unternahm jüngst den Versuch, die verschiedenen Belege für diese Thesen zusammenzutragen; siehe BALTES 1987).

- 2) Vgl. z.B. die Definition der Begriffe "soziales Alter" (social age); "funktionales Alter" (functional age) und "formales Alter" (formal age) bei CLARK/ANDERSON 1967.
- 3) Die Rolle der "sanften Bürokratie" rief uns DAHRENDORF (1986) vor kurzem wieder ins Gedächtnis.

WIE SICH ALTE MENSCHEN IHR LEBEN WÜNSCHEN. ERGEBNISSE EINER UMFRAGE

Christel Schachtner

Inhalt:

1. Zum Hintergrund der Befragung
 2. Befragungsergebnisse
 - 2.1. Wohnen im Alter
 - 2.2. Sozial- und Gesundheitsdienste
 - 2.3. Verkehr und alte Menschen
 - 2.4. Tätigsein im Alter
 3. Fazit
- Anmerkungen

1. Zum Hintergrund der Befragung

Die Idee zu dieser Umfrage entstand im Anschluß an ein Expertenhearing, das kommunale Politiker und Angehörige der Verwaltung mit neuen Gedanken zur kommunalen Altenpolitik konfrontieren sollte. Wieder einmal waren es - mit einer Ausnahme - nicht die Alten, die zusammengerufen worden waren, sondern Experten, die für und über sie sprachen. Auch ich war unter ihnen. Es machte mich nachdenklich, wie wenig aus erster Hand bekannt ist, d.h. wie wenig älteren Menschen selbst Gelegenheit gegeben wird, in der öffentlichen Diskussion und in der Forschung ihre Wünsche und ihre Kritik vorzutragen, und wie statt dessen meist andere es sind, die aus ihrer Sicht diese zu formulieren suchen. Die entstandene Nachdenklichkeit mündete in vorliegende Umfrage. Mit Hilfe der Münchner Seniorenzeitung hatte sie sich verwirklichen lassen.¹⁾ Ohne Forschungsmittel ausgestattet, mußten die Ansprüche der Untersuchung bescheiden bleiben. Zwar sollten Bedürfnisse aus verschiedenen Lebensbereichen ermittelt werden, doch dies konnte nur aus-

schnitthaft geschehen. Gedacht war sie auch als Anstoß für die Befragten, sich dessen bewußter zu werden, was sie wollen und nicht wollen. Diese Intention knüpft sich an die Annahme, daß Menschen, nie nach ihren Wünschen befragt, diese erst wieder ausgraben bzw. neu entwickeln müssen.

Die Beteiligung der Leser der Seniorenzeitung an der Untersuchung, die sich in vier Abschnitten vollzog, war unterschiedlich stark. Insgesamt scheint sie mir mäßig zu sein. Dies könnte seinen Grund darin haben, daß es den Angesprochenen schwer fiel, sich vorzustellen, was sie von der Mitteilung ihrer Wünsche haben, stoßen diese doch für gewöhnlich bei der Öffentlichkeit auf wenig Gehör. Und zudem ist die Frage berechtigt, inwieweit eine wissenschaftliche Untersuchung dieser Art den Untersuchten hilfreich sein kann. Unmittelbare Abhilfe von Mißständen oder die praktische Entwicklung besserer Möglichkeiten kann sie nicht leisten. Lediglich um die Veröffentlichung von Wirklichkeiten, deren Kenntnis sich die Gesellschaft lieber ersparen will, kann sich der Forscher bemühen. Dies mag vielleicht schon Kritik genug sein, um der Fortführung alter Zustände einen Strich durch die Rechnung zu machen. Diejenigen älteren Menschen, die sich für ein Mitmachen an der Umfrage entschieden haben, ließen eine engagierte Haltung erkennen: Dies zeigt sich in der Tendenz, den Fragebogen mit seinen Fragen wie eine Werkzeugkiste zu benutzen. Die Antwortenden griffen die für sie wichtigen Inhalte heraus - andere blieben liegen -, ließen sich von ihnen anregen, weiterzudenken, gaben den Fragen neue Wendungen und legten ihre Denkprodukte neben die schon vorhandenen. Viele der Fragebögen tragen handschriftliche Ergänzungen, oft ist das Gedruckte von ihnen geradezu eingekreist. Ob sich darin auch das Angebot ausdrückt, den längst überfälligen Dialog zu beginnen? Mir scheint es so.

2. Befragungsergebnisse

2.1. Wohnen im Alter

Die Fragen zu diesem Themenkomplex zielten darauf ab, herauszufinden, welchen Stellenwert das Verbleiben in der eigenen Wohnung für die Teilnehmer(innen) der Umfrage hat und die Gründe zu erfahren, die ggf. hierfür sprechen. Außerdem konfrontierten sie mit der Lebensform Wohngemeinschaft,

einer bisher unter älteren Menschen wenig erprobten Alternative. Es interessierte, wie aufgeschlossenen Menschen fortgeschrittenen Alters dieser Idee gegenüberstehen und wie sie sich ggf. deren Verwirklichung vorstellen.

Nahezu alle (92,2 v.H.) Befragten sprachen sich dafür aus, in der eigenen Wohnung verbleiben zu wollen. Mit zunehmendem Alter scheint dieser Wunsch sogar noch stärker hervortreten, möglicherweise angesichts dessen, daß sich diese Frage nun um so drängender stellt. Wie aus TABELLE 1 hervorgeht, gibt es eine Reihe von Gründen, weshalb weiteres Wohnen in den eigenen vier Wänden als so wichtig empfunden wird. Als häufigsten Grund nann-

TABELLE 1: GRÜNDE FÜR DAS VERBLEIBENWOLLEN IN DER EIGENEN WOHNUNG

Antwort: Das Verbleiben in meiner eigenen Wohnung ist mir wichtig, weil

	<u>abs.</u>
mir meine Wohnumgebung vertraut ist	58
es billiger ist	38
ich einen guten Kontakt zu meinen Nachbarn habe	35
in der näheren Umgebung Bekannte wohnen	32
in der näheren Umgebung Verwandte wohnen	19
ich meine Selbständigkeit erhalten will	65
ich meinen Arzt behalten will	45
Geschäfte für den täglichen Bedarf in erreichbarer Nähe sind	50

ten die Befragten die Erhaltung ihrer Selbständigkeit, an zweiter Stelle die Vertrautheit der Wohnumgebung und an dritter die Nähe von Geschäften, in denen der tägliche Bedarf gestillt werden kann. Am seltensten wurde als Grund die Nähe verwandtschaftlicher Kontakte angegeben, wohl deswegen, weil es sich hier um eine städtische Population handelt, deren Verwandtschaftsbeziehungen räumlich nicht so dicht gesponnen sind. Von der Möglichkeit, den vorgegebenen Gründen eigene hinzuzufügen, machten viele Gebrauch: Zuweilen wurden die bereits angekreuzten nochmals betont; immer wieder wurde auf die Bedeutung eines vertrauten Wohnorts verwiesen mit Worten wie: "Ich

wohne seit 1929 in der jetzigen Wohnung" oder: "Ich habe seit 30 Jahren die gleiche Wohnung und würde auch im Dunkeln alles finden". Solch eine Formulierung könnte bedeuten, daß auch für den Fall eintretender körperlicher Beeinträchtigung damit gerechnet wird, den Alltag weiterhin selbständig zu bestehen. Was für ältere Menschen ebenfalls wichtig zu sein scheint, ist die eigene Toilette, die in der eigenen Wohnung verfügbar ist. Neben praktischen Vorzügen ergänzten die Teilnehmer der Umfrage emotionale und soziale Bezüge, die sie an ihr gegenwärtiges Lebensfeld binden, wie die Liebe zum eigenen Garten, die Wohnung, die ihnen "einfach gefällt", die schöne Umgebung, das persönliche Gespräch in Geschäften, in denen sie seit Jahrzehnten einkaufen oder der Erinnerungswert ihrer Umgebung: "Spätnachmittags sitze ich auch gerne am Balkon und lese meine Zeitung und sehe den Kindern im Hof beim Spielen zu und denke an die Zeit zurück, wo ich ebenfalls in dem Hof gespielt habe, vor ca. 60 Jahren." Stabile räumliche und soziale Gegebenheiten, die zugleich Gelegenheit zum Tätigsein, zur Begegnung, zum Selbständigbleiben, zur Freude am Schönen, zum Eintauchen in die eigene Geschichte bieten, das ist es, was den Älteren einen Lebensraum unentbehrlich sein läßt. Da die Befragten zumeist mehrere dieser Bedingungen an ihrem jetzigen Wohnort vorfinden, ist es nicht verwunderlich, daß sie ihn nur im Notfall aufgeben würden. Auf die Frage 'Was könnte mich veranlassen, meine bisherige Wohnung aufzugeben?' (TABELLE 2) wurde am häufigsten Krankheit angekreuzt, an zweiter Stelle - jedoch mit ungleich niedrigerem Gewicht - folgt als Grund der Wunsch, in einem Altenheim versorgt zu werden.

TABELLE 2: GRÜNDE, DIE BISHERIGE WOHNUNG ZU VERLASSEN

	<u>abs.</u>
Krankheit	55
das Gefühl des Alleinseins	10
der Wunsch, näher bei den Kindern oder sonstigen Verwandten zu wohnen	3
der Wunsch, in einem Altenheim versorgt zu werden	20
die Angst, allein zu sterben	14

Auffallend selten würden ältere Menschen ihre bisherige Wohnung aufgeben, um näher bei ihren Kindern oder anderen Verwandten zu leben; die befragten Männer zogen dies überhaupt nicht in Erwägung. (Ob sich darin das Ergebnis vorangegangener empirischer Untersuchungen bestätigt, nach dem ältere Menschen für ein gutes Verhältnis zu ihrer Familie überwiegend Distanz zur Voraussetzung machen, könnte nur auf der Basis umfangreicherer Informationen entschieden werden.) Einige der Befragten konnten sich keinen Grund denken, der sie zur Aufgabe ihrer Wohnung bewegen könnte. Sie brachten dies mit dem Wort 'nichts' zum Ausdruck, das sie zuweilen unterstrichen oder mit Ausrufezeichen versahen, um ihre Meinung zu bekräftigen. Unbekannt ist, ob diese Personen für mögliche Wechselfälle des Lebens in ihren Wohnungen Vorsorge getroffen haben. Nur einer der Untersuchungsteilnehmer berichtete, daß er sich im Hinblick auf erwartbare Gebrechen eine Wohnung im Erdgeschoß gesucht und diese so gestaltet habe, daß nachlassende Kräfte ihn so leicht nicht aus ihr vertreiben können.

Den Vorzügen einer eigenen Wohnung wurde wiederholt - ohne daß dies im Fragebogen angesprochen worden wäre - das Heim als eine Alternative gegenübergestellt, auf die man nicht angewiesen sein will. Für die heftige Ablehnung einer Heimunterbringung stehen Aussagen wie: "Natürlich kann es auch mir passieren, daß ich infolge von Gebrechlichkeit ins Pflegeheim müßte, aber dies wäre die letzte Lösung" oder "Mein größter Wunsch - ich bin 58 Jahre alt und noch ziemlich mobil - nie in ein Alten- und Pflegeheim zu müssen, sondern bis zum 'Ende' in der eigenen Wohnung leben zu können." Was ihnen den Eintritt in ein Heim so bedrohlich erscheinen läßt, sind Ängste und Bedenken, beispielsweise der Verlust von Freiheit, zu hohe Kosten, Konflikte mit dem Pflegepersonal, zu wenig Intimbereiche, repressive Strukturen.

Weniger ablehnend standen die Befragten einer anderen Wohnform gegenüber, die im Fragebogen ausdrücklich thematisiert wurde: die Wohngemeinschaft. Wie TABELLE 3 zeigt, beantworteten die Frage nach der Bereitschaft, in eine Wohngemeinschaft zu ziehen, 41,8 v.H. der Untersuchungsteilnehmer mit 'Ja' oder mit 'Vielleicht, wenn ich mehr darüber wüßte'. Überraschend ist dieses Ergebnis um so mehr, weil es für diese Lebensweise noch wenige praktische Beispiele gibt, die zur Nachahmung anregen könnten.

TABELLE 3: INTERESSE AN EINER WOHNGEMEINSCHAFT

Frage: Falls Sie Ihre bisherige Wohnung aufgeben würden, könnten Sie sich vorstellen, mit ca. 5 - 6 Personen in eine gemeinsame größere Wohnung zu ziehen, in der jeder ein eigenes Zimmer hat und gemeinsame Küche und ein Gemeinschaftsraum vorhanden ist?

	abs.
ja	14
vielleicht, wenn ich mehr darüber wüßte	17
nein	43

Wissenswert ist nun, bei welchen Personen die Wohngemeinschaftsidee auf Sympathie stößt. In etwas größerem Ausmaß sind es die Männer, die ihr aufgeschlossen begegnen; unter den Frauen scheinen es vor allem die Hausfrauen zu sein, die der Idee nichts abgewinnen können. Sie hegen evtl. die Befürchtung, daß sie in einer solchen Gemeinschaft verstärkt als Hausfrau gefordert sind, während Männer umgekehrt hoffen könnten, jemanden zu finden, der sie von Haushaltspflichten entbindet. In den bestehenden Wohngemeinschaften (WG) alter Menschen ist die Verteilung der Hausarbeit zwischen männlichen und weiblichen WG-Mitgliedern jedenfalls ein typischer Konflikt-herd. Erkennbar ist aber auch, daß die Frauen zunehmend aus ihren alten Rollen schlüpfen und - analog dem Verhalten von Frauen in Wohngemeinschaften mit jüngeren Mitgliedern (vgl. CYPRIAN 1978: 103 ff.) - auf die Beteiligung der Männer an der Erledigung von Hausarbeit pochen. Neben geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Einstellung zum Leben in einer WG existieren altersspezifische. Die über 65jährigen sind etwas positiver eingestellt, als die unter 65jährigen; deutlicher jedoch sind die Unterschiede, die sich auf den Familienstand beziehen. Während sich geschiedene und unverheiratete Personen überdurchschnittlich interessiert zeigen, gaben sich verheiratete und verwitwete Personen sehr viel zurückhaltender. Die drückende Erfahrung von Einsamkeit ist möglicherweise bei den ersten beiden Personengruppen besonders ausgeprägt; außerdem dürfte die Anpassung an neue Situationen und Menschen ein ständiges Erfordernis in ihrem Leben gewesen sein. Verheiratete dagegen dürften weniger dem Gefühl von Einsamkeit ausgesetzt sein, noch müssen sie befürchten, im Falle von Hilfsbe-

dürftigkeit ohne Unterstützung zu sein, und Verwitwete ziehen es womöglich vor, im Gedenken an den (und oft im Dialog mit dem) verstorbenen Partner weiterzuleben, anstatt den Start in ein neues Leben zu wagen, das das alte wegdrängen könnte.

Die überraschend positive Haltung, die die Befragten insgesamt der WG-Idee entgegenbrachten, darf nicht unabhängig davon gesehen werden, daß sich an der Umfrage vorwiegend ehemalige Angestellte und Beamte in mittlerer und gehobener Position sowie Selbständige beteiligten - dies stellt die Leserschaft der Seniorenzeitung dar -, also Personen, die gemeinhin der Mittelschicht zugerechnet werden. Auch Wohngemeinschaften mit jungen Leuten rekrutieren sich überwiegend aus dieser gesellschaftlichen Schicht. So ist den älteren Mittelschichtsangehörigen diese Wohnform vielleicht geläufiger als Menschen anderer sozialer Herkunft, weil sie in der eigenen Familie damit konfrontiert sind. Als weitere, die Experimentierfreudigkeit von Mittelschichtsangehörigen stimulierende Bedingung ist denkbar, daß diese im Verlauf ihres Lebens stärker dazu herausgefordert waren, Eigenes und Neues auszuprobieren. Sie haben dabei Vertrauen in die eigenen Kompetenzen gewonnen, was ihnen auch ein Experiment im Alter als machbar vorkommen läßt.

Vereinzelt wurden auf den Fragebögen aber auch Bedenken mitgeteilt; ein 86jähriger vermutete, daß die Hauseigentümer bei der Realisierung von Wohngemeinschaften nicht mitspielen würden; eine 63jährige Frau meinte: "Ältere Leute sind oft mißtrauisch und schwierig. Wenn es zu Reibereien kommt (der eine ist sauber - der andere weniger), kann das einem das Leben vergällen." Beide Überlegungen sind berechtigt; Hauseigentümer müssen für den Wohngemeinschaftsgedanken erst noch gewonnen werden, und Konflikte sind ein fester Bestandteil jeder WG, aber auch eine Chance, in der Auseinandersetzung ungeahnte Seiten bei sich selbst zu entdecken, die das Leben in Bewegung bringen. Konflikte entzündeten sich häufig an der gemeinsamen Nutzung von Räumen. Wenn einige Antwortende vorschlugen, jeder solle seine eigene abgeschlossene Wohnung in einer Hausgemeinschaft haben oder zumindest eigene sanitäre Einrichtungen, so war dies evtl. an die Erwartung geknüpft, konflikthanfällige Berührungspunkte zu reduzieren. Es gab daneben andere Stimmen, denen keinerlei Scheu anzumerken war. Eine 76jährige geschiedene Frau schrieb auf den Fragebogen: "Eine solche WG war schon lange meine Idee. Ich kam nur nicht zur Ausführung. Ich möchte sehr gerne in

einer Wohngemeinschaft leben, da man im Alter sehr einsam sein kann, weil keine Angehörigen mehr in der Nähe sind."

Nach der erwünschten Zusammensetzung einer Wohngemeinschaft gefragt, war das Plädoyer derjenigen, die sich selbst als Mitglied einer Wohngemeinschaft vorstellen konnten, eindeutig: sie wünschen sich überwiegend eine Gemeinschaft, bestehend aus Frauen und Männern, aus jüngeren und älteren Personen. Sie wollen, wie es eine 61jährige ausdrückte "keine Gruppierung, die automatisch wieder in eine Isolation führt". Eine gemischte Zusammensetzung bringt die Berührung mit Unbekanntem mit sich; dies bedeutet oftmals Verunsicherung und Irritation, es provoziert Veränderung. Wenn alte Menschen sich für eine heterogen zusammengesetzte Gemeinschaft aussprechen, so sagen sie auch, sie wollen sich auf das Unbekannte einlassen. Der alltägliche Umgang damit mag dennoch nicht einfach sein.

Die geäußerten Wohnbedürfnisse lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß zuallererst ein Verbleiben in der eigenen Wohnung favorisiert wird, wenn die bisherige Wohnsituation Bedingungen aufweist, die vor allem die Erhaltung von Selbständigkeit erlauben. Groß sind die Bedenken gegenüber dem Eintritt in ein Alten- und Pflegeheim, wenn er - in den Augen älterer Menschen - mit dem Verlust all dessen verbunden ist, was ihnen in ihrem Lebensraum außerhalb wichtig geworden ist. Die Wohngemeinschaft ist für einen Teil der Befragten denkbar, wenn sie darin eine Alternative sehen, die vor dem Alleinsein schützt und zugleich Rückzugsmöglichkeiten bietet, die Hilfe im Notfall gewährt, ohne die Individualität einzuschränken. An kommunale Behörden, an Politiker und Wohlfahrtsverbände ist die Frage gestellt, wie sie den verschiedenen Bedürfnissen Rechnung tragen können. Worauf es ankäme, wäre eine Art von sozialer, finanzieller und politischer Unterstützung, die alten Menschen stets die Wahl läßt, wo, wie und mit wem sie leben möchten.

2.2. Sozial- und Gesundheitsdienste

Ausgehend von der These, daß die in der Bundesrepublik angebotenen Sozial- und Gesundheitsdienste Versorgungslücken - die in vorangegangenen eigenen Studien und empirischen Untersuchungen anderer aufgezeigt worden waren -

aufweisen, wurde nach Bedürfnissen gefragt, die möglicherweise in diese Lücken reichen. Es wurde Gelegenheit gegeben, unbefriedigte Bedürfnisse zu äußern.

Ambulante Gesundheitsdienste, wie sie in der Bundesrepublik insbesondere von Sozialstationen zur Verfügung gestellt werden, haben ihren Schwerpunkt aufgrund finanzieller und personeller Bedingungen im medizinisch-pflegerischen Bereich. Die Vermutung ging dahin, daß Krankheit und Gebrechen im Alter einen Bedarf an Diensten hervorbringen, der über diesen Bereich hinausweist. Die Umfrage bestätigt dies. An der Spitze der Wunschliste derjenigen, die gesundheitlich beeinträchtigt waren, stand der Wunsch nach Unterstützung im Haushalt. Da solche Hilfen für alte Menschen in der Reichsversicherungsordnung als Leistungsgrund nicht vorgesehen sind, haben Sozialstationen eine entsprechende Angebotspalette nicht entwickelt. Einige Antwortende fügten den Fragebogen Briefe bei, in denen sie dringend um Vermittlung einer Hilfe im Haushalt baten. So schrieb eine 65jährige unverheiratete Frau: "Ich wünsche nur, daß es mal möglich wäre, jemanden regelmäßig nur einmal im Monat für die Hausarbeit zu bekommen. Ich bin sehr gehbehindert und auch so kann ich mich nicht anstrengen. Bis jetzt mache ich trotzdem noch alles alleine. Aber es gibt Sachen, die ich nicht mehr machen kann. Zum Beispiel Schränke unten saubermachen und so manches. Wenn es da nicht so schwer wäre, daß da immer einer da ist, der einem hilft. Wenn Sie dafür sorgen könnten, wäre schön." An zweiter Stelle wurde der Wunsch nach einer Person genannt, mit der man sich unterhalten kann. Auch diesem Wunsch können Sozialstationen nur unzureichend nachkommen, da psychische Betreuung keine abrechenbare Leistung darstellt. Es waren nahezu ausschließlich alleinstehende alte Menschen, für die diese Bedürfnisse eine so große Dringlichkeit besaßen. Diese Personengruppe allerdings stellt das Gros unter den Alten dar; ihr Anteil ist im Steigen begriffen (1957 ca. 37 v.H. Einpersonenhaushalte von über 65jährigen, 1980 54 v.H. Einpersonenhaushalte von über 65jährigen). Je geringer für sie die Chance ist, ihre Bedürfnisse erfüllt zu bekommen, desto größer ist der Druck, in ein Alten- oder Pflegeheim überzusiedeln. Diesen Druck haben die Älteren vor Augen, wie mehrere von ihnen zum Ausdruck brachten. Wiederum war es möglich, die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten durch selbst formulierte Wünsche zu ergänzen. Hierbei standen im Vordergrund Wünsche nach Hilfeleistungen, die der Aufrechterhaltung der Bewegungsfreiheit dienen, so das Spazierenfahren

im Rollstuhl, die Begleitung beim Einkaufen und Spazierengehen und die Verbesserung von Fahrdiensten. Wer auf all diese Hilfeleistungen nicht angewiesen war, vermerkte dies ausdrücklich und so auf dem Fragebogen, daß den Worten Erleichterung zu entnehmen war. Zitiert sei ein 73jähriger, der schrieb: "Ich bin sehr dankbar, daß die meisten Fragen für mich (noch) nicht relevant sind." Solches Erleichtertsein dürfte einerseits dem Zweifel an der Erreichbarkeit von Hilfe entspringen und zum anderen der Befürchtung, daß gefundene Hilfe ungeahnte Abhängigkeiten mit sich bringen kann. Eingebunden in solche Unwägbarkeiten bleibt Hilfsbedürftigkeit stets eine angstvoll erwartete Situation.

Frei zu bleiben, jahrzehntelang eingeübte Lebensgewohnheiten beizubehalten, alte bekannte Wege fortzusetzen, teilzuhaben an der Welt außerhalb der eigenen Wohnung, solche Bedürfnisse erschließen sich auch aus den Antwortreaktionen auf die Frage 'Wünsche ich mir, daß es mehr Fahrdienste gäbe, die kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt in Anspruch genommen werden könnten?' Die Mehrheit (72,7 v.H.) stimmte mit 'Ja'. Über ein eigenes Fahrzeug verfügten die wenigsten der Befragten, am ehesten besaßen sie noch ein Fahrrad, dessen Benutzung in einer großstädtischen Umgebung jedoch risikoreich ist. Wie TABELLE 4 zu entnehmen ist, wünschen sich die Untersuchungsteilnehmer Fahrdienste primär, um an kulturellen und politischen Veranstaltungen teilzunehmen, und fast ebenso häufig, um ihren Arzt aufzusuchen oder in einem Altenclub bzw. in ein Alten- und Servicezentrum zu kommen. Es kann

TABELLE 4: GRÜNDE FÜR DEN WUNSCH NACH MEHR FAHRDIENSTEN

Antwort: Fahrdienste, die kostenlos oder gegen geringes Entgelt erhältlich wären, würde ich in Anspruch nehmen,

	<u>abs.</u>
um meinen Arzt aufzusuchen	14
zum Einkaufen	11
um Verwandte/Bekannte zu besuchen	11
um einen Altenclub oder ein Alten- und Servicezentrum zu besuchen	14
um an kulturellen und politischen Veranstaltungen teilzunehmen	17

angenommen werden, daß sich über Mobilitätshilfen für die Einrichtungen der Altenhilfe ein bislang noch unbekanntes Potential an Besuchern erschließt. Aus der Sicht der Alten wäre mit diesen Hilfen ein Weg aufgetan, der eine Bresche schlägt in die Isolation, die sie oft wie ein Wall umgibt.

Daß alte Menschen auch noch größere Kreise ziehen wollen, geht aus den von ihnen selbst ergänzten Gründen für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten hervor: wiederholt nannten sie das Erreichen des Bahnhofs sowie kleinere Reisen, die sie unternehmen wollen.

Abwechslung, Vielfalt, Unterschiedlichkeit, Begegnung mit Neuem wünschen sich die Untersuchungsteilnehmer auch an den Orten, die extra für sie (und bislang oft nur für sie) konzipiert wurden: in den Altenclubs und Alten- und Servicezentren. Sie plädierten überwiegend dafür, diese auch für die jüngere Generation zu öffnen. Was ihnen besonders am Herzen liegt, sind gelegentliche Gespräche mit Jüngeren. Gefallen, wenngleich nicht im selben Ausmaß, finden sie auch an dem Gedanken, die in der offenen Altenhilfe angebotenen Kurse, z.B. im künstlerisch-musischen Bereich, jung und alt zugänglich zu machen. Mischungen dieser Art könnten den Dialog zwischen den Generationen intensivieren und Kontakte entstehen lassen, aus denen wechselseitige Unterstützung erwächst, was die Angewiesenheit auf institutionelle Hilfe vermindert. Wenn ältere Menschen für Mischungen eintreten, so sagen sie damit, daß sie nicht auf Sondereinrichtungen verwiesen sein wollen. Dies freilich widerspricht der gebräuchlichen Logik sozialpolitischer Konzeptionen, denn diese setzt auf Trennung, weil Menschen, eingeteilt in Parzellen, sich leichter überschauen und verwalten lassen.

2.3. Verkehr und alte Menschen

Ermittelt wurden Stellungnahmen, die sich auf den öffentlichen und privaten Verkehr bezogen. Es sollte die Situation beleuchtet werden, in der alte Menschen stehen, wenn sie sich als Fußgänger im Straßenverkehr bewegen oder zur Fortbewegung ein öffentliches Verkehrsmittel benutzen. Meist alleinstehend müssen sie sich in dieser Situation alleine zurechtfinden. Auch die Befragten lebten mehrheitlich (82,3 v.H.) in Einpersonenhaushalten. Sie waren zur Erhaltung ihrer Mobilität meist auf öffentliche Verkehrsmittel an-

gewiesen, denn nur wenige von ihnen besaßen ein eigenes Fahrzeug. Der geringe Motorisierungsgrad ist typisch für die befragte Altersgruppe.

Das beliebteste öffentliche Verkehrsmittel ist bei den Untersuchungsteilnehmern die Straßenbahn (46,9 v.H.), mit etwas Abstand folgen S- und U-Bahn (36,7 v.H.), am wenigsten Zustimmung findet der Omnibus (16,3 v.H.). Zusätzliche Erklärungen, die abgegeben wurden, liefern Gründe für die Beliebtheit der Straßenbahn. Sie wurde als das sicherste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel bezeichnet, und sie scheint oft am besten die Wohnviertel an das Stadtzentrum anzubinden. Was es bedeuten kann, wenn dieses Verkehrsmittel wegfällt, schilderte eindrucksvoll eine alleinstehende Witwe in einem Brief: "Wir möchten unsere Linie 17 wiederhaben. Der Oberbürgermeister hat's uns versprochen, aber es rührt sich nichts mehr. Ich bin 84 Jahre alt und gehbehindert. Will ich in die Stadt, muß ich erst von der Donnersbergerstraße eine Haltestelle mit dem Bus fahren zur Brücke, dann zwei Treppen runter, unten die Brücke durch, dann wieder zwei Treppen hoch, oben den langen Gang vor zur Treppe abwärts, dann bin ich bei der S-Bahn. Es ist wahrhaftig eine Quälerei." Der große Zuspruch, den die Straßenbahn erfährt, ergibt sich aus dem Votum der Frauen. Die Männer stimmten häufiger für S- oder U-Bahn, ein Ergebnis, das aufgrund der geringen Zahl männlicher Befragter vorsichtig interpretiert werden muß. Beim Leserstammtisch der Seniorenzeitung auf dieses unterschiedliche Votum angesprochen, hatten die anwesenden älteren Frauen dafür sofort eine Erklärung parat. Sie lautete: Die Frauen wollen was sehen, und die Männer wollen nur schnell wohin. Die Straßenbahn kommt dem Bedürfnis entgegen, Menschen auf der Straße zu beobachten, Veränderungen im Straßenbild und an den Häusern wahrzunehmen, d.h. sich immer wieder aufs neue den Raum anzueignen, der einen umgibt. S- oder U-Bahn dagegen dienen primär der Überwindung von Distanzen. Die anwesenden Männer stimmten der Erklärung der Frauen zu. Die Beliebtheit der Straßenbahn ist jedoch nicht ganz ungetrübt. Wiederholt wurde bemängelt, daß das Einsteigen wegen der Trittbreithöhe beschwerlich ist. Hierzu die Stimme einer 72jährigen alleinstehenden Frau: "Erwähnen möchte ich noch, daß für Gehbehinderte, auch für mich - da ich Hüftgelenkarthrose habe -, das Aufsteigen sowohl in der Trambahn als auch im Bus sehr beschwerlich ist, weil die Trittbretter viel zu hoch sind. Man müßte schon für die Gehbehinderten geeignete Maßnahmen ergreifen, um besser aufsteigen zu können. Das wäre ein wichtiger Punkt für die Verkehrsplanung."

Ausgehend von dem Wissen um die im Durchschnitt beschränkten finanziellen Mittel älterer Menschen wurde auch nach der Angemessenheit der Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel in München gefragt. Nahezu alle Befragten waren mit ihrer Höhe zum damaligen Zeitpunkt (1985/1986) einverstanden. Dies muß jedoch vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Schichtzugehörigkeit interpretiert werden; die Mehrzahl der Antwortenden dürfte über finanzielle Spielräume verfügen, die über dem durchschnittlichen Niveau liegen. Zudem ist zu berücksichtigen, daß Fragen dieser Art leicht als Prestigefragen aufgefaßt werden: Zuzugeben, daß einem die Inanspruchnahme eines öffentlichen Verkehrsmittels zu teuer ist, hieße für den einzelnen vielleicht, sich als arm einzustufen. Und dies stellt in einer Gesellschaft, in der Geld und Ansehen so eng miteinander verknüpft sind, einen Makel dar.

Wie sicher fühlen sich ältere Bewohner einer Stadt auf der Straße? Ist das Verkehrsgeschehen jenen physischen Veränderungen angepaßt, die mit dem Alterungsprozeß einhergehen, wie die Verlangsamung des Ganges, nachlassende Sinnestätigkeit, unsichere Motorik? Dies zu erkunden war auch ein Anliegen der Umfrage. Die Antworten ergaben zusammengefaßt, daß die Verkehrsregelung wenig Rücksicht auf das Alter nimmt. Mehr als der Hälfte der Umfrageteiligen (69,2 v.H.) ist die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs in ihren Wohngebieten zu hoch. Sie sprach sich für eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h aus. Dazu tendierten auch diejenigen, die selbst über einen Pkw verfügten.

Die Geschwindigkeit vorbeifahrender Fahrzeuge bestimmt maßgeblich, wieviel Zeit den Fußgängern zum Überqueren der Straße bleibt, falls dies nicht durch Ampeln geregelt ist. Mehr Fußgängerampeln in ihrer Wohnungsbauumgebung wünschten sich die Befragten allerdings nicht. Was dagegen eine deutliche Mehrheit fand, war die Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger. "Warum macht man das nicht so, daß es für die Fußgänger länger grün ist?" fragte eine 73jährige Frau aus einem Altbauquartier. Der Münchner Stadtrat antwortet auf solche Fragen, wenn er sie in Form von Bürgerversammlungsanträgen erhält, daß die geforderte "Fußgängerbegünstigung" zu einer Verkürzung der Grünzeiten für den Fahrverkehr führe und in der Folge zu einer Verschlechterung der "Grünen Welle"²⁾. Die Rücksichtnahme auf die Langsameren, Unsichereren, aufgrund altersbedingter Merkmale auch Unberechenbareren steht einer Verkehrskonzeption entgegen, die den Verkehr analog einer riesigen Non-stop-

Maschinerie gleichmäßig am Laufen halten will. In dieser Konzeption stecken Risiken für die Nicht-Angepaßten: Zu entnehmen ist dies der Verkehrsstatistik, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil der über 60jährigen an den im Straßenverkehr getöteten Fußgängern aufweist. In München bewegte sich deren Anteil von 1960 bis 1983 stets um 50 v.H., während der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung immer unter 20 v.H. lag.³⁾ Man muß damit rechnen, daß alleine in München jeden Monat drei bis fünf über 60jährige Fußgänger im Straßenverkehr den Tod finden. Die Situation auf Bundesebene ist mit der Münchner Situation vergleichbar. Fast die Hälfte (48,2 v.H.) der im Jahre 1982 bundesweit getöteten Fußgänger waren über 65jährig (VERKEHRSSICHERHEITSRAT 1983: 5). In einer eigenen Verkehrsstudie, die in München im Frühjahr 1986 durchgeführt wurde, waren "Angst" und "Aufpassen" jene Wörter, die ältere Passanten in ihren Stellungnahmen zum Fahrverkehr am häufigsten gebrauchten. Die erlebte Angst auf der Straße kann dazu führen - so das Ergebnis dieser Studie -, daß verkehrsreiche Straßen und Stadtviertel gemieden und/oder Gänge aus dem Haus auf das Nötigste beschränkt werden. Solche Konsequenzen bringen zusätzliche Mühsal mit sich. Jemand, der sich nur einmal die Woche zum Einkaufen aus dem Haus wagt, muß um so schwerer schleppen und dies womöglich über eine weitere Strecke als nötig, da ihm der direkte Weg zu gefährlich ist. Außerdem beschneiden sie Wünsche nach Bewegung und Bewegungsfreiheit, nach Kontakt, nach Abwechslung, nach sinnlicher Erfahrung, nach Aneignung von Räumen, nach Unabhängigkeit. Wer weniger aus dem Haus geht, verbringt um so mehr Zeit zu Hause. Ein die Bedürfnisse der Alten ausgrenzendes Verkehrsgeschehen verstärkt die Einsamkeit; die eigene Situation wird als mangelhaft erlebt.

2.4. Tätigsein im Alter

In kaum einem Interview, das alten Menschen offenes Sprechen über ihre Lebenssituation erlaubt, fehlen Hinweise auf die Bedeutsamkeit lebenslang ausgeübter Tätigkeiten, deren Verlust häufig als Bruch im Lebenskontinuum erfahren wird. Er erzeugt das Gefühl, unbrauchbar und unnützlich zu sein, zuweilen auch den Zweifel an der eigenen Existenzberechtigung. Der Wunsch, auch im Alter Sinnvolles zu tun, und das heißt, etwas zu tun, was auch für andere einen Sinn hat, ist bei vielen alten Menschen unüberhörbar. Dieser Wunsch

geht nicht auf in Hobbybeschäftigung, wie sie das Angebot von Einrichtungen der offenen und geschlossenen Altenhilfe meist kennzeichnet.

Die Fragen zu diesem Themenkomplex sollten Informationen darüber liefern, in welchem Ausmaß die Umfragebeteiligten eine Fortsetzung bisher praktizierter Tätigkeiten wünschen. Angesprochen wurden Kompetenzen, die sowohl in außerhäuslicher Erwerbsarbeit als auch in der Tätigkeit in Haushalt und Familie erworben werden.

Auf die Frage 'Würde ich meine erlernten beruflichen Fähigkeiten auch heute noch gerne ausüben, wenn es Möglichkeiten hierzu gäbe?' antwortete die Hälfte der Befragten (51,8 v.H.) mit 'Ja'. Die Frauen wünschten dies etwa doppelt so häufig (61,1 v.H.) als die Männer (37,5 v.H.). Auch zeigten sich Unterschiede in Abhängigkeit vom Familienstand: Alleinstehende tendieren eher zu einem 'Ja' als Menschen, die in einem Zwei- oder Mehrpersonenhaushalt leben. Überwiegend waren es Berufe im kaufmännischen und administrativen Sektor, die die Befragten ausgeübt hatten. Ein signifikanter Einfluß der Art der ehemaligen Tätigkeit auf den Wunsch, zu ihrer Fortsetzung im Alter, ist nicht erkennbar. Nach den Gründen für ein weiteres Tätigseinwollen gefragt, entschieden sich die meisten für die Antwort: 'Weil es mir Spaß machen würde', am zweithäufigsten wurde 'Um Geld zu verdienen' angekreuzt. Wie sie zusätzlich auf dem Fragebogen vermerkten, sehen die Befragten in der Fortsetzung beruflich erworbener Fertigkeiten auch die Chance, geistig beweglich und körperlich fit zu bleiben sowie Kontakte zu pflegen. Gerade letzteres dürfte erklären, weshalb Alleinstehende an weiterem Tätigsein besonderes Interesse haben. Es deutet sich in den Reaktionen jedoch an, daß die Älteren nicht mehr so verbindlich in einen festen Arbeitsrhythmus eingespannt sein wollen. Stellvertretend hierfür steht die Äußerung einer 61jährigen Bibliothekarin, die schrieb: "Aber nur stunden-, tage-, fall-, vertretungsweise, um Menschen und Institutionen zu helfen." Es ist denkbar, daß alte Menschen den Wegfall unverrückbarer Arbeitszeiten als eine neue Freiheit schätzen gelernt haben, die ihnen erlaubt, verstärkt dem eigenen Rhythmus nach zu leben. Etwasiges Tätigsein soll ihnen diese Freiheit nicht wieder entziehen, sondern sich in diesen Rhythmus fügen.

Die Frage, ob ein Wunsch zur Weitergabe von Fähigkeiten, die in Haushalt und Familie erworben werden, bestehe, fand keine große Zustimmung. Nur ein

Drittel der Befragten äußerte ein entsprechendes Bedürfnis. Diejenigen, die dazu zählen, konnten sich am ehesten vorstellen, gelegentlich Kinder oder Kranke zu betreuen. Die Weitergabe von Koch- oder Gartenarbeitskenntnissen erschien ihnen wenig erstrebenswert; eigene Vorschläge wurden nicht gemacht. Eine Erklärung für das geringe Interesse, auf das diese Möglichkeit stieß, könnte sein, daß die Befragten Tätigkeiten dieser Art alltäglich im eigenen Haushalt ausüben; dies könnte ihnen genug sein.

Ins Auge sticht die Art und Weise, wie die Teilnehmer der Untersuchung auf die Frage reagierten, ob sie für ihr Tätigwerden Geld erhalten wollen. Zwar steht dieser Wunsch als Grund für die Ausübung beruflicher Fertigkeiten an zweiter Stelle, aber er ist meist mit handschriftlichen Zusätzen verbunden, die Relativierungen enthalten. Mehrere wiesen darauf hin, daß sie das Geld an Notleidende oder an bedürftige Familienmitglieder weiterleiten wollten. Andere meinten, nur von begüterten Personen Geld annehmen zu wollen. Auf die Frage, ob für die Vermittlung bzw. Ausübung hauswirtschaftlicher Fertigkeiten für andere eine Bezahlung gewünscht wird, überwiegt die Antwort 'Weiß nicht'. Einige erklärten, Anerkennung und ein Dankeschön wären als Lohn ausreichend. Diese Zusätze, Erklärungen, Einschränkungen und Begründungen verweisen darauf, wie wenig selbstverständlich den Befragten eine Bezahlung ihrer Arbeit ist. Informationen über mögliche Gründe hierfür liegen nicht vor. Es könnte sein, daß sie annehmen, die Nachfrage nach ihren Kompetenzen sei mindestens so sehr ein Entgegenkommen an sie wie eine Hilfe für andere. Vorstellbar ist auch, daß sie ihre Leistungen als nicht so bedeutsam einschätzen oder daß sie in finanziellen Verhältnissen leben, die ihnen ein Entgelt als Bereicherung erscheinen ließe.

In die Antworten zu diesem Fragenkomplex dürften auch Annahmen über die eigene gesundheitliche Verfassung hineinspielen. Die Teilnehmer an der Umfrage zum Thema 'Sozial- und Gesundheitsdienste' bezeichneten sich zu 63,8 v.H. als gesundheitlich beeinträchtigt. Ähnlich hoch könnte der Anteil dieser Personengruppe auch unter denen sein, die sich über ein weiteres Tätigsein Gedanken gemacht haben, da von einer relativen Konstanz des Teilnehmerkreises auszugehen ist. Physische Schwächen dürften ebenso wie mögliche Befürchtungen, bei der Ausübung beruflicher Kenntnisse an Ansprüchen gemessen zu werden, die auf den jungen, gesunden, voll funktionstüchtigen Erwachsenen abgestimmt sind, zu Vorsicht und Zurückhaltung animiert haben.

Wenn trotz solch denkbarer Hintergründe die Zahl derjenigen hoch ist, die auch im Alter ihre Fähigkeiten aktiv einsetzen wollen, so mag dies daran liegen, daß tätige Auseinandersetzungen mit der Umwelt einen unverzichtbaren Wert für die Identität eines Menschen haben können. Ist es ihm verwehrt, "durch Schaffen sein Sein entstehen zu lassen" (BEAUVOIR), so weiß er nicht mehr, wer er ist und empfindet sich als ein Nichts. Andere dagegen mögen ihre Befriedigung darin finden, nichts mehr tun zu müssen. Gerade in einer Welt, die zu ständiger Hetze antreibt, könnte ein Nicht-mehr-Mitmachen als eine Freiheit angesehen werden, die man sich zumindest im Alter herausnehmen will. Es könnte freimachen für etwas anderes, für neu entdeckte Wichtigkeiten. Ernst BLOCH war es, der den Wunsch, ohne Hast zu sein, in Verbindung brachte mit dem Wunsch, "das Wichtige zu sehen, das Unwichtige zu vergessen (...)" (1959: 44). So unterschiedlich gelagerte Bedürfnisse verlangen nach Lebensverhältnissen, die offen sind, die weder das Nichtstun erzwingen, noch das Aktivsein, aber beides auch nicht verhindern.

3. Fazit

Es gibt nicht die Alten; es gibt viele verschiedene alte Menschen mit vielen verschiedenen Wünschen, Bedürfnissen und Möglichkeiten. Diese Vielfalt zu leben, sind in der gegenwärtigen Gesellschaft Grenzen gesetzt. Die Welt, die uns alle umgibt, ist nicht eingerichtet für alle. Sie ist gestaltet für die Gesunden, Kräftigen, schnell und exakt Funktionierenden, für die Jungen, aber nicht zu Jungen. Je weniger der alternde Mensch diesem Ideal entspricht, desto mehr muß er damit rechnen, daß die Welt sich ihm entzieht. Was ihm bleibt, sind "Sonderwelten", wo er sich als Klient, Patient, Betreuer und Hilfebedürftiger wiederfindet, und wo er ausschließlich auf seinesgleichen geworfen ist. Die Trennlinie zwischen den beiden Welten verhindert Begegnung und Austausch, sie reduziert Lebensmöglichkeiten hüben wie drüben. Die Teilnehmer vorliegender Untersuchung haben mit ihren Aussagen für die Aufhebung von Trennlinien plädiert. Diesem Plädoyer zu folgen, hieße mehr als nur punktuelle Veränderung; es hieße einzutreten für eine Welt, die Vielfalt gegen Gleichförmigkeit setzt, Individualität gegen Standardisierung; die das Anderssein schützt, anstatt es auszugrenzen. Veränderung in diesem Sinn hätte ihre Bedeutung nicht nur für die Alten.

ANMERKUNGEN

- 1) Die Umfrage wurde von September bis Dezember 1985 durchgeführt. Untersuchungsinstrument war primär ein standardisierter Fragebogen mit zusätzlich offenen Fragen. Er gliederte sich in die vier Themenbereiche: Wohnen im Alter, Sozial- und Gesundheitsdienste, Verkehr und alte Menschen, Tätigsein im Alter. Die Münchner Seniorenzeitung übernahm es, die Fragen zu jeweils einem Bereich in vier aufeinanderfolgenden Monatsausgaben abzudrucken. Den einzelnen Fragenkomplexen war ein Artikel vorangestellt, der Änderungsvorschläge zu dem thematisierten Lebensbereich enthielt. Hiermit sollte Interesse geweckt und Anstoß gegeben werden, eigene Ideen zu entfalten. An jeden Fragebogen schloß sich die Bitte an, weitergehende Ideen und Wünsche in einem Brief mitzuteilen. Dieser Bitte kam etwa ein Viertel der Befragten nach.

Der Aufruf zur Beteiligung richtete sich einmal über die Seniorenzeitung an deren Leserschaft, zum anderen wurde durch insgesamt drei Rundfunksendungen und einen Bericht in einer Münchner Tageszeitung versucht, weitere Teilnehmer zu gewinnen.

Die Beteiligung an den einzelnen Umfrageteilen war unterschiedlich. Die meisten Personen (77) beantworteten die Fragen zum Thema 'Wohnen', die wenigsten (27) die zum Thema 'Tätigsein im Alter', die Themen 'Verkehr' und 'Sozial- und Gesundheitsdienste' fanden eine Beteiligung von 35 und 36 Personen. Der Kreis der Befragten setzte sich überwiegend aus ehemaligen mittleren Angestellten und Beamten, aus Selbstständigen sowie Angestellten und Beamten in gehobener Position zusammen. Bei den Frauen, die keinen Beruf angaben, dürfte es sich um Hausfrauen handeln. Ihr Anteil betrug zwischen 5 v.H. (Sozial- und Gesundheitsdienste) und 27 v.H. (Wohnen). Die Beteiligungsquote der Frauen insgesamt war durchgängig doppelt so hoch als die der Männer, was dem Verhältnis der Geschlechter in dieser Altersgruppe entspricht. Das Alter der Befragten lag zwischen 60 und 93 Jahren. Nahezu alle wohnten außerhalb von Institutionen im Stadtgebiet München.

Zu zwei Leserstammtischen der Münchner Seniorenzeitung wurden Ergebnisse aus der Umfrage vorgetragen und mit den anwesenden älteren Menschen diskutiert. Die hierbei zusammengekommenen Ideen und aufgeworfenen Fragen gingen in die Interpretation der Ergebnisse ein. Die Stammtisch-Runden sollten aber auch ein Versuch sein, einmal mehr zum öffentlichen Nachdenken über ein wünschenswertes Leben im Alter anzuregen.

- 2) Landeshauptstadt München: Beschluß des Kreisverwaltungs Ausschusses vom 12.2.1985, S. 2
- 3) Errechnet aus Unterlagen des Polizeipräsidiums München.

Kapitel VII

"POSTMODERNE" LEBENSSTILE ZWISCHEN INDIVIDUALITÄT UND ENTDIFFERENZIERUNG

+ VERÄNDERTE FRONTEN, NEUE BEDINGUNGEN: THESEN ZUR BIOGRAPHISCHEN SELBSTVER-
ORTUNG HEUTIGER JUGENDLICHER

Rainer Paris

Es mag zunächst befremdlich erscheinen, in einem Diskussionsrahmen, der die sozialen Folgen des demographischen Umbruchs in der Bundesrepublik thematisiert, über kulturelle Veränderungen der biographischen Perspektiven und Selbstdefinitionen heutiger Jugendlicher nachzudenken. Zu stark scheint die Kluft zwischen der Vorstellung einer "überalterten" Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten und den außerordentlich kurzlebigen, ja oftmals geradezu programmatisch modeorientierten Aktivitäten Jugendlicher, als daß man hier vom einen zum anderen sachliche Verbindungslinien ziehen könnte. Gewiß sind die Jugendlichen von heute die mittlere Generation von morgen und die Alten von übermorgen, doch wie sich ihre aktuellen Einstellungen und Lebensentwürfe morgen und übermorgen auswirken werden, darüber könnte heute nur heillos spekuliert werden. Wenn ich dennoch meine, daß die folgenden Ausführungen für die Diskussion der demographischen Veränderungen etwas beitragen können, so in dreierlei Hinsicht: Zum ersten scheint mit in neueren Untersuchungen zur Entwicklungsdynamik jugendlicher Subkulturen gleichzeitig ein methodisch-analytischer Ansatz und ein kulturtheoretischer Interpretationsrahmen gegeben, der m.E. auch für die Analyse zukünftiger Generationsbeziehungen insgesamt fruchtbar gemacht werden könnte; dabei wird zweitens deutlich, in welchem Ausmaß generationsspezifische Orientierungsmuster nicht nur von der jeweiligen Figuration der Altersgruppen, sondern auch von - je historisch besonderen - sozialstrukturellen Problemlagen, vor allem von den Bedingungen des Ausbildungs- und Beschäftigungssystems abhängen, in denen sich die Individuen kulturell verorten müssen; und drittens schließlich läßt sich ja auch die Frage aufwerfen, ob jugendliche Neudefinitionen von Lebensstilen nicht auch für andere Alters- und Bevölkerungsgruppen bedeutsam werden können, sofern sie ihnen sowohl auf der Ebene praktischer Rollenveränderungen als auch im Hinblick auf einen Wandel öffentlich legitimierter Selbstinterpretationen neue Teilnahmechancen am sozialen Leben erschließen oder versperren. In diesen drei Richtungen

können die folgenden, eher auf Eindrücken als empirischen Erhebungen basierenden Argumentationen vielleicht interessant sein.

I.

Kaum eine soziologische Teildisziplin hat in den letzten Jahren so viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie die Jugendsoziologie - und sich dabei nicht selten so gründlich blamiert. Angesichts der allgemeinen administrativen und pädagogischen Hilflosigkeit gegenüber den veränderten Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen offerierte die Jugendsoziologie griffige und eingängige Globalhypothesen, die aber, so scheint es, durch die jeweils nachfolgenden Jugendgenerationen sofort wieder relativiert wurden. Dem vermeintlich entpolitisierten "narzißtischen Sozialisationstyp" der siebziger Jahre folgte der Radikalisierungs- und Politisierungsschub zu Beginn der achtziger; die daraufhin favorisierte Hypothese eines generellen "Wertwandels", der verstärkten Hinwendung zu postmaterialistischen Werten, falsifizierte zumindest ein Teil der Jugendlichen mit exzessiven Konsum- und Karriereambitionen. Gewiß wäre es verkürzt, aus diesen Entwicklungen und der damit verbundenen Problematisierung allgemeiner Trendaussagen¹⁾ nun umgekehrt auf eine grundsätzliche diagnostische Inkompetenz und Hinfälligkeit der Einzelanalysen zu schließen, aber es muß schon zu denken geben, wenn sich die außerordentlich aufwendigen jugendsoziologischen Untersuchungen der letzten Jahre, etwa die SHELL-Studie von 1981, heute schon streckenweise wie Makulatur lesen.

Der Jugendforschung erging es also mit der Jugend wie dem Hasen mit dem Igel: kaum gestartet war ihr Gegenstand immer schon woanders. Dieser Sachverhalt hat nun zwei systematische Aspekte. Zunächst einmal scheint mir das rasche Veralten der Ergebnisse zumindest dort, wo man sich methodisch mit der qualitativen Reproduktion der Selbstdeutungen der Jugendlichen zufriedengab, keineswegs so verwunderlich, wie es auf den ersten Blick aussieht: Es ist ja gerade das Vorrecht der Jugend und ein wesentliches Kennzeichen der ausgedehnten Adoleszenz, daß sie es erlaubt, mit manchmal sehr unterschiedlichen Lebenshaltungen, subkulturellen Orientierungen und Einstellungen zu experimentieren, sie also nur probe- und vielleicht nur phasenweise²⁾ zu übernehmen, ohne sich dabei den biographischen Konsistenzanforderungen

zu fügen, die an eine stabile Erwachsenenidentität zu stellen sind. Jugendliche ändern oft abrupt ihre Meinungen und Einstellungen und das ist durchaus normal. Vor allem aber, und das ist der zweite Punkt, rücken stets neue Generationen von Jugendlichen nach, die in veränderte Beziehungen hineinwachsen und sich die symbolischen Optionen, mit denen sie sich kulturell gegenüber der Erwachsenenwelt behaupten wollen, immer auch gegen die älteren Jugendlichen der vorangegangenen Generation erkämpfen müssen. Jugendliche grenzen sich als ein bestimmter Typus von Jugendlichen nicht nur gegenüber den Erwachsenen und der durch sie repräsentierten Kultur, sondern auch gegenüber ihren älteren Vorgängern und konkurrierenden Gruppen von Gleichaltrigen ab, sie entwickeln ein eigenes kulturelles Gruppenprofil auf der Kontrastfolie anderer Konzepte und Vorstellungen von "Jugend", durch die sie sich eingengt und bevormundet fühlen. Die schnelle Antiquiertheit der Jugendstudien ist somit eine Konsequenz der beschleunigten kulturellen Entwicklungsdynamik ihres Gegenstandes selbst: sie veralten mit dem Älterwerden der Jugendlichen und den veränderten symbolischen Artikulationsbedingungen nachwachsender Jugendgenerationen.

Das theoretische Modell, das in diese Argumentation eingegangen ist, ist das Konzept der "dreifachen Artikulation" von Jugendkulturen, wie es im Rahmen der englischen Subkulturforschung im Umkreis des Birminghamer Center for Contemporary Cultural Studies (CCCS) entwickelt worden ist (vgl. CLARKE et al. 1979). Die symbolischen Konjunkturen der Entstehung, Verbreitung und des Niedergangs verschiedener subkultureller Jugendstile (z.B. Mods, Rocker u.a.) wurden dort unter der Grundannahme analysiert, daß die "subversive" Bedeutung der Handlungen und Äußerungen dieser Jugendlichen immer schon zugleich vor dem Hintergrund dreier typischer Artikulationsfronten gelesen werden muß: (1) der Opposition zur dominanten Kultur der etablierten Erwachsenenwelt und gesellschaftlichen Institutionen, (2) der generationenspezifischen Abgrenzung von der Stammkultur (Klassenkultur) des eigenen Elternhauses und Herkunftsmilieus und (3) der kulturellen Auseinandersetzung innerhalb der eigenen Jugendgeneration, also der symbolischen Selbstbehauptung gegenüber anderen Subkulturen der gleichen Stammkultur wie auch gegenüber anderen Jugendkulturen mit anderem Klassenhintergrund. In diesen komplexen Bezügen erlaubt der bricolage-Charakter der Stile (vgl. CLARKE 1979: 136 ff.) die vielfältigsten Kreationen, Querverflechtungen und (Neu-)Kombinationen, wobei die englischen Autoren das "Strickmuster" der Verknüpfung

einzelner Stilelemente vorrangig im Versuch einer "magischen Lösung" von Widersprüchen der Stammkultur erblicken, auf die die Jugendlichen reagieren und mit denen auch die große Mehrheit derjenigen Jugendlichen konfrontiert ist, die sich nie einer dieser hochstilisierten Subkulturen anschließen. Auch für sie sind die subkulturellen Deutungsantworten und -angebote daher keineswegs folgenlos, auch in ihre biographischen Selbstdeutungen können sich subkulturelle Optionen und Sichtweisen einlagern, ohne daß sich dies in der dramatischen Wahl eines bestimmten Subkulturstils äußern müßte.

Gewiß wird ein solcher klassenzentrierter Erklärungsansatz durch die immer raschere massenmediale Verbreitung der Jugendstile und die ökonomischen Innovationszwänge des Jugendmarktes entscheidend modifiziert und relativiert. Die kommerzielle Adaption verwandelt die ursprünglichen klassen- und subkulturellen Oppositionen in modische Konkurrenzen; die sich daran orientierenden Jugendlichen bilden trotz gewisser klassen- und schichtspezifischer Präferenzen durchaus klassenheterogene Gruppierungen und Milieus, die ständig neu vermischt und durcheinandergewirbelt werden.³⁾ Die subkulturellen Stile werden so in übergreifende Konsum- und Lebensstile aufgelöst und dabei zugleich symbolisch domestiziert. An die Stelle der hochdifferenzierten "authentischen" Stilbildungen von unten ist eine umfassende, fast alle Jugendlichen ansprechende Stilpropaganda von oben getreten.

Trotz dieser Einschränkung scheint mir das Grundkonzept der "dreifachen Artikulation" jedoch keineswegs überholt. Ich sehe darin im Gegenteil ein vorzügliches Modell, mit dem heutige und wohl auch zukünftige Intra- und Inter-Generationenkonflikte analysiert werden können. Gerade die immer stärker hervortretende Polarisierung jugendlicher Orientierungsmuster, die sich durchaus auch in einem Zick-Zack-Kurs innerhalb der einzelnen Biographien niederschlagen kann, läßt sich auf diesem Wege entschlüsseln und nachvollziehen. So wären z.B. auch die scheinbar angepaßten und oftmals aggressiv konservativen Grundhaltungen heutiger Jugendlicher m.E. weniger im Sinne eines bruchlosen Einverständnisses mit den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen zu deuten, sondern vielmehr als ein trotziges und entschiedenes Nein zu bestimmten Arten des Neinsagens, wie sie ihnen durch andere Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, durch Alternativbewegte und Aussteiger, vorgelebt werden.

In diesem verwirrenden Geflecht verschiedener Artikulationsfronten scheint mir nun eine Bezugsgruppe besonders bedeutsam, die den Jugendlichen zumeist als Repräsentant der dominanten Kultur gegenübertritt, ohne sich freilich selbst mit den Prinzipien dieser Kultur positiv identifizieren zu können: Ich meine die Angehörigen der nach-68er-Generation der heute 30- bis 40jährigen, also unsereinen, und hierbei speziell einen Typus, den ich vorläufig als "fragmentierten Erwachsenen" charakterisieren möchte. Dieser Erwachsenentyp, mit dem die Jugendlichen in den verschiedensten Sozialzusammenhängen ihres Elternhauses, der Schule oder an ihren Arbeitsplätzen konfrontiert sind, zeichnet sich dadurch aus, daß er sich in seiner Erwachsenenrolle (etwa als Lehrer) auch heute noch dezidiert vom traditionellen Verständnis dieser Erwachsenenrollen distanziert, daß ihm also, obwohl er längst als Erwachsener agiert, der Weg zu einer ungebrochen konventionellen Erwachsenenidentität früherer Zeiten nach wie vor versperrt ist. Der "fragmentierte Erwachsene" ist erwachsen und will es zugleich, zumindest im traditionellen Sinne, nicht sein; er ist seinem Selbstverständnis nach vor allem jugendbewegter Erwachsener, einer, der noch als Erwachsener auf der Legitimität seiner früheren "Ansprüche" und Protesthaltungen besteht (oder aber, wenn er sie heute offensiv negiert, das zwanghafte Gefühl hat, sie letztlich "verraten" zu haben). Vielleicht ist dies auch einfach nur seine Methode der Weigerung, erwachsen zu werden.⁴⁾

Gegenüber heutigen Jugendlichen verhält sich dieser Erwachsenentyp häufig in einer charakteristischen Mischung von modischer Anpassung, die bis zur Anbiederung reicht, und offener, bisweilen zynischer Ablehnung. Er buhlt um ihre Anerkennung, sucht ihre "Wellenlänge", und stößt sie brüsk zurück, wenn sie ihm verweigert wird. Da er sich nach wie vor als "wahrer" Sachwalter eines jugendbewegten Protests versteht, bestreitet er ihrem Protest Reichweite und Stehvermögen. Andererseits ist ihm dabei der Rückgriff auf Positionen der "traditionellen Erwachsenen" auch weiterhin versperrt: Er sieht sich gleichsam "zwischen" den Fronten des Generationskonflikts, im Zweifel eher auf Seiten der Jugendlichen als der konservativen Erwachsenen, obwohl er freilich qua Erwachsenenrolle längst von der anderen Seite operiert.

Aus der Perspektive der Jugendlichen führt dies zu einer Verschärfung und Akzentuierung der Konfliktwahrnehmung. Weil der "fragmentierte Erwachsene"

die Fronten des Generationskonfliktes nach unten verwischt, werden sie ihm von dort um so strikter entgegengehalten. Während er versucht, die Alterstypisierungen zu verschleifen, werden sie von den Jugendlichen um so rigider betont: Gerade gegenüber diesem Typ von Erwachsenen können sie Jugendlichkeit selbst als symbolische Waffe einsetzen, gerade ihn können sie damit treffen, daß sie ihn "alt" aussehen lassen. Dennoch ist er ihnen als Bündnispartner und Puffer im Streit mit konservativen Erwachsenen oftmals durchaus willkommen, dies allerdings nur solange, wie er sich funktionalisieren läßt; ansonsten läuft er Gefahr, gerade als Sympathisant der jugendlichen Protestierer zu ihrer Hauptzielscheibe zu werden.⁵⁾

Es ist möglich, daß ich die empirische Bedeutung des "fragmentierten Erwachsenen" in gegenwärtigen Generationskonflikten überschätze. Doch auch unabhängig davon erlaubt er eine wichtige methodische Schlußfolgerung: er zeigt, wie unerläßlich es ist, die Untersuchung von Generationenkonflikten von vornherein figurativ anzulegen und darüber hinaus danach zu fragen, inwieweit Brüche und Diskrepanzen zwischen ausgeübter sozialer Rolle und subjektiver Rollenidentität den verschiedenen Beteiligten neue Spielchancen, Optionen für Koalitionen oder symbolische Trümpfe eröffnen, mit denen sie sich behaupten und durchsetzen können. In jedem Fall kann als ein erstes Resümee festgehalten werden, daß die biographische Selbstverortung heutiger Jugendlicher sich gegenüber den sechziger und siebziger Jahren in deutlich veränderten Artikulationsfronten vollzieht, die sich auch künftig ständig verschieben und neu formieren werden. Die von HABERMAS konstatierte "neue Unübersichtlichkeit" besteht auch hier. Jede nachwachsende Generation wird heute mit einer verwirrenden Vielfalt von kulturellen und subkulturellen Deutungsangeboten konfrontiert, unter denen sie scheinbar beliebig auswählen und mit denen sie experimentieren kann. Dennoch sind all diese Versuche und Probehaltungen schon von den unterschiedlichen Klassen-voraussetzungen her natürlich stets einem harten Realitätstest ausgesetzt: Ob und in welchem Umfang die einmal übernommenen Deutungsmuster zu dauerhaften biographischen Orientierungen werden, entscheidet sich schließlich daran, inwieweit sie es den Jugendlichen erlauben, ihre strukturellen altersspezifischen Aufgaben, also insbesondere die Fragen der Elternablösung, der Herausbildung der Geschlechtsrollenidentität und das Problem der Berufseinmündung, adäquat zu interpretieren und hierfür pragmatische Lösungen zu entwerfen.

II.

Ein systematisches Defizit vieler Jugendstudien liegt sicher in ihrem unzureichenden Rückbezug auf die ökonomisch-sozialstrukturellen Determinanten der Lebenssituation und die institutionellen Handlungszwänge, in denen Jugendliche agieren und deren Veränderung ihnen auch neue kulturelle Selbstdeutungen abverlangt. Über das "Lesen" von Freizeitstilen läßt sich immer nur ein kleiner Ausschnitt jugendlicher Realitätsinterpretationen rekonstruieren, wobei der zugrundegelegte Stilbegriff im übrigen eine expressive Homogenität, eine Konsistenz der Erfahrungsschemata suggeriert, die im Alltag der Jugendlichen kaum je gegeben sein wird. Die Stilanalyse von Subkulturen gibt eher Aufschluß über die ästhetischen Selbstdarstellungsnormen dieser Gruppen als über deren tatsächliche Interaktionsrealität (vgl. LINDNER 1986). Die zentralen Probleme von Ausbildung, Berufswahl und Beschäftigungsperspektiven werden in diesen Untersuchungen oft nur am Rande thematisiert⁶⁾, so daß die Bedeutung übergreifender sozioökonomischer Entwicklungen und Krisenerscheinungen für die biographischen Selbstdefinitionen der Jugendlichen ungeklärt bleibt.

Es besteht kein Zweifel daran, daß sich die Ausbildungs- und vor allem die Arbeitsmarktbedingungen für Jugendliche in den letzten zehn/fünfzehn Jahren dramatisch verändert haben. Nach der Bildungsreform zu Beginn der siebziger Jahre, die nicht nur die Chancen der Arbeiterjugendlichen, sondern besonders den Anteil der Mädchen an den höheren Bildungsabschlüssen deutlich ansteigen ließ (vgl. BECK 1986: 127 f.), befinden wir uns spätestens seit Anfang der achtziger in einer Situation, in der eine dauerhaft hohe Jugendarbeitslosigkeit eine fortschreitende Entkoppelung von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem anzeigt (vgl. BAETHGE 1986: 118). Praktisch bedeutet dies, "daß qualifizierende Ausbildungsabschlüsse immer weniger hinreichend, zugleich aber immer notwendiger werden, um die erstrebten, knappen Beschäftigungspositionen zu erreichen" (BECK 1986: 244). Selbst ausgezeichnete Zeugnisse garantieren den Jugendlichen heute keinen Arbeitsplatz mehr, aber ohne formale Bildungsabschlüsse sinken ihre Chancen auf eine attraktive Beschäftigung tendenziell gegen Null.

Als Antwort auf diese prekäre, psychisch äußerst belastende Situation lassen sich im Schulverhalten heutiger Jugendlicher mitunter extreme Reaktionen

beobachten. Da gibt es Fünfzehnjährige, die sich bereits in der Sekundarstufe einen Zwölfstundentag auferlegen, um später auf einen Notendurchschnitt zu kommen, mit dem sie andere Bewerber um karriereträchtige, numerus clausus beschränkte Studienfächer oder begehrte Lehrstellen ausstechen können. Alles, was diese Jugendlichen tun, unterwerfen sie einem beruflichen Qualifizierungskalkül, um ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Andere hingegen resignieren frühzeitig, steigen aus diesem Wettlauf aus und schalten um auf "Null Bock". Halbherzig erfüllen sie die Leistungsanforderungen der Schule, lernen den Stoff ohne Zuversicht und Engagement und bereiten sich insgeheim längst auf eine Sackgassenlehre oder ein Studium vor, von dem sie sich vielleicht gewisse Chancen der "Selbstverwirklichung" erhoffen, das sie dann aber letztlich in die Arbeitslosigkeit entlassen wird.

Gewiß sind dies Extremhaltungen, also Pole eines Spektrums verschiedener Möglichkeiten, in denen Jugendliche heute ihre Zukunft konstruieren. Trotzdem lassen sich die Präferenzen der meisten Jugendlichen klar in der einen oder anderen Richtung lokalisieren.⁷⁾ Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß beide skizzierten biographischen Orientierungsmuster im Verhältnis zu früheren schulischen Sozialisationsverläufen eine von den Veränderungen des Arbeitsmarktes her erzwungene, außerordentlich folgenreiche Undefinition des Verständnisses eigener Fähigkeiten anzeigen und damit zugleich eine tiefe Verunsicherung, ja einen Riß im Selbstverhältnis dieser Jugendlichen überhaupt. Die frühzeitige Bindung des Stellenwerts eigener Kenntnisse und Fähigkeiten an einen bestimmten beruflichen Erfolg ist nämlich zugleich eine implizite Entwertung dieser Fähigkeiten selber, eine instrumentalistische Selbsteinschränkung, in der der Eigenwert erworbener Kompetenzen für die Stabilisierung des Selbstbewußtseins gar nicht mehr zur Geltung kommen kann. Das Selbstbewußtsein eines Menschen ist vor allem Könnens-Bewußtsein, ein Vertrauen in eigene Möglichkeiten und Fähigkeiten, gesellschaftliche Anforderungen auszuhalten, sich auf wechselnde Situationen neu einstellen, kurz: das Leben meistern zu können. Wird das, was man kann oder vielleicht können kann, von vornherein nur als ein Mittel zum Zweck, als "wertvoll" nur im Hinblick auf das Erreichen eines attraktiven Berufsziels interpretiert, so entzieht man sich dabei eine wesentliche Grundlage, auf die sich ein eigenes Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl auch unabhängig von den jeweils erreichten Berufspositionen und den damit verbundenen

Statuschancen aufbauen könnte. Die Jugendlichen machen sich heute, so scheint es, mit Haut und Haaren abhängig von den Risiken und Turbulenzen des Arbeitsmarktes: Ob sie den beruflichen Erfolg fast um jeden Preis anstreben oder ihn für sich selbst bereits als unerreichbar aufgegeben haben - in jedem Fall binden sie das, was sie sind und können, restriktiv an dieses Kriterium und unterminieren damit auch ihre eigenen Möglichkeiten der Entwicklung persönlicher Identität.

Natürlich ist diese Diagnose ziemlich spekulativ und gewagt. Es lassen sich aber einige empirische Beobachtungen anführen, die sie erhärten können. So gibt es seit den siebziger Jahren unter den Jugendlichen an weiterführenden Schulen einen ausufernden, hochdifferenzierten informellen Diskurs über Ausbildungsgänge, berufliche Präferenzen und Beschäftigungschancen, der oft schon in der Sekundarstufe beginnt und der alles, was in früheren Zeiten an beruflichem Orientierungswissen an den Schulen ausgetauscht und gehandelt wurde, im nachhinein als blanke Naivität und Blauäugigkeit erscheinen läßt.⁸⁾ Die Formalisierung und Reglementierung der Studiengänge, die immer weiter spezifizierten Eingangsvoraussetzungen und besonders natürlich die unsicheren, kaum prognostizierbaren Beschäftigungsperspektiven bringen die Jugendlichen dazu, sich manchmal zu regelrechten Ausbildungs- und Arbeitsmarktexperten zu entwickeln; sie betreiben die Informierung über diese Dinge als eine Art Quasi-Wissenschaft, um sich frühzeitig ein bestimmtes Qualifikationsprofil zuzulegen und dies dann gezielt weiter auszubauen. Die von BAETHGE (1986: 109) hervorgehobene Möglichkeit, daß mit der Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten gleichzeitig "eine mentale Entkopplung von Lernen und Arbeiten, eine innere Verselbständigung von Lernen" einhergehen könne, wird von diesen Jugendlichen offenbar gerade nicht wahrgenommen: Obwohl der tatsächliche Übergang ins Berufsleben erst deutlich später erfolgt, operieren sie angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt bereits frühzeitig mit expliziten Qualifizierungskalkülen und organisieren ihr Lernen im Hinblick auf bestimmte Berufsperspektiven. Trotz der Ausdehnung der Adoleszenzphase übernehmen sie eine Problemsicht, die traditionell eher die von Erwachsenen war. Sie bleiben länger Jugendliche und werden rascher erwachsen.

Sicher ist dieses Bild klassenspezifisch zu modifizieren: Für Arbeiterjugendliche war der schulische Diskurs über den Lehrstellenmarkt, betriebliche

Übernahmeperspektiven nach Facharbeiterlehren oder sofortige Einstiegsmöglichkeiten ins Berufsleben (Polizei!) seit jeher näher und damit selbstverständlich. Insofern sind die hier angesprochenen Mentalitätsverschiebungen bei Hauptschülern und Lehrlingen vielleicht am geringsten. Doch auch für Arbeiterjugendliche läßt sich eine Tendenz feststellen, die die These eines inneren Umbaus der Identitätskonstruktion, der Erschöpfung traditioneller Quellen des Selbstwertgefühls und deren Ersetzung durch biographische Neuorientierungen, indirekt stützt: ich meine die gewachsene Bedeutung von außerschulischen und außerberuflichen Erfahrungs- und Aktivitätsfeldern besonders in den Bereichen von Technik und Sport, die es den Jugendlichen erlauben, persönliche Fähigkeiten zu testen, sich intensiv selbst zu fordern und zu erleben und dabei zugleich bestimmte Könnens-Erfahrungen zu machen, an denen sich ein eigenes Selbstbewußtsein auch jenseits der Risiken von Ausbildung und Beruf aufrichten kann.⁹⁾ Gewiß hat es dies als mehr oder minder ausgeprägte Freizeitorientierungen von Jugendlichen immer gegeben, doch anders als früher wird heute die Ausübung einer bestimmten Sportart oder die mühsam erkämpfte Spitzenpunktzahl bei einem Computerspiel bei einem größeren Anteil von Jugendlichen mit Identitätsansprüchen aufgeladen, die eben durch Schule oder Arbeit nicht mehr abgedeckt werden können. Es handelt sich hier um einen veränderten Typ von Freizeitverhalten, um Aktivitäten, die gewissermaßen als Quasi-Profession ausgeübt werden. Dabei ist es oftmals gar nicht so wichtig, was einer tut, sondern nur, daß er das, was er tut, möglichst perfekt und "professionell" tut, daß er sich total auf eine Sache einläßt und dann auch für sich selbst ein entsprechendes Können unter Beweis stellt. Auch dies sind Stützkonstruktionen einer vielfältig bedrohten Identität.

III.

Es ist keine Frage, daß die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen im Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, die ja längst nicht mehr als vorübergehende Krisenerscheinungen, sondern als ein Wandel der sozioökonomischen Rahmenbedingungen auf Dauer begriffen werden, auch die kulturellen Selbstdefinitionen und Lebensentwürfe der Jugendlichen nachhaltig prägen und beeinflussen. Kulturelle Orientierungen sind symbolisch gebündelte Lage- und Situationsdeutungen, sie müssen Deutungsantworten auf generations- und klas-

senspezifische Grunderfahrungen geben, die inhaltlich sowohl einen möglichen Dissens zu den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen, also die Erfahrung unabgeleiteter Lebensansprüche und -bedürfnisse festhalten, gleichzeitig aber auch eine gewisse Selbsteingliederung und den Aufbau eines positiven Selbstwertgefühls innerhalb dieser Strukturen erlauben.¹⁰⁾ Es ist gerade diese Legierung von Dissens und Konsens, die das Entschlüsseln der biographischen Selbstdeutungen nicht zuletzt auch für die Jugendlichen selbst so schwierig und affektbeladen macht; sowohl das Schwanken zwischen den Extremen, als auch die Verkrampftheit, mit der einmal übernommene Realitätsbilder und Haltungen auch wider besseres Wissen bisweilen verteidigt werden, haben hier ihre Ursache.

Der wesentliche Einschnitt, den die sozioökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre in den biographischen Selbstverortungsprozessen von Jugendlichen hinterlassen haben, liegt, so hat es zumindest den Anschein, in einer grundsätzlich veränderten Bewertung, einer abnehmenden identitätsstiftenden Kraft von Arbeit und Beruf: "Die zunehmende Labilisierung des Übergangs von Jugendlichen aus der Schule in eine kontinuierliche Arbeit oder Berufstätigkeit erschwert zunehmend größeren Teilen von Jugendlichen die Möglichkeit, Arbeit und Beruf als geeignete Basis der Identitätsbildung zu erleben und dementsprechend im positiven Sinne lebensperspektivisch wirksame Arbeits- und Berufsorientierungen aufzubauen, die verhaltenssteuernd wirken könnten und um die es sinnvoll und lohnend erschiene, die eigenen Lebensaktivitäten zu organisieren" (BAETHGE 1986: 116). Wenn immer weniger klar ist, welche Arbeit überhaupt erreichbar ist, welchen Charakter sie haben und welchen Veränderungen und Risiken sie in Zukunft unterworfen sein wird, so macht es nicht länger Sinn, das Bild der eigenen Zukunft primär um den Fokus der Arbeit zu gruppieren: Der Möglichkeit einer Selbstdefinition über Arbeit wird heute gewissermaßen der gesellschaftliche Boden entzogen. Diese Erosion der kulturellen Bedeutung von Arbeit geht einher mit einer mehr oder minder ausgeprägten Orientierung an Lebensstilen, die zwar sicher auch weiterhin mit bestimmten Ausbildungsniveaus, beruflichen Milieus und vor allem mit einem bestimmten Einkommen assoziiert werden, gleichzeitig aber ein Stück weit von inhaltlichen Qualitäten der Arbeit, von ihren traditionellen klassenkulturellen Bedeutungen abgelöst werden. Nicht mehr nur die Arbeit als solche, sondern das, was sie ermöglicht, welche sonstigen Lebenschancen, Aktivitätsspielräume und Kontaktmöglichkeiten sie eröffnet, steht im Brennpunkt der Identitätskonstruktionen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die These eines kulturellen Bedeutungswandels von Arbeit ist keineswegs gleichzusetzen mit der Behauptung, im Einstellungsprofil heutiger Jugendlicher spiele die Arbeit nur noch eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die einschlägigen Untersuchungen belegen, daß der Stellenwert der Arbeit hoch wie eh und je ist, wobei die Erwartungen an Arbeit allerdings unterschiedlich akzentuiert werden (vgl. SINUS 1983: 82 ff.). Die Bedeutung des Arbeit-Habens ist ohnehin zentral und wird in Zukunft wohl eher noch zunehmen. Nicht also der Rang der Arbeit als solcher hat sich verschoben, wohl aber - und das ist hier die Vermutung - das Ausmaß und die Art und Weise ihrer identitätsstrukturierenden Funktion, also gewissermaßen die kulturelle "Aufladung" von Arbeit oder einzelner Elemente davon. Arbeit ist heute weniger ein festgefügtes Bedeutungssyndrom; die mit ihr verbundenen Relevanzen der Reproduktion, des Konsums oder der "Selbstverwirklichung" erhalten zunehmend ein Eigengewicht, einen Eigenwert, der dann auch auf andere Aktivitäten übertragen und daran angelagert werden kann. Insofern ist es vielleicht auch sinnvoll, nicht von einem Bedeutungsverlust, sondern eher von einer Transformation der Bedeutung von Arbeit zu sprechen, einer Entmischung, Abspaltung und Neugruppierung ihrer Bedeutungselemente, wobei die konkrete Staffelung der Relevanzen bei den verschiedenen Gruppen von Jugendlichen freilich sehr unterschiedlich ausfällt.

Natürlich sind die skizzierten Veränderungen keineswegs nur auf Jugendliche beschränkt. Die Jugendlichen leben im Grunde nur aus, was als Tendenz längst auch in der Erwachsenenwelt zu beobachten ist und was BECK (1986) versuchsweise auf den Nenner eines epochalen Individualisierungsschubs der westdeutschen Gesellschaft gebracht hat. Die Grundlage dieser Individualisierung sieht BECK in einer tiefgreifenden Fragmentierung und Auflösung traditioneller Klassenbindungen; als Ursachen dieser Entwicklung nennt er vor allem die zunehmende Diversifikation der Ausbildungsgänge und Berufskarrieren, soziale und räumliche Mobilitätsprozesse und nicht zuletzt die Turbulenzen und Risiken des Arbeitsmarktes, die trotz oder gerade wegen der bestehenden sozialstaatlichen Sicherungssysteme immer mehr Menschen dazu bringen, sich aus dem übergreifenden Geflecht herkömmlicher Verwandtschaftsbeziehungen und Klassenmilieus herauszulösen und ihre berufliche und private Existenz zunehmend als individuelle Aufgabe, als persönliches Einzelschicksal zu begreifen und zu erleben. An die Stelle typischer Klassenbiographien sei heute

eine Pluralität von Lebensstilen, eine verwirrende Vielfalt von Versuchen getreten, das eigene Leben "jenseits von Klasse und Schicht" als individuelle Biographie zu organisieren.

Wenngleich mir nun die BECK'sche Argumentation vor allem auf der sozialstrukturellen Ebene der Analyse der Individualisierungszwänge durchaus einleuchtet, so möchte ich sie dennoch, was die kulturellen Prozesse und Selbstdefinitionen angeht, mit einigen Fragezeichen versehen. Zunächst: Was bedeutet eigentlich die Orientierung an Lebensstilen für Jugendliche¹¹⁾ oder Erwachsene konkret? Was ist das eigentlich: ein Lebensstil?

BERKING/NECKES (1986) haben kürzlich in einem kleinen Aufsatz über Politik und Lebensstil die Auffassung vertreten, die Orientierung an Lebensstilen leiste für die Individuen etwas ähnliches wie das, was SIMMEL über die Mode notierte: sie ermögliche es, sozialen Gehorsam mit individueller Differenzierung zu verbinden, sie gestatte Konformität ohne Uniformität. Kennzeichnend für Lebensstile ist offenbar, daß in ihnen sozial Typisiertes und unverwechselbar Individuelles miteinander verschweißt werden kann. Individuelles wird auf diese Weise sozial akzeptabel, soziale Zwänge und Ansprüche können individualisiert werden. Im Konformismus des Lebensstils steckt zudem das Angebot einer bestimmten Geselligkeit, eine Chance, die individuelle Lebensführung als ein Leben mit Gleichgesinnten zu organisieren. Damit verliert die Vereinzelung die Schrecken der Vereinsamung. Kurz: Ich behaupte, daß die Orientierung an Lebensstilen den Individuen die Möglichkeit gibt, mit gesellschaftlichen Individualisierungszwängen sozusagen nicht-individualistisch umzugehen, also diesen Zwängen nachzukommen und sie zugleich, zumindest partiell, kollektiv aufzufangen. Lebensstile sind Methoden der Individualisierung ohne Isolation.

Werden aber auch Lebensstile kollektiv definiert, so wirft dies ein verändertes Licht auf die von BECK behauptete Paralyse der Klassenkulturen. Gewiß wird man diejenigen, die heute einen bestimmten Lebensstil favorisieren und sich selbst daran ausrichten, nicht mehr von vornherein einem klar definierten sozialen Herkunftsmilieu zurechnen können. Andererseits aber ist unverkennbar, daß verschiedene Lebensstile nach wie vor eine gewisse Klassenaffinität aufweisen, die sie für Angehörige unterschiedlicher Klassen und Schichten mehr oder minder attraktiv und akzeptabel macht. Auch

BECK (1986: 121 f.) gesteht ja, im Blick auf die englischen Verhältnisse, die Möglichkeit einer klassenakzentuierenden Ausdifferenzierung von Lebensstilen ausdrücklich zu; es ist ihm aber sicherlich zuzustimmen, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik eher in der entgegengesetzten Richtung verläuft. Doch selbst wenn man dies einräumt und darüber hinaus sogar in Betracht zieht, daß die Fixierung an Lebensstilen gerade bei Arbeitern mitunter den Charakter eines expliziten "Verleugnungskonsums" annehmen kann¹²⁾, so scheint es mir dennoch keineswegs ausgeschlossen, daß in der konkreten Ausformung der Lebensstile, ihrer Verdichtung zu dauerhaften biographischen Orientierungen, letztlich doch wieder vorrangig klassenspezifische Situationsdeutungen und Wahrnehmungsmuster, insbesondere die in Klassenkulturen eingelagerten Konstruktionen des Geschlechterverhältnisses (vgl. BOURDIEU 1982: 185 ff.), durchschlagen und die Ausgestaltung der Biographie sinnhaft steuern. Damit soll keineswegs die Möglichkeit einer einfachen Restituierung traditioneller Klassenbindungen behauptet werden; die hier abgelaufenen Individualisierungsprozesse sind sicher irreversibel. Und doch können im nicht-individualistischen Umgang mit Individualisierungszwängen auch weiterhin klassenkulturelle Deutungsmuster insofern virulent bleiben, als ein gemeinsamer Klassenhintergrund über die je individuellen Präferenzen hinaus nach wie vor diejenigen sozialen Ähnlichkeiten konstituiert, über die ein geselliger Lebensstil organisiert werden kann.¹³⁾

Welche Bedeutung und möglichen Konsequenzen all diese Überlegungen für das Hauptthema der Tagung, die zukünftige Lebenssituation von Alten und Älteren in einer demographisch umgeschichteten Gesellschaft, haben oder haben können, vermag ich nicht zu sagen. Ich möchte dazu am Schluß nur zwei kurze Bemerkungen machen. Die erste knüpft an die These der Erosion der kulturellen Bedeutung von Arbeit. Wenn es nämlich richtig ist, daß die Individuen den Fokus der Arbeit nicht länger zum alleinigen Zentrum der Identitätskonstruktion, zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Selbstentwürfe machen, so wäre damit zumindest die systematische Möglichkeit geschaffen, daß sich auch für diejenigen, die bereits aus dem Arbeitsleben ausgegliedert sind, neue und veränderte Teilnahmekanäle am sozialen Leben bieten könnten. Wenn nicht mehr nur Arbeit und Beruf, sondern Lebensstile, also Habitus und Geschichten zählen, so könnten dadurch auch neue Formen und Kanäle des sozialen Kontakts entstehen, die Chancen der Entwicklung einer generationsübergreifenden Geselligkeit würden vielleicht steigen. Andererseits werden die

Zwänge der Individualisierung, die die Alten in Isolation und Vereinsamung treiben, eher noch zunehmen, und auch der Ausgestaltung von Lebensstilen liegen ja oftmals äußerst rigide und stigmatisierende Alterstypisierungen zugrunde. Welche Möglichkeiten und Spielräume es in Zukunft für eine Neude-
finition von Altenrollen geben wird, ist somit keineswegs ausgemacht. Das zentrale Kriterium zur Beurteilung der Entwicklung sehe ich darin, inwieweit sie eine Re-Vermischung von Altenrollen mit anderen sozialen Rollen und Typisierungen ermöglicht und befördert; dies würde in der Konsequenz auf das Brechen des dominanten Charakters des Statusmerkmals "alt" hinauslaufen.

Eine wichtige Rolle wird sicherlich auch die weitere Entwicklung der massen-
medial verbreiteten Altersbilder spielen. Ob hier die heutigen Triumphe der
Jugendlichkeit auch in Zukunft so weitergefeiert werden, mag angesichts der
langfristig veränderten Zusammensetzung des Publikums, auch einer gewissen
Verschiebung der Kaufkraft-Kontingente, vielleicht bezweifelt werden; trotz-
dem sehe ich, abgesehen von dem neuen Typ des "alterslosen Jugendlichen"
à la Tina Turner oder Götz George, schon aufgrund des nach wie vor starken
Tabus der Alterssexualität für ein generelles "Altern" dieser Bilder ei-
gentlich kaum eine Chance. Der Fetisch der Jugendlichkeit scheint ungebro-
chen¹⁴⁾, die materielle Gewalt dieser Medienschöpfungen, ihre ästhetisch
normierende und stigmatisierende Kraft, könnte eher noch zunehmen. Gewiß
hängt die Wirksamkeit eines Stigmas nicht zuletzt davon ab, inwieweit auch
der Stigmatisierte selbst es übernimmt; erst, wenn die Alten sich selber von
den Erscheinungsnormen der Jugendlichkeit abhängig machen, ist die Ausgren-
zung perfekt. Doch die Möglichkeiten, sich dem Sog dieser Bilder zu entzie-
hen, sind begrenzt, und sie werden mit zunehmender Ausdünnung der Sozialkon-
takte immer geringer. Die Glitzerwelt draußen läßt das eigene Leben um so
grauer erscheinen und verstärkt das Gefühl der Isolation. Die Geselligkeit
der Jungen ist die Einsamkeit der Alten. Insofern könnte durchaus der Fall
eintreten, daß die zukünftigen Alten sich trotz vielleicht objektiv größerer
Teilnahmechancen mehr und mehr zurückziehen, daß sie auf die demonstrative
Buntheit und Ungezwungenheit des öffentlichen Lebens verstärkt mit Manipula-
tionen der eigenen Sichtbarkeit reagieren.

Anmerkungen

- 1) Zur theoretischen Kritik und empirischen Relativierung der Konzepte des "neuen Sozialisationstyps", der Postadoleszenz und des Wertwandels vgl. BAETHGE et al. 1983 - Die Zurückweisung solcher Globalhypothesen bedeutet übrigens keineswegs die Behauptung, es fänden gar keine Veränderungen statt; es wird damit lediglich gesagt, daß die beobachtbaren Entwicklungen außerordentlich heterogen und eben nicht auf einen Nenner zu bringen sind. Darüber hinaus machen sie deutlich, daß von "der" Jugend als einer eigenständigen sozialen Einheit in Zukunft immer weniger gesprochen werden kann. Vgl. BAETHGE 1986: 103.
- 2) Überhaupt scheint eine "Phasendeutung" der eigenen Biographie für heutige Jugendliche attraktiver und akzeptabler zu sein als für frühere Generationen. Jugendliche sind heute eher bereit, ihren aktuellen Einstellungen und propagierten Lebenshaltungen auch selber eine gewisse Vorläufigkeit und Revisionsfähigkeit zu attestieren - ein Vorweg-Einkalkulieren biographischer Brüche und Zäsuren, das angesichts der kaum überschaubaren Ausbildungs- und Berufsrisiken sicher verständlich ist und auch frühere "Konsequenz"-Zwänge abmildert, gleichzeitig aber die Gefahr in sich birgt, sich in immer nur vorläufigen Identitätswürfen zu verzetteln und so zu einer dauerhaften Konturierung der eigenen Persönlichkeit und des eigenen Selbst gar nicht mehr zu gelangen.
- 3) Allerdings muß die klassenheterogene Zusammensetzung der Subkulturen durchaus nicht notwendig auf eine symbolische Verwischung oder Einebnung der Klassengrenzen hinauslaufen; sie kann im Gegenteil gerade ein klassenradikaleres Erscheinungsbild dieser Gruppen begünstigen. So stellten sich etwa bei Ausschreitungen von Fußballfans die brutalsten Schläger oftmals als Gymnasiasten und keineswegs als proletarische Underdogs heraus, und auch umgekehrt gilt, daß der Träger des Kaschmir-Pullovers durchaus nicht immer, in Wirklichkeit sogar eher selten aus einem Arzthaushalt kommt. Eine naheliegende Erklärung hierfür liegt darin, daß Jugendliche, die sich einer Gruppe anschließen, die die Werte einer fremden Stammkultur akzentuiert, sich selbst gewissermaßen eine kulturelle Überanpassung auferlegen, wenn sie sich in der Subkultur nicht nur mit einer Mitläufer- oder Außenseiterrolle begnügen wollen. Die subkulturelle Pointierung traditioneller klassenspezifischer Orientierungsmuster und Expressionen wird auf diese Weise noch verstärkt. Außerdem ist natürlich offenkundig, daß auch die symbolische Entwicklungs- und Abgrenzungslogik dieser Gruppen selbst einen solchen Extremismus nachhaltig befördert: Ist z.B. das Leitbild des "harten Typs" in einer Gruppe erst einmal etabliert und gegenüber allen anderen Wertpräferenzen dominant, so wird dann auch der subkulturelle Dauerdiskurs nicht lange auf sich warten lassen, wer denn nun wirklich hart sei oder nur so auftrete.
- 4) Das Entstehungs- und Konservierungsmilieu dieses Erwachsenentyps hat HARTUNG (1978) in seinem Aufsatz über die langandauernde Jugend im linken Getto treffend beschrieben. Sein Auftreten ist aber längst nicht mehr auf diese Szene beschränkt. Er ist, mehr oder weniger ausgeprägt, heute in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, am häufigsten sicher im Ausbildungssystem anzutreffen. Obwohl er selbst zumeist der Mittelschicht angehört, sind auch Arbeiterjugendliche keineswegs selten

mit ihm konfrontiert, etwa als Lehrer oder Sozialarbeiter. Insofern wäre es falsch, die Bedeutung dieser Bezugsgruppe als Kontrastfolie der eigenen Selbstdefinition nur auf Mittelschicht-Jugendliche einzugrenzen.

- 5) So war z.B. bei den Zürcher Jugendunruhen von 1980/81 die aggressive Abgrenzung von der Generation der "Apo-Opas" ein wesentliches Motiv und Entwicklungsmoment der Bewegung. Vgl. KRIESI 1984: 168.
- 6) Eine wichtige Ausnahme ist die ausgezeichnete Studie von WILLIS (1979), die die Herausbildung eines bestimmten oppositionellen Verhaltensstils einer Gruppe von (Haupt-)Schülern (lads) als subkulturelle Reaktionsweise auf das grundlegende Tauschparadigma des Unterrichts (Wissen gegen Unterordnung) und damit zugleich als kulturelle Selbstvorbereitung für die spätere Übernahme körperlich belastender und dequalifizierter Berufspositionen interpretiert. Gerade die sozialintegrativen Effekte des rebellischen Stils der lads werden dabei vorzüglich herausgearbeitet.
- 7) Dies schließt im übrigen ein Schwanken oder gar ein Zugleich solcher diametraler Deutungsmuster keineswegs aus.
- 8) Sicher hat hierzu auch die Vervielfältigung der Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten von Fächern im reformierten Kurssystem der gymnasialen Oberstufe und an Gesamtschulen beigetragen. In dem gut gemeinten (und grundsätzlich ja auch durchaus sinnvollen) Bestreben, den Schülern die Gelegenheit zu geben, diejenigen Fächer abzuwählen, "die sie später ohnehin nicht brauchen", steckte eben umgekehrt für die Schüler der institutionell auferlegte Zwang, sich nun frühzeitig überlegen und darüber entscheiden zu müssen, was sie denn später brauchen würden und was nicht. Insofern ist dieser Qualifizierungsdiskurs auch Folge einer allzu direkten Vorstellung von "Berufsorientierung", wie sie bei vielen Vorschlägen und Programmen der Bildungsreform Pate gestanden hat.
- 9) Zum allgemeinen gesellschaftlichen Bedeutungswandel des Sports unter diesem Aspekt vgl. von KROCKOW 1985. Eine schöne Analyse des Umgangs von Jugendlichen mit Computerspielen hat SOFSKY (1986) vorgelegt.
- 10) Ich schließe hier an frühere Überlegungen an, die auf dem Berliner Soziologentag 1979 unter dem Stichwort der "latenten Biographie" von Arbeiterjugendlichen vorgetragen wurden. Vgl. HONNETH et al. 1979.
- 11) Die Lebensstil-Orientierungen, von denen hier die Rede ist, unterscheiden sich von den oben diskutierten Subkulturstilen dadurch, daß sie, auch im Bewußtsein der Jugendlichen, grundsätzlich nicht nur auf Jugendliche beschränkt sind. Während subkulturelle Stile gerade den Bruch und die Abgrenzung von der Erwachsenenwelt akzentuieren, soll über die Orientierung an Lebensstilen eher ein fließender Übergang vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen eingeleitet, also eine biographische Kontinuität konstruiert werden.
- 12) Man denke hier beispielsweise an die Vorliebe von Berliner Hilfsarbeitern für amerikanische Straßenkreuzer.
- 13) Hierin liegt auch die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis der vorgetragenen Argumentation zum bereits angesprochenen Konzept der "latenten Biographie" (vgl. Anm. 10). Die frühere theoretische Grundüberlegung war die, daß in den kulturellen Traditionen und Alltagsinterpretationen sozialer Klassen gewissermaßen implizite Persönlich-

keitsentwürfe vorgedacht sind, die dann, wenn sie sich in die Selbstwahrnehmung der Jugendlichen einlagern, die individuelle Ausgestaltung der Biographie gleichsam von innen heraus steuern und sinnhaft vordstrukturieren. Von diesem Denkansatz her wäre die Orientierung an einem konkreten Lebensstil vermutlich dann besonders stabil, wenn sie sich mit den Relevanzen der klassenkulturell nahegelegten "latenten Biographie" sozusagen verbünden, auf diesen auflasten würde; sie wäre umgekehrt eher labil, wenn sie als kulturelle Wahl auch psychisch gegen die immer schon mitgegebenen Deutungsangebote des eigenen Herkunftsmilieus durchgesetzt werden müßte. Dennoch wird diese letztere Konstellation besonders in der Arbeiterklasse keineswegs selten sein, kann sie sich dort doch auf eine starke kulturelle Unterströmung, auf verdeckte Dispositionen von Selbsterniedrigung und sozialer Scham stützen (vgl. SENNETT/COBB 1977), durch die vielen individuellen Versuchen, dem eigenen Herkunftsmilieu um beinahe jeden Preis zu entrinnen, ständig neue Nahrung zugeführt wird. Doch auch in diesen Fällen wird die Widerlegung, die dezidierte Verneinung der "latenten Biographie" durch den anderen Lebensstil am Ende nur dann wirklich durchgehalten werden können, wenn sie letztlich erfolgreich ist, wenn der anvisierte soziale Aufstieg gelingt und das Klassenmilieu tatsächlich auf Dauer gewechselt wird.

- 14) Auch für die von der Jugendlichkeits-Propaganda scheinbar begünstigten Jugendlichen stellt sich die Funktion dieser Altersbilder m.E. durchaus ambivalent dar. Wengleich es sicher richtig ist, daß die Lockerung der Sexualmoral den Jugendlichen heute einen weniger verkrampften Umgang mit den Problemen der Adoleszenz ermöglicht, so scheint es mir dennoch nötig zu fragen, ob ihnen nicht andererseits das öffentliche Altersbild der "problemlosen", unbeschwerten Jugendphase eine produktive Lösung der Adoleszenzkrise mitunter nachhaltig erschwert. Altersbilder sind immer auch Kontrastfolien für Selbsterfahrungen und färben sie in spezifischer Weise ein. Wie geht man damit um, wenn man in einem Alter existentiell unglücklich ist, von dem alle Welt behauptet, daß es das einzige sei, in dem man glücklich sein könne?

+ PERSPEKTIVEN FÜR DIE MEHRGENERATIONENFAMILIE IN EINER SICH WANDELNDEN
GESELLSCHAFT*)

Kees Knipscheer

Inhalt:

1. Einleitung
2. Der Soziale Kontext individuellen Lebens in einer sich wandelnden Gesellschaft
3. Vorgegebene und individuell organisierte Personen-Netzwerke
4. Die Mehrgenerationenfamilie: Vertikalisierung und Symbolisierung
5. Verbindende Kräfte in der Mehrgenerationenfamilie
6. Kräfte wider die Kontinuität der Mehrgenerationenfamilie
7. Ausblick über die Zukunft der Mehrgenerationenfamilie

1. Einleitung

Über die Mehrgenerationenfamilie im 21. Jahrhundert nachzudenken, bietet reichlich Gelegenheit, eine weite Perspektive im Hinblick auf neuere Trends einzunehmen und über Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten zu spekulieren. Diese Veränderungen werden nach der Meinung einiger die Fundamente unserer Gesellschaft bedrohen, nach der Meinung anderer werden sie jedoch neue von uns erwartete Lebensformen fördern. Diskussionen über die heutige Kernfamilie (MÜHLFELD 1985; KOOY 1985; ROSENMAYR 1986) zeigen, daß es eine Fülle von Perspektiven gibt: sie reichen von der Voraussage eines erneuten Bedeutungsgewinns der Familie bis zur Prophezeiung ihrer endgültigen Zerstörung als zentraler Orientierungspunkt im sozialen Leben. Es ist daher offensicht-

*) Übersetzt aus dem Englischen von Hans-Joachim von Kondratowitz und Silvia Sörensen

lich schwierig, ohne ideologische Voreingenommenheit über die Familie nachzudenken, denn beide erwähnten Ansätze behaupten, ihre Perspektive auf empirische Daten und historische Trends gründen zu können.

Glücklicherweise liegt die Objektivität demographischer Trends auf der Hand. Die erste Verschiebung in der demographischen Zusammensetzung westlicher Gesellschaften in Richtung eines höheren Prozentsatzes älterer Menschen fand ihren Ursprung in Veränderungen der Sterblichkeitsrate. Fortschritte in der gesundheitlichen Versorgung und Hygiene verlängerten die Lebenserwartung, und ein höherer Prozentsatz älterer Menschen bekam die Möglichkeit, sein Alter zu genießen. Eine zweite Verschiebung in der demographischen Zusammensetzung westlicher Populationen dürfte allerdings vom Heirats- und Fortpflanzungsverhalten der jüngeren Menschen herrühren. Weniger Menschen heiraten, weniger jüngere Menschen (verheiratet oder nicht) bekommen Kinder, und die Paare, die Kinder bekommen, bekommen weniger (in den Niederlanden wurde ein geringer Zuwachs in den letzten beiden Jahren beobachtet; VAN DER KAA 1985). Der Hauptunterschied zwischen der ersten und der zweiten demographischen Verschiebung liegt darin, daß die zweite Verschiebung im wesentlichen vom familialen Verhalten der Menschen herrührt. Ihr liegen direkt Entscheidungen zugrunde, die sich auf das Familienleben beziehen.

Aus der Geschichte der Soziologie kennen wir ein konstantes Interesse an der sozialen Mikrostruktur, in der Menschen leben. Im folgenden werden zwei Prinzipien identifiziert, nach denen man die soziale Mikrostruktur gliedern kann, und die in der Geschichte als auch in der gegenwärtigen Gesellschaft wirksam sind. Eines dieser Prinzipien stellt die Mehrgenerationenfamilie dar, und es steht wohl in Konkurrenz mit dem anderen Prinzip. Um die hauptsächlichsten Veränderungen in der Mehrgenerationenfamilie zu verstehen, werden wir uns zuerst mit der Vertikalisierung und symbolischen Repräsentation der modernen Familie befassen. Danach sind die bindenden und spaltenden Kräfte innerhalb der bestehenden Mehrgenerationenfamilie zu untersuchen. Schließlich werden wir einige Thesen zur Zukunft der Mehrgenerationenfamilie formulieren und Perspektiven für weitere Überlegungen aufzeigen.

2. Der Soziale Kontext individuellen Lebens in einer sich wandelnden Gesellschaft

Vor hundert Jahren schrieb F. TÖNNIES sein Buch "Gemeinschaft und Gesellschaft" (1887). Es war ein Versuch, gesellschaftliche Veränderungen von mehreren Jahrhunderten als Übergang von der "Gemeinschaft" zur "Gesellschaft" zu verstehen. Tönnies wurde wegen seiner Beobachtungen bewundert und auch oft kritisiert. In vieler Hinsicht hat sich gezeigt, daß seine Analyse zu vereinfacht war. Nichtsdestotrotz enthält seine Analyse selbst nach hundert Jahren noch eine Reihe überlegenswerter Sichtweisen. Im Grunde stellt seine Arbeit eine Analyse des Wandels sozialer Interaktionen in lokalen Gemeinschaften (Familien, Nachbarschaften, Dörfern) aufgrund struktureller und kultureller Veränderungen der westlichen Gesellschaften dar. Demnach verlor die lokale Gemeinschaft ihre Homogenität, ihre organische Gemeinsamkeit und ihre undifferenzierten Zwischenverbindungen. Objektivität, Rationalität und formale Organisation waren Merkmale der Gesellschaft. Nach Tönnies wurde die lokale Gemeinschaft von diesen "gesellschaftlichen" Orientierungen durchdrungen und verlor dadurch ihren internen Zusammenhalt. Ob Tönnies recht hatte oder nicht, möchte ich hier dahingestellt sein lassen. Entscheidend ist, daß diese grundsätzlichen Fragen in der Geschichte der Soziologie mehrfach wiederaufgenommen wurden, jeweils aus anderen Perspektiven und im Rahmen anderer Konzeptualisierungen, als auch der jeweiligen historischen Situation angepaßt.

So unterschied DURKHEIM (1893) Gesellschaften, die auf organischer - im Gegensatz zu mechanischer - Solidarität basierten, während COOLEY (1937) die Dichotomie von primären und sekundären Gruppen verwendete. Später identifizierten PARSONS/SHILS (1962) fünf "pattern variables" als Sets gegensätzlicher Verhaltensorientierungen in den traditionellen und industriellen Gesellschaften. Interaktionen in traditionellen Gesellschaften werden, so PARSONS und SHILS, von Zuschreibungen, Partikularismus, Kollektivorientierung, Diffusität und affektiver Neutralität bestimmt. In "Das Unbehagen an der Modernität" zeigen BERGER/BERGER/KELLNER (1972) eine Trennung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre auf und arbeiten die Pluralisierung der Lebenswelten der Menschen für beide Bereiche heraus. Sie verwenden den Ausdruck "Lebenswelt" als soziales Konzept. Die "Lebenswelt" ist sowohl in ihren Ursprüngen als auch in ihrer fortlaufenden Aufrechter-

haltung sozialer Natur: die sinnvolle Ordnung, die sie für das Leben der Menschen bereitstellt, wurde kollektiv aufgebaut und wird durch kollektiven Konsens in Gang gehalten" (ebenda: 59).

Mit diesen Hinweisen soll natürlich nicht impliziert werden, es habe sich seit dem 19. Jahrhundert in der Gesellschaft und/oder der Soziologie nichts verändert. Vielmehr muß man das Dauerhafte an diesem zentralen Gegenstand soziologischer Diskussionen hervorheben. Diese Beständigkeit ist auch für Gedanken zur Zukunft der Mehrgenerationenfamilie zentral. Denn gemeinsamer Fixpunkt all dieser Theorien ist ihre Konzentration auf die Organisation einer sozialen Mikrostruktur des Individuums im Umfeld der sozialen Makrostruktur der modernen Gesellschaft. Diese soziale Mikrostruktur hat sich grundlegend geändert. Historisch kann man sogar eine grobe dichotome Teilung feststellen. Ursprünglich war die soziale Mikrostruktur, in der die Menschen lebten, eine mehr oder weniger vorgegebene soziale Einheit, die auf geographischer Nähe in einer strukturell integrierten und kulturell homogenen Umgebung beruhte. In sie wurden die Menschen hineingeboren, sie lebten und starben dort. In der Situation der Moderne hat sich die soziale Mikrostruktur zu einem mehr oder weniger individuell organisierten sozialen Netzwerk entwickelt, das von den Menschen selbst aufgrund kultureller Nähe in einer pluralistischen Umwelt geknüpft wird.

3. Vorgegebene und individuell organisierte Personen-Netzwerke

Das oben zitierte Werk von BERGER, BERGER und KELLNER deutet an, daß die private Sphäre nicht gegen die Pluralisierung immun ist. "Andere oft abstoßende Welten wirken auf das Privatleben in Gestalt von Nachbarn und anderen unwillkommenen Eindringlingen ein; es ist auch möglich, daß der Einzelne, der, gleich aus welchem Grund, mit der Organisation seines Privatlebens unzufrieden ist, selbst durch andere private Kontakte nach Pluralität strebt" (BERGER/BERGER/KELLNER 1972: 61).

Offensichtlich sagen die Autoren, daß Unzufriedenheit mit bestehenden Beziehungen die Hauptmotivation für den Beginn alternativer Beziehungen darstellt. Dies kann man für viele Fälle nicht abstreiten, wie sich am Phänomen der seriellen Beziehungen in zahlreichen Bereichen menschlichen Verhaltens darlegen läßt.

Jedoch ist offensichtlich die erste Pluralisierung (= Dichotomisierung) der privaten Sphäre vor allem das Resultat zweier Prinzipien: Verwandtschaft und/oder persönliche Anziehung. Familien kann man als Personen-Netzwerke gegebener Beziehungen, d.h. als Produkte des Verwandtschaftssystems selbst und somit per definitionem als "persönlich" ansehen. Für viele Menschen werden jedoch die persönlichen Beziehungen innerhalb der Familie durch persönliche Beziehungen ergänzt oder gar ersetzt, die auf persönlicher Anziehung beruhen. Diese sind individuell organisierte Netzwerke, die manchmal auf persönliche Fürsorge, Intimität, auf gleichgeartete Aktivitäten, oder auch auf Homogenität der Einstellungen, der Persönlichkeiten, der Kulturen und/oder der Lebensstile zurückgehen.

Als Mitglied einer Familie ist man lebenslang in eine Konstellation persönlicher Beziehungen eingebunden, die an die eigene Biographie gekoppelt ist. Die Beziehungen können sich in bezug auf Qualität, Intensität und Frequenz der Kontakte ändern, für die meisten Menschen ist es jedoch schwierig, sie ganz aus ihrem Leben auszuklammern. Die persönlichen Beziehungen, die auf Anziehung beruhen, können sich ebenfalls wandeln oder sogar durch weitere Beziehungen ersetzt werden. Meistens bestehen Personennetzwerke aus multiplen persönlichen Beziehungen, d.h. persönliche Beziehungen können sich in bestimmten Bereichen des sozialen Lebens konzentrieren. Manche Menschen pflegen solche Beziehungen, um persönliche Bestätigung zu erhalten, andere aus Gründen der Freizeitorganisation, oder im Arbeitsleben und in der Nachbarschaft. Innerhalb des gesamten persönlichen Netzwerks eines Menschen können individuell organisierte Netzwerke und Verwandtschaftsnetzwerke gut miteinander integriert sein oder auch getrennt gehalten werden.

Dieses ist nicht der Ort zur detaillierten Erläuterung der Unterschiede beider Prinzipien und beider Arten von sozialen Netzwerken. Dennoch ist es wichtig, beide Prinzipien und ihren Einfluß im Auge zu behalten, um die Bedeutung der Mehrgenerationenfamilie in der zukünftigen Gesellschaft beurteilen zu können. Um die Zukunft einzuschätzen, müssen wir uns nun die hauptsächlichen Veränderungen der Mehrgenerationenfamilie im letzten Jahrhundert vor Augen führen.

4. Die Mehrgenerationenfamilie: Vertikalisierung und Symbolisierung

In diesem Kapitel wird die Mehrgenerationenfamilie als eine Familie definiert, die alle Familienmitglieder, verwiswistert oder angeheiratet, von der ältesten lebenden Generation Erwachsener an umfassen muß.

Die meisten Länder haben keine genauen Zahlen über die Anzahl der Mehrgenerationenfamilien mit mehr als zwei Generationen. In der Mehrzahl der westlichen Länder gibt es eine Reihe Drei-, Vier- und Fünfgenerationenfamilien. Zwei neuere Veränderungen der Mehrgenerationenfamilien müssen hier betont werden: (1) die strukturelle Veränderung, die auch Vertikalisierung genannt wird (KNIPSCHEER 1982) und (2) die Verschiebung in der Grundlage intergenerationaler Beziehungen, die auch als die Symbolisierung der Familienbeziehungen bezeichnet wird.

Die Vertikalisierung der Mehrgenerationenfamilie ist das Resultat zweier neuerer Veränderungen familiärer Strukturen. Erstens hat aufgrund der gesunkenen Geburtenrate im zwanzigsten Jahrhundert eine intragenerationale Verkleinerung stattgefunden. Dieser Trend zeigt sich in den meisten westlichen Industrieländern. Zum Beispiel ist die Geburtenrate in den Niederlanden von 31.6 im Jahre 1900 auf 12.5 im Jahr 1978 abgesunken und die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie hat sich von 4.1 im Jahr 1904 auf 1.7 im Jahr 1974 verringert (BRAAM et al. 1981).

Die zweite Veränderung, die zur Vertikalisierung der Familie beigetragen hat, ist die starke intergenerationale Erweiterung von Mehrgenerationenfamilien: es gibt heute mehr Generationen in den Familien. BENGTON et al. (1985) zeigten, daß z.Zt. 38 v.H. aller 65- und über 65jährigen drei Generationen in ihren Familien haben, 36 v.H. haben sogar vier Generationen. Beginnend mit der jüngsten Generation, zeigte UHLENBERG (1980), daß unter Sterblichkeitsverhältnissen des Jahres 1900 ein Viertel der Kinder zum Zeitpunkt der Geburt noch alle Großeltern hatte, während 1976 dies schon bei nahezu einem Drittel der Kinder der Fall war. Die Wahrscheinlichkeit, daß drei bis vier Großeltern noch leben, hat sich für Fünfzehnjährige von .17 auf .55 erhöht.

Diese Vertikalisierung wird verstärkt durch die abnehmende Interaktion zwischen Geschwistern im mittleren und höheren Erwachsenenalter, so daß auch

eine symbolische Vertikalisierung der Familienbindungen stattfindet. KNIPSCHER (1980) beschrieb aufgrund von Daten über die Häufigkeit von Interaktion, instrumentaler Unterstützung und sozialer Nähe, daß ältere Geschwisterpaare (65+) in den Niederlanden wenig Kontakt miteinander haben, außer wenn eines der Geschwister keine Kinder hat. Die abnehmende Intensität der Beziehungen innerhalb der Generationen hat also zu einer zunehmenden Vertikalisierung wichtiger Familienbindungen geführt (siehe CICIRELLI 1985).

Die Symbolisierung der intergenerationalen Beziehungen ist die zweite Veränderung, die zur Zeit in der Mehrgenerationenfamilie stattfindet. Die Bedeutung intergenerationaler Beziehungen basiert zunehmend auf der Qualität der Beziehungen selbst. Wie in einigen Studien demonstriert wurde (BENGTSON/TREAS 1980; CHERLIN/FÜRSTENBERG 1986; KNIPSCHER 1986), hat sich einiges in den Abhängigkeitsbeziehungen, die früher als Maß der Bedeutung einer Beziehung galten, geändert. So hat z.B. das Geld, das Eltern in die Ausbildung ihrer Kinder investieren, wesentlich mehr Einfluß auf deren spätere ökonomische Situation als die Mitgift. Auch hat sich z.B. die Abhängigkeit der Eltern von ihren Kindern seit der Entwicklung der Sozialversicherung und der Vermehrung privater Rentensysteme verringert. Daher hat das traditionelle Prinzip, nach dem man seine alternden Eltern versorgt, sehr viel an Einfluß verloren, obwohl sich in dieser Beziehung große Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen zeigen (für die USA siehe RUFFIN 1984 und CALLAHAN 1985). Mit der Abnahme des Drucks der Tradition und der ökonomischen/materiellen Sanktionen in intergenerationalen Beziehungen hat sich die Bedeutung dieser Bindungen eher auf einer symbolischen Ebene manifestiert.

In einer Gesellschaft, in der zwei Prinzipien der Bildung persönlicher Beziehungen herrschen, kann eine Art von Konkurrenz zwischen diesen Prinzipien entstehen. In den nächsten Abschnitten werden wir die stärkeren und schwächeren Elemente der jetzigen und zukünftigen Mehrgenerationenfamilie analysieren und erste Einschätzungen der Konkurrenz zwischen dem Verwandtschaftssystem und dem Prinzip der persönlichen Attraktion vornehmen.

5. Verbindende Kräfte in der Mehrgenerationenfamilie

Einer der Hauptmechanismen, die Verbindungen innerhalb der Mehrgenerationenfamilie aufrechtzuerhalten, ist der Sozialisationsprozeß. Die Mehrgenerationenfamilie stellt einen sozialen Kontext mit hoher Kontinuität während des gesamten Lebenslaufs dar. Der gesamte Komplex der Beziehungen innerhalb dieser Familie kann als langfristiger "ko-biographischer" Kontext angesehen werden, in dem die Menschen Mitautoren ihrer gegenseitigen Biographien sind. HAGESTAD (1981, 1984, 1986) zeigte auf vielfältige Weise den komplizierten Prozeß der intergenerationalen Sozialisation innerhalb der Familie. Diese Sozialisation richtet sich zwischen den Generationen sowohl aufwärts als auch abwärts; sie ist für Männer und Frauen nach unterschiedlichen Themen organisiert, und Frauen haben in ihr eine spezifischere Rolle als Männer. Die frühen Ergebnisse von ROBERTSON (1975) über die vermittelnde Rolle der mittleren, der Eltern-Generation als "Torhüter" zwischen älterer und jüngerer Generation werden von HAGESTAD bestätigt. PLATH (1980) gab einige anschauliche Beispiele aus der japanischen Gesellschaft, um zu zeigen, wie Familienverbindungen über die Generationen erhalten bleiben und kürzlich legte MUXEL-DOUAIRE (1986) eine detaillierte Analyse der Kontinuität und Diskontinuität bei drei Generationen in zwei französischen Familien vor. Sie erklärte dort die ineinander verzahnten Wirkungen der jeweiligen familiären Erbanteile sowie den Einfluß verschiedener gesellschaftlicher und individueller Reaktionen auf die Zusammensetzung der Ideologien und Symbolsysteme der Individuen.

Ein Teil des familiären Sozialisationsprozeß ist die Herstellung und Übertragung eines Familienthemas. HESS/HANDEL (1959) definieren Familienthemata als "critical issues of family interaction defined by family members and representing unresolved psychological issues within the family." Diese Themen sind einigende Konstrukte, die dazu dienen, die Familie und ihr Verhalten zu erklären. HAGESTAD verwendet dieses Konzept allerdings auf eine etwas andere Art. "Families strive to maintain a sense of communality and similarity - a set of family ways or family themes which transcend generational boundaries and endure generational turnover" (HAGESTAD 1984: 108). Dieser Punkt erinnert wieder an die Vertikalisierung und Symbolisierung der Mehrgenerationenfamilie. Was auf der senkrechten Linie von Generation zu Generation weitergegeben wird, ist nicht unbedingt der Familienbesitz oder die geachtete

Familientradition der Vergangenheit, vielmehr ist es die "mythical strength of the sense of loyalty each member feels toward others in the kindred" (REISS 1981).

Neuere Studien über Großeltern konnten auf weitere Weise die Verbundenheit der Generationen innerhalb der Familie demonstrieren. Die Interpretation der Großelternschaft ist nicht eine rein individuelle Frage, sie steht auch in Beziehung zum vergangenen und aktuellen Familienkontext. Die meisten Studien über Großelternschaft beschäftigen sich vorwiegend mit dem Verhalten von Großeltern. KIVNICK (1983) trennte jedoch das Verhalten einer Person als Großvater oder Großmutter von der Bedeutung der Großelternschaft für dieses Individuum. Sie identifizierte mehrere Dimensionen der Bedeutung der Großelternschaft, indem sie Großeltern auf eine Anzahl von Aussagen reagieren ließ. Diese Dimensionen nannten sie: (1) Wiederbeschäftigung mit der eigenen Vergangenheit, (2) Geschätzter Ältester, (3) Unsterblichkeit durch den Clan. Großeltern sehen sich selbst als Vertreter der Familiengeschichte, die geradezu die Fackel der Familie weitertragen und an die nächste Generation übergeben. TROLL (1985) betonte, das Verhalten von Großeltern sei abhängig von Kontingenzen in der Familie, aus der heraus es entsteht, z.B. vom Alter der Großeltern, von der Anwesenheit der älteren Generation, vom ehelichen und professionellen Status. Einmal unterstellt, diese Kontingenz sei wesentlich für die Realisierung einer bestimmten großelternlichen Rolle, dann verwehrt diese Situation den Großeltern nicht die besondere Position als wichtigster Repräsentant der Familie.

Die genannten Elemente sind - jedes in seiner Weise - Indikatoren für eine inhärente Tendenz innerhalb der Familie, intergenerationale Verbindungen aufrechtzuerhalten. Die Geschichte von Familien muß man also als eine kontinuierliche Bewegung der biographisch verbundenen Leben sehen, bei der manchmal einige Mitglieder am oberen Ende des Stammbaumes verlorengehen, während am unteren Ende neue dazukommen. Mehr denn je müssen jedoch die Verbindungen durch Verhandeln aufrechterhalten werden. Jede Familie ist in eine kulturell pluralistische Gesellschaft eingebettet. In diesem Kontext besteht ihre Aufgabe nicht nur darin, Verbundenheit und Kontinuität aufrechtzuerhalten, sondern auch eine neue wechselseitige Verbundenheit immer wieder heranzubilden. Mit der Aufnahme neuer Mitglieder müssen auch neue Normen, Gewohnheiten, Lebensstile und Werte ausgehandelt werden. Trotzdem werden die meisten Gene-

rationen ein bestimmtes Ausmaß an Unabhängigkeit beanspruchen ohne die Familiensolidarität gefährden zu wollen. Interaktionsmanagement ist eine der wichtigsten Ressourcen, um die Mehrgenerationenfamilie zusammenzuhalten.

In diesem Abschnitt haben wir einige Mechanismen zur Konstruktion und Aufrechterhaltung der Verbindungen in der Mehrgenerationenfamilie dargestellt. Vielleicht gefährden Vertikalisierung und Symbolisierung der Familie diese Kontinuität nicht, aber sie komplizieren sie erheblich. Das Verhandeln zwischen vier oder fünf Generationen ist sicher eine schwierige Verfahrensweise und birgt viele Möglichkeiten für Mißverständnisse und für Brüche mit der angestrebten Kontinuität. Gleichzeitig verlangt die Symbolisierung der Beziehungen ein hohes Maß an gegenseitigem Verständnis. Im nächsten Abschnitt untersuchen wir etwas systematischer die vielen gesellschaftlichen Prozesse und Kräfte, die heutzutage die Mehrgenerationenfamilie schwächen können.

6. Kräfte wider die Kontinuität der Mehrgenerationenfamilie

Das im letzten Abschnitt vermittelte Bild der Mehrgenerationenfamilie mag vielleicht den Eindruck einer idyllischen Gemeinschaft erweckt haben. Der Abschnitt konzentrierte sich vor allem auf die Sozialisationsmechanismen, die man innerhalb multigenerationaler Familiensysteme identifizieren kann, und er läßt auf häufige Interaktionsmuster zwischen den Generationen schließen, wie sie in einer Anzahl anderer Studien gefunden wurden (SHANAS 1980; KNIPSCHER 1980; HÖRL/ROSENMAJR 1982; BENGTON et al. 1984). Vernachlässigt wurde aber bisher das zweite Prinzip der Organisation persönlicher Beziehungen, das wir kurz das Prinzip persönlicher Attraktion nannten.

In einem kürzlich erschienenen Beitrag über die "Familie in den Strukturumbrüchen heute" präsentierte ROSENMAJR (1986) eine grundlegende Analyse der Geschichte der Familie, vom Mittelalter bis zur Zeit "postfamiliärer Familienstrukturen". Seine eher pessimistische Perspektive in bezug auf die Familie basiert auf einer These, die aus dem oben genannten Prinzip der persönlichen Attraktion hervorgeht.

"Die subjektive Erweiterung bei gleichzeitiger Erschwerung oder Verfehlung von Individuationsprozessen" - so lautet meine These - wirft das bewußter

werdende Subjekt auf eine Identitätssuche in und an sich selbst zurück. Identität bildet sich in der vorwegnehmenden Zusage und Bindung an einen signifikant gewählten anderen (den Partner, die Partnerin) heraus. 'Selbstverwirklichung' hingegen wird mit der Bereitschaft gesucht, 'alte Bindungen auch wieder aufzulösen', um sich selbst näherzukommen. Daher wird Ehe, die ehemals viel fragloser 'Anlaß und gesuchte Chance für die Kristallisation personaler Identität' war, zu Partnerschaft umstilisiert, worin jeder seine eigene Erfüllung finden will. Die Abfolge von Beziehungen soll eine Vollen- dungsspirale bieten. Die 'Ratio eines Lebens' werde nicht in einer, sondern prinzipiell in 'mehreren' in diesem Leben meist konsekutiv, jedoch zum Teil auch gleichzeitig realisierten Intimbeziehungen gesucht. Kann man das 'pluralistische Partnerschaft' nennen? Wie ist diese Partnerschaft von den raschen Wandlungsprozessen der Kulturdeutung abhängig?" (S. 66-67)

ROSENMAYR sieht seine historische Analyse durch viele Ergebnisse in der demographischen und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung zu Ehe und Familie bestätigt. Wir werden in Kürze diese Ergebnisse näher ausführen, weil sie die Kräfte veranschaulichen, die gegen die Kontinuität der Mehrge- nerationenfamilie wirken. Man kann zwei Arten der Veränderung innerhalb der Familie unterscheiden, welche beide eine Anzahl der Elemente enthalten, die die Kontinuität der Mehrgenerationenfamilie gefährden könnten. Zuerst werden wir uns mit den strukturellen Veränderungen beschäftigen, um uns danach den qualitativen Aspekten zuzuwenden.

Strukturelle Veränderungen

Familienstudien in Frankreich (SULLEROT 1984), Deutschland (MEYER/SCHULZE 1983) und Österreich (LUTZ 1985) haben eine starke Tendenz zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den westeuropäischen Ländern aufgezeigt. Während Partnerschaften ohne Trauschein oft als "Probe-Ehe" interpretiert wurden, zeigen einige Studien nun, daß sich viele Menschen langfristig von formellen Ehe-Beziehungen abwenden, selbst wenn man die Existenz von Kindern für sich akzeptiert (ROSENMAYR 1986). Im Zusammenhang damit kann man auch auf die steigende Anzahl außerehelicher Geburten hinweisen. Eine vor kurzem durchge- führte Studie aus den Niederlanden zeigt, daß 5 v.H. der Menschen zwischen 18 und 54 in eheähnlichen Gemeinschaften leben. Von diesen haben 70 v.H. vor, ihre Lebenssituation zu ändern, 23 v.H. planen eine gesetzliche Heirat. Die

meisten Menschen, die eine Heirat in Erwägung ziehen, nennen Kinder als ihren Hauptgrund (NCBS 1986a). Trotzdem steigt auch die Anzahl außerehelicher Geburten in den Niederlanden (NCBS 1986b).

Eine weitere dramatische Veränderung in Ehe und Familie ist die Scheidung. Wegen der steigenden Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften würde man eigentlich ein Abnehmen der Scheidungsfälle erwarten. Für die meisten westlichen Industrieländer (einschließlich USA) wird jedoch eine Zunahme der Scheidungen registriert. Früher geäußerte Theorien der Beschwichtigung, die Scheidung und Wiederverheiratung als Indikatoren der Stärke der Ehe und des hohen Anspruchs an die Ehe interpretieren (KÖNIG 1976; BERGER/BERGER 1984), scheinen hier als Erklärung zu versagen, da immer mehr Geschiedene sich entschließen, nicht wieder zu heiraten.

Neben diesem "Phänomen der Singularisierung, worunter ich die Sozialform bezeichne, die sich durch Alleinleben, durch Trennung, Scheidung und Verwitwung ergibt" (ROSENMAYR 1986: 62), ist auch ein dritter wichtiger Trend, der sich gegen das "normale" mehrgenerationale Familiensystem richtet, vorhanden. Neueren Datums, aber nicht weniger bedeutend, ist das Phänomen des Ein-Eltern-Haushalts. Ein-Eltern-Haushalte waren anfangs das Resultat von Scheidungen ohne Wiederverheiratung, heute treffen aber zunehmend mehr Frauen bewußt die Entscheidung für diese Art der Familie. In der oben genannten niederländischen Studie (NCBS 1986a) war ein Ergebnis, daß etwa 65 v.H. aller Menschen in Ein-Eltern-Familien keine Intention haben, in den nächsten sieben Jahren zu heiraten oder in eheähnlicher Gemeinschaft zu leben. Dieser spezifische Lebensstil drückt das Bedürfnis nach Nachwuchs aus, während er die Notwendigkeit stetiger Partnerschaft für die Erziehung von Kindern hintanstellt. Bei diesem Phänomen wird die Vertikalisierung der Familie zum Extrem. Die erwähnten strukturellen Veränderungen im Familiensystem können langfristig gesehen weitreichende Konsequenzen haben.

Interaktionsprobleme bei der Integration der Mehrgenerationenfamilie

Zusätzlich zu den beschriebenen strukturellen Veränderungen finden sich in der Familienforschung auch Beispiele für Interaktionsprobleme bei der Aufrechterhaltung der intergenerationalen Verbindungen innerhalb der Familie.

Eins der frühen Beispiele dafür ist die Theorie des "developmental stake" (BENGTSON/KUYPERS 1971). Diese Theorie wurde zuerst in bezug auf die Beziehung zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern entwickelt. Nach Bengtson und Kuypers haben beide Partner unterschiedliche Interessen an der Beziehung. Für die Eltern ist es am bedeutendsten, eine Beziehung zu ihren Kindern im frühen Erwachsenenalter aufrechtzuerhalten, während für die Kinder dieses Alters es sehr wichtig ist, so unabhängig wie möglich von ihren Eltern zu werden. Die zweite Position bedingt größere Macht in der Beziehung. TROLL und BENGTSON (1979) wandten diese Theorie auf die Beziehung zwischen älteren Menschen und ihren Kindern im mittleren Erwachsenenalter an. Die asymmetrische Beziehung zwischen diesen Partnern basiert auf der zentralen Bedeutung, die Kinder für ältere Menschen haben (vgl. KNIPSCHER/BEVERS 1985). Beide Anwendungen der "Developmental Stake"-Theorie zeigen, daß es einige Schwachpunkte in der intergenerationalen Kette innerhalb der Mehrgenerationenfamilie gibt.

KRUSE (1984) beschrieb die komplexe Dynamik der Mehrgenerationenfamilie in seiner Fünf-Generationen-Studie. Er stellte zwei Muster der Analyse der Beziehungen zwischen den ältesten Generationen in zwei verschiedenen Fünf-Generationen-Familien vor. In einer Familie, in der sich die Ur-Urgroßmutter in gutem gesundheitlichen Zustand befand und die die Rolle des "Kinkeeper" innehatte, schienen die Urgroßeltern ihr eigenes Altern und ihre Rolle nicht bewältigen zu können. Einige der Urgroßeltern waren durch Altersabbau stärker behindert als ihre eigene Mutter, während die Aufmerksamkeit der Familie sich hauptsächlich auf die älteste Generation richtete. Im Gegensatz dazu brauchte die Ur-Urgroßmutter in einer anderen Familie intensive Versorgung. Die Ur-Großeltern übernahmen die versorgenden Aktivitäten und wurden dadurch vom Rest der Familie getrennt. Durch diese Situation waren die Beziehungen zwischen der zweiten und der dritten Generation gefährdet. Altwerden in einer Mehrgenerationenfamilie birgt also viele Verpflichtungen gegenüber anderen Generationen, Familienergebnissen und Familiensituationen.

Die der Kontinuität der Mehrgenerationenfamilie entgegenwirkenden Kräfte, die in diesem Abschnitt beschrieben wurden, müssen in Zusammenhang mit den zwei Hauptveränderungen der Mehrgenerationenfamilie selbst - Vertikalisierung und Symbolisierung - gesehen werden. Die Schlußfolgerung aus dieser Gegenüberstellung ist kurz und klar: Wenn die senkrechten Linien der Mehr-

generationenfamilie mehrmals unterbrochen werden durch Scheidung, Ausbleiben von Nachwuchs oder dauerhafte Beziehungskonflikte aufgrund der Komplexität multipler generationaler Positionen, so ist die Kontinuität des multigenerationalen Familiensystems gefährdet. Und dies um so mehr, weil die gegenseitige Verbundenheit auf symbolischen Werten basieren und sie mit dem Prinzip der persönlichen Attraktion zur Bildung persönlicher Beziehungen konkurrieren müssen.

7. Ausblick über die Zukunft der Mehrgenerationenfamilie

Welches könnten die Schlußfolgerungen aus den beschriebenen Phänomenen und Studien sein? Zwei wichtige Punkte sollte man nennen. Einerseits zeigen die meisten Studien die Verbundenheit zwischen Generationen in vielen Familien. In den Studien finden sich eine Fülle von Belegen für häufige Kontakte zwischen Generationen, für Muster gegenseitiger Unterstützung, für Sozialisationsmuster, die zwischen den Generationen sowohl abwärts als auch aufwärts laufen. Andere Studien zeigen, daß Generationskonflikte innerhalb der Familie kleiner sind als erwartet. Allerdings bleiben auch unmißverständliche Gegentrends zu verzeichnen. Scheidungen, serielle Monogamie, Verzicht auf Nachwuchs, "Singles"-Haushalte und Ein-Eltern-Haushalte können jeweils interpretiert werden als eine Bedrohung der "normalen" Mehrgenerationenfamilie. Wenn sie gehäuft auftreten, scheint es nur noch eine Schlußfolgerung zu geben: Die Mehrgenerationenfamilie, die eine der hauptsächlichen sozialen Mikrokontexte für den Großteil der Bevölkerung darstellt, ist gefährdet.

Wie sind diese Folgerungen nun zu bewerten? Historisch gesehen muß die Mehrgenerationenfamilie, wie wir sie heute kennen, als eine kontingente Kombination aus erhöhter Lebenserwartung mit der deutlichen Präferenz gesehen werden, in jungem Alter zu heiraten. Vor der Jahrhundertwende waren Familien mit drei lebenden Generationen eher die Ausnahme. Wie z.B. UHLENBERG (1974) für die USA zeigte, waren Frauen der Kohorte von 1930 mit 50 Jahren durch mehr Stadien des normalen Lebenszyklus gegangen als Frauen der Kohorte von 1870. Mehr Frauen der Kohorte von 1930 waren verheiratet, mehr bekamen Kinder, und weniger waren mit 50 Jahren verwitwet. In der Zukunft ist daher wesentlich mehr Differenzierung innerhalb und außerhalb der Mehrgenerationenfamilie zu erwarten.

Viele Variationen der intergenerationalen Beziehungen, die im Moment noch die Ausnahme sind, werden sich in den nächsten Dekaden entwickeln, z.B. Mehrgenerationenfamilien, die Ein-Eltern-Familien und nichtehelich zusammenlebende Paare miteinbeziehen, multigenerationale Systeme nichtehelich zusammenlebender Paare, serielle Monogamie, die innerhalb größerer Verwandtschaftssysteme realisiert werden, usw. Die soziale Komplexität dieser Systeme und die soziale Kompetenz, die benötigt wird, um diese in Gang zu halten, wird aber die Anzahl solch differenzierter sozialer Mikrostrukturen begrenzen. Solange wir in einer pluralistischen Welt leben, die Individualismus und Widerstand gegen jede Art von kontrollierenden Kräften, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der privaten Sphäre, sehr stark fördert, kann man eine zunehmende De-institutionalisierung der formalen Ehe und der Familienbeziehungen erwarten. Gleichzeitig entwickeln sich Tendenzen zur Re-institutionalisierung in alternativen Lebensformen.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, einige zentrale Aussagen der Anthropologie im Gedächtnis zu behalten. Es mag sein, daß das Bedürfnis nach Nachwuchs kein universelles menschliches Charakteristikum ist. Trotz einiger gegenläufiger Anzeichen in den letzten Jahrzehnten bleiben Kinder für die meisten Menschen jedoch die "höchste Form" der "Produktivität" ihrer Beziehung. Hinzu kommt, daß die intergenerellen Linien, die durch diese "Produktivität" entstehen, in den meisten Fällen respektiert werden. Beide menschlichen Verhaltensweisen, die Bildung von Nachkommenschaft und intergenerationale Achtung, sind in verschiedenen Gesellschaften auf unterschiedliche Weise institutionalisiert worden. In der modernen westlichen Gesellschaft wurden beide in der "normalen" Mehrgenerationenfamilie institutionalisiert, und sie werden weiter erhalten in einer Vielzahl alternativer Lebensstile, die ihre eigene Art der Institutionalisierung entwickeln.

ELEMENTE SOZIALER INFANTILISIERUNG ALTER MENSCHEN

Reimer Gronemeyer

Inhalt:

1. Vorbemerkung
2. Erpressung zur Sicherheit
3. Verschulung des Alters
4. Kolonisierung des Alters
5. Das Leben als Akkumulation, der Tod als Zahltag
6. Selbsthilfe als Selbstkontrolle
7. Klammheimliche Freude der Alten?

*Audit iter, numeratque dies, spatioque viarum
Metitur vitam, torquetur peste futura.*

*(Er macht des Weges sich kundig, zählt die
Tage der Reise und mißt die Länge seines
Lebens nach dem Rest des Weges; und was
ihm erwartet, macht jetzt schon seine
Marterbank.)*

Claudius

1. Vorbemerkung

Die folgenden Anmerkungen sind als Fragen und nicht als Thesen zu verstehen. Sie sind insofern lustvoll unwissenschaftlich als sie - dem Auftrag entsprechend - spekulativ sind.

Die Anmerkungen greifen einen Aspekt heraus: die Politik- und Partizipationsfähigkeit der künftigen Alterscharen.

Indem dieser eine Aspekt unter einer Perspektive beleuchtet wird, entsteht ein durchaus einseitiges Bild: Der Text hinkt. Ich gehe davon aus, daß der Text durch andere Betrachtungsweisen Geh-Hilfen bekommt oder hin-fällig wird.

Die zentrale Frage, um die sich meine Bemerkungen ranken, lautet:

*Wie weit wird man die soziale Infantilisierung
der alten Menschen treiben können, ohne auf
Gegenwehr zu stoßen?*

Ich beginne mit einem - wie mir scheint - prophetischen Zitat:

"Ich sehe eine zahllose Masse Menschen, die einander gleich und gleichgestellt sind und sich ruhelos mit sich selbst befassen, um sich kleine Freuden des Alltags zu verschaffen, die ihre Seele erfüllen ... Über dieser Masse Menschen erhebt sich eine gigantische Gewalt, die diese Menschen bevormundet und es übernimmt, allein für die Befriedigung ihres Lustgefühls zu sorgen und über ihr Schicksal zu wachen. Diese Gewalt ist unbedingt, aufgegliedert, regelmäßig, vorsichtig und freundlich. Sie gliche wohl der väterlichen Gewalt, hätte sie, wie diese, die Vorbereitung der Menschen auf das Mannesalter zum Ziel; doch sie sucht ja im Gegenteil nichts anderes, als den Menschen in ewiger Kindheit festzuhalten. Sie überläßt den Bürger gern dem Vergnügen, vorausgesetzt, daß er an nichts anderes als an Vergnügen denkt. Sie arbeitet gern für sein Glück; doch sie will der einzige sein, der das kann und darüber entscheidet. Sie sorgt für seine Sicherheit, sieht voraus und stellt sicher, wessen er bedarf, erleichtert seine Vergnügen, führt seine Geschäfte, lenkt seine Industrie, ordnet seine Erbfolge, verteilt seinen Nachlaß; warum kann sie ihm schließlich nicht ganz die Sorge zu denken abnehmen und die Mühe zu leben?"
(TOCQUEVILLE 1955: 233 ff.).

1830 formuliert Alexis de TOCQUEVILLE diese weitsichtigen Sätze. Alte Menschen in Industriegesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland entsprechen - behaupte ich - weitgehend dieser Beschreibung und entsprechen ihr täglich mehr. Die versorgende, einlullende Gewalt ist "unbedingt, aufgegliedert, regelmäßig, vorsichtig und freundlich". Sie hält die Menschen und insbesondere die Alten in "ewiger Kindheit".

Die Elemente dieser Infantilisierung, die gehäuft bei alten Menschen auftreten, versuche ich zu benennen.

2. Erpressung zur Sicherheit

Es gibt Ehepaare, die schenken sich zum 40. Geburtstag gegenseitig den Einstand ins Augustinum. Sicher ein zugespitzter Fall der Vorsorge für das Alter. Aber er liegt im Trend. Das Alter wird zunehmend begriffen als eine universelle Versicherungsaufgabe. Im Alter kumuliert der zwanghafte Sicherheitstrieb, der uns von Absicherung zu Absicherung treibt, so daß schließlich die Fähigkeit zu leben im Packeis der Sicherheitsgesellschaft erfriert. Das Leben - und besonders das Alter - tendiert dazu, policenge-spickt eine Art defensiver Buchhaltung zu werden. "Die Sozialversicherung ist die gesellschaftliche Prothese einer toten Gesellschaft", schreibt Jean BAUDRILLARD (1982: 282). Ohne diese Prothese können wir offenbar nicht mehr leben. Der Satz fordert also nicht zur Abschaffung der Altersversorgung auf. Aber der Satz drängt die Frage auf: Was kostet uns die systematische Verbannung der Unsicherheit, des Risikos aus unserem Leben? BAUDRILLARD (ebenda) meint, die Sicherheitshysterie sei der Versuch, den Tod aus dem Leben auszusperrern ("die Sicherheit ist die industrielle Fortsetzung des Todes"). Der Tod kehre aber hinterrücks zurück und so schält sich aus der Installierung immer neuer und immer lückenloserer Systeme der Sicherheit eine "Kultur des Todes" heraus. Die Vorsorge- und Versicherungsmentalität, mit der heute das Alter angegangen wird, die Ängste bannen soll, treibt das Leben aus dem Hause.

Die ergraute Gesellschaft wird nur dann nicht in einem entpolitisierten Dämmer Schlaf verkommen, wenn sie sensibel gegen die Verbunkerungen der Sicherheitsgesellschaft bleibt. Deserteure, die den Sicherheitstrakt verlassen, könnten die Heiligen dieser Altengesellschaft werden. Das Nein ist als kleiner oder großer Akt der Verweigerung immer möglich, es wirft Sand ins Getriebe des verwalteten Alters.

3. Verschulung des Alters

Es hat noch nie eine Gesellschaft gegeben, die so pervers war, daß sie meinte, ihre Alten in die Schule schicken zu müssen. Die Lawine der Altenbildung rollt, der Diplom-Pensionär wird nicht lange auf sich warten lassen, die Altenbildungspflicht steht schon vor der Tür. Es ist dabei nicht

besonders unzünftig, daß die vielen arbeitslosen Akademiker neue Betätigungsfelder suchen und darum die Alten als ein gefundenes Fressen betrachten: Ein Arsenal von Menschen, die nicht im Berufsleben stehen. Da die Beschulung der Kinder und Jugendlichen kaum mehr auszudehnen ist, bietet sich bei den Alten ein reiches Betätigungsfeld, ein pädagogisches Brachland, das zu erzieherischen Generalangriffen lockt. Die alten Menschen sind die einzige Großgruppe, die keiner alltäglichen Ordnung unterworfen ist: Keine Schule wie die Kinder, kein Arbeitsplatz wie die Erwachsenen. Das schreit nach Zugriff: Altenbildung. Zahlreich werden die Berufsbilder sein, die künftig in Varianten die Gerontologie in die Praxisfelder tragen. In Gießen werden gerade in einem großen Projekt die Heil- und Sonderpädagogen für spezielle Aufgaben der Altenbehandlung entdeckt. Die Entschulung der Gesellschaft, mit guten Gründen für die Kindheit postuliert, mag bald auch ein Thema für die ergraute Gesellschaft sein.

Natürlich ist dies kein Plädoyer gegen Neugier oder Lernen im Alter. Im Visier ist die Entmündigung durch Expertokratie (vgl. ILLICH et al. 1979). Hat es das je gegeben, daß die Fähigkeit zu altern aus den Händen von Fachleuten empfangen werden soll? Wie die Kinder lassen sich mehr und mehr Alte ihren Lebensabend von professionellen Gero-Händlern planen, verwalten und glätten. Curriculare Versaftung des Alters als Perspektive?

4. Kolonisierung des Alters

Die Verschulung des Alters ist ein Aspekt der Kolonisierung des letzten Lebensabschnittes. Ein anderer Aspekt wird zunehmende Bedeutung bekommen: die Kodifizierung des letzten Lebensabschnittes. Lebenszyklen werden herausgearbeitet (ERIKSON), Sterbestufen entdeckt (KÜBLER-ROSS). Je differenzierter und ziseliert solche Lebensabschnitte und -stufen kodifiziert werden, desto mehr findet sich das Individuum in der Lage, sich an einer wissenschaftlich festgelegten Normalität messen zu müssen. Ist die Lebensabwicklung korrekt? Wo bleibt die Krise in der Mitte des Lebens? Warum lungere ich in einer Entwicklungsstufe herum, die ich schon längst verlassen haben müßte? Schließlich: Wieso verwirren sich bei mir die Sterbestufen? Keine Ordnung im Lebenszyklus!

Die kommenden Alten werden sich nicht mehr nur massenhaft der Kreislauf- und Gewichtskontrolle unterwerfen, sondern auch um sachgerechte Abwicklung des letzten Lebensabschnittes bemüht sein. Man kann darauf Wetten abschließen, daß sich Therapeuten zeigen werden, die darauf spezialisiert sind, die verirrtten Schäfchen, die die Begrenzungen ihrer Lebensabschnitte und -zyklen nicht finden, zurückzuführen in die Normalität. (Die Ausbildung von Sterbetherapeuten entsprechend dem KÜBLER-ROSS'schen Stufenplan läuft bereits.) Leben Sie normal? Altern Sie normal? Sterben Sie normal? Im Zweifelsfall fragen Sie Ihren Therapeuten.

5. Das Leben als Akkumulation, der Tod als Zahntag

Alt und lebenssatt zu sterben wie Abraham oder Jakob ist heute unmöglich. Ein Leben, das einen organischen (Kreis-)Lauf hat, dessen Sinn und Ziel deutlich ist, gibt es heute eher außerhalb Europas. Der Lebenslauf der biblischen Väter konnte von Katastrophen gestört sein, aber was Glück und Sinnerfüllung sein mußten, war unzweifelhaft. Max WEBER (zit. nach BAUDRILLARD 1982: 259) hat bereits darauf hingewiesen, daß der 'Fortschritt' die Möglichkeit beseitigt hat, lebenssatt zu sterben. ("Und weil der Tod sinnlos ist, ist es auch das Kulturleben als solches, welches ja eben durch seine sinnlose 'Fortschrittlichkeit' das Leben zur Sinnlosigkeit stemmelt.") Weil es nicht möglich ist, lebenssatt zu sterben, weicht die Fülle des Lebens einer panischen Akkumulation von Jahren. Lebensmüde, aber nicht lebenssatt kann man sein.

Das Leben ist wie ein Museumsstück zu hüten und insofern steril zu halten:

"Das dritte Lebensalter wird für die gesellschaftliche Verwaltung zu einer gewaltigen toten Last. Ein ganzer Teil des gesellschaftlichen Reichtums ... verpufft, ohne dem Alter einen Sinn geben zu können. So wird ein Drittel der Gesellschaft in einen Zustand der Sonderung und des ökonomischen Parasitentums versetzt. Die dem Terrain des Todes abgerungenen Gebiete sind gesellschaftlich verwüstet. (...) In dem Maße wie die Lebenden viel länger leben und über den Tod 'triumphieren', werden sie nicht länger symbolisch anerkannt. Zu einem Tode verurteilt, der ständig zurückweicht, verliert dieses Alter seinen Rang und seine Vorrechte (BAUDRILLARD 1982: 257).

Die Folge ist nicht nur der gesellschaftliche Tod der Alten, sondern zugleich ihre fundamentale Entpolitisierung. Eine Art Tauschgeschäft. Die Alten bevölkern ihre (nicht unbedingt räumlichen) Gettos, werden dort so-

weit es die Finanzen zulassen, in einem Zustand glückseliger Versorgung gehalten, um ihre Lebensjahre zu akkumulieren. Ein Stillhalteabkommen: die Gesellschaft gibt Konsum und Versorgung und nimmt dafür Mündigkeit, Selbstverantwortung, Partizipation, Sinn. Widerspruch regt sich nur, wenn das Niveau der Versorgung zu sinken droht. Ansonsten kann aber die Drohung mit dem Entzug der Versorgungsdrogen jede Altenaufsässigkeit zum Schweigen bringen.

6. Selbsthilfe als Selbstkontrolle

Je schwieriger es werden wird, die vielen Alten angesichts wachsender Versorgungsbedürfnisse zufriedenzustellen, desto deutlicher bietet sich Selbsthilfe als Ventil an. Sie kostet nichts, ist quantitativ nicht beschränkt. Selbsthilfe ist ein ideales Hilfsmittel der Verwaltung, wird deswegen auch zunehmend propagiert. Jeder Alte kann so sein eigener Spezialist, sein eigener Therapeut, sein eigener Klient werden. Somit ist das Versorgungspaket arrondiert. Auf dieser Schiene jedenfalls kann die Klientelisierung der Alten kostenlos unermeßlich gesteigert werden, dem Gedanken der Versorgungsbedürftigkeit wird breiter Raum geschaffen, ohne daß sich die Gesellschaft in weitere Unkosten stürzen müßte. Selbsthilfe könnte zum wichtigsten Instrument des Krisenmanagements werden: Wenn man sich vorstellt, daß Millionen Menschen in der Bundesrepublik über Jahrzehnte existieren, ohne noch am zentralen Sinnstifter - Leistung - teilzuhaben, ahnt man ein großes anomisches Potential, kann man sich das Aufbrechen gewaltiger psychischer und sozialer Krisen in dieser grauen Schar vorstellen. Solange es funktioniert, kann dieses Interventionsinstrument 'Selbsthilfe' die Alten bei ihrer Stillbeschäftigung mit sich selbst halten, als Instrument der Selbstdisziplinierung sozusagen.

Die Pazifizierung allerdings kann brüchig werden, weil das Instrument 'Selbsthilfe' ja auch autonom in Gebrauch genommen werden kann - als Äußerungs- und Organisationsform mündiger Bürger. Aus den vorher erwähnten Punkten aber wird wohl deutlich, daß ein solcher Aufbruch wenig wahrscheinlich ist: Es wäre wie der Ausbruch aus einer Drogenabhängigkeit.

7. Klammheimliche Freude der Alten?

"Die Situation des Überlebens ist die zentrale Situation der Macht." Die Genugtuung, daß man selbst nicht der Tote ist - so meint Elias CANETTI (1981: 27) - wird nur schwach vom Kummer überlagert, den man um den Tod eines nahen Menschen empfindet. Der Überlebende triumphiert im Verborgenen, gesteht sich meist nicht einmal selbst den Triumph ein.

Es könnte sein, daß diese Einsicht CANETTIS von der kommenden Altengeneration noch triumphal überboten wird, um den Triumph nämlich, früh genug gelebt zu haben. Wenn die jetzt Vierzigjährigen alt sein werden, dann können sie - nach allem, was wir wissen - auf eine verwüstete Welt blicken: eine baumlose europäische Steppe, vergiftete Flüsse, verpestete Luft, strahlenden Müll, der die nächsten Generationen in Atem halten wird. Ich prognostiziere eine klammheimliche Freude der Alten, die sich noch voll dem Konsumrausch hingegeben haben - auf Kosten der folgenden Generationen. Wenn die Enkel überhaupt leben werden, dann werden sie einen Müllberg, eine Erblast ihrer Väter und Großväter vorfinden, sie werden sich einschränken müssen - und sie werden womöglich voller Haß und Verachtung auf diese Alten blicken, die alles falsch gemacht haben, was sie haben falsch machen können. Diese Vierzigjährigen, die ihren Eltern das Schweigen im Faschismus vorgeworfen haben, werden sich in ähnlicher Lage finden: auf der Anklagebank. Warum habt ihr stillgeschwiegen, als die Karre immer tiefer in den Dreck geriet? Warum habt ihr es zugelassen, daß uns ein ökologisches Desaster hinterlassen wird?

Und sie werden die Alten zu Recht für unmündig erklären.

Kapitel VIII

DIE ERGRAUTE GESELLSCHAFT:
PERSPEKTIVEN AUF MORGEN

Die Ergraute Gesellschaft ist ein Phänomen, das in den Industrieländern seit den 1970er Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt. Sie stellt eine Herausforderung für die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft dar. In diesem Kapitel werden die Perspektiven auf morgen diskutiert.

Die Ergraute Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen stetig zunimmt. Dies führt zu einer Reihe von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen. Die Politik muss sich anpassen, um den Bedürfnissen der älteren Menschen gerecht zu werden. Die Wirtschaft muss sich anpassen, um die Arbeitskraft der älteren Menschen zu nutzen. Die Gesellschaft muss sich anpassen, um die Bedürfnisse der älteren Menschen zu erfüllen.

Die Ergraute Gesellschaft ist ein Phänomen, das in den Industrieländern seit den 1970er Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt. Sie stellt eine Herausforderung für die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft dar. In diesem Kapitel werden die Perspektiven auf morgen diskutiert.

Die Ergraute Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen stetig zunimmt. Dies führt zu einer Reihe von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen. Die Politik muss sich anpassen, um den Bedürfnissen der älteren Menschen gerecht zu werden. Die Wirtschaft muss sich anpassen, um die Arbeitskraft der älteren Menschen zu nutzen. Die Gesellschaft muss sich anpassen, um die Bedürfnisse der älteren Menschen zu erfüllen.

WIE GRAU IST UNSER BILD VON DER ERGRAUTEN GESELLSCHAFT?

C. Wolfgang Müller

Inhalt:

1. Diskussionszugang
2. Schwierigkeiten beim Datieren von Zukunft
3. Der Lupen-Effekt des Alterns
4. Zur Entdramatisierung der demographischen Entwicklung und ihrer Folgen
5. Von einem möglichen neuen Generationenkonflikt
6. Voraussetzungen für einen produktiven Generationen-Dialog
7. Zur Neu-Verteilung von Reproduktionsarbeit
8. Ent-Professionalisierung oder Dezentralisierung?
9. Zur Vermarktung von Alterns-Problemen

1. Diskussionszugang

Leopold ROSENMAYR und mir ist die Aufgabe zugefallen, die einzelnen Beiträge dieses Sammelbandes kritisch zu begleiten und auf Lücken, blinde Flecke und Sollbruchstellen zu prüfen. Um dieser Aufgabe auf meine Weise gerecht werden zu können, muß ich *s u b j e k t i v , s e l e k t i v* und *i n d u k t i v* vorgehen.

Der vorliegende Sammelband enthält eine Fülle von quantitativen Daten und qualitativen Einschätzungen und Bewertungen. Die quantitativen (demographischen) Daten sind meist durch die Extrapolation vorfindlicher Entwicklungstrends gewonnen worden; folgen entweder diesem Prinzip der Fortschreibung oder beschreiben Phänomene an den Rändern des Forschungsgegenstandes, die aus verschiedenen und meist plausiblen Gründen für möglicherweise typisch im Hinblick auf die weitere Entwicklung gehalten werden. Angesichts

dieser verwirrenden Gemengelage aus Daten, Beschreibungen und Setzungen muß ich mich subjektiv entscheiden, welche Entwicklungen ich für wahrscheinlich, wünschenswert oder unerwünscht halte. Dieses voluntaristisch erscheinende Vorgehen steht in gewissem Gegensatz zu meiner empirisch-sozialwissenschaftlichen Ausbildung als Erziehungswissenschaftler und Sozialpädagoge - aber in diesem Falle geht es wohl nicht anders.

Die Notwendigkeit eines selektiven Vorgehens ergibt sich allein schon aus der Fülle der in diesem Buch vorgelegten Daten über Gegenwart und Zukunft. Die getroffene Auswahl erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf eine plausible Ordnung von möglichen Prioritäten.

Induktiv nenne ich mein Vorgehen, weil ich als Erziehungswissenschaftler und Sozialpädagoge nicht über eine geschlossene "Theorie des Alterns" verfüge - sei sie individualwissenschaftlich oder gesellschaftswissenschaftliche begründet -, sondern mich im Blick auf die zur Diskussion stehenden Tatbestände auf den Sachverstand der anderen Beiträger dieses Buches verlassen und auf die von ihnen beschriebenen Entwicklungsmöglichkeiten einlassen muß.

Dabei stelle ich mit einiger Verblüffung fest, daß es so etwas wie einen gemeinsamen Nenner für Alterswissenschaftler und Sozialpädagogen gibt: Beide haben es mit Zielgruppen zu tun, die vom Kern der Gesellschaft, in der sie leben, als "defizitär" beschrieben werden.

Bei meinem subjektiven, selektiven und induktiven Vorgehen bin ich auf acht Punkte gestoßen, die ich als "merkwürdig" herausheben möchte. Meine Vorbemerkungen mögen verdeutlicht haben, daß diese acht Punkte weder Vollständigkeit, noch herausragende Bedeutsamkeit, noch systematische Stringenz beanspruchen.

2. Schwierigkeiten beim Datieren zu Zukunft

Es ist mir schwergefallen, mich auf das vorgegebene Jahr 2040 einzulassen. Einigen Autorinnen und Autoren ist das in ihren Beiträgen und in den Verhandlungen der Arbeitsgruppen offensichtlich ähnlich ergangen. Ich will

meine Schwierigkeit an einem persönlichen Beispiel erläutern: Im Jahre 2040 wird unsere Tochter Tanja 81 Jahre alt sein. Ich werde dann nicht mehr leben, meine Frau wohl auch nicht, und die möglichen Kinder von Tanja werden dann um die 60 sein. Ich verfüge also in der mir bekannten persönlichen Umgebung über keine Gewährsfrauen und Gewährsmänner, die im Jahre unserer gemeinsamen Projektion noch am Leben sein werden. Dieses Jahr ist mir einfach zu weit weg. Das Jahr 2000 wäre mir lieber gewesen, weil ich dann noch die drei Generationen, die dann interagieren werden, mit persönlichen und sinnlichen Erfahrungen verbinden könnte.

So, wie es für die Interpretation eines historischen Textes eines kontextuellen Zusammenhanges bedarf, wenn die Interpretation einigermaßen solide sein soll, so bedarf es auch bei der Interpretation möglicher, zukünftiger Szenarien eines dem Interpreten bekannten Kontextes, wenn unsere Antizipationen nicht science fiction werden sollen. Ich glaube, diese Schwierigkeiten haben wir alle gespürt. So erkläre ich mir auch den wiederholten Ruf nach "weiterer Differenzierung". Er bedeutet für mich, daß wir die Stereotypisierung, die im ersten Anlauf unseres Unternehmens notwendig war, überwinden und neue kontextuelle Zusammenhänge stiften müssen, die uns unter dem Dach des Allgemeinen einen Blick auf die Besonderheiten der Gegenstände eröffnet.

3. Der Lupen-Effekt des Alterns

Für gesellschaftswissenschaftliche Betrachtungen ist es üblich, das Lebensalter eines Menschen nicht als ein chronologisches oder humanbiologisches Datum zu nehmen, sondern es im Zusammenhang mit anderen, relevanten sozialen Rahmendaten zu interpretieren. Als ich Anfang der 60er Jahre auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Nürnberg die beiläufige These vortrat, Jugend sei für mich eine primär soziale Kategorie und keine biologische - der 19jährige Facharbeiter sei "älter" als der 27jährige Medizin-Student -, da provozierte ich noch eine ungläubige und abweisende Reaktion, obwohl dieser Satz schon damals durch die gängige Jugendforschung und die erfahrungswissenschaftlich orientierte Erziehungswissenschaft als unstrittig legitimiert worden war.

Menschen sind schließlich keine Gänseblümchen. Die Phänomenologie einer Altersgruppe folgt nicht nur den inneren Gesetzmäßigkeiten menschlicher "Entwicklung", sondern wird mindestens ebenso sehr durch vereinheitlichende und differenzierende Eingriffe ihrer Gesellschaften in ihrem Lebenslauf geprägt. Die Festlegung des Schuleintritts, der Schuldauer, der Berufsmündigkeit und die Fixierung von Invalidität, Verrentung und Pensionierung sind solche Eingriffe, ohne die die normative Beschreibung und Bewertung unserer Lebensläufe anders aussehen würde, als sie gegenwärtig aussieht. Aus der Jugendforschung kennen wir jene merkwürdigen Gefühle, die uns beschleichen, wenn wir hören, daß zehnjährige Kinder mit Maschinenpistolen ausgerüstet in den Krieg geschickt werden, oder wenn wir lesen, daß 25jährige Erwachsene mit Regelmäßigkeit als "Jugendliche" etikettiert werden, wenn sie an öffentlichen Demonstrationen teilnehmen.

Solange wir "das Alter" schlechthin als eine vereinheitlichende biologische Kategorie benutzen und "die Alten" über den gleichen Kamm scheren, so lange erschweren wir uns die sozialwissenschaftliche Erkenntnis, daß "das Alter" nicht Ausdruck einer einheitlichen, humanbiologisch zu erfassenden Entwicklung von Menschen schlechthin ist, sondern eine Altersgruppe, in der sowohl die Privilegierungen als auch die Depravierungen des gesamten individuellen und kollektiven Lebens wie in einem Brennglas zusammengefaßt werden. Aber anders als in der Jugendphase scheinen die defizitären Elemente des Lebens im Alter nicht mehr durch aktive Eingriffe in den weiteren Lebenslauf korrigierbar zu sein. In Abwandlung eines Satzes von Jürgen HABERMAS kann ich sagen: Wir altern, wie wir groß geworden sind und als Erwachsene gelebt haben, auf Selbstbestimmung bedacht, aber von den Schatten der Fremdbestimmung unseres bisherigen Lebens immer wieder eingeholt.

Dieser Lupen-Effekt des Alterns macht es so schwierig, die menschenfreundliche Forderung zu realisieren, von der defizitären Beschreibung des Alterns wegzukommen und neue Qualitäten an diese Lebensphase zu binden - das Altern also zu entstigmatisieren. Gegenüber dem komplexen Phänomen des Alterns ist es besonders schwierig, reale Depravierungs-Erscheinungen von nominalen Etikettierungs-Wirkungen zu unterscheiden. Gerade Wissenschaftler, die besonders sensibel gegenüber dem Helfer-Syndrom geworden sind, das heißt gegenüber der Neigung, hilfsbedürftige Zielgruppen für

noch hilfebedürftiger zu halten, als sie tatsächlich sind, finden sich in der Gefahr, im Zuge des Gegensteuerns gegen gesellschaftliche Zuschreibungsprozesse den realistischen Blick für die Verformungsprozesse zu verlieren, die bestimmte soziale Teilgruppen der Gesamtbevölkerung im Alter tatsächlich erleiden.

4. Zur Entdramatisierung der demographischen Entwicklung und ihrer Folgen

Zunächst bin ich vergleichsweise erleichtert über die generelle Tendenz der Beiträge zu diesem Sammelband, denen die Tendenz gemeinsam zu sein scheint, daß die erwartbare demographische Entwicklung in allen ihren möglichen Varianten im Prinzip beherrschbar und finanzierbar sei. So wünschenswert ich diese allgemeine Tendenz finde, so skeptisch bin ich gleichzeitig im Hinblick auf die Stichhaltigkeit der angenommenen Gründe für ihr Zustandekommen. Ich denke, hier stoßen wir an die Grenzen des Realitätscharakters von Prognosen, die durch Extrapolationen vorfindlicher Daten und ihrer Tendenzen in der Zeit gewonnen worden sind. Solche Extrapolationen gehen ja notwendigerweise davon aus, daß die durchgespielten Varianten der künftigen Entwicklung gewissermaßen alle auf den Schultern des bisher erreichten gesellschaftlichen Fortschritts ruhen. Wenn wir aber an die erkennbaren Tendenzen der Privatisierung denken - und zwar sowohl der Privatisierung der individuellen Altersvorsorge als auch der sie verwaltenden Institutionen -, an den tatsächlichen und heimlichen Abbau von Leistungen des Sozialstaats, an die schleichende Substituierung gesellschaftlicher Rechte durch individuelle Extra-Anstrengungen und -Leistungen, dann mag deutlich werden, daß die Zukunft nicht nur eine mehr oder weniger lineare Fortsetzung der Gegenwart sein mag, sondern daß vieles von politischen Entscheidungen abhängen wird, deren Wahrscheinlichkeit wir im Augenblick nicht einschätzen können.

Über Politik im engeren Sinne ist auf der Tagung, die diesem Sammelband zugrunde lag, vergleichsweise wenig gesprochen worden. Wenn wir aber daran denken, daß im Jahre 2040 all diejenigen 70 Jahre alt geworden sein werden, die im Jahre 1985 keinen Ausbildungsplatz und im Jahre 1988 keinen Arbeitsplatz gefunden haben, so fällt es mir schwer, mir jene zusätzlichen Anstrengungen und Leistungen vorzustellen, welche diese Generation erbracht

haben muß, um in ihrem Alter frei von materieller Sorge zu sein. So richtig ich deshalb eine generelle Entdramatisierung der wahrscheinlichen oder möglichen Entwicklung finde, so vorsichtig wäre ich, zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon so etwas wie "Entwarnung" zu geben. Künftige Entwicklungen setzen nicht einfach nur und unter allen Umständen Gegenwärtiges fort, sie können auch hinter Gegenwärtiges zurückfallen.

5. Von einem möglichen neuen Generationenkonflikt

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen hatte die Beiträger zu diesem Sammelband unter anderem nach ihrer Einschätzung der kommenden Generationen-Konflikte gefragt. Ich denke dabei nicht an jenen vorprogrammierten Generationen-Konflikt, der immer dann virulent wird, wenn eine Generation drauf und dran ist, die vorangegangene Generation abzulösen und dabei das Recht in Anspruch zu nehmen, die Welt für sich neu zu definieren und neu zu ordnen. Sondern ich denke an die Frage, ob in der vorhersehbaren Zukunft neue Variablen auftauchen könnten, die für eine Verschärfung des gesellschaftswüchsigen Generationen-Konfliktes sprechen.

Konflikte zwischen gesellschaftlichen Großgruppen verschärfen sich ja immer dann mit Wahrscheinlichkeit, wenn lebensnotwendige oder die Lebensbedeutung steigernde Ressourcen knapp werden. Zu fragen wäre also an dieser Stelle, ob mit einer Verknappung gesellschaftlicher Ressourcen, welche das Leben lebenswert machen, etwa bis zum Jahre 2000 zu rechnen sein wird, und ob die unterschiedlichen Generationen, die dann miteinander interagieren werden, von dieser unterschiedlichen Verknappung auf eine unterschiedliche Weise betroffen worden sein werden.

Ich denke, daß wir es im Jahre 2000 mit drei bis vier Generationen zu tun haben werden, die in unterschiedliche Lebensbedingungen geboren, in unterschiedlichen Lebensbedingungen erzogen und durch unterschiedliche Lebenserfahrungen geprägt worden sind. Da haben wir die "Kriegsgewinnler", die in den 40er Jahren geboren worden waren und die vom Mangel an (insbesondere männlichen) qualifizierten Arbeitskräften auf allen Sektoren profitiert haben. Wir haben die in den 50er Jahren Geborenen, die von der Expansion des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und von den verschiede-

nen Reformen der 70er Jahre profitiert haben, wir haben die Wachstums-
schwund-Geschädigten der 70er Jahre, die vor den Schwellen einer befriedi-
genden Berufsausbildung und einer perspektivenreichen Lebensarbeit
steckengeblieben sind. Und wir haben die Generation der in den frühen 80er
Jahren Geborenen, die möglicherweise wieder unter geringerem Konkurrenz-
druck ihrer Kohorte am internationalen Wirtschaftswachstum partizipieren
können, dann allerdings diese Teilnahme auch teurer werden bezahlen
müssen.

Keiner kann heute vorhersagen, ob sich diese unterschiedlichen Genera-
tionserfahrungen in unterschiedlichen Handlungs- und Verhaltensprofilen
niederschlagen werden. Aber es ist zu vermuten, daß die Kommunikation
zwischen den einzelnen Generationen aufgrund ihrer unterschiedlichen Le-
benswirklichkeit spannungsreicher sein wird, als sie es heute ist. Beson-
ders schwierig wird es dann wohl für die heute 20jährigen sein. Sie werden
von zwei Generationen eingerahmt werden, denen es besser gegangen ist als
ihnen. Und ich weiß nicht, wie Leute ihr Schicksal interpretieren, wenn
sie am Ende ihres berufstätigen Lebens feststellen müssen, daß sie zur
falschen Zeit geboren worden sind.

6. Voraussetzungen für einen produktiven Generationen-Dialog

Ein Generationen-Dialog findet ja nicht einfach dadurch statt, daß gut-
willige Menschen beschließen, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und
miteinander zu reden. Inhaltsreiche Dialoge finden meist zwischen Menschen
statt, die sich gut kennen oder die sich über eine gemeinsame dritte Sache
kennengelernt haben. Was könnte diese dritte Sache sein? Und was könnte
diese dritte Sache im Jahre 2000 sein? Ich weiß es noch nicht, und mir
helfen dabei auch keine Modellrechnungen. Aber ich kann mir denken, daß
zur Beantwortung dieser Frage die Zukunft in unserer Gegenwart liegt. Ich
denke, daß die sozialen Bewegungen der Gegenwart genügend Beispiele für
die ermutigende Hoffnung auf eine gemeinsame, intergenerativ zu bewälti-
gende dritte Sache liefern.

Die Friedensbewegung, die Selbsthilfebewegung und die neue Frauenbewegung
sind keine Jugendbewegungen in dem Sinne, daß sie nur die Angehörigen der

gleichen Generation für eine bestimmte Übergangszeit einigend zusammenfassen. Sondern sie sind - soweit ich sehen kann - intergenerative Bewegungen um bestimmte Problemlagen und mit bestimmten Vorstellungen und Anspruch ihrer gemeinschaftlichen Lösungen. Auch religiöse Bewegungen und politische Bewegungen in unserer Vergangenheit haben immer wieder Menschen unterschiedlichen Lebensalters und unterschiedlicher Welterfahrungen um eine gemeinsame dritte Sache vereint. Überall wo dies der Fall war, hat es einen Generationen-Dialog gegeben. An dieser Stelle scheint mir sogar die Überspitzung gerechtfertigt, die in der Vermutung liegt, daß Generationenkonflikte eine Art gesellschaftlicher Luxus sind, den wir uns nur in historischen Situationen leisten können, in denen die generationenübergreifenden sozialen Konflikte, aus welchen Gründen auch immer, verblasen.

Für das Ende dieses Jahrtausends sehe ich drei Variablen, welche die Wahrscheinlichkeit eines produktiven Generationen-Dialogs verstärken. Die Generationen, die dann miteinander interagieren werden, verfügen alle über eine weitaus bessere Bildung als die Generationen um das Jahr 1900 oder um das Jahr 1950. Insbesondere Frauen verfügen dann mehrheitlich über eine durchgängige und gewollte Berufstätigkeit und damit über Erfahrungen in gesellschaftlich relevanten Bereichen, die sie mit mehr Aktivität, mehr Autonomie und mehr Selbstbewußtsein ausstatten werden, als das für die Generation meiner Mütter der Fall war.

An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend wird auch die Vorstellung vom idealtypischen Ablauf von Lehr-Lern-Prozessen nicht mehr von jenen Stereotypen geprägt werden, denen wir heute noch unterliegen. Bereits die letzte Jugendstudie der DEUTSCHEN SHELL AG (1985) scheint mir zu zeigen, daß bereits zwischen den gegenwärtigen Generationen von Jugendlichen und ihren Eltern die Umkehrung traditioneller Lern-Prozesse stattgefunden hat: Die Eltern dieser Jugendlichen räumen zu einem erstaunlichen Prozentsatz ein, daß es ihre Kinder nicht nur besser haben, sondern daß sie es auch besser machen als sie selbst. Dies scheint mir einer der wünschenswerten Nebeneffekte der an und für sich windigen These vom Heraufziehen einer neuen Generation von "Post-Materialisten" zu sein. Es scheint, als wären Angehörige einer Eltern-Generation unter bestimmten Umständen in der Lage, aufgrund positiver Erfahrungen ihrer Kinder den eigenen Lebenslauf neu zu formulieren und zu interpretieren.

7. Zur Neu-Verteilung von Reproduktionsarbeit

Wenn in den verschiedenen Beiträgen zu diesem Sammelband häufig und zu Recht vom dominanten Einfluß der Arbeit auf die Lebensgeschichte und die Weiterführung von Menschen geschrieben wird, so darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß in den letzten Jahren - vor allem unter dem Einfluß von Frauenbewegung und Frauenforschung - der Blickwinkel auf "Arbeit" erweitert worden ist. Wenn wir heute von Arbeit sprechen, dann dürfen wir nicht nur an "Lohnarbeit" oder "Arbeit gegen Kontrakteinkommen" reden, sondern wir müssen auch den großen Sektor der unbezahlten "Reproduktionsarbeit" einbeziehen, der nahezu die Hälfte des gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Gesamt-Sozial-Produkts ausmacht. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen scheinen zu zeigen, daß innerhalb der jungen Generation eine Neuverteilung der Reproduktionsarbeit auf die beiden Geschlechter stattfindet, wenn auch noch nicht in einem signifikanten Umfang, der es erlauben würde, von einer Massenbewegung zu sprechen.

Aber die Umverteilung von Reproduktionsarbeit zu annähernd gleichen Lasten der beiden Geschlechter ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite wird durch die Frage beleuchtet, wie es eigentlich mit der Umverteilung von Reproduktionsarbeit auf die verschiedenen, miteinander im Zusammenhang lebenden Generationen bestellt ist. Im Augenblick sehe ich die Gefahr, daß die Generation der Großeltern in ihrer Funktion bestätigt wird, "Oma und Opa fürs Grobe" zu sein, das heißt, Wartungs- und Pflege-Aufgaben für die Kernfamilie zu übernehmen, weil deren erwachsene Mitglieder beide auf die gleiche streß-hafte Weise berufstätig sind und wenig Zeit für die Erziehung der Kinder haben. Ein solches Abschieben auf marginale Tätigkeiten, die zu Beginn dieses Jahrhunderts die Aufgaben von Diensthofen waren, ist zwar eine Notlösung für Not-Fälle, aber wenn diese Not-Lösung zu einem Appell an ehrenamtliche soziale Hilfstätigkeit emporstilisiert wird, so sehe ich darin noch nicht eine adäquate Lösung des Problems der Neuverteilung von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit auch zwischen den Generationen. Zumal sich private Erfahrungen mit der Wartung und Pflege von Kleinkindern der Enkel-Generation nicht ohne weiteres auf die gesellschaftlich verantwortliche Bearbeitung von über-individuellen sozialen Problemlagen übertragen lassen.

Wir werden die notwendige und massenhaft anfallende private und öffentliche Reproduktionsarbeit in unserer Gesellschaft konzeptionell und materiell aufwerten müssen, um der Forderung nach einer Neu-Verteilung und Gleich-Verteilung zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen mehr Nachdruck und mehr Glaubwürdigkeit verleihen zu können.

8. Ent-Professionalisierung oder Dezentralisierung?

Die Sehnsucht nach der Wiederherstellung historischer Problemlösungsmuster ist spätestens in der deutschen Romantik salonfähig geworden. Aber der "Salon" ist eine Sache, die "Wohnstube" ist eine andere. Ich glaube nicht, daß es möglich und wünschenswert wäre, die Idylle vom gemeinsamen Tanz um die Dorfblinde auf die urbanen Situationen des Jahres 1987 oder 2000 zu projizieren. Nachbarschaftliche Selbsthilfe kann man nicht herbeireden; sie hängt von ökonomischen Gegebenheiten ab, die ihrerseits historischen Gesetzen unterliegen, die nicht wieder eingeholt werden können.

Auf der anderen Seite gibt es soziale Probleme von Altersgruppen (von Kleinkindern ebenso wie von Hochbetagten), die nicht global, sondern nur kleinräumig bearbeitet werden können. Der Aktionsradius von Menschen hängt von drei Teilfaktoren ab, der Stellung im Lebenszyklus, der Zugehörigkeit zu sozialen Klassen und Bildungsschichten, der Erreichbarkeit einer leicht zugänglichen kommunalen Infrastruktur. Während beispielsweise die Attraktivität kultureller Dienstleistungen mit ihrer Einbindung in urbane Ballungsräume zunimmt (man denke nur an die Sog-Wirkung internationaler Groß-Städte), hängt die Zugänglichkeit sozialer Dienstleistungen vor allem für weniger mobile Angehörige der älteren Generation von ihrer regionalen und kommunalen Streuung ab. Aber Regionalisierung darf nicht gleichbedeutend mit abnehmender Qualität der Dienstleistung und Minderkompetenz der Dienstleistenden werden. Auch die Freiwillige Feuerwehr einer Kleinstadt muß ihre Brände genauso zuverlässig und kompetent löschen, wie die Berufsfeuerwehr aus der entfernten Kreisstadt. Sie hat den Leistungsvorteil, daß sie unter Umständen schneller zur Stelle ist.

9. Zur Vermarktung von Alterns-Problemen

Einigen Beiträgen dieses Buches habe ich die Vermutung entnommen, daß die Situation der Jahre und Jahrzehnte, die auf das Jahr 2000 folgen werden, zu einer Hochkonjunktur von Einrichtungen und Dienstleistungen führen könnte, die sich der Gesundheitsreparatur betagter und hochbetagter Senioren widmen. Ich werde dabei zunächst einmal und sehr assoziativ an die Hochkultur von Einrichtungen des weiterführenden Bildungswesens in den beginnenden 70er Jahren erinnert. Aber damals stützte sich diese Hochkonjunktur auf staatliche und kommunale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Fachhochschulen und Hochschulen, die das im neuen Glanz erstrahlende gesellschaftliche Gut "Bildung" mit dem Anspruch größtmöglicher Gleichbehandlung an alle interessierten sozialen Gruppen zu verteilen trachteten. Die zu erwartende Hochkonjunktur von Einrichtungen und Maßnahmen zur Gesundheitsreparatur, zum Gliederersatz und zum Organtausch scheint vom Anspruch auf Gleichverteilung und soziale Gerechtigkeit unbelastet zu sein. Staatliche Steuerungsinstrumente zur Zählung des Expansionsdranges und der Kostenvervielfachung und zur Einführung von Qualitätskriterien und Überwachungssystemen sind im Vergleich zum Bildungswesen unterentwickelt, wenn ich auch nicht verkenne, daß etwa im Hinblick auf den Standard der Versorgung und Pflege in Altenheimen erste Schritte zur Verrechtlichung gemacht worden sind. Aber wie wird sich dieser "body + mind market" entwickeln, wenn die kommerzielle Sorge für die Betagten und Hochbetagten wegen standardisierter staatlicher Auflagen keine Rendite mehr verspricht?

Es gehört zur Definitionsmacht von Experten in unserem hochentwickelten System der Daseins- und Alters-Vorsorge und -Fürsorge, daß die Erstattungsfähigkeit von Dienstleistungen, die der Wiederherstellung menschlicher Gesundheit dienen, im Regelfall durch freischaffende, niedergelassene Ärzte attestiert und damit legitimiert wird. Die Effektivität dieses Systems von berufsständischer Definitionsmacht und staatlicher Supervision scheint sich bewährt zu haben - die diesem System eingeborene Vernunft wird in letzter Zeit zunehmend bestritten. Eine Ausdehnung der Definitionsmacht von Ärzten auf Probleme, die mit dem Prozeß des Alterns zusammenhängen und die deshalb nicht allein struktur-funktionalistisch sondern auch nach gesellschaftlichen und sozialen Kriterien bearbeitet und entschieden werden müssen, erscheint mehr denn je als problematisch. Gerade wenn wir dem Prozeß des Alterns wie-

der neue und positive Qualitäten zuschreiben wollen, die im Prozeß des Verfügbarmachens von Menschen für den Produktionsprozeß verlorengegangen oder in Vergessenheit geraten sind, wir die Definitionsmacht über die Einschätzung solcher Prozesse und ihrer Abgrenzung gegenüber pathologischen Erscheinungsformen menschlicher Entwicklung neu überdacht, neu definiert und im Notfall auch neuen Personengruppen zugeordnet werden müssen. Aber dies erfordert neue Gedanken, neue Verfahren, neue Lösungswege und neue Zuordnungen von Funktionen und Entscheidungen.

Die gegenwärtige gesamtgesellschaftliche Lage zeichnet sich nicht durch eine gesteigerte Offenheit für neue und möglicherweise kreative Lösungen aus. Diese Aussage ist nicht parteiisch, sie trifft alle Parteien und Parteien. Prognosen für das Jahr 2000 oder - wenn es sein muß - auch das Jahr 2040 sind noch offen. Optionen können formuliert werden. Eine Tor-schlußpanik wäre nach unseren gegenwärtigen Kenntnissen überzogen. Vorsichtiger Optimismus scheint berechtigt. Vor allem unter der Prämisse, daß unsere Zukunft nicht Schicksal ist, sondern selbstgestaltete Vorwegnahme menschlicher Möglichkeiten.

ALTSEIN IM 21. JAHRHUNDERT
(EIN VERSUCH, ÜBER ZUKUNFT ZU SPEKULIEREN)

Leopold Rosenmayr

Inhalt:

1. Prognosen als begleitende Elemente gesellschaftlicher Existenzsorge
2. Stichworte zu einer allgemeinen Futurologie
3. Vitalitätserhöhung bringt nicht im gleichen Maß Steigerung politischer Durchsetzungskraft
4. Erweiterung individueller Handlungsspielräume der Jungalten
5. Die Altenposition verändert sich durch die Reflexion der Alten und ihre Fähigkeit, Inhalte dieser Reflexion zu vermitteln
6. Die Individualisierung erfaßt die Lebensgeschichte, bedingt auch die "Auswahl der Vergangenheit"
7. In Zukunft: Mehr Gegenwartsbewußtsein in der Selbstfindung?
8. Selektivität nimmt zu - kann sie sich mit der Existenz verbinden?
9. Singularisierung - Phänomen einer kulturellen Durchgangsphase oder unausweichliche Lebensform für die älteren Generationen der Zukunft?
10. Modellwechsel vom "homo rationalis" zum "homo mortalis" (Die älteren Generationen als Pioniere der Entwicklung?)
11. Künftige Altengenerationen jenseits gesellschaftlicher Nützlichkeit?
12. Die evolutionäre Perspektive

"Wenn einer prophezeit, die künftige Generation werde sich mit diesen Problemen befassen und sie lösen, so ist das meist nur eine Art Wunschtraum, in welchem er sich für das entschuldigt, was er hätte leisten sollen, und nicht geleistet hat. Der Vater möchte, daß der Sohn das erreicht, was er nicht erreicht hat, damit die Aufgabe, die er ungelöst ließ, doch eine Lösung fände. Aber der Sohn kriegt eine neue Aufgabe. Ich meine: der Wunsch, die Aufgabe möge nicht unfertig bleiben, hüllt sich in die Voraussicht, sie werde von der nächsten Generation weitergeführt werden."

Ludwig Wittgenstein (1934)

1. Prognosen als begleitende Elemente gesellschaftlicher Existenzsorge

Wahrsager, Ekstatiker und Propheten haben schon früh in der Geschichte der Menschheit Stammesführern und Königen die Zukunft vorausgesagt. Die Apokalypsen, Eschatologien und Prophetien über den Untergang von Reichen und den Neubeginn anderer sind düstere aber auch hoffnungsreiche Elemente religiöser und politischer Deutungen früher Hochkulturen geworden. Besonders im Judentum des ersten vorchristlichen Jahrtausends gab es viele Prophezeiungen mit sozialem Engagement für die kommenden Generationen.

Ängste über das Weltende haben im europäischen Mittelalter die ohnehin schon belastete Zukunft der Menschen überschattet und sich mit sozialen Bewegungen verbunden. Dabei gab es, wenn auch grauenvolle und von Vorstellungen des Totentanzes begleitete, Prognosen.

Zögernd setzen mit dem Abt Joachim von Fiori im 12. Jahrhundert die erwartungsfreudigen Zukunftsentwürfe als spirituell soziale Fortschrittsmodelle ein (ROSENMAYR 1961), ausgearbeitet werden sie allerdings erst seit der Renaissance von Tommaso Campanella bis zu Francis Bacon und Thomas Morus als die großen Utopien der Neuzeit.

In der europäischen Geschichte verbanden sich Untergangsängste und Auferstehungshoffnungen stark mit politischen Programmen gesellschaftlicher Erlösung und radikaler Verbesserung. Jean Jacques Rousseau und Karl Marx waren die Meisterdenker dieser Erlösungsutopien und -strategien.

Heute sind in Ost und West starke Zweifel gerade an solchen Mischungen aufgekommen. Aber die Ängste vor verschiedenen Formen der Selbstzerstörung der Menschheit durch irreparable Schäden der Natur und durch Hochrüstung haben mehr denn je Konjunktur. Der Wunsch nach Voraussicht und Voraussage ist vielleicht schwächer geworden. "Savoir pour prévoir", Wissen um vorauszusehen, war ein Schlagwort der französischen Aufklärung. So glatt glaubt das niemand mehr.

Die Soziologie als Aufklärungsgehilfin aus der Wissenschaft war eng mit dem Voraussagewunsch verbunden. Wir wollen auch heute vorausschauen, weil es unsere Phantasie verlockt, uns Künftiges vorzustellen, aber, wie eh und je auch, weil wir insgeheim hoffen, das Unvorhersehbare, indem wir es doch entschlüsseln, zu beeinflussen. Allerdings sehen wir deutlicher, daß die Risiken umfassend und unkalkulierbarer werden (BECK 1986).

Der Wunsch, sich die Veränderungen im Lebensablauf - auf die Zukunft projiziert - vorzustellen, hat in jüngster Zeit auch als ein Prognosebereich eigener Art Platz gewonnen und in einer Reihe von Titeln und Veranstaltungen Ausdruck gefunden. Von der "Zukunft des Alters" (SPD-PARTEIVORSTAND 1985) war die Rede, die "neuen Alten" werden beschrieben (SCHULZ 1985) und es wird gefragt: "Wie wollen wir morgen älter werden?" (AKTION GEMEINSINN 1987). Ob diese Fragen gut oder schlecht beantwortet werden, mir scheinen sie alle ein starkes Veränderungsbewußtsein in der Gegenwart auszudrücken. Antworten werden auf die Frage gesucht, wie sich "das Altenleben in Zukunft ändern" wird. Damit ist nichts Geringeres gefragt, als wie sich das Leben überhaupt gestalten und welche Ausformung es im Alter erhalten wird.

2. Stichworte zu einer allgemeinen Futurologie

Wissenschaft und Technologieentwicklung werden zu einer Erhöhung der Produktivkraft und gleichzeitig zu einer Verringerung der Bedeutung der Arbeit im Leben des Menschen führen. Auch die Struktur der Arbeit und der für sie notwendigen Voraussetzungen wandeln sich insofern, als gewisse Kodierungen, Standardisierungen und damit Registration und Bureaucratie zunehmen. Kompetenz und Verantwortung des Einzelnen wird bei allen nur einigermaßen qualifizierten Berufen weiterhin steigen.

Aus der Erhöhung der Produktivkraft bei gleichzeitiger Verringerung der Bedeutung der Arbeit leite ich dreierlei ab:

1. Die psychischen Komponenten der Selbstdeutung und der Anerkennung in der Arbeit nehmen zu. Diese Tendenz zur Aufwertung des Individuums und des Anspruchs des Einzelnen, anerkannt zu werden, verlagert sich auch auf die außerberufliche und nachberufliche Zeit. Freizeit erlaubt mannigfache Formen des Selbstbezugs und der Selbstdeutung. Die so sich herausbildende Individualisierung ist irreversibel.

Mit ihr werden aber auch die Schmerzen, Verletzungen und Zerstörungen zunehmen, die in sozialen Netzwerken und in den Restbeständen traditioneller Institutionen durch Individualisierung entstehen.

2. Der Druck gesellschaftlicher Dauerreform nimmt zu. Sie erfolgt einerseits von oben, um die Massen und die Lobbies zu befriedigen. Andererseits wird Reform aber durch verschiedene, zur Zeit noch gar nicht bestimm- bare Basisgruppen, durch gesellschaftliche "Sekten" und Lokalinitiativen vorangedrängt, was zu unübersehbaren ideologischen und politischen Koalitionen führt.

3. Machbarkeit wird grundsätzlich weiter in Frage gestellt, aber gleichzeitig zunehmend als "Reparatur" und Katastrophenkontrolle neu gefragt sein. Ebenso wird der Stellenwert von Experten, zwar Zielbereich heftigster Kritik und zunehmend Konfliktfeld, nicht geringer werden.

Neue Amalgame von Expertise und Selbsterfahrung bzw. Selbstbestimmung bestehen bevor. Bewußtsein wird weiter erhöht und geschärft, gleichzeitig allerdings auch durch Meinungspluralismus und Überinformation überlastet. Einsicht in sich selbst kann sich zur weiteren Steigerung der Individualisierung vertiefen. Auch die "Macht der Medien" wird, da Information als Herrschaftsinstrument an Bedeutung gewinnt, sowohl technologisch als auch in der psychologischen Rezeption "individualisiert". Information könnte so zunehmend nach individuellen Wahlprozessen wirksam werden.

3. Vitalitätserhöhung bringt nicht im gleichen Maß Steigerung politischer Durchsetzungskraft

Für Aussagen über die "Zukunft des Alters" oder die "Alten der Zukunft" erscheint die Vorklärung wichtig, welche Alten, d.h. welche Altersgruppen und welche Zukunft gemeint sein können. Ich möchte für die konkreten Fragen der Vorausschau eine Zukunft ansprechen, die dann entfaltet sein wird, wenn die heute 15- bis 30jährigen zwischen 60 und 75 Jahre zählen werden. Ich nehme also vorerst inhaltlich relativ willkürlich die von der demographischen Vorausberechnung mehrfach angesprochene Bezugsachse des Jahres 2030 in den Blick.

Auf die Frage, welche Altersgruppen gemeint sind, möchte ich vorerst von der heute üblichen schematischen und nicht unproblematischen Unterscheidung in Ältere (60 - 75 Jahre), Alte (75- bis 90jährige) und Hochbetagte (90jährige und darüber) ausgehen. Allerdings drängt sich sogleich die Vermutung auf, daß wir es von verschiedenen Blickwinkeln aus mit einer Verlängerung des mittleren Alters zu tun haben. Es könnte sich in den kommenden Jahrzehnten als sinnvoll erweisen, den Begriff der "Älteren" vielleicht um ein Jahrfüntf später anzusetzen, um so den für die Zeit in 40 - 50 Jahren zu erwartenden Verschiebungen bereits jetzt Rechnung zu tragen.

So notwendig solche chronologischen Begrenzungen von Lebensalters-Kategorien als Vergleichs- und Meßkategorien für verschiedene renten- und gesundheitspolitische Fragen auch sein mögen und sein werden, der vielschichtigen Wirklichkeit individuellen und sozialen Alterns werden sie weder heute noch morgen gerecht werden können.

Was wird die Lebenswirklichkeit der verschiedenen höheren Altersgruppen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts sein? In dem Maße, in dem die allgemeine soziale und ökonomische Zugänglichkeit der Medizin, einschließlich Prophylaxe und Rehabilitation zunimmt, verstärkt sich die "Kompression der Morbidität" (FRIES 1983), verschiebt sich das Kranksein auf das Lebensende. Je mehr, d.h. je sozial breiter Medizin effektiv wird, desto mehr werden die schwer und schwerst behindernden Krankheiten im vierten Alter gegen das Lebensende gedrängt. Multimorbidität würde dadurch ein "terminaler Zustand".

Symptomschwache Alterseinschränkungen, so läßt sich erwarten, werden zum Hauptcharakteristikum des dritten Alters, bis wenige Jahre vor dem Tode.

Ändern sich Gesundheitszustand und "Vitalität" der Älteren und Alten, so nehmen - wenn auch nicht in gleichem Maße! - deren Aktivität und Kompetenz, und wieder nicht proportional, deren gesellschaftliche Einflußkraft zu. Ich vermute, daß wir es mit einer in den genannten Bereichen gestuften Zunahme von Aktivität und Lebenskraft und mit weitere Verbesserungen im späten Leben zu tun haben. Allerdings: wir dürfen nicht von der Gleichsetzung gesundheitlicher Verbesserung, Kompetenzerhöhung einerseits und politischer Einflußkraft andererseits ausgehen.

Noch mehr wäre es verfehlt, die demographisch vorausgeschätzte Neuverteilung der Altersgruppen an der Gesamtpopulation im Mitteleuropa des Jahres 2030 zum Ausgangspunkt soziologischer Prognosen zu nehmen. Der demographisch zu messende Prozeß, der in 40 - 50 Jahren fast eine Verdoppelung des Anteils der über 60jährigen an der Gesamtgesellschaft (von 20 auf etwa 40 v.H.) erbringen wird, ist ja keineswegs nur durch die Erhöhung der Lebenserwartung der Erwachsenen zu erklären. Er beruht noch mehr auf dem Rückgang bzw. Tiefstand der biologischen Selbstreproduktion. Weniger Kinder und Jugendliche bedeuten eine Umverteilung der Gewichte in der Lebensordnung, in der anteilmäßigen Besetzung der Lebensphasen in der Gesellschaft.

Die erwartbare demographische Veränderung, so übersichtlich und einprägsam sie ist, erlaubt als solche noch keine soziologischen Prognosen. Trugschlüsse entstehen aus der - in den Grenzen ihrer Verlässlichkeit - so hohen Augenfälligkeit und quantitativen Dramatik der Demographie. Es darf aus dieser Sichtbarkeit jedoch nicht gefolgert werden, daß, je mehr der Anteil der Älteren und Alten an der Bevölkerung zunimmt, desto mehr auch ihre gesellschaftliche Macht wachse.

Die "neuen Alten" werden - wenn auch immer noch nach sozialökonomischen Verhältnissen verschieden - physisch viel gesünder sein. Bis ins späteste Leben hinein werden sie potentiell aktiv und der eigenen Daseinsbewältigung im hohen Maße - noch höher als heute - fähig sein. Vor allem für die Wohlhabenden unter ihnen wird dies zutreffen.

Unvorhersehbar sind freilich Schädigungen durch Strahlenkatastrophen und neue Zivilisationskrankheiten wie AIDS. Auch die Spätfolgen von Umweltvergiftungen sind nicht abschätzbar.

4. Erweiterung individueller Handlungsspielräume der Jungalten

Für die Jungalten (NEUGARTEN/NEUGARTEN 1986) verbessern sich weiter die gesundheitlichen Bedingungen. Dies geschieht teils durch mehr Lebens-Bewußtsein, durch höhere Vorsorge und positive Einstellung zum Körper. So führt auch deren Selbsteinschätzung zu einer Erweiterung ihres Lebenskreises und ihrer Aktivitäten. Wie weit sich Ängste und Unsicherheiten psychosomatisch schädigend auswirken werden, ist praktisch unvoraussagbar. Streß wird weiterhin krankmachend wirken. Auch hier gilt: auf der einen Seite medizinischer Fortschritt, auf der anderen neue Belastungen. Ob die Überernährung reduziert werden wird? Ob neue Generationen neue Ernährungsweisen massenhaft akzeptieren werden?

Für das zentrale Phänomen des Alterns in 50 Jahren halte ich die Verlängerung der Lebens-Phase und die Verbesserung der Grundbefindlichkeiten der Jungalten bzw. der Längererstreckung eines mittleren Erwachsenen-Alters und insgesamt die Erweiterung der individuellen Handlungsspielräume im späteren Leben.

Die entscheidende gesellschaftlich-kulturelle Veränderung im "Altersleben" wird nach meiner Auffassung in der Steigerung der kleinen Freiheitsräume der Subjekte liegen. Was immer an gesellschaftlicher Modellbildung durch die Älteren oder als deren Beitrag zur Kultur sich wird herausbilden können, es wird über den Ausbau der kleinen Freiheitswelten handlungsfähiger Individuen sich durchsetzen. Es wird viel weniger als Effekt von Kollektiven oder Organisationen der Älteren und Alten sich ergeben. Die Organisationen werden die "Entdeckung" der einzelnen vielleicht als gesellschaftliche Muster vermitteln können.

Trotz vieler Gefährdungen, welche die Individualisierung mit sich bringen wird, könnte das Einverständnis mit sich selber zunehmen. Dieses Einverständnis mit sich selber wird die gesellschaftliche Akzeptanz der Älteren verbessern, d.h. sie integrieren sich gesellschaftlich bzw. verändern die Umwelt in dem Maße, in dem diese Selbstbejahung erfolgt. So steigen auch gewisse Aspekte ihrer Durchsetzungsfähigkeit in der Kultur, nicht notwendig ebenso auch in der Politik.

5. Die Altenposition verändert sich durch die Reflexion der Alten und ihre Fähigkeit, Inhalte dieser Reflexion zu vermitteln

Eine zweite wichtige Änderung - über die Jahrzehnte hinweg - sehe ich in der schrittweisen Zunahme der Aufwertung eines gegenüber Information und Wissenschaft komplexeren, analogen Wissens (WATZLAWICK/BEAVIN/JACKSON 1974). Um die mitreflektierte Begrenztheit und Unsicherheit anzudeuten, können wir mit Thomas Mann von einem "lächelnden" oder mit Eugenio Montale mit einem "amaro-dolce"-Wissen sprechen.

Den Begriff der "Weisheit" möchte ich nicht verwenden, da er eine entschiedene Überlegenheit und Abgesondertheit zu implizieren scheint und deswegen auch leicht als unrealisierbare Abgeklärtheit abgewertet werden kann. Wer kann, wenn er voller Mensch ist, auch "weise" sein? Ich würde daher lieber von einer "Lebenswahrheit" sprechen, die auf Aufrichtigkeit, Komplexitäts-Verarbeitung, Dialogbereitschaft usw. beruht.

"Die Weisheit ist grau'. Das Leben aber und die Religion sind farbenreich" (WITTGENSTEIN 1977: 62).

Die Lebenswahrheit dieser Art wäre ein wichtiges Element des Alterswissens der Zukunft. Darunter verstehe ich verantwortete Originalität unter Erhöhung der Mittelbarkeit. Die "späte Freiheit" der älteren und alten Menschen erlaubt in Denkwegen und Ausdrucksformen das Durchbrechen gesellschaftlicher Zwänge. Alterswissen würde auch das "Wissen um die Gliederung des Wissens" sowie Informationsaskese einschließen, nämlich zu wissen, was man nicht wissen will und nicht zu wissen braucht.

Das Alter vermag zu begünstigen und wird es in den kommenden Jahrzehnten vermehrt tun:

- Vertieftes Urteilsvermögen, das Widersprüche zu verbinden vermag. (Paradoxie-Kapazität)
- Die Fähigkeit, Unsicherheiten sowohl in der Wahrnehmung als auch im Urteil, wenn nicht zu überwinden so doch zu ertragen. (Insekuritäts-Toleranz)
- Das Vermögen, Irrtümer einzusehen und frühere Urteile zurückzunehmen. (Retraktations-Fähigkeit)
- Die Fähigkeit, eigene Lebenserfahrung in allgemeine, z.B. wissenschaftlich oder philosophisch aufgezeigte Zusammenhänge einfließen zu lassen. (Kraft zur Existentialisierung)

- Der Brückenschlag zwischen Wissensgebieten durch Selbsterfahrung kann auch Mut zum Lebens- bzw. Selbstexperiment einschließen.

Sofern es den älteren, sprachfähigen Generationen gelingen wird, verschiedene Elemente ihrer Lebenserfahrung in der Redeweise ihrer Nachfolger (und nicht in abgeschiedener, überlegener "Weisheit") zu artikulieren, wird ihre, der Älteren Selbstdeutung, kommunikabel werden. Sie gewinnen an Mitteilungsfähigkeit. Dem steht allerdings entgegen - oder ist zumindest zusätzlich zu berücksichtigen -, daß manche soziologisch orientierte Gerontologen einen um die Knappheit ökonomischer Ressourcen des Wohlfahrtsstaates verschärft einsetzenden Generationenkonflikt annehmen. Ich vermute, daß, da der Teilnahmebereich an den jeweiligen zeitgeschichtlichen Problemen, die Generationen übergreifend, zunimmt, die Kommunikation zwischen den Generationen offener werden wird.

Die Wellen sozialen und kulturellen Wandels erzwingen Revisionen der generationell in der Jugend erlernten Werte und Verhaltensweisen. Karl Mannheim konnte vor über einem halben Jahrhundert die Generationen noch als eine in der Jugendphase durch frühe Wertbereitschaft und Wertübernahme konstituierte geistige Gestalt ansehen, die das Leben hindurch erhalten bleibt (MANNHEIM 1928). Doch ist die lebenslange generationelle Wertkonsistenz künftighin viel weniger wahrscheinlich. Ich sehe in dieser Ent-Profilierung von Generationen gewisse Verluste, aber auch die Begünstigung eines Verstehens, das die Generationen übergreift. Je mehr die Selbstdeutung älter werdender Generationen zunimmt, und sich dadurch auch eine gewisse innere Beweglichkeit im Verhalten zu sich selber herausentwickelt, desto höher setze ich die Chancen intergenerationellen Dialogs an, auch bei Verschärfung politisch-ökonomischer Konflikte. Es handelt sich vermutlich um zwei verschiedene Ebenen der Auseinandersetzung bzw. der Annäherung zwischen den Generationen.

6. Die Individualisierung erfaßt die Lebensgeschichte, bedingt auch die "Auswahl der Vergangenheit"

Können wir das Ende der "Normalbiographie" prognostizieren? Wird die sogenannte "Entinstitutionalisierung von Lebensphasen" (KOHLI 1986) voranschreiten? Seit den 50er Jahren bis in die 70er Jahre konnte man soziale Regelmäßigkeit durch Eintritt in den Beruf, Heirat, Verselbständigung der jungen Generation in der Familie durch neue Haushaltsbildung, Geburt des ersten Kindes, Ablösung der herangewachsenen Kinder, nacheinanderliche Phase des alten Paares usw., beobachten. Ein wissenschaftliches Themenfeld, fast ein Gewerbe der Lebensphasenkonstruktoren, entwickelte sich (ROSENMAYR 1979).

Das Hippie- und Aussteigertum, die fiktive oder reale Midlife-Crisis verursachten die ersten Einbrüche. Es folgte der Schock der Zunahme der Arbeitslosigkeit, die in den Lebenslauf zusätzliche Unregelmäßigkeit brachte. Hinzu kam das Zusammenleben ohne Trauschein, der Rückgang der noch in den 60er Jahren höheren Geburtenhäufigkeiten, die Zunahme der Scheidungsrate usw. (ROSENMAYR 1986).

Auch durch die massenhaft einsetzende Frühpensionierung kamen die sozialen Altersgrenzen um ihre eingelebten Bedeutungen (ROSENMAYR/KOLLAND 1988). Die Gesellschaft verlor und verliert weiter viele verlässliche Rhythmen. Die Unsicherheit begann sich in den Biographien auszudrücken. Neue Sicherheiten und Stabilitäten zeichnen sich nicht ab, wohl aber Suchprozesse nach Überwindung von Selbstzerstörung (SCHELLENBAUM 1987).

Doch wird sich nicht nur die Individualisierung der Lebensläufe verstärken. Es dürfte sich auch die "Perspektive der Biographie" gegenüber dem eigenen Leben abschwächen. Wir erleben ja schon auf dem Büchermarkt die Inflation der Biographien, vor allem der autobiographischen Schriften. Bis jetzt ist ja niemals sichergestellt worden, ob es überhaupt ein Biographie-Bewußtsein auf großer sozialer Breite gibt. Mag sein, daß Biographie ein intellektuelles Artefakt von Historikern, Philosophen und Romanciers ist, welches als Interpretationsmuster über die Einzelleben gestülpt wird. Eine gewisse Übersättigung mit der Routine-Umfrage-Forschung trat ein, weil stark quantifizierte sozialwissenschaftliche Information gleichzeitig industriell und inflationär wurde (TENBRUCK 1984). So nahm auch eine Pseudo-Literarisierung und die Selbsttäuschung wechselseitiger beruflicher Vorspiegelung von "Wirklichkeit" durch das Anliefern von Biographie-Teilen

oder -Fetzen in Tiefeninterviews zu. Das massenhafte Überschütten der professionellen Publikationsfelder mit sogenannten "qualitativen" Rohstoffen und das Vermarkten dieser Produkte als bessere Alternative zu den Tabellen der Umfrageforschung, führte zu einem Zustand gewerblicher Produktion von "Authentizität", an den sich die "Fachwelt" allzu leicht selbstbetrügerisch gewöhnt.

Die Illusion, daß durch Biographisches, auf Tonband aufgenommen, und in Fachartikel transkribiert, Geschichte wirklich hervorgebracht werden könnte, hat eher zu Vorspiegelungen quasi-literarischer Art geführt. Wenn auch überspitzt formuliert und dialektisch-lösungslos, hat es längst ein Kritiker ausgedrückt:

"Über einen Menschen schreiben bedeutet: das Tatsächliche seines Lebens zu vernichten um der Tatsächlichkeit einer Sprache willen. (...)
Was übrig bleibt vom lebendigen Menschen? Was wird von ihm sichtbar im Triebwerk der Sätze?" (MECKEL 1980: 80)

7. In Zukunft: Mehr Gegenwartsbewußtsein in der Selbstfindung?

Neuere Forschungen von Chaim Hazan zeigen, daß das Gegenwartsbewußtsein - selbst bei alten Menschen - biographisierende Komponenten im Prozeß affektiver Selbstfindung deutlich übersteigt (HAZAN 1986). Die Zukunft wird für die neuen Alten eine drastische Änderung im Verhältnis zur eigenen Vergangenheit bringen. Über-Ich-Komponenten werden zurücktreten, welche die Verschärfung subjektiven Schuldbewußtseins und das stete Bedauern verursachen, daß das Leben sich hätte anders vollziehen sollen. Je versöhnter die Persönlichkeit mit sich selber wird und ihre Ichstärke dadurch wächst, um so mehr werden Selektivität und Selbständigkeit gegenüber der eigenen Vergangenheit zunehmen.

Im Unterschied zu vielen Auffassungen über die Bearbeitung von Vergangenheit forderte Friedrich Nietzsche schon 1874 in seiner Schrift "Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben" (NIETZSCHE 1980: 270) die Kraft "leben zu können und zu vergessen" (NIETZSCHE 1980: 269). Will man nach Nietzsche ein angemessenes Verhältnis zu seiner Vergangenheit gewinnen, "dann greift man mit dem Messer an seine Wurzeln, dann schreitet man grausam

über alle Pietäten hinweg". Es seien zwar gefährdete und gefährliche Menschen, "die auf diese Weise dem Leben dienen, daß sie eine Vergangenheit richten und vernichten", doch müsse der Mensch die Kraft aufbringen, "eine Vergangenheit zu zerbrechen und aufzulösen, um leben zu können" (NIETZSCHE 1980: 269). Es sei ein solches Vor-Gericht-Ziehen der eigenen Vergangenheit ein Prozeß, der dazu führe, die Vergangenheit peinlich zu inquirieren und endlich auch zu verurteilen: "Jede Vergangenheit aber ist wert, verurteilt zu werden" (NIETZSCHE 1980: 269). Leben, wenn voll gelebt, sei zu reich, zu treibend und zu unersättlich, um als Ganzes bewahrt werden zu können.

Ich vermute, daß in den kommenden Jahrzehnten gegenüber der eigenen biographischen Vergangenheit eine stärkere Selektivität, wenn auch nicht voll im Sinne Nietzsches, eintreten wird. Ich leite dies auch von der Verstärkung des Sich-selbst-Akzeptierens ab. Dieses Sich-selbst-Annehmen wird durch Vergangenheits-Wahl kreislaufartig und rückwirkend gefestigt. So tritt auch eine Umdeutung der Identität in zweifacher Weise ein:

- Identität wird, vermute ich, zunehmend Selbstfindungsaufgabe. Sie trägt somit den Charakter eines stets neu zu festigenden Bestandes.
- Identität wird sich stärker von der situativ erlebten Gegenwart, vom Projekt der Zukunftsbewältigung, nicht vorwiegend durch kumulativ einbezogene Vergangenheit bestimmen.

Aus dieser Zukunft an Wirksamkeit gewinnenden Haltung ergeben sich auch beträchtliche Unsicherheiten. Sie werden dort, wo viel Bildung und ein reicher Bestand von Symbolen und von geschulten Empfindsamkeiten zur Daseins-Interpretation vorliegen, leichter zu ertragen sein als dort, wo verschiedene Formen ökonomischer, sozialer und kultureller Armut weniger Selbstfestigung erlauben.

Dabei meine ich, daß Wahl im Grunde nicht auf Vergangenheit beziehbar ist, wie Nietzsche meinte. Gewählt kann nur in und für die Gegenwart unter Perspektiven auf die Zukunft hin werden. Die Vergangenheit ist psychisch unbestimmbar. Sie kann ertragen, mit ihr kann gelebt werden, sie kann psychisch bearbeitet werden. Ich stimme Christa WOLF (1987: 45) zu, wenn sie sagt: "Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd."

Die Gefahr der Zukunft wird sein, daß die Tiefe menschheitlicher und persönlicher Vergangenheit wegen Aktualitäts-Überlastung nur sehr fragmentarisch gegenwartsfähig, d.h. geistig vergegenwärtigbar sein wird.

8. Selektivität nimmt zu - kann sie sich mit der Existenz verbinden?

Die Entzauberung der geschlossenen Weltanschauungen, ihre Unfähigkeit, dem zunehmend kritisch oder doch zumindest durch Vielfalt der Information geformten Bewußtsein genug Halt zu bieten, nimmt zu. Der lebens-erfahrene ältere Mensch wird daher in den kommenden Jahrzehnten vermutlich mehr als je zuvor aus den verschiedenen Paketen von kulturellen Traditionen auszuwählen beginnen.

Wie die physische Reise bei den ökonomisch besser gestellten Gruppen der älteren Generationen mehr und mehr zur Initiation ins Alter zu gehören beginnt, wird sich wohl auch die "psychische Reise" als Lebensform stärker durchzusetzen beginnen. Politischer Pluralismus und das eben geschilderte ideologische Ungenügen der geschlossenen Weltanschauungen zwingen den Menschen zur Wanderung. Sie führen ihn dazu, sich aus Religionen, Kulturen und Wissenschaften Elemente zu wählen, die für ein eigenes Weltbild dienen können. Ein unverbindlicher Synkretismus für alle? Und dieser für die Älteren?

Steht den Älteren für ein solches psychisches Zusammenschweißen genug Integrationsmacht zur Verfügung? Welche Rolle kann dann tatsächlich die eigene Erfahrung als Filter oder Brennspeigel spielen? Kann sich "Lebenserfahrung" - ohne Hilfen von außen - als Lebensanschauung zur Orientierungstafel konstituieren? Auch für die schwierigen Phasen der Krankheiten, Krisen und Ängste? Was geschieht durch das Zurücktreten des Einflusses geschlossener Ideologien und kirchlicher Lehrgebäude? Wohin werden Medienherrschaft und die Dauer-Diffusion von stets wechselnden, oft widersprüchlichen wissenschaftlichen Ergebnissen führen? Wird das "eigenerfahrungslose Allgemeinwissen" (BECK 1986) seine anonyme Herrschaft ausbreiten? Kann sich Lebens-Erfahrung angesichts des in seiner Richtung rasch wechselnden Drucks von außen in eine selbstbestimmte Lebensauffassung umsetzen? Oder führen nicht Entinstitutionalisierung und Individualisierung in neue, jedoch viel weniger sichtbare und kontrollierbare Abhängigkeiten?

Kann es zumindest namhaften Minoritäten in den älteren Generationen gelingen, "Normopathie" (GAMBAROFF 1985) und Konformismus zu überwinden? Steigt die Chance, daß selbstbezogenes Erfahrungswissen - der anonymen Überredung zum Trotz - zur Festigung der alternden Persönlichkeit beiträgt und die Ängste, die sich einstellen, besser ertragen hilft?

Selektivität muß sich mit der Existenz verbinden, nur dann gibt sie Sicherheit. Wahlfähigkeit muß sich, wohl auf persönlichen Mut, auf die Bejahung der eigenen Existenz stützen können, sonst wird sie zur Beliebigkeit. In einer Welt der Abrufbarkeit von Programmen und der "Beliebigkeit" statt der Wahl ist diese existentielle Rückbindung Voraussetzung für alles Glück.

9. Singularisierung - Phänomen einer kulturellen Durchgangsphase oder unausweichliche Lebensform für die älteren Generationen der Zukunft?

Welche Trends sind schon heute sichtbar? Die Jungen ziehen früher von zu Hause aus, meist geraume Zeit, bevor sie sich durch Ehe oder Dauergemeinschaft sozial binden (SULLEROT 1984). Sie leben allein, mit wechselnden Partnern und sie lernen dieses Alleinsein als Lebensform kennen. Die durchschnittliche Eheschließungsfrequenz bei Ersteintritt fällt, die Ehescheidungshäufigkeit nimmt zu. Viele Geschiedene leben allein, zumindest längere Jahre hindurch, bevor sie allenfalls wieder mit jemandem zusammenziehen. Viele Frauen über 60, die den Mann verloren haben, binden sich nicht wieder bzw. finden keinen Partner mehr. Die Zunahme der Einpersonenhaushalte, die von älteren Menschen gebildet werden, ist überdurchschnittlich hoch. Wir finden einen allgemeinen gesellschaftlichen Trend zur Singularisierung, der sich für die älteren Generationen verstärkt ausprägt (ROSENMAYR 1986).

Die Motive des Alleinlebens sind nicht einheitlich. Sie sind auch für Jugend und Alter verschieden. Trotzdem ist ein einheitlicher Begriff der Singularisierung gerechtfertigt, da es - unabhängig von den Motiven - zu einer bestimmten Form des "Self-Managements" des Alltags und durch Lernprozesse zur Unabhängigkeit in der Daseinsbewältigung kommt. Diese Unabhängigkeit wirkt einerseits auf die Subjekte zurück und stellt andererseits eine gesellschaftliche Lebensweise dar.

Während ich unter Individualisierung die Herausbildung von Besonderheit in eigenen Entwicklungen - Formen des "Wachstums" - verstehe, sehe ich in der

Singularisierung eine soziale Form des Einzelseins. Singularisierung kann Individualisierung einschließen, in gewisser Weise zwingt Singularisierung auch dazu. Keinesfalls ist Singularisierung identisch mit "Einsamkeit" oder dem subjektiven Negativ-Gefühl des Alleinseins. Singularisierung ist vielmehr die Institutionalisierung (weil durch gesellschaftliche Regelmäßigkeit und Anerkennung gekennzeichnete Form) des Alleinlebens.

Diese Singularisierung samt ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Konsumverhaltens, des Wohnens, Reisens, der Freizeitverbringung wird auch bei den Älteren weiterhin zunehmen. Aber komplementär treten auch neue Formen der Solidarisierung hervor. Eine Suche zur Befriedigung wechselseitiger Stützung und Solidarisierung wird einsetzen, die allerdings auf bestimmte, durch Singularisierung erworbene Verhaltensweisen nicht verzichten wollen.

10. Modellwechsel vom "homo rationalis" zum "homo mortalis" - (Die älteren Generationen als Pioniere der Entwicklung?)

Den Ansatz zu einer neuen Lebens-Philosophie hat Friedrich Nietzsche gezeigt, besonders dadurch, daß er trotz des Reichtums seiner geschichtlich-philosophischen Konzeptionen den Menschen in die Natur eingegliedert verstand. "Wir sind Natur quand même", schrieb er 1874, ehe er selber noch Erfahrung des Alterns zu machen Gelegenheit hatte (NIETZSCHE 1980).

Erst ein Jahrhundert später beginnen wir die Tragweite dieses Verweises auf die Natur in uns besser zu verstehen. Die Grundhaltung, die der Satz Nietzsches ausdrückt, wird künftig noch an Bedeutung gewinnen. Schmerzhaft und in der Existenz bedroht, entdecken wir die Biosphäre, die Gefährdung von Leben in Luft, Erde und Wasser. Die Entfremdung von der "Natur in uns" ist weiterhin herrschende gesellschaftliche Bedingung. Natur in uns zu bejahen, heißt den Körper, die Sexualität und den Tod in einer neuen Weise annehmen. Die kommenden Altengenerationen werden vielleicht in dem Maße, in dem sie die Blockade gegenüber dem Körper aufbrechen, auch ihr Verhältnis zu Endlichkeit und Tod neu zu bestimmen imstande sein. Die Alternden des 21. Jahrhunderts werden mit anderen Grundgefühlen der Natur gegenüber, mit zögernden, prekären, vielleicht besorgten und schützenden Haltungen aufgewachsen sein. Zumindest wird es Strömungen, Bewegungen und Eliten geben, die in dieser Weise eingestellt sein werden.

Im Altersprozeß mahnt der Körper, signalisiert er seine Endlichkeit, die dem jungen Menschen leicht entgehen mag. So könnten gerade die Älteren und Alten der Zukunft, indem sie - angesichts ihrer selber erfahrenen Ängste um die Endlichkeit - ihrer Natur mehr Aufmerksamkeit schenken. Indem sie dem eigenen Körper Zuwendung geben, können sie zu Pionieren eines harmonisierten Lebens werden. Dies würde z.B. eine Umstellung von sexuellem Leistungsdenken und der Eroberungshaltung beim Mann zum Zulassen einer Vielfalt von Empfindungen und Affekten und zur Identifizierung mit dem eigenen Körper führen. Eine erweiterte Einwilligung in die Sinnlichkeit bedeutet nicht die Preisgabe des Verantwortungsprinzips, nur seine Modifikation. Dies geschieht durch Individualisierung und Rückverweisung an ein unersetzbares, nur dem Subjekt selber einsehbares, aber auch bei ihm nie voll gesichertes Gewissen. Die Verstärkung des "Sich-dem-Körper-Anvertrauens" könnte ein wichtiger Schritt von dem Modell des auf generelle Machbarkeit und ständige Steigerung setzenden "homo rationalis" zu dem sowohl auf Lebensintensität als auch auf Selbstbescheidung und Schonung der Welt bedachten "homo mortalis" sein.

Die Erscheinungsform des homo mortalis, der sich zugleich als homo longaevis (BIRREN 1986), als der lange lebende Mensch des 21. Jahrhunderts ausprägt, wird paradoxerweise beides bringen: Differenzierung und Annäherung. Ich vermute eine bewußtere Aufspaltung in den weiblichen und männlichen Menschen. Doch führt diese Aufspaltung als Suche nach Geschlechtsidentität nicht nur zu Trennung, sondern über Durststrecken von Ungewißheit (SCHMAUCH 1987) zu einer neuen Annäherung von Mann und Frau über die Akzeptanz der "Natur im Menschen" und des Todes (SCHELLENBAUM 1987).

11. Künftige Altengenerationen jenseits gesellschaftlicher Nützlichkeit?

Künftiges Selbstverständnis der älteren Generationen, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, wird sich nur in Grenzfällen in wiederhergestellter gesellschaftlicher Nützlichkeit ergeben. Neben der sozialen Nützlichkeit von Minderheiten von Älteren könnte sich eine Art zweiten Lebens - mit Elementen der Reflexion und Kreativität - aufbauen. Dies würde den Übergang in die nachberufliche Phase entscheidend erleichtern.

Die "Einwilligung in die Sterblichkeit" muß nicht erst spät im Leben ansetzen. Sie könnte und sollte schon von früh an, wenn nicht Machbarkeit

allein im Vordergrund steht, zur Reflexionsaufgabe hinlenken. Einwilligung in die Sterblichkeit führt nicht notwendig zur Lebensverneinung, sondern kann vielmehr Bejahung des Lebens bedeuten, das den Tod überwindet.

Die durch Erfahrung und Bewußtsein erarbeitete und verantwortete Kritik von Innovationen könnte bei der "gesellschaftlichen Institutionalisierung der Dauerreflexion" (SCHELsky 1981) künftig als Aufgabe des "entfalteten Menschseins" der Älteren und Alten begriffen werden. Der sich bereits ankündigende bzw. vollziehende Abbau eines negativen gesellschaftlichen Altersstereotyps hängt wohl mit der neuen Aufgabe einer verbreiterten, persönlich getragenen Dauerreflexion in der Gesellschaft zusammen, in Partnerschaften, Familien, intergenerativen Kontexten in Schulen und in vielen anderen Zusammenhängen. In dem Maße, in dem Minoritäten der gesellschaftlichen Großgruppe der Älteren und Alten besonnen aktivitätsbereit erscheinen, schwindet auch die Festigkeit von Altersstereotypen.

Immer noch werden Schmerz, langdauerndes Leiden und vor allem das Sterben gesellschaftlich verdrängt und verdeckt. Unsere Gesellschaft, der Sicherheit metaphysischer Deutungen hinsichtlich eines "Lebens nach dem Tod" nicht nur in den bewußt "ungläubigen" Segmenten anscheinend endgültig beraubt, vermag zur Zeit noch keine kulturelle Todeskonfrontation zu riskieren. Der Tod wird medizinisch "erleichtert", aber er wird sozial einsam (ELIAS 1985). Er verarmt kulturell bis in die äußerste ideelle Ratlosigkeit und das mit Tonband-Bespielung zum Rührungs-Klischee verkommene Begräbnis. Mit dem geistigen Verkommen des Todes bleiben auch entscheidende emotionale Aspekte des Alters und seiner Bedrohtheit auf der Strecke.

Überoptimistisches, völlig transzendenzloses Gerontologisieren kann auf die Dauer das Suchen nach subjektiv befriedigender Selbstdeutung nicht ersetzen. Die Auseinandersetzung mit den traditionellen Religionen, ihren gegenwärtigen Krisen und Erscheinungsformen ist für eine um den Todesbezug und die Erweckungs- und Erneuerungshoffnungen erweiterte Lebenslaufkonzeption Thema der Zukunft. Auf diese Phänomene und Prozesse das Licht der Erkenntnis zu werfen, erscheint als intellektuell notwendig und ethisch als Voraussetzung zur Herausbildung von Verantwortungshaltungen dem eigenen Alter und den kommenden Generationen gegenüber nötig.

Vielleicht werden durch die Ent-Stereotypisierung des Alters und die zuge wachsene Reflexionszeit in der zweiten Lebenshälfte der Mensch und die Gesellschaft fähig, sich neuen kulturellen Schöpfungen der Selbstauslegung

zu öffnen. Dies könnte und sollte unter Mitwirkung derer geschehen, die die Todes-Gegenwart nach Abnahme ihrer Lebenserwartung, eben als Ältere, eher wahrzunehmen bereit sind als die anderen, jüngeren.

12. Die evolutionäre Perspektive

Die Vorausschau ins 21. Jahrhundert, so knapp, weniger als 15 Jahre vor seinem Beginn, löst angesichts der so dramatischen Umstrukturierung der Bevölkerung und der Verlängerung der Lebenserwartung grundsätzliche Fragen aus. Im Vordergrund steht dabei die Einsicht, daß im 20. Jahrhundert auf technologisch-wissenschaftlichem Gebiet Innovations-Sprünge durch Erfindungen erfolgten und hinsichtlich der Massen-Anwendung dieser Erfindungen sich Lebensveränderungen in Gesundheit, Bildung, Arbeit, Freizeit, Kommunikationsformen, Informationsweisen durchsetzten, welche die Menschheit an ihre eigenen Grenzen, an das Äußerste des Möglichen und darüber hinaus in Schritte der Selbstzerstörung führte. Wir müssen die Lebensverlängerung und die Umstrukturierung der Bevölkerung in einem solchen Zusammenhang verstehen.

Ich möchte eine erste Paradoxie hervorkehren. Wir finden ein Höchstmaß an Schutz und Bemühung um Erhaltung des Lebens überall dort, wo Medizin und Ökonomie es gestatten. Für die medizinisch-soziale Sicherung des Alters werden in der hochentwickelten Welt namhafte Teile des Brutto-Nationalprodukts ausgegeben. Wir sind Zeugen einer Maximierung der Erhaltung von Leben - einer wenn auch kulturell vorderhand nicht übermäßig erfüllten Erhaltung. Dieser Lebenserhaltung stehen starke Tendenzen der Zerstörung von Lebensvoraussetzungen in der Natur und traditionellen Lebensformen, ja auch von seelischen Sicherheiten, Glaubwürdigkeiten usw. gegenüber. Geht die Menschheit mit einem sehr kompakten Anteil von Alten ihrer Selbstzerstörung entgegen? Entsprechen den Tendenzen medizinischer Lebensstützung überhaupt politische und soziale "sanfte" Rettungs- und Bewahrungsversuche, die ihrerseits das verlängerte Leben lebenswert machen würden? Wozu länger leben, wenn die Welt häßlicher, schmutziger wird und global nur geistig unsicher und seelisch bedroht gelebt werden kann?

Sinken nicht, wenn Zerstörung um sich greift, wenn die ästhetischen Reize und Beglückungen von den Gletschern bis in die Tropenwälder gekappt werden

und die Verunstaltungen die Lebensfreude abschnüren, die Erwartungen an das Alter? Sinkt nicht der belebende Mut zum Leben? Auf der einen Seite wird Gesundheit bis ins Höchstmaß der Medikamentierung gestützt, das Leben z.T. maschinell verlängert, auf der anderen wird es doch Hochrüstung und Naturbedrohung in die Zerstörung gedrängt.

Die zerstörerischen Tendenzen dieser Welt und Umwelt werden sich auf das Lebensgefühl der künftigen Altengenerationen auswirken. Eine Gerontologie, die in den engen Gassen der Teilverbesserungen bleibt und die umfassenden Bedrohungen verkennt, kann schließlich nicht auf Lebenserfüllung hinorientieren. Besser, die Gefahren zu sehen, an ihnen zu leiden, den Unsicherheiten offenen Auges zu begegnen, als Weltpolitik und Menschheitsfragen als fachlich außerhalb und als unlösbare Faktoren schlechtweg zu verdrängen. Das "Ganze" können wir zwar nicht fassen, müssen uns aber trotzdem auf ein Denken einlassen, das sich viel weiter öffnet, als uns die Wissenschaftstheorie zu erlauben bereit war. Wir sind menschheitsgeschichtlich an einer Gabelung angelangt (ALTNER 1981); alle Hoffnung auf das Alter als Erfüllungsphase kann ohne den Gesichtspunkt der Alternative, in der wir evolutionär stehen, nicht entworfen und glaubhaft gemacht werden. Wenn wir nicht mehr an die Beeinflußbarkeit des Welt-Schicksals (BRUCKMANN 1987) glauben, können wir weder von den Alten Lebensfreude und Berührtheit durch Hoffnung erwarten, noch auch von den jüngeren Generationen Genügsamkeit, Selbstsuche und Selbstbescheidung oder Vorbereitung auf das Alter.

Eine zweite Paradoxie liegt in der Verbreiterung der Altenbasis bei Versmälerung des gesellschaftlichen Einflusses der Älteren und Alten aufgrund der vorherrschenden Innovationsgeschwindigkeit in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft vor.

Ich möchte hierzu auf die Frühgeschichte des Menschen zurückgreifen, um dann in die Zukunft vorauszublicken:

Durch die Einschränkung der ungehemmten Herrschaft der Älteren wurde Kultur als Spiegel für individuelle Selbstdeutung, als Lernfeld und persönlich auf sich selbst beziehbares Symbolsystem begründet. Die Zähmung der uneingeschränkten Altenmacht ist als ein kulturell-geschichtliches Phänomen zu interpretieren, das an Bedeutung dem Inzestverbot nahekommt, welches die Heirat unter den nächsten Anverwandten weitgehend eindämmte.

Das soziale System beim Menschen ermöglichte einen Zugang zu einer qualitativ höheren Stufe, nämlich "unendlich viel mehr" als bloße Kooperation für bestimmte Zwecke, z.B. die Jagd. Allianz entstand. Sie sicherte einen Austausch durch die wechselseitige Einräumung von Vorteilen. Diese Wechselseitigkeit brachte die Eindämmung der ursprünglich ungehemmten Dominanz der Alten. Die neuen "Allianzpartner" sind im volleren Sinn "menschlich". Sie haben wohl den übermächtigen "alten Vater" vor sich, aber ihr Identifizierungsstreben schließt ein, daß Energien zum Übertreffenwollen des Vaters übrigbleiben.

Dieses Modell bedeutet, daß den Alten durch die Fügsamkeit der identifizierten Jungen für Jahrtausende Beratungsmacht verblieb. Es zeigt, daß durch Identifizierung in den Individuen Gleichgewicht und damit Konflikthemmung verankert wurde. So entstanden Freiräume, die genug Sicherheit boten, daß Innovation entstehen konnte.

Die von den Eltern dem Nachwuchs langfristig gewährte und mit vielerlei Inhalten erfüllte Anlernzeit war zum Überleben der Spezies Mensch nötig. Gründliches Erlernen der Kenntnisse für die individuelle Selbstbewahrung und den Schutz der Gruppe vor Witterungsunbill und Raubtieren, die Erhöhung der Wachsamkeit und die Verbesserung der Ernährung und der Lebensumwelt usw. erhöhte die Überlebenschancen und die Lebenserwartung. Die Verlängerung der Lebenserwartung war wieder die Voraussetzung zur Erhöhung der Fruchtbarkeit bzw. der Bevölkerungsvermehrung. Denn durch die verbesserte Lebenserwartung der erwachsenen Individuen stiegen die Überlebenschancen des Nachwuchses.

Die lange Erstreckung der Kindheit und Jugend beim Menschen ist mit einem im Vergleich zu den Primaten dramatischen Aufschub der hormonalen Auslösung der Geschlechtsreife Hand in Hand gegangen. Sexualität wurde im Lebenslauf verzögert, um die Lernchancen zu erhöhen.

Es wurde schon früh in der Geschichte der Menschheit für die Erhaltung der Art notwendig, daß die Frauen eine Lebensphase nach ihrem Fortpflanzungsalter, also eine Altersphase, entwickelten. Eine Mutter, die gegen Ende ihrer Fruchtbarkeitsphase ein Kind gebiert, muß es ja noch ein bis eineinhalb Jahrzehnte lang aufziehen können, um es aktiv überlebensfähig zu machen.

Das Überleben über das Fortpflanzungsalter hinaus, die sogenannte postpro-

kreative Lebensphase, der Abschnitt nach der Zeugungsfähigkeit und der biologischen Fruchtbarkeit, ist eine menschliche Besonderheit. Wegen der langen Lernzeiten des Nachwuchses aber auch wegen der Kulturfunktionen der Älteren als Lehrer des Nachwuchses war die - wenn auch keineswegs allgemein erlebte - postprokreative Phase arterhaltend sinnvoll.

Diese Arterhaltungsfunktion, für die sich auch durch die Bewahrung der Kontinuität von kleinen und mittleren Gruppen aufgrund der Ältenautorität bestimmte genetische Vorteile ergaben (VOGEL 1977), beruhte auf der von den Alten bestimmten stammesgesellschaftlichen Organisation. In der Stammesgesellschaft entwickelte sich in einer Mehrzahl von Hauptformen das Senioritätsprinzip heraus. Dieses Prinzip, ob es sich nun durch Altersklassen organisierte oder im Clansystem in den Abfolgen der innerfamiliären Generationen manifestierte, erhielt die Bedeutung der Hauptkontrolle der Gesellschaft. Durch diese "Überwachungsfunktion" wurden entsprechend den von außen andrängenden Gefahren und der Notwendigkeit einer strengen inneren Integration Impulse zur sozialen Wandlung gebremst. Das Einleben neuer Kultur- oder Wirtschaftsformen wurde gefiltert und an das Nachrücken der jeweils Jüngeren in die durch das Absterben der Älteren freigewordenen Positionen gebunden.

Erst mit dem Herausbilden von Hochkulturen, welche die Herrschaft zentralisierten, ergab sich eine übergreifende Beaufsichtigung von Wirtschaftsweisen, z.B. durch das babylonische und ägyptische Königtum. Die von der Herrschaft befugten Machttträger (z.B. Beamten) führten als legitime Vertreter der Zentralmacht zu Relativierungen der Altenherrschaft. Ebenso tritt durch die Hochkulturen, wenn auch vorerst nur in den obersten Schichten und Führungseliten, ein neues Informationssystem hervor, nämlich die Schrift und die geschriebene Zahl. Dieses neue System entwertet die in der Tradition des gesprochenen Wortes machtvollen Alten.

Innerhalb der clannmäßig und in Kleingruppen ("Horden", Dörfern) aufgebauten Religiosität und Magie tritt durch den Einfluß der Hochkultur insofern ein Bruch ein, als sich mit der Machtzentralisierung, sei es mit ihr verbunden, sei es ihr gegenübergestellt, ein Priestertum entwickelt. Ähnlich wie die Beamten oder die Handwerker bringen die Priester z.B. in Ägypten oder in Babylon eine besondere Form von Spezialisierung hervor. Die Priester, die sich an Stelle der Ältesten setzen, tragen gleichfalls zur Entwertung der Qualitäten des höheren Alters bei. Es ändern sich also die Machtverteilun-

gen in der Produktion, aber auch in der "Verwaltung" des Religiösen und in den Medien, in denen Information weitergegeben wird, z.B. der Schrift, der Astronomie usw. Wir können davon ausgehen, daß die Hochkultur eine entscheidende Erschütterung der traditionellen stammesgeschichtlichen Führungsposition der Älteren erbringt.

Sehr deutlich wird die Relativierung der Älteren vor allem durch die Entwicklung zum Monotheismus. Der Ein-Gott-Glaube drängt sowohl den Ahnenkult als auch den Totenkult zurück. Der Totenkult steht im Widerspruch zu dem "lebendigmachenden", alles Leben verursachenden, einzigen, übermächtigen Seelenpartner des Menschen und des kosmischen Weltherrschers. So läßt sich in der Entwicklung des Judentums im ersten vorchristlichen Jahrtausend eine durch den Monotheismus schrittweise erfolgende Reduktion der Macht der Alten als Berater in politischen wie in religiösen Fragen nachweisen. Vor Gott wird jeder gleich, der Junge kann ebenso sehr wie der Alte vom Geist ergriffen und beseelt werden. Die Rückbildung der ideologisch-religiösen Altenherrschaft ist also keineswegs erst ein Ergebnis der Moderne oder der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation.

Freilich haben die neuen, auf die Entfaltung einer Arbeitsteilung und eines flexibleren politischen Systems hindrängenden Lernprozesse schon von der griechischen Antike an dazu beigetragen, daß Kultur als "Paideia" (Pais = Kind) aufgefaßt wurde. Kultur hieß, durch Dialog und Auseinandersetzung selbst-erfahrbares Lernen, zur Erziehung der Kinder und als Heranbildung der Jungen für die "Polis" einzusetzen. Kultur war nicht mehr einfach Bewahrung der Werte, die in der Überlebensgesellschaft der Stämme und schriftlosen Völker einer Kontinuität und Stützung auf Dauer bedurften.

Durch den Einfluß von jüdisch-christlichen Erneuerungsideologien, die sich neben oder gemeinsam mit neuen Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen im europäischen Mittelalter ausformten, ergab sich, daß die Pflege der Hilflosen, zu denen zum Teil auch die Alten gehörten, als Aufgabe der Gesellschaft gesehen wurde. Aber diese Alten traten für die christliche Pastoral eher als verehrungswürdige und kontrollbedürftige Objekte, nicht als Handlungsträger und Beratungspositionen in den Vordergrund (SPRANDEL 1979).

Es läßt sich keine eindeutige historische Linie in der Altenposition vom Mittelalter bis zur Industrialisierung aufzeigen. Im Gegenteil: Schwankungen in der Position der Alten sind in verschiedener Hinsicht nachzuweisen.

Mit Recht haben die neuesten historischen Forschungen ergeben, daß die Position der Älteren auf eine Verschiedenheit von Komponenten zurückzuführen ist, welche nicht notwendigerweise in der gleichen Richtung und keineswegs in der gleichen Entwicklungsgeschwindigkeit Veränderungen verursachten. Eine Verbesserung der Position der Älteren auf einem Sektor konnte ohne weiteres mit einem Herabgleiten bzw. einer Rückbildung auf einem anderen Sektor verbunden sein (MINOIS 1987: 409).

Rückblickend sind zwei hauptsächliche Ergebnisse in der europäischen Geschichte herauszustellen:

- Ideologisch und sozial wurden vor allem die Hochbetagten gleichsam außerhalb der sonst gültigen gesellschaftlichen Regeln betrachtet. Einerseits galten sie als besonders stützungswürdig, andererseits als besonders kontrollbedürftig. Zwar waren sie abgehoben und verehrungswert, aber doch gesellschaftlich abgeblaßt und überall dort uninteressant geworden, wo sie nicht besondere Machtpositionen innehatten oder über verheißungsvolle Vererbungsmöglichkeiten verfügten. Den Älteren wurde weder Sexualität noch Leidenschaft, noch besondere "Lebendigkeit" zugebilligt, sie wurden vielmehr in die Ecke der grauen "Weisheit" gedrängt.
- Eine zweite Linie besteht darin, daß besonders der Schönheitskult der Renaissance (für das Mittelalter traf das weniger zu) Jugend vergöttlichte (ROSENMAYR 1985). Der körperliche Veränderungsprozeß im höheren Alter wurde zur gesellschaftlichen Benachteiligung nicht nur für die ältere Frau, sondern auch für den Mann. Leonardo, Tizian, vor allem aber dann Rembrandt, wandten sich alten Männern als Modellen zu, aber darin lag schon eine erste Überwindung der Renaissance-Ideologie vom begehrenswerten "flüchtigen" Gut Jugend.

Der Jugendkult entstand aber nicht erst in der Renaissance. Prinzipiell war er aus der spirituellen Verfassung der jüdisch-christlichen Religion durch Vereinseitigung hervorgegangen. Religiös gesehen hatte die innere und spirituelle Erneuerung Vorrang, nicht die Überlieferung. Der Jugendkult trat, nachdem die Komponenten der Spiritualität an Bedeutung verloren hatten, offen als Kult jugendlicher Sinnlichkeit und Kraft hervor. An den bedeutenden Jugend- und Jünglingsdarstellungen der europäischen Renaissance läßt sich dieser Kult schon sehr deutlich ablesen. Durch die um den Nationalitätsbegriff gescharten

jungen Kämpfer gewann er später in der europäischen Geschichte auch politische Bedeutung (ROSENMAYR 1976). Der junge Mann wurde als Erlösungsfigur der Freiheitsbewegung dramatisiert. Dies können wir von Schillers "Räubern" bis zu Hölderlins Roman "Hyperion" und bis zur "Friedensfeier" erkennen.

Die westliche Zivilisation hat also schon vor der Industrialisierung und dem Einbruch der Technik als massenhafter Lebensgestaltung eine entscheidende Abwertung des älteren und alten Menschen durchgeführt. Die Aufklärung hatte durch die Pflege von Gesundheit und ihre programmatische Tendenz zur "Vorausschau im Leben" erste Grundlagen einer Verbesserung der Situation des alten Menschen zu schaffen versucht. Der Arzt van Swieten (ROSENMAYR 1983: 96) und andere Mediziner des 18. Jahrhunderts bezeugen diese Tendenz des auf Selbstbefreiung, Unabhängigkeit und Selbstgestaltung gerichteten Lebens. Tätigkeit und Unabhängigkeit sollen bis ins hohe Alter erstreckt werden. Eine eigentliche Aufwertung des Alters ist dadurch höchstens indirekt durch seine Angleichung an frühere Phasen erfolgt.

Mit der Industrialisierung in der Wirtschaft und der Politisierung der Sozialproblematik hat sich zumindest die öffentliche Anerkennung der Stützungsbedürftigkeit der Alten und Ältesten über den kirchlich-religiösen Bereich hinaus gesellschaftlich durchgesetzt. Je nach Ländern und lokalen Traditionen verschieden sind Hilfsmittel zur Sicherung von Gesundheit und ökonomischer Minimalfundierung wirksam geworden. Eine Verbesserung des Status und der sozialen Geltung der Älteren ist auch dadurch nicht entstanden.

Von hier aus stellt sich die Frage, ob der Grundgedanke der Sterilität des Alters durch die Bildungsgesellschaft und die Lerngesellschaft überwunden werden kann. "Toute société tend à vivre, à survivre; elle exalte la vigueur, la fécondité, liées à la jeunesse; elle redoute l'usure et la stérilité de la vieillesse" (BEAUVOIR 1970: 47).

Wie in den früheren Abschnitten entworfen, wird sich für die späten Lebensjahrzehnte die Verselbständigung, oft mit Hilfe der Singularisierung, stärker durchsetzen. Aus dieser Verselbständigung heraus kann auch individuelle kulturelle Wahl und psychologische Aneignung von Symbolen und Lerngehalten angenommen werden. Das wird vermutlich zu einer Verlebendigung der späteren Lebensphasen beitragen.

Das Informationssystem dürfte sich weiter vom geschriebenen Wort auf das

Bild und das massenhaft verbreitete bewegliche Bild der Television hinentwickeln. Betonungen der kleinräumigen Machtverhältnisse (KOHR 1983) könnten sich aber günstig auf die gruppenhafte Neukonstituierung von gesellschaftlichen und kulturellen Interessen Älterer auswirken. So könnte Masseninformati- on und Suggestion eher auf begleitenden Charakter reduziert werden, wäre nicht mehr bestimmend.

Im ideologisch-religiösen Bereich dürfte sich die Tendenz zu religiösem Synkretismus, d.h. z.B. zur Übernahme von fernöstlichen Elementen in die europäischen Religionstraditionen des Christentums ausbreiten. Die Verschmelzung von religiösen Komponenten könnte sich auf das Ideal eines durchgestalteten langen Lebens einschließlich eines meditativen Selbstbezugs auswirken, woraus Aktivierung auf höherer Ebene entsteht und zu innerer Aufmerksamkeit führt.

Wo eine solche Aktivierung durch Zugang zur Geistigkeit durchdringt, könnten Selbstgestaltung und bewußte Lebensführung exemplarisch ein "sichtbar erfülltes Alter" abbilden. Mit Zivilcourage vorgenommene Vergangenheitsbearbeitung und modellhafter Mut wären Mittel, von einer seit dem Einsetzen der Hochkultur entstandenen Abwertung des höheren Alters gegenzusteuern. Verschiedene Anzeichen dieser Gegenentwicklung sind bereits in den verschiedenen Systemen der Altenbildung, aber auch in der Selbstorganisation von Gruppen Älterer und Alter sichtbar. Sie artikulieren sich auch in den Versuchen der Großorganisationen, Alteninteressen politisch abzubilden und zu repräsentieren.

Ich nehme also für das 21. Jahrhundert einen unter evolutionärer Perspektive gesehenen Veränderungsprozeß zur Neuaufwertung der Altenposition an. Eine wirklich durchgreifende gesellschaftliche Macht der Alten (wie in den Kulturformen vor der Hochkultur) wird sich hingegen kaum herausbilden. Über das höhere Bewußtsein der Subjekte, ihrer erneuten Sozialisations- und Solidarisierungsfähigkeit auch im späteren und spätesten Alter, erwarte ich eine auf grundsätzlicher Egalität der Lebensalter aufbauende neue Bewahrungsfähigkeit und Beratungskapazität der Alten.

Eine, wenn auch nur partielle aber doch deutlich fühlbare Umkehr der über Jahrtausende hinweg eingeschliffenen Abwertung von Alter wäre so denkbar. Allerdings wird eine Rückanpassung der Älteren an den gesellschaftlichen "mainstream", z.B. hinsichtlich der Aktivierungsfähigkeit, der Bewegungsfä-

higkeit, der inneren Umstellung, des Umlernens, des Umgehens mit der aktuellen Situation, Voraussetzung für diese Umkehr sein müssen. Nicht eine Rückkehr oder ein Rückfall in einen Traditionalismus, sondern ein Eingreifen in die Wandlungs- und Lerngesellschaft aufgrund der besonderen, spezifischen, persönlich erworbenen Qualität von Älteren, könnte für die post-moderne Gesellschaft die Aufwertung des späten Lebens bewirken.

deutscher
Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt,
eingeleitet und kommentiert von Klaus
von Beyon.

München, Wien 1979, S. 55-71

1953

Regierungserklärung Bundeskanzler
Konrad Adenauer, 20. Oktober 1953, in:
Die großen Regierungserklärungen deutscher
Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt,
eingeleitet und kommentiert von Klaus
von Beyon.

München, Wien 1979, S. 78-102

1957

Regierungserklärung Bundeskanzler
Konrad Adenauer, 29. Oktober 1957, in:
Die großen Regierungserklärungen deutscher
Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt,
eingeleitet und kommentiert von Klaus
von Beyon.

München, Wien 1979, S. 103-124

1961

Regierungserklärung Vizekanzler Ludwig
Erhard im Namen von Bundeskanzler Konrad
Adenauer, 29. November 1961, in:
Die großen Regierungserklärungen deutscher
Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt,
eingeleitet und kommentiert von Klaus
von Beyon.

München, Wien 1979, S. 125-141

INTERPRETATIVE
ALTIERSFORSCHUNG 1983

Arbeitsgruppe Interpretative Altersforschung
Atting in der Seniorenenfremdlichkeit.
Soziologische Untersuchungen zur Lebenswelt
Elderly Menschen.
Berlin 1983

AKTION GEMEINSAM 1987

Aktion Gemeinsam (Hrsg. v. Wie wollen wir
morgen älter werden?)
Dona 1987

ALTAER 1981

Später Altern: Tod, Krankheit und Überleben.
Evidenzforschung und Teilnehmendigkeit in
nachempirischen Zeitalter.
Stuttgart 1981

WÖCHENTLICHE NACHRICHTEN DER
FORSCHUNGSSTELLE FÜR ARBEIT
1979

Wöchentliche Nachrichten der Arbeitsstelle
für Arbeit (ANNA), 24(1979), 1, 75-76

LITERATURVERZEICHNIS

- ADENAUER 1949 Regierungserklärung Bundeskanzler Konrad Adenauer. 20. September 1949, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 53-73
- ADENAUER 1953 Regierungserklärung Bundeskanzler Konrad Adenauer. 20. Oktober 1953, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 75-102
- ADENAUER 1957 Regierungserklärung Bundeskanzler Konrad Adenauer. 29. Oktober 1957, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 103-124
- ADENAUER 1961 Regierungserklärung Vizekanzler Ludwig Erhard im Namen von Bundeskanzler Konrad Adenauer. 29. November 1961, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 125-151
- AG INTERPRETATIVE
ALTERSFORSCHUNG 1983 Arbeitsgruppe Interpretative Altersforschung: Alltag in der Seniorenfreizeitstätte. Soziologische Untersuchungen zur Lebenswelt älterer Menschen. Berlin 1983
- AKTION GEMEINSINN 1987 Aktion Gemeinsinn (Hrsg.): Wie wollen wir morgen älter werden? Bonn 1987
- ALTNER 1981 Günter Altner: Tod, Ewigkeit und Überleben. Todeserfahrung und Todesbewältigung im nachmetaphysischen Zeitalter. Stuttgart 1981
- AMTLICHE NACHRICHTEN DER
BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT
1976 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), 24(1976)1, S. 75-76

AMTLICHE NACHRICHTEN DER
BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT
1981

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt
für Arbeit (ANBA), 29(1981)2, S. 165-166

AMTLICHE NACHRICHTEN DER
BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT
1987

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt
für Arbeit (ANBA), 35(1987)3, S. 266-267

ANDROGYN 1986

Androgyn: Sehnsucht nach Vollkommenheit.
Berlin 1986

AOK-BUNDESVERBAND 1986

AOK-Bundesverband (Hrsg.): AOK und Raum-
ordnung, Dokumentation zum Werkstatt-
gespräch am 9. Dezember 1986 in Bonn

ARBEITSMARKTPERSPEKTIVEN
BIS 2000
1985

Arbeitsmarktperspektiven bis 2000 - Neue
Modellrechnungen auf Basis 1982. 3. Nachtrag
zu Quint AB 1.
Nürnberg (IAB) 1985

ARTICUS 1986

Stephan Articus: Einleitung. Altenhilfe
im Umbruch, in: Articus, Stephan; Karolus,
Stefan (Hrsg.): Altenhilfe im Umbruch.
Frankfurt/M. 1986, S. 1-7

ASENDORF-KRINGS 1979

I. Asendorf-Krings: Facharbeiter und Ratio-
nalisierung. Das Beispiel der großbetrieb-
lichen Instandhaltung.
Frankfurt/M., New York 1979

AUTORENGEMEINSCHAFT 1986

Autorengemeinschaft 1986. Zur Arbeitsmarkt-
entwicklung 1986/87: Entwicklungstendenzen
und Strukturen, in: Mitteilungen aus der
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB),
19(1986)3, S. 351-384

BAADE 1960

F. Baade: Der Wettlauf zum Jahr 2000.
Oldenburg 1960

BADINTER 1987

Elisabeth Badinter: Ich bin Du. Die neue
Beziehung zwischen Mann und Frau oder Die
androgyn Revolution.
München 1987

BÄCKER 1987

Gerhard Bäcker: Solidarische Alterssiche-
rung statt Armut. Weiterentwicklung der
Rentenversicherung mit den Schwerpunkten
"Rente nach Mindesteinkommen" und "bedarfs-
orientierte Mindestrente", in: WSI-Mitteil-
ungen, 40(1987)2, S. 75-86

BAETHGE 1986

Martin Baethge: Individualisierung als Hoff-
nung und als Verhängnis, in: Lindner, Rolf;
Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Verborgene im
Licht. Neues zur Jugendfrage.
Frankfurt/M. 1986, S. 98-123

- BAETHGE et al. 1983 Martin Baethge; Harald Schomburg; Ulrich Voskamp: Jugend und Krise - Krise aktueller Jugendforschung. Frankfurt/M. 1983
- BAETHGE/OBERBECK 1986 M. Baethge; H. Oberbeck: Zukunft der Angestellten. Frankfurt/M., New York 1986
- BALTES 1987 Margret M. Baltes: Erfolgreiches Altern als Ausdruck von Verhaltenskompetenz und Umweltqualität, in: Niemitz, C. (Hrsg.): Erbe und Umwelt - zur Natur von Anlage und Selbstbestimmung des Menschen. Frankfurt/M. 1987, S. 353-376
- BATTELLE-INSTITUT 1986 Battelle-Institut: Battelle-Szenario-Technik, Unterlagen für eine Veranstaltung zum Deutschland-Szenario, 1986
- BAUDRILLARD 1982 Jean Baudrillard: Der symbolische Tausch und der Tod. München 1982
- BAUMERT 1987 Jürgen Baumert: Den Umbruch mildern - Der Geburtenrückgang verändert das Bildungssystem, in: Die Zeit Nr. 29 vom 10.7.1987, S. 6
- BEAUVOIR 1970 Simone de Beauvoir: La Vieillesse. Paris 1970
- BECK 1986 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986
- BEHREND 1985 Christoph Behrend: Arbeitsmarktsituation und Frühverrentung älterer Arbeitnehmer seit 1980, in: Zeitschrift für Gerontologie, 18(1985)5, S. 261-265
- BEHREND 1987 Christoph Behrend: Frühinvalidität: Gesundheitsverschleiß oder Steuerungsinstrument, in: Backes, G.; Clemens, W. (Hrsg.): "Aus-rangiert!?" Lebens- und Arbeitsperspektiven bei beruflicher Frühausgliederung. Bielefeld 1987, S. 100-124
- BEHREND/DIECK/
v. KONDRATOWITZ 1984 Christoph Behrend; Margret Dieck; Hans-Joachim von Kondratowitz: Notes on the Development of Social-Gerontological Research in the Federal Republic of Germany (FRG) and on Selected Findings and Theories, in: Amann, Anton (ed.): Social-Gerontological Research in European Countries - History and Current Trends. Berlin und Wien 1984, S. 113-159

- BENGTSON/KUYPERS 1971 Vern Bengtson; J. Kuypers: Generational Difference and the developmental stake, in: Aging and Human Development, 2(1971), S. 207-234
- BENGTSON/TREAS 1980 Vern Bergtson; Judith Treas: The Changing Family Context of Mental Health and Aging, in: Birren, James and Sloane, Robert (eds.): Handbook of Mental Health and Aging. Englewood Cliffs 1980, S. 400-428
- BENGTSON et al. 1984 Vern Bengtson; David Mangen; Pierre Landry: The Multi-Generation Family, Concepts and Findings, in: Garms-Homolová, Vjenka; Hoerning, Erika; Schaeffer, Doris (eds.): Intergenerational Relationships. Lewiston NY 1984, S. 63-80
- BENGTSON et al. 1985 Vern Bengtson; Neal Cutler; David Mangen; Victor Marshall: Generations, Cohorts and Relations between Age Groups, in: Binstock, Robert and Shanas, Ethal (eds.): Handbook of Aging and the Social Sciences. New York 1985, S. 304-338
- BERGER/BERGER 1984 Brigitte Berger; Peter Berger: In Verteidigung der bürgerlichen Familie. Frankfurt/M. 1984
- BERGER/BERGER/KELLNER 1977 Peter Berger; Brigitte Berger; Hansfried Kellner: Das Unbehagen in der Modernität. Frankfurt/M., New York 1977
- BERKING/NECKEL 1986 Helmut Berking; Sighard Neckel: Der alltägliche Protest gegen das Allgemeine. Über Politik und Lebensstil, in: Merkur, (1986), 451/52, S. 875-879
- BEYME 1979 Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979
- BINSTOCK 1985 Robert H. Binstock: Health Care of the Aging: Trends, Dilemmas and Prospects for the Year 2000, in: Gaitz, Charles M.; Niederehe, George; Wilson, Nancy L. (eds.): Aging 2000: Our Health Care Destiny, Vol.II: Psychosocial a Policy Issues. New York, Berlin, Heidelberg, Tokyo 1985, S. 3-15

- BIRREN 1986 James E. Birren: The Process of Aging: Growing Up and Growing Old, in: Pifer, Alan; Bronte, Lydia (eds.): Our Aging Society. New York, London 1986, S. 263-282
- BLANKE/EVERS/WOLLMANN 1986 B. Blanke; A. Evers; H. Wollmann (Hrsg.): Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik. Leviathan-Sonderheft 7. Opladen 1986
- BLIEN/TESSARING 1986 Uwe Blien; Manfred Tessaring: Die Bildungsgesamtrechnung des IAB. Konzeption und erste Ergebnisse, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)4, S. 501-518
- BLOCH 1959 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt/M. 1959
- BLOSSFELD 1985 Hans-Peter Blossfeld: Berufseintritt und Berufsverlauf - eine Kohortenanalyse über die Bedeutung des ersten Berufs in der Erwerbsbiographie, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 18(1985)2, S. 177-197
- BLUM 1984 Ulrich Blum: The regional incidence of the social pension insurance budget in the federal republic of Germany. Manuskriptdruck Universität Karlsruhe 1984
- BMA 1972 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1972. Bonn o.J.
- BMA 1980 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1975 bis 1978. Bonn 1980
- BMA 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982. Bonn o.J.
- BMA 1983 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. Bonn o.J.
- BMA 1985 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985. Bonn o.J.

- BÖHLE/ALTMANN 1972** F. Böhle; N. Altmann: Industrielle Arbeit und Soziale Sicherheit. Eine Studie über Risiken im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt. Frankfurt/M. 1972
- BORUP u.a. 1980** J.H. Borup; D.T. Gallego; P.G. Heffernan: Relocation: Its Effect on Health, Functioning and Morale, in: The Gerontologist, 20(1980)4, S. 468-479
- BOSCH 1978** G. Bosch: Arbeitsplatzverlust. Die sozialen Folgen einer Betriebsstillegung. Frankfurt/M. 1978
- BOURDIEU 1982** Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M. 1982
- BRAAM et al. 1981** Gerard Braam; Jan Coolen; Joost Naafs: Ouderen in Nederland. Sociologie van Bejaarden, Bejaardenzorg en Beleid. Alphen aan de Rijn 1981
- BRAND/SMITH 1974** F.N. Brand; R.T. Smith: Life and Relocation of the Elderly, in: Journal of Gerontology, 29(1974), S. 336-340
- BRANDT 1969** Regierungserklärung Bundeskanzler Willy Brandt. 28. Oktober 1969, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 251-281
- BRANDT 1973** Regierungserklärung Bundeskanzler Willy Brandt. 18. Januar 1973, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 283-312
- BRAUN 1987** Helmut Braun: Seniorenbeiratswahl: Das Beispiel München, in: Tokarski, Walter; Schmitz-Scherzer, Reinhard (Hrsg.): Situationen - Konzepte - Perspektiven. Aktuelle Beiträge zur Gerontologie. Kasseler Gerontologische Schriften 2. Kassel 1987, S. 21-40
- BRAUN 1987** Joachim Braun: Einschätzung zum sozialen Engagement der Bevölkerung, in: Sozialer Fortschritt, 36(1987)1-2, S. 21-28

- BRINKMANN/KOHLER 1986 Christian Brinkmann; Hans Kohler: Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)3, S. 362-365
- BRINKMANN/REYHER 1985 Christian Brinkmann; Lutz Reyher: Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 18(1985)1, S. 4-10
- BRODY 1985a Elaine M. Brody: Tomorrow and Tomorrow and Tomorrow: Toward Squaring the Suffering Curve, in: Gaitz, Charles M.; Niederehe, George; Wilson, Nancy L. (eds.): Aging 2000: Our Health Care Destiny, Vol. II: Psychosocial and Policy Issues. New York, Berlin, Heidelberg, Tokyo 1985, S. 371-380
- BRODY 1985b Elaine M. Brody: The Informal Support System and Health of the Future Aged, in: Gaitz, Charles M.; Niederehe, George; Wilson, Nancy, L. (eds.): Aging 2000: Our Health Care Destiny, Vol. II: Psychosocial and Policy Issues. New York, Berlin, Heidelberg, Tokyo 1985, S. 173-189
- BROWNE 1986 Lynn E. Brown: Taking In Each Others's Laundry - The Service Economy, in: New England Economic Review, July/August (1986), S. 20-31
- BRUCKMANN 1987 Gerhard Bruckmann: Zitiert nach: Die Presse vom 4./5. Juli 1987, S. X
- BRÜCKNER/MAYER 1987 Erika Brückner; Karl Ulrich Mayer: Lebensgeschichte und Austritt aus der Erwerbstätigkeit im Alter - am Beispiel der Geburtsjahrgänge 1919-1921, Sfb 3-Arbeitspapier Nr. 228. Frankfurt/M., Mannheim 1987
- BÜCHTEMANN 1985 Christoph Büchtemann: Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 18(1985)4, S. 450-466
- BÜCHTEMANN/BURIAN 1986 Christoph Büchtemann; Klaus Burian: Befristete Beschäftigungsverhältnisse: ein internationaler Vergleich, in: Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, Nr. 24, April 1986, Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin 1986

BÜCHTEMANN/SCHUPP 1986

Christoph Büchtemann; Jürgen Schupp: Zur Sozio-Ökonomie der Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, Discussion Paper IIM/LMP 86 - 15, Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin 1986

BÜRKLIN 1984

Wilhelm P. Bürklin: Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem. Opladen 1984

BÜRKLIN 1986

Wilhelm P. Bürklin: Die Grünen: Versuchung junger Menschen oder Etablierungsproblem der neuen Bildungsklasse, in: Voss, R.; Friedrich, K. (Hrsg.): Die Jungwähler. Was sie denken und wie sie entscheiden. Stuttgart 1986, S. 145-177

BUNDESFORSCHUNGSANSTALT
FÜR RAUMORDNUNG
1985

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnung und Gesundheitspolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung. Bonn 1985, S. 3-4

BUNDESGESETZBLATT 1987

Bundesgesetzblatt 1987: Verordnungen über die Berufsausbildung in den industriellen Metall- und Elektroberufen vom 15. Januar 1987, Bundesgesetzblatt, Teil 1, (1987)6, S. 274-395

BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG
UND TECHNOLOGIE
1987

Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Mikroelektronik und Arbeitsplätze 26/87. Bonn 1987

BUREAU OF CENSUS 1983

Bureau of Census: World Population 1983. Recent Demographic Estimates for the Countries and Regions of the World. Washington, D.C. 1983

CALLAHAN 1985

D. Callahan: What do children owe elderly parents, in: Hastings Center Report, 15(1985), S. 32-37

CAMPBELL/STRATE 1981

J.C. Campbell; J. Strate: Are old people conservative?, in: The Gerontologist, 21(1981)6, S. 580-591

CANETTI 1981

Elias Canetti: Das Gewissen der Worte. Frankfurt/M. 1981

CARP 1976

F.M. Carp: Housing and Living Environments of Older People, in: Binstock, R.H.; Shanas, E. (eds.): Handbook of Aging and the Social Sciences. New York 1976, S. 244-271

- CHEN 1987 Yung-Ping Chen: Making Assets out of Tomorrow's Elderly, in: The Gerontologist, 27(1987)4, S. 410-416
- CHERLIN/FURSTENBERG 1985 A. Cherlin; F. Furstenberg: Styles and Strategies of grandparenting, in: Bengtson, Vern; Robertson, Joan (eds.): Grandparent-hood. Beverly Hills CA 1985, S. 97-116
- CICIRELLI 1985 V. Cicirelli: The role of siblings as family caregivers, in: Sauer, W.J.; Coward, R.T. (eds.): Social support networks and the care of the elderly: theory, research and practice. New York 1985, S. 93-107
- CLARK/ANDERSON 1967 M. Clark; B.G. Anderson: Culture and Aging: An Anthropological Study of Older Americans. Springfield, Illinois 1967
- CLARKE 1979 John Clarke: Stil, in: Clarke, John et al.: Jugendkultur als Widerstand. Frankfurt/M. 1979, S. 133-157
- CLARKE et al. 1979 John Clarke; Stuart Hall; Tony Jefferson; Brian Roberts: Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: Clarke, John et al.: Jugendkultur als Widerstand. Frankfurt/M. 1979, S. 39-131
- CLAUSS et al. 1981 Thomas Clauß; Wolfgang Fritz; Hasso von Henniges; Rolf Jansen unter Mitarbeit von Liselotte Ohl: Qualifikation und Beschäftigung in den Metallberufen. Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 39. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Berlin 1981
- COLE 1985a Thomas R. Cole: Aging, Meaning, and Well-Being: Musings of a Cultural Historian, in: Gaitz, Charles M.; Niederehe, George; Wilson, Nancy L. (eds.): Aging 2000: Our Health Care Destiny, Vol. II: Psychosocial and Policy Issues. New York, Berlin, Heidelberg, Tokyo 1985, S. 361-370
- COLE 1985b Thomas R. Cole: Thoughts on Old Age and the Welfare State. Political Economy, History and Health Policy, in: Journal of the American Geriatrics Society, 33(1985)12, S. 869-873
- COOLEY 1937 Charles H. Cooley: Social Organisation. New York 1937

- COOPER/GUTMANN 1987 Kathryn L. Cooper; David L. Gutmann: Gender Identity and Ego Mastern Style in Middle-Aged, Pre- and Post-Empty Nest Women, in: The Gerontologist, 27(1987)3, S. 347-352
- CYPRIAN 1978 Gudrun Cyprian: Sozialisation in Wohngemeinschaften. Stuttgart 1978
- DAHRENDORF 1986 R. Dahrendorf: Mit dem Zollstock der Träume. Vom Geist der Gesetze - oder wie die Deutschen mit ihren Institutionen umgehen, in: Die Zeit, 12.09.1986, S. 4
- DENNEBAUM 1986 Eva-Maria Dennebaum: Altenarbeit als Feld der Sozialarbeit - Erwartungen aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes, in: Schmidt, Roland (Hrsg.): Ausbildung und Praxisfelder für Sozialarbeit/Sozialpädagogik in der Altenarbeit. Berlin 1986, S. 64-76
- DENNERSMANN/LUDWIG 1986 Ursula Dennersmann; Rüdiger Ludwig: Das gewandelte Altenbild in der Werbung - Ergebnisse einer neueren Studie aus dem Jahre 1985, in: Zeitschrift für Gerontologie, 19(1986)5, S. 362-368
- DEUTSCHER ÄRZTETAG 1986 Bundesärztekammer/Deutscher Ärztetag (Hrsg.): Gesundheits- und sozialpolitische Vorstellungen der deutschen Ärzteschaft, beschlossen am 89. Deutschen Ärztetag 1986 in Hannover. Köln 1986
- DEUTSCHER BUNDESTAG 1980 Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagsdrucksache 8/4437 vom 8.8.1980
- DEUTSCHER BUNDESTAG 1985 Antrag des Abgeordneten Bueb und der Fraktion DIE GRÜNEN: Grundrente statt Altersarmut, Bundestagsdrucksache 10/3496 vom 18.6.1985
- DEUTSCHER BUNDESTAG 1986a Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen der Abgeordneten Bueb, Frau Wagner und der Fraktion DIE GRÜNEN: Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestagsdrucksache 10/6055 vom 24.09.1986
- DEUTSCHER BUNDESTAG 1986b Sozialbericht 1986, Bundestagsdrucksache 10/5810 vom 01.07.1986

- DEUTSCHER STÄDTETAG 1987 Statistische Abteilung des Deutschen Städtetages: Die Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern, in: der städtetag (1987)6, S. 369-379
- DEUTSCHE SHELL AG 1985 Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugendliche und Erwachsene '85, 5 Bde. Opladen 1985
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) 1984 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Längerfristige Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wochenbericht, 51(1984)24, S. 277-287
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) 1985 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Quantitative Analysen für ein alternatives Rentenmodell der Alterssicherung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Gutachten im Auftrag der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag. Berlin 1985
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) 1986a Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Finanzierung der Altersversorgung. Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1970 bis 1985, in: Wochenbericht, 53(1986)32, S. 397-403
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) 1986b Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Unzureichende und ungleiche Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht, Erwerbstätige Eltern benachteiligt, in: Wochenbericht des DIW, 53(1986)40, S. 501-506
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) 1987 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000, in: Wochenbericht, 53(1987)25, S. 329-347
- DIECK 1987 Margret Dieck: Altenpflege im Krankenhaus. Fortschritt oder Rückschritt?, in: Krankendienst, 60(1987)10, S. 325-340
- DIECK et al. 1985 M. Dieck; G. Naegele; R. Schmidt (Hrsg.): "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Berlin 1985

- DIECK/FALCK/LINDNER 1986** Margret Dieck; Ingeborg Falck; Johannes Lindner: Tätigkeitsfelder und Berufschancen deutscher Gerontologen - dargestellt auf der Grundlage einer Umfrage unter Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie, in: Zeitschrift für Gerontologie, 19(1986)1, S. 65-72
- DIERKES/STRÜMPEL 1985** Meinolf Dierkes; Burkhart Strümpfel (Hrsg.): Wenig Arbeit - aber viel zu tun. Opladen 1985
- DIESENBACHER 1987** Hartmut Dießenbacher: Gibt es einen gesundheitspolitischen Gerontozid? Zur Ethik und Ökonomie des Generationenkonfliktes im Gesundheitssystem, in: Neue Praxis, 17(1987)3, S. 257-265
- DIEWALD 1986** Martin Diewald: Sozialkontakte und Hilfeleistungen in informellen Netzwerken, in: Glatzer, W.; Berger-Schmitt, R. (Hrsg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Frankfurt/M. 1986, S. 51-84
- DIRKS 1985** Walter Dirks: Mein Traum von den lebendigen Alten, in: Schultz, Hans Jürgen (Hrsg.): Die neuen Alten. Erfahrungen aus dem Unruhestand. Stuttgart 1985, S. 243-256
- DOHNICHT-FLUCK 1984** Brigitte Dohnicht-Fluck: Runzlige Radikale. Graue Panther in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Hannover 1984
- DOSTAL 1982** Werner Dostal: Fünf Jahre Mikroelektronik-Diskussion, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 15(1982)2, S. 151-161
- DOSTAL 1986** Werner Dostal: Informationstechnik und Informationsbereich im Kontext aktueller Prognosen, in: Mitteilungen aus der Arbeits- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)1, S. 134-144
- DOWD 1981** James J. Dowd: Age and Inequality: a Critique of the Age Stratification Model, in: Human Development, 24(1981), S. 150-157
- DREXEL 1982** Ingrid Drexel: Belegschaftsstrukturen zwischen Veränderungsdruck und Beharrung. Zur Durchsetzung neuer Ausbildungsberufe gegen bestehende Qualifikations- und Lohnstrukturen. Frankfurt/M. 1982

- DÜRSCHIED 1984 Heinrich Dürscheid: Zwischen "Grauen Panthern" und Ballsaal.
München 1984
- DÜTZ/MÄRTIN 1982 A. Dütz; H. Martin: Energie und Stadtplanung.
Berlin 1982
- DURKHEIM 1893 Emile Durkheim: De la division du travail: étude sur l'organisation des sociétés supérieurs.
Paris 1893
- ECKERLE et al. 1987 K. Eckerle; H.J. Barth; P. Hofer; K. Schilling: Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen und gesetzliche Rentenversicherung vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Bevölkerung - Untersuchung der PROGNOSE-AG im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger.
Basel 1987
- EDINGER 1981 Lewis J. Edinger: Politik und ältere Menschen. Vortrag am Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung. (Manuskript).
Bonn 1981
- EDINGER 1985 Lewis J. Edinger: Politics of the aged: Orientations and behavior in major liberal democracies, in: Zeitschrift für Gerontologie, 18(1985)2, S. 58-64
- EICHENHOFER 1985 Eberhard Eichenhofer: Beitragsgestaltung nach Leistungsfähigkeit - eine Alternative?, unveröffentl. Vortragsmanuskript.
Tutzing und München 1985
- EICHHORN/CLAUSEN 1981 Dorothy H. Eichhorn; John A. Clausen et al.: Present and Past in Middle Life.
New York 1981
- v. EINEM 1986 Eberhard von Einem: Dienstleistungen und Beschäftigungsentwicklung, in: Wissenschaftszentrum Berlin, discussion papers IIM/LMP 86-6.
Berlin 1986
- ELIAS 1985 Norbert Elias: The Loneliness of the Dying.
Oxford 1985

- ERHARD 1963 Regierungserklärung Bundeskanzler Ludwig Erhard. 18. Oktober 1963, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 153-190
- ERHARD 1965 Regierungserklärung Bundeskanzler Ludwig Erhard. 10. November 1965, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 191-230
- FEIST et al. 1986 W. Feist; R. Greiff; J. Klien; P. Werner: Sozialer Mietwohnungsbau nach ökologischen Prinzipien. Expertise zum Stand der Erfahrungen, Institut Wohnen und Umwelt. Darmstadt 1986
- v. FERBER 1986 Christian von Ferber: Ehrenamtliche soziale Dienstleistungen, in: Sozialer Fortschritt, 35(1986)12, S. 265-269
- FINK 1987 Ulf Fink: Der neue Generationenvertrag, in: Die Zeit Nr. 15 vom 3.4.1987, S. 24
- FORSTER 1987 Jürgen Forster: Die Last der teuren Alten, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.3.1987
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 1985 Niedrige Beiträge sollen Arbeitsplätze schaffen - neue Regeln für die Sozialversicherung/Ein Experiment in England, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 74 vom 28.3.1985, S. 14
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 1987 Chemie-Tarifpartner feiern ein "Jahrhundertwerk" - Arbeiter und Angestellte werden gleichgestellt/Tariferhöhungen für drei Jahre und 39-Stunden-Woche, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1987
- FRIEDRICH/RONNING 1985 Werner Friedrich; Gerd Ronning: Arbeitsmarktwirkungen moderner Technologien. Köln, Konstanz 1985
- FRIES 1983 James F. Fries: The Compression of Morbidity, in: Milbank Memorial Fund Quarterly/Health and Society, 61(1983)3, S. 397-419

- FOURASTIE 1954 J. Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1954
- GAMBAROFF 1985 Marina Gambaroff: Utopie der Treue. Reinbek 1985
- GARMS-HOMOLOVA et al. 1982 V. Garms-Homolová; U. Hütter; C. Leibing: Wohnbedingungen und Selbstversorgung im Alter, in: Zeitschrift für Gerontologie, 15(1982)3, S. 150-157
- GARMS-HOMOLOVA et al. 1985 V. Garms-Homolová; A. Hoffmann, R. Schmitz-Scherzer; W. Tokarski (Hrsg.): Professionalisierung und Laisierung in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung alter Menschen. Kasseler Gerontologische Schriften, Bd. I. Kassel 1985
- GATZWEILER 1985 Hans-Peter Gatzweiler: Regionale Bevölkerungsentwicklung und künftiger Bedarf an Gesundheitsleistungen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn (1985)3-4, S. 211-220
- GAUNT 1982 David Gaunt: Formen der Altersversorgung in Bauernfamilien Nord- und Mitteleuropas, in: Mitterauer, Michael; Sieder, Reinhard (Hrsg.): Historische Familienforschung. Frankfurt/M. 1982, S. 156-191
- GENSIOR 1986 Sabine Gensior: Mikroelektronik-Anwendung und ihre Bedeutung für die Qualifikationen. Wissenschaftszentrum Berlin, discussion paper IIM/LMP 86-7. Berlin 1986
- GERSHUNY 1983 J.I. Gershuny: Goods, Services and the Future of Work, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg, herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt/M., New York 1983, S. 82-93
- GERSHUNY 1984 J.I. Gershuny: The Future of Service Employment. Wissenschaftszentrum Berlin, discussion papers IIM/LMP 84-7. Berlin 1984

GESELLSCHAFT FÜR
VERSICHERUNGSWISSENSCHAFT
1982

Gesellschaft für Versicherungswissenschaft
und -gestaltung e.V. (Hrsg.): Kostenent-
wicklung und Kostendämpfung im Gesundheits-
wesen in sechs Ländern an Rhein und Maas.
Köln 1982

GOESCHEL 1982

Albrecht Goeschel: Raumordnungspolitik
und Sozialversicherungssystem, in: Der
Landkreis, 52(1982)3, S. 120-123

GOESCHEL 1984a

Albrecht Goeschel: Die soziale Kranken-
versicherung als Gegenstand der Wirtschafts-
geographie. Vortrag am Geographischen
Institut der Universität Göttingen am
2.7.1984

GOESCHEL 1984b

Albrecht Goeschel: Der Beitrag der Wirt-
schaftsgeographie zur Weiterentwicklung
der Krankenversicherung und der Gesund-
heitswirtschaft in den Regionen. Vortrag
am Geographischen Institut an der
Universität Mannheim am 23.10.1984

GOESCHEL 1984c

Albrecht Goeschel: Raumordnung, Kranken-
versicherung und Gesundheitswesen, in:
Raumforschung und Raumordnung,
42(1984)1, S. 1-12

GOESCHEL 1986a

Albrecht Goeschel: Soziale Arbeit - Wirt-
schaftsfaktor und Zukunftsinvestition,
in: Soziale Arbeit, 36(1987)3, S. 91-96

GOESCHEL 1986b

Albrecht Goeschel: Raumordnung, Sozial-
versicherung und Gesundheitswesen: Eine
neue Fragestellung in Wissenschaft und
Politik. Vortrag beim AOK-Bundesverband
am 9.12.1986

GRETSCHMANN/HEINZE
METTELSIEFEN 1984

Klaus Gretschmann; Rolf G. Heinze; Bernd
Mettelsiefen (Hrsg.): Schattenwirtschaft.
Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche
Aspekte, internationale Erfahrungen.
Göttingen 1984

GRETSCHMANN/METTELSIEFEN
1984

Klaus Gretschmann; Bernd Mettelsiefen: Die
Schattenwirtschaftsdebatte - eine
Retrospektive, in: Gretschmann, Klaus;
Heinze, Rolf G.; Mettelsiefen, Bernd
(Hrsg.): Schattenwirtschaft. Wirtschafts-
und sozialwissenschaftliche Aspekte, inter-
nationale Erfahrungen.
Göttingen 1984, S. 11-42

- GRIMM 1985 S. Grimm: Aktuelle Entwicklungstendenzen familialer und schulischer Sozialisation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hradil, St. (Hrsg.): Sozialstruktur im Umbruch, K.D. Bolte zum 60. Geburtstag. Opladen 1985, S. 287-304
- GROSSJOHANN/RÜCKERT 1984 Klaus Großjohann; Willi Rückert: Zunehmende Lebenserwartung - Auswirkungen auf die Altersversorgung?, in: Zeitschrift für Gerontologie, 17(1984)6, S. 311-314
- GROTTIAN 1983 P. Grottian: Die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten des öffentlichen, halb-öffentlichen, kirchlichen und selbsthilfe-organisierten Sektors, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt/M., New York 1983, S. 570-587
- GRUNOW/HEGNER 1981 Dieter Grunow; Friedhart Hegner: Sozialstationen im Bereich der ambulanten Sozial- und Gesundheitspflege, in: Badura, B.; von Ferber, Ch. (Hrsg.): Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen. München 1981, S. 39-66
- HÄFNER/REIMANN 1970 H. Häfner; H. Reimann: Spatial Distribution of Mental Disorders in Mannheim 1965, in: Hare, E.H.; Wing, J.K. (eds.): Psychiatric Epidemiology: Proceedings of the International Symposium held at Aberdeen University 22-25 July, 1969, London 1970, S. 341-354
- HAGEMANN 1985 H. Hagemann: Freisetzungs- und Kompensationseffekte neuer Technologien: Zur Gefahr einer technologischen Arbeitslosigkeit, in: Buttler, F.; Kühl, J.; Rahmann, B. (Hrsg.): Staat und Beschäftigung, Angebots- und Nachfragepolitik in Theorie und Praxis, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 88. Nürnberg 1985, S. 291-335
- HAGESTAD 1981 Gunhild O. Hagestad: Problems and promises in the social psychology of intergenerational relations, in: Fogel, R.; Hatfield, E.; March, J. (eds.): Aging: stability and change in the family. New York 1981, S. 11-46

- HAGESTAD 1984 Gunhild O. Hagestad: Multigenerational Families: Socialization, Support and Strain, in: Garms-Homolová, Vjenka; Hoerning, Erika; Schaeffer, Doris (eds.): Intergenerational Relationships. Lewiston NY, 1984, S. 105-114
- HAGESTAD 1986 Gunhild O. Hagestad: The Aging Society as a Context for Family, in: Daedalus, winter, 1986
- HAGESTAD 1986 Gunhild O. Hagestad: The Family: Women and Grandparents as Kin-Keepers, in: Pifer, Alan; Bronte, Lydia (eds.): Our Aging Society. Paradox and Promise. New York 1986, S. 141-160
- HAGESTAD 1987 Gunhild O. Hagestad: Able Elderly in the Family Context: Changes, Chances and Challenges, in: The Gerontologist, 27(1987)4, S. 417-422
- HAHN 1982 E. Hahn (Hrsg.): Siedlungsökologie. Ökologische Aspekte einer neuen Stadt- und Siedlungspolitik. Karlsruhe 1982
- HAMACHER 1985 G. Hamacher: Wann bricht der Damm? Über die Notwendigkeit der Sanierung von Neubausiedlungen, in: Kabisch, W. (Hrsg.): ... und hinter der Fassade. Köln 1985, S. 73-91
- HANDELSBLATT 1986 Eine schlichte Streichung kommt nicht in Frage - Geringverdienergrenze, auch Blüm sieht Probleme, Handelsblatt Nr. 7 vom 10./11.1.1986, S. 4
- HART/KAWASAKI 1985 Robert Hart; Seiichi Kawasaki: Payroll Taxes and Factor Demand, discussion papers IIM/IP 85 - 1, Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin 1985
- HARTUNG 1978 Klaus Hartung: Über die langandauernde Jugend im linken Getto, in: Kursbuch 54. Berlin 1978, S. 174-188
- HAZAN 1986 Chaim Hazan: Course into Cycle: Process and Structures in Later Life, Paper presented at the IIIRD Symposium of the European Behavioural and Social Science Research of the International Association of Gerontology, Shores/Jerusalem, August 1986, S. 25-29

- HEIDENREICH 1986 H.-J. Heidenreich: Mikrozensus und Erwerbstätigkeit im Juni 1985, in: Wirtschaft und Statistik, (1986)12, S. 974-985
- HEINS/STIENS 1984 Frank Heins; Gerhard Stiens: Regionale Unterschiede der Sterblichkeit. Hrsg. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Bonn 1984
- HEINEMANN-KNOCH et al. 1982 M. Heinemann-Knoch; M. de Rijke; C. Rosenberg; H. Summer-Juhnke: Die Bedeutung ambulanter sozialer Dienste im familiären Lebensumfeld: Überlegungen am Beispiel von Sozialstationen, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Staatliche Sozialpolitik und Familie. München 1982, S. 243-266
- HELBERGER/SCHWARZE 1986 Christof Helberger; Johannes Schwarze: Umfang und Struktur der Nebenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)2, S. 271-286
- HELMSTÄDTER 1987 Ernst Helmstädter: Die Ratgeber sind nicht ratlos- Eine gesplante Konjunktur erschwert Prognosen, in: Die Zeit Nr. 29 vom 18.9.1987, S. 26
- HERRERA et al. 1977 A.O. Herrera; O. Amilcar; H.D. Scolnik: Grenzen des Elends. Frankfurt/M. 1977
- HESS/HANDEL 1974 R. Hess; G. Handel: Family Worlds, a psychosocial approach to family life. Chicago 1974
- HICKEL 1986 Rudolf Hickel: Neue Technologien: Jobkiller oder Jobknüller?, in: Alheit, P.; Lobodda, G.; Wollenberg, J. (Hrsg.): Wie wir leben wollen - Krise der Arbeitsgesellschaft, Widerstand, Reform und Perspektiven. Hamburg 1986, S. 45-70
- HINSCHÜTZER/MOMBER 1984 Ursula Hinschützer; Heide Momber: Basisdaten über ältere Menschen in der Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1984

- HÖRL/ROSENMAYR 1982 Josef Hörl; Leopold Rosenmayr: L'aide aux personnes âgées comme tâche commune de la famille et des services sociaux, in: *Gérontologie et Société*, (1982)21, S. 75-91
- HOFER 1982 Peter Hofer: Überlegungen zur Produktions- und Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Sektoren, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)*, 19(1986)1, S. 56-67
- HOFFMANN/WEIDIG 1986 Edeltraut Hoffmann; Inge Weidig: Der Arbeitskräftebedarf im Dienstleistungssektor bis zum Jahr 2000 nach Wirtschaftszweigen, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)*, 19(1986)1, S. 68-87
- HOLZ 1987 Gerda Holz: Alten(hilfe)politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1985. Eine politikwissenschaftliche Analyse am Beispiel des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Berlin 1987
- HONDRICH 1986 Karl Otto Hondrich: Die Verwandlung, in: *Der Spiegel*, 40(1986)50, S. 218-219
- HONNETH et al. 1979 Axel Honneth; Birgit Mahnkopf; Rainer Paris: Zur "latenten Biographie" von Arbeiterjugendlichen, in: Mackensen, Rainer; Sagebiel, Felizitas (Hrsg.): *Soziologische Analysen. Referate aus den Veranstaltungen beim 19. Deutschen Soziologentag*. Berlin 1979, S. 930-939
- HUDSON 1987 Robert B. Hudson: Tomorrow's Able Elders: Implications for the State, in: *The Gerontologist*, 27(1987)4, S. 405-409
- ILLICH et al. 1979 Ivan Illich et al.: Entmündigung durch Experten. Zur Kritik der Dienstleistungsberufe. Reinbek 1979
- IMHOF 1981 Arthur E. Imhof: Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. München 1981

- INFRATEST 1981 Infratest Sozialforschung (H. Bielenski): Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit, Teilprojekt 3, Repräsentativbefragung, durchgeführt im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, (unveröffentl. Forschungsbericht). München 1981
- INFRATEST 1982 Infratest Sozialforschung: Daten zur Einkommenssituation im Alter. Infratest-Erhebung 1982, 3 Bde., München 1984/85, (erschienen in: Forschungsbericht Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Sozialforschung Bd. 118)
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 1985 Institut der Deutschen Wirtschaft: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland - Ausgabe 1985. Köln 1985
- JENKE/BESKE 1987 Axel Jenke; Fritz Beske: Kosten- und Leistungsvergleiche zwischen stationärer und ambulanter Altenhilfe. Kurzfassung. Kiel 1987
- JESSEN et al. 1985 J. Jessen; W. Siebel; Ch. Siebel-Rebell; U.J. Walther: Mythos informelle Ökonomie. Leviathan, (1985)3, S. 398-419
- JEUNE AFRIQUE 1985 Jeune Afrique (Wochenzeitschrift mit Erscheinungsort Paris) Nr. 1271 vom 15.5.1985
- van de KAA 1985 D. van de Kaa: Van demografisch gedrag tot demografisch perspectief, in: Koninklijke Nederlandse Academie van Wetenschappen: De toekomst van het westerse gezin (Werkdocument nr. 12). Amsterdam 1985
- KANNENGIESSER 1986 Walter Kannengießer (kg.): Frau Süsmuth fixiert neues Familien-Bild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 235 vom 10.10.1986, S. 5
- KASL 1972 S.V. Kasl: Physical and Mental Health Effects of Involuntary Relocation and Institutionalization on the Elderly - a Review, in: American Journal of Public Health, 62(1972), S. 377-384
- KASSENÄRZTLICHE BUNDESVEREINIGUNG 1983 Kassenärztliche Bundesvereinigung (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1983. Köln 1983

- KAUFMANN 1982** Franz-Xaver Kaufmann: Sozialpolitik: Stand und Entwicklung der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: PVS (Politische Vierteljahrszeitschrift), Sonderheft 13/1982, S. 344-365
- KAUFMANN/LEISERING 1984** Franz-Xaver Kaufmann; Lutz Leisering: Demografische Veränderungen als Problem für soziale Sicherungssysteme, in: Internationale Revue für soziale Sicherheit, 37(1984)4, S. 429-452
- KERN/SCHUMANN 1984** Horst Kern; Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München 1984
- KIESINGER 1966** Regierungserklärung Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. 13. Dezember 1966, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 231-250
- KIVNICK 1983** H. Kivnick: Dimensions of grandparenthood meaning: Deductive conceptualisation and empirical derivation, in: Journal of Personality and Social Psychology, 44(1983), S. 1056-1068
- KLANBERG/PRINZ 1986a** Frank Klanberg; Aloys Prinz: Anreizkompatibilität von Transfers im Bereich der sozialen Mindestsicherung. Eine ökonomische Analyse der Grundeinkommensvorschläge, in: Sozialer Fortschritt, 35(1986)10, S. 229-239
- KLANBERG/PRINZ 1986b** Frank Klanberg; Aloys Prinz: Soziale Grundsicherung - aber wie?, in: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim, Arbeitspapier 219, Oktober 1986
- KLAUDER 1986** Wolfgang Klauer: Technischer Fortschritt und Beschäftigung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)1, S. 1-19
- KLAUDER 1987** Wolfgang Klauer: Die mittleren und älteren Jahrgänge müssen künftig den Innovations-transfer leisten, in: Handelsblatt Nr. 70 vom 9.4.1987, S. 8

- KLAUDER/SCHNUR/THON 1985 W. Klauder; P. Schnur; M. Thon: Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 18(1985)1, S. 41-62
- KLIEN et al. 1985 J. Klien; D. Schubert; K. Traube: Energiepolitik vor Ort. Köln 1985
- KOCH/SEEBERGER 1984 T.C. Koch; J. Seeberger: Ökologische Müllverwertung. Karlsruhe 1984
- KÖNIG 1976 René König: Soziologie der Familie, in: König, René (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. 7. Stuttgart 1976, S. 1-217
- von KONDRATOWITZ/SCHMIDT 1986 Hans-Joachim von Kondratowitz; Roland Schmidt: Vorwärts zu den Anfängen. Wohlfahrtsverbandliche Altenarbeit im Spannungsfeld gerontologischer Zielvorstellungen und finanzieller Restriktionen, in: Thranhardt, Dietrich et al. (Hrsg.): Wohlfahrtsverbände zwischen Selbsthilfe und Sozialstaat. Freiburg 1986, S. 54-68
- KOOY 1985 Gerrit Kooy: Sexualiteit. Huwelijck en Gezin in naorlogs Nederland, in: Koninklijke Nederlandse Academie van Wetenschappen: De Toekomst van het Westerse Gezin (Werkdocument nr. 12). Amsterdam 1975
- KNIPSCHER 1980 Kees Knipscheer: Oude Mensen en hun sociale omgeving. Den Haag 1980
- KNIPSCHER 1982 Kees Knipscheer: Het familieverband als kontekst van de levensloop, in: Tijdschrift voor Gerontologie en Geriatrie, 13(1982), S. 232-242
- KNIPSCHER 1986 Kees Knipscheer: Family Care for the Impaired Elderly; Possibilities for innovations, in: van den Heuvel, Wim; Schrijvers, Geert (eds.): Innovations in Health Care for the Elderly. Lochem 1986
- KNIPSCHER/BEVERS 1985 Kees Knipscheer; Anton Bevers: Older parents and their middle aged children: symmetry and asymmetry in their relationship, in: Canadian Journal on Aging, 4(1985), S. 145-159

- KOHL 1982 Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Für eine Politik der Erneuerung. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag vom 13. Oktober 1982, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Reihe Berichte und Dokumentationen
- KOHL 1983 Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 4. Mai 1983: Programm der Erneuerung. Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Berichte und Dokumentationen
- KOHL 1987 Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag (Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, 18. März 1987): Die Schöpfung bewahren - die Zukunft gewinnen. Grundsätze und Leitgedanken - Auftrag zur Verantwortung und Gestaltung, in: Bulletin, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 27 vom 19. März 1987, S. 205-220
- KOHLI 1986 Martin Kohli: Der Lebenslauf im Strukturwandel der Moderne, in: Soziale Welt, Sonderband 4. Göttingen 1986, S. 183-208
- KOHR 1983 Leopold Kohr: Die überentwickelten Nationen. Salzburg 1983
- KOTTHOFF 1984 H. Kotthoff: Betriebliche Personalpolitik im Umgang mit gesundheitlich Beeinträchtigten. Saarbrücken 1984
- KRIESI 1984 Hanspeter Kriesi: Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge. Frankfurt/M. 1984
- von KROCKOW 1985 Christian Graf von Krockow: Perspektiven des Sports im gesellschaftlichen Wertewandel, in: Buss, Wolfgang; Krüger, Arnd (Hrsg.): Sportgeschichte: Traditionspflege und Wertewandel. Festschrift zum 75. Geburtstag von Wilhelm Henze. Duderstadt 1985, S. 15-20
- KRUG 1986 Walter Krug: Das regionale Gefälle in der Sozialhilfedichte, in: Der Landkreis, 56(1986)8-9, S. 422-425

- KRUPP 1985 Hans-Jürgen Krupp: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Finanzierung des Sozialversicherungssystems, in: Wirtschaftsdienst, 65(1985)2, S. 64-72
- KRUPP 1986 Hans-Jürgen Krupp: Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und Perspektiven der Beschäftigungsstruktur, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)1, S. 145-158
- KRUSE 1984 Andreas Kruse: The Five Generation Family, a pilot study, in: Garms-Homolová, Vjenka; Hoerning, Erika; Schaeffer, Doris (eds.): Intergenerational Relationships. Lewiston NY 1984, S. 115-124
- KÜENZLEN 1984 M. Küenzlen, Oekotop Autorenkollektiv: Ökologische Stadterneuerung. Karlsruhe 1984
- KÜHLEWIND 1981 Gerhard Kühlewind: Beschäftigungstendenzen älterer Arbeitnehmer auf mittel- und längerfristige Sicht. EG-Dokument V/86/82-DE. Brüssel 1981
- KÜHLEWIND 1986 Gerhard Kühlewind: Beschäftigung und Ausgliederung älterer Arbeitnehmer. Empirische Befunde zur Erwerbsbeteiligung, Rentenübergang, Vorruhestandsregelungen und Arbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)2, S. 209-232
- KÜHLEWIND 1987 Gerhard Kühlewind: Erfahrungen mit dem Vorruhestand aus beschäftigungspolitischer Sicht, in: Schmähel, W. (Hrsg.): Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Tübingen 1987, (i.E.)
- KÜLP 1984 Bernhard Külp: Der Einfluß der Sozialpolitik auf die Anpassungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Systeme, in: Jahrbuch für neue politische Ökonomie, (1984)3, S. 60-77
- KURTZ 1984 L.R. Kurtz: Evaluating Chicago Sociology. A guide to the literature with an annotated bibliography. Chicago, London 1984
- LANDENBERGER 1983 Margarete Landenberger: Arbeitszeitwünsche - Vergleichende Analyse vorliegender Umfrageergebnisse, Discussion Paper IIM/LMP 83 - 17, Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin 1983

- LANDENBERGER 1985** Margarete Landenberger: Aktuelle versicherungsrechtliche Fragen zur flexiblen Arbeitszeit und Teilzeitbeschäftigung, in: Zeitschrift für Sozialreform, 31(1985)6 (1. Teil), S. 321-335 und 31(1985)7 (2. Teil), S. 393-415
- LANDENBERGER 1986a** Margarete Landenberger: Arbeitszeitpräferenzen der Erwerbsbevölkerung, in: Buttler, G.; Oettle, K.; Winterstein, H. (Hrsg.): Flexibilität gegen starre Sozialsysteme. Baden-Baden 1986
- LANDENBERGER 1986b** Margarete Landenberger: Arbeitsmarkt und soziale Sicherung: Forschungsstand und Forschungsbedarf, in: Sozialer Fortschritt, 35(1986)4, S. 79-85
- LANDENBERGER 1986c** Margarete Landenberger: Gibt es eine neue Armut? Arbeitsmarktpolitische Situation und soziale Folgen, in: Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer Deutschlands (VdK), Tagungsdokumentation. München 1986
- LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 1986** Landeshauptstadt München (Hrsg.): Alten- und Service-Zentren. Die Wirkungsweise eines neuen Konzeptes der offenen Altenhilfe. München 1986
- LAPPE 1983** Lothar Lappe: Berufseinmündung und Arbeitserfahrungen junger Facharbeiter, in: Kärtner, G. et al. (Hrsg.): Ausbildung und Arbeitsplatzrisiko Jugendlicher. Workshop-Bericht aus der empirischen Forschung zur beruflichen Sozialisation. München 1983, S. 159-187
- LAPPE 1985** Lothar Lappe: Berufsverlaufsmuster und Reproduktionsinteressen junger Facharbeiter, in: Hoff, E.; Lappe, L.; Lempert, W. (Hrsg.): Arbeitsbiographie und Persönlichkeitsentwicklung. Bern 1985, S. 179-199
- LASLETT 1977** Peter Laslett: Family life and illicit love in earlier generations. Cambridge 1977

- LAWTON 1977 M.P. Lawton: Impact of the Environment on Aging and Behavior, in: Birren, J.E.; Schaie, K.W. (eds.): Handbook of the Psychology of Aging. New York 1977, S. 276-301
- LEHR 1985 Ursula Lehr: Beeinflussbarkeit von Alterungsprozessen - Pflegebedürftigkeit oder Kompetenz im Alter?, in: Die Frau in unserer Zeit, (1985)1, S. 2-9
- LEHR 1986 Ursula Lehr: Ältere Mitarbeiter im Betrieb - Die Zukunft bewältigen - mit oder ohne die Älteren?, in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Ältere Mitarbeiter im Betrieb - Fakten - Tendenzen - Empfehlungen. München 1986, S. 13-47
- LIEGLE 1987 Ludwig Liegle: Freie Assoziationen von Familien als 'postmoderne' Lebensformen, in: Neue Praxis, 17(1987)1, S. 1-14
- LINDER 1985 Peter Linder: Die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen - Analysen und Prognosen auf der Grundlage eines Gesundheitsbudgets für Baden-Württemberg, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Stuttgart, 30(1985), S. 5-40
- LINDNER 1986 Rolf Lindner: Apropos Stil. Einige Anmerkungen zu einem Trend und seinen Folgen, in: Lindner, Rolf; Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Verborgene im Licht. Neues zur Jugendfrage. Frankfurt/M. 1986, S. 206-218
- LIVSON 1986 Florine B. Livson: Gender Identity: A Life-Span View of Sex Role Development, in: Weg, Ruth B. (ed.): Sexuality in the Later Years: Roles and Behavior. New York 1986, S. 105-127
- LUTZ 1985 Wolfgang Lutz: Heiraten, Scheidungen und Kinderzahl, in: Demographische Informationen, hrsg. vom Institut für Demographie der Akademie der Wissenschaften. Wien 1985
- MANNHEIM 1928 Karl Mannheim: Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahresschrift für Soziologie, (1928)7 und in: von Friedeburg, Ludwig (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln, Berlin 1971, S. 23 ff.

- MATHEW 1986** Heinrich Mathew: Das KvDR-Abrechnungsverfahren mit der BfA, in: Die Ersatzkasse, 66(1986)9, S. 359-367
- MATTHES 1983** J. Matthes (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt/M., New York 1983
- MAYNTZ 1983** Renate Mayntz (Hrsg.): Implementation politischer Programme II. Ansätze zur Theoriebildung. Opladen 1983
- MEADOWS/MEADOWS 1973** Donella Meadows; Dennis Meadows: Grenzen des Wachstums. Reinbek 1973
- MECKEL 1980** Christoph Meckel: Suchbild. Über meinen Vater. Düsseldorf 1980
- MEIER/LAKASCHUS/DUMPERT o.J.** Hans-Jürgen Meier; Carmen Lakaschus; Hans-Dieter Dumpert: Oldies but Goldies. Der Markt mit Zukunft. Hrsg. von der Verlagsgruppe Bauer. Hamburg o.J.
- MEIER/SEEMANN 1982** Rainer Meier; Hans-Jürgen Seemann: Die Grauen Panther - Rebellion der Alten. Weinheim-Basel 1982
- MERZ/WOLFF 1986** Joachim Merz; Klaus Wolff: Eigenarbeit und Erwerbsarbeit in Haupt- und Nebenerwerb - Ergebnisse der Sfb 3-Nebenerwerbstätigkeitsumfrage, Sfb 3-Arbeitspapier Nr. 191. Frankfurt/M., Mannheim 1986
- MESAROVIC/PESTEL 1974** U. Mesarovic; E. Pestel: Menschheit am Wendepunkt. Stuttgart 1974
- MEYER/SCHULZE 1983** Sybille Meyer; Eva Schulze: Nichtehele Lebensgemeinschaften, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 35(1983), S. 735-754

- MICKLER et al. 1977 Otto Mickler; Walter Mohr; Ulf Kadritzke: Produktion und Qualifikation. Bericht über die Hauptstudie im Rahmen der Untersuchung von Planungsprozessen im System der beruflichen Bildung - Eine empirische Untersuchung zur Entwicklung von Qualifikationsanforderungen in der industriellen Produktion und deren Ursachen, Teil I und II. Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI). Göttingen 1977
- MIEGEL/WAHL 1985 Meinhard Miegel; Stefanie Wahl: Gesetzliche Grundsicherung, private Vorsorge - Der Weg aus der Rentenkrise, Schriften des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG). Stuttgart 1985
- MINGIONE 1986 E. Mingione: Urban Sociology beyond the Theoretical Debate of the Seventies, in: International Sociology, (1986)1,2, S. 137-153
- MINOIS 1987 Georges Minois: Histoire de la Vieillesse en Occident de l'Antiquité à la Renaissance. Paris 1987
- MITTERAUER 1977 Michael Mitterauer: Familienwirtschaft und Altersversorgung, in: Mitterauer, Michael; Sieder, Reinhard (Hrsg.): Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. München 1977, S. 179-202
- MITTERAUER 1982 Michael Mitterauer: Problemfelder einer Sozialgeschichte des Alters, in: Konrad, H. (Hrsg.): Der alte Mensch in der Geschichte. Wien 1982, S. 9-61
- MOHR/GLATZER 1984 Hans-Michael Mohr; Wolfgang Glatzer: Werte, persönliche Konflikte und Unzufriedenheit, in: Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Frankfurt/M., New York 1984, S. 221-233
- MONHEIM 1985 Heiner Monheim: Probleme und Strategien einer regionalorientierten Gesundheitspolitik und -planung, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1985)3-4, S. 165-185

- MORRIS 1987 Robert Morris: Concluding Remarks: Consequences of the Demographic Revolution, in: The Gerontologist, 27(1987)4, S. 423-424
- MÜCKENBERGER 1985 Ulrich Mückenberger: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses, in: Zeitschrift für Sozialreform, (1985)7, S. 415-434 (Teil 1) und (1985)8, S. 457-475 (Teil 2)
- MÜHLFELD 1985 Claus Mühlfeld: Versuchte Nähe oder der schwierige Weg zum Thema. Zum Verhältnis von Familiensoziologie und historischer Familienforschung, in: Soziologische Revue, 8(1985)1, S. 21-26
- MÜHLUM et al. 1986 A. Mühlum; G. Olschow; H. Oppl; W.R. Wendt: Umwelt - Lebenswelt. Beiträge zu Theorie und Praxis ökosozialer Arbeit. Frankfurt/M. 1986
- MÜLLER 1986a Jürgen Müller: Patienten- und Diagnosestrukturen im Jahre 1984, in: Das Krankenhaus, 78(1986)2, S. 84-87
- MÜLLER 1986b Jürgen Müller: Patienten- und Diagnosestrukturen im Jahre 1985, in: Das Krankenhaus, 78(1986)11, S. 454-456
- MÜLLER 1983 Walter Müller: Wege und Grenzen der Tertiärisierung: Wandel der Berufsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1980, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/M., New York 1983, S. 142-160
- MUXEL-DOUAIRE 1986 Anne Muxel-Douaire: Chronique Familiale de deux heritages politiques et religieux, in: Cahiers internationaux de Sociologie, LXXXI(1986), S. 255-280
- MYLES 1984 J. Myles: Old Age in the Welfare State. Boston 1984
- NAEGELE 1978 Gerhard Naegele: Soziale Ungleichheit im Alter, Kölner Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 26. Köln 1978

- NAEGELE 1983 Gerhard Naegele: Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit (Forschungsbericht Nr. 91 des BMA). Bonn 1983
- NAEGELE 1985 Gerhard Naegele: Voran mit der familiären Pflege - Ein Weg zurück! Neuere Praxis-konzepte zur Beseitigung des Pflegenotstandes, in: WSI-Mitteilungen, (1985)7, S. 394-403
- NAEGELE 1987 Gerhard Naegele: Zukünftige Anforderungen der Altenhilfe an die Kommunalpolitik, in: Soziale Arbeit, 36(1987)12, S. 450-459
- NAEGELE/DIECK 1978 Gerhard Naegele; Margret Dieck: Erkenntnisinteresse und Forschungsprogramm einer wissenschaftlichen Sozialpolitik für ältere Menschen, in: Dieck, Margret; Naegele, Gerhard (Hrsg.): Sozialpolitik für ältere Menschen. Heidelberg 1978, S. 13-36
- NAISBITT/ABURDENE 1986 John Naisbitt; Patricia Aburdene: Megatrends des Arbeitsplatzes - von Infrastrukturen zur Lebensqualität. Bayreuth 1986
- NCBS 1986a Netherlands Central Bureau of Statistics: Levendgeborenen 1975 - 1985, in: Maandstatistiek Bevolking, (1986)1, S. 11-12
- NCBS 1986b Netherlands Central Bureau of Statistics: Vaker alternatieve Relatievorming dan alternatieve vruchtbaarheid, in: Maandstatistiek Bevolking, (1986)6, S. 25-28
- NELLES/BEYWL 1984 W. Nelles; W. Beywl (Hrsg.): Selbstorganisation: Alternativen für Verbraucher. Bürgerinitiativen - Selbsthilfegruppen - Mieterorganisation - Bürgerbeteiligung - Neue Soziale Bewegung. Frankfurt/M., New York 1984
- NEUGARTEN/NEUGARTEN 1986 Bernice L. Neugarten; Dail A. Neugarten: Changing Meanings of Age in the Aging Society, in: Pifer, Alan; Bronte, Lydia (eds.): Our Aging Society. New York, London 1986, S. 183-208

- NIETZSCHE 1980 Friedrich Nietzsche: Unzeitgemäße Betrachtungen 2: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, in: Ders.: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bde. Bd. 1. München 1980, S. 246-334
- NOWOTNY 1986 Helga Nowotny: The Public and Private Uses of Time, in: Balbo, Laura; Nowotny, Helga (eds.): Time to Care in Tomorrow's Welfare Systems: The Nordic Experience and the Italian Case. Vienna 1986, S. 11-17
- OFFE/HEINZE 1986 C. Offe; R.G. Heinze: Am Arbeitsmarkt vorbei. Sozialökonomische Folgen einer Reorganisation "haushaltlicher" Wohlfahrtsproduktion, in: Leviathan, (1986)4, S. 471-495
- OLLMANN et al. 1985 R. Ollmann; H.J. Niessen; M. Ehling: Eigen- und Schwarzarbeit in der Bundesrepublik, in: Wirtschaftsdienst, (1985)IV, S. 197-201
- OPASCHOWSKI/NEUBAUER 1984 Horst W. Opaschowski; Ursula Neubauer: Freizeit im Ruhestand. Schriftenreihe des BAT-Freizeitforschungsinstituts, Bd. 5. Hamburg 1984
- PALMORE 1974 Erdman Palmore (ed.): Normal Aging II. Durham, N.C. 1974
- PALMORE 1986 Erdman Palmore: Trends in the Health of the Aged, in: The Gerontologist, 26(1986)3, S. 298-302
- PALMORE/JEFFERS 1971 E. Palmore; E.C. Jeffers (eds.): Prediction of Lifespan: Recent Findings. Lexington, Mass. 1971
- PARSONS/SHILS 1962 Talcott Parsons; Edward Shils: Toward a general theory of action. Cambridge, MA 1962
- PAWLOWSKY 1986 P. Pawlowsky: Arbeitseinstellungen im Wandel. München 1986
- PESTEL 1978 Edouard Pestel: Das Deutschland-Modell. Stuttgart 1978

- PIEPER 1986 R. Pieper: Self-Reliance: Selbstorganisation in der Nachbarschaft. Beschreibung der Konzeption des Projekts, in: Wissenschaftszentrum München (Hrsg.): Self-Reliance. Selbstorganisation der Nachbarschaft. Zwischenbericht Januar 1986. München, 26 S.
- PLASCHKE 1987 Jürgen Plaschke: Dem Genossenschaftsdenken mehr Beachtung schenken, in: Blick durch die Wirtschaft, Nr. 30 vom 12.2.1987, S. 3
- PLATH 1980 David Plath: Contours of Consociation: Lessons from a Japanese Narrative, in: Baltes, Paul; Brim, Jr., Orville (eds.): Lifespan Development and Behavior, Vol. 3. New York 1980, S. 287-305
- PLUM/SCHLEUSENER 1981 Wolfgang Plum; Egon Schleusener: Das politische Verhalten älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik. Köln 1981
- PRATT 1983 H.J. Pratt: Political implications of aging, in: Kleiman, M. (ed.): Social Gerontology. Basel, München 1983, S. 144-156
- PRESSEL 1986 Ingeborg Pressel: Soziale Gerontologie an der Gesamthochschule Kassel - Universität des Landes Hessen, in: Schmidt, Roland (Hrsg.): Ausbildung und Praxisfelder für Sozialarbeit/Sozialpädagogik in der Altenarbeit. Berlin 1986, S. 79-90
- PROGNOS 1984 Prognos AG: Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000. Basel 1984
- PROGNOS 1986 Prognos-Report Nr. 12: Die Bundesrepublik Deutschland 1990, 2000, 2010. Basel 1986
- REGGENTIN/DETTBARN-REGGENTIN 1986 Heike Reggentin; Jürgen Dettmann-Reggentin: Seniorenbeiräte - Chancen politischer Partizipation, in: Soziale Arbeit, 35(1986)3, S. 98-103

- REGGENTIN/WASSMANN 1985 Heike Reggentin; Elisabeth Waßmann: Das Verhältnis von Sozialverwaltungen und regionalen Seniorenvertretungen, in: Soziale Arbeit, 34(1985)12, S. 556-559
- REIMANN 1987 Axel Reimann: Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase?, in: Die Angestelltenversicherung, 34(1987)3, S. 125-131
- REIN 1985 Martin Rein: Women in the Social Welfare Labor Market, WZB Discussion Paper Nr. IIM/LMP 85-15. Berlin 1985
- REISS 1981 David Reiss: The family's construction of reality. Cambridge, MA 1981
- RIEDE/SCHOTT-WINTERER/WOLLER 1987 Thomas Riede; Andrea Schott-Winterer; Alfred Woller: Der interne Wandel des Beschäftigungssystems der Bundesrepublik Deutschland 1961 bis 1982. Arbeitspapier Nr. 223, Sonderforschungsbereich 3. Frankfurt/M., Mannheim 1987
- RILEY 1985 Matilda White Riley: "Women, Men and the Lengthening Life Course", in: Rossi, Alice S. (ed.): Gender and the Life Course. New York 1985, S. 333-347
- RILEY/RILEY 1986 Matilda White Riley; John W. Riley jr.: Longevity and Social Structure: The Potential of the Added Years, in: Pifer, Alan; Bronte, Lydia (eds.): Our Aging Society. Paradox and Promise. New York, London 1986, S. 53-77
- RITTER/NIEHUSS 1987 G.A. Ritter; M. Niehuss: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland - Bundestags- und Landtagswahlen 1946 - 1987. München 1987
- ROBERTSON 1975 Joan Robertson: Interaction in Three Generation Families, Parents as Mediators: Toward a Theoretical Perspective, in: International Journal of Aging and Human Development, 6(1975), S. 103-110
- ROLLER/WESTLE 1987 Edeltraud Roller; Bettina Westle: Zur Politisierung und Depolitization von Wohlfahrtsansprüchen, in: Soziale Welt, 38(1987)2, S. 227-251

- ROSENBERG 1985 Peter Rosenberg: Die Freiheit, unter den Brücken zu schlafen ... oder?, in: Sozialer Fortschritt, 34(1985)9, S. 204-210
- ROSENBERG 1986a Peter Rosenberg: Demographische Effekte auf die Krankenversicherungsfinanzen, in: Die Ersatzkasse, 66(1986)9, S. 367-373
- ROSENBERG 1986b Peter Rosenberg: Die vier "Weisen" und der Gesundheitsmarkt, in: Sozialer Fortschritt, 35(1986)5-6, S. 125-130
- ROSENBERG 1987 Peter Rosenberg: Das Sozialbudget im demographischen Wandel, in: Sozialer Fortschritt, 36(1987)1-2, S. 15-21
- von ROSENBLADT/KIEL/MILENOVIC 1986 Bernhard von Rosenblatt; Walter Kiel; Ina Milenović: Zukünftige Rentnergenerationen - Anwartschaften in der Alterssicherung der Geburtsjahrgänge 1920 - 1955. Forschungsbericht Nr. 142, Hrsg. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bonn 1986
- ROSENMAYR 1961 Leopold Rosenmayr: Die Ursprünge der Lehre von drei Typen und Entwicklungsstadien der Menschheit, in: Höffner, J.; Verdross, A.; Vito, F. (Hrsg.): Naturordnung in Gesellschaft, Staat, Wirtschaft. Innsbruck 1961, S. 244-264
- ROSENMAYR 1976 Leopold Rosenmayr: Jugend, in: König, René (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 6, 2. völlig neubearbeitete Auflage. Stuttgart 1976
- ROSENMAYR 1979 Leopold Rosenmayr: Lebensalter, Lebensverlauf und Biographie, in: Klingenstein, Grete; Lutz, Heinrich; Stourzh, Gerald (Hrsg.): Biographie und Geschichtswissenschaft. Wien 1979, S. 47-67
- ROSENMAYR 1983 Leopold Rosenmayr: Die späte Freiheit. Das Alter - ein Stück bewußt gelebten Lebens. Berlin 1983
- ROSENMAYR 1985 Leopold Rosenmayr: Kulturwandel und Jugendbegriff, in: Bildung und Erziehung, 27(1985)2, S. 155-165

- ROSENMAYR 1986 Leopold Rosenmayr: Über Familie in den Strukturumbrüchen heute, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, (1986)2-4, S. 48-81
- ROSENMAYR/KOLLAND 1988 Leopold Rosenmayr; Franz Kolland (Hrsg.): Pensionsgrenzen - hinunter oder hinauf? Opladen 1988 (i.E.)
- ROSSI 1985 Alice S. Rossi (ed.): Gender and the Life Course. New York 1985
- ROSSI 1986 Alice S. Rossi: "Sex and Gender in the Aging Society", in: Pifer, Alan; Bronte, Lydia (eds.): Our Aging Society. Paradox and Promise. New York 1986, S. 111-139
- von ROTKIRCH/WEIDIG 1985 Chr. von Rotkirch; J. Weidig: Die Zukunft der Arbeitslandschaft, 2 Bde., Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB), 94,1 und 94,2. Nürnberg 1985
- RÜCKERT 1984 Willi Rückert: Bevölkerungsentwicklung und Altenhilfe von der Kaiserzeit bis zum Jahr 2000, Hrsg. Kuratorium Deutsche Altershilfe - Institut für Altenwohnbau, vervielf. Manuskript. Köln 1984
- RÜCKERT 1985 Willi Rückert: Zur Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Hrsg.): Die ältere Generation: Last und Chance für Familie und Gesellschaft. Dokumentation der Fachtagung vom 18.-20. September 1985, Loccum, S. 9-28
- RUFFIN 1984 M.D. Ruffin: Contributions of the Family to the Economic Support of the Elderly, in: Family Economics Review, 4(1984), S. 1-11
- RUNDE 1987 P. Runde: Strukturwandel des Arbeitsmarktes - Berufliche Eingliederung Behinderung und andere Möglichkeiten, in: Wohlleben, R.; Jochheim, K.A.; André, G. (Hrsg.): Bericht über die Arbeitstagung der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. in Berlin 16. bis 18. April 1986. Heidelberg 1987, S. 23-41

- SACHVERSTÄNDIGENRAT 1985 Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 10/4295
- SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR DIE KONZERTIERTE AKTION IM GESUNDHEITSWESEN 1987 Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Medizinische und ökonomische Orientierung. Vorschläge für die Konzertierte Aktion. Jahresgutachten 1987. Baden-Baden 1987
- SALENTIN 1986 Klaus Georg Salentin: Zur Partizipation und zum Selbstverständnis der Seniorenvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland - Dokumentation und Erfahrungsbericht. Berlin 1986
- SENNETT/COBB 1977 Richard Sennett; Jonathan Cobb: The Hidden Injuries of Class. Cambridge 1977
- SHANAS 1980 Ethel Shanas: Older People and Their Families: The New Pioneers, in: Journal of Marriage and the Family, 42(1980), S. 9-15
- SHELL-STUDIE 1981 Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '81. Lebenswürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Hamburg 1981
- SIEBEL 1986 W. Siebel: Der Mythos Schattenwirtschaft, in: Die Zeit, 25. April 1986, S. 18
- SIEDER 1977 Reinhard Sieder: Probleme des Alterns im Strukturwandel der Familie, in: Mitterauer, Michael; Sieder, Reinhard (Hrsg.): Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. München 1977, S. 162-178
- SIMON 1987 Gerhard Simon: "Eindämmung der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen" - überhaupt möglich?, in: Arbeit und Sozialpolitik, 41(1987)4, S. 100-101
- SINUS 1983 SINUS-Institut: Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Opladen 1983

- SLR 1986 SRL - Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner e.V. (Hrsg.): Nachbesserung von Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre, SRL-Informationen 20. Bochum 1986
- SOFSKY 1986 Wolfgang Sofsky: Computer und Kultur. Zur Anthropologie einer Technik. Göttingen 1986 (Ms.)
- SOMERS/FABIAN 1981 A.R. Somers; D.R. Fabian (eds.): The Geriatric Imperative: An Introduction to Gerontology and Clinical Geriatrics. New York 1981
- SONNTAG 1983 Philipp Sonntag (Hrsg.): Die Zukunft der Informationsgesellschaft. Frankfurt/M. 1983
- SORGE 1985 Arndt Sorge: Arbeitsbeschaffung oder Arbeitsplatzvernichtung durch Mikroelektronik?, in: Dierkes, M.; Strümpel, B. (Hrsg.): Wenig Arbeit aber viel zu tun - neue Wege der Arbeitsmarktpolitik. Opladen 1985, S. 36-47
- SOZIALBERICHT 1980 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Sozialbericht 1980. Bonn 1980
- SOCIALDATA 1980 Socialdata: Werner Brög; Günther-Fritz Häberle; Barbara Mettler-Meibom; Ute Schellhaas: Anzahl und Situation zu Hause lebender Pflegebedürftiger. Ermittlung der Repräsentativdaten und Situationsgruppenanalyse, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 80. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980
- SPAHN/VOBRUBA 1986 H.-P. Spahn; G. Vobruba: Das Beschäftigungsproblem, discussion papers IIM/LMP 86 - 14, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin 1986
- SPD-PARTEIVORSTAND 1985 Zukunft des Alters. Fachkonferenz des SPD-Parteivorstands am 24./25. Oktober 1985 in Bonn, mit einem Vorwort von Willy Brandt. Bonn o.J. (1985)
- SPRANDEL 1979 Rolf Sprandel: Das Verhalten gegenüber alten Leuten. Die Geschichte der Exegese eines Paulus-Textes im Mittelalter, in: Saeculum, (1979)4, S. 365-373

- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 1987
Optiker sehen Überalterung durch rosa-rote Brille, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 28, 4.2.1987, S. 24
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 1987a
Die Älteren überrunden als Verbraucher "Euro-Yuppies", in: Süddeutsche Zeitung vom 6.4.1987
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 1987b
Schaubild: Konjunkturwellen 1950 - 1987. Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland in v.H., in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai 1987, S. 31
- SULLEROT 1984
Evelyne Sullerot: Pour de meilleur et et sans le pire.
Paris 1984
- SVANBORG 1987
Alvar Svanborg: (1) Ongoing changes in vitality and state of health in the elderly; (2) Contribution of epidemiology to the continuity of care of the elderly; (3) Prospects for a healthy old age. Vorträge, gehalten auf der Tagung: Ageing Well. Conference of European Region of International Association of Gerontology, Brighton 15.-18. September 1987
- SCHAAL 1984
Franziska Schaal: Repräsentation und Partizipation älterer Menschen in Politik und Gesellschaft.
Berlin 1984
- SCHARPF 1984
Fritz W. Scharpf: Strukturen der post-industriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informationsökonomie? discussion paper IIM/LMP 84 - 23, Wissenschaftszentrum Berlin.
Berlin 1984
- SCELLENBAUM 1987
Peter Schellenbaum: Abschied von der Selbstzerstörung.
Stuttgart 1987
- SCHELSKY 1981
Helmut Schelsky: Die Erfahrungen vom Menschen, in: Rückblicke eines "Anti-Soziologen".
Opladen 1981, S. 109-126
- SCHETTKAT 1984
Ronald Schettkat: Informelle Produktion in privaten Haushalten, in: Gretschmann, Klaus; Heinze, Rolf G.; Mettelsiefen, Bernd (Hrsg.): Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen.
Göttingen 1984, S. 151-164

SCHETTKAT 1986

Ronald Schettkat: Die Beeinflussung des Arbeitsangebots durch Politik, unveröffentl. Manuskript, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1986

SCHLAFFKE 1986

Winfried Schlawke: Neue Technologien bieten neue Chancen, in: IBM-Nachrichten, 36(1986)281, S. 7-13

SCHLEGELMILCH 1983

C. Schlegelmilch: Arbeitsorientierungen und Lebensperspektiven von Hochschulabsolventen in der Grauzone, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Frankfurt/M., New York 1983, S. 385-392

SCHLESINGER 1985

Helmut Schlesinger: Der Bürger ist für seine Rente verantwortlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 1985

SCHMÄHL 1984

Winfried Schmähl: Rentenniveau, Rentenhöhe und Sozialhilfefzahlungen - Einkommensmäßige "Über- und Unterversorgung", in: Deutsche Rentenversicherung, (1984)10, S. 563-577

SCHMÄHL 1985

Winfried Schmähl: Schattenwirtschaft und soziale Sicherung - ihre wechselseitigen Beziehungen, in: Deutsche Rentenversicherung, (1985)2, S. 77-88

SCHMÄHL 1986

Winfried Schmähl: Ökonomische Probleme des Übergangs zu einem Grundrentensystem - Zu den Vorschlägen der Partei "Die Grünen", in: Die Angestelltenversicherung, 33(1986)4, S. 122

SCHMÄHL 1987

Winfried Schmähl (Hrsg.): Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Tübingen 1987 (i.E.)

SCHMAUCH 1987

Ulrike Schmauch: Über Frauen und Männer. Eine Entgegnung auf Reimut Reiches "Mann und Frau", in: Psyche, (1987)5, S. 432-447

SCHMIDT 1974

Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Schmidt. 17. Mai 1974, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 313-340

- SCHMIDT 1976 Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Schmidt. 16. Dezember 1976, in: Die großen Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München, Wien 1979, S. 341-392
- SCHMIDT 1980 Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag (Bundeskanzler Helmut Schmidt, 24. November 1980), in: Bulletin, hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 124 vom 25. November 1980, S. 1049-1064
- SCHMIDT/ZEMAN 1988 Roland Schmidt; Peter Zeman: Die Alterskultur der Altenhilfe: Rückzugsnische, Aktivprogramm, neues Alter?, in: Gückenjan, Gerd; von Kondratowitz, Hans-Joachim (Hrsg.): Alter und Alltag (Arbeitstitel). Frankfurt/M. 1988 (i.E.)
- SCHMITZ 1987 Heinz Schmitz: Der Vorruhestand hat keine Zukunft mehr - Blüms Kind erliegt der 59er Regelung, in: Handelsblatt vom 27.7.1987
- SCHNORBUS 1987 Axel Schnorbus: Die Angst vor dem Alter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 32 vom 7.2.1987, S. 13
- SCHOTT-WINTERER/RIEDE 1986 Andrea Schott-Winterer; Thomas Riede: Der Begriff 'Dienstleistung' - oft benutzt, aber wenig geklärt, Arbeitspapier Nr. 201, Sonderforschungsbereich 3. Frankfurt/M., Mannheim 1986
- SCHREYER/OPIELKA/FELSBERG 1985 Michael Schreyer; Michael Opielka; Uli Felsberg: Grundrente statt Altersarmut ist machbar, in: DIE GRÜNEN und Seniorenschutzbund "Graue Panther" (Hrsg.): Grundrente statt Altersarmut. Berlin 1985, S. 81-97
- SCHÜLER 1984 Klaus Schüler: Einkommensverteilung nach Haushaltgruppen. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1983, in: Wirtschaft und Statistik, (1984)7, S. 561-575 sowie 271*-276*
- SCHULZ 1985 Hans Jürgen Schulz (Hrsg.): Die neuen Alten. Stuttgart 1985
- STADIE 1986 Rolf Stadié: Grunddaten zum politischen Verhalten älterer Menschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage (1986)48 zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 29.11.1986, S. 21-34

- STADT KONSTANZ 1984 Stadt Konstanz (Hrsg.): Altenplan, 2. Teil.
Konstanz 1984
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1974 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statisti-
sches Jahrbuch für die Bundesrepublik
Deutschland 1974.
Stuttgart, Mainz 1974
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1976 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Natürliche
Bevölkerungsbewegung, Fachserie A, Reihe 2,
Sonderbeitrag: Allgemeine Sterbetafeln für
die Bundesrepublik Deutschland 1970/72.
Stuttgart, Mainz 1976
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1983 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wahl zum
10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983.
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer
und Frauen nach Alter; Fachserie 1, Bevöl-
kerung und Erwerbstätigkeit.
Stuttgart, Mainz 1983
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1984 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statisti-
sches Jahrbuch 1984 für die Bundesrepublik
Deutschland.
Stuttgart, Mainz 1984
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1986 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statisti-
sches Jahrbuch 1986 für die Bundesrepublik
Deutschland.
Stuttgart, Mainz 1986
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1987 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozial-
leistungen, Fachserie 13, Reihe 2
Sozialhilfe 1985
- STATISTISCHES BUNDESAMT
1987a Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1:
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 1:
Gebiet und Bevölkerung 1985.
Stuttgart, Mainz, Juni 1987
- STEINER 1969 Jürg Steiner: Bürger und Politik.
Meisenheim 1969
- STOSS/WEIDIG 1986 Friedemann Stoß; Inge Weidig: Der Wandel
der Arbeitslandschaft bis zum Jahre 2000
nach Tätigkeitsfeldern, in: Mitteilungen
aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
(MittAB), 19(1986)1, S. 88-104
- STROHMEIER 1983 K.P. Strohmeier: Quartier und soziale
Netzwerke. Grundlagen einer sozialen
Ökologie der Familie.
Frankfurt/M. 1983

- STUDIENGRUPPE FÜR
SOZIALFORSCHUNG 1986 Studiengruppe für Sozialforschung e.V.:
Raumordnung und Krankenversicherung.
Textsammlung zur Krankenkassenforschung.
Marquartstein 1986
- STÜCK 1986 Heiner Stück: Abschied vom Arbeitsleben.
Einstellungen der Angestellten zum
Übergang in den Ruhestand, Hrsg.
Arbeiterkammer Bremen.
Bremen 1986
- TENBRUCK 1984 Friedrich Tenbruck: Die unbewältigten
Sozialwissenschaften oder Die Abschaffung
des Menschen.
Graz 1984
- TESIC 1983 Dusan Tesic: Sozialhilfe und alte
Menschen. Entwicklungstrends von 1963
bis 1980 im Bundesgebiet und in den Ländern.
Berlin 1983
- TEWS 1987a Hans Peter Tews: Gibt es "neue Alte"?
Veränderungen des Altersbildes und des
Altersverhaltens, in: Universitas,
42(1987)9, S. 868-879
- TEWS 1987b Hans Peter Tews: Gibt es "neue Alte"?
Über Veränderungen des Altersbildes und
des Altersverhaltens. (Manuskript,
Langfassung).
Heidelberg 1987
- TEWS 1987c Hans Peter Tews: Pflege durch die
Familie, in: Evangelische Impulse,
9(1987)3, S. 4-7
- THE GERONTOLOGIST 1987 Symposium on Tomorrow's Able Elderly:
Implications for Policy and Practice,
in: The Gerontologist,
27(1987)4, S. 403-424
- THIEDE 1986 Reinhold Thiede: Die Soziale Sicherung
kann auch in Zukunft sicher bleiben.
Arbeitspapier Nr. 208 Sonderforschungs-
bereich 3.
Frankfurt/M., Mannheim 1986
- THOMAE 1986 H. Thomae (ed.): Patterns of Aging.
Findings from the Bonn Longitudinal Study
of Aging.
Basel, München, Paris 1976
- THOME 1985 Helmut Thome: Wandel zu postmaterialisti-
schen Werten?, in: Soziale Welt,
36(1985)1, S. 27-59

- THÜRKOW 1980 Kari Thürkow: Vertretungsorgane Älterer, dargestellt am Beispiel der Seniorenbeiräte. Berlin 1980
- TOCQUEVILLE 1955 Alexis de Tocqueville: Die Demokratie in Amerika. Regensburg 1955
- TÖNNIES 1887 Ferdinand Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Leipzig 1887
- TRANSFER-ENQUETE-KOMMISSION 1981 Transfer-Enquête-Kommission: Das Transfer-system in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Stuttgart 1981
- TROLL 1985 Lilian Troll: The contingencies of grandparenting, in: Bengtson, Vern; Robertson, Joan (eds.): Grandparenthood. Beverly Hills 1985, S. 135-149
- TROLL/BENGTSON 1979 Lilian Troll; Vern Bengtson: Generations in the Family, in: Burr, Wesley; Hill, Reuben; Reiss, Ira; Nye, Ivan (eds.): Handbook of Contemporary Family Theory. New York 1979, S. 127-161
- ÜBERSTUNDENBERICHT 1986 Überstundenbericht 1986, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn, 9. Juli 1986
- UHLENBERG 1974 Peter Uhlenberg: Cohort Variation in Family Lifecycle Experience of U.S. Females, in: Journal of Marriage and the Family, 36(1974), S. 284-291
- UHLENBERG 1980 Peter Uhlenberg: Death and the Family, in: Journal of Family History, 42(1980), S. 313-320
- UMBACH/MACKENSEN/JUNG 1984 E. Umbach; R. Mackensen; R. Jung: Wie dramatisch können die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs sein?, in: Mackensen, R. et al. (Hrsg.): Leben im Jahr 2000 und danach. Berlin 1984, S. 193-199
- URBAS 1980 E. Urbas: Die sozialstrukturelle Lagerung politischer Partizipationsformen, in: Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): Politische Beteiligung und Wertewandel in Österreich. München, Wien 1980, S. 49-94

- VERBAND DEUTSCHER
RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER
1987
Verband Deutscher Rentenversicherungs-
träger (VDR) (Hrsg.): VDR-Statistik
Rentenbestand am 1. Januar 1984, Bd. 62.
Frankfurt/M. 1984
- VERBAND DEUTSCHER
RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER
1987
Verband Deutscher Rentenversicherungs-
träger (VDR) (Hrsg.): VDR-Statistik
Rentenbestand am 1. Januar 1987, Bd. 74
Frankfurt/M. 1987
- VERBAND DEUTSCHER
RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER
1987
Verband Deutscher Rentenversicherungs-
träger (VDR) (Hrsg.): Gutachten der
Kommission des Verbandes Deutscher
Rentenversicherungsträger zur langfristi-
gen Entwicklung der gesetzlichen
Rentenversicherung.
Frankfurt/M. 1987
- VERKEHRSSICHERHEITSRAT
1983
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V.:
Ältere Menschen als Fußgänger im
Straßenverkehr.
Essen 1983
- VOGEL 1977
Christian Vogel: Primatenforschung -
Beiträge zum Selbstverständnis des Menschen.
Göttingen 1977
- VORSTAND DER SPD 1986
Vorstand der SPD (Hrsg.): Politik
(1980)11
- WAGNER 1986
Gert Wagner: Strukturreform des
Rentensystems, in: Wirtschaftsdienst,
(1986)3, S. 148-152
- WAGNER 1986a
Gert Wagner: Die Strukturreform der
gesetzlichen Rentenversicherung und Strate-
gie der Arbeitsmarktpolitik, in:
Sozialer Fortschritt,
35(1986)11, S. 245-251
- WAGNER 1986b
Gert Wagner: Bestimmungsgründe und Kon-
sequenzen des Rentenzugangsalters,
Arbeitspapier Nr. 226, Sonderfor-
schungsbereich 3
Frankfurt/M., Mannheim 1986
- WALTER 1986
G. Walter: Einbau einer Sozialzelle
bei Sanierung eines Wohnbereiches, in:
Wissenschaftszentrum München (Hrsg.):
Self-Reliance: Selbstorganisation der
Nachbarschaft. Zwischenbericht Januar 1986.
München 1986, 24 S.

- WARNKEN 1986 Jürgen Warnken: Zur Entwicklung der 'internen' Anpassungsfähigkeit der Berufe bis zum Jahre 2000. Projektionen unter den Annahmen der Wachstumsszenarien der Prognos-Studie, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 19(1986)1, S. 119-133
- WATZLAWICK/BEAVIN/JACKSON 1974 Paul Watzlawick; Jane H. Beavin; Dan D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Bern, Stuttgart, Wien 1974
- WECK-HANNEMANN 1984 Hannelore Weck-Hannemann: "Weiche Modellierung" der Schattenwirtschaft - Ein internationaler Vergleich, in: Gretschnann, Klaus; Heinze, Rolf G.; Mettelsiefen, Bernd (Hrsg.): Schattenwirtschaft. Wirtschaftsschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen. Göttingen 1984, S. 167-186
- WEG 1986 Ruth B. Weg (ed.): Sexuality in the Later Years: Roles and Behavior. New York 1986
- WEINERT 1987 Ansprüche an die sozialwissenschaftliche Forschung (Bericht über einen Festvortrag von Professor Franz E. Weinert, Direktor am Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung, München), in: WZB-Mitteilungen Nr. 37, September 1987, Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 12
- WENDT 1986 W.R. Wendt: Die ökosoziale Aufgabe: Haushalten im Lebenszusammenhang, in: Mühlum, A.; Olschowy, G.; Oppl, H.; Wendt, W.R. (Hrsg.): Umwelt - Lebenswelt. Beiträge zu Theorie und Praxis ökosozialer Arbeit. Frankfurt/M. 1986, S. 7-84
- WIENER INTERNATIONALER AKTIONSPLAN 1982 Wiener internationaler Aktionsplan zur Frage des Alterns. Weltversammlung zur Frage des Alterns, 26. Juli bis 6. August 1982 in Wien/Österreich, Hrsg. Vereinte Nationen. New York 1983
- WILBERS 1986 Joachim Wilbers: Die Behandlung von Altersfragen im Deutschen Bundestag 1976-1983, in: Zeitschrift für Gerontologie, 19(1986)5, S. 358-361

- WILL 1986 K. Will: Ansätze zur Verbesserung der Lebensqualität im Wohnbereich unter Berücksichtigung von Selbsthilfe und Eigenarbeit, in: Wissenschaftszentrum München (Hrsg.): Self-Reliance: Selbstorganisation in der Nachbarschaft. Zwischenbericht Januar 1986. München 1986, 37 S.
- WILLIS 1979 Paul Willis: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M. 1979
- WINDLEY/SCHIEDT 1980 P.G. Windley; R.J. Scheidt: Person-Environment Dialectics: Implications for Competent Functioning in Old Age, in: Poon, L.W. (ed.): Aging in the 1980s. Psychological Issues. Washington, D.C. 1980, S. 407-423
- WISSENSCHAFTSZENTRUM MÜNCHEN 1986 Wissenschaftszentrum München (Hrsg.): Self-Reliance: Selbstorganisation der Nachbarschaft. Zwischenbericht Januar 1986. München 1986
- WITTGENSTEIN 1977 Ludwig Wittgenstein: Culture and Value, Übersetzung von P. Winch (zuerst erschienen als: Vermischte Bemerkungen. Frankfurt/M. 1977). Chicago 1980
- WOLF 1987 Christa Wolf: Zitiert nach Profil, Nr. 27 vom 6. Juli 1987, S. 45
- WYNNE 1986 Edward A. Wynne: Will the Young Support the Old?, in: Pifer, Alan; Bronte, Lydia (eds.): Our Aging Society. Paradox and Promise. New York, London 1986, S. 243-261
- ZEMAN 1985 Peter Zeman: Gemeinschaftliche Alterselbsthilfe: Prozesse sozialer Integration im Alter. Berlin 1985
- ZENTRALINSTITUT 1984 Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland: Medizinische Orientierungsdaten - Daten und Ziele für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im November 1984. Köln 1984
- ZIMMERMANN 1981 Horst Zimmermann: Regionale Inzidenz öffentlicher Finanzströme. Baden-Baden 1981

AUTORENVERZEICHNIS

- Christoph BEHREND
Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
1000 Berlin 42
- Wilhelm BÜRKLIN
Dr.
Christian-Albrechts-Universität Kiel
Institut für Politische Wissenschaften
Olshausenstr. 40
2300 Kiel 1
- Margret DIECK
Dr.
Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
1000 Berlin 42
- Vjenka GARMS-HOMOLOVA
Dr.
Freie Universität Berlin
Institut für Soziale Medizin
Albrechtstr. 36 a
1000 Berlin 41
- Albrecht GOESCHEL
Studiengruppe für Sozialforschung e.V.
Staudacherstr. 14
8215 Marquartstein am Chiemsee
- Reimer GRONEMEYER
Prof. Dr. Dr.
Justus-Liebig-Universität Gießen
FB 3: Institut für Soziologie
Karl-Glöckner-Str. 21
6300 Gießen
- Rolf G. HEINZE
Prof. Dr.
Universität-Gesamthochschule Paderborn
FB 1: Soziologie
Warburger Str. 100
4790 Paderborn
- Ellen KIRNER
Dr.
Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung (DIW)
Königin-Luise-Str. 5
1000 Berlin 33
- Kees KNIPSCHER
Prof. Dr.
Katholieke Universiteit
Postbus 9108
Thomas van Aquinostraat 4
NL - 6500 HK Nijmegen
- Hans-Joachim
von KONDRATOWITZ
Dr.
Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
1000 Berlin 42
- Joseph KYTIR
Dr.
Österreichische Akademie der
Wissenschaften
Institut für Demographie
Hintere Zollamtsstr. 2
A - 1033 Wien

- Margarete LANDENBERGER
Wissenschaftszentrum Berlin
Labour Market Policy
Platz der Luftbrücke 2
1000 Berlin 42
- Lothar LAPPE
Dr.
Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Lentzealle 94
1000 Berlin 33
- C. Wolfgang MÜLLER
Prof. Dr.
Technische Universität Berlin
FB 22: Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften
Sekt. 4-7
Franklinstr. 28/29
1000 Berlin 10
- Claus OFFE
Prof. Dr.
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Universitätsstr. 25
4800 Bielefeld 1
- Rainer PARIS
Dr.
Georg-August-Universität Göttingen
Soziologisches Seminar
Nikolausberger Weg 5 c
3400 Göttingen
- Richard PIEPER
Dr.
Technische Universität München
Institut für Sozialwissenschaften
Lothstr. 17
8000 München 2
- Peter ROSENBERG
Dr.
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Rochusstr. 1
5300 Bonn 1
- Bernhard von ROSENBLADT
Infratest Sozialforschung
Landsberger Str. 338
8000 München 21
- Leopold ROSENMAYR
Prof. Dr.
Universität Wien
Institut für Soziologie
Alserstr. 33
A - 1080 Wien
- Christel SCHACHTNER
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Psychologie
- Sozialpsychologie -
Geschwister-Scholl-Platz 1
8000 München 12
- Roland SCHMIDT
Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
1000 Berlin 42

Hans Peter TEWS
Dr.

Stiftung Rehabilitation
Postfach 10 14 09
6900 Heidelberg

Eberhard UMBACH
Dr.

Universität Osnabrück
Arbeitsgruppe Systemforschung
Postfach 44 69
4500 Osnabrück

Gert WAGNER
Dr.

Sonderforschungsbereich 3
Mikroanalytische Grundlagen der
Gesellschaftspolitik
Postfach 11 19 32
600 Frankfurt/M. 11

Weitere Veröffentlichungen des DZA (Auswahl)

- 39 Thürkow, K.: Basisliteratur zur Gerontologie und Altenarbeit. Eine Literaturdokumentation mit Inhaltsangaben und Auswahlbibliographien, Berlin 1981, 636 S., DM 11,00
- 40 Arbeitsgruppe Fachbericht über Probleme des Alterns: Altwerden in der Bundesrepublik Deutschland: Geschichte - Situationen - Perspektiven, 3 Bde, 2.unveränd.Aufl., Berlin 1987, 1138 S., DM 23,00
- 41 Hirsch, U.: Basisdaten über ältere Menschen in der Statistik der Bundesrepublik Deutschland, 2.unveränd.Aufl., Berlin 1984, 548 S., DM 10,50
- 47 Tesic, D.: Sozialhilfe und alte Menschen. Entwicklungstrends von 1963 bis 1980 im Bundesgebiet und in den Ländern, Berlin 1983, 336 S., DM 8,00
- 48 Conrad, Ch.; von Kondratowitz, H.-J. (Hrsg.): Gerontologie und Sozialgeschichte. Wege zu einer historischen Betrachtung des Alters, 2.überarb. Aufl., Berlin 1985, 529 S., DM 11,00
- 49 Arbeitsgruppe Interpretative Alternsforschung: Alltag in der Seniorenfreizeitstätte. Soziologische Untersuchungen zur Lebenswelt älterer Menschen, 2.unveränd.Aufl., Berlin 1987, 415 S., DM 9,00
- 55 Schaal, F.: Repräsentation und Partizipation älterer Menschen in Politik und Gesellschaft, Berlin 1984, 225 S., Berlin 1984
- 60 Dieck, M.; Naegele, G.; Schmidt, R. (Hrsg.): "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6.Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration?, Berlin 1985, 547 S., DM 11,50
- 61 Thürkow, K.: Altersbilder in massenmedialen, massenkulturellen und künstlerischen Werken. Eine Literaturübersicht, Berlin 1985, 463 S., DM 10,50
- 64 Salentin, K.G.: Zur Partizipation und zum Selbstverständnis der Seniorenvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation und Erfahrungsbericht, Berlin 1986, 159 S., DM 5,00
- 65 Schmidt, R. (Hrsg.): Ausbildung und Praxisfelder für Sozialarbeit / Sozialpädagogik in der Altenarbeit, Berlin 1986, 340 S., DM 9,00
- 66 Nies, H.; Munnichs, J.: Sinngabung und Altern, 2.unveränd.Aufl., Berlin 1987, 123 S., DM 4,00
- 67 Hirsch, R.D.; Krauß, B. (Hrsg.): Gerontopsychiatrie und Altenarbeit. Beiträge aus der Fortbildungsreihe "gerontologisches Forum" im Landkreis Göppingen, Berlin 1986, 347 S., DM 6,00
- 68 Holz, G.: Alten(hilfe)politik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1985. Eine politikwissenschaftliche Analyse am Beispiel des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Berlin 1987, 423 S., DM 11,00
- 69 Schmidt, R.: Mikroanalyse ehrenamtlicher Altenarbeit im Gemeinwesen: Die Sozialkommissionen in Berlin-Neukölln, Berlin 1987, 254 S., DM 7,00
- 70 Knopf, D.: Verstehen, Anknüpfen, Entwickeln: Animatorische Bildungsarbeit mit sozial- und bildungsbenachteiligten älteren Menschen, 2.erweiterte Aufl., Berlin 1987, 367 S., DM 9,00

.....
Versandkosten werden gesondert berechnet. Die Schriften sind beim Deutschen Zentrum für Altersfragen e.V. direkt zu beziehen.

Legt man die Erkenntnisse der Demographie einer Zukunftssicht zugrunde, so ist das wachsende Gewicht des Alters in der Gesamtbevölkerung – historisch ohne Vorbild – heute absehbares und markantes Merkmal unserer Gesellschaft morgen. Sie wird, verglichen mit allen früheren Zuständen, als ergraute in die Annalen eingehen.

Und dennoch, Vorsicht ist geboten, will man nicht einem eifertigen Attribut aufsitzen, dessen Aussagekraft heute mehr verspricht, als sie morgen zu halten vermag. Die Faszination demographischer Modellrechnungen, ihre gutgläubige Rezeption in Altenhilfe und Politik, erhöht nur die Gefahr, zu gleichsam naiven Sichtweisen auf die Zukunft zu gelangen. Die Verabsolutierung eines Einflußfaktors und die Vernachlässigung anderer verkennt die Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung. Hier wird regelmäßig ausgeblendet, daß die Rahmenbedingungen des Altwerdens heute durchaus ihrerseits sozialem Wandel unterliegen und keinesfalls als Zukunftskonstanten angenommen werden können.

Die Autoren dieses Buches konzentrieren sich auf die sozialen Folgen des demographischen Umbruchs in der Bundesrepublik. Das schließt selbstverständlich Überlegungen ein, ob nicht andere Faktoren in ihrem denkbaren Niederschlag weitaus größere Bedeutung für das Leben morgen zeitigen können, ja geeignet sein mögen, unerwünschte Aspekte des Ergrauens der Gesellschaft zu kompensieren. So wird beispielsweise verwiesen auf die Möglichkeit, daß ein erhöhtes Ruhestandseintrittsalter zwangsläufig die Alterspopulation senken würde – unterstellt, die Qualifikationen Älterer würden auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt. Unabhängig davon, ob eine solche Entwicklung auch tatsächlich eintreten wird, zeigt sich doch, daß Alter ein gesellschaftlich produzierter Status ist, der in seiner quantitativen Ausdehnung wie qualitativen Bedeutungszumessung hochgradig beeinflußbar ist.

Eine andere zentrale Frage zielt auf das Soziale Sicherungssystem. Werden die heute sich abzeichnenden höheren Belastungen der Erwerbstätigen für die Altersgenerationen finanzierbar und durchsetzbar sein? Kann das Alter morgen einen politischen Machtzuwachs verzeichnen, der in der parlamentarischen Demokratie über das Wahlverhalten die Option einengt, Alterseinkommen und Versorgungsleistungen zu kontrollieren oder auf ein niedrigeres Niveau festzusetzen? – Solche und andere Fragen sind zu stellen, will man sich der Bedeutung, die die Bevölkerungsentwicklung haben kann, annähern.

ISBN 3-88962-072-8
ISSN 0175-8365